Reimar OLTMANNS, 1949 in Schöningen / Helmstedt geboren, lebst als freier Autor in Graz / Österreich. In Deutschland war er Pressesprecher im Niedersächsischen Kulturministerium, schrieb über drei Jahrzehnte Reports und Reportagen u.a. für *die Frankfurter Rundschau, Stern, Spiegel und Die Zeit. Zahlreiche Buchveröffentlichungen u.a. „Sicherheit, Ordnung, Staatsgewalt – Freiheit in Deutschland" (gemeinsam mit Peter Koch 1978), „Du hast keine Chance, aber nutze sie" (1980): - „Der Intrigant oder die Machtgier der Christlichen Regenten" (1985), - „Möllemänner oder Die opportunistischen Liberalen" (1988) , „Keine normale Figur in der Hütte. Reportagen zur Wendezeit (1989), „Frauen an die Macht. Protokolle einer Aufbruch-Ära (1990) sowie „Vive la francaise – Die stille Revolution in Frankereich" (1995) und zu guter Letzt „Spurensuche in verbrannter Erde" (2009)*

Reimar Oltmanns

Kein schöner Land in dieser Zeit. Verlorene Illusionen.

Reportagen, Berichte, Porträts. Erzählungen zur Zeitgeschichte.

Band 1 (1969-1979)

Für Hilde, Anne, Yvonne, Carla, Jannick, Irmgard

„Reportage ist die Königin der journalistischen Kunst“

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Oltmanns, Reimar:

Kein schöner Land in dieser Zeit. Verlorene Illusionen.

© 1969-2010 Reimar OLTMANNS

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Band 1

ISBN 9783842332942

Bearbeitung durch **efecto Marketing GmbH** A-8010 Graz

Index

Spurensuche 1
Vorwort
1969 3
Kindesmisshandlungen in Deutschland
1970 13
Allah und Armee in Algerien
1971 23
Pest dieser Jahre: Rauschgift
1972 29
Brandstifter der Demokratie
Petra Kelly: Gewaltfreier Widerstand
Deutschland – Deine Nazis
Didacta 72 – Utopia 72
Leben eines Bänkelsängers: Dietrich Kittner
Kanzlersturz Willy Brandts - ein Politiker namens Helms
Kirche in der Nazi-Zeit: Entzauberung einer Legende
SPD-Ausverkauf – Der Mann, der Zeitungen sterben ließ
Am Vorabend der Emanzipation: Eine Frau zum Vorzeigen
1973 67
Streit der Witwen um die „Frankfurter Rundschau“
High noon in Bonn – Parteiverdruss – Parteiprofil
Deutsche Entwicklungshelfer in Afrika – Sextriebe
SPD-Totengräber von 21 Zeitungen
Politik-Karrieren: Geldgier, Betrug, Bestechung, Spionage
1974 85
Lehrlinge in Deutschland: billig und ausgebeutet
Nach den APO-Jahren – nun büffeln sie wieder an den Unis
Bundeswehr – Bargeld, Ehre und Karriere
Axel Springer: nun ade du schöne Welt
Bonner Polit-Affären: „Nur Weiber im Kopf“
Sturmfest und erdverwachsen – so sind die Niedersachsen
Malawi – weiße Herrenmenschen oder Gelder, die im Busch verschwinden
1975 127
Deutsche Spätaussieder – Heim ins Reich
Polen – Aufruhr gegen Genossen Gierek
Nazi-Vergangenheit ist Gegenwart – Karrieren
Kriegsdienstverweigerer: Schieß oder du kommst in den Knast
Sittengemälde – Professoren bitten zur Kasse
Zeitgeschichte (1) – Wenn DDR-Bürger schwimmen gehen
Zeitgeschichte (2) - Ende einer Utopie – rote Uni Bremen geht baden
Zeitgeschichte (3) – Heidelberg im Bürgerkrieg. Unwohlsein in Wohlstands-Idyllen
Rechtsradikale in Deutschland – vom Staat finanziert
Die grösste Feuersbrunst in Deutschland: Viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze

1976 173
Deutsche Arbeitsgerichte : Urteile im Drei-Viertel-Stunden-Takt
Zeitgeschichte (4): Herbert Wehner alte Mann im Wahlkampf in der alten Bundesrepublik
Kirchen als Wahlhelfer: „Mit den besten Wünschen Euer Pfarrer“
Zeitgeschichte (5): Verfolgt, verboten, geduldet – Kommunisten in Deutschland
Zukunfts-Roman: Putsch in Deutschland
Berufsverbote - Aufrüstung gegen die Freiheit
1977 225
In Memoriam: Befreiungskampf - Folter - KZ: Der Lebensweg der Ana Ines
Quadros zu Montevideo vor vielen, vielen Jahren
Die Ärztin, die von Deutschland vergessen wurde
Russland: Der Weg zum Wahnsinn - Arbeitslager, Irrenhäuser, Gefängnisse
Terrorismus – Deutschland im Herbst
Argentinien – verhaftet, verschwunden
Indonesien – Endlösung auf Buru
Afrika – Massenmorde unter schwarzen Diktatoren
Ostblock: Wo das Leben damals schwer und das Sterben leicht war
Chile – Foltergeneral Augusto Pinochet (*1915+2006)
Lettland – Unter roten Zaren verbannt
Folter in dieser Welt: Jeder kann der Nächste sein
Israel – Sippenhaft im Land der Bibel
Iran – von Deutschland verraten, vom Schah verfolgt
Brasilien – Furchtlose Kirche gegen Barbarei
Uruguay – Das KZ, das Freiheit heißt
1978 350
Die bösen Geister in Deutschland
Freiheit in Deutschland – Die Feinde der Verfassung
Sowjetunion (1) Staatspräsident in Prag ist geisteskrank
Sowjetunion (2) „Ich schäme mich, ein Psychiater zu sein“
Sowjetunion (3) Leidensweg des Generalmajors Pjotr Grigorenko
1979 391
Einwanderung: „Wir wollen Deutsche werden“
Bundeswehr: Die Bierfahnen der Armee
Revolution des Règis Debray mit einer Amour foux
Psychiatrie : In den Alsterdorfer Anstalten zu Hamburg zerbrochen
Mörder unter uns – Aus deutschen Landen

Spurensuche

Vorwort

« Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit » Immanuel Kant aus dem Jahre 1784

Reportagen biegen Wirklichkeiten nicht zurecht, lassen sich nicht in erwartete ideologische Grundraster und Grundannahmen zwängen – sie sprengen deren Rahmen. Die klassische Reportage ist geeignet, gravierende, symptomatische Abläufe gleichsam vergangener Jahrzehnte nach außen zu kehren ; Geschehnisse, die uns auf die eine oder andere Weise immer wieder beschäftigen, Vorkommnisse, die sich in unser Gedächtnis eingenistet haben.

Spuren gilt es zu sichern , nicht alles den Trampelpfaden zu überlassen. Spurensicherung nach kleinen Menschen vergangener Epochen, längst verschütterter Schicksale, die uns doch einst auf irgendeine Weise berührten, prägten ; Fährten und Beschreibungen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Südamerika, Afrika, Asien – vielerorts.

Meine Milieu-Beschreibungen und Berichte über die Mächtigen, Verbannten wie Ausgesperrten in vielen Ländern, in ihren Epochen belichten die Wirklichkeit, zeigen Denkweisen, Gefühle, Ohnmachts-Momente und Handlungs-Abläufe einer scheinbar vergangenen Ära. Vorgeblich – Schauplätze, gar Anlässe mögen sich verändert haben, Grundbedingungen, Kreislaufspiralen zwischen Ursache und Wirkung hingegen - die sind geblieben. Sie schaffen sich fortwährend ihre eigene Aktualität. Noch immer hungern Abermillionen von Menschen, hat sich die Schere zwischen arm und reich bedrohlicher, krasser geöffnet – werden weltweit mit Folter durch Psychopharmaka « Geständnisse » erpresst, begleiten bestialische Kriege unser Dasein. Fortschritt ?

Vier Jahrzehnte sind kein Tag – was wir wollten, was wir aus uns- und mit unserer Identität gemacht haben – oder einfach geschehen liessen ; Fragmente, Zerstückelung, Fratzen. Die politische Routine in nahezu allen Hauptstädten der Welt entpuppt sich zunehmend geschmeidiger, konturloser zu einer TV-soap in einem spanischen Zeremoniell des Proporzes. Die Wirklichkeit, der Alltag in den beschriebenen Ländern indes – dort draußen in Provinzen, Regionen – folgen ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit, den Lebensgefühlen, Erfordernissen – auch Verzagtheiten von Menschen, die wir sprachlos am Wegesrang stehen lassen. Ihnen galt meine Aufmerksamkeit. Aus Jahren des Protests, des Aufbegehrens, des beherzten Hinterfragens widersprüchlicher Aufrisse ist eine Epoche des Überdrusses, Verdrusses – eben sattsamer Gleichgültigkeit des Fühlens und Eintönigkeit des Denkens geworden. Deshalb sind Rückblicke, Rückbesinnungen wichtiger denn je ; vielleicht für eine Neu-Orientierung. Hoffnung ?

Deutschland, in dem ich aufwuchs und lange Jahre meines Lebens verbrachte, war mir nie gleichgültig. Aber die Jahre des Protests, des Aufbegehrens „im langen Marsch durch die Institutionen“ hat sich zu alljärlichen „Osterspaziergang“ des Johann Wolfgang von Goethe der Selbstdarsteller entwickelt . Ernüchterung ?

Dieses Buch « Spurensuche » von nahezu vier Jahrzehnten ist ein Stück Geschichtsbegleitung, Reportagen als Geschichtsbeschreibung. Das zu einer Zeit, in der weltweit – US-Präsident Barack Obama ausgenommen – auffallend weniger politisch

schöpferische »Talente » in Staatsämter drängen – ein Mittelmaß sich daran macht, « Wohlstandssicherung » nach dem globalen Finanzkollaps zu betreiben. Im Namen der Freiheit und gegen den allgegenwärtigen Terrorismus schränken Politiker weltweit einst bitter erkämpfte Freiheitsrechte immer mehr ein, werden Unschuldsvermutungen eines jeden Bürgers allmählich ins Gegenteil verkehrt. Was der Sicherheit zugefügt, geht der Freiheit ab. Grundlagen für einen autoritären, alles und jeden kontrollierenden Überwachungs-Kontinent sind längt gelegt ; für Europa und insbesondere für Deutschland gilt sie allemal.

Spiel mit dem Feuer – « Liberty dies by inches – Freiheit stirbt zentimenterweise » und das Rückgrat bricht knorpelweise .

R.O. Graz (Austria), Oktober 2010

1969

Kindesmisshandlungen in Deutschland

ALLTAG IN DEUTSCHLAND - ELTERN MISSHANDELN IHRE KINDER – ERWACHSENE SCHLAGEN IMMER WIEDER ZU

Dieser Report wurde vor nahezu vier Jahrzehnten geschrieben. Er ist aktueller denn je. Gewalt gegen Kinder - Kindesmisshandlungen , Kindesmissbrauch, körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt gegen Schutzbefohlene vielerorts; in Familien, Heimen, in Schulen. Dieser Bericht belegt, dass sich in Deutschland nur wenig ändern mag. Die Gesellschaft schaut verschämt weg, die Politik belässt es bei Lippenbekenntnissen, Betroffenheits-Gestik genannt; Finanznot überall, es fehlt an Sozialpädagogen, an Heimplätzen, an Etatzuweisungen. Nichts, so will es scheinen, wendet sich zum Besseren - Menschenrecht ist auch Kinderrecht. Immerhin soll seit 2005 ein so genanntes "Frühwarnsystem" greifen, wonach bei Eskalationsgefahr sofort geholfen werden kann. Entspannung in Sachen Kinderschutz ist jedoch nicht in Sicht: Im Jahre 2008 waren von neun Millionen Kindern in Deutschland insgesamt 1,42 Millionen schwersten Züchtigungen und körperlichen Gewaltattacken ausgesetzt; etwa zwei Kinder sterben wöchentlich an den Folgen ihrer Misshandlungen - weltweit sind es 50.000 - Jahr für Jahr.

"Ausholen ist so gut wie geschlagen" Sprichwort aus Afrika
Cuxhavener Zeitung 30. Dezember 1969 / 8. Oktober 2009

Was ist das nur - Folter, Kindesmisshandlung - vielleicht sogar Erziehung? Kinderrechte haben in Deutschland immer noch keinen offiziellen, verbindlichen Status. Kinder können wie Freiwild ausgeliefert sein - Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit; von wegen Menschenrechte, Kinderrechte. Das geschieht in diesen Tagen, Monaten und Jahren; einmal, immer wieder - unaufhörlich. Ein "Normalfall" in deutschen Familien. - Wutentbrannt schlug der 36-jährige Vater Conrad, Zollbeamter in der Seehafenstadt Emden, mit geballten Fäusten auf seinen Stiefsohn ein. Immer wieder stieß er ihn mit dem Kopf gegen die abgedunkelte Wand, riss den scheinbar leblosen Körper empor - schleuderte ihn mit aller Kraft auf den Kokshaufen im Heizungskeller. "Wenn du willst, kannste noch mehr haben, du elender Krüppel." Er fauchte und fauchte - versetzte gleichzeitig dem elfjährigen Kind einen Fausthieb. Bewusstlos lag der Junge Gregor da. Augen zugeschwollen, Lippen aufgeplatzt. Was war geschehen? Gregor hatte gewagt, seinem Stiefvater Conrad zu widersprechen, wollte erst draußen auf den Straßen Fußball bolzen, bevor es an die Schularbeiten geht.

Eine klassische Kindes-Misshandlung in diesem Land, die keiner besonderen Erwähnung bedarf. Zu Tausenden, zu Hunderttausenden kommen Gewaltausbrüche gegen Jungen wie Mädchen daher- zu alltäglich. Achselzucken vielerorts. Da mag sich kaum einer darüber empören - Alltag in Deutschland, Gewalt-Alltag, Fernseh-Alltag. Weder Nachbarn noch Schule nahmen Anstoß am entstellten, deformierten Gesicht des Jungen. Berührungsängste eines scheinbar intakten Milieus mit Familien, in denen es drunter und drüber geht, wo "Hempel unter dem Sofa schläft". Das Jugendamt schaltete sich erst ein, nachdem schon Jahre vergangen waren. Wiederholungsfälle eingeschlagener Gesichter im Schul-Unterricht, an die man sich dann doch nicht gewöhnen wollte.

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde mit einer ansonsten ausgeprägten Kultur der Rechtsstaatlichkeit, gilt für Kindererziehung das Recht der Germanen etwa 120 Jahre

vor Christus immerfort - unausgesprochener Weise in seiner Mentalität versteht sich. Fernab vom bürgerlichen Gesetzbuch dieser Tage hatte bei den Germanen der Vater die Straf- und Zuchtgewalt gegenüber seinen Zöglingen. Er konnte über Leben und Tod willkürlich entscheiden. Er hatte das Recht, sie nach der Geburt auszusetzen, sie zu verstoßen, zu verknechten, zu verkaufen oder zu töten. Erst mit Übergang von der Groß- zur Individualfamilie sollte sich das grauvolle Gewaltverhältnis ändern, lindern, schrieb die einst profilierte Gerichtsmedizinerin Elisabeth Trube-Becker von der Universität Düsseldorf. Die einzige Grande Dame der deutschen Rechtsmedizin hatte sich Zeit ihres erfolgreichen Wirkens der wissenschaftlichen Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet der Kindtötungen und - misshandlungen verschrieben. - Lichtblicke.

Nachdem der Junge Gregor wieder zu sich gekommen war, quetschte er sich mit blutigem Gesicht, aufgeschlagenen Lippen durch eine Kellerluke, flüchtete aus dem Elternhaus. Gregor rannte durch die halbe Stadt zu seinem Lehrer Edmund Erdmann. Der Junge weinte, redete und weinte. Doch auch dieser hatte Angst, Prügel zu beziehen. Junglehrer war er, gerade von der Pädagogischen Hochschule auf die Schulklasse losgelassen. Erdmann brachte seinen Schüler jedenfalls zum Vater zurück, beschwichtigte den Jungen, bestärkte den Gewalttäter in seinem "Erziehungsauftrag", ganz nach dem Motto "eine Ohrfeige hat noch niemanden geschadet". Für ihn war der "Fall Gregor" damit erledigt, "sonst", so der Edmund Erdmann später, "hätte ich wohl möglich auch noch Kloppe bezogen. Wir sind doch Pädagogen und kein Polizeikommando."

Die Mutter indes wollte ihren Ehemann zur Rede stellen. Auf erregte Fragen bekam sie Antworten. - Prügel-Antworten. Ihr Mann schlug wieder zu - dieses Mal Frau wie Kind. Sie kassierte oft Ohrfeigen, ohne Vorgeplänkel, ohne Ansatz, einfach nicht auszumachen wie aus heiterem Himmel. Sie sagte nichts, schminkte sich. Beim Einkauf auf dem Gemüsemarkt am kommenden Tag lächelte sie vorsorglich sehr stolz den Weg entlang. Prügel als Familien-Geheimis. Selbstaufgabe. Seine Mutter war es auch, die Gregor Beruhigungsmittel, Schlaftabletten verabreichte. Denn am nächsten Morgen sollte der Junge ja in der Schulklasse wieder wie gewohnt mit seinem Finger lebendig schnipsen können. Spalierstehen war stattdessen angesagt, neugieriges Spalierstehen für einen gepeinigten Zehnjährigen. Kindergewalt, Gelächter auf dem Schulhof, Gekichere im Klassenzimmer bei solch einem zerdepperten Gesicht. Wo eben der private Sender "TV-Brutal direkt" auf dem Schulhof drehte, da stand irgendwie plötzlich der kleine zerbeulte Gregor mit seiner geschundenen Visage im Mittelpunkt.

Szenenwechsel - von der Hafenstadt im Ostfriesischen an den Rand des Teutoburger Waldes - mit dem Eilzug von Emden-West nach Osnabrück HBF. Im Rahmen der "freiwilligen Jugendhilfe" war dann doch das Fräulein Pausepohl mit ihrer obligat-akkuraten Knotenfrisur als Fürsorgerin in dieser Epoche aktiv geworden, hatte für Gregor kurzerhand in einem evangelischen Kinder- und Jugendheim ein Plätzchen ergattern können. Heimjahre - das waren keine Kinderjahre, eher schon Bett- oder auch Sexjahre unter kirchlicher Obhut. Das Gebäude, ein h-förmiger Betonkasten in der Größe eines Fußballplatzes mit 98 Fenstern, lag draußen an der Stadt-Peripherie, eingezäunt zwischen Wald und Acker. Weit und breit nur Wiesen, Lehmwege; ein Getto, aus dem es kein Entkommen, kein Abhauen gab. Mit ihrem Fernglas auf dem Balkon hatte Heimleiterin Gertrude Timmermann das vermeintlich ganze Fluchtareal unter Kontrolle, konnte blitzschnell wegrennende Jungs wie Karnickel ausmachen, aufscheuchen, mit einem dreimonatigen Stubenarrest bestrafen. Da hockten die geschlagenen, geschundenen Kinder nun in ihren eingezäunten Zimmern vom "Haus Neuer Kamp" zu Osnabrück, dem vorzeigbaren, erlesenen Heimneubau der evangelischen Kirche. Meist erzählten sie sich, wenn sie überhaupt redeten, und nicht durch die Verabreichung von Tranquilizer ruhig gehalten wurden, dann redeten sie von ihren

Geschichten, den Gewalt-Geschichten, eine obszöner als die andere - der Stephan aus Hannover, der Ronald aus Berlin, die Karin aus Celle oder auch Ilona aus Iserlohn, der Gregor aus Emden; keiner war mal gerade älter als zwölf Jahre.

Dabei schilderten sie ihre sexuellen Kinder-Erlebnisse - Ur-Geschehnisse mal eben so mit einer scheinbaren Lockerheit, auch arglosen Unbekümmertheit, als hätten sie sich gerade einen Haribo-Lutscher gekauft. Sie hatten sich sehr oft im Halbkreis aufzusetzen und aus ihrem Liederheftchen "Mundorgel" zu trällern. Da lagen sie "vor Madagaskar und hatten die Pest an Bord" oder sie sangen "kein schöner Land in dieser Zeit, als hier das unsere weit und breit". Jeden Morgen vor dem Frühstücksgebet, so wollte es das Heim-Ritual, galt es ein besonders zutreffendes Liedchen zu schmettern; "Froh zu sein bedarf es wenig, und wer froh ist, ist ein König." - Realsatire oder bittere Ironie ausgegrenzter Kinder-Jahre. Allabendlich zur Gebets-Andacht vor dem Zubettgehen hatten sie in der Heimhalle ihren Segen mit sauberen Fingernägeln abzuholen und zu summen "Herr erbarme dich" ... ... Das war am Sonnabend immer so, bevor des Nachts schwanzpralle Erzieher während ihres Nachtdienstes zu den Jungs unter die Bettdecken krochen oder sich Kindergärtnerinnen ihre Nylon-Strumpfhosen von kleinen Mädchen abpellen ließen.

Verschieden waren ihre Anlässe fürs Heim-Asyl, die Szenerien blieben austauschbar: Gewalteinwirkungen, Handkantenschläge, Fausthiebe und Tritte, sexuelle Abrufbarkeit, sexuelle Beliebigkeit hatten hinlängliche Spuren hinterlassen - seelische Fußabdrücke, auch Bindungslosigkeit des Kommens und Gehens genannt. Und wieder waren es nahezu ausnahmslos Männer mit Klapperlatschen und manierlich blank rasierten Beinen - Frauen mit Knotenfrisuren, wie einst in der Nazi-Zeit, die auch hier noch fortlaufend ihr Kommando im Namen evangelischer Pastoren führten. Ein Knoten beim Wecken, ein Knoten bei der Essensausgabe der Suppenkübel, ein Knoten im Büro, ein Knoten beim Abendlied und letztlich der aufgemachte Knoten im Bett. Die allgegenwärtig plötzlich auftauchende Knotenfrisur in den sechziger Jahren war schon irgendwie ein Synonym für ein fortlebendes Mode-Überbleibsel aus einer braunen Epoche; wenigstens das. - Unbeherrschte , unnahbare, launische Nazi-Fräuleins in Heimen jugendlicher Fürsorge; hin und wieder gibt es einen kurzen Schlag ins Gesicht oder mit dem Bügelbrett-Lineal eins auf die Finger. Scheinbar ewig wirken ihre immer und immer wieder ausbrechenden Brüllereien nach; auf den endlos langen, nie enden wollenden schallgedämpften, abgedunkelten Fluren. Wer hier überleben wollte in diesem ausgegrenzten Kinder-Getto kleiner Mädchen wie Jungs - und das wollten eigentlich alle - hatten sehr schnell im Flüsterton sprechen lernen müssen: Wer sich hier von Erzieherinnen oder Erziehern, aber auch abkommandierten Kalfaktoren nicht ficken lässt, der hat schon verloren. Augenzwinkern. Achselzucken. Bedrohung. Punktum.

Es war die in der Schweiz lebende Kindheitsforscherin Alice Miller ("Das Drama des begabten Kindes und die Suche nach dem wahren Selbst, 1979) die darauf dezidiert hinwies: dass auch ohne vitales Erinnern die Langzeitfolgen von Gewalt, sexuellem Missbrauch latent in Körper und Seele lauern, dort eine bedenkliche Eigendynamik freisetzen können. Pfade am gesellschaftlichen Wegesrand waren somit vorgezeichnet. Mit anderen Worten: Hier sorgte eine wegschauende Gesellschaft dafür, wie sie aus dem Gewalt-Opfer Kind, ausweglos Täter späterer Jahre macht: Gewalt gegen sich selbst, Gewalt gegen andere. Alice Miller meint: Um solche Gefahren-Potenziale zu verhindern sei es für solche Kinder wichtig, im Laufe ihres Erwachsenenwerdens die eigenen authentischen Gefühle von Schmerz in der Kindheit zu erkennen, und vor allem sie zu verarbeiten. Ohne dieses präzise Erinnern, jenes erneute Erlebbare sei ein Bezug zur eigenen Geschichte, zum eigenen Geschehen versperrt. Meist ist eine schonungslose, oft beherzte wie auch schmerzhafte Offenheit zum hastig Verdrängten der Beginn

einer langwierigen Entwicklung, die die Seele erstarken lässt. - Kärrnerarbeit. Befreiung. Wer aber hat dafür das Geld, wer mag schon solche seelische Anstrengungen, Irritationen, mitunter Verzweifelung aus sich nehmen? - Die wenigsten.

Kindesmisshandlungen sind alltäglich, werden als solche kaum wahrgenommen, nur äußerst selten erkannt - und das im Allgemeinen auch nur, wenn sie einen tödlichen Ausgang haben. Professor Ulrich Köttgen (*1906+1980), Direktor der Mainzer Kinderklinik, stellte in seinen Untersuchungen fest, dass die Dunkelziffer bei Kindesmisshandlungen, Kindesmissbrauch ungewöhnlich hoch ist und allenfalls etwa fünf Prozent der Fälle vor Strafrichtern landen. In der Regel werden Kinder von Mitgliedern im engsten Familienkreis misshandelt. Die Öffentlichkeit erhält in jene sorgsam kaschierte Grauzone kaum einen Einblick. Günther Bauer, Kriminaloberrat im Bundeskriminalamt in Wiesbaden, analysierte insgesamt 56 Fall-Beispiele. Aus diesen filterte er die Erkenntnisse, dass die Tatbestände der Kindesmisshandlungen weitgehend verschleiert werden. Kinder leben tage- oder wochenlang eingesperrt, damit fremde Personen etwaige Verletzungen nicht bemerken können.

Auch wird den Kindern unter Androhung einer schweren Strafe strikt verboten, irgendetwas über die oft zerrütteten häuslichen Verhältnisse draußen etwa in der Schule zu erzählen. Und nicht nur dies: Während der Misshandlungen stellen Eltern oft Radio- und Fernsehgeräte lauter, damit Schreie, Hilferufe, Schmerz-Gestöhne übertönt werden. Ohnmacht der Kinder im Verbund mit einem festen elterlichen Autoritäts-Zugriff führen dazu, dass die Misshandelten selbst nie Anzeigen erstatten - zu eingeschüchtert, zu verängstigt. Kriminalist Günther Bauer resignierte: "Kinder nehmen die fürchterlichen Misshandlungen durch ihre Eltern quasi wie ein Naturgesetz hin."

Eine Vorkriegs-Statistik des "Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausnützung und Misshandlung" belegt

- dass in 18 Prozent der Fälle den misshandelten Kindern jeder Verkehr mit familienfremden Personen und jede Beantwortung einer an sie gerichteten Frage verboten war;
- dass in 17 Prozent der Lautsprecher des Rundfunkgerätes angestellt, der Wasserhahn aufgedreht oder der Kopf des Kindes auf ein Kissen gedrückt wurde, damit kein verräterischer Laut nach draußen drang;
- in 36 Prozent der Fälle wurden die Kinder nicht aus der Wohnung gelassen, solange an ihren Körpern noch Gewalt-Spuren, Blut-Spuren zu sehen
- und in 22 Prozent der Fälle wurden Kinder derart eingeschüchtert und in ihren Ängsten umgedreht, dass sie selbst im Falle ihrer Wegnahme aus dem Elternhaus leugneten, gequält, geschlagen, misshandelt worden zu sein.

In den Jahren 1955 bis 1965 wurden im Institut für Gerichtliche und Soziale Medizin der Universität Kiel die Leichen von 380 Kindern unter 14 Jahren obduziert; darunter zwölf Fälle aktiver, grober Misshandlungen und sieben Schicksale sträflicher Kinder-Vernachlässigungen. Als Ursachen für Todesfolgen standen Kopfverletzungen an erster Stelle, davon drei in Verbindung mit sicher nachgewiesener Fettembolie. Aber immerhin: Jährlich werden etwa 300 bis 400 Fälle von Gewalt an Kindern in der Bundesrepublik strafrechtlich verfolgt und etwa in der Hälfte der Fälle gerichtliche Urteile gesprochen. Es ist aber gerade die Statistik, die sehr ungenau geführt wird, allgemeine Rückschlüsse verwässert. Viele schwere Vorkommnisse in Sachen

Kindesmisshandlungen werden unter der Rubrik "Gefährliche Körperverletzung" oder "Körperverletzung mit tödlichem Ausgang" verbucht. Somit gelingt es immer wieder, die eigentliche Dramatik oder auch den Sprengsatz kindlicher Opfer zu vernebeln. Untaten an Kindern werden nämlich nicht nur nach den Bestimmungen des §223b des Strafgesetzbuches geahndet, sondern sie können sich rechtlich zugleich als schwere Körperverletzung (§ 224 StGB) mit tödlichem Ausgang (§ 226 StGB) sowie auch als Totschlag (§ 212 StGB) darstellen. Gleichwohl kommt es bei derlei Interpretationsspielräumen in erster Linie auf das "Problembewusstsein und die Erkenntnisfähigkeit der Richter an, ob sie eine rohe Misshandlung" konzedierten oder auch nicht", relativiert der Jurist Wilhelm Stille vom Deutschen Kinderschutzbund (gegründet 1953) den Paragrafen-Schutz-Schirm. Stille: "Vielen Juristen ist ihre Weltfremdheit ins Gesicht geschrieben. Wie sollen sie da den Dunst familiärer Zerbrechlichkeiten und ihre Auswüchse an sich herankommen lassen? Ein Unding"

Im Rückblick wurden in der Bundesrepublik zwischen 1950 bis 1960 exakt 2.175 Täter wegen Kindesmisshandlung abgeurteilt; mit Geldstrafen, Gefängnis und Zuchthaus. Sicherlich wären zu einer größeren Anzahl von Gerichtsurteilen gekommen, wenn Ärzte nicht der Schweigepflicht unterlägen. Es war der damalige Justizminister Gustav Heinemann (*1899+1976; Bundesminister der Justiz 1966-1969), der die deutschen Mediziner zu mehr Courage aufforderte, indem er wiederholt auf die gültige Rechtslage verwies. Gustav Heinemann am 17. März 1967 vor dem Deutschen Bundestag: "Ein Arzt darf trotz seiner ärztlichen Schweigepflicht die Polizei oder die Jugendämter über die ihm bekannt gewordenen Kindesmisshandlungen informieren."

In jedem Fall sind die öffentlich ermittelten Daten sehr ungenau. Sie sind kein zuverlässiger Gradmesser für die Verrohung des Umgangs der Familien in diesem Land. Quantitative Größenordnungen sagen allzu oft wenig über die qualitative Tragweite aus - nämlich einer familiären Erosion, deren Folgewirkungen noch nicht abzuschätzen sind. Kinder-Anwalt Wilhelm Stille notierte im Mitteilungsblatt des Deutschen Kinderschutzbundes: "Aus unserem Bewusstsein ist der Kinder-Klaps, der nicht schaden kann, nicht rauszukriegen. Wenn man aber erkennen muss, dass in einer Reihe von Ereignissen durch ein frühes Eingreifen manches Unheil hätte verhindert werden können, so darf man auch an dem Problem der ärztlichen Schweigepflicht nicht vorbeigehen. ... ...".

"Es ist bekannt, dass Eltern und Erziehungsberechtigte versuchen, bei Verletzungen durch Misshandlungen die Ärzte zu täuschen, zu belügen. Es werden die raffiniertesten Mittel benutzt. Schwere Verletzungen werden als Sturz von der Treppe, vom Stuhl oder Fallen auf den Fußboden, Verbrennungen und auch Erfrierungen werden mit unglücklichem Zufall, entschuldbarem Irrtum oder eigenem Verschulden des Kindes erklärt. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen Kinder während einiger Monate mehrfach mit Spuren von Misshandlung jeweils in eine andere Klinik eingewiesen wurden, ohne dass man der Sache auf den Grund gekommen war."

Originalton einer Frau, einer Wissenschaftlerin dazu aus den siebziger Jahren. Zeitgeschichte oder Aktualität ? Lang ist es her, Jahrzehnte um Jahrzehnte - geändert hat sich wenig, konstatiert Elisabeth Trube-Becker: "Wahllos wird von grausamen Eltern mit allen nur erreichbaren Gegenständen auf das Kind eingeschlagen, mit Riemen, Peitschen, Stöcken, Kohlenschaufeln, Kochlöffeln, Feuerhaken etc. Unerschöpflich ist die Fantasie beim Ersinnen von Grausamkeiten, um dem gequältem Kind Schmerzen zuzufügen: stundenlanges Stehenlassen, Auf- und Abmarschieren während der Nacht, auf den heißen Ofen setzen, Überbrühen mit heißem Wasser, stundenlanges Haltenlassen von schweren Gegenständen, Halten von brennenden

Streichhölzern, bis die Finger schmerzen , Frierenlassen - erfrorene Gliedmaßen sind bei misshandelten Kindern sehr häufig - Tauchen in eiskaltes Wasser bis zum Tod durch Erschöpfung oder Ertrinken, Liegenlassen in Kot, Urin und vieles mehr."

Erfahrungen aus Westberlin in den siebziger Jahren zeigten allerdings, dass eine wirksame Vorbeugung gegen Gewalt-Exzesse in Familien, an Schulen, an Frauen und Kindern erfolgsversprechend ist. Es war der Alleingang der Berliner Senatorin Ilse Reichel (*1925+1993; 1971-1981), zuständig für Familie, Jugend und Sport, die das erste Haus in der Bundesrepublik für geschlagene Frauen und verprügelte Kinder eröffnete. Wie kein anderes Mitglied im Berliner SPD-Senat unterstützte und finanzierte Ilse Reichel hilflose Frauen, Eltern-Kind-Gruppen, Kindertagesstätten, Abenteuerspielplätze. Dabei ließ sich Ilse Reichel zentral von einem Grundgedanken leiten: Gewaltausbrüche im Vorfeld durch alternative Aufgaben, auch Freizeitangebote zu verhindern.

In besagten Reichel-Jahren, die nachweislich kinderfreundlichsten, die die Hauptstadt je erleben konnte, war jedenfalls nach Feststellungen der Berliner Kriminalpolizei eine Zunahme der Verfahren bei Kindesmisshandlungen um 300 Prozent zu verzeichnen. Aus diesem Anstieg kann jedoch keine verfehlte Senatspolitik noch ein Mangel an erzieherischen Fähigkeiten der Pädagogen oder Sozialarbeiterinnen abgeleitet werden. Sie sind das offene Ergebnis einer frauen- und kinderfreundlichen Politik - die in eine angstfreie Atmosphäre ausstrahlte, in der sich geschwundene Frauen, auch lädierte Jugendliche erstmals zur Polizei wagten - Anzeige erstatteten.

Gleichwohl wird das sozialpsychologische Klima - somit die zwischenmenschliche Atmosphäre zwischen Flensburg und Basel eher markiert durch eine undurchlässige Mauer des gefühllosen Schweigens als durch solidarische Anteilnahme. Es sind Berührungsängste, Abgrenzungs-, Distanzierungs- versuche von denen da unten ... ... Mitgefühl ja schön und gut, wenn es um Notopfer-Spenden auf fernen Kontinenten geht, aber bitte schön doch wohl nicht, wenn sich Nachbarn die "Köppe einschlagen". Regierungsdirektor Walter Becker, Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes (1969-1972), zeigt auf die zerbrechliche Achillesferse seines Engagements. Er sagt: "Menschen schauen sich aus der Ferne voyeuristisch Kinder-Schicksale an, ohne wirklich helfen zu wollen. Dieser Ohne-Mich-Standpunkt ist alltäglich. Wir brauchen aber Leute, die zupacken, informieren, helfen, Kindesmisshandlungen aufdecken. Wunschdenken?

Auslösende Faktoren, Initial-Momente , Kindern den Krieg zu erklären, sind zuvörderst Ehekonflikte, Alkoholismus, sozialer Abstieg, Arbeitslosigkeit und Armut. Untersuchungen belegen, dass soziale Zerrissenheiten zu Aversionen gegen das Kind als "Nichtsnutz" bis zum krankhaften Zwang steigern. Im wohlhabenden Deutschland - dem Land der proklamierten sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit auch unterer Schichten - leben mehr als 2.6 Millionen Kinder in Armut. Vornehmlich in Berlin, dem üppigen Hauptstadt-Schaufenster, sind es 200.000 Kinder und Jugendliche. Und die Zahl driftet weiter steil nach oben. Kinder-Armut hat sich im Zeitraum der Jahre 2003-2008 verdoppelt - besonders in Mitleidenschaft gezogen sind Kleinstkinder unter sieben Lebenslenzen - dort, wo Babynahrung ein unerschwinglicher Luxus wird, da sind in Berlin Reichstag, Museen-Galerien und Oberschicht-Nippes-Boutiquen nicht fern. Wo das Leben unerschwinglich teuer ist und wenigstens der Tod vom Sozialamt bezahlt wird - auch da ist Berlin.

Die Sozialwissenschaftler und Bildungsforscher der Universität Bielefeld, Klaus Hurrelmann und Sabine Andresen, kamen in ihrer ersten umfassenden Milieu-Untersuchung (World Vision Kinder-Studie, 28. Januar 2008) bei Kindern zwischen acht und elf Jahren zu dem Ergebnis, "dass die Klassengesellschaft in Deutschland keine neue Entwicklung ist. Erschreckend

ist aber, wie sich in einem reichen Land wie Deutschland die Armut von Kindern 'eklatant' auf ihre Biografien auswirkt. Das bedeute: geistige und kulturelle Armut, soziale Armut, materielle Armut, seelische, emotionale und psychische Armut, schulisches Versagen - und immer wieder Gewalt gegen Kinder; durchgängig Gewalt.

Der Deutsche Kinderschutzbund unterscheidet in seiner Eingruppierung von Gewalttätern drei Kategorien. Eine einheitliche, zweifelsfreie wissenschaftliche Aussage gibt es nicht. Danach sind in der

- ersten Gruppe arbeitsunwillige, haltlose Akteure, die durch eigene Phlegma in materielle Not geraten. Sie machen in ihren Kindern die Hauptschuldigen ihrer Familien-Misere aus, vergreifen sich an ihnen;
- zweite Gruppe dominiert der Tyrann. Ein Typus Mann, der herrschsüchtig wie rücksichtslos seine Familie schikaniert, keinen Widerstand duldet, sondern bricht;
- dritten Gruppe sind sie so genannten Triebtätern zuzuordnen. Männer, die sich mit ihren Gewaltfantasien, Rauschmitteln hemmungslos ausleben; folglich auch für die eigene Frau oder Kinder kein Schamempfinden, keine Schmerzgrenze kennen.

Als Strafmaßnahmen gegenüber den Nachkömmlingen galten bis Ende der siebziger Jahre körperliche Züchtigungen als das gängigste Mittel. Bemerkenswert ist, dass die meisten Eltern in der alten Bundesrepublik - im Gegensatz zu ihren europäischen Nachbarn - in erheblicher Intensität mit Schlägen zur Sache gingen. Nach Schätzungen des Kinderbundes sollten ungefähr 85 Prozent der Eltern ihre Kinder verprügeln. Davon erhielten im Elternhaus 55 Prozent der Jungen Stockschläge, 37 Prozent der Mädchen. Im Prinzip wurden Körperstrafen mit der flachen Hand, einem Lederriemen, Teppichklopfer oder dünnen Rohrstöcken verabreicht. Im Schulmilieu kamen zudem noch Lineale oder Stöcke zum Einsatz, wurden vorwiegend "Kopfnüsse" ausgeteilt.

Spätestens seit Ende der siebziger Jahre gelten körperliche Züchtigungen als nicht mehr "gesellschaftsfähig" - werden als ein "typisches verwahrlostes Unterschichts-Verhalten" eingeordnet. Seither sind Körperstrafen vom Gesetzgeber verboten. Auch das sogenannte "Backpfeifen"-Recht der Eltern gegenüber ihren Kindern wurde im Jahre 2000 durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) ausdrücklich abgeschafft. Nach Neufassung des Paragrafen 1631 BGB ist es das Kinderrecht, gewaltfrei aufzuwachsen, erzogen zu werden, auch ohne Demütigungen dem Leben zu begegnen. Im Gesetz heißt es: "Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig." Ein Rechtfertigungsgrund für Prügel gibt es nicht mehr.- Fortschritte in Deutschland.

In zahlreichen Staaten Europas gewann nach Ende des Zweiten Weltkriegs sukzessive die Auffassung Oberhand, dass körperliche Nötigungen schädlich für die Entwicklung der Kinder sind. Nicht zuletzt wissenschaftliche psychologische Erkenntnisse rieten dringend davon ab, weiterhin junge Menschen mit Körperstrafen zu sozialisieren, abzurichten. Danach ist gleichfalls körperliche Gewalt in Ländern wie Schweden, Island, Finnland, Dänemark, Norwegen, Österreich, Italien, Zypern, Kroatien, Israel untersagt. Lediglich in den Vereinigten Staaten von Amerika scheiterten Initiativen auf einen "gewaltfreie Kindererziehung" im Laufe der Jahrzehnte - nicht einmal, sondern immer wieder.

Auch wenn die Diskrepanz zwischen Gesetzestext und seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts an Schärfe, Dramatik, gar Endzeitstimmungen eingebüßt hat, verfügen mittlerweile deutsche Polizeidienststellen über speziell geschulte Einsatzkräfte. Sie können direkt

telefonisch angefordert werden. Mit dem im Jahre 2002 eingeführten Gewaltschutzgesetz wurde den Opfern zudem Schutz ermöglicht. Ein Familiengericht entscheidet mittlerweile darüber, wie eine etwaige Eskalation verhindert werden kann. Wohnungsverbote, Kontaktverbote. Für viele Gewalttäter in ihren Familien bedeutet eine etwa gerichtlich verfügte Trennung Freiheitsstrafe auf lange Sicht oder Therapie. Dort lernen diese Männer - reichlich verspätet - die Dynamik ihrer Gewaltexzesse emotional zu begreifen, Folgewirkungen auf ihre Frauen wie Kinder zu verstehen.

Nach Erhebungen der seit 2005 verantwortlichen CDU- Familienministerin Ursula von der Leyen hat es in den letzten drei Jahren (2003-2006) laut Kriminalstatistik 2.900 Ereignisse von Kindesmisshandlungen gegeben, die Dunkelziffer sei allerdings weitaus höher. Es habe "Fälle sträflichen menschlichen Versagens" gegeben. Beherzt und zugleich ein wenig kleinlaut, haucht die Ministerin ins Berliner Hauptstadt-Mikrofon: "Wenn man den Eltern zehn Euro streicht, kriegt das Kind mehr Prügel. - Wir müssen solche Kinder aus den Familien herausnehmen."

Vor 40 Jahren mahnte der damalige Vize-Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Wilhelm Stille in seinem Tätigkeitsbericht eindringlich. Er schrieb: "Es muss angestrebt werden, dass das Kind im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit stärker als Rechtspersönlichkeit, denn als Objekt der Interessen der Erwachsenen angesehen wird. Das Bürgerliche Gesetzbuch besteht seit nahezu 80 Jahren, und viele Begriffe haben sich seither gewandelt. Nach Auffassung vieler ist besonders das derzeitig geltende Recht über die elterliche Gewalt, das Erziehungsrecht reformbedürftig." - Auf derlei Reformen der Menschenrechte wartet das Land immer noch - Menschenrechte sind Kinderrechte.....

1970

Allah und Armee in Algerien

ALLAH UND ARMEE IN ALGERIEN – ZERREIßPROBEN NACH BEFREIUNGSKAMPF

Mehr als ein Jahrzehnt wurde in diesem Land in Nordafrika einer der „dreckigsten Kriege" der Welt ausgetragen. Mit dem vom Militär unterstützten Regime versucht die algerische Regierung ihren Kampf gegen islamische Unterwanderung zu gewinnen. Wieder Bürgerkrieg in Algerien: Einst französische „Kolonialherren gegen Befreiungskämpfer" , nunmehr „Islamisten gegen Sicherheitskräfte". Über 200.000 Menschen – die meisten Zivilisten – starben. „Erfolgsrezept": Folter. Neuer Verbündeter: die USA. Neue Waffen: made in USA

Cuxhavener Zeitung vom 31.Dezember 1970 / 18. Dezember 2008

Es dämmerte schon ein wenig, als wir in Algier die Kasbah betraten. Ein bisschen Exotik sollte es noch sein an diesem November Abend; damals waren wir noch jung an Jahren. Und es hatte etwas mit unserem Fernweh zu tun. Raus aus diesem vom Nebel eingehüllten Deutschland in solch depressiv anmutenden November-Tagen. Hinein in enge, schmutzige Gassen des Allstadt-Lebens, wo Hunderte von Kindern im größten Dreck herumwühlen, Männer sich beim Dominospielchen beweisen - und Frauen sich scheu hinter dicken Gemäuern zu verstecken haben. Armut pur, alle lächeln - und das fürs Video daheim auch noch umsonst. In vergangenen Jahren sind in der Kasbah an die 350 Häuser verfallen. Insbesondere in den Herbst-Monaten, wenn heftige Regengüsse auf Algier prasseln, spülen diese Wassermassen immer wieder alte Lehmziegelmauern der übereinander gewürfelten Häuser fort. Momentaufnahmen. Der Abend gehört den Kronleuchtern und Stuckdecken aus dem 19. Jahrhundert in der Edelherberge "El Minza"; französische Kolonial-Noblesse samt Mittelmeer - Weitwinkelblick inbegriffen.

Spuren kolonialer Vergangenheiten Frankreichs (1830-1962) werden ganz allmählich beseitigt - Stein um Stein. An einem Mietshaus ist gerade noch auf einer Steinplatte lesbar, dass dort einmal ein Gericht seine Urteile sprach. Das Gemäuer der kolonialen "Nationalbibliothek" ist frisch hergerichtet, doch unter der Sperrholzplatte bleibt die alte Gravur verborgen. Hier in der Kasbah spüre ich einen Hauch vom seelischen Innenleben Algeriens, wird für mich nachvollziehbar, dass dieser brutale, mörderische Unabhängigkeitskrieg der 50er und 60er Jahre das Verhältnis zwischen Algerien und Frankreich bis in die Gegenwart hinein belastet. - Knoten im Kopf, Atemnot.

Ich laufe durch die Kasbah und frage mich - auch zufällige Passanten, mit denen wir ins Gespräch kommen, ich frage mich immer wieder 'musste das wirklich sein' - dieses Abschlachten, Foltern, Ausmerzen, Ausrotten ? - Achselzucken vielerorts, Stille überall. Irgendwie und irgendwo sollte mich ein Psychiater, der auch ein Politiker war, in meinen Gedanken begleiten. Als Reisevorbereitung hatte ich das Buch Frantz Fanon (*1925+1961) "Die verdammten dieser Erde" (1961) gelesen - ein Standardwerk jener Jahre. Frantz Fanon wusste nur zu genau, wovon er sprach. Er war der Vordenker der Entkolonialisierung.

Als Dunkelhäutiger wurde Fanon auf der Karibikinsel Martinique geboren. Die war bis im Jahr 1946 französische Kolonie. Seither gilt Martinique - nunmehr als Département d'Outre-Mer - als ein Teil des französischen Staats-Territoriums. Sicherlich, formal galten die Insel-Bewohner als Franzosen, tatsächlich wurden sie von den weißen Siedlern als "Schwarze" gebrandmarkt, Bürger der zweiten Kategorie. Wer die Seele Algeriens berührt, verstehen will, der sollte auch halbes Jahrhundert später abermals Frantz Fanon entdecken. Er hatte als Chefarzt im Jahr 1953 im

Psychiatrischen Krankenhaus im algerischen Blida gearbeitet, das 45 Kilometer von Algier entfernt liegt. Hier wurden verwundete Widerstandskämpfer behandelt, versteckt, Schmerzen vieler Folteropfer gelindert, therapiert. Fanon schrieb: "Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht; ganze Jahrhunderte hat es im Namen eines 'angeblichen geistigen Abenteuers' fast die gesamte Menschheit erstickt. Seht, wie es heute zwischen der atomaren und der geistigen Auflösung hin und her schwankt ..."

Keine Frage , dass im Krankenhaus der Franzosen Kolonial-Herren durchgreifen - Trennung der Patienten nach Herkunft, eigene Pavillons für Europäer und Moslems. Konsequenz: Franz Fanon schließt sich dem algerischen Freiheitskämpfer an. Sein Krankenhaus hatte die französische Armee strzuvor hinreichend demoliert, ein Streik des Pflegepersonals wurde blutig niedergeschlagen. Verängstigt ging Chefarzt Fanon des Weges, wurde des Landes verwiesen, als Aktivist der Front de Libération Nationale (FLN) - der militanten Unabhängigkeitsbewegung Algeriens kam Fanon zurück.

Er markierte: "Verlassen wir uns nicht auf dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken der Welt ... ... Die Vereinigten Staaten sind ein Monstrum geworden, bei dem der Geburtsfehler, die Krankheiten und die Unmenschlichkeiten Europas grauenhafte Dimensionen angenommen haben ... ... Die Dritte Welt steht heute als eine kolossale Masse Europa gegenüber; ihr Ziel muss es sein, die Probleme zu lösen, die dieses Europa, nicht hat lösen können ... Für Europa für uns selbst und für die Menschheit müssen wir eine neue Haut schaffen, ein neues Denken entwickeln, einen neuen Menschen auf die Beine stellen."

Apropos "neue Haut" oder auch "neue Menschen" - meine Gedanken gingen in Algerien nahezu ein Jahrhundert zurück. Eine Rückbesinnung auf Isabelle Eberhardt, um durch sie und vielleicht mit ihr die Zukunft zu entdecken - eine feminine, autonome Zukunft auch mit all ihren Abgründen und Widersprüchen. Isabelle Eberhardt (*17. November 1877 in Genf; + 21. Oktober 1904 in Ain Sefra - Algerien) war eine russischstämmige schweizerische Weltenbummlerin und Reiseschriftstellerin. Viele Jahre hatte sie als Mann verkleidet die arabische Welt erkundet. Am 21. Oktober 1904 war Isabelle in der Sahara zwischen Dattelpalmen und Sanddünen ertrunken.

Erst wenige Stunden vor ihrem Tod hatte Isabelle Eberhardt entgegen des Rates ihres Arztes das vor Stürmen geschützte Krankenhaus von Ain Sefra verlassen. Sie hatte sich in ein Lehmhaus einquartiert, das zwischen Kneipen und Bordellen in einem ausgetrockneten Flussbett lag. Dort wollte sie schreiben, weiter texten an ihren Reiseberichten, über die Einsamkeit in der Sahara und die Wüsten-Welt der Männer. Si Mahmoud nannte sich die verkleidete Isabelle. Ein Unwetter tobte plötzlich auf den gelben Dünen, ein Unwetter, wie es diese Region seit Menschengedenken noch nicht erlebt hatte, brach herein - es nahm Isabelle gleich mit - in den Tod mit ihren 26 Jahren. (Eglal Errera: Isabelle Eberhardt - Eine Biografie; Lenos Verlag, Basel, 1987)

Im Mai 1897 zog es Isabelle mit ihrer Mutter aus der kleinbürgerlich gestrickten Schweiz hinaus nach Algerien. Sie gelangte in eine Kleinstadt namens Bône, die sich damals nach nahezu 60 Jahren Kolonisation wie eine typische französischer Kleinstadt ausnahm - breite Boulevards, elegantes Hotel, einen plantagenumsäumten Platz vor dem Rathaus, Banken, Boulangerien. Charcuterien, Epicerien, Quinquallierien - eben Außenausstattungen, die das französische Bürgertum nun einmal für sein savoir vivre oder auch Wohlbefinden benötigt. Isabelle hingegen suchte das arabische Algerien. Sie lernte rasch Arabisch und fand Freunde unter einheimischen Studenten. Um sich frei bewegen zu können, vertauschte Isabelle ihre westeuropäischen Mädchen-

Kleider mir denen eines arabischen Mannes; in einem langen weißen Burnus, schnitt sich ihre Haare ab und setzte sich einen Turban auf; fortan nannte sich Isabelle männlich Si Mahmoud Saadi.

Immerhin konnte sich Isabelle von ihren Honoraren ihre Reiseberichte ein Pferd leisten. Mit ihm zog sie allein durch die Sahara. Im Jahre 1901 heiratete sie Slimène Ehni, einen Leutnant der algerischen Hilfstruppen des französischen Kolonialregimes. Beide führten aber keine Ehe im herkömmlichen Sinne, lebten nie zusammen. War es Isabelle, die es immer wieder in die Wüste - in die Einsamkeit zog. Sie rauchte Kif, trank viel, leidenschaftlich viel Alkohol und trat unablässig als Mann auf; in der Kleidung männlicher Beduinen, Burnus und Reitstiefel. Konflikte mit der Kolonial-Administration waren vorprogrammiert, brachen auch immer wieder auf.

Frankreichs Männer der Fremdenlegion missbilligten Lebensstil wie Lebensverständnis dieser Frau, die sie eher einem ihrer Wüsten-Bordelle übergeben hätten als in ihr eine feministische Vorkämpferin autonomer Frauenrechte zu sehen. Männer, die nach romantisch unterlegten Legenden von Legionären auf Kamelen im Jahre 1843 südlich von Oran eine Stadt namens Sidi Bel Abbes gründeten. - Ein Wüstenort von einer Stadtmauer mit vier Toren umschlossen wurde das Hauptquartier kolonialistischer Allgegenwart, Zentrum der Fremdenlegion; einer gefürchteten Sondertruppe mit Freiwilligen aus vielen Ländern. Ihre Brutalität galt als Beleg für "berufliche Kompetenz". Von hier aus "putschte" die OAS (Organisation Armée Secrète) gegen die eigene Pariser Regierung. Vom reichen kolonialen Landadel gekaufte Söldner sollten Anfang der sechziger Jahre mit Waffengewalt gegen Pariser Beschlüsse, Algerien seine Unabhängigkeit zu geben. Folter, Massaker, bestialische Quälereien, Menschenrechtsverletzungen zählten zu routinegeübten Tages-Abläufen; von 7 Uhr morgens bis zum Sonnenuntergang Schmerzensschreie. (Christian Reder, Elfie Semontan: Sahara, Verlag Springer, Wien, New York, 2004)

Es waren die gefürchteten Jahre, die Befehls- und Kommandojahre über Leben und Tod, des französischen Generals Jacques Massu (*1908+2002) - einer der bedeutendsten Soldaten Frankreichs im 20. Jahrhundert. Im Januar 1957 übernahm Massu den Oberbefehl über die Region Algier. Er ließ in der Kasbah algerische Freiheitskämpfern der FLN niedermetzeln oder auch "säubern", wie es damals noch bezeichnenderweise hieß. Schmauchspuren. Friedhofsruhe. Im Mutterland Frankreich vornehmlich schmückten ihn seine Landsleute mit Pauken wie Fanfaren; Ehrentitel wie der "Held von Algier" inbegriffen. Gefoltert haben seine Soldaten aus dem Land der Menschenrechte - rund um die Uhr, Haus um Haus, Vergewaltigungen inbegriffen. Verständlich, dass ein solcher General der Kolonialherren bei den Algerienfranzosen („Pieds Noirs“) beliebt war - gar Quälereien, bestialische Schmerzen als "erträglich" befand. Von den Tätern dieser blutrünstigen Epoche ist niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Im späten Alter, zwei Jahre vor seinem Tod, gestand er "systematisch Folterungen während des Algerienkrieges" ein. Jacques Massu: "Ich bereue".

Erst 1999 mochte Frankreichs Parlament, die Nationalversammlung, den Begriff "Algerienkrieg" offiziell zulassen. Bis dahin war nach französischer Lesart lediglich von "Ereignissen" gesprochen worden. "Ereignisse", die 1,7 Millionen französische Soldaten in Nordafrika kämpfen ließen, von denen 25.000 getötet und 60.000 verwundet wurden. "Ereignisse", die auf algerischer Seite 1,7 Millionen Menschen in den Tod schickten.

Der Philosoph Jean-Paul Sartre (*1905+1980) nannte Fanons-Buch "Verdammte dieser Erde" einen "Striptease unseres Humanismus". Darin versuchte Frantz Fanon nachzuweisen, dass die Deklassierten und Kolonialisierten der Dritten und Vierten Welt gegen Gewalt der Unterdrückung nur ein Mittel haben: mit Gewalt zu antworten, weil sie allein die psychischen

"Verstümmelungen" (Fanon) der Unterdrückung zu heilen vermag. Jahrzehnte später - im neuen Jahrtausend angekommen - werden Fanon und noch viele Weggefährten seiner Epoche als Vordenker, Vorläufer des mittlerweile international agierenden Terrorismus eingestuft. - Verquere Jahre, verqueres neues Denken .

Wo und mit wem haben in der Geschichte jemals Freiheitskämpfe ohne Gewalt ohne Waffen stattgefunden? Seit wann aber werden politisch legitimierte Unabhängigkeits-Konflikte von Ländern, Regionen mit Anarcho-Terroristen ohne Sinn und Verstand oder gewöhnliche Banden in einem Atemzug genannt, abgestempelt. Waren etwa die französischen Résistants gegen die deutschen Besatzer auch Terroristen, Graf von Stauffenberg (*1907+1944) oder Georg Elser (*1903+1945) auch gewöhnliche, kriminelle Gewalttäter, die Hitler zu liquidieren gedachten? - Waren auch sie Terroristen? Oder etwa die unterdrückten, gejagten, gefolterten Kurden in der Türkei und im Norden Iraks - Freiheitskämpfer oder auch sie Terroristen? Grobschlächtig, unachtsam - gedankenverloren dümpeln vorherrschende Definitionen im neuen Jahrtausend vor sich hin. Klärungsbedarf.

Jedenfalls sah Algeriens erster Präsident Ahmed Ben Bella (1962-1965) in Frantz Fanon nicht nur einen "Kampfgefährten", sondern einen Führer, der durch sein "geistiges und politisches Testament" die algerische Revolution sicherte. Seinerzeit wurde in der Dritte Welt auch vom Fanontismus geredet; in Entwicklungsländern, in denen mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung lebt, die doppelt so schnell wächst wie beispielsweise Europa. Diese als Buch gebündelte Druckerschwärze gilt als Weltanschauung in jenen Nationen, in denen 30 bis 40 Prozent der Stadtbewohner in Slums hausen, zwanzig Prozent der Arbeitswilligen keinen Job finden - mitunter 85 Prozent der Menschen Analphabeten sind - sage und schreibe über 25 Millionen Kinder, Männer und Frauen an direkten wie indirekten Folgen des Hungers sterben.

Es waren die frühen Jahre des Algierfranzosen Albert Camus (*1913+1960). Er hatte bereits seine erste Essay-Sammlung "L'Homme révolté" (Der Mensch in der Revolte) (1947-1951) veröffentlicht. Nur Albert Camus wollte sich mit seiner schwer erkämpften Rolle als Romancier in Literaten-Salons bürgerlicher Zaungäste kaum begnügen. Ein sozusagen "linker Pazifist", das war er, ein Schreiber, der sich einmischte. So versuchte Camus als Journalist gleichsam aktuell Einfluss zu nehmen, geißelte Härte wie Unnachgiebigkeit der Kolonialherren unter der Trikolore. Nur seine Vermittlungsversuche verhallten in dieser fanatisch aufgeladenen Vorkriegsperiode. Das Camus-Plädoyer einer bürgerrechtlichen Gleichstellung der „arabes“ war den meisten Franzosen verpönt, zu radikal. - Berührungsängste. Von Tuberkulose gezeichnet schrieb Albert Camus 1957 einen Sammelband von meist in Nordafrika spielenden Erzählungen - Resignation und wohlbedachte Reminiszenzen an Algerien - "L'Exil et le Royaume" (Das Exil und das Reich). - Algerien ein Land, das er liebte. Im Januar 1960 kam Albert Camus bei einem Autounfall in Frankreich ums Leben. - Unterdessen musste Algerien noch zwei Jahre für seine Unabhängigkeit kämpfen.

Der revolutionäre Marxist und südamerikanische Guerillaführer Ernesto Che Guevara (*1928+1967) wies der algerischen Politik ihre Richtung, als er auf der 2. afro-asiatischen Wirtschaftskonferenz im Februar 1965 in Algier erklärte: "Möge das großartige algerische Volk, das wie kaum ein anderes ausgebildet ist in den Leiden für die Unabhängigkeit, unter der entschlossenen Führung seiner Partei mit unserem lieben Genossen Ahmed Ben Bella an der Spitze, uns zur Inspiration dienen in diesem erbarmungslosen Kampf gegen den weltweiten Imperialismus."

Ob Befreiungskämpfe politisch wie moralisch legitim sind, ist nicht Gegenstand dieses Berichts. Bekanntlich waren es lateinamerikanische Priester und Freiheitskämpfer wie in Bolivien

der katholische Theologe Camilo Torres (*1929+1966) oder in Brasilien Hunderte von Priestern bis hin zu dem legendären Che Guevara - allesamt waren dereinst zutiefst davon überzeugt, nur mit Waffengewalt eine sozial gerechtere Gesellschaft - einen Sozialismus mit menschlichen Antlitz - aufbauen zu können. Ihre Parole: "Auch Jesus hätte zur Kalaschnikow gegriffen." Zumindest schien in jenen Jahren der algerische Befreiungskampf den südamerikanischen Guerillas Mut zu machen, auf ihrem Kontinent sich mit Granaten an die Macht zu bomben. Es war Che Guevara, der den Begreifungskampf Algeriens als "vorbildlich" hinstellte. In dem Buch "L'an V de la Révolution Algerienne" (Das fünfte Jahr der algerischen Revolution) weist Frantz Fanon daraufhin, "dass die menschliche Hinterlassenschaft Frankreichs in Algerien eine ganze Generation von Algerien sein wird, die vom willkürlichen und kollektiven Totschlag mit allein seinen psychoaffektiven Nachwirkungen geprägt ist."

Nach 132 Jahren Herrschaft und acht Jahren Krieg räumten die Kolonialherren im Jahr 1962 ihr verwüstetes Schlachtfeld - eine Millionen Europäer , vor allem Franzosen, Spanier und Italiener, hatten über Jahrzehnte Rohstoffe wie Bodenschätze des Landes ausgebeutet - zurück blieb ein malträtiertes Volk. - Ein Volk, das 1.695.000 Menschen verloren hatte. Ein Volk der Algerier, das zu 85 Prozent aus Analphabeten bestand - bitter verarmt in primitiven Hütten lebend. Für diese "Verdammten dieser Erde" gab es weder Industrie noch eine auf Produktivität ausgerichtete Landwirtschaft; einfach nichts - zum Leben zu wenig und doch zum Sterben zu viel. Bezeichnend dafür war, dass beispielsweise im Jahre 1962 an der Universität Algier 890 Franzosen, aber nur 60 Algerier studieren durften.

Das einzige, was Algerien besaß, das waren für die westliche Welt nahezu unerschöpfliche Rohstoff-Vorkommen. Die Ölreserven werden auf 11,8 Milliarden Barrel und die Gasreserven auf 4,5 Billionen Kubikmeter geschätzt. In Algerien liegen die drittgrößten Erdölverkommen Afrikas. Trotz dieser üppigen Wohlstands-Reserven will es dem Land nicht gelingen, die enorme Auswanderungsquote zu stoppen. Etwa 2,3 Millionen Algerier leben auf der Suche nach einem Job im Ausland; vornehmlich in Frankreich - 1,5 Millionen. Immerhin waren im Jahre 2003 26 Prozent der Jugendlichen des 32 Millionen Volkes in Algerien ohne Beschäftigung. - Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht.

Die 1996 in Kraft gesetzte Verfassung ist ein überarbeiteter Aufguss aus dem Jahre 1963. Aus einer volksdemokratischen Republik (1963) wurde eine Präsidialrepublik. Dreh und Angelpunkt der algerischen Macht ist danach der Staatspräsident (Abd al-Asis Bouteflika seit 1999) in diesem Präsidialregime, das sich auf eine Ein-Parteienherrschaft stützt. Dem Präsidenten der Republik ist als Staatschef die vollziehende Gewalt im vollen Umfang übertragen. Er bestimmt und leitet die Innen- und Außenpolitik, ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt Minister wie Beamte nach seinem Gutdünken - verkündet Gesetze, offiziell zumindest. Nach Ansicht des Algieren-Experten Werner Ruf, emeritierter Professor für Internationale Politik an der Universität Marburg, regiert in Algerien "noch das Militär". Der Parlamentarismus sei Fassade. "Dahinter herrscht eine undurchsichtige Clique an der Spitze des Militärs. Das sind Leute, die sich bereichern. Die Korruption ist gewaltig", urteilt Werner Ruf.

Seit seiner Unabhängigkeit begleiten Algerien enorme Schulden - Auslandskredite. Paradoxien des Landes: Obwohl erstmals im Jahre 1963 die Einkommens- und Körperschaftssteuern erhöht wurden, decken diese Staatseinnahmen nur rund 30 Prozent der notwendigen Ausgaben ab. Neue Abhängigkeiten: Die Kolonialherren gingen, internationale Bank-Konsortien zogen ein - sie finanzierten zu Beginn der "Souveränität" zwei Drittel des Staatshaushaltes (2008: 27 Milliarden Dollar Auslandsschulden.

Als Algerien von Frankreich unabhängig wurde, bestand seine Armee etwa aus 60.000 Soldaten; vornehmlich rekrutiert aus der Befreiungsfront. Die Gesamtstärke der Streitkräfte, die als best funktionierende Organisation des Landes gilt, betrug laut BICC-Informationsdienst aus den Jahre 2007:

- 137.500 Aktive, einschließlich ca. 75.000 Wehrpflichtige;zusätzlich 150.000 Reservisten;
- Paramilitärische Einheiten: ca. 181.200
- Davon Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000
- Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000

Mehr als zehn Jahre neuerlichen Bürgerkriegs mit der offiziell verbotenen, extremistischen "Islamischen Heilsfront" (1992-2002) haben zu einer durchgängigen Militarisierung der gesamten Gesellschaft beigetragen. Weit über 100.000 Menschen fanden abermals den Tod. Gegen die so genannten Radikal-Islamisten agierten vielerorts die modern bewaffneten "Patrioten" überall abrufbar, überall einsetzbar - von niemanden zu stoppen, auf eigene Faust unterwegs. Guerilla-Kampf. Straßenkampf. Das waren etwa 500.000 Milizen, die landesweit mit ihren automatischen Schnellfeuerwaffen auf Islamisten zielten. Aufrüstung nach innen - Aufrüstung nach außen. Überdies wird Algerien seit Bestehen des Staates mit sowjetischen Waffen aufgemöbelt, Luftwaffe und Marine fortwährend modernisiert. Seit 2005 liefert Russland unter anderem 300 Kampfpanzer T-90, an die 40 Luftüberlegenheitsjäger, 28 Mehrzweckjäger, drei Fregatten der Koni-Klasse, zwei U-Boote der Kilo-Klasse und noch vieles, vieles mehr an Kriegswaffen. Kriegstechnologie, Kriegsmaschinerie führen ein von der Öffentlichkeit abgeschirmtes Eigenleben - ein Staat im Staate Algerien. Immerhin gab dieses nordafrikanische Land allein im Jahre 2006 für Waffen aus Russland 7,5 Milliarden Dollar aus. Verständlich, dass 15 Prozent des algerische Staatsetats für derlei Hochrüstungsprojekte verschlungen werden. Laut Weltbank betrugen die gesamten algerischen Rüstungsimporte im Jahre 2004 insgesamt 282 Millionen US-Dollar.

Unter den Franzosen litt Algerien darunter, dass sein Schulsystem einseitig auf die Belange der Kolonial-Bevölkerung ausgerichtet war; kamen 40 Prozent der Volksschulkinder und 80 Prozent der Gymnasiasten kamen aus ihren Reihen. Nach der Unabhängigkeit fehlte es an Lehrern, Schulen und vor allem an Geld. Erst 17 Jahre nach dem Befreiungskrieg wurde die allgemeine Schulpflicht (1976) über neun Schuljahre eingeführt. Und das zu einer Zeit, in der die Analphabetenquote noch um die 80 Prozent betrug. Sie macht mittlerweile bei Männern "nur noch" 22 Prozent und bei Frauen immerhin ganze 40 Prozent aus. Fortschritte. Aber gleichfalls zu einer Zeit, in der Kinderarbeit als kalkulierter Wirtschaftsfaktor das Bruttosozialprodukt erhöht.

In der berühmten Teppich-Industrie arbeiten Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren für zwei bis drei Mark pro Stunde. Im Bildungsministerium erklären mir Beamte als Rechtfertigung: Man wüsste sonst nichts mit ihnen anzufangen. Es seien junge Menschen, die "nicht in der Lage sind, eine Schule zu besuchen", verlautbart ihre Ausrede beschwichtigend. Fest steht hingegen zweifelsfrei, dass die algerischen Fabriken der harten Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht annähernd gewachsen wären, wenn sie nicht ihre jungen Arbeitskolonnen mit "Apfel und Ei" abspeisten, sondern menschenwürdige Löhne zahlten. Nach UNICEF-Erhebungen aus dem Jahre 2008 sind Algeriens Kinder in Fabriken, in der Landwirtschaft, auf dem Bau, in Autowerkstätten, als Straßenverkäufer - und im Kinderhandel im Einsatz - 600.000 zwischen sieben und siebzehn Jahren alt. Kinder, die für ihr Überleben und das ihrer Familien malochen müssen - Tag für Tag,

wo Schulen fern sind und der Arbeitstag keine acht Stunden zählt. - Kinderarbeit im Jahr Zweitausend.

Kritiker westlicher Entwicklungshilfe in den sechziger Jahren führten Armut und Analphabeten-Dasein auf eine neue Form des Kolonialismus zurück. Ursache wie Auslöser für diese Dritte-Welt-Misere waren immer wieder mangelnde Effektivität von Wirtschaftsabläufen der Dritten Welt auf den internationalen Märkten. Und hinter dem Terminus "mangelnde Effektivität" verbarg sich ein altes Manko unter neuem Namen - nunmehr keine Ausbeutung für eine fremde Nation, sondern Abschöpfung der Werte im Namen des weltweit gewebten Kapitals. Ursache für den Kapitalexport war schon in den sechziger Jahren ein Absinken der durchschnittlichen Profitraten in den hoch industrialisierten Mutterländern. Koloniale Extraprofite waren gefragter denn je.

Wochen um Wochen war ich mit jungen Leuten in Algerien unterwegs - von Algier nach Oran, von Sidi bel Abbès nach Constantine, durch Wüsten, Steppen, Stein- und Felssteppen vorbei an Oasen, hinein in entlegene winzige , scheinbar ganz vergessene Orte bis hin nach Tindouf in der östlich gelegenen Sahara, wo annähernd 45.000 Menschen ihr Dasein eingerichtet haben. Eigenartig gerade hier in Tindouf, wo auch die Exilregierung der nach Unabhängigkeit strebenden Demokratischen Arabischen Republik Sahara ihren Sitz hat, diesem Gott verlassenen Tindouf fühlte ich mich an Isabelle Eberhardt Testpassage erinnert. Sie schrieb: "Der Tag brach im unendlich zarten, über die Dünen gleitenden Licht der Morgenröte an. Die Luft ist noch rein und klar, in den Oasen flüstert eine frische Brise sanft im dichten, störrischen Blätterwerk der Palmen. Der einzigartige Zauber dieser unvergesslichen Augenblicke inmitten des tiefen Friedens der Wüste lässt sich nicht in Worte fassen. Wer nie in der Wüste erwacht ist, hat keine Ahnung davon von der unvergleichlichen irdischen Schönheit der frühen Morgenstunden ...“

"Wir müssen einen neuen Menschen auf die Beine stellen", schrieb der Psychiater und Vordenker der Entkolonialisierung Frantz Fanon als Hinterlassenschaft für seine algerischen Weggefährten, ehe er ein Jahr vor der Befreiung Algeriens in Washington an Krebs starb. Nur wie und mit wem? Ich traf auf einst junge Revolutionäre, die im Nu ihre Panzerspähwagen mit blankgewienerten Staatskarossen inklusive Fahrer vertauschten. Genugtuung vieler Orte. Junge Menschen, die vom Umbruch träumten, redeten - sich aber zugleich in feudalen Villen, mit Stuck verkleideten Decken, Kamin, Parkett, drei Meter hohen Fensterfassaden als "neue Herren" einrichteten; mit einem untertänigen Dienstpersonal, für das ein Fingerschnipsen als Kommando für eine Bestellung ausreichte. Beinahe so, als sei der Wiederholungszwang eine ausweglose Gesetzmäßigkeit. Eine Jugend, die nach außen hin kein eigenes Erleben, keine eigene Wahrnehmung, keine Generationskonflikte benennen durfte - nur jene Litaneien, stereotypen Floskeln ihrer scheinbar übergroßen Väter von sich zu geben verstand.

Hamid, ein sympathisch-offener Typ von mal gerade 22 Jahren, hat in Algier seine Eltern verloren, die Parteijugend wurde zu seiner Heimstatt - Ersatz-Heimat. Er hatte gerade in der Villa seiner FLN-Garde ein Glas Rouge in den Konferenzsaal serviert bekommen, da verkündet er maßstabsgetreu: "Die Erfahrung der Revolution hat gezeigt, dass es nur eine Partei geben darf, um eine geschlossene Masse herzustellen. Konflikte und Meinungsverschiedenheiten kann es gar nicht geben, weil es das oberste Ziel ist, die Revolution auf wirtschaftlicher und bildungspolitischer Ebene zu verwirklichen", hat Hamid verkündet. Punktum. Die Revolution hat Algeriens Kinder in Villen und Supermärkte entlassen. Der Weg in den Pfründestaat als Selbstbedienungsladen politischer Klassen war vorgezeichnet. Die Chance, die Frantz Fanon in diesem neuen Algerien sah, aus den Fehlern Europas zu lernen, versickerte im Wüstensand.

Was gilt es aber zu tun, wenn ein jahrelang verinnerlichtes Feindbild - das der Franzosen - plötzlich nicht mehr existiert. Löcher entstehen, Argumentationsdefizite, die über Jahre lieb gewonnene intakte Sozialpsychologie ganzer Gruppen geraten ins Rutschen. Böte sich da nicht der verhasste Staat Israel an; das Land der Juden als Passepartout jedweder Unzulänglichkeiten. Keiner konnte damals ahnen, dass in diesem von Unterdrückung, Krieg, Folter und Armut durchtränkten Algerien eine noch weitaus größere brutalere Schlacht bevorstünde - eben einer der dreckigsten Kriege zwischen "Islamisten" und "Sicherheitskräften", in dem über 200.000 Menschen verreckten. Die britische Zeitung "The Independent" berichtete: "Aber in den letzten fünf Jahren sind zunehmend mehr Beweise aufgetaucht, dass Teile dieser selben (staatlichen) Sicherheitskräfte in einige der blutigsten Massaker involviert waren, mit eingeschlossen dem Halsaufschneiden von Babys.‘ The Independent' hat sehr detaillierte Berichte über die algerische Polizeifolter und die außergerichtliche Exekution von Frauen und von Männern veröffentlicht (1997). Und doch hat die USA, als Teil dieses obszönen 'Krieg gegen den Terrorismus', sich mit dem algerischen Regime angefreundet ...“ Längst war unter dem Oberbegriff Terrorismus Folter weltweit gesellschaftsfähig geworden. - Absurde Jahre.

Es war aber erst der wirtschaftliche Niedergang Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, der das Machtmonopol der Einheitspartei FLN dezimierte. Schwere Unruhen überzogen Staat und Machtapparat. Ursachen waren in alltäglicher Korruption herrschender Schichten, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verelendung, und einer Hoffnungslosigkeit im Hier und Jetzt junger Generationen zu suchen. Zögerlich wurde halbherzig eine Demokratisierung eingeleitet. Mit einer neuen Verfassung galt es die Trennung von Partei und Staat zu verankern, politische Freiheiten wie Garantien der Menschenrechte mit Pathos zu verkünden; Jahre zu spät, verschenkte, vertane Jahre. Es waren längst die Stunden der Extremisten angebrochen - allen voran die der Extremisten - der islamischen Heilsfront (Front islamique du salut/FIS). Sie rief zum bewaffneten Kampf und wurde 1992 verboten. In Algier herrscht seit dem Jahre 2001 ein allgemeines Demonstrationsverbot.

Bombenanschläge, Bombenexplosionen hatten eine Eigendynamik entwickelt - Jahr für Jahr. Sprengsätze um 1988, Sprengsätze um 2007 am 11. Dezember auf das Gebäude der Flüchtlingsorganisation UNHCR im Stadtteil Hydra und in der Nähe des Obersten Gerichtshofs im benachbarten Stadtteil Ben Akoun. Wieder starben 26 Menschen, wieder bekannte sich die "al-Qaida des Islamischen Maghreb" zum Terror dieser Ära.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 8. April 2004 wurde Staatspräsident Abd al-Aziz Bouteflika (seit 1999 im Amt) mit 83 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Er wollte und will immer noch mit seiner Vorlage einer "Charta für Frieden und nationale Versöhnung" ein Land befrieden. Offenbar aussichtslos. Amnesty international in London analysierte, kritisierte: "Sie (die Versöhnungspolitik) verneint jede Verantwortung der Sicherheitskräfte und der Milizen für schwere Menschenrechtsverletzungen. Kritik an den Sicherheitsorganen stellt sie unter Strafe. Die Verordnung, mit der sie umgesetzt wird, verhindert eine gerichtliche Untersuchung und Aufklärung des Schicksals Tausender im Verlauf des Bürgerkriegs "verschwundener Personen". Klagen gegen Mitglieder der Sicherheitskräfte müssen von den Gerichten abgewiesen werden." - Makulatur. Vertane Chancen in einem Land voller zerrissener Seelen.

Als ich Algerien im Jahr 1970 verlies, las ich auf meinem Rückflug nach Paris im Buch "Prinzip Hoffnung" des Philosophen Ernst Bloch (*1885+1977). Darin sagt Bloch "radikal zu sein, bedeutet das Übel an der Wurzel zu packen. Er fährt fort: "Es gibt keinen Sozialismus ohne

Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus." - Das gilt für Algerien, diese geschundene Nation, allemal.

1971

Pest dieser Jahre: Rauschgift

RAUSCHGIFT ODER DIE PEST DIESER JAHRE - DROGEN, DRUGS, ECSTASY, LSD, HEROIN ... . IRGENDWANN KREPIEREN. TOTE WERDEN NUR NOCH MITGESCHRIEBEN.

Heroin hat ihn fertigmacht: Joe, der Fixer, ist ausgeflippt. Ihn interessiert nichts mehr, nur noch der "Stoff". Und jetzt ist er impotent. Für die Gesellschaft ist Joe "Abschaum", "Abfall", ist er Trash" (Müll). "Trash" hieß auch der Film aus Andy Warhols Produktions-"Fabrik". Superstar Joe Dallesandro spielte den Süchtigen, für den es kein Zurück mehr gab und der sich eines guten Tages die letzte Spritze gab. "Trash" war schon in den siebziger Jahren einer der authentischen Kinofilme. Albträume ... ...

Neue Hannoversche Presse vom 1. August 1971 /5. Februar 2009

Sie nennen ihn Schadow; sie die Fixer, Spritzer, Hascher, LSD-Freaks - gleich auf den Abstellgleisen hinter Hannovers Hauptbahnhof. Seinen bürgerlichen Namen weiß in diesem Kreis niemand, tut auch nichts zur Sache. Schadow, ein Vorstadt-Junge aus dem betuchten Bürgerviertel um den Vier-Linden-Platz in Barsinghausen, zählt zu jenen Jugendlichen, die dem Rauschgift verfallen sind. Er weiß es, er weiß, dass es alsbald mit ihm jäh zu Ende geht. - Nur ein Zurück, das gibt es für ihn nicht mehr, sagt er. "Eher verrecke ich ..." tönt er teilnahmslos in die Spelunke.

Von den Bahnschienen kommend hockt Schadow sich dösend in dieser hannoverschen Kneipen-Ecke; hier sitzt er meist -tagein, tagaus. Immer sind es dieselben Typen, dieselben Lieder von der Musik-Box, der gleiche Qualm, dieselben Grimassen, dasselbe belanglose Gequatsche. Stereotyp blättert der mal gerade 18jährige Schüler aus der zwölften Klasse in den Mickey-Maus-Heften. Am liebsten würde Schadow lieber heute als morgen in Rente gehen. Einfach verweigern, "null Bock und so". Seinen alten Klassenraum in der Penne hat er schon seit Monaten nicht mehr gesehen. Seinen Lehrer, Jörg-Ulrich Bockstiegel, grüßt er auf der Straße nicht mehr, wenn sie sich zufälligerweise begegnen. Er schaut weg. Sein Gesicht ist hager, die Augäpfel haben bereits überdimensionale Form angenommen, seine Haare sind schulterlang, strähnig und schmutzig zugleich. Aus der Musik-Box hämmert an diesem Nachmittag zum wievielten Male Mike Oldfields "Shadow on the wall". Und diese Melodie hat immer wieder von Schadow gedrückt, er steht auf diesen Song, schließlich nennen ihn hier doch alle Schadow. - Ein Junge in seinen besten Jahren.

Die Zeiten, in denen Schadow Haschisch rauchte, sind endgültig vorbei. Seine Alltagserfahrung, wie vieler seiner Zeitgenossen (49 Prozent der 12- bis 25jährigen) kennt das auf dem Markt angebotene Rauschgift-Repertoire aus dem ff. Nur Schadow, das heißt sein Körper, verlangt nach stärkeren Mitteln. Opium, Morphium, Meskalin und LSD, Marihuana gibt's überall so in Hannover auf den stillgelegten Gleisen vor dem Nuttenviertel in der Ludwigstraße. - Hastig, von anfänglicher Sucht schon an gerempelt, ist er wie ein Besessener immer auf der Suche nach Stoff und Kick. Schadow, mal gerade 18 Jahre alt geworden (Mutter Monika backte zu seinem Geburtstag einen Topf-Kuchen), gehört zu jenen 60.000 Rauschgiftsüchtigen in diesem Land.

Im nächsten Jahr (1972) werden es nach Schätzungen der Experten 120.000 Jungrentner sein - die irgendwo und irgendwie in lichtfreien Nischen dahinsiechen oder sich in einer Nervenheilanstalt (Psychiatrie) wiederfinden werden. In Zahlen: Im Jahr 1950 gab es in

Deutschland 1.737 Rauschgiftdelikte - 57 Jahren später im Jahre 2007 sind bereits 248.355 Straftaten erfasst; von der Dunkelziffer gar nicht zu sprechen. Sie liegt um ein Vielfaches höher.

Gewiss - in Deutschland dieser Zeiten gaben sich alle irgendwie "betroffen" von Ferne, aus der Distanz heraus. Vor allem die Linke in der Sozialdemokratie mit ihrer innewohnenden gesellschaftspolitischen Empörungs-Theatralik war immer und immer wieder aufs Neue "betroffen", solange ihr gesellschaftlicher Aufstieg gewährleistet schien. Der Begriff "Betroffenheit", dieses ausgeleierte Passepartout-Wörtchen aus den achtziger Jahren, signalisierte in Wirklichkeit keine Erregtheit, Ergriffenheit, keine Abhilfe, keine neuen Denkansätze, keine neuen Aktivitäten. Berührungsängste mit den unappetitlichen Schmuddelkindern des Rauschgifts kennzeichnet das einstige "Modell Deutschland". Ein Notstand, an den sich alle gewöhnt haben, wird er doch sorgsam verwaltet - weit weg, versteht sich. Schubladen. Weit weg in den Köpfen vieler war der Drogenmissbrauch, aber gleichsam der Alkoholismus, weil er im Bewusstsein so mancher Menschen mit den Bildern gestrandeter, obdachloser Zeitgenossen sich festgesetzt hatte. Dass die Drogenwelt hingegen sich schon längst ins scheinbar so intakte Bürgertum des gehobenen Mittelstands sattsam hineinfraß - das wurde kurzum bockig ignoriert, weil es einfach nicht wahr zu sein hatte. Verniedlichungen. Verdrängungen .

Der Anblick dieses "ausgebrannten Typen", wie man über diese kaum 16jährigen Jugendlichen in diesen Fixer-Kreisen zu sagen pflegt, signalisiert eine Endstation - Endstation Sehnsucht. Hier zählt nur ein ungeduldiges, schmerzliches Verlangen - Stoff. Damals im Jahr 1970 waren es in Deutschland etwa eine Millionen Menschen; bis ins Jahr 2007 hat sich die Anzahl auf nahezu zwei Millionen verdoppelt: ein Leben nur für und mit dem Rausch. Erstmals seit nahezu einem halben Jahrzehnt verzeichnete das Jahr 2008 eine alarmierende Trendwende.

Insgesamt starben im besagten Zeitraum 1.449 Menschen ihren Drogen-Tod. Das sind 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach Prognosen der Drogenbeauftragten, Sabine Bätzing, sei mit einem weiteren Anstieg der Todesrate zu rechnen. Der Grund: Folgeerkrankungen wie Hepatitis C forderten neue Opfer. Auffällig sei außerdem, dass bei der Zahl der Drogentoten ältere Jahrgänge "ins Gras beißen" (Bätzing). Hauptursache sei, dass die Hälfte der Rauschgift-Toten hätten zeitgleich mehrere illegale Stoffe konsumiert. Etwa 70 Prozent kamen im privaten Umfeld ums Leben. "Das Bild vom Drogentoten auf dem berühmten Bahnhofsklo", so die Politikerin, sei ein für allemal passé.

Vor drei Stunden gab Schadow sich den letzten "Schuss" (Injektion). Jetzt ist es wieder soweit. Zahlreiche Einstiche an seinen beiden Armen veranlassen den Hascher Christoph zu der lakonischen Bemerkung: "Der macht es nicht mehr lange". Erst kürzlich hätte den arg weggetretenen Schadow eine Überdosis Heroin beinahe ins Jenseits befördert. Christoph: "Der lag schon so da, dass wir einen Leichenwagen holen wollten." - Teilnahmslos ist die Fixer-Sprache, schematisch werden noch die "Abgänge" irgendwo im Hinterkopf gehalten. - Ende der Durchsage.

Schadow, der diesen Satz eigentlich mitgehört haben sollte, schweigt dazu. Der "Schuss" hat ihn wieder "high" auf die Kneipen-Stühle fallen lassen; jedenfalls so "high", dass sein Körper reglos daliegt. Der Junge habe vom Aussehen her Gelbsucht, könnte man bei seinem Anblick als Unbeteiligter meinen. "Ja, ja", murmelt Kollege Edgar, "unsere Gelbsucht heißt Heroin". Ob Schadow, Christoph oder auch Edgar - diese Rausch-Minuten "das ist unser Leben". Es sei eine Phase der Euphorie, in der sie sich empor auf eine lichte Öde tragen lassen. Blitz-Momente, in denen sie steigen, wachsen und schweben; immer leichter und seliger werden, immer scheinbar reiner und göttlicher, ohne Wissen, ohne Leid und Mangel, ohne Sehnsucht und Vorstellungen, ohne Dunkelheit und Fessel, nichts als ein stiller glänzender Glanz über und jenseits der Welt ... ...

Das Jahr 1970 wird, wenn man später einmal die Chroniken aufschlägt, als der markante Auftakt klassischer Rauschgift-Subkulturen West-Europas in die unrühmlichen Annalen der Geschichte eingehen. Bis dato glaubten Sozialbehörden, Polizeiapparate den illegalen Drogen-Handel wie auch den Konsum unter "Kontrolle" zu haben. Währenddessen wich dieses staatliche Omnipotenz-Gebaren arg kleinlaut der Betrachtung - "nichts im Griff " zu haben. Ob Verbrauch, Verbreitung, Vertrieb, Handel - längst hatte die Drogen-Mafia in Schulen, Jugend- oder Freizeitheime Regie übernommen. Der Politik mit seinen Institutionen des Staates schien somit alles entglitten. Dabei hatte der Rauschgift-Krieg der Banden mit ihren Hehlern mal gerade erst begonnen. Und Schadow aus Barsinghausens vom Autoverkehr beruhigten Gutbürger-Viertel um den noblen Vier-Linden-Platzes ist nur einer von zig Tausenden in Deutschland, die trotz Warnungen, Ermahnungen ihre "heile, intakte Welt" in Opiaten suchen. "Nur weg aus diesem Stall von Anstand und Verlogenheit", sagt Schadow da.

Die höchste Steigerung der Rauschgift-Kriminalität brachte das Jahr 1969 mit 4.761 Fällen in der alten Bundesrepublik. Aber gerade in dieser Deliktgruppe ist die Dunkelziffer sehr hoch. Schätzungen gehen dabei so weit, dass auf einen erkannten Fall bis zu 300 unerkannte zu rechnen sind. In einer Sitzung des niedersächsischen Landtags im April 1971 in Hannover musste sich Innenminister Richard Lehners (1967-1974; *1918+2000) eingestehen, dass "der Anteil der Minderjährigen an der Gesamtzahl der Rauschgift-Täter bereits 80,7 Prozent beträgt." - Modell Deutschland.

Allein in den Vereinigten Staaten von Amerika stieg die Zahl von Heroinsüchtigen im Laufe der vergangenen zehn Jahre (1961-1971) von 60.000 auf mindestens 150.000 Menschen -hat unterdessen im Jahr 2007 eine Größenordnung von offiziell 200.000, bei einer geschätzten Dunkelziffer von 400.000 erreicht. Zudem wird die Anzahl derer, die Marihuana inhalieren auf etwa zehn Millionen US-Bürger angegeben, berichtete die "Washington Post". Allein in der Metropole New York starben bereits Anfang der siebziger Jahre täglich drei Leute an den Folgen ihres Yunkee-Daseins. Und die Vereinigten Staaten insgesamt verzeichneten allein im Jahr 2000 über 17.000 Drogentote. Bei einer Gesamtbevölkerung von 300 Millionen Menschen sind das etwa sechs Drogentote auf je 100.000 Einwohner. Deutschland indes hatte im Jahr 2007 einen leichten Rückgang an Drogentoten zu verzeichnen. Im Vergleich zum Jahr 1991 starben immerhin 731 Jugendliche (2.135 Tote) im Jahre 2007 weniger. Fortschritt.

Die Gier nach harten wie weichen Drogen hat natürlich auch in Deutschland Folgen gezeitigt. Mittlerweile leben zwischen 168.000 und 282.000 Heroinabhängige in dieser bundesdeutschen Republik (Jahr 2005). Das sind weitaus mehr, als es die Verantwortlichen offiziell zugeben mögen. Alarmstimmung. Selbst Behandlungen der viel gepriesene Ersatzdroge wie Methadon und Buprenorphin offenbaren sich bei näherer Betrachtungsweise als Makulatur. In Deutschland bietet nur jeder vierte der etwa achttausend Ärzte, die zur Abgabe dieser Ersatz-Substanzen berechtigt sind, tatsächlich eine erfolgsversprechende Therapie an.

Exorbitant hohe Gewinne, ohne allzu viel Aufwand eingeheimste Profite - das sind die Initialzündungen für den illegalen Drogenhandel. So kostet beispielsweise ein Gramm Kokain in der Herstellung etwa einen US-Dollar. Der Konsument hingegen muss für dieses Gramm etwa das 80- bis 150fache bezahlen. Der Preis für Haschisch aus dem Anbaugebiet - im Norden Pakistans, Afghanistans und in der Türkei - beträgt etwa 5 bis 10 Euro pro Kilogramm. Auf den nicht gerade friedlich - eher kriegerisch zugehenden Umschlagplätzen des Nahen Ostens wird die "heiße Ware" zum fünffachen Aufpreis verhökert. Diese Zwischenhändler ihrerseits schlagen nochmals etwa 300 Prozent drauf -ebenso ihre "Gewährsleute" in Deutschland. Wenn ein Kilogramm Haschisch auf

Reisen geht, steigt mit jedem Kilometer sein Preis. Der Endverbraucher legt letztendlich bis zu 3.000 Euro für ein Kilo auf den Tisch.

Es ist eine nicht mehr zu verleugnende Tatsache: Die Erlöse aus dem Drogenhandel werden hauptsächlich für den illegalen Waffenhandel dazu verwendet. Weltweit gilt es, paramilitärische Truppen aufzurüsten - Regionalkriege zu entfachen. So finanzierten die Franzosen bereits ihren Indochinakrieg (1946-1954) und Jahre danach die USA ihre Vietnaminvasion (1946-1975) zum Teil durch Rauschgift-Geschäfte. Damals galt es, verbündete Armeen durch Heroin-Verkäufe auf dem Weltmarkt zu finanzieren. Tragend war die Mittler-Rolle des amerikanischen Geheimdienstes CIA - kein Geschäft ohne US-Agenten.

Es war der amerikanische Enthüllungs-Journalist Gary Webb (*1955+2004), der in seiner Artikel-Serie "Dark Alliance" einen lückenlosen Nachweis über Kokain-Schmuggel durch die nicaraguanischen Contra-Rebellen in die USA führte. Seinerzeit im Jahre 1996 wurde mit diesen Erlösen ihr Krieg gegen die unliebsamen und USA-kritischen Sandinisten geführt. Laut Gary Webb soll die von ihm aufgedeckte Contra-Connection für die Hälfte des in dieser Zeit in die USA geschmuggelten Kokains verantwortlich gewesen sein. Gary Webb wurde am 10. Dezember 2004 in seinem Haus in Sacramento erschossen aufgefunden. Der Pulitzer-Preisträger (1990) starb durch zwei Schüsse aus einer Waffe vom Kaliber 38 in den Kopf. Der örtliche Untersuchungsrichter deklarierte Webbs Tod als Selbsttötung. Spekulationen, dass Gary Webb ermordet worden sein könnte, nehmen seither kein Ende.....

Zurück nach Hannover an der Leine in den siebziger Jahren - dem Ausgangspunkt des deutschen "Drogen-Wunders". Viele Jugendliche freundeten sich einstweilig mit dem Kiff an, weil sie raus wollten aus einer Gesellschaft, die vom hohlen Profitstreben geprägt ist und an scheinbar überkommenen Normen stur festhält. Manche Pennäler dieser Jahre flüchteten in ihre eigene Welt, zumeist "heile" Welt. - Nur raus aus dieser erkalteten, unnahbaren, scheinbar sinnlos daherlebenden Gesellschaft war die Devise. Und jene vermeintliche Idole einer "neuen" Welt, die Pop- , Soul- und Beatgruppen um Jimi Hendrix (*1942 +1970) oder auch Frank Zappa(*1940+1993), verstanden es verlockend, diese neue Gesellschaft im Jenseits "schmackhaft" zu machen. Was so viel hieß: Nur wer "in", sei "high“. Das schien plötzlich ihr Leben oder besser gesagt ihre Welt, in der sie leben wollten. - Nur dort.

Damals träumten viele Avantgardisten des verführten Geschmacks von einer permanenten Revolution, vom romantisch angehauchten Ernesto Che Guevara (*1924 +1967) im fernen Südamerika - und sei es nur auf einem überlebensgroßen Poster. Ein Konterfei, das in vielen Trabanten-Vorstädten, auch ergrauten Beton-Bauten, ein Synonym für Hoffnung auf eine gerechtere Welt mit menschlichem Antlitz war. "Macht kaputt, was euch kaputt macht", tönte es durch Hannovers Straßen - gegen Kapitalismus, gegen Springers Massenblatt namens "Bild". Dabei haben Hippies, Kiffer, Studenten, Schüler und auch Lehrlinge recht schnell eines lernen müssen - Deutschland ist eben nicht drogen- aber dafür weitestgehend hoffnungsfrei.

Jedes Milieu, jede Subkultur entwickelt im Laufe der Zeit seine eigene Sprache, eigene Begriffe, eigene Ausdrucksweisen; so auch die Drogenszene. Ihr Repertoire ist eine Mischung aus dem Jargon der Halb- und Unterwelt, verbunden mit einem englischen "Fachsprachencharakter" für Süchtige. So will es gelingen, dass sich Szene-Angehörige allein schon durch ihren emotionalen Sprachbezug abgrenzen - ausgrenzen - aussteigen. Wer in diesem In-Group-Gebaren heimisch werden will, der hat 211 neue Wörter zu lernen. Da heißt es eben Body Packing (Transportieren von Drogen in Körperöffnungen), Deutsche Hecke (Schlechtes Cannabis) oder auch Lady (für LSD).

Junkie Shadow starb im Alter von 22 Jahren. Auf den Bahngleisen des einstigen Güterbahnhofs, dort wo er auf seinen Stoff wartete, brach er zusammen, schlug mit Kopf wie Genick auf die Gleise. Nichts, so will es scheinen, erinnert noch an diesen einst lebensfrohen Jungen aus der Flower-Power-Ära in seinem Land. Niemand mag sich noch an ihn erinnern. Im Armengrab zu Gehrden, einer Nachbargemeinde seines Heimatortes Barsinghausen, verläuft sich Shadows Spur. Aus Shadow, der mit bürgerlichen Namen Klaus-Dieter Klemme hieß, war da längst eine Nummer geworden und selbst die ist nach Jahrzehnten zur Unkenntlichkeit verwischt, getilgt. - Ende der Durchsage.

Szenenwechsel. - Seit einigen Jahren klappert Django mit seinem Suchtmobil Schulen und Sportveranstaltungen im Großraum Hannover ab. Djangos Drogen-Karriere hatte schon in der Grundschule begonnen. Alkohol, Amphetamine, Kokain und Heroin. Seinen silbergrauen Van baute der 49jährige mittlerweile zu einem Informations- und Hilfs-Mobil aus. Überlebenshilfe im Land illegaler Rauschgifte. Gewiss - hat Django es geschafft, konnte sich all die Jahre mehr oder recht knapp über Wasser halten - finanziert mit kriminellen Methoden. Django gesteht: " Ich habe nur noch geklaut, am Ende brauchte ich 300 Euro pro Tag."

Irgendwie absehbar, dass Django eines Tages in den Bau einfuhr. Dort wurde er clean - notgedrungenerweise. Seither kurvt Django als Drogenberater über Wald und Feld, von Schulen zu Jugendzentren. Weit über zehntausend Pennäler und Gymnasiasten hat Django bereits von seiner Lebensbeichte erzählen können. An diesem Tag berichtet er vor 160 Jungen und Mädchen in einer Schulturnhalle zu Barsinghausen. Django schildert packend, authentisch von einem Kiffer, von der nicht enden wollenden Gier und Hatz nach diesem teuflischen Gift. Er schildert, Leben, Familiengeschichte, Alltag, Zerrüttung -Drogen-Tod. Es war mucksmäuschen still im Saal. - Keiner konnte ahnen, dass der längst vergessene, oder auch unbekannte Shadow der ältere Bruder dieses Wohnmobil-Django war.

1972

Brandstifter der Demokratie

Petra Kelly: Gewaltfreier Widerstand

Deutschland – Deine Nazis

Didacta 72 – Utopia 72

Leben eines Bänkelsängers: Dietrich Kittner

Kanzlersturz Willy Brandts - ein Politiker namens Helms

Kirche in der Nazi-Zeit: Entzauberung einer Legende

SPD-Ausverkauf – Der Mann, der Zeitungen sterben ließ

Am Vorabend der Emanzipation: Eine Frau zum Vorzeigen

STAATSFEINDE, VERFASSUNGSFEINDE, DEMONSTRANTEN - KALTER KRIEG IN DEUTSCHLAND ODER "BRANDSTIFTER DER DEMOKRATIE"

In Gedenken an *Peter Brückner* (*1922+1982). Er wurde zu Beginn der siebziger Jahre in der Jugendrevolte mit Büchern und Aufsätzen, so über die "Transformation der Demokratie", zu einer markanten Symbolfigur des Protests. Als Psychologie-Professor in Hannover erhielt Brückner mehrfach - wegen angeblicher Unterstützung der RAF, und der "Mescalero-Affäre" - Berufsverbot. Erst 1981 wurden alle Disziplinarmaßnahmen gegen ihn aufgehoben. Zuvor hatte der Hochschullehrer in langwierigen Prozessen, Jahre um Jahre - durch alle Gerichtsinstanzen - obsiegt. Wenige Monate später starb Peter Brückner in Nizza an Herzversagen. Der Bürgerrechtler *Jürgen Seifert* (*1928+2005) organisierte in Hannover trotz Einschüchterungen den Widerstand im inneren des Landes.

Frankfurter Rundschau vom 1. Februar 1972

Er hatte es sich lange hin und her überlegt, ob er die Rede halten sollte. Staatssekretär Hans Wedemeyer vom niedersächsischen Kultusministerium, der ihn vor dem Teach-in zu sich zitierte, riet zur beamtenrechtlichen Zurückhaltung und zeigte mögliche juristische Konsequenzen auf. Dem Komitee "Solidarität mit Peter Brückner", das ihn zu dieser Rede aufforderte, gab er schließlich doch sein Jawort: Jürgen Seifert, Professor der Politikwissenschaft an der Technischen Universität Hannover.

Es sollte eine Rede, so Seifert, für die Studenten sein. Eine Rede, die durch die Suspendierung des Psychologie-Professors Peter Brückners ihrer Empörung Luft machen wollte und in einer Resolution zu der Auffassung gelangte: "Das niedersächsische Kultusministerium hat sich zur Strafvollzugsbehörde eines von Massenmedien inszenierten Schauprozesses gemacht, der seine Hintermänner und Interessen in CDU, Genscher-FBI-Fraktion und im 'Bund Freiheit der Wissenschaft' hat."

Doch was ursprünglich den Studenten galt, die sich im Lichthof der Technischen Universität versammelt hatten, besaß politische Bedeutung und sorgte für landespolitischen Zündstoff. Jürgen Seifert, durch seine zahlreichen Notstandsdebatten rhetorisch versiert, rechnete mit Gesellschaft, Justiz und den Düsseldorfer Anklägern (in einem der ersten Baader-Meinhof-Prozesse gegen Karl-Heinz Ruhland, dem Quartierbeschaffer und späteren Kronzeugen) ab. Stürmischer Beifall der ohnehin emotional aufgeladenen Zuhörer war ihm sicher, als er eine Parallele zwischen dem Wissenschaftler Theodor Lessing, 1926 Professor der Technischen Universität Hannover, und Peter Brückner zog.

Lessing musste auf Grund eines Erlasses des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seine Lehrtätigkeit einstellen. Am 31. August 1933 wurde Lessing durch "Schergen des NS-Regimes", so Seifert, in Marienbad ermordet. Und Jürgen Seifert verkündet wörtlich: "Wir sind hier zusammengekommen, damit aus der vorläufigen Maßnahme des Kultusministers vom vergangenen Donnerstag nicht ein neuer Fall Theodor Lessing wird. Wir sind hier zusammengekommen, um den Hochschullehrern und Studierenden dieser Universität, um allen Bürgern unseres Landes, die ihren Stab über Peter Brückner bereits gebrochen haben, zu sagen, wie haltet ihr es denn nun mit dem Rechtsstaat, dessen fundamentales Prinzip lautet:

Niemand darf als schuldig behandelt werden, solange seine Schuld nicht durch ein Gericht rechtskräftig nachgewiesen ist ?"

Seifert glaubte zu wissen, was er sagte: " ... dass die politischen Motive einer Ulrike Meinhof (*1934+1976) der Praxis derjenigen hundertmal mehr vorzuziehen sind, die durch die Art der gegenwärtigen Verfolgung dazu beitragen, dass in diesem Land erneut Gestapo-Methoden für legitim gehalten werden können. Nicht die Rote Armee Fraktion hat an den Fundamenten des Staatswesens gerüttelt, sondern eine Praxis der Strafverfolgung, die im Kampf gegen die Gruppe Baader-Meinhof die rechtsstaatliche Ordnung Stück für Stück ausgehöhlt hat.

Er fragte: "Ende der 50er Jahre entstand im Zusammenhang mit der Verfolgung der KPD der Begriff der Kontaktschuld: Der bloße Kontakt konnte, unabhängig von der Absicht, zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz führen. Sollten diese Zeiten, gegen die Gustav Heinemann (*1899+1976) und Diether Posser einst gekämpft haben, heute unter veränderten Umständen wiederkommen?" Auf den Düsseldorfer Ruhland-Prozess eingehend, erklärte Jürgen Seifert: "Der Prozess gegen Karl-Heinz Ruhland ist einzigartig in der deutschen Rechtsgeschichte. In diesem Prozess ist alles verkehrt ... Zeugen werden geladen, die der Angeklagte, nach seinen eigenen Ausführungen nur aus Angaben Dritter her kennt. Der Vorsitzende scheut sich nicht, den Angeklagten danach zu fragen, bei wem dieser in jener oder jene Nacht übernachtet hat. Fast immer fällt ein Name. Immer ist ein Dritter diskreditiert oder diskriminiert. So genügt ein Satz, den Ruhland von Gudrun Enßlin (*1940+1977) gehört haben will, sie könne jederzeit Auskunft einholen über den Stand der Ermittlungen, um die Direktorin eines Frauengefängnisses, hier fällt der Name nicht, aber Ungezählte können sich denken, wer damit gemeint ist." Seifert fragt weiter, was hat das alles mit der Wahrheitsfindung im Ruhland-Prozess zu tun? "Wo ist die liberale Presse, die sagt, das läuft ab wie ein Schauprozess; der Düsseldorfer Prozess enthält - wenigstens im Ansatz -die Verfahrensweisen, die die von Stalin inszenierten Schauprozesse kennzeichneten."

Letztlich kommt er zu dem Schluss: "In diesem Prozess geht es denjenigen, die für diesen Prozess verantwortlich sind, in erster Linie nicht um den Angeklagten Ruhland, sondern um die Diffamierung und Kriminalisierung Dritter und der politischen Linken insbesondere."

Die Rede war gehalten, der anschließende Fackelzug zu Peter Brückners Wohnung beendet. Niedersachsens Politiker reagierten unverzüglich und mit aller Schärfe. Kultusminister Peter von Oertzen (*1924+2008), den Seifert seit den 50er Jahren kennt und der ihn auf den Lehrstuhl in Hannover berief, leitet ein Vorermittlungsverfahren ein. Justizminister Hans Schäfer (*1913+1989) lässt durch den Celler Generalstaatsanwalt überprüfen, ob Seiferts Rede strafrechtlich relevant sei, und Ministerpräsident Alfred Kubel (*1909+1999) fällt ein politisches Urteil, indem er gegenüber der Deutschen Presseagentur erklärt, Seifert habe sich in einer Weise geäußert, die mit seinem Treueverhältnis als Landesbeamter dem Staat gegenüber nicht zu vereinbaren sei. Im Plenum des Landtages betont der Ministerpräsident: "Wenn ich einem Hochschullehrer, also einem Wissenschaftler vorwerfe, er argumentiere nicht rational: so sollten Sie verstehen, dass es kaum ein härteres Urteil über den Wert seiner Argumente geben kann. Nehmen Sie bitte entgegen, dass ich jede Unterstellung, ich wolle Äußerungen von Professor Seifert verharmlosen, entschieden zurückweisen muss."

Der Sprecher der CDU, Werner Remmers, sah sich zu einer Stellungnahme veranlasst. "Die 'Vorgänge um Brückner und Seifert in Hannover sollten nun endgültig allen Demokraten deutlich gemacht haben: Es ist revolutionären Kräften gelungen, Positionen in den Hochschulen zu

besetzen, von denen aus ein systematischer Kampf gegen die freiheitliche Demokratie geführt wird. Wollen wir die Brandstifter der Demokratie auch noch beköstigen und beherbergen?"

Remmers fuhr fort: „Da lobe ein Professor der politischen Wissenschaften die gesellschaftlichen Motive Ulrike Meinhofs. Skandal. Da vergleiche derselbe Professor Aktionen unserer Justiz mit Gestapo-Methoden. Unerhört. Derselbe Professor - Lehrer jener Studenten, die später unseren Kindern Gemeinschaftskunde lehren sollten - stelle die Arbeit eines ordentlichen Gerichtes in die Nähe stalinistischer Schauprozesse. Unerhört. Berufsverbot, raus aus der Gesellschaft des öffentlichen Dienstes. Seifert drehe die Dinge auf den Kopf.

Nicht das Gericht betreibe die Kriminalisierung und Diffamierung der politischen Linken, sondern jene hätten die politische Linke diffamiert und kriminalisiert. Sie hätten die Gewalt als politisches Mittel eingesetzt , die zur Verletzung der politischen Spielregeln aufriefen. Brückner habe Letzteres schon 1968 in einer DDR-Zeitung gesagt: 'In dieser Demonstration gegen Polizeiterror und den Springer-Konzern sehe ich ein Signal der Hoffnung. Ich habe seit langem darauf gewartet. Es gibt Kräfte, gegen die man sich unter Umständen auch unter Bruch der Spielregeln zur Wehr setzen muss.'“

Jürgen Seifert ist in die Defensive geraten. Eine derartige Reaktion auf seine Rede hatte er nicht erwartet: "Meine Taktik war offensiv angelegt und die Inhalte auf die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit gerichtet." Seifert sieht sich als Wissenschaftler, der sich gegenüber Studenten verpflichtet fühlt und das gesagt haben wollte, "was die Studenten bewegt". Er meint: "Wenn ich meine Aufgabe als Politikprofessor nicht wahrnehmen würde, wenn ich nicht bei einer solchen Gelegenheit das Wort ergreife, um zu vermeiden, dass die Solidarität zu Peter Brückner zu einer nicht differenzierten Beurteilung wird, wer drängt dann jene Gruppierungen zurück, die einen Gesetzesbruch um des Gesetzesbruchs willen wollen?"

Während die niedersächsische CDU ihr Urteil über den Wissenschaftler inzwischen fällte, SPD-Politiker seine Rede nach strafrechtlichen Verfehlungen überprüfen ließen - wurde im Kultusministerium gegen den ungescholtenen Jürgen Seifert ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet. Ziel ist die Eröffnung eines formalen Disziplinarverfahrens mit der Maßgabe einer Amtsenthebung. Lehrverbot, Berufsverbot eines unbequemen Universitäts-Professors. Freiheit in Deutschland – Gedankenfreiheit, Redefreiheit. Bleibt ein schwacher Trotz: In dem Refugium Universität wird Jürgen Seiferts Rede in Seminaren der Universität analysiert und diskutiert - Sympathie wie Beifall sind ihm dort gewiss. Aber der Campus gehört ja schon seit Jahren zum „exterritorialen Gebiet“ von Deutschland, von dem man möglichst wenig Notiz nimmt.

GEWALTFREIER WIDERSTAND IN EINER AGGRESSIVEN, HOCHGERÜSTETEN WELT

In Erinnerung an Petra Kelly (*23. November 1947 in Günzburg;+ ermodert in der Nacht zum 1. Oktober 1992 in Bonn. Sie war eine herausragende Friedensaktivistin ihrer Zeit und Gründungsmitglied der Partei Bündnis 90 /Die Grünen

Frankfurter Rundschau vom 28. Februar 1972 und vom 05. März 2009

Ganz in Nähe der von Panzerketten durchwühlten Truppen-Übungsplätzen in der Lüneburger Heide rüsten sich 30 Jugend-Offiziere der westdeutschen Armee für einen ganz anderen, nicht-militärischen Kampf - den Kampf um bessere Argumente; die Meinungsschlacht gegen die deutsche Friedensbewegung in den siebziger und achtziger Jahren. Für jungen Soldaten, so sagten sie, werde "die Schlacht dort erfolgreich geschlagen, wo es um unser Selbstverständnis geht". Nachdenklich fügten die "Bürger in Uniform hinzu: "Wir sind im Umbruch. Das jahrelang fixierte Freund-Feind-Schema stimmt nicht mehr."

Und das in einer Welt, die jährlich 1,6 Billiarden Mark für militärische Rüstung ausgibt, die ein Atomwaffen-Arsenal beherbergt, das in seiner Sprengkraft 16 Milliarden Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT entspricht. Einer Erdkugel, auf der das reichste Fünftel der Bevölkerung über 71 Prozent des Welteinkommens, das ärmste Fünftel aber nur über zwei Prozent verfügt ein Globus, auf dem 500 Millionen Menschen hungern, 600 Millionen Menschen ohne Arbeit sind und eine Milliarde in tiefster Armut leben.

Es war die Epoche der Petra Karin Kelly, Friedensaktivistin und Mitbegründerin der Partei Die Grünen. Sie war eine seltene Ikone der grünalternativen Bewegung in den siebziger, Anfang der achtziger Jahre in Deutschland. Sie besaß Charisma, Leidenschaft und Überzeugungskraft. Ihr Fachgebiet als Bundestagsabgeordnete und Vorstandssprecherin der Grünen war das Leid dieser Erde - Abteilung Kriegsgefahr, Rohstoffabbau, Bevölkerungswachstum, Verelendung der Menschen - zuständig für Antiatom-, Gleichberechtigungs-, Friedensbewegungen, vielerorts und nirgends -ausnahmslos weltweit als globale Überlebensfrage. Überall marschierte Petra Kelly vorneweg, sprach mit vibrierendem Menschheitspathos vor 400.000 Demonstranten im Jahre 1981 gegen Hochrüstung, atomare Aufrüstung im Bonner Hofgarten. Folgerichtig wurde sie im Jahre 1982 mit dem Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) ausgezeichnet.

Der politische Aufstieg der Petra Karin Kelly in der grün-alternativen Friedensbewegung verlief atemberaubend. Im Jahre 1977 gelangte sie in den Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiative Umweltschutz; zwei Jahre später wurde Petra Spitzenkandidatin der Wahlliste "Sonstige Politische Vereinigungen - Die Grünen" für die Europawahl 1979. Schon ein Jahr später avancierte sie zur ersten Parteisprecherin der von ihr mitgegründeten Partei "Die Grünen".

Ihren Wahrnehmungen und Empfindungen, von vielen Polit-Profis als "Betroffenheits-Getue" verhöhnt, galten das Leiden der Menschen und die krasse Ungerechtigkeit in ihrer Ära. Sie litt darunter. Zuweilen schrieb Petra Kelly Sätze über sich auf, wie schwach, wie zerbrechlich sie sich fühlte. Seit ihrer Kindheit war sie nierenkrank. Sie litt unter der Schule, sie litt unter dem Verlust ihres Vaters, sie litt an den Folgen familiärer Zerwürfnisse wie viele Scheidungskinder.

Jahre später, als Petra Kelly zwischen 1971 und 1982 als Verwaltungsrätin bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel arbeitete, litt sie unter der Behäbigkeit der Bürokratie. Jahre später litt die sich oft unverstanden gefühlte Petra Kelly unter den Grünen Parteikollegen auf den Abgeordneten-Bänken im Parlament. Dort im Deutschen Bundestag fungierte sie im Jahr 1983 als Sprecherin ihrer Fraktion. Und im Jahr 1980 gründete Petra Kelly mit dem Friedensforscher Theodor Ebert im westfälischen Minden den Bund für Soziale Verteidigung.

Petra Kelly weilte natürlich nicht unter den 30 Jugend-Offizieren der Bundeswehr im niedersächsischen Fallingbostel. Nur mit ihrer Ausstrahlung, ihrem Sendungs-Bewusstsein, da hatte sie so manche Soldalten der Bundeswehr längst mit den Grünen-Botschaften erreicht. Fragen wie "ist eine gewaltfreie Konfliktaustragung, eine soziale Verteidigung" möglich? Sicherlich ist soziale Verteidigung, ziviler, nicht-militärischer, gewaltloser Widerstand gegen Aggression, Intervention zum Abschreckungssystem im Sinne einer funktionalen Äquivalenz keine kurzatmige Lösungsmöglichkeit zum angeblichen militärischen Gleichgewicht, etwa zwischen Ost und West. Doch gemeinsam mit dem Politikwissenschafter Theodor Ebert (Professor am Otto-Suhr-Institut in Berlin, 2002) entwarf Petra Kelly unter dem Begriff der Sozialen Verteidigung eine Alternative zur Kriegsführung, Kriegsbedrohung, Kriegsvernichtung dieser Epochen. Langfristig und im komplexeren Sinne hinterfragt, ermögliche die Soziale Verteidigung gleichwohl ein anderes Denken, "weil die gesellschaftlichen Grundlagen radikal in Frage gestellt werden, auf denen das bestehende Drohsystem aufrecht erhalten wird und die den Herrschenden in Ost wie West, Süd und Nord ständig ermöglichen, dessen Ausbau, Perfektionierung kritiklos propagieren zu können" (Theodor Ebert).

Nach Auffassung der NATO will das Abschreckungssystem keinen militärischen Sieg garantieren, sondern den Ausbruch eines Krieges verhindern. Aber es ist gerade die so genannte drohende Gewaltanwendung, die Petra Kelly heftigst kritisiert. Für sie ist es unsinnig, dass mit einer militärischen Drohung, offene Gewaltanwendung und militärische Konflikte - auch durch die laufende Perfektionierung der Kriegswaffen-Technologie -verheerende Vernichtungs-Feldzüge verhindert werden können. Petra Kelly: "Wir wissen doch längst, dass der Versuch durch Abschreckung Kriege zu vermeiden, das Gegenteil erreicht wird - nämlich die systematische Vorbereitung von Kriegen." Auch nehme die viel gepriesene Abschreckungspolitik dem Gegner die Chance, die bei ihm vermuteten aggressiven Erwartungen zu widerlegen, da das militärische Gewaltsystem auf allen denkbaren Ebenen Vergeltung androhe.

Die Soziale Verteidigung hingegen, urteilte Petra Kelly, sei ein klassischer Bestandteil der Theorien von gewaltfreier Konfliktaustragung. Gemeinsam mit Theodor Ebert trachtete Petra Kelly danach, historische, spontane und konzeptionslose Einsätze gewaltloser Methoden zu einer tragfähigen Strategie zu entwickeln. - Kärrnerarbeit. Ausgangsbasis sei die Theorie der "Macht von unten durch gewaltfreie Aktion". Bisher seien in der Politik-Wissenschaft Konflikte untersucht worden, in denen unterprivilegierte Schichten um mehr soziale Gerechtigkeit und um die Änderung sozialer Strukturen gekämpft hatten. Für den Friedensforscher Theodor Ebert waren derlei Auseinandersetzungen typisch, wie die Etablierten pazifistische Akteure mit ihren bürokratischen Apparaten erfolgreich ausmanövrierten.

Die Grundform des Widerstands ist, dem Aggressor den Gehorsam zu verweigern und nach der demokratischen Grundordnung der eigenen Gesellschaft mit gesteigerter Einsatzbereitschaft die selbst gesetzten Aufgaben, Ziele, Lebens-Ideal zu erfüllen. Die soziale Verteidigung ist kein Hungerstreik der Nation, sondern gesteigerte Normalität unter "abnormen Bedingungen".

Die Jahre des sozusagen letzten Appells der Petra Kelly begannen mit einem früheren Generalmajor der Bundeswehr. Gert Bastian (*1923+1992) war im Streit über die Richtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses aus der Armee ausgeschieden .Er hatte sich mit einseitigem Abrüstungsverlangen an die NATO ("Krefelder Appell" von 1980 bis 1983 von vier Millionen Bundesbürgern unterzeichnet) der Friedensbewegung angeschlossen. Mitte der achtziger Jahre bezog das Paar Kelly/Bastian ein gemeinsames Haus in Bonn - agierten erst noch als gewählte Abgeordnete im Bundestag. Später – ohne Amt wie Mandat - arbeiteteten Bastian/Kelly zusehends aussichtsloser gegen ihre geringer werdende Bedeutung in der Öffentlichkeit an, verloren an Einfluss, ihr Charisma verblich – auch bei den Grünen . Abstieg, Zerwürfnisse, Bitterkeit.

In der Nacht zum 1. Oktober 1992 erschießt Gert Bastian mit der Pistole vom Typ Derringer seine Lebensgefährtin Petra Kelly in der gemeinsamen Wohnung in Bonn-Tannenbusch und anschließend sich selbst. Petra Kelly schulterte das Leid dieser Erde - als Mensch zerbrach sie daran und wurde im Schlaf ermordet. - Mit ihrem Tod fand eine deutsche Aufbruchs-Ära ihr jähes Ende.

DEUTSCHLAND DEINE NAZIS - BEI BELASTENDEN FRAGEN VERGANGENHEIT SCHWIEG DER BARON

Otto Freiherr von Fircks (*14. September 1912 in Pedswahlen in Lettand; +17. November 1989 in Hannover) war Landwirt, SS-Obersturmführer in Litzmannstadt (SS-Nr. 357261), Mitglied der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag 1969-1976.

Geschichts-Aufarbeitung nach drei Jahrzehnten der Nazi-Barbarei: Die Mörder sind unter uns, auch wenn sie nicht getötet haben. Ein KZ-Aufseher in Dachau wurde Bürgermeister in diesem Landkreis. Eine "Bürokraft des SS-Dienststellenleiters in Paris wurde Bürgermeister von Bürgstadt. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei im französischen Angers, im Range eines SS-Hauptsturmführers, trat über zwanzig Jahre als "Herr Rechtsanwalt Ernst" vor dem Oberlandesgericht in Oldenburg in schwarzer Robe auf. - Deutsche Karrieren. Sie waren sicherlich keine "Nazi-Größen". Aber sie haben eine unverdächtig erscheinende Kontinuität - eine deutsche Mentalität bewahrt.

Der Holocaust hatte schätzungsweise 150.000 Täter, Organisatoren, Vollstrecker. Auf deutschem Boden sind aber nach dem Kriege nur 88.587 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Ohne Strafe an "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" blieben 80.000 Täter. Sie sind straffrei ausgegangen. Der Anspruch der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse, die Ehre und Würde der Verletzten wiederherzustellen und das verletzte Recht wieder einzusetzen - ist nicht erfüllt worden.

Nur ein präzises Erinnern für jüngere Generationen lässt die schon damals festgefahrenen restaurativen Abläufe in ihrer bedrückenden Gesamtheit des Verdrängens und der Lügen erkennen. Ein Prozess, der seit Ende der achtziger Jahre durch die rechtsextreme NPD oder auch durch die Nationale Sammlung eine scheinbar ungeahnte, fortwährende Aktualität gewinnt. Momentaufnahmen aus einem typischen Nazi-Verfahren jener Jahre.

Frankfurter Rundschau 1. März 1972 und 2. März 2009

Vor der 6. Kleinen Strafkammer des Landgerichts Hildesheim bot sich den etwa 300 Zuschauern an zwei Verhandlungstagen ein seltenes, zeitweilig arg zweifelhaftes Bild. Auf der Anklagebank saß der 40jährige Volksschullehrer Artur Sahm, ehedem bis 1969 niedersächischer Landesvorsitzender der Deutschen Friedens-Union (DFU) aus Burgdorf bei Hannover. Nach dem KPD-Verbot von 1956 war die DFU 1960 mit dem Ziel gegründet worden, sozialistische und kommunistische Kräfte zu bündeln. Artur Sahm, von untersetzter Figur mit Nickelbrille und Halbglatze, hinterließ vor Gericht so ganz den Eindruck „vom Dorfschulmeisterlein, dem es nichts anderes als um die Wahrheit geht“. Dabei hatte er sich wegen übler Nachrede und Verleumdung in einer Berufungsverhandlung zu verantworten. - Verquere Welten. In einem Flugblatt, das Artur Sahm kurz vor der Bundestagswahl 1969 in der 18.000 Einwohner zählenden Kreisstadt verteilte, warf er dem damaligen CDU-Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Otto Freiherr von Fircks vor, sich "an den nazistischen Untaten wegen der Besetzung Polens" beteiligt zu haben. Wörtlich hatte Arthur Sahm formuliert: Otto Freiherr von Fircks "war tätig beim SS-Aussiedlungsstab in Litzmannstadt (Lodz) der sog. 'Umwanderungszentralstelle, der UMZ, von der die Zwangsauswanderung der unerwünschten Juden und Polen gelenkt worden ist. Heute jedoch

will von Fircks nichts mit der 'Aussiedlung', der Vertreibung von über einer Millionen Polen aus Siedlungsgebieten zu tun gehabt haben", schrieb der Pädagoge.

Und er holte noch weiter aus. Weiter heißt es seinem DIN-A4-Papier, dass von Fircks die Polen mit Wanzen verglichen habe. Und dass der Reichsführer SS, Heinrich Himmler (*1900+1945; hauptverantwortlich für Holocaust an europäischen Juden, Sinti und Roma) ihm, dem Freiherrn von Fircks, in Anerkennung seiner Verdienste den Rang eines SS-Obersturmbandführers verliehen hatte. Das vier eng beschriebene Schreibmaschinenseiten umfassende Flugblatt berichtete zudem detailliert darüber, was damals sonst noch so alles in Polen geschah. Zitat: "Fast in allen größeren Orten fanden durch die erwähnen Organisationen (SS und Polizei) öffentliche Erschießungen statt. Die Auswahl war dabei völlig verschieden und oft unverständlich, die Ausführung vielfach unwürdig. Verhaftungen waren fast immer von Plünderungen begleitet".

Auf dem Handzettel stand auch vermerkt: "Durch die Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen waren bis zum Februar 1940 schon etwa 300.000 Polen "umgesiedelt" worden. Allein aus dem Warthegau wurden 120.000 polnische Landbesitzer deportiert. Auf ihre verlassenen Höfe wurden u.a. auch die bäuerlichen Landleute des Freiherrn von Fircks delegiert. In den Statistiken der SS stieg die Zahl der liquidierten oder - wie es hieß - der "sonderbehandelten" Polen und Juden auf "einige Zehntausend". Bei der "außerordentlichen Befriedungsaktionen" im Frühjahr 1940 wurden 3.500 Polen reihenweise umgebracht.

Zur Erinnerung, wider das Vergessen. - Mit vorbereiteten Listen trieben die SS-Häscher polnische Lehrer, Ärzte, Beamte, Geistliche, Gutsbesitzer und Kaufleute in die Umsiedlungs- oder Auffanglager, die sich nicht selten als Liquidierungsstätten erwiesen. Die "rassisch Wertvollen" wurden herausgesucht, die polnische Elite wurde vernichtet. Der Rest sollte verkümmern und als Arbeitsvolk den Deutschen dienen. Der polnischen Jugend wurde beigebracht, dass es ein Gebot Gottes sei, den Deutschen gehorsam zu sein, ehrlich, fleißig und brav.

Arthur Sahm warf dem CDU-Bundestagskandidaten von Fircks letztendlich vor, "sich an den nazistischen Untaten wegen der Besetzung Polens" beteiligt zu haben. Das Amtsgericht Burgdorf hatte den Lehrer in erster Instanz freigesprochen; doch Otto Freiherr von Fircks ging in die Berufung. Er wollte es nicht auf sich sitzen lassen, dass er sich 1940 als Leiter eines SS-Einsatzstabes im Landkreis Gnesen an von Hitler befohlenen Verbrechen in Polen beteiligt, in Nacht-und-Nebel-Aktionen polnische Bauern vertriebe habe, um deutschen Siedlern Platz zu machen - zu guter Letzt die Polen gar mit "Wanzen" verglichen habe.

Das Amtsgericht in Burgdorf war nach siebenstündiger Verhandlung im Mai 1971 zu dem Schluss gekommen, dass die Vorwürfe Sahms "im Kern wahr" seien. Ein Urteil, das der CDU-Politiker nicht hinnehmen wollte. Berufung. So saßen sich nunmehr der linke Volksschullehrer Arthur Kahm und Freiherr Otto von Fircks (in der Rolle des Nebenklägers) erneut gegenüber. Doch diese sonderbare Rollenverteilung wurde zu keiner Minute dem tatsächlichen Prozess-Ablauf gerecht. Die "Braunschweiger Zeitung" beobachtete richterliche Berührungsphobien der Herren in schwarzer Robe, wenn es um die unerlässliche Aufarbeitung deutscher Vergangenheit geht. Sie kommentierte: "In diesem Prozess ist alles ganz anders. Der Angeklagte (Arthur Sahm) ist in Wahrheit der Angreifer, und der Nebenkläger (Freiherr von Fircks) muss sich verteidigen. Der gerichtliche Verteidiger Heinrich Hannover aus Bremen wirkt mit der Technik eines Staatsanwalts, während der Anklage-Vertreter gewissermaßen in der neutralen Ecke steht. Die Vertreter der Nebenkläger möchten diesen gern in eben dieser Ecke haben und versuchen, aus Formalität

Palisaden zu bauen. Es wäre zum Schmunzeln, wenn es nicht so traurig wäre." - Deutsche Vergangenheits-Bewältigung.

Immer dann, wenn Heinrich Hannover durch geschickte Fragen den baltischen Baron schwer zu belasten drohte, konnte sich der frühere niedersächsische Vertriebenenfunktionär, der er auch einmal war, "an nichts mehr erinnern". Er schwieg und überließ seinen Anwälten das prozessuale Terrain. Laut wurden die Anwälte, sehr laut - als wollten sie durch ihre penetrante Brüllerei geschehenes Unrecht vergessen machen.

Den geschickten Fragen der Verteidigung lagen mehr als 300 Dokumente zugrunde, die Arthur Sahm während eines einwöchigen Warschaubesuchs in Archiven fand. Dass Otto Freiherr von Fircks Leiter des Sozialarbeitsstabs in Gnesen war, zudem im Mai 1940 von Heinrich Himmler ehrenhalber zum SS-Obersturmführer ernannt wurde, das gab von Fircks notgedrungenerweise zu. An die "Merkpunkte" für jene Arbeitsstäbe, mit dem Stempel "geheim" versehen, konnte er sich freilich nicht mehr erinnern. Aus ihnen ging zweifelsfrei hervor, dass Aus- und Ansiedlung von Polen und Deutschen nahezu nahtlos ineinander übergingen, wie es auch der Staatsanwalt in seinem Plädoyer hervorhob. So heißt es unter anderem in dem sechs Seiten umfassenden Dokument: "Erst wenn die evakuierte polnische Familie außer Sicht ist, erfolgt die Einweisung der Ansiedler." Oder: "Nur der beste polnische Besitz ist zu erfassen."

CDU-Bundestagsabgeordneter von Fircks hingegen behauptet mit einer beinahe immer wiederkehrenden Stereotypie, Aus- und Ansiedlung von Polen, Wolhynien- und Galiziendeutschen haben miteinander absolut nichts zu tun gehabt. Was sich allerdings in jenen düsteren Tagen deutsche Geschichte offenbar abspielte, schilderte Sahms Kronzeuge, der Polendeutsche Eberhard Jagemann. Er war zu dieser Zeit dem Arbeitsstab als Dolmetscher zugeordnet: In den frühen Morgenstunden wurden die Dörfer umstellt, an den Ausgängen Maschinengewehre postiert. Die Polen mussten in aller Kürze ihre Höfe verlassen und wurden zum Abtransport gebracht. Während die Aktion reibungslos ablief, blieb ein Teil des Polizeikommandos im Dorf, um aus den Häusern die Kruzifixe und Heiligenbilder zu entfernen. Sie wurden dann auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Wenige Stunden später erreichten die Trecks mit Balkandeutschen die Dörfer.

Zwar bestätigte Eberhard Jagemann ausdrücklich, von Fircks bei derartigen Aussiedlungsaktionen nie beobachtet zu haben. Doch er fügte sogleich hinzu: "Es kann ihm aber nicht verborgen geblieben sein." Selbst der von dem Freiherrn benannte Zeuge, namens Paulich, sagte aus, dass der Arbeitsstab Aus- und Ansiedlung zu verantworten hatte. - Und Leiter dieses Arbeitsstabs war nun einmal der baltische Baron Freiherr Otto von Fircks.

Die Aussagen Eberhard Jagemanns mussten von Fircks mehr als unangenehm sein; denn der Kronzeuge bestätigte dem Gericht auch, dass von Fircks während einer Dienstbesprechung zu Unnachsichtigkeiten und Härte gegenüber den Polen aufgefordert habe und sie immer wieder mit Wanzen verglichen habe.

Nebenkläger von Fircks, mittlerweile in der Rolle des Verteidigers, trachtete immer eindringlicher danach, den Kronzeugen Jagemann als einen "unglaubwürdigen und zwielichtigen Kommunisten" vorzuführen. Der Kalte Krieg dieser Jahre. Der Freiherr unterstellte ihm, Jagemann sei schon deshalb "unglaubwürdig", weil er nach dem Kriege "stilles Mitglied der KPD" gewesen sei. Er veranstalte hier eine "Hexenjagd" gegen unbescholtene CDU-Politiker der Bundesrepublik.

Als noch junger Prozess-Beobachter für die Frankfurter Rundschau zum Landgericht gereist, fragte ich mich bei diesem Hass erfüllten Verhandlungsablauf, wer hier eigentlich zu Gericht saß - ein SS-Scherge oder durch Nazis verfolgte Kommunisten. Verquere Zeiten, in denen

ein einstiger SS-Obersturmführer - mit der Immunität eines Bundestagsabgeordneten ausgestattet -, unversehens zu einem Verfolgten stilisiert. So sagten zwei weitere KPD-Funktionäre, die von Eberhard Jagemanns stille KPD-Mitgliedschaft hätten wissen müssen, unter Eid aus, dass es eine so genannte stille Mitgliedschaft überhaupt nicht gegeben habe.

Der Staatsanwalt indes zog die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Eberhard Jagemanns nicht in Zweifel. Er sprach von "drei Säulen" (Dokumente, Aussage-Jagemann und die nahtlose Aus- und Ansiedlung), die beweiskräftig genug wären, um den Vorwurf glaubwürdig zu machen, von Fircks habe sich an nazistischen Untaten beteiligt. Heinrich Hannover bemühte in seinem Plädoyer ein Stück der Zeitgeschichte: " Niemand hätte sich um die Vergangenheit des Freiherrn von Fircks gekümmert, wenn er sich in eine stille Ecke zurückgezogen hätte, doch dieser Herr von Fircks ist Bundestagsabgeordneter der CDU, der durch die Ostpolitik Willy Brandts (1966-1974) ganz Europa geschädigt sieht."

Dass damals bitteres Unrecht an den Polen im Namen der Deutschen geschehen ist, vermag Otto von Fircks nicht einzusehen. Wenn er überhaupt etwas vor den Richtern von sich gibt, dann wehrt er sich mit Vehemenz dagegen, die Vertreibung polnischer Bauern als "Untat" zu bezeichnen. Schließlich habe er ja auch keine Tötung begangen, der Freiherr. Zwei Tage warteten Prozess-Beobachter auf Worte des CDU-Politikers, die da etwa lauten würden: heute weiß ich, dass damals Unrecht geschehen ist. Heute bedaure ich das zutiefst. Fehlanzeige. Keine Reue, kein Bedauern. Zur Urteilskündung war von Fircks erst gar nicht mehr erschienen.

Im Gegenteil: Das Landgericht Hildesheim unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Günter Weber, 45, verurteilte Artur Sahm zu einer Geldstrafe von 2.000 Mark und zur Veröffentlichung des Urteils in mehreren überregionalen Zeitungen. Richter Weber befand, Sahm sei in seinem Flugblatt "weit über das Ziel hinausgeschossen". Obwohl er einen Teil der gegen von Fircks erhobenen Vorwürfe habe beweisen können, müsse das Flugblatt im Gesamtzusammenhang gesehen werden. In diesem so zitierten, so genannten "Gesamtzusammenhang" sei auch von Gräueltaten die Rede, die von Fircks nicht beweiskräftig zu unterstellen seien.

Indes: Für den Lehrer Artur Sahm und seinen Rechtsanwalt Heinrich Hannover geht der Rechtsstreit weiter. Sahm hat sich jetzt vor einer Disziplinarkammer zu verantworten. Anklagepunkt ist abermals sein Flugblatt. Er habe sich, in dem er polnische Dokumente der Zeitgeschichte zitierte, nicht der beamtengemäßen Zurückhaltung bei politischen Äußerungen auferlegt, lautet der Vorwurf, den das niedersächsische Kultusministerium gegen ihn erhob. Aus dem Fall von Fircks ist längst unversehen Fall Sahm geworden. Eine rund 100 Seiten umfassende Dokumentation eines Disziplinarverfahrens, das mittlerweile vier Jahre alt ist, sprach bereits eine neue Sprache in dem Land der Dichter und Denker - die Sprache des exakt in diesem Jahr - 1972 - erstmals in Hannover ausgeübten Berufsverbots. - Aus Tätern werden Opfer, aus Verfolgern werden Verfolgte. "Wir wollen mehr Demokratie wagen" - das sagte Willy Brandt (1969-1974) als Bundeskanzler in jener Epoche des Aufbruchs. - Deutsche Zeit-Geschichte.

DICTACTA 72 – UTOPIA 72

Bildungsausstellung in Hannover: Viel Show-Effekte, viel Effekt-Hascherei - für den Schulalltag ändert sich so gut wie nichts - Bildungs-Misere: Dauer-Thema in Deutschland – keine Besserung in Sicht

Frankfurter Rundschau 25. März 1972

Pädagogisches Inferno oder ein Paradies für Lehrer? Alles, aber auch alles, was irgendwie mit Vorschul-, Schul-, Hochschule-, Aus-, Fort-und Weiterbildung zu tun hat - präsentiert sich mittlerweile in 14 Hallen auf über 700 Messeständen; zur Schau gestellt für nahezu 70.000 Besucher. Gigantomanie pur, Monstershow im Großformat. Fernab von der Schul-Wirklichkeit dieser und künftiger Jahre demonstrieren Konzerne und Großverlage während der XI. Didacta in Hannover, was sie unter Fortschritt im Bildungswesen verstehen. Nur mit dem Schulalltag, mit den Unzulänglichkeiten, Engpässen, verpassten Chancen im deutschen Bildungssystem hat dieser Messe-Jahrmarkt namens Didacta reichlich wenig zu tun.

Begriffe wie "Tele-Didaktik", Worthülsen wie "Auditive Medien" oder "Algorithmus, gar ein "Single-Conzept-Film" deuten unmissverständlich darauf hin: die Industrie glaubt einen neuen - für sie äußerst profitablen, weithin ausbaufähigen Markt entdeckt zu haben. Zwar ist seit längeren offenkundig, dass Großunternehmen gigantische Summen in derartige Bildungs-Projekte investieren. Doch in welchem Ausmaß und mit welchen Marketing-Potenzial Lern- und Lehrprogramme entwickelt werden, darüber vermittelt die didacta einen breiten Flächen-Aufriss. Wer jahrein, jahraus durch die Messehallen wandert, kann kaum glauben, dass Deutschland in den europäischen Bildungs-Vergleichstests derart weit in den Keller abzurutschen vermochte.

Die Fernseh-GmbH, ein Unternehmen der Bosch-Gruppe, stellt beispielsweise ihre Vidikon-Farbkamera TV 140 in den Mittelpunkt ihrer Ausstellungs-Präsentation. Mit entsprechenden Zusatzgeräten vermag diese Linse unter anderem Objekte, die durch das Mikroskop betrachtet werden, auf den Bildschirm zu projizieren. Ferner kann sie Filme oder Dias direkt vom jeweiligen Projektionsgerät abnehmen und zu den Monitoren weiterleiten. Das Nonplusultra der Farbkamera TV 140 scheint für Bosch in der Liveübertragung zu liegen. Das Nonplusultra des deutschen Bildungsalltags hingegen diktiert eine andere Schulwirklichkeit. Kaum Deutsch, kaum Physik, Mathematik eingeschränkt, Geschichte ab und zu - das ist nahezu überall die Wirklichkeit im westdeutschen Schulbetrieb geworden. Gespart wird vielerorts ohne Sinn und Verstand. Deutschland ein Bildungsland - ein Notstandsland.

Wer jedoch beispielsweise nach den Preisen dieses Vidikon-Farbkamera-Zuges fragte, bemerkte schneller als es ihm recht sein konnte, dass ein solches Projekt mit der Realität der deutschen Schulen nichts zu tun hat; und das selbst unter den günstigsten Bildungs-Prognosen dieser Jahre. Zwar versicherten Firmenvertreter, das gesamte technische Instrumentarium sei pädagogisch erprobt, doch drängt sich unweigerlich die Frage auf, wer die finanziellen Belastungen auch nur halbwegs tragen kann.

Allein die Farbkamera ohne Liveübertragung kostet an die 30.000 Mark (Möglichkeiten: Mikroskop-, Film- und Dia-Überspielung). Der Preis für eine Farbkamera mit Liveübertragung und den dazu erforderlichen Zusatz-Apparaten (Vidikon-Farbkamera-Zug) für alle Anwendungsbereiche beträgt etwa 180.000 Mark. Und das in einer Zeit, in der Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt (1972-1974) Mitte der siebziger Jahre im Rahmen der

mittelfristigen Finanzplanung die Bildungsausgaben des Bundes von 58 auf 53 Milliarden Mark zusammenstrich. Und das ausgerechnet in einer Ära, in der etwa in der Universitätsstadt Bochum Lehrerinnen und Lehrer Lernmittel wie Lehrmittel für den Schulunterricht aus eigener Tasche zahlen. Zu kostspielig seien für das Bochumer Rathaus die Aufwendungen bis zu 500 Euro pro Jahr, unerlässliche Bücher, Lernprogramme, Lernmittel zu finanzieren. - Bildungs-Nation Deutschland.

Der Philipskonzern hält dagegen sein neuartiges PIP-System (Programmid individual Presentation) für geeignet, im Rahmen der inneren Differenzierung dem Unterricht neue Impulse zu vermitteln. Es handelt sich hierbei um ein Wiedergabegerät, das getrennt Schmalfilm- und Tonkassetten synchron ablaufen lässt. Dies ist deshalb möglich, weil in der Tonkassette Steuerimpulse für den Schmalfilm gespeichert sind. Der Vorteil dieses Systems liegt darin: ein und demselben Film können verschiedene Tonkassetten zugeordnet werden. Für die Unterrichtspraxis ergeben sich dadurch Differenzierungsmöglichkeiten nach dem Schwierigkeitsgrad der wörtlichen Information. Außerdem kann derselbe Film durch andere Tonkassetten unter anderen Aspekten betrachtet werden (Schwerpunktbildung). Nicht zuletzt wird das Gerät wohl auch für den Sprachunterricht interessant sein. Die kontinuierliche Regulierung der Film-Geschwindigkeit von Standbild bis zu 24 Bildern pro Sekunde beeinträchtigt zudem nicht die Bildqualität.

Trotz dieser technischen Vorteile kann der Philipskonzern wohl kaum damit rechnen, sein PIP-System in absehbarer Zeit in deutschen Schulen einführen zu können. Ein Cassettescope LCH 2020, mit dem maximal zwei Schüler gleichzeitig über Kopfhörer arbeiten, kostet immerhin rund 1.500 Mark. Selbst bei einer Klassenfrequenz von 30 Schülern, von der die meisten Lehrer in der Bundesrepublik träumen, müssten mindestens 15 Cassettescopes für eine Klasse zur Verfügung stehen. Das wären je 22.500 Mark pro Klasse ausschließlich für besagte Apparatur. Die dazu notwendigen Programme kosten in der Produktion je nach Qualität nochmals zwischen 15.000 bis 20.000 Mark. Ein Philipsvertreter abgeklärt: "Gewiss teuer, doch selbst die staatlichen Schulen von morgen werden diesen Preis nicht zahlen können oder auch wollen. Es bleibt allenfalls bei lauthalsigen Politiker-Versprechen. In Wirklichkeit bewegt sich in Sachen Bildung und Ausbildung nichts in Deutschland."

Bosch und Philips sind zwei markante Beispiele im Konzert der 107 in- und ausländischen Aussteller, die Audiovisionsgeräte und Zubehör anboten. Die Technik dominiert eindeutig, prägt das Denken. Nicht etwa Pädagogik, sondern Audiovision war der erstmals der zentrale Begriff, mit dem die Besucher konfrontiert wurden. Zeitwende. So erklärte der Vorsitzende des Fachausschusses Schulwesen des Verbandes für Arbeitsstudien Refa, Bernd Krommweh: "Ob Sprachlabor, Computer oder auch schulinternes Fernsehen - der auf der Didacta '72 gezeigte offenkundige Technisierungsgrad der Schule zeichnet ein völlig unrealistisches Bild des deutschen Bildungswesen auf." Der Pädagoge fragt sich: "Was nützen kostenaufwendige Sprachlabore, wenn geeignete Programme fehlen. Was nützen schulinterne Fernseh-Anlagen, wenn es wiederum die ohnehin hoch verschuldeten Bundesländer überlassen bleiben soll, die kostspielige Software zu bezahlen?" Fata Morgana.

Ähnlich äußerte sich auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister (1968-1981; *1927 +2005), wenn er davon sprach: "Die Diskrepanz zwischen dem, was Produzenten, Händler und Verlage auf den Lehrmittel-Ausstellungen zeigen und dem, das sich eine normale Schule leisten kann, entspricht etwa dem Gefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern."

Wer sich nach derlei fortwährenden Konzern-Höhenflügen wieder dem widerborstigen Schulalltag nähern wollte, der fand bei dem Verlag Westermann in der Zeitschrift Schul-Management Ausstattungsvorschläge und Kosten-Kalkulationen für eine vierzügige Sekundarstufe (Klasse 7 bis 10). Die Ausstattungs-Alternativen, die als eine Minimalausrüstung verstanden werden, beziehen primär nur "traditionelle" Geräte ein (vier Tageslicht-Projektoren, zwei Episkope, ein 16mm-Tonprojektor, zwei Dia-Projektoren, ein Tonband-Gerät, einen Plattenspieler und ein Radio). Diese eher traditionelle Ausrüstung, die den Audiovisions-Experten nur ein gelangweiltes Lächeln abtrotzt, kostet etwa 11.000 Mark. Bemerkenswert ist jedoch, dass bei einem zusätzlich vorgeschlagenen Erweiterungsprogramm, das bis zu einem Gesamtpreis von 55.000 Mark geht, Video-Rekorder und Fernsehkameras (schwarz-weiß) erst dann ihre Berücksichtigung finden, wenn jede Klasse mit ihrem eigenen Tageslicht-Projektor ausgestattet ist. - Chancengleichheit.

Während für Westermann-Verlagsdirektor Schröder Tageslichtprojektoren "sich in den Schulen inzwischen etabliert haben", diktiert die Statistik eine andere Sprache. Danach besitzen insgesamt 62 Prozent aller westdeutschen Schulen noch nicht einmal einen einzigen Tageslicht-Projektor. Diese Zahl veröffentlichte Heribert Heinrichs (*1922+2004) Professor für Medienpädagogik an der Universität Hildesheim (1958-1987). Selbst von Westermanns Minimalprogramm ist die Schul-Wirklichkeit noch sehr weit entfernt. Die Untersuchungen, die Heribert Heinrichs in seinem Buch "Lehr- und Lernmittel" (1972) veröffentlichte, beweisen dies hinreichend. Demzufolge hatte ein deutscher Klassenlehrer im Jahre 1968 durchschnittlich nur 125 Mark als Jahresausgabe seines Schulträgers für die so genannte Erweiterung, Ergänzung oder auch Erneuerung seines didaktischen Reservoirs (ohne Bücherei) zur Verfügung. Deutschland - ein Entwicklungsland. Zur Erinnerung: Im Etatjahr 1970 waren es sage und schreibe 140 Mark und im Jahr 1971 wieder nur 135 Mark. In einer niedersächsischen Großstadt beispielsweise wurden pro Schüler 6,50 Mark anno 1971 gewährt.

Wie das Institut für Bildungswesen in Frankfurt a/M in seiner Informationsschrift über die Bildungsmedien mitteilte, sollen bei günstigen Voraussetzungen im Jahre 1975 jedem Schüler in der Bundesrepublik Lehrmittel für durchschnittlich 51 Mark zukommen. Dies bedeutet zwar eine Verdoppelung gegenüber dem Jahr 1970, wo durchschnittlich 27 Mark für einen Schüler ausgeben wurde; dennoch wird diese Verdoppelung nicht einmal ausreichen, den jetzigen Stand der Lehrmittelversorgung in Nordrhein-Westfalen für die ganze Bundesrepublik zu erzielen. Dort können schon jetzt 56,40 Mark pro Schüler disponieren. Trotz dieser niederschmetternden Zahlen über die Möglichkeit, Gelder für Lernmittelausgaben bereit zu stellen, glauben Firmen auf ihre Absätze, hoffen auf ihre Märkte – Gewinnmargen.

Von den Unternehmen wenig propagiert und von der Öffentlichkeit kaum betrachtet, haben seit der letzten didacta 1970 in Basel nach schwedischem Vorbild Kooperations-Prozesse stattgefunden, die in den so genannten System-Gemeinschaften ihren Niederschlag finden. Der Klettverlag kooperiert mit der Bosch-Gruppe Leibold-Heraeus, während Westermann mit der Firma Philips zusammenarbeitet. Der Klettverlag sagt dazu, es gehe den drei Partnern nicht darum, Medien um jeden Preis zu produzieren, sondern vernünftige, realisierbare didaktische Unterrichts-Materialien in Kombination anzubieten. Auch Westermann und Philips sehen die Rechtfertigung der System-Gemeinschaft darin, dass Informatiker und Pädagogen nicht länger aneinander vorbeireden sollen.

Obwohl es inzwischen zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Pädagogik und Informatik gekommen ist, stellt sich der kritischen Didacta die Frage, mit welcher Berechtigung die Firmen im gegenwärtigen Entwicklungs-Stadium der Kooperation „von perfekten audiovisuellen

Lehr- und Lernsystemen“ sprechen. Derlei Anmaßungen finden ihren Höhepunkt im Angebot eines weiteren großen Elektrokonzerns, der die erst eben auf den Markt präsentierte Bildplatte als „Bildungs-Platte“ bezeichnet, da „das Videosystem Bildplatte idealer Träger von Lernprogrammen aller Art“ sei.

Wenn man vom audiovisuellen Bereich einmal absieht, so hatte die didacta 72 recht wenig zu bieten. Das meiste, von einigen Bücher-Neuerscheinungen abgesehen, konnte auch schon 1970 in Basel besichtigt werden. Die am Sonderschultag der didacta anwesenden Pädagogen bekamen zwar einen Vortrag geboten, erhielten aber nur wenig neue Anregungen, die sich auf ihre Unterrichtspraxis beziehen. Es zeigt sich wieder einmal mehr, dass der ohnehin arg vernachlässigte Sonderschul-Bereich für die Industrie nicht attraktiv ist. Vielleicht auch deshalb, weil in der Zielgruppe Lernbehinderung weniger Geld zu verdienen ist. Würde man nach den Ausstellungsständen gehen, könnte man spontan den Eindruck gewinnen, als sei die Sonderschulpädagogik mit der Vorschulerziehung identisch; Randerscheinungen auf der Messe allemal. Dasselbe gilt auch für den Bereich Erwachsenbildung; ein Schatten-Dasein, das seinesgleichen sucht.

Während Industrie und Verlage mit ihren audiovisuellen Programmen in höheren Regionen abheben, schweben und die Vorteile ihrer Konzeptionen den Messebesuchern zu erklären versuchen, haben etwa die Junglehrer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf dem didacta-Gelände die Aktion Kleine Klasse gestartet. Durch Flugblätter weisen die Pädagogen auf einen Erlass des Jahres 1872 hin, in dem gefordert wurde: „Jede Klasse ihren Klassenlehrer; jede Klasse ihren Klassenraum: Verbesserung der Ausstattung mit zeitgemäßen Unterrichts-Material und keine Anfänger-Klasse mit mehr als 20 Schülern!“ Diese Forderung erschienen 100 Jahre später noch ebenso utopisch, wie folgende Zahlen verdeutlichen: Im Jahr 1968/1958 kamen auf einen Grundschullehrer in der Bundesrepublik 36 Kinder; 1969/1970 waren es „nur“ 33 Kinder. In derselben Zeit verbesserte Frankreich seine Klassenfrequenz von 29 auf 25 Schüler.

Anstelle didacta 72 wäre die Bezeichnung utopia 72 angebracht gewesen. Seither läuft jährlich die größte Fachmesse für Bildungswirtschaft mit einem enormen Public-Relations-Aufwand ab. Nebelkerzen. Tatsächlich offenbart es sich als ein Festival von Verlags-Marketing-Expertem mit ihren Kultus-Bürokraten im Schlepptau. Jahr für Jahr, Messetag für Messetag gilt es im betäubenden Wortschwall der Innovation etwas zu würdigen, zu feiern; mal soll ein „Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit“ erreicht werden; mal muss der Lehrer für seine „engagierte und gute Arbeit“ belobigt werden; mal fordert Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU): „Wir brauchen eine höhere Bildungs-Qualität.“ Auf der didacta herrscht seit ihres Bestehens stets Feiertagsstimmung mit theatralisch inszenierten Kalendersprüchen, die „den Eltern Mut machen“ soll, weil „vieles auf einem guten Weg ist“ (Bundesbildungs-Ministerin Annette Schavan im Jahre 2009).

Nur am miserablen Zustand im deutschen Bildungswesen, Lehrermangel, baufällige Schulgebäuden, zu hohe Klassenfrequenzen, unzureichende Ganztagsschulen, mangelnde Unterrichts-Ausstattungen, fehlendes Lern- und Lehrmaterial, Lücken in der vorschulischen Betreuung – daran vermochte in den vergangenen Jahrzehnten niemand etwas auszurichten. Aber immerhin in einer Disziplin ist Deutschland Rekordhalter: Kein Land der Welt leistet sich 16 eigenverantwortliche Kultusminister mit eigener Bürokratie, eigenen Schulplänen, eigenen Anordnungen und Erlassen, eigenen Schulferien schon immer.

VIEL KABARETT - ABER KEINE KARRIERE: LEBEN EINES BÄNKELSÄNGERS: DIETRICH KITTNER

Ausgewandert von Hannover ins österreichische "Exil" in die Steiermark Von den „wilden“ Jahren Protest-Jahrzehnten gezeichnet. Dietrich Kittner, widerspenstiger Rebell, Sänger, Satiriker, der nicht "vernünftig" werden will. Bilanz eines ungeliebten Außenseiters.

Frankfurter Rundschau 18. April 1972/ 12. Januar 2008

Er ist ein Mann der Grenzüberschreitungen, Grenzverletzungen - ein feixender Tabu-Brecher früherer Jahrzehnte. Nahezu 45 Jahre macht Dietrich Kittner politisches Kabarett im deutsch-sprachigen Europa. Immer unterwegs, immer auf Tour, von Saal zu Kneipe, vom Tresen zum Barhocker mit über 7.000 Veranstaltungen in drei Jahrzehnten. - Lang ist's her; unter Satirikern Rekord verdächtig.

Damals in der so genannten 68er Bewegung, als "Liedermacher" des Protests wie Franz-Josef Degenhardt oder auch Dieter Süverkrüp mit ihren -Songs über Notstandsgesetze, Vietnamkrieg Hallen füllten, der Rebellen-Look zum Mode-Schick aufstieg - das waren gleichsam seine Jahre - Kittner-Jahre. Damals, als Polit-Satire mehr mit bissiger Aufklärung als mit wohlgefällig vermarkteter Comedy zu tun hatte, da galt der mittlerweile 73jährige Dietrich Kittner als "gefürchteter, aufmüpfigster Satiriker" deutscher Zunge. Eben, wie Günter Wallraff es einmal über Dietrich Kittner formulierte: "Er ist der Einzelkämpfer und Partisan, der sich wesentlich weiter vorwagt auf feindliches Terrain als alle etablierten - früher mal politischen Kabaretts zusammen."

Da hockt er nun in seinen alten Tagen in der Steiermark im arg verträumten Städtchen Bad Kersburg zu Österreich. Wer Dietrich Kittner von früher kennt und ihn erneut begegnet, der spürt schon nach seinen ersten Sätzen, dieser Mann ist ausgewandert - Distanz und Schutz als Exil. Er sagt: "Wer nicht kämpft geht unter, wer kämpft reibt sich auf." Der alte Barde lächelt wehmütig, spürt er irgendwie schon, dass seine letzten Auftritte in Deutschland angebrochen sind, müde ist er geworden - etwa vom Deutschlandlied und Tagesthemen-News von "Mega-Hartz IV" über "Aldi-Schnellbehandlungszentren" bis zum "Zirkus Bush" oder mit Golf-Viagra in den Puff. - Resignation.

Es sind Lebensskizzen eines Mannes, die keine Kontinuität vermissen lassen, die da lauten: Aufbruch, Abbruch, Ausdauer, Stehvermögen, Hatz wie Atemlosigkeit - und das mithin vier Jahrzehnte lang. Dabei sind Kittners Programme kaum in Schubläden zu suchen. Er beherrscht alle Stile und Spielrichtungen der 10. Muse; Sketch und Conference, Parodie und Ballade, Nachricht, Pamphlet und Moritat. Aus all dem mischt er einen Cocktail, der das Publikum wachrüttelt. - Aufklärung mit Polit-Satire auf höchstem Niveau.

Aufmüpfigkeit, Gegen-Rede, Widerspruch, Widerstand - das waren schlechthin noch nie so recht die Lebensart der Deutschen. Es waren die siebziger Jahre, als Tausende wie Abertausende junger Menschen wegen ihrer unangepassten Gesinnung mit Berufsverboten abgestraft wurden. Dietrich Kittner bekam Fernseh-Verbot in Deutschland - praktisch sein Leben lang. Lediglich - und das ausnahmsweise zur Mainzer Fastnacht - machten die Mächtigen der Republik "gute Miene zum bösen Spiel", wenn mal da mal einer aus dem politischen Kabarett am sorgsamen Politiker- oder Manager-Image tupfte. So humorvoll artig gab man sich in diesem Land; nicht so Kittner.

Auf der Bühne seines Einmannkabaretts genoss Dietrich Kittner unter Ausschluss der Medien-Öffentlichkeit Narrenfreiheit, selbst dann, wenn er mit der Sozialdemokratie nicht lange zauderte und führende Genossen unter gleißendem Scheinwerferlicht seinem Publikum als "spezielle Charaktere des Aufstiegs" ausleuchtete - Abend für Abend vors Schienbein trat. Was SPD-Funktionäre ihrem Parteimitglied Kittner auf der Bühne noch konzedierten, dazu waren sie auf einer von Kittner organisierten Flugblatt- und Unterschriften-Aktion nicht mehr bereit. Berührungs-Ängste mit Kommunisten. "Verträge ratifizieren! Rechtsentwicklung stoppen", verlautbarte es da. - Die Folge: Partei-Rausschmiss.

Damals bestimmte die Neue Ostpolitik von Egon Bahr (Bundesminister für besondere Aufgaben 1972-1974) "den Wandel durch Annäherung" die Ostverträge mit Polen und der damaligen DDR. Verständigung, ein neuer Umgang der Menschen in beiden Systemen war gefragt. Nicht jedoch so an der Parteibasis zu Hannover. Der Widersinn jener sozialdemokratischen Jahre mit ihren Öffnungs-Gebaren gen Osten mit ihrer geradezu traumatischen Phobie vor vermeintlicher kommunistischer Unterwanderung - dafür sollte mit dem Fall Kittner ein populäres Parade-Beispiel statuiert werden. Stein des Anstoßes im politisch penibel sortierten Deutschland: auch ein paar westdeutsche Kommunisten hatten gewagt, sich per Unterschrift auf dem Kittner-Flugblatt öffentlich für die Entspannungspolitik der Ära Brandt/Scheel (1969-1974) zu bekennen. Es blieb dem niedersächsischen Verfassungsschutz vorbehalten, eine Handvoll Kommunisten unter den 1.500 Menschen ausfindig zu machen, die ihre Unterschrift gegeben hatten. Es waren erste Schnüffel-Aktionen, die wenig später im Überwachungsstaat der Berufsverbote eine ganze studentische Jugend mundtot zu machen glaubte.

Mit dem Damoklesschwert im Nacken - "denke an deine Parteikarriere, grenze dich rigoros von Kommunisten und ihren Organisationen ab" - zwang der SPD-Apparat in Hannovers Odeonstraße seine Mitglieder ihren Namen auf dem Kittner-Flugblatt zurückzuziehen. Willy Brandt (Bundeskanzler 1969-1974): "Wir wollen mehr Demokratie wagen.") Ausnahmslos alle kuschten, keiner will da wirklich seinen Namen gegeben haben. Friedhofsruhe. Wäre Kittner nicht Kittner, dann hätte er dasselbe getan. Nur ging es ihm, wie er beteuerte, "um Glaubwürdigkeit". Auch wolle er sich ausgerechnet von diesen "satten und kugelrunden SPD-Funktionären nicht zum Toren" machen lassen. Denn nach Thomas Mann (*1875+1955) ist der "Antikommunismus die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts".

Kittner war zeitlebens ein Mann des Protests und Provokation. Viel Kraft, Energie - auch so manche Federn hat er dabei lassen müssen. So Mitte der sechziger Jahre, als er auf offener Straße in Hannovers Innenstadt mit Stahlhelm und Gasmaske festgenommen wurde - eine Aktion, die er als Widerspruch gegen die Notstandsgesetze verstanden wissen wollte.

Seinen Höhepunkt an Einfluss und Popularität gewann er als Mitinitiator der Aktion "Roter Punkt" in Hannover gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr in den Jahren 1969-1973. Der Klub Voltaire in der Nicolaistraße war Kittners Domizil, praktisch wohnte er dort gleich neben der Theke im Hinterstübchen. Hier im Zentrum der Außerparlamentarischen Opposition in Niedersachsen ging es Kittner und Kumpanen um die Schaffung eines kulturellen Ortes einer neuen linken Gesprächs- und Streitkultur.

Der Klubname vermittelte ein Gedenken an den französischen Philosophen und Schriftsteller Voltaire, der mit bürgerlichen Namen François-Marie Arouet (*1694+1778) hieß. Er war einer der tragenden Initiatoren der französischen Aufklärung, außerdem Mitarbeiter an der großen "Enzyklopädie" - ein Anhänger des Deismus. (Gehen von Gott aus, Schöpfer des Universums aus. Glauben aber, dass Gott keinen Einfluss auf die Geschehnisse auf Erden hat).

Und unter Schaffung einer neuen linken Gesprächs- und Streitkultur wurde in den Anfangsjahren verstanden, eigene Standpunkt vertreten, artikulieren zu können, ohne dem Anderen abzusprechen, dass auch er eigene Positionen, Ansichten besitzen und mit Leidenschaft vertreten darf. Für Dietrich Kittner in jenen Jahren war die Streitkultur schlechthin positiv besetzt. Sie ermöglicht alte Normen, überkommenes Gefüge radikal in Frage zu stellen - nach Alternativen Ausschau zu halten. Aufbruch-Zeiten.

Undenkbar schien Kittner damals, die Sozialdemokratie links liegen zu lassen. Er wollte sie einbinden in die Phasen des politischen Umbruchs. Das glaubte er jedenfalls. So war für das ausgeschlossene SPD-Mitglied Kittner über seinen Verstoß noch längst nicht das letzte Wort gesprochen. Er kämpfte weiter, sogar bis vor dem Landgericht. Nach dem Motto, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, will er mit seinen Anwälten erreichen, dass der Parteiausschluss revidiert wird.

Die Unterstützung des linken Flügels der Partei ist ihm dabei gewiss. Niedersachsens Juso-Chef Gerhard Schröder (Bundeskanzler 1998-2005) urteilte: "Das Engagement für die Ostverträge wird doch durch die Teilnahme von irgendwelchen Kommunisten nicht diskreditiert." So will Kittner mit einer Akte von Flugblättern, die ihm aus allen Teilen der Bundesrepublik zugeschickt wurden, vor Gericht ziehen. Dort glaubt er beweisen zu können, dass SPD-Politiker vom Kommunalparlament bis hin zum Bundestag ähnliche Aufrufe unterzeichnet haben, an denen auch Kommunisten beteiligt waren.

Der Aberwitz dieser Tage. Kittner war im Besitz eines Flugblatts, das auch der Journalist und SPD-Politiker Fritz Sänger (*1901+1984), Mitglied der Bundesschiedskommission, unterzeichnet hatte. Fritz Sänger meint zwar, "die Unterschrift ist ohne meine Kenntnis auf das Flugblatt gekommen", fügt aber gleichzeitig hinzu, "man hätte es ruhig unterschreiben können". Im Übrigen bedaure er die ganze Rausschmeißerei außerordentlich."

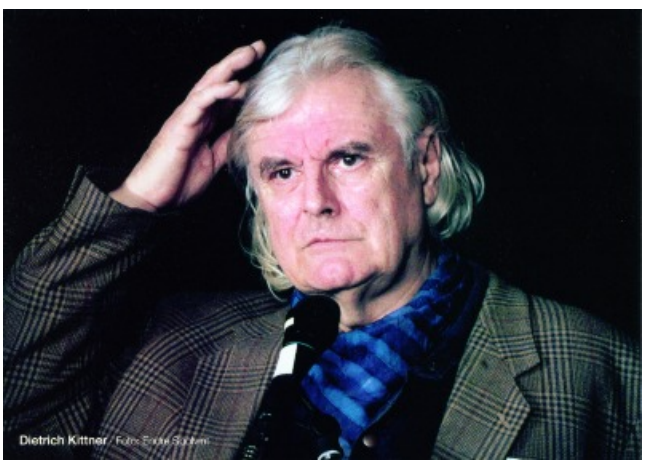
Tatsächlich sieht sich Dietrich Kittner als das Bauern-Opfer seines Intrigen-Spiels. Er behauptet in seiner Dokumentation: "Die SPD-Zentrale lancierte -zumeist über die "Bild"-Zeitung oder über den CDU-nahen Pressedienst "Rundblick" diffamierende Artikel. Sie sollen sodann als später Beweise dafür benutzt werden, dass es die Beschuldigten höchst persönlich seien, die der SPD in der Öffentlichkeit einen Image-Schaden zufügten. Auch habe ihm der SPD-Geschäftsführer Hans Striefler zugefeixt: "Endlich, jetzt haben wir dich!" - Es war eine der üblichen Disziplinierungs-Maßnahmen oder auch Maulkörbe. Sie wurden immer dann präsentiert, wenn es darum ging, mit Hilfe der Satzung unbequeme Kräfte los zu werden.

Seinerzeit gewichtete Ernst Gottfried Mahrenholz (SPD-Karriere als Staatssekretär in der Staatskanzlei - später Kultusminister in Niedersachsen, Verfassungsrichter in Karlsruhe) den Kittnerexodus sehr korrekt. Er sagte mir als Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Hannover: "Wenn es wirklich nur darum ginge, unbequeme Kräfte loszuwerden, dann ist dies ein Skandal."

In letzter Konsequenz war die "Aktion Roter Punkt", die empfindliche SPD-Achillesferse, die der Straßenprotest unverhofft traf - und Kittner einer ihrer Anführer. Es begann damit, dass die Verkehrsknotenpunkte bis hin zu den Außenbezirken blockiert wurden - keine Straßenbahn fuhr mehr. Der Grund Fahrpreiserhöhungen um 30 Prozent waren beschlossen worden. Gleichzeitig sollte aber satte Gewinne des Unternehmens ÜSTRA an seine Aktionäre um 1,4 Millionen Mark ausgezahlt werden. - Nichts ging mehr, keine Straßenbahn mehr fuhr im Großraum Hannover. Rote Aufkleber an der Heckscheibe signalisieren die Mitnahmebereitschaft für jedermann. Überaus

harte Polizeieinsätze sollten den Protest ersticken. Alsbald mussten Politiker und Polizisten miterlebten, wie sich der Unmut auf die gesamte Bevölkerung übertrug - sich immer mehr Menschen mit Studenten, Schülern - auch -Arbeitern solidarisierten. Ein Novum im Deutschland der Nachkriegsjahre. Die Zahl der Schwarzfahrer stieg, falsche Tickets wurden hergestellt, Fahrbahnautomaten aufgebrochen. Und eine schwer bewaffnete Polizei, die dem Massenprotest hilflos gegenüberstand.

Es waren Kittners bewegende Tage, Wochen und Monate, es war ein Massenprotest, den er mit dem Parteiausschluss zu bezahlen hatte. Die Moral der Gehschicht': gemeinsam mit dem Liedermacher Franz-Josef Degenhardt, Dieter Sülverkrüp und Mitgliedern der Gruppe Floh de Cologne wandten sie sich zum real existierenden DDR-Sozialismus zu. Kittner tingelte seither immer wieder durch die DDR. Immer öfter konstatierte er, ob in Dresden oder Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), auch ungefragt, wie heimatlos ihn die alte Bundesrepublik gemacht habe. Heute lebt er in Österreich. Ein Zurück nach Deutschland wird es für ihn nicht mehr geben. - Lang, lange ist es her. Wie sang Franz-Joseph Degenhardt seinerzeit: " ... dass das nur solche Geschichten bleiben, die man den Enkeln erzählen kann es gibt eine Menge Leute, die haben ein Interesse daran ...".



KANZLER-STURZ WILLY BRANDT, OSTVERTRÄGE UND EIN FDP-POLITIKER NAMENS WILHELM HELMS IM RAMPENLICHT – AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE

Ein bis dato unbekannter Bauer aus dem niedersächsischen Bissenhausen wollte zu Beginn der siebziger Jahre deutsche Nachkriegs-Geschichte schreiben, gar Bundeskanzler Willy Brandt (1969-1974) stürzen – die auf Entspannung bedachte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition aus den Angeln hebeln – Wilhelm Helms, Mitglied des Deutschen Bundestages in der 6. Wahlperiode, erst in der FDP-, dann als Gast in der CDU/CSU-Fraktion. Damals in seiner ersten Amtszeit, konnte sich Willy Brandt (*1913+1992) im Bundestag nur auf die rechnerische Mehrheit von zwölf Stimmen stützen. Doch diese Majorität schmolz zusehends zusammen. Überläufer, Übertritte – ein Polit-Spektakel erhitzte seinerzeit vielerorts aufgebrachte Gemüter. Schon bei seiner ersten Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1969 hatte der SPD-Vorsitzende gerade mal zwei Stimmen mehr als notwendig bekommen. Schon ein Jahr später – 1970 – liefen drei FDP-Bundestagsabgeordnete zur CDU über.

Am 23. April 1972 erklärte sodann auch der FDP-Abgeordnete Wilhelm Helms in seiner „Stunde der Wahrheit" seinen Parteiaustritt; unter anderem mit der Begründung gegenüber dem Autor: „Irgendwas mache ich mal, dann komme ich schon groß heraus." Das Schicksal der ersten sozialliberalen Koalition stand auf dem Spiel. Landwirtschaftsminister Josef Ertl (*1925+2000) und Innenminister Hans-Dietrich Genscher eilten zu Wilhelm Helms nach Bremen. Der aber sagte stereotyp seinen prominenten Parteifreunden, er habe die Missachtung wie auch die Geringschätzung seiner Person in Bonn satt. Respekt wolle er, Anstand sei gefragt. Wenigstens einmal möchte er, der Bauer aus Bissenhausen, vom Fraktionschef der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel (*1924+2006) empfangen werden. Possenspiel eines Hinterbänklers – die Republik hielt in jenen Tagen den Atem an.

Frankfurter Rundschau vom 26. April 1972

Eigentlich wollte Wilhelm Helms, so steht es zumindest in seinem Termin-Kalender, am Montagabend für die bevorstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag einen Redetext ausarbeiten. Doch da sich die Bonner „Ereignisse derart überschlugen", und er sich zudem bei der Bundestags-Verwaltung „erst einmal informieren will, welche politischen Möglichkeiten einem fraktionslosen Abgeordneten bleiben", lässt der Ex-FDPler Helms Redetext und Sprechübungen sein. Er steht wetteifernden Journalisten nunmehr den dritten Tag atemlos Rede und Antwort – in eigener Sache versteht sich.

Dies geschieht nicht etwa in Bonn, sondern weitab vom Schuss in seinem heimatlichen Bissenhausen, einem Dorf in der Grafschaft Hoya, das ganze fünf Bauernhöfe umfasst – Weltpolitik auf dem Acker. In der Pose eines Staatsmannes, der sich auf seinen Landsitz zurückzog, im Bewusstsein eine für die deutsche Bevölkerung wichtige Entscheidung getroffen zu haben, lehnt Wilhelm Helms sich in seinen Klubsessel zurück und beginnt zu erzählen, dass er die Bonner Politik nur zu genau kennt, so als sei er auf einer Versammlung des Landvolks. Helms-

Erzählstunden. Wäre Helms nicht Helms, dann zöge er sich bis zur Abstimmung des von der CDU/CSU beantragten konstruktiven Misstrauensvotums am 27. April 1972 gegen Bundeskanzler Willy Brandt im Deutschen Bundestag zurück.

Nur der Landwirt aus Bissenhausen liebt Turbulenzen, ganz gewiss auch hektische Szenerien in diesen Stunden. – Helms-Stunden. Unverkennbare Momente eines verblichenen Hinterbänklers, der sich urplötzlich im gleißenden Rampenlicht knalliger Kontraste wähnt – als Aufmacher-Meldungen nahezu aller europäischen Fernsehstationen. Er genießt es geradezu, das im „Fall Brandt", wie er zu sagen pflegt, „an mir kein Weg vorbeiführt". Interview über Interview, ein Gespräch mit der FDP-Spitzen-Garnitur Hans-Dietrich Genscher und Josef Ertl (*1925+2000) eigens nach Bremen herbeigeeilt, mit denen er sich in „vielen Dingen einig weiß". Dann wieder ein Statement für die ARD. Und selbst der amerikanische Nachrichtensender CBS wartet schon in der Diele.

Große Politik-Entwürfe großer Worte huschen da übers Bauern-Gebälk. Heimvorteil, Stallgeruch. Auf die Frage, warum er solch ein Spektakel, solch ein Gedöns veranstalte, zumal er die ohnehin arg angespannte Situation um die Ostverträge weiterhin verschärfe, argumentiert Bauer Wilhelm Helms mit seinen Wählern, deren er sich im Sinne seiner Politik verpflichtet glaubt. Nur direkt hat er von den Bürgern in seinem Wahlkreis gar kein Mandat erhalten. Über die berühmte Landesliste der niedersächsische FDP – also über die Zweitstimme – zog er ins Parlament ein; zum politischen Überleben zu wenig, für ein Karriere-Ende noch zu viel - noch. Ganze 13,1 Prozent der Landsleute hatten in seinem Wahlkreis das Polit-Talent Wilhelm Helms erkannt. Dürre Zeiten.

Wilhelm Helms weiß, was die Stunde geschlagen hat, die er selbst einläutete. „Ich wittere das", sagt er knapp. Zwar will er „keine Weltpolitik dem eigentlichen Sinn nach betreiben"; er lässt aber unverhohlen wie überzeugt durchblicken, er habe immer einen „richtigen Riecher" für politische Entwicklungen und die sich daraus ergebenen Entscheidungen gehabt; eben ein „Gespür" dafür, Macht und Mandat zu sichern.

In der Tat: Zumindest einmal hat Wilhelm Helms das schon durchgezogen, was er als seine „richtige Intuition" ausgibt. Das war im Jahr 1962, als er das sinkende Schiff der am rechts-konservativen Rand agitierenden Deutschen Partei (DP) ganz plötzlich verließ. Seinerzeit war er fasziniert vom Gedanken, die „Erneuerung Deutschlands" voranzutreiben und diese junge Republik aus der „geistig-moralischen Krise" zu führen. Ob ehemalige Wehrmachts-Offiziere, Vertriebene aus Ostpreußen oder Schlesien – sie saßen allesamt einträchtig mit Wilhelm Helms einst auf seinem Acker. Die Restauration im Nachkriegs-Deutschland sammelte ihre gestrauchelten Väter. Männer, die aber nach ihren Taten von Mord, Tod, Demütigungen, Flucht und Hunger lediglich einen zentralen Gedanken vor sich hertrugen: Die Wiederherstellung ihrer Würde, Männlichkeit und somit der nationalen deutschen Identität. Genugtuung.

Damals fischte, buhlte eine auf nationale Gesinnung abgerichtete FDP um die Gunst des rechten Wählerrandes. Folglich hatte Überläufer Wilhelm Helms eigentlich nur die Etiketten ausgetauscht. Es war mehr oder minder eine Plakat-Erneuerung in der Grafschaft Hoya, die früher mal liberale Maximen zur vordringlichen Priorität erhob. Dabei ist Bauer Helms gar kein Mensch der „Konflikte liebt". „Nein", beteuert er da, „ich benötige den Zuspruch, ich brauche Harmonie, richtige Harmonie." Das sei ihm allemal wichtiger als „diese aufgemotzten intellektuellen Konflikte, die man sowieso nicht verarbeiten" kann. Das sei der eigentliche Grund dafür gewesen, warum er vor zehn Jahren nach seinem Austritt bei den Deutsch-Nationalen wieder die Konsequenzen zieht. Dieses Mal geht er allerdings auf eine „spektakuläre Weise" aus der FDP. Helms lächelt: „Ich habe dazu gelernt."

Ginge es tatsächlich ausschließlich um etwaige Meinungs-Konflikte oder gar um die viel herbei geredeten Gewissensnöte des Wilhelm Helms – nichts wäre undramatischer als das. Dem niedersächsischen FDP-Landeshauptausschuss versicherte er noch am 26. März 1972, er werde die Partei definitiv nicht verlassen und gleichzeitig nachhaltig für die Ostverträge eintreten. Am selben Tag hat er sich – begleitet von minutenlangen Ovationen – erneut zum FDP-Kreisvorsitzenden in Hoya wählen lassen. Hingegen: Keine vier Wochen waren ins Land vergangen, da schien für Politiker Wilhelm Helms derlei FDP-Bekenntnisse „der Schnee von gestern" zu sein.

Nach einer FDP-Veranstaltung des Kreisverbandes Harburg-Land am 20. April 1972 fasste er wetterfühlig den spontanen Beschluss, nunmehr die Liberalen – wie einst die Deutschen-Nationalen – zu verlassen. Neuerliche Gründe, gar aktuelle Vorkommnisse gab es wohl keine. Es sei denn, mangelnde Beachtung, mangelnde Ehrerbietung für den „Willem aus Bonn". „Tja", erinnert sich Günter Helmrich, seinerzeit FDP-Kreisvorsitzender in Buchholz in der Nordheide, „nach einer Partei-Veranstaltung haben die Zuhörer ihrem Referenten Helms vor dem Heimweg nicht anständig auf Wiedersehen gesagt, ihn nur ausgelacht, weil sie alle schein reichlich abgefüllt waren wie die Haubitzen." Land und Leute in einem Heide-Städtchen. Ernüchterung.

Immerhin drei Tage brauchte Wilhelm Helms, um sich zu berappeln, gar seinen Parteiaustritt zu bekräftigen. Gemeinsam mit seiner Frau formulierte er einen Telegramm-Satz. Da verlautbarte es, er müsse nunmehr die Konsequenzen ziehen, weil die „liberale Eigenständigkeit" der Freien Demokratischen Partei nicht mehr gewährleistet sei. Der Ostpolitik Brandt/Scheel stehe er allerdings nach wie vor positiv gegenüber. – Kater-Stunde. Jedenfalls könne von einem Monate langen Hin und Her, Ungewissheiten keine Rede mehr sein.

Fragt man Wilhelm Helms in diesen Zeiten des politischen Umbruchs danach, wo die „liberale Eigenständigkeit" der FDP nicht mehr gewährleistet sei, dann spricht der Abgeordnete schnell von einem „desolaten Haufen". Gemeint seien damit jene undurchsichtigen Partei-Apparate und insbesondere der ewig und ewig diskutierende FDP-Bundesvorstand mit seinen „Wichtigtuern". Berührungs-Phobien. Indes: alternative gesellschaftspolitische Thesen vermag der Landwirt nicht zu formulieren; schon gar nicht solche, die den Ruf nach liberaler Eigenständigkeit rechtfertigen. Auch das Freiburger Grundsatz-Programm – geschrieben von Karl-Hermann Flach (*1929+1973), Werner Maihofer (Bundesminister 1972-1978) und Walter Scheel (Bundespräsident 1974-1979) lehnt Wilhelm Helms kategorisch ab.

Die Freiburger Thesen, verabschiedet auf dem FDP-Parteitag vom 27. Oktober 1971, markierten einen reformorientierten „Sozialen Liberalismus" als Erneuerung der Partei. Danach sollte der Liberalismus in der Bundesrepublik sich nicht nur als Mehrheitsbeschaffer für Regierungen begreifen, sondern ganz im Sinne ihres Vordenkers Friedrich Naumann (*1860+1919) soziales Engagement, Freiheitsrechte eines jeden Bürgers ausbauen helfen.

„Programme", befindet Wilhelm Helms da, „die sind schon gut. Nur dieses komplizierte Zeug, das habe ich, das konnte ich auch nicht bis zu Ende durchlesen. Papierberge bleiben Papierhaufen. Das hat auch mit Realpolitik wenig zu tun."

„Aber, warum nur, Herr Helms, sind Sie so stur, ja ignorant, wenig aufgeschlossen, wenn es um neue Denkansätze geht", frage ich. Stille, Achselzucken, Verlegenheit. Er weicht lieber aus, redet lieber von lokalen Ereignissen in seiner Grafschaft Hoya – von einer notwendigen „politischen Zusammenarbeit, die in Fleisch und Blut übergehen" müsse.

Wäre es nach ihm gegangen, dann hätte die FDP-Bundestagsfraktion „die Staatsmänner um Willy Brandt (*1913+1992) kaltgestellt." Und im Übrigen sei es die Schuld der Partei-

Ideologen, dass sich „die sozialliberale Koalition bis auf die Knochen blamiere“. Was den SPD-Politiker Herbert Wehner (*1906+1990) angelangt, so nennt ihn sein Bundestags-Kollege schlicht “hirnrissig“. – Aus deutschen Landen frisch auf den Kabinettstisch.

So aufbrausend geht es zu, wenn „Willem“, wie er von Freunden gehätschelt wird, mal in Bonn und anderswo kurz dazwischentritt. Verständlich, dass er sodann die ganze Bundesrepublik als ein „Trauerspiel“ begreift. Er sei ja nach Bonn gekommen, um mitzudenken, mitzumachen, politische Gedanken in die Tat umzusetzen. Anträge habe er geschrieben. Sie landeten über kurz oder lang in Papierkörben. Immer wieder habe er sich zu Wort gemeldet, Diskussionsbeiträge zu diesem oder jenem Fragenkomplex hinzugefügt. Im Grunde habe er seine Aufgabe als Parlamentarier viel zu ernst, viel zu wörtlich genommen. – Wilhelm Helms: „Ein mildes Lächeln war oft die Reaktion. Dieses Grinsen ist es ja, was mich zur Weißglut treibt.“

Als sich am Rande einer Tagung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach FDP-Politiker über die personelle Zusammensetzung der Landeslisten für die Bundestagswahl 1973 unterhielten, tauchte der Name Wilhelm Helms nirgendwo mehr auf. – Kurzum aussortiert. Helms drohte intern erregt. „Irgendwann mache ich mal was, dann komme ich ganz groß raus.“ Schließlich sei er über Jahrzehnte in seiner Grafschaft eine „überragende politische Persönlichkeit“ gewesen – und dann solch ein jämmerlicher Abgesang in Bonn? Verärgert, verletzt, verstört zog Wilhelm Helms seine Konsequenzen, weil er doch weiter in der Bundesrepublik Deutschland „mitmischen“ will. Nun zieht es ihn zur Christlichen Union. Daraus macht er keinen Hehl mehr.

Einmal von Rainer Barzel (*1924+2006), dem allgegenwärtigen Fraktionschef, empfangen zu werden – „das wäre schon eine Sache“, mutmaßt er. Auf künftige Abstimmungen im Bundestag eingehend, konstatiert er: „Wenn ich nicht gegen den Kanzler Brandt stimme, verlasse ich einen Teil meiner politischen Position.“ Vabanque-Spiel.

Der „Landwirt zu Bissenhausen“ machte in diesen politisch angespannten Tagen nach dem Text eines Protestliedes von sich reden: „Irgendwas mach‘ ich mal, dann komme ich ganz groß heraus.“ Doch nach dem 4. Mai 1972 wird man nicht einmal mehr im Foyer oder in der Bar des Bundestages über den Politiker Wilhelm Helms ein Wort verlieren. Vor der Diskussion um die Ostverträge und seinen spektakulären Austritt aus der FDP was das ja auch nicht der Fall.

Postscriptum . – Willy Brandt siegt über Wilhelm Helms – 18 Jahre nach dem gescheiterten Misstrauensvotum hat der damalige SPD-Kanzler Willy Brandt einen späten Sieg über den Ex-FDP-Abgeordneten Wilhelm Helms errungen. Helms, Landwirt in Bissenhausen, hatte sich vor dem Münchner Landgericht gegen eine Passage in Brands Memoiren gewehrt, wonach der Liberale dem sozialliberalen Kanzler im Vieraugengespräch „mit Tränen in den Augen“ gestanden habe, er werde „wegen des Hofes“ mit der CDU-Opposition gegen Brandt stimmen. Auch das Münchner Oberlandesgericht (OLG) gab jetzt dem SPD-Ehrenvorsitzenden recht. Brandt habe „glaubhaft gemacht“, dass seine Schilderung zutreffend sei, nicht jedoch die Darlegung von Helms. Die Richter zeigten sich besonders von Aussagen des damaligen FDP-Chefs Walter Scheel und des FDP-Abgeordneten Kurt Spitzmüller sowie der Sozialdemokraten Egon Bahr und Karl Wienand beeindruckt. Dazu gehörter Bericht, Helms habe „finanzielle Probleme mit seinem Hof“ gehabt. Eine von Helms vorgelegte Bankbestätigung habe dagegen „keine näheren Daten zur wirtschaftlichen Situation im Jahre 1972“ erbracht. Auch sei, so das OLG, nach dem versuchten Sturz einer Regierung das „zeitgeschichtliche Interesse der Allgemeinheit“ an der Information höher zu bewerten als „das persönliche Integritätsinteresse“ eines einzelnen.

Quelle: Spiegel vom 06.08.1990 – 32/90.

KIRCHE IM NATIONALSOZIALISMUS: ENTZAUBERUNG EINER LEGENDE. EIN DENKMAL WANKT - "DER KRIEG ALS GEISTIGE LEISTUNG" - BISCHOF HANNS LILJE (*1899+1977)

Die Kirchen in Deutschland waren tief in die Nazi-Diktatur verstrickt. Nur wenige Christen fanden Courage zu widerstehen. Zu ihnen soll Hanns Lilje (*1899 +1977), Hannovers Protestanten-Bischof, gezählt haben; ein emphatischer "Prediger des inneren Widerstands", als "kühnster Sprecher der Bekennenden Kirche" gegen Hitler-Deutschland hieß es landauf, landab in all den Jahren. Tatsächlich war Hanns Lilje im Nachkriegs-Deutschland eine der wenigen weltgewandten Persönlichkeiten des Protestantismus im 20. Jahrhundert. Ein Theologe, an dem sich viele aufrichteten, Orientierung suchten, ein Märtyrer. Letzte Forschungen belegen zweifelsfrei, Liljes Opposition gegen die Nazis ist Legende - zwischen wohldosierter Dichtung und unterdrückter Wahrheit. Wie konnten derlei Verklärungen über all die Jahrzehnte funktionieren? Propaganda-Tricks , Vertuschungen ? Begegnung mit einem Mitläufer. Zeitgeschichte.

Zur Erinnerung: Hanns Lilje war elffacher Ehrendoktor, Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie der Niedersächsischen Landesmedaille. Er ist Namensgeber der 1989 gegründeten synodalen Hanns-Lilje-Stiftung. Lilje starb im Alter von 78 Jahren. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Klosterfriedhof in Loccum.

Frankfurter Rundschau 28. April 1972

In der Meraner Straße im hannoverschen Waldhausen verbringt Landesbischof a.D. Johannes Ernst Richard - genannt Hanns - Lilje seinen Lebensabend. "Ein Christ im Welthorizont", wie Lilje oft genannt wurde, der "allzeit das Ohr am Boden gehabt und das Grollen sich ankündigender Bewegung im voraus vernommen" hat, so charakterisierte ihn die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ich habe mich auf mein Gespräch mit Hanns D. Lilje intensiv vorbereitet, Fragen notiert. Ich wusste um seine geschliffene Sprache, um seine wortgewaltige Argumentationsweise - eine vielleicht vordergründige Prägnanz, die aber gleichwohl unliebsame Ereignisse, Erinnerungen vom Tisch zu fegen verstehen. Nun, an seinem Lebensabend, hatte Hanns Lilje die Gelassenheit gefunden, fernab von der aktuellen Kirchenpolitik, Bilanz zu ziehen, eine Art Lebensresümee aufzuzeichnen – seine Memoiren zu schreiben.

Hanns Lilje war seit 1947 kein Landesbischof im herkömmlichen Sinne. Als Prediger und Journalist (Urbegründer des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes 1948-2000), als Theologe und Seelsorger, als Kirchenführer und Schriftsteller versuchte er nicht nur, wie er es nannte, "Brücken zu schlagen". Das jedenfalls schrieb der Evangelische Pressedienst 1969 zu seinem 70. Geburtstag. Hanns Lilje war, wie er selbst von sich sagt, in all den politischen Zeiten der Irrungen und Wirrungen ein "politischer Pragmatiker", der keinen Weg betrat, "von dem ich nicht wusste, dass ich ihn nicht zu Ende gehen kann". Diese Maxime bestimmte seine Kirchenpolitik, sei es als

Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (1927-1935) oder auch als Präsident des Lutherischen Weltbundes, der er von 1952 bis 1957 war.

Ein Schlüsselerlebnis, das Lilje zur Theologie führte, gab es nicht. Ursprünglich wollte er Verkündiger sein, "um mein Leben an eine ernsthafte große Aufgabe dieser Art zu verwenden". Doch schon 1927 - sechs Jahre vor Hitlers Machtergreifung - begann für ihn als Generalsekretär der Deutschen Christlichen Vereinigung der steile Aufstieg in die Hierarchie der Kirchenpolitik, von der er sich bis zu seiner Pension nicht mehr losreißen konnte - und auch wollte. Folglich begründete Lilje im Jahr 1933 die "Jungreformatorische Bewegung" mit und sagte zur NS-Machtübergabe ein "freudiges Ja". - Kirchen-Karriere.

Als Generalsekretär und später als Vizepräsident dieser Organisation will er "das Handwerk gelernt haben, um überhaupt in der geistigen Diskussion dieser Zeit drin sein zu können". Tagungen, Vortragsveranstaltungen und zeitweilig literarische Aufträge haben ihn "in das Licht der Öffentlichkeit gerückt". Und obwohl er "kein dramatischer Mensch war und auch nicht unbedingt provozierende Dinge gedacht und gesagt hat" (Lilje) schrieb er nach dem misslungenen Attentat auf Hitler am 8. November 1939 in der Zeitschrift "Furche": "Dass durch solche Anschläge der Siegeswille des nationalsozialistischen Deutschland nicht gelähmt werden darf, bedarf keines Wortes." Liljes Kirchen-Wort zu einer Zeit, als in Hitler-Deutschland längst Bücher und Synagogen brannten und der Angriffskrieg begonnen hatte.

Zwar gehörte Hanns Lilje zur Bekennenden Kirche um Dietrich Bonhoeffer (*1906+9.April 1945 im KZ Flossenburg ermordet) und Martin Niemöller (*1892+1984 - seit 1937 Häftling im KZ Sachsenhausen), doch ein Widerstandskämpfer war der rhetorisch wetterfeste Bischof im schwarzen Talar mitnichten. Ganz im Gegenteil. Weil Hanns Lilje vielleicht "kein dramatischer Mensch" war, schrieb er 1941 in den Furche-Schriften, einen Aufsatz "Der Krieg als geistige Leistung", um, wie er sich heute rechtfertigt, "den Menschen, die in die Maschinerie des Krieges hineingeraten sind, zu helfen, ihre geistige Existenz wahren zu können".

So steht dort geschrieben: "Für Luther ist der Krieg 'Gottes Werk' - in demselben Sinne, in dem Größe und Grauen der Geschichte Gottes Werk heißen und in dem alle Geschichte gleicherweise Zeichen seiner Gnade wie seines Zornes ist ..." - Verständlich, dass Gott im Dienst "nationaler deutscher Belange" steht. Lilje im Originalton: "Es muss nicht nur auf den Koppelschlössern der Soldaten, sondern in Herz und Gewissen stehen: Mit Gott!" - Gott als Legitimation der Nazi-Barbarei; Hanns Lilje sein Chefinterpret: "Soldaten sind Männer, die jetzt wieder den grauen Rock der Ehre tragen."

Lilje Nachkriegsleben mit neu zurechtgerückten Collagen begann schon zwei Jahre nach dem Zusammenbruch am 8. Mai 1945. Da lobte ihn der "Internationale Biografische Dienst" als einen vom Volksgerichtshof Verurteilten, der die "eisernen Fenstergitter und Türen des berüchtigten Gefängnisses von Moabit mit seinem ungebrochenen Geist gesprengt habe, längst ehe nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Berlin die Zeiten sich öffneten".

Im selben Jahr, im Frühjahr 1947, stellte die viel beachtete britische Zeitung British Zone Review, dem wichtigsten Presseorgan des Kontrollrats, Lilje als einen "mutigen Deutschen" dar, der in Gestapo-Haft kam (1944 bis 1945), weil er in das Komplott des deutschen Widerstands vom 20. Juli verstrickt gewesen sei. Naheliegend, dass dieser Lilje in einem Atemzug mit den Widerstandskämpfern Theodor Steltzer (*1885+1967), Fabian von Schlabrendorff (*1907+1980), Helmuth Graf von Moltke (*1907+23. Januar 1945 gehängt im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee) und Eugen Gerstenmaier (*1906+1986; als Mitglied des Kreisauer Kreises am 20. Juli 1944

verhaftet) genannt wurde. Beinahe so, als sei Hanns Lilje einer der wenigen, der den Nazi-Schergen noch entronnen sei. Lilje als Märtyrer. Karriere-Bausteine. Blanko ausgestellte Persilscheine, die dem Kirchenmann nicht nur hohe Reputation sicherten, sondern gleichfalls zu einer der ersten von den Briten genehmigten Zeitungslizenzen verhalfen - das "Sonntagsblatt", welches er herausgab.

In Wahrheit hatte sich Hanns Lilje nicht gegen die Nazis gestellt. Auch war er nicht - wie immer wieder in Umlauf gesetzt - zum Tode, sondern zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Letztlich war der Prozess am Volksgerichtshof unter dem Vorsitzenden Roland Freisler (*1893+1945) gegen den Kirchenmann wegen seiner zahlreichen Auslandskontakten ("Landesverrat") inszeniert worden - und nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Widerstandsgruppe gegen Hitler, gar zu den Männern des 20. Juli 1944. -Aufklärung.

Junge Theologen um den Göttinger Pastoren Hartwig Hohnsbein fertigten zum 70. Geburtstag des Landesbischofs einen Raubdruck über sein Nazi-Mitläufertum an. Sie ließen ihm - als "Festschrift deklariert" - ein Exemplar zukommen. Danach war es Hanns Lilje, der den Anführer des zivilen Widerstands, Carl Goerdeler (*1984+1945), nationalkonservativer Oberbürgermeister von Leipzig, jede bittende Hilfe bei seiner geplanten Flucht ins Ausland - als letzte Rettung - verweigerte. Er, Goerdeler, so Liljes Maßgabe, solle doch lieber nach Leipzig zurückkehren Carl Coerdeler wurde 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Pastor Hartwig Hohnsbeins Befund: "Lilje war verlässlicher Parteigänger für die NS-Machthaber, bis er, sehr zufällig, selbst in das Räderwerk ihrer brutalen Unrechtsordnung kam."

Es waren junge Theologen und in der Kirche aktive Christen, die ihren Landesbischof nach seiner Vergangenheit im Nationalsozialismus fragten. Viele junge Menschen fragten in den sechziger Jahren ihre Väter. Es war die Zeit der ersten schüchternen Aufarbeitung des Unvorstellbaren - die Massenmordes im Namen der Deutschen. Es war die Zeit, des Publizisten Eugen Kogon (*1903+1987) mit seinem Standardwerk über den "SS-Staat". Es waren die Jahre des Psychoanalytikers Alexander Mitscherlich (*1908+1982) mit seiner deutschen Zustandsbeschreibung "Die vaterlose Gesellschaft" oder "Die Unfähigkeit zu trauern". Es waren aber nicht die Jahre, Aufklärungsjahre, Trauerjahre des Landesbischofs im Namen der Christen. Denk- und Diskussionsverbot. Hanns Lilje beschied lapidar: "Ich habe keinen Anlass, diese Kritik ernst zu nehmen, weil sie Ausschnitte aus einer geplanten Antipropaganda gegen die Kirche sind, deren Ursprung höchstwahrscheinlich in der DDR zu suchen ist." Ende der Durchsage. Kein Pastor wagte aufzumucken, Kritiker versteckten sich.

Zwei Jahre nach Kriegsende wurde Hanns Lilje, inzwischen zum Oberkirchenrat avanciert, von der hannoverschen Landessynode zum Landesbischof gewählt. Er trat damit die Nachfolge des NSDAP-Parteigängers und Antisemiten Bischof August Marahrens (*1875+1950) an, dem er zuvor des Öfteren in der Kirchenpolitik begegnet ist: insbesondere um 1935, als August Marahrens Präsident des Lutherischen Weltkonvents war und Lilje als Generalsekretär fungierte. Von der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen, dass mit der Amtsübergabe Marahens/Lilje eine unscheinbare, innere Kontinuität gewahrt wurde.

Im Klartext: Hitler-Befürworter von einst gaben sich im neuen Gewande den Tresorschlüssel in die Hand. Nach draußen hin sollte die Ablösung Marahrens durch Lilje die Landessynode offensichtlich demonstrativ einen Schlussstrich unter die nationalsozialistischen Geschehnisse signalisieren; aber nur fürs Kirchenpublikum. Denn intern in vielen Pastorenstuben waren beklemmende Erinnerungen an die Marahens-Ära noch zu frisch, lebte auch das kirchliche Amtsblatt der Landeskirche zu Hannover vom 21. Juli 1944 in so manchen Seelsorger-Köpfen fort. Ein Amtsblatt der Zeitgeschichte, in dem August Marahrens "als Dank für die gnädige Errettung

des Führers für den darauffolgenden Sonntag folgendes Gebet anordnete: "Heiliger barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, dass Du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn ..."

Die Zeichen in der Nachkriegsgeschichte der evangelischen Kirche standen auf Sturm. So heißt es in der "Stimme", einer Zeitschrift um den früheren KZ-Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen und Widerstandskämpfer Martin Niemöller (*1892+1984): "Im Unterschied zur Gruppe der deutschen Christen konnte die lutherische antisozialistische Fraktion ihre Machtposition in den Landeskirchen und in der EKD auch nach 1945 behaupten, und sie setzte in den entscheidenden Jahren 1945 bis 1949 alles daran, eine kirchliche und gesellschaftliche Neuordnung zu verhindern."

Das Hauptaugenmerk dieses gesellschaftlichen Kirchen-Kampfes um Erneuerung oder Bewahrung bei den Protestanten richtete seinen Blickwinkel auf zwei Protestantenführer jener Jahre - eben Hanns Lilje als Mann der westdeutschen Restauration - und Martin Niemöller, Repräsentant des Neubeginns, Vertreter der Aufarbeitung auch des Unrechts, das im Namen der evangelischen Kirche geschehen ist. Er schrieb in diesen Jahren einen Vers, der wohl kaum besser das allseits lähmende, erstickende Klima reflektiert:

"*Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war kein Kommunist.*
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie die Sozialisten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialist.
Als sie die Juden einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

Doch einen gab es dann noch noch - der aber protestierte nicht: Hanns Lilje. Ganz im Gegenteil: Vier Jahre nach dem Nazi-Gräuel forderte der Bischof einen Schlussstrich zu ziehen, eine "Liquidation der Vergangenheit". Er war ein Exponent der anti-sozialistischen Lutheraner nach 1945. Und Hanns Lilje bekannte sich im Frühjahr 1971 erstmalig im Rückblick auf seine Amtszeit als Landesbischof ganz offen zur Wiederherstellung alter Verhältnisse, zur Wiedereinsetzung aller Figuren in ihren Ämtern - zur Restauration.

Vor der hannoverschen Synode sagte er: "Wir haben in der Tat wiederhergestellt. Und ich darf, ehe dieses Wort der Restauration wieder absinkt in den Streit der Schlagworte, sagen: Genau das war unsere Pflicht." War es auch seine Pflicht, sich für verurteilte NS-Täter einzusetzen; darunter Massenmörder wie Paul Blobel (+1894+1951; u.a. Führer des Sonderkommandos 4a, das 60.000 Menschen, darunter 30.000 Juden am 29. und 30. September 1941 bei Kiew ermordete und Franz Six (*1909+1975; SS-Brigadeführer - Generalmajor - verantwortlich für Logistik der Judenverfolgung)?

Hatte Hanns Lilje noch 1945 zusammen mit Martin Niemöller und Gustav Heinemann (*1899+1976; Bundespräsident 1969-1974) das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" unterschrieben, so trennten sich die Wege beider Theologen in den fünfziger Jahren. Schon 1947 war Martin Niemöller in der Synode äußerst umstritten, galt als "linksverdächtig". So steht in einem Urantrag geschrieben: Sie (Synode) steht auf dem Standpunkt, dass Herr Niemöller als Leiter des Außenamtes der evangelischen Kirche untragbar ist." Aus den Synodalprotokollen geht hervor, dass Niemöller für den ehemaligen deutschnationalen niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege (*1906 +1991; Ministerpräsident des Landes Niedersachsen 1955-1959) ein Dorn im Auge war. Grund der Auseinandersetzung: Martin Niemöller suchte vergeblich in Zeiten

des "Kalten Krieges" eine "positive Klärung" der Westdeutschen zu ihren östlichen Nachbarn. Antikommunisten Hellwege vor der Synode: "Solche Parolen sind gefährlich, weil sie den Widerstandswillen des deutschen Volkes gegen die östliche Bedrohung schwächen, und weil sie damit der ernstlichen Bemühung der Bundesregierung und unser aller geistiges Bollwerk in den Rücken fallen." - Kirchenpolitik.

Ihren Höhepunkt fand heftigst die Auseinandersetzung in der Diskussion um Wiederaufrüstung, Gründung der Bundeswehr im Jahre 1956. Wieder sollten Pastoren Panzer und Soldaten, diesmal in ihrer Habtachtstellung gegenüber dem Kommunismus, Pate stehen, Beistand leisten, Gottvertrauen zusprechen. Es war Kanzler Konrad Adenauer (*1876+1967), der die Pastoren - neun Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg - mit seinem Militärseelsorge-Vertrag wieder in die Kasernen rief. Es waren Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer (*1908+1993), die eine abermalige Bindung ihrer Kirche an Panzern mit ihren Pastoren strikt ablehnten. Hanns Lilje hingegen engagierte sich mit seinem Kollegen Otto Dibelius (*1880+1967) fürs Engagement schwarzer Talare auf Kasernen-Höfen; nach dem Motto: Gotteswort überall.

Bezeichnenderweise steht nichts über derlei gravierende Richtungskämpfe in offiziellen Kirchen-Verlautbarungen. Lediglich das "Jahrbuch für kritische Aufklärung" vermerkt: "Der Protest meldete sich auf der außerordentlichen Synode der EKD zu Wort, die auf Wunsch der Kirchen in der DDR wie von westdeutscher Seite wegen der Verbreitung der allgemeinen Wehrpflicht und des Militärseelsorgevertrages einberufen wurde. In einem am 29. Juli 1956 angenommenen Ausschuss-Resolution heißt es: 'Der Rat der EKD hat beschlossen, endgültige Maßnahmen zur Ordnung der Militärseelsorge nicht zu treffen ...' Der Beschluss sollte 'beachtet' und 'keine Tatsachen geschaffen werden, die die EKD zu dieser Sache binden'. Sandkasten-Demokratie,

Indes: Unter 'bewusster Missachtung' (Helmut Gollwitzer) dieses Synodalbeschlusses unterzeichnete der Ratsvorsitzende der DKD, Bischof Otto Dibelius sowie der Leiter der Kirchenkanzlei Heinz Brunotte (*1896+1984) den Militärseelsorgevertrag am 23. März 1957 in Bonn. Erster Militärbischof wurde Hermann Kunst (1957-1972; *1907+1999). Er war auch ohne Befragen der Synodalen kurzerhand ernannt worden. Hanns Lilje war jedenfalls ohne Wenn und Aber auf der Seite von Armee und Pastoren in Uniform zu finden. Er befand: "Es war schon immer Unsinn, wenn man meint, dass die Militärseelsorge die Waffen segnen soll."

Der Konflikt zwischen beiden Flügeln in der evangelischen Kirche hatte zumindest Mitte der fünfziger Jahre ein solches Ausmaß erreicht, dass sich auch der damalige US-Außenminister John Forster Dulles (*1988+1959; US-Außenminister 1953-1959) für derlei Diadochen-Kämpfe in Sachen Jesus in Deutschland interessierte. Aus den Adenauer-Memoiren geht hervor: "Botschafter Krekeler habe John Forster Dullas sagen müssen, dass leider in der protestantischen Kirche neben den Persönlichkeiten von so klarer Haltung wie den Bischöfen Dibelius und Lilje sowie den Laien von Thadden-Trieglaff noch eine ganze Reihe von Geistlichen durchaus keine realistische Einstellung zum Problem des Kommunismus hätte."

Hanns Lilje will sich in all den verirrten und verwirrenden Epochen treu geblieben sein. Der "politische Pragmatismus", so sagt er, war der "einzige Weg, der uns ein Überleben sicherte". Und wenn er während seiner Amtszeit Fehler gemacht, Fehleinschätzung vorgenommen habe, dann sind sie darin zu suchen, "dass ich mir nicht immer so viel zugetraut habe, wie manche Situationen es von mir abverlangt hätten"; den Weg des geringsten Widerstands gegangen zu sein. Nach einer kurzen Pause fährt er fort: "Ich habe versucht, behutsam zu sein, um die Situation nicht noch weiter zu verschärfen." Kirchen-und Gesellschaftspolitik gehören für Hanns Lilje "organisch zusammen".

FREIHEIT – DIE SICH MEINEN - DER MANN, DER ZEITUNGEN STERBEN LIESS

In der bundesdeutschen Nachkriegs-Gesellschaft Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wollte Bundeskanzler Willy Brandt (1969-1974) "mehr Demokratie" wagen. Pressefreiheit - innere wie äußere -zählte zum Identitätskern einer rebellierenden APO-Jugend, vornehmlich gegen den Springer-Konzern mit seinem Massenblatt "Bild".

Nur im sozialdemokratischen Parteiapparat nahm man vom sogenannten "Demokratie-Protest" draußen auf der Straße kaum Notiz. Dort herrschte Kadavergehorsam, Zensur, Parteilinie, wenn es um die SPD-eigenen Zeitungen ging. Wer nicht spurte, flog oder mit dem Rausschmiss wurde sogleich die ganze Zeitung dichtgemacht - wegen Misserfolgs, Hauptsache das Partei-Profil stimmt.

Der Mann, der Zeitungen sterben ließ, und einen Teil der westdeutschen Pressekonzentration zu verantworten hatte, hieß Alfred Nau (*21. 11. 19o6+18. 5. 1983). Er war Schatzmeister oder auch Kassenführer einer Partei, die insgeheim mit Boulevard-Macharten von Springers "Bild"-Zeitung liebäugelte und ihre Manager inständig hofierte. Versteckte Rollenspiele, verzerrte Lebensprofile -Rückblicke. Zeitgeschichte

Frankfurter Rundschau 02. November 1971 stern, Hamburg 10. August 1972

Er kleidet seine Pförtner in grün-weiße Trikots und formuliert höchst persönlich Werbetexte fürs eigene SPD-Blatt: etwa "Der Mief ist weg". In den Rotationshallen der "Neuen Hannoverschen Presse" (Auflage 91.000) reichte Zeitungsmacher Peter Krohn werbewirksam einbestellten Rentnern Kaffee wie Kuchen. Im Hochzeitstaxi ließ er Jungvermählte zur Kirche chauffieren -posierte mit Pärchen und Pastoren vorm Kirchenportal. Er kaufte erlesene Möbel fürs Haus, lässt seine Zeitung des Nachts wie die traditionelle Marktkirche illuminieren. Keine Frage, ob Feuerwerk-Spektakel, Beatveranstaltungen, Leserparlamenten und einem in den Traditionsfarben von Hannover 96 getünchten Verlagshaus - das sind die kernigen "Marketing-Elemente", mit denen ein früherer Manager im Axel-Springer-Verlag "den Geruch des Parteiblattes" vertreiben, Parteibuch-Journalisten den Garaus machen will. Die einst biedere SPD-Zeitung rutscht von einem Extrem ins andere - nunmehr ohne Gesinnung, aber mit viel Spektakel oder x-beliebigen Boulevard knüppeldicker Schlagzeilen.

Seit einem halben Jahr ist Peter Krohn (Haus-Jargon. "Dr. Peter Kroenisch"; in Anlehnung an den "Bild"-Zeitungs Chefredakteur Peter Boenisch; *1927 +2005) dabei, von einem Extremen in das andere zu rotieren - aus einem biederen SPD-Ja-Sager-Blatt ein verkitschtes, entpolitisiertes Familienblatt zu zaubern - unter SPD-Regie. Seit die neuen Fahnen auf dem Dach des Verlagshauses wehen, haben sich Redakteure, Reporter und Fotografen in ihre Schützengräben verkrochen. Angst um Arbeitsplätze treibt sie umher, Courage, gar Demokratie sind Fremdbegriffe aus einer fremden Zeit - und das in Jahren des SPD-Aufbruchs.

Das einst hart umkämpfte Redaktionsstatut, das die Unabhängigkeit der Journalisten vor Partei-Direktiven sichern sollte, ist ganz in Vergessenheit geraten. Gefragt sind nicht etwa Pressefreiheit, Meinungsvielfalt, Informationsdichte, sondern ausschließlich ein betriebswirtschaftlich ausgetüfteltes "Gesamtmarketing-Konzept". Eben ein Plan, mit dem sich über Anzeigen, Werbung samt Vertrieb Geld verdienen lässt; viel Geld. Da werden halt Artikel im

redaktionellen Teil für solvente Kunden geschrieben. - PR-Freiheit in einer schönen SPD-Welt, die sich noch Zeitung nennen darf - noch.

Etwa ein Dutzend Redakteure hat sich inzwischen nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen müssen. Der zweite Schub von Entlassungen soll in absehbarer Zeit möglichst unauffällig folgen. Jedenfalls ist der Anfang schon gemacht - eingebettet in die Krohn'sche Philosophie - immer nur lächeln, "wenn ich hinlange"... Ganz klar für Peter Krohn, den die Sozialdemokratie mit diesem Posten betraute, gilt nicht Quantität, sondern ausschließlich die Qualität, die sich in breit angelegten Boulevard-Geschichten niederzuschlagen hat. "Wir müssen aus der Redaktion die Luft herauslassen", ist die Meinung des Verlagsleiters zu den plötzlichen Rausschmissen.

Redakteure, Redakteurinnen hingingen sind arg verunsichert, weil keiner so recht weiß, wer und wann als nächster auf der Straße steht. Seltsam, sie schweigen und ängstigen sich bei einer Zeitung, die der SPD gehört. "Von Mitbestimmung kann hier keine Rede mehr sein", wagt sich Redaktionsvolontär Dirk Busche aus der Deckung.

Ein halbes Dutzend Berufsjournalisten wollten nicht mit dem allgegenwärtigen Krohn'schen Damoklesschwert etwaige Rausschmisse erleben und kündigten. "Das kommt davon, wenn man Journalisten wie den letzten Dreck behandelt", erregt sich der Landesvorsitzende der Deutschen Journalisten-Union Peter Leger (*1924+1991). Der Karikaturist, seit 22 Jahren für das SPD-Blatt tätig, wechselte mit Jahresbeginn zur gutbürgerlichen "Hannoverschen Allgemeinen" (Auflage: 227.000).

Ein weiterer, der stellvertretende Chefredakteur Konradjoachim Schaub, im Alter von 62 Jahren, soll als nächster gefeuert werden. Schaub selbst bestreitet aus Angst vor Repressalien seine Kündigung. Doch für den Journalistenverband (DJV) sehen die Fakten anders aus. Sein Vorsitzender, Hans-Günther Metzger, erhärtet: "Seit einigen Tagen liegt uns eine Kopie des Kündigungsschreibens der 'Neuen Hannoverschen Presse' an Herrn Schaub vor. Er hat uns beauftragt, dagegen juristisch vorzugehen“.

Auch in der Sozialdemokratie ist mittlerweile das Unbehagen an dieser "Politik der Rausschmisse" gewachsen. In der Landeshauptstadt wird die Kritik am deutlichsten artikuliert. Ganz nach dem Motto, "was sollen wir mit diesem auf Harmonie getrimmten Familien-Boulevard. Wir bestellen dann lieber die eher konservative 'Hannoversche Allgemeine'." Sie böte uns mehr Informationen als unsere abgewirtschaftete Partei-Presse. Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Günter Wichert (1969-1974) zeigte sich weniger erschüttert: "Ich habe die Entwicklung kommen sehen und die zuständigen Parteigremien deutlich gewarnt. Leider ohne Erfolg."

Insgesamt fünf Redakteure, darunter ein Ressortleiter, haben mittlerweile von sich aus Konsequenzen gezogen. Sie werden sich in naher Zukunft für Konkurrenzblätter engagieren. Doch an Nachfolgern wird es beim "Krohn"-Blatt kaum mangeln. Hermann Ahrens, zuvor Redaktionsleiter der "Bild"-Zeitung in Bremen, hat just zu diesem Zeitpunkt seinen Job in der einst traditionsreichen Zeitung der Sozialdemokratie angetreten.

Aber es sind immer neue Gerüchte, die fortwährend unvermutet Nahrung suchen. Der Branchendienst "text intern" prophezeit gar die Einstellung weiterer SPD-Zeitungen - trotz aller hastig vorgetragenen Dementis: der "Neuen Hannoverschen" und der in Dortmund erscheinenden "Westfälischen Rundschau". Natürlich widersprechen die SPD-Verlage. Was bleibt ihnen auch anderes übrig? Nur die Kritik an SPD-Schatzmeister Alfred Nau wächst. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (*1912+1992) über Nau: "Er denkt immer an das Wohl

der Partei. Die SPD wäre mit ihrer Pressepolitik besser gefahren, wenn Nau einmal an etwas anderes gedacht hätte."

Nau nennt sich bescheiden "Partei-Kassierer". Doch Eingeweihten gilt er als der mächtigste Mann in der SPD. Seit 26 Jahren verwaltet Alfred Nau in der Bonner "Baracke" unangefochten die Millionen, die in die Parteikasse fließen. Er ist die Symbolfigur des treuen Funktionärs, ein Mann der ersten Stunde nach 1945, der sich "für die Partei in Stücke reißen lassen" würde, wie Willy Brandt schrieb.

Manager Nau steuert das viertgrößte Presseunternehmen in der Bundesrepublik, die "Konzentrations GmbH" mit einem Jahresumsatz von zuletzt 509 Millionen Mark. Er kontrolliert Zeitungsverlage, die täglich nahezu 700.000 Exemplare auf den Markt bringen. Er ist für 10.000 Arbeitsplätze verantwortlich. - Der Schatzmeister, Manager und Verleger ist außerhalb der Parteizentrale kaum bekannt. Nau tritt nicht ins Rampenlicht, Ministerämter haben ihn nie gereizt. Er ist die "graue Eminenz" in der Bonner Baracke, wortkarg, zurückhaltend, sich aber immer seiner Schlüsselposition bewusst.

Alfred Nau, 65, seit 50 Jahren SPD-Mann, verteidigt entschlossen sein Machtmonopol im Parteiapparat. Er vereitelte, dass der frühere Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski (*1922+2005) einen eigenen Verfügungsetat erhielt und so selbstständig Mitarbeiter hätte engagieren können. Als "Ben Wisch" daraufhin 1971 seine direkte Wahl durch den Bundesparteitag anstrebte, um seine Position zu stärken, brachte Nau genügend Stimmen dagegen zusammen. Der Antrag erhielt nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Resigniert nahm "Ben Wisch" seinen Hut.

Zu Naus 65. Geburtstag schrieb Parteichef Willy Brandt (1964-1987): "Er genoss und genießt das Vertrauen, Treuhändler von Hunderttausenden zu sein. Gerade dies begründet auch seine besondere Stellung im Parteivorstand und im Präsidium." - Ein dreiviertel Jahr später aber ist der "Treuhänder von Hunderttausenden" mit seiner Pressepolitik ins Zwielicht geraten. Immer mehr sozialdemokratische Zeitungen sind zum Sterben verurteilt. Kaum waren die Berliner Tageszeitungen "Telegraf" (1946-1972) und "Nachtdepesche" eingestellt und 230 Mitarbeiter gekündigt, meldet der Branchendienst "text intern" Gerüchte über das bevorstehende Ende der "Neuen Hannoverschen" und der in Dortmund erscheinenden "Westfälischen Rundschau". Ende September 1972 muss die parteieigene "Kieler Druckerei" schließen. SPD-Druckereien in Köln und Hannover können sich nur über Wasser halten, indem sie über ihre Rotationen Springers Bild-Zeitung laufen lassen.

Der SPD-eigene "Auerdruck" in Hamburg druckt einen Großteil der bundesdeutschen Porno- und Regenbogenpresse. Die SPD-eigene Wochenzeitschrift "Die Zwei" (Startauflage: 650.000) mit Schnulzen über Romy Schneider, Farah Diba und Soraya fand zu wenig Leser und musste drei Monate nach ihrem Erscheinen eingestellt werden. Die Berliner Zeitungseinstellungen hatten peinliche Begleiterscheinungen. Zur selben Zeit, als die Springer-Presse die SPD zum Prügelknaben der Nation machte, verhandelte der sozialdemokratische Schatzmeister mit dem Springer-Verlag wegen der "Nachtdepesche". Als die Angelegenheit publik wurde, wollte Alfred Nau die Verhandlungen als "unverbindliche Gespräche" abtun. Darauf Springer: "Es ist unzutreffend, dass lediglich unverbindliche Gespräche über eine Übernahme der 'Nachtdepesche' durch den Axel-Springer-Verlag stattgefunden haben. Es handelte sich vielmehr um ... konkrete Verhandlungen."

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Alfred Nau exakt 40 Millionen in "Nachtdepesche" und "Telegraf" hineingepumpt. Außerdem steuerte der Berliner Senat 1971 ein zinsloses Darlehen von 2,5 Millionen Mark bei. Dabei war die Lage dieser Blätter schon hoffnungslos, als 1962 Herausgeber und Chefredakteur Arno Scholz (*1904+1971) die SPD an beiden Zeitungen beteiligte. Der ehemalige Geschäftsführer der SPD-Konzentrations GmbH und Nau-Intimus Fritz Heine (*1904 +2002) schrieb kürzlich an Fritz Sänger (*1901 +1984), den früheren Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, über diese Transaktion: "Damals war im Grunde genommen die wirtschaftliche Entwicklung schon so weit vorangeschritten, dass es keine Möglichkeit mehr gab, das Unternehmen erfolgreich weiterzuführen."

In jener Zeit allerdings war für die SPD, die von den Millionen Wiedergutmachungszahlungen für während der Nazi-Zeit geraubtes Eigentum zehrte, Geld noch kein Problem. Zum Pressekonzern zählten in seiner Hochblüte über 26 Zeitungen und 30 Druckereien mit 15.000 Beschäftigten, die Gesamtauflage betrug 1,4 Millionen Exemplare. Alfred Nau verkündete noch 1964 stolz: "Fünf Millionen deutsche Bürger lesen SPD-nahe Zeitungen - doppelt so viele wie 1933."

Derselbe Alfred Nau hat aber seit 1949 Blumen auf die Gräber von über 20 SPD-nahen Zeitungen legen müssen, davon auf sieben allein in den letzten anderthalb Jahren. Um den Restbestand zu retten, die bisher innerhalb der "Konzentration" unwirtschaftlich und führungslos für sich arbeitenden SPD-Unternehmen zu rationalisieren und konkurrenzfähiger zu machen, gab der Parteivorstand Ende Dezember 1971 grünes Licht für eine Zusammenfassung aller SPD-Zeitungen und Druckereien unter einem zentralen Management: der "Deutschen Druck- und Verlags GmbH". Die Partei schuf damit einen straffen Konzern - zur gleichen Zeit, als Parteilinke und Jungsozialisten die Entflechtung der Pressekonzerne forderten.

Während diese SPD-Presse-Holding prüft, welche Zeitungen noch zu retten sind, mehren sich in der Partei die Stimmen, die Alfred Nau die große Pleite anlasten. Holding-Geschäftsführer Alois Hüser: "Der liebe Gott schuf Kluge, Dumme, ganz Dumme und SPD-Funktionäre, die für die Presse verantwortlich sind." SPD-MdB Professor Günter Slotta (*1924+1974): "50.000 Jungsozialisten können in einem Jahr nicht so viel Quatsch produzieren, wie Alfred Nau an einem Tag." SPD-Vize Herbert Wehner (*1906+1990): "Wenn wir selbstkritisch die Entwicklung unserer sozialdemokratischen Presse betrachten, so fehlen unternehmerischer Geist und unternehmerische Fähigkeiten, um in der Konkurrenz mit anderen sich durchzusetzen."

Und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (1966-1978): "Nau ist ein guter Parteikassierer, aber von Pressepolitik hat er keine Ahnung. Es gibt nur noch einen Weg: redaktionelle Unabhängigkeit von der Partei, Schluss mit der Bevormundung und gute Journalisten in die SPD-Redaktionsstuben. Allzu oft war bei der Besetzung von Führungspositionen die Gesinnung ein Alibi für Leistung und Qualifikation."

"Bewährte Genossen aus der Weimarer Zeit", die keine Ahnung vom Zeitungsmachen hatten, waren mit der Führung von Zeitungsverlagen beauftragt worden. Ein typisches Beispiel: Gustav Schmidt-Küster (*1902 +1988), vor dem Zweiten Weltkrieg kleiner Buchhändler in Magdeburg, übernahm das Management der Hannoverschen Druck und Verlagsgesellschaft mbH, in der die "Hannoversche Presse" erschien. Einige Jahre später wurde Gustav Schmidt-Küster Honorarkonsul von Malta, Am Verlagshaus wurde das Konsulatsschild angeschraubt, und die Redakteure mussten ihren Chef mit "Herr Konsul" anreden.

Die Herausgeber, Bundesminister Egon Franke (*1913+1995) und der frühere hannoversche Bezirksgeschäftsführer Hans Striefler (*1907+1998) kümmerten sich in ihrer Eigenschaft als "Zensoren" nur darum, dass die Redakteure und Redakteurinnen in ihrer Berichterstattung auch stets SPD-freundlich waren. Selbstbewusste Journalisten, etwa der einstige "Panorama"-Chef des Norddeutschen Rundfunks, Peter Merseburger musterten sie ab, weil sie sich nicht ständig von zeitungsfremden Parteileuten vorschreiben lassen wollten, wen sie zu kritisieren hatten und wie sie eine Zeitung gestalten müssten. -Schere im Kopf.

Obwohl die "Hannoversche Presse" (1949 mit 260.000 Auflage noch eine der führenden deutschen Tageszeitungen) schon anno 1965 tief in den roten Zahlen steckte, griff Alfred Nau nicht ein. Er handelte erst, als Gustav Schmidt-Küster in den Ruhestand trat und das Blatt heruntergewirtschaftet war. Nun fiel Nau in das andere Extrem; Panik pur in der Baracke. Er engagierte als Blattmacher den ehemaligen Springer-Manager Dr. Peter Krohn. Dessen erste Amtshandlungen: Er entließ mehr als 30 Redakteure, stellte ein Dutzend Bezirksausgaben ein, setzte den Chefredakteur ab und machte sich selbst zum Redaktionsleiter, kündigte die Mitbestimmungsrechte der Redaktion (Redaktionsstatut) und änderte den Titel der Zeitung zweimal innerhalb kürzester Zeit. Erfolg: 1972 hat die "Neue Hannoversche" nur noch eine Auflage von rund 92.000.

Zudem: Ein zinsloser Parteikredit von zwei Millionen Mark für die Zeitungsrenovierung ist schon verbraucht. Neu-Manager Krohn: "Wir brauchen einen finanziell potenten Partner." Der ist noch nicht in Sicht. Krohn gesteht freimütig: "Meine kaufmännische Lieblingslösung heißt Springer." Dieses Wort eines SPD-Managers kommt einem Offenbarungseid gleich. Jahrelang hat Alfred Nau aus den SPD-Verlagen Gelder herausgepumpt, anstatt sie sinnvoll zu investieren. Verleger und Konsul Schmidt-Küster musste sechs Prozent seines Rohgewinns abführen. Der ehemalige Geschäftsführer der in Dortmund erscheinenden "Westfälischen Rundschau", Paul Sattler, schätzte den Betrag, den er in den Jahren 1947 bis 1953 der Parteizentrale überwies, auf rund zwei Millionen Mark. 1953 stellten die SPD-Zeitungen zusätzlich eine Million Mark für den Wahlkampf zur Verfügung.

Der Bochumer Zeitungswissenschaftler Professor Kurt Koszyk sieht für die noch vegetierenden SPD-Zeitungen keine Überlebenschance. "In der SPD-Parteizentrale gibt es für diese schwierige Aufgabe keine qualifizierten Leute.

Alfred Nau und seine Mitarbeiter haben es versäumt, zur rechten Zeit eine Zukunftsperspektive für ihre Zeitungen zu entwickeln. Sie haben weder eine Meinungs- noch eine Marktforschung betrieben, was bei den anderen Verlagen selbstverständlich ist. Die SPD-Zeitungen haben den Kontakt zum Leser verloren, ohne dass sie es merkten. Das Kind ist nun im Brunnen."

AM VORABEND DER EMANZIPATION - KONZESSIONSDAMEN IN DER POLITIK: EINE FRAU ZUM VORZEIGEN

Besondere Eigenschaften: MdB und weiblich. Hauptsache eine Frau. Das Unbehagen zwischen "Traditionsdamen" und Feministinnen in der Sozialdemokratie. Am Vorabend der Frauen-Emanzipation in den siebziger Jahren gelang einer ehemaligen Sekretärin und Lebensgefährtin des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher (*1895 +1952) der stille Aufstieg ins zweithöchste Staatsamt - zur Präsidentin des Deutschen Bundestages - Annemarie Renger (*1919 +2008)

stern, Hamburg, 17. Dezember 1972

"Ich kam, sah und siegte", beschrieb Annemarie Renger ihren Eintritt in die Politik; als sie, die Kriegerwitwe, 1945 mit ihrem damals siebenjährigen Sohn auf der Suche nach einem Job im Zentralbüro der SPD in Hannover vorsprach - und ganz plötzlich Assistentin des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher (*1895+1952) wurde. Ein Foto aus dieser Schutt-und-Asche-Ära zeigt, wie Annemarie Renger den wegen seiner Bein- und Armamputation behinderten Kurt Schuhmacher stützt - ein Bild der Zeitgeschichte.

Damals in den entsagungsreichen Nachkriegs-Wirren lebte die 26jährige junge Frau in der Lüneburger Heide. Hier arbeitete sie als Küchen-Magd in einem Lazarett. Ihr Ehemann und drei Brüder, ja praktisch die ganze Familie, hatten im Krieg ihr Leben lassen müssen. Annemarie Renger, von Beruf kaufmännische Gehilfin, wurde zunächst die Schreibkraft des von jahrelanger KZ-Haft gezeichneten Kurt Schumacher; später noch viel mehr: Lebensgefährtin, Privatsekretärin, Reisebegleiterin, Haushälterin, engste Vertraute in den Aufbau-Jahren. - Blitz-Karriere.

27 Jahre später siegte Annemarie Renger, 53, nicht, sondern wurde zur Siegerin erklärt. Schon in der Wahlnacht hatten sich die SPD-Führungsmänner darauf verständigt, dass Annemarie Renger am 13. Dezember 1972 als erste Frau und als erste Sozialdemokratin zur Bundestagspräsidentin gewählt sollte. Zwar hatte keiner einen so großen SPD-Sieg erwartet (SPD wurde erstmalig mit 45,8 Prozent und 230 Mandaten) und damit gerechnet, dass die Sozialdemokraten als jetzt stärkste Parlamentsfraktion Anspruch auf das zweithöchste Amt im Staat haben würden, Doch dann schlugen Kanzler Willy Brandt (1969-1974) und Fraktionschef Herbert Wehner (1969-1983) mit der Beförderung der dreifachen Großmutter auf den Präsidentenstuhl "gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe" (SPD-MdB Günter Wichert 1969-1974).

Sie konnten endlich einer Frau ein hohes Staatsamt geben - und damit wenigstens das Etikett ein wenig verkleistern, dass im neuen Bundestag noch weniger Frauen sitzen als im vorigen. Und Willy Brandt blieb es erspart, die seit langem auf einen Posten hoffende Genossin Renger als Nachfolgerin von Käte Strobel (*1907+1996) ins Kabinett aufrücken zu lassen. Denn mit der Ernennung der überaus ehrgeizigen und prestigebedachten Dame Renger zur Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit hätte Kanzler Brandt viele Genossen verärgert: die Jusos, von denen die SPD-Rechte Renger nichts wissen will; die Frauen, die in ihr nicht mehr die Anwältin ihrer Interessen sahen; und manche alte Genossen, die Annemarie Renger seit Jahren als Nachlassverwalterin des Nachkriegschefs Schumacher und als wandelndes Gewissen, Herrschaftswissen der Partei erleben mussten.

Mit dem Namen Renger verbindet sich durch Amt und Würden schon Frauen-Aufbruch, Frauen-Mitbestimmung, Frauen-Partizipation in diesen Jahren. Nebelkerzen. Bei näherer Betrachtung richten sich die Röntgenblicke auf eine wohldosierte Schönwetter-Rhetorik. Denn seit Bestehen der Bundesrepublik hält Annemarie Renger für das feminine Selbstbewusstsein vor Frauenverbänden "nur schöne Reden ", (SPD-MdB Lenelotte von Bothmer 1969-1980; *1915+1997) "ohne jemals ernsthaft auch nur für die kleinste Konzeption zur Emanzipation der Frauen einzutreten, Konflikte gegen die Männer durchzustehen." Schon zu jener Zeit beginnen SPD-Frauen erst zaghaft, dann zusehends vehementer ein neues Gruppenbewusstsein zu entwickeln, heißen sie nun von Bothmer, Anke Brunn (NRW-Ministerin für Wissenschaft und Forschung 1985-1988)oder Dorothee Vorbeck (hessische Staatssekretärin im Kultusministerium 1982-1984).

(damals zog sie als "Miss Bundestag" durch die Lande und porträtierte sich kurz und knapp): "Das, was ich bin, bin ich durch Kurt Sie wollen weg von der Annemarie-Renger-AsF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) - dort, wo in "Geselligkeits- und Erlebnis-Klubs" beim "Kochen und Schminken" sozialdemokratisch gedacht, gefühlt, gehofft und gestrickt wird. Sie sagen: "Wir wollen über die Beseitigung der kapitalistischen Klassengesellschaft die volle Emanzipation erstreiten." Annemarie Renger entgegnet: "Ich wundere mich darüber, dass Frauen eine Sonderrolle spielen müssen."

Annemarie Renger, die 1953, ein Jahr nach Schumachers Tod, ins Parlament eintrat verkündete sendungsbewusst. „Aus dieser Zeit schöpfe ich meine Kraft.“ Manche Genossen um Willy Brandt beobachteten Annemarie Rengers politischen Ehrgeiz vor allem deshalb mit Unbehagen, weil die Schumacher-Vertraute Vieles über viele Sozialdemokraten weiß - vor allem wo so manche "Leichen im Keller versteckt worden sind", sagte sie einmal und führte an anderer Stelle fort, "ich habe da sieben Jahre an der Quelle gesessen." -Renger-Jahre.

Und Helmut Schmidt (Kanzler 1974-1982) sagte einem Ministerkollegen schon vor der Wahl in seiner direkten Art, warum er die Sportwagenfahrerin und Tennisspielerin lieber nicht im Kabinett haben möchte: "Die quatscht mir zu viel." Herbert Wehner indes hatte andere, machtpolitische Gründe, Annemarie Renger zur Nachfolgerin der Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers (19501954; *1904+1954), Eugen Gerstenmeier (1954-1969; *1906+1986), Kai-Uwe von Hassel (1969-1972; *1913+1997) aufsteigen zu lassen. Im internen Wehner-Zirkel war auch von Frauen-Aufbruch, Gleichberechtigung, Signalwirkung keine Rede. Machtpolitik war angesagt - Politik auf den Schachbrettern der Männer, auf denen Frauen als Läuferinnen ihre Rochaden zu parieren haben. Freilich nur durch eine Frau, so Wehners Kalkül, konnte er seinem Intim-Feind, dem schwergewichtigen Hermann Schmitt-Vockenhausen, HSV genannt (SPD-MdB 1953-1979; *1923+1979) den Weg zum Präsidentenstuhl verbauen, auf den dieser, Vizepräsident seit 1969, schon ein Anspruch zu haben glaubte.

Aus gutem Grund hatte Herbert Wehner in der Wahlnacht zuerst- vor der Einigung mit Parteichef Willy Brandt - dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick (1978-1982; *1921+2002) gegenüber bereit erklärt, der SPD-Fraktion die Freidemokratin Lieselotte Funcke (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (1969-1979) für dieses Amt schmackhaft zu machen. Sie hatte sich als Vizepräsident bewährt, und eine Frau sollte es auf jeden Fall sein. Denn jeder männliche SPD-Kandidat - wie zum Beispiel Ex-Finanzminister Alex Möller (*1903+1985) - hätte gegen "HSV" einen schweren Stand gehabt. Nachdem Wehners Schachzug geglückt war, konnte der körperlich schwer-gewichtige Hermann-Schmidt-Vockenhausen seinen Verdruss, seine Enttäuschung nicht verbergen: "Ich bin maßlos enttäuscht über die Ämter-Schacherei."

Enttäuscht über die Hintergründe dieser Wahl sind auch Mitglieder des Bundesfrauenausschusses der SPD, deren Vorsitzende Annemarie Renger seit 1967 ist. So die SPD-Abgeordnete Lenelotte von Bothmer, die warnte davor, dass sich Frauen in der Politik wieder und abermals als "Mode-Puppen" vermarkten lassen. Sie hatte damit hinreichende, leidvolle Erfahrungen machen können. Damals an jenen Vorabenden der Emanzipation, als sie im Jahre 1970 wagte, mit einem Hosenanzug ans Rednerpult zu treten. Vizepräsident Richard Jäger polterte, er werde es keiner Frau erlauben, in Hosen im Plenum zu erscheinen, geschweige sogar eine Rede zu halten. - Ein Verstoß gegen die Kleiderordnung. Im Saal johlten unisono Männer, fröhliche Zurufe, Gelächter wie am Schießstand - Ziel: Frau mit Hosenanzug als Politik-Ereignis. Immerhin war diese Mode-Schau zu Bonn der 20-Uhr-Tageschau in Hamburg eine übergeordneter Film-Bericht wert. Dabei war es gerade Lenelotte von Bothmer, die in ihren Empfindungen, Wahrnehmungen " frauenfeindliche Gesinnungen aufzuspüren trachtete. Sie sagte: "Diese Art, das weibliche Geschlecht der Lächerlichkeit preiszugeben, durch die Manege zu jagen und dann eine andere, eine Männer-Freundin, brav auf einen Posten zu hieven, ist anti-emanzipatorisch. Eine Frau muss auf Grund ihrer Qualifikation vorgeschlagen werden und nicht, weil sie gut aussieht."

So manche SPD-Genossinnen finden ohnehin, dass sich Annemarie Renger zu wenig für Frauen - dafür aber viel für ihre Mode verausgabt. Ganz plötzlich, verändert sie mal ihr Aussehen, Haarfrisur mit Föhnaufsatz samt Schminke und letztlich ihren Boutiquen- Fummel derart häufig, dass sie selbst von langjährigen Zeitungskorrespondenten in Bonn nicht mehr ohne weiteres erkannt wird. - Eine Neue in Bonn? "Nein, nein - das ist doch Frau Renger. Wirklich?" Frauen als Schönheitssymbol. - Nur beim Streit um die Reform des Abtreibungsparagrafen 218 machte sich Annemarie Renger erst für die Fristenlösung stark, als sie erkannte, dass die Mehrheit dafür war. Noch 1970 predigte sie auf dem Bundesfrauenausschuss der SPD in Nürnberg "Zurückhaltung in der Öffentlichkeit." Kurz danach attackierte sie Lenelotte von Bothmer, weil sich die Mutter von sechs Kindern statt der Frauen-Vorsitzenden Renger in einem Fernsehinterview über die Fristenregelung profiliert hatte. - Ein Image-Profil, das offenkundig nur ihr zuzustehen scheint. Frauen-Soldarität.

Dass es der selbstbewussten Parlamentarierin, die seit 1966 mit dem jugoslawischen Kaufmann Alexander Loncarevic (+1973) verheiratet ist, an der nötigen Energie für ihr Amt fehlen könnte, ist nicht zu befürchten. Als auf dem gleichen Frauenkongress eine Jungsozialistin gegen die Beschränkung der Redezeit protestierte, sprang die SPD-Lady auf und entriss ihr einfach das Mikrofon. Eine Energie, für die die "Süddeutsche Zeitung" die Formulierung fand, dass Frau Renger "oft mangelnde Schärfe des Arguments mit dem Druck der Ellenbogen kompensierte".

Die Sozialdemokratin von Bothmer hält die Freidemokratin Lieselotte Funcke deshalb auch für die geeignetere Kandidatin, weil "Annemarie sich zum Beispiel über die Parlamentsreform noch keine Gedanken gemacht hat". Den Unterschied zwischen Qualifikation und Karriere sieht Annemarie Renger selber: "Die FDP zieht eben intellektuelle Frauen an, bei der SPD kann man nur durch Partei die Position erwerben." Das ist die Karriere der "Konzessionsfrauen", gegen die sich viele engagierte Sozialdemokratinnen energisch wehren - wie die hessische Landtagsabgeordnete Dorothee Vorbeck: "Wir wollen doch keine Politik auf der Spielwiese betreiben, die uns die Männer zuweisen."

An diese "Spielwiese" war die bisherige Parlamentarische Staatssekretärin Katharina Focke (SPD-MdB 1969-1989) , die eine Zeitlang als Kandidatin für das Parlamentspräsidenten-Amt im Gespräch war, nicht interessiert. Sie will auch in der neuen Regierung für Europa-Fragen zuständig bleiben. Und die Berliner Schulrätin Marie Schlei (*1919+1983), die ebenfalls als Anwärterin

genannt worden war, hatte schon vor der Bundestagswahl erklärt: "Ich habe Annemarie versprochen, dass sie zuerst was wird, und ich halte mich daran."

Postscriptum. -Auch wenn ihr die 68er Generation fremd geblieben und der Frauen-Aufbruch suspekt war, wurde Annemarie Renger nach einhelliger Auffassung zahlreicher Beobachter mit viel Geschick, Würde und Durchsetzungskraft zu einer bemerkenswert beachteten Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bereits 1973 war sie laut Meinungsforschungsinstitute die bekannteste Politikerin in der Bundesrepublik. Am Ende ihrer Amtszeit 1976 sagte sie: "Es ist bewiesen, dass eine Frau das kann." Wenig später fügte Annemarie Renger noch hinzu: "Ich habe in dieser Zeit erreicht, was ich wollte."

1973

Streit der Witwen um die „Frankfurter Rundschau“

High noon in Bonn – Parteiverdruss – Parteiprofil

Deutsche Entwicklungshelfer in Afrika – Sextriebe

SPD-Totengräber von 21 Zeitungen

Politik-Karrieren: Geldgier, Betrug, Bestechung, Spionage

STREIT DER WITWEN UM EIN LINKSLIBERALES QUALITÄTSBLATT IN DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE

"Eine Zeitung muss frei von politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten sein." - *Karl Gerold*

stern, Hamburg 22. November 1973

Zwei betagte Witwen pokern um die "Frankfurter Rundschau" (FR). Die Schweizer Pianistin Elsy Gerold-Lang, 74, (*1899+1988) und die ehemalige Sekretärin der Frankfurter KPD, Friedel Rudert, 70, streiten sich um das Erbe ihrer Ehemänner. Zwar wollen beide die linksliberale Tageszeitung und das "Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH" (Jahresumsatz 120 Millionen Mark) in eine gemeinsame Stiftung umwandeln, doch über den Namen dieser Stiftung herrscht Zwietracht. Während die Witwe des 1973 verstorbenen FR-Herausgebers Karl Gerold auf einer "Karl-Gerold-Stiftung" besteht, beharrt die Witwe des schon 1954 verschiedenen FR-Gesellschafters Arno Rudert auf dem Gemeinschaftsnamen "Karl Gerold/Arno-Rudert-Stiftung." Schließlich war Arno Rudert aus der KPD ausgeschlossen worden, weil er die FR-Lizenz von den Amerikanern angenommen hatte.

Die im beschaulichen Astano in der Schweiz lebende Pianistin Elsy Gerold-Lang, die sich bisher nicht um die Zeitung gekümmert hatte, will aber in der kleinkarierten Namens-Rangelei nicht nachgeben. Der Grund: Die ehemaligen FR-Gesellschafter Karl Gerold und Arno Rudert haben sich nie gemocht. Als Kompagnon Rudert starb, übertrug Gerold seine Anteile auf dessen Witwe. Indes: Er verbot der neuen Anteilseignerin das Betreten des Rundschau-Hauses und überging sie bei allen Entscheidungen, die das Unternehmen betrafen.

Mit dem Plan, seinen Zweidrittelanteil in eine eigene Stiftung einzubringen, wollte der schon schwerkranke Rundschau-Herausgeber Anfang 1973 die unbequeme Friedel Rudert endgültig ausbooten. Karl Gerold zu dem auf Harmonie bedachten neuen Chefredakteur Werner Holzer: "Es sind alle juristischen Schritte für die Gründung einer Stiftung eingeleitet. Es liegt alles im Panzerschrank."

Doch statt "eines für die Bundesrepublik beispielhaften Modells" (Holzer) kam der große Krach. Denn Gerolds fünf Testamente und die von ihm entworfene Satzung der geplanten Stiftung sind nach dem Gesellschaftervertrag nur zu realisieren, wenn die seit dem Tode ihres Mannes mit einem Drittel am Unternehmen beteiligte Friedel Rudert dem Plan zustimmt. 1951 hatten Karl Gerold und Arno Rudert nämlich vereinbart, dass keiner ohne die Zustimmung über Gesellschafteranteile verfügen darf.

Die Gerold-Witwe, die Testamentsvollstreckerin ist, muss jetzt sogar damit rechnen, dass ihre Gegenspielerin aus dem Gerold-Nachlass einen weiteren Drittelanteil für sich fordert. Denn nach dem "Rundschau"-Vertrag kann nach dem Tode eines Gesellschafters der überlebende Teil 66,66 Prozent für sich beanspruchen. Die Klausel sollte früher einmal verhindern, dass die FR durch den Verkauf von Anteilen in die Hände konserativer Verleger fällt. So gingen beim Tode des 50-Prozent-Gesellschafters Arno Rudert 16,66 Prozent auf Karl Gerold über.

Trotz dieser Rechtslage ist Rechtsanwalt Joachim Rieke entschlossen, für die Stiftungsidee seines Freundes Karl Gerold zu kämpfen. Der Anwalt will als "Diener seines verstorbenen Herrn

das Vermächtnis wahren". Um sein ehrgeiziges Ziel zu erreichen, ist der 68jährige Advokat bereit, bis zum Bundesgerichtshof zu gehen. Denn Joachim Rieke befürchtet, dass die Gesellschafterin Friedel Rudert ihre Anteile verscherbeln könnte. Rieke: "Am Ende haben wir noch Geschäftsführer von Springer hier sitzen." Die Gegenseite weist diesen Vorwurf empört zurück. Rechtsanwalt Carl Hans Barz: "Das ist Brunnenvergiftung." Friedel Rudert aufgebracht: "Der Rieke sieht nur seine Pfründe gefährdet."

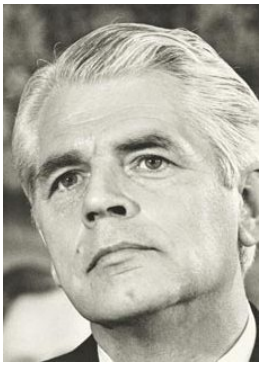
Wegen der wirtschaftlichen Entwicklung der FR möchte Friedel Rudert allerdings einen Zivilprozess vermeiden: "Anstatt vor Gericht zu gehen, sollten wir lieber einen Kompromiss schliessen und uns auf die Erhaltung der 'Frankfurter Rundschau' konzentrieren." Tatsächlich nimmt das Hickhack der Witwe der Redaktion ihren Atem. Existenzgefährdend knabberte der fortwährende Aderlass oder frühe Tod brillanter, markanter Federn am einst couragierten, mitunter frechen FR-Gemüt. Hießen sie nun Conrad Ahlers, Karl Hermann Flach, Karl-Heinz Krumm, Gerhard Ziegler, Horst Köpke, Michael Rathert, Ulrich Mackensen, Volkmar Hoffmann, Anton Andreas Guha, Martina I. Kischke, Eckart Spoo, Rolf-Dietrich Schwartz oder auch Horst Wolf . Zwangsläufig wollte es wie ein Naturgesetz scheinen, drückte die überaus harte FAZ-Bild-Zeitungs-Konkurrenz auf dem Frankfurter Rhein-Main-Markt die Zuversicht des Blattes ausweglos in den Keller ; rote Zahlen, immer wieder Kleinmut als nagender Wegbegleiter. Gruppentherapien. Gestaltungstherapien.

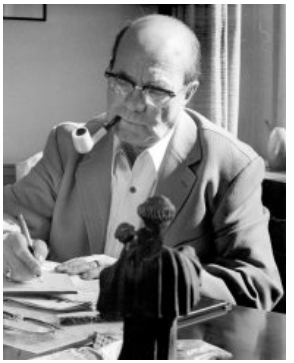
An der Spitze zeigte sich ein weitgereister Chefredakteur Werner Holzer, der sich intensivst um den Aufbau des örtlichen Frankfurter Presseclubs verausgabte. Ein weltgewandter Werner Holzer, der Stund' um Stund' bei Arbeitgeberverbänden samt seinen Rotarier-Clubs zubrachte - um bürgerlicher Anerkennung heimsuchte. Streicheleinheiten. Im Hessischen Fernsehen auf HR3 parlierte er als gern gesehener Gast mit braungebranntem Teint über Unrecht, Verzweiflung, Hunger auf dieser Erde - Woche für Woche. Nur vor kritischer Berichterstattung seiner Zeitung, vor den eigentlichen deutschen Zustandsbeschreibungen (Ihr da oben, wir da unten) flüchtete er vorsorglich. Wendezeiten. Berührungsängste. Kleider machen eben Leute . Da gab es keinen "Schreib mal auf Kisch", sondern "guck mal weg, Holzer". (Egon Erwin Kisch, genannt der "rasende Reporter" *1885+1948). - Sehnsucht nach dem widerspenstigen, widerborstigen Karl Gerold.

Aber auch keine Zeit für Werner Holzer. Witwen-Zeit. Schon der Krieg der Witwen hätte dem FR-Verlag eine Erbschaftssteuer in Höhe von 12 bis 15 Millionen Mark abverlangt. Nur durch die Gründung einer Stiftung, die ihre Gewinne an gemeinnützige Verbände abgeführt, kann das allmähliche finanzielle Ausbluten verhindert werden. Dabei hat die FR ganz andere Sorgen. In Neu-Isenburg bei Frankfurt investierte die Zeitungsgesellschaft 20 Millionen Mark in einen Druckereineubau, in dem auch die BILD-Zeitung von der Rotation lief. Die Lohnerhöhungen und Papierpreissteigerungen veranschlagt das Management mit sieben Millionen Mark. Schließlich macht die überregionale Auflage von knapp 50.000 (Gesamtauflage 185.000) Exemplaren monatlich 700.000 Mark minus, weil die Zeitung kein lukratives bundesweites Anzeigenaufkommen hat. Verleger Karl Gerold scheint das alles vorausgeahnt zu haben. Titel der letzten Verse des Freizeit-Poeten Gerold: "Obskur. Obskur."

Postscriptum. -Elsy Gerold-Lang starb im Jahre 1988. Sie vermachte der "Karl-Gerold-Stiftung" ihr gesamtes Vermögen. In der Präambel Stiftungssatzung hatte Karl Gerold verfügt, dass die "Frankfurter Rundschau" eine unabhängige, links-liberale Tageszeitung ist, Menschenrechten und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtend. Die eigentliche Bewährungsprobe des wirtschaftlichen Überlebens (Zeitungssterben und -aufkäufe, Medienkrise, Anzeigenverluste,

Privatfernsehen, Internet, Personalabbau) konnte die "Frankfurter Rundschau" nur mit Hilfe der engagierten SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeyer (1991-2007) bestehen - überleben. Die von ihr kontrollierte SPD-eigene Medienholding (DDVG) übernahm 2003 insgesamt 90 Prozent der Anteile am Druck- und Verlagshaus als Herausgeberin der FR. Ohne den finanziellen Zugriff der SPD wäre die "Frankfurter Rundschau" in Konkurs gegangen. Insgesamt sank in diesem Zeitraum von drei Jahren die Zahl der FR-Beschäftigten von extakt 1.7oo auf 750 Stellen. Die FR war wirtschaftlich gerettet. Im Juli 2006 gaben die SPD-eigene DDVG und der Kölner Verlag M. DuMont Schauberg, in dem der "Kölner Stadt-Anzeiger" erscheint, bekannt, dass er 50 Prozent der "Frankfurter Rundschau" übernimmt - der SPD bleiben 40 und der Karl-Gerold-Stiftung zehn Prozent. Um diese Kapital-Konstellation zustande zu bringen, musste Chefredakteur Wolfgang Storz fristlos entlassen werden. Bauern-Opfer. Storz war es, der die FR "durch die schwierigste Zeit ihrer Existenz" geführt hatte. Der Gefeuerte bedankte sich in der Redaktion "für die harten und für mich wunderbaren Jahre der Zusammenarbeit". Die "Karl-Gerold-Stiftung" war gegen die Entlassung des Chefrekteurs. Keine Mehrheit mehr. Scherbenhaufen. Achselzucken.





HIGH NOON IN BONN

Partei-Verdruss - Partei-Profil - Partei-Zerrissenheit . SPD-Macht-Kämpfe in der deutschen Nachkriegs-Geschichte der siebziger Jahre. Warum die SPD-Rechte Willy Brandt (*1913+1992) mit Austrittsdrohungen zum Kampf gegen die linken Genossen treiben. Währenddessen das Duell zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner (*1906+1990) eskaliert, gnadenlos ausgekämpft wird. Reminiszenzen markanter SPD-Vorgänge der Zeitgeschichte

stern, Hamburg 13. September und 11. Oktober 1973[1]

Der Kanzler war beleidigt. Wütend verließ Willy Brandt (Regierungschef 1969-1974)am vergangenen Wochenende vorzeitig die Sitzung seines Parteivorstandes: "Das ist mir noch nicht passiert. Jetzt reicht's mir aber."

Die Linken im SPD-Führungsgremium hatten das Zerwürfnis zwischen Willy Brandt und dem SPD-Fraktionschef Herbert Wehner (1969-1983) benutzt, um ihren bisher unangreifbaren Parteiführer seine erste Niederlage beizubringen. Auf Antrag des rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Wilhelm Dröscher (*1920+1977) sollte der Moskau-Reisende Herbert Wehner für seinen Ost-Einsatz ausdrücklich vom Parteivorstand gelobt werden. Brandt hingegen versuchte dieses Pro-Wehner-Votum zu verhindern: "Darüber lasse ich nicht abstimmen!" Doch der linke Flügel kuschte nicht. Mit einer Stimme Mehrheit - zwölf gegen elf - setzte er sich gegen die Brandt-Anhänger durch. Zufrieden kommentierte der von Berlin angereiste Senatsdirektor Harry Ristock (*1928+1992) das Ergebnis: "Genossen, jetzt merkt man doch, dass die Parteibasis im Vorstand vertreten ist."

In interner Runde wollten die Spitzengenossen dem Regierungschef klarmachen, dass sie die Kritik teilten, die der Fraktionsvorsitzende in der Sowjetunion an Brandts Führungsschwäche und der lauen Politik der sozialliberalen Koalition geübt hatten. Wilhelm Dröscher: "Der Wehner ist ein Mann mit strategischem Weitblick. Was er da in Moskau getan hat, sind doch wichtige Impulse für uns." Nach außen demonstrierten die Vorstandsmitglieder allerdings noch Einigkeit. Im offiziellen Kommuniqué verschwiegen sie die Kontroverse mit dem Vorsitzenden, weil sie nach den Konflikten mit Jungsozialisten und anderen Partei-Linken befürchten, den Selbstzerstörungsprozess der Sozialdemokratie" (Wohungsbauminister Hans-Jochen Vogel 1972-1974) zu verstärken.

Doch Willy Brandt ist jetzt nach der Abfuhr im Parteivorstand zur totalen Konfrontation mit dem Machtstrategen der Bundestagsfraktion entschlossen. Der Bundeskanzler hat sich nach langem Zaudern wie Zögern dazu aufgerafft, seinem alten Weggefährten Herbert Wehner die Zusammenarbeit endgültig aufzukündigen.

Die ihm zugetragenen Zitate Wehners aus der Sowjetunion ließen Brandt keine andere Wahl. Im Hotel "Kiew" in Kiew hatte Herbert Wehner den Kanzler zum Teil unflätig beschimpft, bis hin zum Fäkal- und Sexualbereich. Die mildesten politischen Abwandlungen: Brandt sei ein "schlaffer Kanzler", der zwar im Ausland gut ankomme, aber nicht merke, "wie unten alles zusammenbricht". Und auch Brandts Politik der guten Nachbarschaft zum FDP-Vorsitzenden

[1] mit Horst Knape

Walter Scheel (1968-1974) mochte Herbert Wehner nicht mitmachen: "Nr 1 und 2, so läuft das nicht."

Willy Brandt indes will die von Herbert Wehner geforderte Politik der Stärke gegenüber dem liberalen Partner erst kurz vor der Bundestagswahl 1976 beginnen. Der Kanzler: "Es ist ganz klar, dass wir uns eines Tages deutlich werden abgrenzen müssen. Aber jetzt ist das viel zu früh. Das macht die Koalition schon im nächsten Jahr kaputt." Nach Brandts Ansicht wäre Wehners Konzept für Leute wie den FDP-Taktiker Hans-Dietrich Genscher (Innenminister 1969-1974) nur ein willkommender Anlass, ihrerseits einen Kurs der Entfremdung von den Sozialdemokraten zu steuern. Dies könnte die FDP wieder zur CDU/CSU treiben. - Machtgeplänkel.

Beim Duell mit Herbert Wehner rechnet Willy Brandt auf das Opportunitätsdenken der SPD-Abgeordneten. Vor die Wahl zwischen ihm und dem ruppigen Fraktionschef gestellt, würden sie sich auf die Seite des Mannes stellen, der ihnen ihr politisches Überleben garantiere. Kanzleramts-Staatssekretär Horst Grabert (1972-1974): "Ohne Willy verliert die SPD doch die nächste Wahl."

Doch auch Herbert Wehner hat fürs letzte Gefecht vorgesorgt. Klassenkämpferisch kritisierte er den Koalitionskanzler, Brandt betreibe mit den Liberalen eine Politik der gebremsten Reformen auf dem Rücken der Genossen. Die Außenpolitik stagniere, weil sich Walter Scheel (Außenminister 1969-1974) zum Autogrammsammler unter Verträgen" entwickelt habe. Auf diese Weise verstand es der Polit-Profi "Onkel Herbert" seine 242-Mann-Fraktion weitgehend für sich zu solidarisieren. Noch unschlüssige Genossen brachte er auf seine Seite, indem er eine fingierte Rücktrittsdrohung in Umlauf setzte. Selbst jene Parlamentarier, die sich ständig über den autoritären Führungsstil Wehners geärgert hatten, entschieden sich daraufhin für ihn. Der Göttinger Jung-Abgeordnete Günter Wichert, 38, (SPD-MdB 1969-1974): "Politisch, vor allem in der Ostpolitik, stehe ich voll hinter Onkel Herbert." Und sein linker Kollege Karl-Heinz Hansen (SPD-MdB 1969-1981, Parteiausschluss) assistiert: "Nach Wehner kommt nichts mehr außer der zweiten Garnitur."

Seit jener wohl folgenschweren Vorstandssitzung weiß Willy Brandt , dass es zwischen ihm und dem Fraktionsführer keine Übereinkunft mehr geben wird. Der Machtverfall hat begonnen. Deshalb ist er zum Kampf, zum Überlebenskampf entschlossen. "Unter den Teppich wird das nicht gekehrt."

Wie sich derlei Szenarien in dieser Verwirr-Spiel-Zeit der Sozialdemokraten ähneln, wie ausnahmslos und atemlos aus Parteifreunden unverblümt Feinde wurden. Und fast immer gingen sie schon direkten Schrittes auf den vermeintlichen Gegner los. Die Getränke - ob in Kaschemmen zu Bonn-Kessenich oder dem erlauchten Kanzlerbungalow waren noch nicht einmal akkurat auf den Tisch gestellt. Da polterten, gifteten wutentbrannt -fernab jeder Contenance -Hans-Jochen Vogel und Helmut Schmidt gegen eine junge SPD-Generation, die sich Jungsozialisten nennt. Eindringlich beschworen die beiden Minister den SPD-Chef Willy Brandt (1964-1987), die radikalen Linken in den eigenen Reihen endlich mundtot zu machen. Ihr Hauptvorwurf: Jusos-Thesen, die "noch links von der DKP angesiedelt sind" (Vogel), würden die SPD-Wähler vergraulen.

Willy Brandt zauderte und empfahl den Partei-Rechten Geduld und Beharrlichkeit: "Als Regierungschef und Parteivorsitzender sehe ich die Verantwortung fürs Ganze." Brandts Beschwichtigungsversuch brachte die hohen Gäste erst recht in Harnisch. Helmut Schmidt polterte: "Du kümmerst dich nur noch um die Scheiß-Weltpolitik, und ich muss hier schuften. Du

musst jetzt endlich was tun, Willy." Und Hans-Jochen Vogel drohte: Wenn "die es so weitertreiben können wie in der Sommerpause, müsse er sein Ministeramt (Wohnungsbauminister 1972-1974) zur Verfügung und seine Parteimitgliedschaft in Frage stellen.

Der Ex-Oberbürgermeister von München (1960-1972) und Bonner Wohnungsbauminister kämpft seit Wochen gemeinsam mit Gesinnungsfreunden gegen den Vormarsch der bayerischen Jusos und der Linken im Münchner Unterbezirk. Vogel-Freund und Amtsnachfolger Georg Kronawitter (1972-1978 und 1984-1993): "Die benutzen die SPD nur noch als Vehikel für ihre kommunistische Konfliktstrategie." Juso-Feind Vogel ist sicher: "Wenn wir nicht unmissverständlich klarmachen, dass die SPD auf dem Boden des Godesberger Programms (1959-1989) steht, sind wir nicht mehr glaubwürdig." Eine Niederlage der SPD bei den bayerischen Landtagswahlen 1974 sei dann die Quittung für den Linksdrift.

Für Hans-Jochen Vogel steht fest, dass ein "kleiner, aber aktiver Kreis von Jungsozialisten das Godesberger Programm von 1959 aus den Angeln hebeln will. Er wirft den Partei-Linken vor, sie wolle

- im Widerspruch zum Godesberger Programm alle Produktionsmittel vergesellschaften;
- den Staat als "Agentur des Kapitalismus" abqualifizieren und seine Ordnungsfunktionen negieren;
- die freie Willensentscheidung der Abgeordneten abschaffen und sie zu reinen Vollzugsorganen der Parteimitglieder umfunktionieren (imperatives Mandat);
- mit der Strategie ständiger Konflikte (zum Beispiel Unterstützung wilder Streiks) jede Reformpolitik innerhalb der demokratisch-parlamentarischen Spielregeln unmöglich machen.

Der bayerische Scharfmacher will im Streit mit den Jusos auf keinen Fall einlenken. Vogel zu Brandt: "Wer solche Thesen vertritt, muss aus der Partei rausgeschmissen werden. Die schrecken sonst vor nichts zurück." Um Zeit zu gewinnen, lenkte der Kanzler vom brisanten Thema ab und erzählte -Campari mit Orangensaft schlürfend - von seinem jüngsten Ausflug ins Volk, der Reise nach Norddeutschland. Willy Brandt: "Ich bin in Salzgitter vor rund 10.000 Walzwerker hingetreten, und ich hatte gemischte Gefühle, weil ich nicht wusste, was mich erwarten würde. Aber dann spürte ich bald die Solidartät. Von Juso-Theorien redete niemand."

Mit dieser Bemerkung wollte Brandt sein Misstrauen andeuten, Vogel mache nur deshalb gegen die Jusos Front, um rechtzeitig ein Alibi für eine etwaige Wahlniederlage in Bayern zu haben. Doch damit hatte der SPD-Rechtsaußen gerechnet. Um seine Attacken gegen die Linken zu belegen, überreichte Hans-Jochen Vogel dem Parteichef eine Dokumentation, in der das Sündenregister der Jusos aktenkundig gemacht wird. Vor allem eine Kampfrede des Juso-Ideologen Johano Strasser (1970-1975 stellvertretender Juso-Chef) hatte Vogels Ärger provoziert. Denn der 34jährige Didaktik-Professor an der Berliner Pädagogischen Hochschule hatte seinen Anhängern praktische Anweisungen für die "Problematisierung des kapitalistischen Systems" und die "Umwandlung der Partei" gegeben.

Strassers Vorschlag: Die Jusos sollten nicht "fortwährend Eide auf die Gewaltlosigkeit leisten", sondern lieber dafür sorgen, dass in Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei Leute ausgebildet werden, "die möglicherweise Skrupel haben, auf Arbeiter einzuschlagen und zu

schießen". Vogel über die ketzerischen Töne: "Dafür sollte in unserer Partei kein Platz sein." Forsch verlangte der Anführer der Rechts-Riege ein Parteiausschlussverfahren für die "Anhänger solcher marxistisch-leninistischer Theorien".

Ins Schussfeld des bayerischen SPD-Landeschef ist auch der Juso-Vorsitzende Wolfgang Roth (1972-1974) geraten. Ihm kreidete Vogel an, Roth habe in seiner Rede bei den Ostberliner Weltjugendfestspielen (1973) gegen den Parteiratsbeschluss zur Abgrenzung von Kommunisten verstoßen, für eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien plädiert und damit die Volksfront-Theorie der DKP propagiert. Vogel zu Brandt: "Ich bin nicht bereit, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen." Falls der Parteichef nicht eingreife, werde er notfalls mit Helmut Schmidt die Partei-Rechten mobilisieren: "Was dann geschieht, kann noch niemand voraussagen." Der SPD-Chef war beeindruckt: "Schreckliche Sache." Was auf dem Parteitag in Hannover (1973) so gut begonnen habe, läuft nicht mehr" (Brandt).

Aufgewiegelt hatten den Kanzler auch schon seine eigenen Berater. Staatssekretär Günter Gaus (*1929+2004) und Brandts Ghostwriter Klaus Harpprecht (Redenschreiber 1972-1974) rieten ihm bereits seit Wochen, er solle gegenüber der Partei-Linken Farbe bekennen. Deshalb hatten sie in das Rede-Manuskript für das Weser-Ems-Treffen der SPD Anfang September 1973 einen Absatz eingefügt, der einen "energischen Willy" (Gaus) zeigte: "Unsere Wähler haben uns nicht beauftragt, einen großen Diskutierklub zu schaffen, sondern sie haben uns beauftragt, dieses Land zu regieren. An dieser Aufgabe wird man sich bewähren oder man wird scheitern."

Eine Möglichkeit, sich vor der Öffentlichkeit zu bewähren und zugleich die Heißsporne Schmidt und Vogel zufriedenzustellen, sah der Kanzler, als ihn das SPD-Präsidium aufforderte, scharf gegen eine Juso-Presseerklärung zu den spontanen Arbeitsniederlegungen an Rhein und Ruhr Stellung zu nehmen. Die Jungsozialisten hatten die wilden Streiks als "legitime Maßnahmen der Arbeiter" begrüßt und die SPD-Führung aufgefordert, sich auch in den Fällen, in denen die Gewerkschaften nicht mitwirken, "mit aller Deutlichkeit auf die Seite der Arbeiter zu stellen". Der Kanzler nahm die Herausforderung an. Er betrachtete diese Erklärung "als abträglich für die SPD und belastend für die gebotene Solidarität mit den Gewerkschaften".

Der Warnschuss blieb nicht ohne Wirkung. Die Jusos zuckten zusammen. Sie hatten mit einer so scharfen Reaktion des Kanzlers nicht gerechnet. Zwar versuchte der Juso-Chef nach außen Fassung zu bewahren (Wolfgang Roth: "Wir gehen der Auseinandersetzung gelassen entgegen"), doch zugleich mobilisierte er per Telefon aus einem exquisiten Feinschmecker-Lokal im französischen Colmar seine Gesinnungsfreunde in Partei und Fraktion. Roths Devise: Unter allen Umständen den Sturm von rechts in der Partei zu überstehen, einfach auszusitzen.

Auch die Linke in der SPD-Bundestagsfraktion und in den Gewerkschaften reagierten sofort. Angestachelt von den Jung-MdBs Norbert Gansel (1972-1997) und Dietrich Sperling (1969-1998) unterschrieben 30 Parlamentarier und zehn Gewerkschaftsfunktionäre eine Resolution zur Verteidigung der Juso-Politik. Der SPD-Linksaußen Jochen Steffen (*1922+1987) dagegen sah bis zuletzt weder die Gefahr für eine Spaltung der Partei noch für eine Ächtung der Linken: "Der Willy hat sicher die Juso-Texte nicht richtig gelesen oder falsch interpretiert bekommen. Das werden wir bald haben." Und die "Kassandra"-Rufe der beiden Minister Schmidt und Vogel wischte Jochen Steffen beiseite: "Die Rechten haben Gottvater Juck-Pulver in den Nacken gestreut, damit er sich mit uns beschäftigen muss. Wir, mein Freund Peter von Oertzen (*1924+2008) und ich, wir werden das zu beseitigen wissen."

DEUTSCHE MÄNNER IN AFRIKA – ENTWICKLUNGSHILFE UND SEX-TRIEBE. DIE TEUREN HOBBY DES HERRN DOKTOR. ALLTAG IN GABUN

stern 6. September 1973

Regierungsdirektor Hans Kirchhof vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) war zufrieden: „Diese Art von Entwicklungshilfe in armen Ländern ist wichtiger als Fabriken zu bauen." Sein Lob galt einem Plan der sozialliberalen Bundesregierung (1969-1982), der die zahnmedizinische Versorgung im zental-afrikanischen Staat Gabun sicherstellen sollte.

Der Staat Gabun liegt an der westlichen Atlanikküste Zentralafrikas, hat 1.424.906 Millionen Einwohner. In einem Land, in dem immerhin 86 Prozent aller Geburten medizinisch betreut werden können, galt es nunmehr der brachliegenden Zahnmedizin zum Durchbruch zu verhelfen – den „Gabunesen in ihre Mäuler zu schauen" (Kirchhof).

Dabei liess sich Hans Kirchhof mit seinen Mannen am Reißbrett im Ministerium und Vorort im Busch von keinem anderen Vorbild leiten als von dem evangelischen Theologen, Philosphen und Arzt Albert Schweitzer (*1875+1965). Er hatte bereits im Jahre 1913 an einem Fluss der afrikanischen Westküste beispielgebend das Urwaldhospital Lambaréne gegründet. Diesen Ruf, heute neu-deutsch Image genannt, aus den früheren Jahren galt es aufzufrischen, nachzueifern, für sich politisch einzuspannen – mit dem „Marketing-Produkt" Albert Schweitzer (Friedensnobelpreisträger 1952) im Hintergrund.

Dessen ungeachtet ist das ehrgeizige Prestige-Projekt zur bisher größten Pleite der Entwicklungshilfe von SPD-Minister Erhard Eppler (1968-1974) geworden. In vier Jahren so genannter „Aufbauarbeit" sind eine Millionen Mark Spendengelder irgendwo in Gabun versickert, nicht mehr nachvollziehbar verpulvert worden. Statt der vorgesehenen 20 modernen Behandlungsstationen gibt es lediglich drei Zahnkliniken, die mit primitiven Mitteln arbeiten müssen. Die Schuld an dieser Misere trägt der Arzt und Afrika-Exporte Dr. Hans-Günter Hilgers,dem das Ministerium zu lange vertraut hatte. Jahrelang gaben sich Epplers Beamte mit frisierten „Erfolgsgeschichten" aus Gabun zufrieden statt Hilgers Tätigkeit vor Ort zu überprüfen. Erst als Hilgers Kollegen in Gabun, Michael Heinze und Dr. Joachim Gantzer, auspackten, flog „der Schwindel" (Heinze) auf. Der Arzt wurde gefeuert.

Projektleiter Hans-Günter Hilgers hatte sich nur wenig um Gabuns Bevölkerung gekümmert, wo auf 30.000 Menschen nur ein Zahnarzt kommt. In den drei Kliniken wurden durchschnittlich nur drei bis sieben Patienten am Tag verarztet. Und das nur notdürftig, weil es schon an den einfachsten zahnmedizinischen Handwerkszeugen fehlte. Entwicklungshelfer Michael Heintze: „Die Zähne mussten wir bei Taschenlampenlicht ziehen." In vier Jahren wurden auf den drei Stationen lediglich acht Wurzelfüllungen vorgenommen, jedoch 1.236 Zähne gezogen.

Dr. Hans-Günter Hilgers zog seinen ärztlichen Pflichten das süße, exotische Leben unter Palmen mit vielen schwarzen Frauen vor. Für derlei Lebenswandel schwatzte der passionierte Sportflieger den Bonner Bürokraten das Geld für den Kauf einer zweimotorigen Sportmaschine vom Typ „Piper Aztec" ab. Joachim Gantzer: „Hilgers verschwendet die Steuer- und Spendengelder, um seine Begierden zu befriedigen, seine Sucht nach Sex. Das Flugzeug ist Luxus, denn unsere drei Stationen in Libreville (578.000 Einwohner), Lambarène und Mouila sind mit

Linienmaschinen gut zu erreichen.“ Inzwischen hat auch Erhard Epplers Ministerium eingesehen, dass diese Anschaffung nicht sinnvoll war. Seit Dezember 1972 – also über ein Dreiviertel Jahr – steht das Fleugzeug unbenutzt herum.

Auch für den Erwerb von Fahrzeugen saß das Geld wie selbstverständlich aus dem Entwicklungs-Etat locker. „Drei Autos und ein Klinomobil stehen auf einem Bauplatz in Libreville herum, verrotten“, spottet Entwicklungshelfer Heintze empört. Sein Projektleiter Hilgers prahlt dagegen: „Wir werden am Unabhängigkeitstag (17. August 1960 von Frankreich) mit allen Wagen vor dem Präsidenten und seinem Frauen-Stab vorbeidefilieren.“ Männer-Stolz in Afrika.

Doch mittlerweile – gerade zu über Nacht passiert – legt Gabuns Regierung auf deutsche Parademarsch-Begleitung keinen Wert mehr. Sie ist auf den Bonner Entwicklungs-Experten nicht mehr gut zu sprechen. Hilgers Vorliebe für schwarze Frauen, sie wie „Frischfleisch zu behandeln und zu vögeln“ (Michael Heintze), hat ihn in Verruf gebracht. Denn drei seiner Lehrmädchen hatten sich beim deutschen Botschafter Otto Wallner beschwert. Der Zahnarzt habe sie zur Liebe gezwungen. Beatice Idela Tieko in ihrem Brief an Botschafter Otto Wallner: „Im Dschungel hat er mich mehrere Male vergewaltigt. Er sagte zu mir: Wenn du nicht willig bist, musst du von der Klinik weggehen. Hier machen alle Mädchen die Beine breit, wenn ich das will.“ Marie-Odette Mounanga: „Er behandelt mich wie eine seelenlose Sklavin. Er will immer nur, dass ich in auf die Knie gehe, damit er mich von hinten heftig stoßen kann. Dabei zieht er nicht einmal seinen weißen Kittel aus.“ Dazu der beschuldigte Zahnarzt Hans-Günter Hilgers abwehrend: „Alles nur Verleumdungen, um Geld zu kassieren, weiter nichts.“

Gleichwohl schaltete sich mittlerweile Gabuns Regierung ein; für derlei Sexual-Vorkommnisse bis dato ein ungewöhnlicher Vorgang - noch. Doch spätestens, als sich Hilgers bei seinen manischen Frauen-Trips auch noch unbedacht als Lehrmädchen Augustina Mboumba, eine Verwandte des Außenministers heranmachen wollte, verlangte Außenminister Georges Rawiri (*1932+2006) die sofortige Ablösung des Projektleiters. Aufgebracht, beleidigt, in seiner Ehre gekränkt schleuderte er Bonner Diplomaten entgegen. „Frauen kann man doch in Deutschland vergewaltigen, hier bei uns in Gabun niemals.“ Der Botschafter erwiderte: „Auch in Deutschland geht das inzwischen nicht mehr ohne weiteres. Da sind bald die Feministinnen an der Macht. Die schneiden ihm mal kurz den Schwanz ab. Damit hat es sich dann.“ Deutsche Regierungsgespräche in den siebziger Jahren in Zentral-Afrika.

In Wirklichkeit hatte der Diplomat versucht, durch sein vordergründiges Eingeständnis die Affäre herunterzuspielen. Entwicklungshelfer Michael Heintze weiß auch warum. Die siebziger Jahre waren nämlich weltweit noch keine autonomen Frauen-Jahre auf dem Weg zu ihrer Würde, Gleichberechtigung, Frauen-Wahrnehmung, Männer-Anstand. „Der Botschafter sagte mir sinngemäß: Ob in Europa oder in Afrika, nun wir sind doch alle Männer. Ich möchte nicht wissen, welcher Zahnarzt in Deutschland nicht mit seiner Helferin schläft.“

Immerhin: Seit dem Jahre 1998 ist der Tatbestand der Vergewaltigung ein besonders schwerer Fall der sexuellen Nötigung. Hat der Täter (erniedrigende) sexuelle Handlungen an dem Opfer vorgenommen … lautet der Urteilstenor auf Verurteilung wegen Vergewaltigung. Der Strafrahmen sieht (regelmäßig) Freiheitsstrafen von mindestens zwei und höchstens 15 Jahren vor. – Fortschritt.

SPD-PRESSE – FREIHEIT, DIE SIE MEINEN

Ausverkauf auf dem Medien-Markt – Totengräber von 21 Zeitungen

stern, Hamburg 01. März 1973/ 28. Juni 1973 / 12. März 2009

Vor 27 Jahren begann in Hannover die steile wie stille Karriere des Parteischatzmeisters und Konzern-Chef der SPD-eigenen Presseorgane Alfred Nau (*1906+1983). Er war Jahrzehnte lang eines der wichtigsten Mitglieder, eine Art „graue Eminenz" der westdeutschen Sozialdemokratie, unnahbar aber auch seltsam unauffällig. Und nun, ausgerechnet wieder in Hannover, soll Alfred Nau, der sich zudem mit dem Titel eines Ehrenpräsidenten der Sozialistischen Internationale schmückt, auf dem Parteitag im April 1973 entmachtet werden.

Der Grund: Die Parteibasis verübelt dem Totengräber von 21 SPD-Zeitungen, dass sein selbstherrlicher Umgang mit den eigenen Blättern die Forderung der Sozialdemokraten nach mehr Mitbestimmung für die Journalisten unglaubwürdig macht. SPD-Medien-Experte, der Staatsrechts-Professor Erich Küchenhoff (*1922+2008) aus Münster konstatierte: „Das Parteivolk ist wütend auf den Alfred Nau .Das Maß ist voll." In einem Antrag fordern die Nau-Kritiker in der SPD die Parteitagsdelegierten auf, „die Verantwortlichkeit für den in der Partei zugehörigen Medienbereich vom Amt des Schatzmeistes zu trennen." Im Übrigen könne Alfred Nau sich über wichtige Parteiämter nicht beklagen. Schließlich sei er Ehrenpräsident auf Lebenszeit der Sozialistischen Internationale (SI). Zudem führe er über in der parteieigenen finanzkräftigen Friedrich-Ebert-Stiftung maßgeblich Regie. Ämterhäufung, Nau-Jahre.

Nur – der jüngste wirtschaftliche Zusammenschluss der bürgerlich-konservativen Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ, Auflage 183.000) , mit der SPD-eigenen Neuen Hannoverschen Presse (NHP, Auflage 92.000) hat den Zorn der Parteimitglieder auf Alfred Nau zusätzlich angeheizt. Denn die SPD tritt in ihren medienpolitischen Beschlüssen für die Sicherung über Meinungsvielfalt – und nicht etwa für Pressekonzentrationen ein.

Was für alle anderen Verleger zutreffen soll, will Alfred Nau für die SPD-Zeitungen nicht gelten lassen, denn der sozialdemokratische Pressezar glaubt, trotz der wirtschaftlichen Kooperation der beiden Zeitungen in Hannover „die redaktionelle Unabhängigkeit der NHP" sichern zu können. Doch Alfred Nau hat seinen Genossen nicht verraten, dass es in Hannover nicht nur um die wirtschaftliche Zusammenarbeit geht, sondern dass auf dem Vertriebssektor und dem Anzeigengebiet ein Markt beherrschendes Monopol entstanden ist. Das Schweigen des Schatzmeisters ist verständlich, denn der Medienbeschluss seiner Partei lautet: „Zusammenschlüsse von Zeitungs- oder Zeitschriftenverlagen … können untersagt werden, wenn die Informations- und Meinungsfreiheit durch diese Fusion gefährdet oder beeinträchtigt, der Wettbewerb beschränkt oder die Entstehung Markt beherrschender Unternehmen begünstigt wird."

Inzwischen ermittelt die niedersächsische Landeskartellbehörde gegen die neue Verlagsgesellschaft, weil nach dem Willen der HAZ-Verlegerin Luise Madsack (*1910+2001) die Anzeigenpreise des Pools um 60 Prozent erhöht werden sollen. Ministerrat Dr. Wehner, Kartellreferent im niedersächsischen Wirtschaftsministerium: „Wir müssen jetzt überprüfen, ob hier ein Markt beherrschender Missbrauch vorliegt."Zwar gestand Alfred Nau vor dem hannoverschen Bezirksvorstand der SPD: „Kartellrechtlich ist unsere Sache bedenklich." Dich der sozialistisch-orientierte niedersächsische SPD-Chef Peter von Oertzen (*1924+2008) zeigte Verständnis Gesinnungsfreunden versuchte er das Anzeigen-Monopol als „linke" Politik zu

verkaufen. Peter von Oertzen: „Jetzt werden die Geschäftsleute durch höhere Anzeigenpreise ausgebeutet."

Herbe Kritik handelt sich Alfred Nau für seine Geschäftspolitik auch bei den Experten der SPD-Bundestagsfraktion ein. In einer gemeinsamen Resolution bemängelten sie, „dass die Verantwortlichen für die SPD-Presse offensichtlich nicht bereit sind, sichtbare Zeichen für eine solide Medienpolitik zu setzen." Denn „alle ehrlichen Bemühungen der Medienpolitiker der Partei müssen unglaubwürdig werden, wenn – wie in Hannover – mit rein wirtschaftlichen Motiven eine Fusion vollzogen wird." Und der Kommunikations-Wissenschaftler, SPD-MdB Peter Glotz (*1939+2005) kritisiert die mangelnde Zusammenarbeit in der Partei: „Wir beziehen an der Front Prügel für Unternehmens-Entscheidungen, von denen wir nichts wussten und die wir auch nicht zu verantworten haben." Sein Kollege Björn Engholm (SPD-Chef 1991-1993) fürchtet, dass die Genossen in der Diskussion um das geplante Presserechts-Rahmengesetz das die Mitbestimmungsrechte der Redakteure ausweiten soll, keinen leichten Stand haben werden: „Wir Sozialdemokraten gehen mit einer relativ schweren Hypothek in diese Debatte."

Die Hypothek wird noch schwerer, wenn erst eine wirtschaftliche Kooperation zwischen der SPD-eigenen Westfälischen Rundschau und den CDU-nahen Ruhr-Nachrichten in Dortmund vollzogen ist. Obwohl sich die Westfälische Rundschau vom Partei-Stallgeruch befreien konnte und mit einer Auflage von rund 250.000 Exemplaren zu den großen deutschen Tageszeitungen zählt, will Nau-Gehilfe Alois Hüser, Geschäftsführer der SPD-Presseholding auf dem Vertriebssektor und dem Anzeigengebiet mit dem CDU-Blatt zusammenarbeiten. Ihm geht es dabei ums Geld. SPD-Chefredakteur Günter Hammer wehrt sich: „Der Hüser denkt nur an den Profit. Die SPD ist doch kein Konzern, der Margarine verkauft." Erbost schimpft Günter Hammer über Parteifunktionäre: „Die reden uns immer ein, wir sollten eine Zeitung machen, wie der Vorwärts. Selbst lesen sie aber die BILD-Zeitung. Ich habe dem Nau gesagt, mit solcher Pressepolitik wollen wir nichts mehr zu tun haben. Denn unsere Zeitung ist gesund."

Freileich: Noch will sich Alfred Nau zu dem Expansions-Plan einer wirtschaftlichen Kooperation in Dortmund nicht bekennen. Ihm fehle der Mut, flüstert es in den Vorzimmern der SPD-Baracke zu Bonn. Erst nach dem Bundesparteitag in Hannover im April 1973 will er die bereits eingefädelte Zusammenarbeit bekanntgeben. Im Augenblick überlegt der matt wirkende Nau, ob er überhaupt noch einmal für das Amt des Schatzmeisters kandidieren soll. Denn nach Hochrechnungen der Partei-Strategen in der Zentrale, würden sich von 435 Delegierten 230 gegen Alfred Nau aussprechen. Deshalb will der Kassierer eine erneute Kandidatur von dem Votum des Parteivorsitzenden Willy Brandt (1964-1987) abhängig machen. Ein Nau-Berater:"Er wird nur noch antreten, wenn Willy Brandt seine volle Autorität einsetzt." Die hatte er auch immer bitter nötig, wenn es um seine Wiederwahl ging. Alfred Nau überlebte jedenfalls noch so manche Parteitage mit ihrem Anti-Nau-Gebell in seinem Amt.

Letztendlich wollten die Genossen auch kein öffentliches Gezänk, keine öffentlich ausgetragenen Diadochen-Kämpfe mehr um das mittlerweile leidige Thema im die Presse- und Meinungsfreiheit inszeniert wissen. Stattdessen wollten sie lieber wieder mehr Zucht wie Ordnung in den eigenen Reihen. Nach der Devise, „lieber bedeutungslos , aber bequem" soll selbst das sich aufsässig mausernde SPD-Organ Vorwärts (1876 von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever gegründet) fest an die Kandare genommen werden. – Pressezensur.

Der für „Pressefragen" verantwortliche Partei-Vize Heinz Kühn (*1912+1992) wird in Zukunft den Redakteuren regelmäßig Nachhilfe-Unterricht in der Darstellungsform der SPD-Politik geben und mahnend den Zeigefinger erheben, wenn die Zeitung von der offiziellen

Parteilinie abweicht; Aktion „Schere im Kopf“ – innere Zensur auf Raten. Ausgerechnet der CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag und nicht etwa der Vorwärts-Redaktion erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident (1966-1978), wie er sich seine Rolle als Herausgeber vorstellt. Heinz Kühn kritisierte einen Vorwärts-Artikel über die Polizeiaktionen gegen die maoistische KPD. Dabei versicherte er den Volksvertretern, er sei notfalls auch bereit, selber zur Feder zu greifen, damit „in der gleichen Ausgabe auch gegenteilige Standpunkte publiziert werden.“

Noch vor eineinhalb Jahren war Heinz Kühn ganz anderer Meinung gewesen. Als damals der neue Chefredakteur Gerhard E. Gründler (zuvor Tageszeitung Die Welt und Magazin stern) das Experiment wagte, die in der Öffentlichkeit kaum beachtete Wochenzeitung mit kritischen Kommentaren, Reportagen und Analysen aufzupolieren, auch vor Denk-Tabus in der eigenen Partei nicht zurückschreckte, lobte Heinz Kühn „die Vitalität und interessante Berichterstattung“.

Zwar will der Partei-Vize auch heute kein „Zensor des Blattes“ sein, doch er greift in die tägliche Redaktionsarbeit ein. Nachdem ihn Genossen alarmiert hatten, der vorwärts wolle untersuchen, wie sich Hamburgs Innensenator Heinz Ruhnau (1965-1973) auf die Jagd nach Partei-Pöstchen „Wettbewerbsvorteile“ erschlichen habe, zitierte er den Redakteur Peter Ruthmann in die Bonner NRW-Landesvertretung. Ruthmann versetzte den Ober-Genossen und erschien nicht zum Rapport. Verärgert wies Heinz Kühn den amtierenden Chefredakteur Hermann Schüler an, den Artikel nicht zu veröffentlichen. Vorwärts-Reporter Claus Lutterbeck klagt: „Wir stecken in einem Dilemma. In der Öffentlichkeit gelten wir als Vorstandsjubler, aber parteiintern beziehen wir laufend Prügel.“

Tatsächlich ist die Vorwärtsmannschaft bei der SPD-Spitze in Ungnade gefallen. So beklagte sich Parteichef Willy Brandt darüber, dass die Zeitung immer wieder exklusiv über personelle Rangeleien in der SPD berichte. Und besonders unwirsch reagierte er, als ihm das Parteiorgan auch noch vorhielt, er hätte zum amerikanischen Bombenkrieg in Vietnam (1965-1976) nicht schweigen dürfen. Der gewichtige Herbert Wehner, (Chef der SPD-Bundestagsfraktion, 1969-1983) will mit der Redaktion überhaupt nichts mehr zu tun haben. Ihm passt der ganze Kurs nicht. Mehrere Briefe von Chefredakteur Gründler ließ er unbeantwortet. Demonstrativ trat Wehner nach dem letzten Parteitag im April 1973 in Hannover als Herausgeber des Blattes zurück. Von der Möglichkeit, im Parteiorgan selbst Stellung zu nehmen, macht Onkel Herbert schon seit Langem keinen Gebrauch mehr. Statt dessen schreibt er in der konservativen Augsburger Allgemeinen und im Kölner Boulevard-Blatt Express.

Auch Verteidigungsminister Georg Leber (1972-1978) hat mit dem Hausblatt nichts mehr im Sinn. Als er öffentlich mit den Kriegsdienst-Verweigerern abrechnete, belehrten ihn die Genossen Redakteure, die Ablehnung des Waffendienstes sei keine Ausnahme, sonder ein Grundrecht. Leber reagierte erbost: „Ich werde mich an die richtige Stelle wenden. Verlasst euch drauf. So geht das nicht mehr weiter.“ Auch Bundestags-Vizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen (*1923+1979) ereifert sich: „Das ist doch nur ein sozialdemokratischer Bayernkurier.“ Und der Chef der Kanalarbeiter-Gruppe, den Hinterbänkler im Parlament, Egon Franke (*1913+1995) fauchte launisch. „Das Blatt ist für die Genossen nicht mehr lesbar“ – Dabei kramte er die Bild-Zeitung aus seinem Abgeordneten-Pult hervor.

Nur beim Parteivolk hat das Blatt an Boden gewonnen. Die verkaufte Auflage stieg von 30.000 Exemplaren 1971 auf inzwischen 55.000. Doch diese stolze Bilanz muss die Redaktion der Öffentlichkeit verheimlichen. Denn vorwärts-Verleger und Parteischatzmeister Alfred Nau hat es bisher beharrlich vermieden, ehrliche Auflagenzahlen zu nennen. So bezifferte er 1966, als das Blatt

einen Tiefpunkt erreicht hatte, die Auflage auf 64.000. Tatsächlich werden nur 13.000 Exemplare verkauft.

Nunmehr berechnet der Verlag die Anzeigenpreise nach einer um rund 16.000 Exemplare überhöhten Auflagenzahl von 71.500 Exemplaren. Verlagsprokurist Oswald Röhnelt verharmlost Naus Zahlenspiele: „Das kann sein. Vielleicht hat sich irgendein Sachbearbeiter bei der Berechnung versehen.“ Und der Neu-Verleger Heinz Kühn stellt sich unwissend. „Ich kann das weder bestätigen noch dementieren.“ Kühns mangelhafter Informationsstand ist sogar nachvollziehbar, Denn selbst Willy Brandt gewährt Alfred Nau nur flüchtigen Einblick in die Buchführung.

Verständlich, dass der wöchentlich erscheinende vorwärts als Zensur-Objekt der Partei-Oberen 1989 eingestellt wurde, zu langweilig, zu unappetitlich daher kam. Kritischer Journalismus in der SPD war seit jeher unerwünscht, immer schon hinter vorgehaltener Hand verpönt. Verständlich auch, dass ausgerechnet ein Herrenreiter namens Uwe-Karsten Heye („Ich liebe nun mal Pferde und erzähle euch Geschichten vom Peerd“) im Jahr 2006 dem neuen vorwärts als monatliche Mitglieder-Zeitung einen modernen „Life-Style“-Charakter verordnete. Schick in der Aufmachung, todschick in der Tiefdruck-Vierfarb-Fotografie – eben neureich auf Glanzpapier, dem manierlichen Zeitgeist-Attitüden der Berliner Republik eingepasst. Verständlich auch, dass der „rédacteur en chef“ im feinsten Zwirn mit Anstecknadel überall dabei ist, eben ein gern gesehener Aperitif-Gast bei so manchen Berliner Vernissagen. Uwe-Karsten Heye (1998-2002 Regierungssprecher von Bundeskanzler Gerhard Schröder) hat sich halt vorgenommen, überall sein telegenes, braun gebranntes Gesicht vorzuzeigen – und das nicht nur, wenn es um Ausländer-Hass in diesem Lande geht. Sein Gesicht zeigt Heye gern in Hamburgs Edelherberge Hotel Atlantik (Einzelzimmer 200 Euro pro Nacht) mit Blick auf die Außen-Alster inklusive. Genau, genau dort im Foyer, soll es schon, so wird berichtet, vorgekommen sein, dass Heye sich mit Hotel-Gästen „en passant“ über Armut in Deutschland unterhalten hat. – Die vorwärts-Gründer Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclecer – verfolgt, verraten, verarmt , unbeugsam – würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie es denn könnten.

2. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzichte Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung

DIE POLITIK-KARRIERE DES SPD-GENOSSEN KARL WIENAND: GELDGIER PFLASTERT SEINEN WEG - BETRUG, BESTECHUNG, SPIONAGE

Ein "vaterlandsloser Geselle" zu Bonn - Karl Wienand (SPD-MdB 1953-1974) war als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion der Vertraute von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Fraktionschef Herbert Wehner in den siebziger Jahren; eine Art Schaltzentrale im Machtapparat am Rhein. Er war überall dabei, wenn es um hochbrisante Entscheidungen ging, zog verschmitzt die Fäden. Dabei steckte sich Wienand Millionen-Beträge aus dunklen Kanälen zunächst unbemerkt in eigene Taschen. Allein von der DDR-Staatssicherheit kassierte er für seine Spionage-Tätigkeit einen Agentenlohn von 1,5 Millionen Mark. - Partei-Karrieren

stern, Hamburg 25. Januar 1973

Der Arbeitersohn Karl Wienand aus den einfachsten Verhältnissen kommend wurde im Jahr 1926 in Lindenpütz im Westerwald geboren. Nach dem Studium von Jura und Volkswirtschaft begann Wienands berufliche Laufbahn beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Mit 26 Jahren saß er als jüngster Abgeordneter für die Sozialdemokraten bereits im Deutschen Bundestag. Von März 1967 bis Ende August 1974 war Karl Wienand einflussreicher Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehners (*1906+1990) Vertrauens-"Mann für heikle Fälle". Nach Ansicht des Historikers Arnulf Baring zählte Wienand zum Kernbereich der SPD/FDP-Koalition (1969-1982), zur Handvoll ihrer wichtigsten Figuren" in der Republik.

Im Jahre 1971 wies der stern dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand nach, als Lobbyist der inzwischen pleite gegangenen Charterfluggesellschaft Paninternational hohe Geldsummen eingeheimst zu haben. Doch erst jetzt - mit 15 monatiger Verspätung - beginnen die Sozialdemokraten allmählich Konsequenzen aus dem peinlichen Fehlverhalten ihres Spitzen-Genossen zu ziehen.

Noch während sich Karl Wienand auf dem Pariser Treffen der Sozialistischen Internationale als Abgesandter Willy Brandts (Präsident 1976-1992) im Kreise der Parteiführer wichtig vorkam, ging es ihm an der politischen Heimat an die Substanz. Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Essen sprachen ihn Dreiviertel der Delegierten das Misstrauen aus und wählten ihn als Mitglied im Landesvorstand ab - zum Abschuss freigegeben. Wienand-Freund und SPD-Bundestagsabgeordneter Bernhard Bussmann (1969-1980): "Die Paninternational-Affäre hat ihre Spuren hinterlassen. Für Karl ist es schwer, in der Partei wieder Fuß zu fassen."

Bussmann wird recht bald behalten. Schon im März 1973 will die vom Düsseldorfer Ministerpräsidenten Heinz Kühn (1966-1978; *1912+1992) angeführte Anti-Wienand-Fronde zum nächsten Schlag ausholen und den ins Zwielicht geratenen treuen Gehilfen des SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner (1969-1983) als Vorsitzenden des mitgliederstarken Parteibezirks Mittelrhein ablösen. Sein Nachfolger soll der Bonner Parteifunktionär Rudi Maerker (Stasi-Informant aus dem SPD-Apprate 1968-1987 *1927+1987) werden. - Auch dieser Journalist genoss das besondere Vertrauen der SPD-Spitze um Willy Brandt und Herbert Wehner.

Einen Monat später auf dem Bundesparteitag der Sozialdemokraten in Hannover (10.-14. April 1973) , soll Karl Wienand auch seinen Sitz im Parteivorstand verlieren. Als Gegenkandidat steht der profilierte Parteilinke und niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen (*1924 +2008) bereits fest. Der Juso-Vorsitzende Wolfgang Roth (1972-1974) ist siegessicher: "Wenn Wienand in Hannover kandidiert, gibt es Krach. Außer einigen hartgesottenen Opportunisten stimmt in der Partei keiner mehr für ihn."

Aber nicht nur in der Partei , auch in der Bundestagsfraktion muss Karl Wienand um seine politische Existenz arg kämpfen. Die Hinterbänkler mit dem einflussreichen Minister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke (1969-1982: *1913 +1995) an der Spitze haben ihn als Verbündeten fallen gelassen und ihm ihre Unterstützung für eine neue Kandidatur als Fraktionsgeschäftsführer aufgekündigt. Sein schärfster Rivale in der Fraktion ist der bayerische Landgerichtsrat und Abgeordnete Hans de With (1969-1994). Als Vize-Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Pan International" (1972-1974) zählte de With zu jenen unbeirrbaren Volksvertretern, vor denen sich Wienand mit seinen Machenschaften, Absprachen und Berater-Verträgen zu verantworten hatte. Hans de With: "Ich kann Wienands Akten sehr genau."

Obwohl Karl Wienand mit dem Rücken zur Wand steht, will er nicht aufgeben. Er baut auf seinen Schutzpatron Herbert Wehner, mit dessen Hilfe er bis zur Abfuhr in der NRW-Metropole Essen alle parteiinternen Versuche, ihn um Amt und Einfluss zu bringen, überstanden hat. So verdankt Karl Wienand seine Rückkehr in den Deutschen Bundestag allein dem SPD-Fraktionschef, der ihm gegen den Willen von Heinz Kühn ("Ich bin gegen Wienands Kandidatur") noch den sicheren 12. Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der SPD verschaffen konnte. - Parteikarrieren.

Unterstützung erhofft sich der gebeultete Wienand auch von Bundeskanzler Willy Brandt und Finanzminister Helmut Schmidt. "Brandt und Schmidt haben volles Vertrauen zu mir. Sonst hätte ich bei der Regierungsbildung nicht ein paar Staatssekretärsposten angeboten bekommen."

Postscriptum oder Etappen des SPD-Kriminellen Karl W.

- 1971 Verstrickung in die Affäre um die Charterfluggesellschaft Paninternational. Bei einer Notlandung eines Flugzeuges auf
- der Autobahn nach Hamburg starben 22 Menschen. Karl Wienand, der Beraterhonorare erhielt, wurde vorgeworfen, die Fluggesellschaft vor einer Prüfung durch die Luftfahrtbehörde geschützt zu haben. Ein Bundestags-Untersuchungsausschuss befasste sich mit diesem Sachverhalt. Er kam jedoch im Parteienstreit zu keiner abschließenden Bewertung. Der Verdacht von Zahlungen an Wienand in Höhe von 162.500 Mark konnte nicht ausgeräumt werden.
- 1972 -Steiner-Wienand-Affäre: Beim Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt soll Karl Wienand dem CDU-Bundestagsabgeordneten Julius Steiner insgesamt 50.000 Mark dafür gezahlt haben, sich der Stimme zu enthalten. So erklärte es im Jahre 1973 der zwischenzeitlich aus dem Bundestag ausgeschiedene Steiner auf einer Pressekonferenz. Später kam heraus, dass Steiner 50.000 Mark vom DDR-Geheimdienst erhalten hatte. Ob er sich doppelt bezahlen ließ, konnte allerdings nicht geklärt werden.

- 1973 hob der Deutsche Bundestag die Immunität des Abgeordneten Karl Wienand wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung auf.
- 1975 wurde Karl Wienand wegen Steuerhinterziehung - auch für die finanziellen Zuwendungen von Paninternational - zu einer Geldstrafe in Höhe von 102.000 rechtskräftig verurteilt.
- 1990 wegen Autofahrens im angetrunkenen Zustand zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.
- 26. Juni 1996 Verurteilung wegen Spionage zugunsten der DDR zu zweieinhalb Jahren Haft und einer Millionen Mark Geldstrafe. Karl Wienand bestreitet bis dato die Agenten-Vorwürfe. Nach Auskünften des ehemaligen DDR-Geheimdienstchefs Markus Wolf (*1923+2006) stand Wienand seit Ende der sechziger Jahre in Kontakt zur DDR-Auslandsspionage.
- 1997 - mit Urteil vom 28. November verwarf der Bundesgerichtshof die von Karl Wienand eingelegte Revision (AZ 3 StR 114/97), womit das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf rechtskräftig wurde.
- 1999 Begnadigung durch Bundespräsident Roman Herzog (1994-1999). Grund: Wienands Herzerkrankung. Die Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.
- 2002 abermals dreimonatige Untersuchungshaft. Karl Wienand soll in den neunziger Jahren bei der Planung und Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Schmiergelder in Millionenhöhe angenommen haben. Ihm wird neben Beihilfe zur Bestechlichkeit auch Bestechung und Steuerhinterziehung vorgeworfen. Haftverschonung gegen Auflagen (Reisepass und Personalausweis abgeben, darüber hinaus dreimal wöchentlich bei der örtlichen Polizeidienststelle melden), wegen des angegriffenen Gesundheitszustands durch das Oberlandesgericht Köln (Az: 2Ws 409/02).
- 2003 Die Auflagen zur Haftverschonung werden im August vom Landgericht Köln aufgehoben. Der Prozess konnte, wegen des Gesundheitszustandes von Karl Wienand, einen langen Zeitraum nicht eröffnet werden.
- Mit Urteil von 14. Dezember 2004 verurteilt das Kölner Landgericht Karl Wienand zu einer Haftstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wird. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass der 77jährige sich der Beihilfe zur Untreue schuldig gemacht hat. Wienands Rechtsvertreter hatte am ersten Verhandlungstag eingeräumt, dieser habe eine Schwarzgeldzahlung in Höhe von nur einer Millionen Euro im Zusammenhang mit der Kölner Müllverbrennungsanlage angenommen und nicht in Höhe von 2,1 Millionen Euro, wie von der Staatsanwaltschaft behauptet. (*Quelle: Wikipedia 10/2008*)

1974

Lehrlinge in Deutschland: billig und ausgebeutet

Nach den APO-Jahren – nun büffeln sie wieder an den Unis

Bundeswehr – Bargeld, Ehre und Karriere

Axel Springer: nun ade du schöne Welt

Bonner Polit-Affären: „Nur Weiber im Kopf“

Sturmfest und erdverwachsen – so sind die Niedersachsen

Malawi – weiße Herrenmenschen oder Gelder, die im Busch verschwinden

AUSBEUTUNG - "BRAUCHST DU EINEN BILLIGEN ARBEITSMANN, SCHAFF DIR 'NEN LEHRLING AN" - DEN JÜNGSTEN BEIßEN DIE HUNDE.

Bundesrepublik Deutschland in diesen Jahren. In vielen Unternehmen werden Auszubildende von autoritären Lehrherren quasi als Leibeigene misshandelt, als billige Arbeitskräfte missbraucht. Auf der Strecke bleibt die berufliche Bildung mit ihrem fragwürdigen "Dualen System". Dabei fehlt es überall an qualifizierten Fachkräften in diesem Land. Arbeitslos - ohne je gearbeitet oder immer nur den Boden geschrubbt, ohne je ein Schulbuch gelesen zu haben. Schon im Jahre 2015 fehlt es an 45.000 Pädagogen. Rückblicke auf eine eklatante Fehlentwicklung.

stern, Hamburg 29. März 1973 / 05. Dezember 1974

Lehrlings-Alltag in den siebziger Jahren. Der 18jährige Berliner Uwe Moldenhauer, der Einzelhandels-Kaufmann werden möchte, lernt bei der renommierten Feinkostfirma Gebrüder Manns. Doch statt in Betriebs- und Warenkunde ausgebildet zu werden, muss der nur 1,50 Meter große Lehrling Tag für Tag Lastwagen abladen, Warenkartons aufstellen und Bierflaschen sortieren. Moldenhauer: "Bei uns im Geschäft muss ich als Kleinster immer die schweren Kisten schleppen."

Seine Kollegin Sabine Chudzinski ist nicht besser dran. Sie will Verkäuferin werden, aber mit den Kunden von Manns Ladenkette hat sie keinen Kontakt. Ihre Hauptbeschäftigungen sind Putzen ("ich muss immer unsere Teeküche sauber halten") und Lagerarbeiten. Die 17jährige erbost: "Ich bin kein Lehrling, sondern eine billige Arbeitskraft."

Astrid Steckow ist Stift bei der Hamburger Conz GmbH, einer Fabrik für Elektromotoren. Ihr Berufsziel: technische Zeichnerin. Doch die 19jährige lernte nicht nur fleißig am Reißbrett. Sie kämpfte außerdem als gewählte Jugendvertreterin von 100 Lehrlingen hartnäckig für eine bessere praktische Ausbildung im Betrieb und brachte dadurch die Firmenchefs gegen sich auf. Astrid Steckow: "Die Geschäftsleitung ist ungeheuer sauer auf mich, weil ich mich für die Interessen und Probleme meiner Kollegen einsetze." Während der dreijährigen Lehrzeit hat sich die engagierte Jugendvertreterin deshalb bei ihren Lehrherren drei Verwarnungen eingehandelt. Und auf eine Weiterbeschäftigung nach Abschluss der Lehre im April 1975 kann sie nicht hoffen.

Elke Kempken musste während ihrer Lehrzeit als Industriekauffrau sogar die Firma wechseln, um die Ausbildung erfolgreich abschließen zu können. Denn bei ihrem ersten Lehrherrn, der Wäschefabrik Rietz GmbH in Rheinhausen, war sie Mädchen für alles. Fast ein Jahr lang saß sie in der Telefonzentrale und erfuhr nichts über Werbung, Absatzmarkt, Verkauf, Einkauf, Werkstoffe, Bilanzen, Kosten-Kalkulationen oder Finanzbuchhaltung. Auch über das Lohnwesen und die Akkorde hörte sie nichts. Stattdessen musste sie häufig an der Bügelpresse aushelfen und die Fußböden in den Büros wischen. Die 19jährige über ihre Ausbildung: "Meinem Chef war egal, ob wir etwas lernten. Nach zwei Jahren hatte ich es satt, immer nur Hilfsarbeiterin zu sein."

Auf Anraten der Industrie- und Handelskammer kündigten die Eltern das Lehrverhältnis. Bei der Thyssen Niederrhein AG in Duisburg setzte Elke Kempken die Lehre fort. Wegen mangelnder Kenntnisse musste sie allerdings das zweite Lehrjahr wiederholen. Für diesen Zeitverlust machten die Eltern die Rietz GmbH vor dem Duisburger Arbeitsgericht verantwortlich.

Die Richter gaben Elkes Eltern recht und verurteilten die Textilfirma zur Zahlung von 8.000 Mark Schadensersatz.

Doch die Auszubildenden, einst Stifte genannt, haben nur selten den Mut, die Ausbeutungsmethoden der Arbeitgeber vor Gericht zur Sprache zu bringen. Der Berliner Gewerkschaftsfunktionär Bernhard Klein: "Die Lehrlinge haben vor ihren Chefs Angst, weil ihnen Repressalien angedroht werden. Außerdem finden die wenigsten bei ihren Eltern die notwendige Unterstützung, um Konflikte im Betrieb durchstehen zu können." Die Quittung für das Stillhalten kommt am Ende der Ausbildung. So bestanden im Januar 1973 in Gütersloh im Elektrohandwerk 41 Prozent der Lehrlinge die Gesellenprüfung nicht. In der Bundesrepublik fallen jährlich rund 60.000 Lehrlinge durch die Abschlussprüfung.

Lehrlinge sind billiger als ungelernte Arbeitskräfte. Sie verdienen zwischen 150 und 280 Mark - das ist ein Drittel des Hilfsarbeiterlohns. Wie positiv das Geschäft mit den Lehrlingen für die Firmen zu Buche schlägt, ermittelte jetzt eine Sachverständigenkommission unter der Leitung des Berliner Professors und Bildungsökonomen Friedrich Edding (*1909+2002). Den Durchschnittsverdienst im Kraftfahrzeug-Handwerk und im Gaststätten-Gewerbe, bezifferte die Kommission auf 13.000 Mark während der gesamten dreijährigen Ausbildungszeit.

Zwar gibt es auch Großunternehmen, die in den siebziger Jahren bis zu 25.000 Mark in die Ausbildung investieren (2002: pro Jahr 8.269 Euro), aber sie bitten dann die Verbraucher zur Kasse. Die Edding-Kommission: "Auf die Konsumenten werden die Kosten der beruflichen Bildung bei den Preisen für Güter und Dienstleistungen abgewälzt." Doch nur rund 150.000 Jugendliche finden einen Platz in den Lehrwehrstätten der Großindustrie, die über moderne Maschinen und fachlich sowie pädagogisch geschulte Ausbilder verfügen.

Die große Masse von insgesamt 1,3 Millionen jungen Menschen wird in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet, wo der Lehrlingsalltag düster aussieht. Dietrich Winterhager vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Westberlin: "Die meisten Jugendlichen werden nach Regeln ausgebildet, die zum Teil noch aus dem Zunftwesen des Mittelalters herrühren." Drei voneinander unabhängig durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik erhärten Winterhagers These. In der vom damaligen Mainzer CDU-Ministerpräsidenten Helmut Kohl (1969-1976) geförderten Analyse "Lehrlingausbildungs-Erwartung und Wirklichkeit" wird nachgewiesen, dass in Rheinland-Pfalz "in den handwerklichen und kaufmännischen, aber zum Teil auch in den industriellen Ausbildungsbetrieben eine den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen entsprechende Ausbildung nicht gewährleistet wird."

Die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik ermittelte bei einer Meinungsumfrage bei 35.000 Lehrlingen der Hansestadt:

- Nur 36 Prozent der Lehrlinge werden von einem Ausbilder betreut, die restlichen 64 Prozent werden von Gesellen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern angeleitet, oder sie bleiben sich selbst überlassen.
- Nur 31 Prozent der gewerblichen Lehrlinge haben im Betrieb einen Ausbildungsplan.
- 73 Prozent der Lehrlinge werden im alltäglichen Produktionsprozess beschäftigt.

- 30 Prozent der Lehrlinge, die in Akkordabteilungen tätig sind, arbeiten selber im Akkord. Und das Kölner Institut für Sozialökonomische Strukturforschung stellte bei einer Überprüfung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen und Hessen fest:
- Die wöchentliche Arbeitszeit liegt bei 40 Prozent der Lehrlinge über 40 Stunden, davon bei jedem vierten sogar über 43 Stunden.
- 63 Prozent der Auszubildenden werden von ihren Lehrherren als Boten, Putzhilfen, Lastträger und Kaffeeköche missbraucht.
- 56 Prozent der Stifte hatten im dritten Lehrjahr noch keine Zwischenprüfung abgelegt.

Bisher hat der Staat dem Missbrauch, der mit den Lehrlingen getrieben wird, tatenlos zugesehen. Zwar dürfen nach dem Jugendarbeitschutz-Gesetz Stifte zwischen 14 und 16 Jahren nicht mehr als 40 Stunden, über 16 Jahren nicht mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, doch die Vorschriften werden von den Firmenchefs nur selten eingehalten. In den vergangenen fünf Jahren wurden über 300.000 Verstöße gegen das Jugendarbeitschutz-Gesetz registriert. Aber schon die Missachtung des Gesetzes ist weitestgehend ungefährlich. Im gesamten Bundesgebiet stehen lediglich 500 Beamte zur Verfügung, um Vergehen zu ahnden. Die Folge: Nur 4,1 Prozent der Gesetzesverstöße können aufgeklärt werden. Die restlichen 95,5 Prozent bleiben folgenlos.

Im Jahre 1969 versuchte der Gesetzgeber zum ersten Mal, die betriebliche Ausbildung durch das Berufsbildungsgesetz zu bessern. Nach dem Reformmodell mussten die Ausbilder persönlich und fachlich für ihre Lehraufgaben geeignet sein, die Betriebe einen zeitlich gegliederten Ausbildungsplan haben und die Lehrlinge über ihr Berufsbild eingehend informiert werden. Vier Jahre später gibt Bundeswissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi (1972-1974) offen zu: "Das Berufsbildungsgesetz ist in zahlreichen Fällen nicht oder nicht seinem Sinn und Zweck entsprechend angewendet worden."

Neben der betrieblichen Ausbildung ist der Unterricht an den deutschen Berufsschulen ins Feuer der Kritik geraten. Der Hochschullehrer Wolfgang Lempert (Projektleiter am Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung 1964-1995): "Die Berufsschule ist ein Feigenblatt, mit dem die pädagogische Benachteiligung der meisten Lehrlinge nur notdürftig verdeckt wird." Das Hauptübel ist der erdrückende Lehrermangel. In der Bundesrepublik sind 15.000 Planstellen unbesetzt. Und die Personal-Prognosen sehen alles andere als optimistisch aus.

Anno 1998 unterrichteten in Deutschland 110.000 Berufsschullehrer. Weit über 4.000 Planstellen blieben unbesetzt. Für das Jahr 2015 klafft die Ausbildungslücke noch bedrohlicher auseinander. Da dürften nach zuverlässigen Hochrechnungen alsbald 45.000 Pädagogen an Berufs-, Real- und Hauptschulen fehlen. Groteskes aus Deutschland. - Es ist vornehmlich ein vielerorts grassierender Personalmangel, der der wirtschaftlichen Leistungskraft dieser Export-Nation auf hintere Plätze verweisen könnte. Vom Maschinenbau über die Informationstechnik bis hin zur Autoindustrie - überall fehlt es an Ingenieuren, Naturwissenschaftler, Technikern. In klassischen Berufsfeldern wie etwa Dreher, Flugzeugtechniker oder auch Schweißer weist die Arbeitsmarktstatistik oft doppelt so viele freie Stellen aus wie Bewerber. Insbesondere bei den Ausbildungsplätzen übersteigt neuerdings die Zahl der offenen Stellen wieder die der Schulabgänger. Nach Erhebungen des Instituts verursacht der Personal-Mangel jährlich Wertschöpfungsdefizite von 28 Milliarden Euro. Konsequenzen? Im Gegenteil.

So sind die dringend erforderlichen Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt innerhalb eines Jahrzehnts von 5.4 auf 5.1 Prozent gesunken. Und auch dies: In kaum einer anderen Nation diktiert die Herkunft eines Kindes so prägend seinen künftigen Lebensweg wie in Deutschland. Dieses Land leistet sich - noch - den "Luxus", jedes Jahr acht Prozent seiner Jugendlichen ohne Abschluss, ohne Perspektive sich orientierungslos selbst zu überlassen - irgendwo bei irgendwem mal "einzuparken". - "Deutschland verliert an Boden", befand die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Sitz Paris).

Zur mittlerweile Jahrzehnte alten Berufsschulmisere gehörte außerdem, dass sorgsam aufbewahrte Lehrbücher mittlerweile veralten - die Pädagogen überaltert sind. In den Schulfibeln wurde das Berufsleben der 50er Jahre beschrieben - technologische Neuerungen oder gar gesellschaftspolitische Probleme wie etwa die Mitbestimmung am Arbeitsplatz blieben über langanhaltende Epochen einfach unerwähnt. Die Kenntnisse der zumeist über 45jährigen Pädagogen sind weit über 20 Jahre alt. Sie stammen aus der Ära, als die Lehrer die eigene Ausbildung beendeten. Fortbildung, Weiterbildung: Fehlanzeige. Zudem glauben fast 60 Prozent der Jugendlichen, dass sie mit dem in der Berufsschule erworbenen Wissensstand in der modernen Berufspraxis nicht bestehen können. Sie fordern deshalb eine stärkere Berufsbezogenheit der Unterrichtsfächer, mehr Mathematik, Fremdsprachen und politische Bildung.

Nachdem die Berufsausbildung zwei Jahrzehnte vernachlässigt worden ist, will die sozialliberale Bundesregierung (1969-1982) die Reform jetzt vorantreiben. Als Erstes muss dabei die Monopolstellung der 81 Industrie- und Handelskammern sowie der 45 Handwerkskammern bei der Lehrlings-Ausbildung abgebaut werden. Denn noch bestellen und kontrollieren allein die Wirtschaftsverbände die Ausbilder. Und diese Machtposition wollen die Arbeitgeber nicht räumen. Das Berufsbildungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft: Die Unternehmer werden "alle Reformen und Verbesserungen der beruflichen Bildung unterstützen, solange ihre Verantwortung nicht angetastet wird."

Auch die Oppositionsparteien CDU und CSU wollen den Einfluss der Arbeitgeber-Organisationen auf ein Mindestmaß reduzieren und den Industrie- und Handwerkskammern die Kontrollfunktion über die Ausbildung in den Betrieben entziehen, Für die Union fordert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Katzer (1969-1979; *1919 +1996): "Bis 1975 müssen 75.000 öffentlich kontrollierte Lehrwerkplätze geschaffen werden, so dass jeder Lehrling ein Vierteljahr in einer überbetrieblichen Institution ausgebildet werden kann." Kosten des Katzer-Plans: 2,25 Milliarden Mark.

Fred Zander, Parlamentarischer Staatssekretär (1972-1974) im zuständigen Wissenschaftsministerium, will noch einen Schritt weiter gehen. Nach seiner Meinung kann in Zukunft allein der Staat die Ausbildungsinhalte und die Lehrziele bestimmen. Ihm allein soll es vorbehalten bleiben, die Verwirklichung dieser Qualifikationsziele in den Betrieben zu überwachen. Fred Zander, der vor 20 Jahren bei der Kölner Filiale des Volkswagenwerks eine Lehre als Kraftfahrzeugschlosser absolviert hat: "Wenn die Wirtschaft das als eine Machtfrage ansieht, dann ist das ihr Problem. So geht es jedenfalls nicht weiter."

Ein ausgeklügeltes Reformkonzept hat der Staatssekretär noch nicht, aber er will bei der geplanten Reform Vorschläge des Deutschen Bildungsrates aufgreifen, in denen gefordert wird:

- eine berufspädagogische Ausbildung (mindestens 200 Unterrichtsstunden) für hauptberufliche Ausbilder;

- eine mindestens sechsmonatige Grundausbildung für alle Lehrlinge;
- wöchentlich nicht weniger als zwölf Stunden Berufsschul-Unterricht;
- individuelle Förderung für über- und unterdurchschnittlich begabte Jugendliche; eine verstärkte Überprüfung der Einhaltung gesetzlicher Ausbildungsvorschriften.

Sicher ist außerdem: Das Schwergewicht der Berufsausbildung soll von den Betrieben auf die Schulen übergehen. Zanders Motto: "Mehr Kopfarbeit und weniger Handwerk." Die angestrebte Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung in den Gesamtschulen kostet allerdings 30 Milliarden Mark und verlangt rund 280.000 Fachlehrer. Doch die Staatskassen sind leer. Und bisher gibt es nur 39.000 Berufsschul-Pädagogen im gesamten Bundesgebiet.

Einen Ausweg aus der Sackgasse hat der Deutsche Bildungsrat schon 1969 gewiesen. Er will die Betriebe zur Kasse bitten. Sie sollen "Ausbildungsabgaben" in einen gemeinsamen Fonds einzahlen, aus dem dann Firmen, "die Lehrlinge in entsprechender Qualität ausbilden", Zuschüsse erhalten würden. Die Wirtschaftsverbände lehnen diesen Plan ab. Sie wollen nur Geld locker machen, wenn sie auch den Ausbildungsablauf bestimmen können. Hermann F. Sack, Lehrlings-Experte beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT): "Die meisten haben sonst keine Lust mehr, Lehrlinge auszubilden. Denn dann würden die Ho-Chi-Minh-Schreier (*1890+1969; Präsident der Demokratischen Republik Vietnam 1955-1969) Oberwasser bekommen."

Trotz des massiven Widerstandes aus dem Untenehmerlager will Fred Zander den Kampf um eine bessere Lehrlingsausbildung nicht aufgeben. Der Staatssekretär: "Erst wenn ich gar keine Chance zur Reform mehr sehe, würde ich mein Amt niederlegen." - Keine 14 Monate später wurde Zander von seinen Aufgaben entbunden.

Kinder dieser Zeit zu sein bedeutet: die Jugendlichen leben in einer scheinbar perfekt organisierten Gesellschaft, die durch technokratische Wirtschafts- und Verwaltungsabläufe den Menschen total in Griff nimmt. Kinder dieser Zeit zu sein heißt aber auch: Die einst als unumstößlich angesehenen Fundamente der bundesdeutschen Nachkriegs-Gesellschaft sind brüchig geworden. Brüchig deshalb, weil die Normen und Werte nicht mehr stimmen. Die Jahrzehnte lang vorherrschende Formel: Leistung bringt Wachstum und garantiert Wohlstand, wird von immer mehr Menschen radikal in Frage gestellt. Die Norm Leistungsbereitschaft, durch Elternhaus und Schule den Jugendlichen vermittelt, ist schon seit lange instabil geworden. Ein großer Teil der jungen Generation übernimmt die traditionellen Werte nicht mehr. Das Leistungsprinzip, mit dem jeder bisher künftige Erfolge und künftige Gratifikationen verknüpfte, stellt sich zunehmend stärker als Sackgasse heraus. Die vor allem in Mittelschichten vertretene Ansicht, Wohlverhalten, Disziplin und Verzicht werden sich später auszahlen, hat sich als nicht mehr stichhaltig erwiesen.

Das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelte im Jahre 1979, wovor sich die Jugendlichen am meisten fürchten.

- Dass sie nicht den Beruf ergreifen können, den sie möchten (73 Prozent).
- Dass viele von ihnen arbeitslos sein werden (70 Prozent).
- Dass man oft keinen Sinn im Leben findet (40 Prozent).
- Dass man nicht so leben kann, wie man gerne möchte (40 Prozent).

- Dass oft mehr von einem erwartet wird, als man leisten kann (39 Prozent).
- Dass viele durch Drogen gefährdet sind (37 Prozent).

Eben - die Erosion dieser Jahre: Ein Hauptschulabschluss ist keine Garantie mehr für eine Lehre, ein Abitur nicht mehr für ein Studium, ein akademisches Examen bedeutet schon lange nicht mehr Tantieme und Vorstandsposten. Die traditionellen Werte, wonach auf Leistung und Tüchtigkeit eine Prämie stünde, haben heute keine reale Grundlage mehr. Das merken am stärksten die Jugendlichen, weil sie immer noch mit althergebrachten Erziehungsidealen konfrontiert werden. Die Maxime "Ruhe, Ordnung, Sauberkeit, Befehl und Gehorsam" garantiere Leistung und Erfolg, hat in Wirklichkeit zu einem schleichenden Selbstwertverlust geführt - und zwar nicht nur bei den Jugendlichen, sondern auch unter den Erwachsenen.

Szenenwechsel - Schauplätze des schleichenden Selbstwert-Verlustes ist beispielsweise die Dortmunder Gewerbliche Berufsschule III, genauer gesagt, die so genannten "Jungarbeiter-Klassen", in denen Hilfsarbeiter und Arbeitslose zusammengefasst werden. Dabei schien für den Volksschüler Detlef Sorga eigentlich alles klar: Er wollte Fernmeldetechniker werden. Mit seinem qualifizierten Hauptschulabschluss nach dem freiwilligen 10. Schuljahr glaubte der Dortmunder Bergmannssohn sich einer Lehrstelle sicher zu sein.

Detlef täuschte sich. Nach der Schule fand der 16jährige weder eine Ausbildungsstelle noch einen Hilfsarbeiterjob. Alltag in Deutschland.

Sein Klassenkamerad Wolfgang Weber, 16, will technischer Zeichner werden. Der Kranführersohn fand keine Lehrstelle und ist seit vier Monaten arbeitslos. Ulrich Schotte, 16, will Schlosser werden. Auch er hat keine Lehrstelle. Er ist schon vor einem Jahr nach der 9. Klasse von der Volksschule abgegangen und ist seit sechs Monaten arbeitslos. Der Sohn eines Hoesch-Arbeiters bekommt 24,50 Mark Arbeitslosengeld die Woche, weil er inzwischen knapp ein Jahr als Hilfsarbeiter auf der Zeche gearbeitet hat.

Drei von den vielen Arbeitslosen Dortmunder fünfzehn- bis sechszehnjährigen Jugendlichen dürfen nur alle zwei Wochen in der Gewerblichen Berufsschule III die Schulbank drücken. In den "Jungarbeiterklassen", in denen Hilfsarbeiter und Arbeitslose zusammengefasst sind. Alle vierzehn Tage sechs Stunden: Deutsch, Rechnen, Religion. Vielen ist die Berufsschule gleichgültig. Oft sind die Klassen nur halb besetzt. Manche Schüler hat Studiendirektor Major überhaupt noch nicht gesehen. "Was will ich denn machen", fragt er, "Jobs habe ich auch keine. Dass die Jungs da keine Lust haben und aggressiv werden, kann ich verstehen."

Die meisten von ihnen sind arbeitslos, ohne jemals gearbeitet zu haben. Wie Detlef Sorga. Seit vier Monaten ist er auf Stellensuche. Jeden Morgen blättert der Junge in den Anzeigenteilen der Lokalzeitungen oder fragt beim Arbeitsamt nach Gelegenheitsbeschäftigungen. Niemand weiß, wann für den Brillenträger Sorga mit dem Nichtstun Schluss ist, in einem Monat oder auch in einem Jahr. So lungert er tagsüber auf der Straße herum, spielt Fußball, flippert in Spielhallen. Von den Eltern kriegt er zehn Mark Taschengeld die Woche. Arbeitslosengeld bekommt er nicht. Darauf hat nur Anspruch, wer mindestens sechs Monate ununterbrochen gearbeitet hat. Manche seiner Leidensgenossen warten schon am frühen Nachmittag auf Einlass ins "Island", eine Diskothek in der Dortmunder Bahnhofsgegend, wo Nutten und Zuhälter den Ton angeben.

Mit der Jugendarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet ist für Gerhard Ahl, Chef des Dortmunder Arbeitsamtes, "eine Lage entstanden, die es noch nie gegeben hat". Allein in Nordrhein-Westfalen bemühten sich im Jahr 1974 insgesamt 74.000 Jugendliche vergebens um eine Lehrstelle. Doch

nicht nur im Kohlenpott, sondern im ganzen Bundesgebiet sind Ausbildungsplätze rar geworden. Gab es in Industrie und Handwerk noch 1969 rund 640.000 Lehrstellen, so sank die Zahl bis 1972 auf 340.00. Und seit 1985 bis ins Jahr 2.000 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Deutschland von 6,1 Prozent konstant auf 8,0 Prozent.

Und das in einer Republik, in der es spätestens ab dem Jahr 2010 überall an Facharbeitern mangelt. Sinkende Geburtenraten, steigende Lebenserwartungen werden als Gründe dafür genannt. Diese Entwicklung wird sich überdeutlich bei den Jugendlichen bemerkbar machen. In der Tendenz dieser Jahre werden Jüngere immer weniger, die Älteren zunehmend mehr. Trotz fortwährender Arbeitslosigkeit ist ein Fachkräftemangel bereits absehbar. Dort, wo Bildungsplan und Schüler-Bedarfsberechnungen künftiger Generationen zwingend erforderlich sind, überlassen in Deutschland der Bund mit seinen 16 Ländern in letzter Konsequenz die Befähigung junger Menschen dem freien Spiel der Kräfte, Angebot und Nachfrage, Konjunktur oder Rezession entscheiden über Bildungsniveau wie auch berufliche Qualifikation. Das Grundrecht auf Bildung, auf Ausbildung ist längst ausgedünnt worden - wird zunehmend zur Makulatur früherer Jahre.

Hinzu kommt, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in manchen Branchen gravierende Strukturkrisen klassischer volkswirtschaftlicher Kernbereiche offenbarten. Das hat viele Gründe, die da wären:

- Strukturkrisen und Anpassungszwänge wie in der Bauwirtschaft, in der Automobil-, Textil- und Schuhindustrie;
- Rationalisierungen in Industrie und Handel. Seit 1965 verringerten sich die Arbeitsplätze für Verkäuferinnen bereits um 80.000, weil immer mehr Selbstbedienungsläden eingerichtet wurden;
- außerdem haben Industrie, Handel und Handwerk, die jahrelang über Nachwuchssorgen klagten, wegen der geplanten Berufsbildungsreform der sozialliberalen Koalition von sich aus das Lehrstellenangebot reduziert. Otto Wolff von Amerongen (*1918 +2007), Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (1969-1988): "Wenn die Berufsausbildung total verschult und der Betrieb zu einem Restfaktor der Ausbildung degradiert wird, übernehmen wir keine Verantwortung mehr."

Die Folgen: In der Bundesrepublik hatten 1974 rund 200.000 Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren weder Lehrstelle noch Aushilfsjob. Mittlerweile sind mehr als drei Jahrzehnte vergangen: nur die Situation Jugendlicher auf dem deutschen Arbeitsmarkt, ihre berufliche Ausbildungschancen, die haben sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Zahlen für das Jahr 2008: Von den insgesamt 620.000 gemeldeten BewerberInnen fanden nur 292.130 direkt einen Ausbildungsplatz. Etwa weniger als die Hälfte eines Jahrgangs (241.750) suchten sich notgedrungenerweise eine andere Alternative, etwa Jobben, Grundwehr- oder Zivildienst, Praktika. Zudem wurden 81.500 junge Menschen in spezielle ausbildungsvorbereitende Maßnahmen "geparkt". Bilanz dieses Jahres in einer Ära des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland: Nach offizieller Lesart der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit hingegen blieben lediglich 14.500 Jugendliche chancenlos draußen vor der Tür, ohne einen Ausbildungsplatz, ohne die Möglichkeit einer noch so kleinen Qualifikation auf der Strecke. Arbeitslos ist demnach nur jener, der nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachsucht. Die Mehrheit von über Hunderttausenden Jugendlicher hingegen wird von derlei beschönigten Statistiken gar nicht mehr erfasst - fällt durchs Raster.

Denn in der allgemeinen Wirtschaftsflaute haben die Schulabgänger nicht einmal als Hilfsarbeiter eine Chance. Nach dem Prinzip. "Den Jüngsten beißen die Hunde" feuern Unternehmer zunächst ihre Jungarbeiter. Waren sie noch nicht länger als sechs Monate im Betrieb, haben sie nicht einmal Kündigungsschutz. Am schwersten haben es die körperlich noch etwa Zurückgebliebenen und vor allem die Sonderschüler und Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss. Um wenigstens einen Teil der arbeitslosen Jungen und Mädchen von der Straße runterzuholen, organisierten das Arbeitsamt und die Dortmunder Bergbau AG eine Beschäftigungstherapie. Am Stadtrand von Dortmund, in der stillgelegten Zeche Zollern II, dürfen sie acht Stunden am Tag hämmern, meißeln, feilen, malen, backen und kochen - eben Arbeit "spielen", notgedrungenerweise.

Die Teilnehmer an diesem "Gemeinschaftslehrgang zur Erlangung der Berufsreife" bekommen monatlich 300 Mark Ausbildungsbeihilfe. Sie tragen gelbe Schutzhelme mit roten Mittelstreifen. Für den Lehrgangsleiter Fritz Greifenstein ist der rote Streifen das Erkennungszeichen "der Jugendlichen vom Arbeitsamt". Die Lehrlinge und Praktikanten der Bergbau AG auf demselben Gelände haben gelbe und grüne Helme. Nach einem Jahr sollen die Lehrgangsteilnehmer einen Job bekommen. Fritz Greifenstein fürchtet jedoch, dass für mindestens fünfzig Prozent jedes Lehrgangs (150 Teilnehmer) die verrußte Zeche für lange Zeit die einzige "Arbeitsstelle" bleiben wird. weil die Wirtschaft für sie keine Verwendung hat.

Die Berufsberaterin Katharina Torbeck konstatiert mit realistisch Blick: "Unsere Kurse sind natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Jahren so stark aufgetreten ist." Die Lage wird nämlich noch dadurch erschwert, dass jetzt auch die Gymnasiasten mit den Haupt- und Realschülern um die wenigen Lehrstellen konkurrieren. Durch den Numerus clausus an den Universitäten kommen 1974 rund 43.000 Abiturienten nicht zum Studieren. Zwar ist die Bereitschaft, ein Studium zu beginnen, noch wie vor hoch. Gleichwohl geht die Studierneigung schon seit einigen Jahren stetig zurück. Von 100 Abiturienten entschieden sich 2002 noch 73 für den Hörsaal. Zwei Jahre später waren es nur noch 71 - und 2006 wollten gar nur noch 65 Prozent der Abiturienten an die Uni.

Vielen Jugendlichen ist die Wartezeit auf einen Studienplatz zu lang und zu riskant. Deshalb drängen sie in attraktive Lehrberufe im Bankgewerbe und in der kaufmännischen Branche; den Realschülern und den guten Hauptschülern nehmen sie die Plätze weg. Eberhard Mann, Pressesprecher der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg: "Dieser Trend lässt sich nicht aufhalten. Jeder Betrieb sucht sich natürlich die qualifiziertesten Leute aus." Damit wollte der einstige, lang vergessene Bundeswissenschaftsminister Helmut Rohde Schluss machen mit der Bevorzugung der Universitäten und die Stiefkinder der Bildungspolitik aus dem Keller holen. Seinerzeit verkündete Helmut Rohde lauthals: "Für mich hat die berufliche Bildung absoluten Vorrang."

Zukunftsvisionen wurden diskutiert. Sie blieben papierene Skizzen, die nicht einmal den Hauch einer Chance auf Verwirklichung hatten. Bis 1978 wollte der Sozialdemokrat für die berufliche Bildung seiner Lehrling 400 Millionen Mark mobilisieren. Weil aber weder die Länder noch der Bund diese Mittel aufbringen können, sollen die Betriebe zur Kasse gebeten werden und Pflichtbeiträge in einen gemeinsamen Fonds für überbetriebliche Ausbildungsplätze einzahlen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung will bis 1978 angeblich mindestens 50.000 überbetrieblich Ausbildungsplätze schaffen. -Ehrgeizige Pläne.

Doch schon nach sieben Monaten Amtszeit droht Helmut Rohde (1974-1978) wie sein Vorgänger Klaus von Dohnanyi (1972-1974) als Wissenschaftsminister zu scheitern. Die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft, allen voran der Deutsche Industrie- und

Handelstag und FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs (1972-1977) , kündigten bockigen Widerstand gegen Rohdes Projekt an. Die Unternehmer wollen keine "Ausbildungssteuer" zahlen. Und der wirtschaftsliberale Friderichs möchte vor den nächsten Wahlen keinen Streit mit der Industrie riskieren. Zudem hält Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982), Reformen, die die Industrie belasten, ohnehin für nicht mehr realisierbar.

Bildungsplaner in Bonn und in den Länderministerien fürchten aus gutem Grund, dass die Jugendarbeitslosigkeit eher zu- als abnimmt. In den folgenden Jahren drängen die geburtenstärksten Jahrgänge seit 1945 in den Beruf. Dann müssen bis zu 70.000 Jugendliche jährlich mehr als heute untergebracht werden. Nur - die Bundesanstalt für Arbeit, die sich nunmehr mit dem Beinamen einer Agentur schmückt, will diesen über Jahrzehnte pochenden Notstand nicht wahrhaben. Ihr Pressesprecher Eberhard Mann beschwichtigend: "Jugendarbeitslosigkeit gibt es in der Bundesrepublik nicht."

NACH DEN APO-JAHREN - NUN BÜFFELN SIE WIEDER - DER EINZELNE KANN HIER KAPUTT GEHEN

Kampf um Reformen, Kampf für eine neue Gesellschaft, für Gerechtigkeit und Chancengleichheit - das war gestern. Studieren in den siebziger Jahren an den deutschen Universitäten, das heißt: Kampf um den Platz im Hörsaal, Geldverdienen, weil die Studienbeihilfe - BAföG genannt -nicht reicht, Zittern um Zensuren, Angst vor Examen, vor den schlechten Berufsaussichten vielerorts. Denn es gibt zu viele Studenten.

stern, Hamburg 05. Dezember 1974

Seit drei Jahren lebt der Psychologiestudent Jochen Hahne in Zimmer 2223 des Gustav-Radbruch-Hauses, dem Hamburger Studentenheim der Arbeiterwohlfahrt. Wenn der 26jährige Beamtensohn aus Dortmund sich mitten in seine Bude hockt, kann er mit den Armen Bett, Schreibtisch und Bücherbord erreichen. Will Jochen Hahne vom Flur aus telefonieren, meldet er sich bei der Zentrale nicht mit Namen. Er sagt seine Nummer 2223. Jeder im Gustav-Radbruch-Haus hat seine Identifikationszahl. Er ist eine Nummer. Wenn ein Kommilitone Hahne besuchen will und beim Empfang nach Hahne fragt, zuckt der Pförtner nur die Achsel. Erst wer nach Nummer 2223 fragt, erhält die Antwort: "Dritter Stock, vierte Tür links."

Fast jede Woche bekommt Jochen Hahne in Zimmer 2223 den berüchtigten "Heimkoller". Dann will er seine Bücher in die Ecke knallen, das Studium abbrechen und sich einen Job suchen. Doch immer fügt er sich: Als Examenskandidat im 14. Semester muss er noch ein Jahr für die Diplomarbeit pauken. Er bleibt an seine 10 Quadratmeter kleine Bude gekettet, in die er keine Ordnung bringt. Dicke Schwarten liegen kreuz und quer herum, Zigarettenkippen quellen aus den Aschenbechern, klebrige Teetassen stehen auf dem Tisch. Wenn Nummer 2223 über die Türschwelle tritt, steht er auf einem vierzig Meter langen und 1,20 Meter breiten Flur. Die Wände sind blau oder weiß getüncht. 36 Buden sind auf jedem Flur aneinandergereiht. Das Haus ist zwölf Etagen hoch. - Lernfabrik.

"Der Einzelne", sagt Hahne, "kann hier kaputtgehen, ohne dass irgendjemand es registriert. Hier kümmert sich keiner um den anderen." In solch einem Klima dieser Jahre entstand der studentische Sponti-Spruch: "Ich gehe kaputt, gehst du mit?" Die 23jährige Politikstudentin Christiane Berndt vom selben Stockwerk berichtet: "Diese Isolation ist unerträglich. Es ist die gemeinsam erlebte Einsamkeit. Viele fangen an zu saufen oder nehmen Tabletten. Immer wieder gibt's nachts Schlägereien. Manchmal sind die Leute so aggressiv, dass sie mit Flaschen aufeinander einschlagen."

In der Uni heißt das Gustav-Radbruch-Haus "Studenten-Silo". Wie viele Hochschüler in der größten Studentenherberge der Bundesrepublik wohnen, weiß niemand genau. "Für 503 ist ein Zimmer da. Aber es können 700 oder 800 Leute hier leben. Niemand kann das kontrollieren", sagt Hausverwalter Söhnke Hansen. Krawalle im Heim steht Hansen ratlos gegenüber. "Was soll ich machen? Ich habe bisher kaum die Polizei geholt. Sie kann die Konflikte auch nicht lösen. Das Problem ist die Vermassung der Uni. Kaum jemand kennt den anderen. Das schafft Aggressionen."

Im Wintersemester 1974/75 sind an Hochschulen der Bundesrepublik 780.000 Studenten immatrikuliert - 50 Prozent mehr als 1970 und 170 Prozent mehr als 1960. "Der Andrang und die Zulassungsbeschränkungen", berichtet die Hamburger Studenten-Beraterin Ursula Lindig, "haben die Einstellung der 18jährigen zum Studium und das Klima an den Hochschulen total verändert."

Die einst rebellierende akademische Jugend, die sich noch Ende der sechziger Jahre in Berlin, Frankfurt, München, Hannover, Heidelberg mit der Polizei Straßenschlachten lieferte - mal wegen Nulltarif, mal wegen Vietnam, mal wegen Springer - hat heute keine Nachfolger. Aus den früheren Hochburgen der "Gesellschaftserneuerung" sind Lernfabriken geworden. Statt revolutionärer Theorien wird Mathematik gepaukt. Doch auch der romantische Studententyp mit Wichs, Paukboden und Saufgelagen stirbt aus. Die Traditionsstädte Heidelberg oder Tübingen unterscheiden sich kaum noch von den in Beton gegossenen Neugründungen in Bochum oder Bremen.

Ursula Lindig nennt den Grund dieser Entwicklung: "Die Jugendlichen sind nicht mehr so selbstbewusst wie vor acht Jahren. Der Numerus clausus hat sie mit einem Schlag diszipliniert und zu Strebern gemacht." Konnte noch Ende der sechziger Jahre jeder Abiturient studieren, was und wo er wollte, so entscheidet heute allein die Durchschnittsnote des Abiturzeugnisses, ob der Jugendliche zur Hochschule zugelassen wird. Im Wintersemester 1975/75 reicht der Grenzwert von 1,6 (Medizin) über 2,3 (Architektur) bis zu 3,4 Punkten für das Studienfach Lebensmittelkunde. Stärker als früher sind heute die Gymnasiasten von den Zensuren ihrer Lehrer abhängig. Schon eine Notendifferenz von 0,1 kann darüber entscheiden, ob der Pennäler zum Beispiel Elektronik studieren darf oder zum Arbeitsamt laufen muss. Dann muss er drei, manchmal fünf Jahre warten, bis ihm ein Studienplatz zugewiesen wird.

Da der soziale Aufstieg in Deutschland fast nur über ein Universitätsstudium möglich ist, wird schon jeder Abiturient zum Einzelkämpfer, der sich von den Klassenkameraden isoliert. Die Konsequenz : Unter den Primanern ist Gruppenarbeit, wie sie die Oberstufenreform anstrebt, nicht gefragt; es zählen Einzelleistungen, die für den Lehrer ersichtlich sind. In den Wahlpflichtfächern suchen sich die Schüler nicht die Sachgebiete aus, die sie interessieren, sondern wegen der alles entscheidenden Durchschnittsnote die einfachsten oder jene, in denen sie sich der Sympathie des Pädagogen gewiss sind.

Die totale Anpassung der Jugendlichen an ihre Lehrer wertet die FDP-Bildungsexpertin Hildegard Hamm-Brücher (Staatssekretärin in Wiesbaden und im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1967-1972) als einen kapitalen Rückschlag in der Schulpolitik: "Innerhalb weniger Jahre können damit auch die bescheidensten Ansätze für ein chancengerechtes Bildungssystem zunichte gemacht werden." Zum Wintersemester 1974/75 wurden 43.300 Abiturienten von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund abgewiesen. Lediglich 21.700 schaffen den direkt Sprung zur Uni.

Nach dem Motto: "Ich muss hier durch, ich muss meine Scheine machen", übertragen die meisten ihren gedrillten schulischen Ehrgeiz auf die Universität. Wahllos belegen die künftigen Akademiker Fächer-Kombinationen. Kaum einer weiß genau, ob das ausgesuchte Sachgebiet für den späteren Beruf wichtig ist. Eine Umfrage zeigt : 66 Prozent erklärten, in der Schule nicht ausreichend über Studienmöglichkeiten und -bedingungen informiert worden zu sein. Und 33 Prozent der Erstsemestler hatten sich erst nach dem Abitur für ein Studienfach entschieden. So irren die 18jährigen Uni-Neulinge "wie aufgescheuchte Kaninchen zwischen Studentenheim und Hörsaal hin und her", beobachtete der Hamburger Romanistik-Student im 10. Semester Kurt Edler.

Die Psychologen an der Hochschule, die in solchen Fällen Hilfestellung leisten sollen, sind völlig überfordert. Für 30.000 Hamburger Studenten stehen beispielsweise nur acht Psychologen zur Verfügung. Ursula Lindig : "Die meisten Abiturienten haben im fremden sozialen Umfeld Hochschule die Orientierung verloren. Wie sollen sich die Leute auch in diesen Massen

zurechtfinden, wenn sie in der Schule nicht einmal gelernt haben, in Gruppen zu arbeiten?" Der Hamburger Universitätspräsident Peter Fischer-Appelt (1970-1991) klagt darüber, dass die Studenten aus ihrer Unsicherheit heraus zu viele Vorlesungen belegen: "Die Krise für den Einzelnen ist dann unvermeidlich. Er überanstrengt sich und bricht zusammen. Danach finden die Jugendlichen nur schwer den roten Faden des Studiums."

Für manche gibt es kein Danach mehr. In Hamburg ist die Selbstmordquote unter Studenten ein Drittel höher als bei berufstätigen Jugendlichen. Der Göttinger Psychologie-Professor Eckard Sperling (*1925+2007) - (an seiner Universität kommt es "nur" 1,8-mal häufiger zum Freitod als bei anderen Gleichaltrigen in Niedersachsen) ermittelte als Familientherapeut außerdem: 30 Prozent der Studenten in Göttingen sind psychisch gestört.

Kontakt-Schwierigkeiten lagen mit 24 Prozent an der Spitze der Krankheitsskala. 17,5 Prozent klagten über Leistungsabfall oder Versagen, 14,8 Prozent über depressive Verstimmungen, 13,1 Prozent über Sexualstörungen und 12, 8 Prozent über mangelndes Selbstwertgefühl. Jeder fünfte Studienanfänger gibt auf oder verlässt die Universität ohne Examen. Sie sind dem Leistungsdruck nicht gewachsen. Wie stark inzwischen Vorlesungen, Übungen und Klausuren verschult sind, zeigen Beispiele an der Universität Hamburg :

- Bei den Betriebs- und Volkswirten gibt es kein Seminar mehr, in dem das zuvor eingetrichterte Wissen zum Schluss nicht abgehört wird.
- In der Steuerlehre bei Professor Lutz Fischer müssen die Studenten zu Semesterbeginn eine Eingangsklausur schreiben. Diejenigen, deren Ergebnisse unter dem Durchschnitt liegen, werden von dem Hochschullehrer von den Vorlesungen ausgeschlossen.
- Im romanischen Seminar lesen Studenten wie in der Schule den Dozenten Sprachtexte vor, Vokabeln werden gebüffelt und abgefragt.

Nach vier Semestern gibt es Zwischenprüfungen. Studenten, die vom Staat Gelder über das Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG) bekommen, erhalten keine Mark mehr, wenn sie ihr Klassenziel nicht vorschriftsmäßig erreicht haben. Der Romanistik-Student Kurt Edler: "Eine eigenständige Fächerauswahl ist fast nicht mehr möglich, weil wir mit Lernarbeiten eingedeckt sind." Sein Kommilitone Peter Villrock stöhnt: "Zensiert wird hier wie auf der Penne und gesiebt ohne Rücksicht auf Verluste.

Trotzdem steigt die Studienzeit ständig, von durchschnittlich 5,7 Jahre (1970) auf 6,3 Jahre (1972). Der Grund : Gut die Hälfte der 780.000 Hochschüler muss nebenher arbeiten, um das nötige Geld zum Lebensunterhalt zu verdienen. Nach einer Berechnung des Deutschen Studentenwerks betragen die effektiven Studienkosten monatlich 660 Mark. Ein Hochschüler verbraucht heute : Für Verpflegung 250 Mark, für Miete 150 Mark, für Kleidung 50 und für Bücher, Fahrgeld sowie Utensilien 150 Mark. Die Bundesregierung aber erhöhte die Stipendien nur von 420 auf 500 Mark. Die Folge: 312.000 Studenten arbeiten während der Vorlesungszeit. Jede Stunde, die gejobbt wird, muss hinten ans Studium drangehängt werden. Dazu Psychologiestudent Jochen Hahne: "Wenn sich unsere soziale Lage nicht erheblich verbessert, werden wir bald noch länger studieren.

Der doppelte Stress - Leistungsdruck im Hörsaal und Finanznot auf der Bude - entwickelte bei der Mehrheit der Studenten eine "Arbeitnehmermentalität", so das Münchner Sozialforschungsinstitut Infratest. Beispiele: In Marburg, Köln und Hamburg übernahmen

Studenten typisch gewerkschaftliche Kampfformen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie streikten, als in ihren Wohnheimen die Mieten bis zu 37 Prozent herausgesetzt wurden. In Köln und Marburg hatten sie Erfolg. Im Hamburger Gustav-Radbruch-Haus weigern sich die Heimbewohner seit einem Jahr, die von 95 auf 130 Mark erhöhte Miete zu bezahlen. Die Arbeiterwohlfahrt erwägt eine Klage auf Nachzahlung.

Infratest widerlegt auch die landläufige Meinung, Studenten seien mehrheitlich radikal, extremistisch und kommunistisch gesteuert. Zwar billigen 57 Prozent der Studenten der DKP-nahen Hochschulgruppe Spartakus zu, sie trete "am entschiedensten für grundlegende Reformen der bestehenden Verhältnisse an den Universitäten " ein. Doch der Grund für die DKP-Sympathien rührt aus dem Versagen der Hochschulverwaltung. Im Wirrwarr extremistischer Gruppierungen übernahm der Spartakus eine Ordnungsfunktion. Für die Neulinge organisierte er an den Hochschulen eine Studienberatung, bekämpfte die Chaoten und forderte praktische Verbesserungen, die auch von bürgerlichen Parteien stammen könnten, so die Abschaffung des Numerus clausus oder den Ausbau von Laborplätzen.

Auf die Infratest-Frage "Welche Partei steht politisch Ihren Vorstellungen am nächsten?" entschied sich der akademische Nachwuchs dieser Jahre mit noch 45 Prozent für die SPD, 18 Prozent für die FDP, 14 Prozent für die CDU/CSU, 5 Prozent für die DKP. Nahezu 18 Prozent würden keine dieser Parteien wählen. Radikale Aktionen, wie die Störung von Lehrveranstaltungen, werden von der Mehrheit der Studenten strikt abgelehnt.

Vielmehr beschäftigen sich die Studenten mit ihrer beruflichen Zukunft, seit sie befürchten, nach ihrem Examen beim Arbeitsamt vorsprechen zu müssen. In diesem Jahr (1974) fanden 14.000 Absolventen keine Arbeit. Das sind 40 Prozent mehr als 1973. Vielleicht muss die Bundesrepublik bald das schwedische Modell nachahmen: Dort wurde 10.000 Neuexaminierten eine Umschulung auf Handwerksarbeiten nahegelegt.

Der Westberliner Bildungsökonom Professor Hajo Riese sagt für die Bundesrepublik schon in den nächsten fünf Jahren ein akademisches Proletariat voraus, wenn die Universitäten in ihren Ausbildungsgängen nicht vielseitiger würden und den Absolventen damit eine größere Berufswahl ermöglichten. Riese: "Wir wissen seit Ende der sechziger Jahre, dass zu viele Akademiker traditioneller Art ausgebildet werden. Man hat die Hochschule frei nach Schnauze ausgebaut und Kapazitäten geschaffen, ohne zu fragen, welche Berufe die Absolventen später ergreifen sollen."

Schon längst hält der Universitätsausbau mit dem Massenandrang nicht Schritt. In den nächsten fünf Jahren werden sich 130.000 Gymnasiasten vergebens um einen Studienplatz bemühen. Nach einem Geheimpapier der zentralen Vergabestelle für Studienplätze in Dortmund soll sogar 266.300 Pennälern der Weg zur Hochschule verbaut werden. Dabei werden die vorhandenen Studienkapazitäten nicht einmal voll genutzt. Landesrechnungshöfe deckten auf, dass die Hochschulbürokratien der Dortmunder Vergabestelle falsche Platzberechnungen angegeben haben. Beispiele: In Hamburg sind die Nummer-clausus-Fächer Medizin, Mathematik, Biologie und Chemie zu rund 20 Prozent sowie Physik zu 36 Prozent unterbelegt. Die Universitätskliniken Nürnberg und Erlangen reduzieren ihre Ausbildungsplätze für Mediziner sogar innerhalb von vier Jahren um 50 Prozent. Der Verdacht drängt sich auf, dass die Mediziner ihren Berufsstand bewusst gegen zu zahlreichen Nachwuchs abschirmen.

Wurden die Eltern in den sechziger Jahren noch ermuntert, ihre Kinder aufs Gymnasium zu schicken ("Bildung ist Bürgerrecht"), so fürchtet sich der Staat heute vor einem Akademiker-

Boom. Selbst die Sozialdemokraten befinden sich jetzt auf dem Rückzug. Der Numerus clausus wird von ihnen jetzt nicht mehr bekämpft, sondern ins politische Kalkül eingeplant. Wissenschaftsminister Helmut Rohde (1974- 1978) will die Akademikerzahl dem Arbeitsmarkt anpassen. "Der Tankwart mit Hochschulabschluss wird vom Betroffenen nicht als vernünftiges bildungspolitisches Ziel, sondern als eine schlichte Katastrophe im Berufsleben empfunden."

Bildungsökonomen wie der Berliner Friedrich Edding (*1909+2002) und der Heidelberger Georg Picht (*1913+1982) wollen das Abitur als Zulassungsvoraussetzung für das Hochschulstudium abschaffen. Ihre These: Studieren soll nur noch, wer einen Beruf erlernt hat. Friedrich Edding: "Der Arbeitnehmer sieht dann viel eher, ob die Qualifikation, die er erwerben will, gerade gefragt ist."

BUNDESWEHR IM GLEICHSCHRITT MARSCH - BARGELD, EHRE UND KARRIERE

Auf dem Truppenübungsplatz Münsingen lässt ein Schäfer seine Herde weiden. Doch die friedliche Idylle täuscht. Denn im Manöver wird hier scharf geschossen und hart gedrillt. Die Bundeswehr, vor Jahren noch als lascher Haufen, hat sich zur schlagkräftigen Truppe entwickelt. Nach Ansicht des Wehrbeauftragten des Bundestages ist dabei allerdings die Innere Führung unter die Räder geraten. Dabei sollte die Bundeswehr eine demokratische Armee werden. Doch zum Vorbild wird immer die alte deutsche Wehrmacht. Nur eine Sorge ist er los: Die Armee ist keine Hammelherde mehr. In Wirklichkeit bildet sie eine Elite aus.

stern, Hamburg 26. September 1974

Sie sind Anfang zwanzig und etwa 1.80 Meter groß. Die Haare sind kurz geschoren, Schulbildung: Abitur. Die Gefreiten der Luftwaffen-Offiziersschule in Neubiberg bei München rechnen mit einer steilen Berufskarriere - in Uniform.

In der 'Kaderschmiede' der Luftwaffe werden sie geschult, gedrillt, geschliffen. Die lasche Gangart früherer Jahre ist vergessen. Elektronische Kameras verfolgen die Kadetten beim theoretischen Unterricht. Über der Wandtafel ist eine automatisch gesteuerte, im Klassenraum sind zwei handbetriebene Kameras installiert. Im Nebenzimmer beobachten die Ausbilder, zumeist Obristen, ihre Zöglinge auf vier Monitoren. Auf Bewertungsbögen werden in jeweils elf Rubriken Pluspunkte verteilt, zum Beispiel nach "sprachlichem und nicht sprachlichem Verhalten, nach Fragestellungen, Denkanstößen und der Wirkung auf die Adressatengruppe".

Die totale Kontrolle der Luftwaffenschüler rechtfertigt Oberstleutnant Gantzer: "Ein Offizier muss sich jederzeit beherrschen können. Ein Offizier muss deutlich sprechen. Ein Offizier muss spontan auf andere Menschen eingehen können. Ein Offizier muss sich ständig konzentrieren können." - Die angehenden Offiziere der westdeutschen Armee müssen nicht nur die Theorie (zum Beispiel: Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Streitkräften) beherrschen, sondern auch im Nahkampf ihren Mann stehen. Deshalb werden sie als Einzelkämpfer in einer harten "Überlebensausbildung" bis an die Grenzen der körperlichen Belastbarkeit getrimmt.

Im Rahmen dieses Ranger-Programms müssen Offiziersanwärter über dem Mittelmeer aus Hubschraubern springen. Und im Bayerischen Wald üben sie das blitzschnelle Anseilen von 15 Meter hohen Bäumen. Nachts steht ein 35 Kilometer langer Orientierungsmarsch in kleinen Gruppen auf dem Programm. Zwei Tage müssen 20 Mann mit zwei Broten und selbst geschlachteten Hähnchen auskommen.

Nach der Rückkehr von den Übungen wird ihnen in der Kaserne ein Film über die brutale Kadettenausbildung der amerikanischen Luftwaffe in Colorado Springs vorgeführt. Die Wirkung dieser Show ist perfekt. Gefreiter Gerd Grunewald: "Da geht es bei uns ja noch ziemlich liberal zu." Der schulische Leistungsdruck und die Kasernen-Isolation machen die jüngeren Soldaten anfällig für den schon totgesagten militärischen Korpsgeist. Für die Offiziersanwärter gehört der Walzertanz in Uniform ebenso zur Etikette wie der "Messer-und-Gabellehrgang" im Kasino.

Zu den Vorbildern der Luftwaffe gehören Soldaten wie der Phantom-Pilot Gerd John. Mit 36 Jahren war er der jüngste Oberst der Luftwaffe. In Leck bei Flensburg ist er Commodore

des Aufklärungsgeschwaders 52. Der elitebewusste John hat 2500 Jet-Flugstunden auf dem Buckel. Major Bodo Bernadi ist sicher: "Unser Chef wird bestimmt noch General."

Karriere machen wie Oberst John - das ist nicht nur das Ziel der Neubiberger Luftwaffenschüler, sondern aller Zwanzigjährigen, die sich auf zwölf Jahre für den Kasernendienst verpflichten. Denn die Bundeswehr-Abiturienten haben die "linke Masche und die "Sozialismus-Diskussionen" satt. Sie lehnen Streiks und Vorlesungsstörungen an Universitäten ab. Luftwaffen-Oberst Hans Meyer: "Die jungen Leute von heute suchen soziale Sicherheit und eine ordnende Hand." Beides garantiert ihnen das Militär.

Denn nach der Offiziersausbildung studieren die Leutnante an den Bundeswehr-Universitäten in Hamburg und München und kassieren dabei weiterhin ihr Gehalt von monatlich 1300 bis 1800 Mark. Sie beenden das Studium mit einem staatlich anerkannten Diplom (Ingenieure, Volks- und Betriebswirte) und werden außerdem automatisch zum Oberleutnant befördert. Nach zwölf Jahren Kaserne kann der akademisch geschulte Bundeswehr-Nachwuchs den Dienst quittieren. Wer ausscheidet, erhält als Abschiedsgeschenk etwa 100.000 Mark. Oberstleutnant Twrsnick von der Luftwaffenschule in Neubiberg ist sicher, dass die Elite-Soldaten sofort einen lukrativen Arbeitsplatz finden. Twrsnick: "Die Industrie wartet doch nur auf unsere Leute."

Mit Hilfe ihres großzügigen Bildungsangebots und sozialer Vergünstigungen ist die Bundeswehr innerhalb eines Jahres wieder für Abiturienten attraktiv geworden. Von Personalmangel ist nicht mehr die Rede. Denn die Zahl der Jugendlichen, die den Soldatenrock anziehen wollen, steigt steil an:

- Von 1972 bis 1973 registrierte das Verteidigungsministerium bei Berufs- und Zeitoffizieren, die sich mindestens auf 12 Jahre verpflichteten, einen Abiturientenzuwachs von 543 auf 1062 (95 Prozent).
- 1968 gingen von den 43.048 Abiturienten lediglich 37 Prozent zur Bundeswehr. Im Jahre 1974 werden es von den 54.000 Abiturienten 43.000 sein (Zuwachs: 81 Prozent).
- Auch die Zahl der Freiwilligen ohne Abitur steigt: Im Jahre 1969 stellte die Bundeswehr 16.000 Jugendliche ein. Drei Jahre später waren es bereits 30.000 (Zuwachs: 87, 5 Prozent)

Unter dem Eindruck dieses starken Zulaufs ist jetzt sogar Verteidigungsminister Georg Leber (1972-1978; SPD-MdB 1957-1983) überzeugt, dass selbst Pazifisten die Armee nicht schwächen können. Seinen linken Fraktionskollegen deutete der konservative Alt-Genosse bereits an, dass er sich der Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer nicht widersetzen wolle. Leber zum Autor: "Ich würde mich nicht sperren. Ich bin gegen keine Regelung, die vernünftiger ist. Ich suche nach Wegen, dass das jetzige Anerkennungsverfahren überflüssig und entbehrlich wird."

Doch nicht nur bei der Jugend verzeichnet die Bundeswehr Sympathiegewinne. Auch bei der älteren Bevölkerung stehen die Soldaten wieder hoch im Kurs. Nach einer vertraulichen Studie des Bielefelder Meinungsforschungsinstituts Emnid hatten 58 Prozent der Bundesbürger die Streitkräfte für "wichtig" oder "sehr wichtig". 1973 waren nur 50 Prozent dieser Ansicht. Lediglich 23 Prozent sind der Ansicht, die Armee sei "nicht so wichtig", (1973: ebenfalls 23 Prozent. Und nur zehn Prozent (1973: 14 Prozent) halten die Bundeswehr für "unwichtig und überflüssig".

Mit dem gewachsenen Ansehen der Streitkräfte in der Öffentlichkeit ist auch das konservative Selbstbewusstsein der Offiziere gestiegen. Der demokratische Führungsstil ist in der Truppe weithin verpönt. Oberstleutnant Kammermayr: "Wir sprechen zwar offiziell von Innerer Führung, aber in Wirklichkeit bilden wir eine Elite aus." Achtzehn Jahre nach ihrer Gründung ist die westdeutsche Streitmacht dem selbst gesteckten Ziel, eine Bürgerarmee für den Frieden zu sein, kaum einen Schritt näher gekommen. Damals hatte Generalleutnant Wolf Graf Baudissin (*1907+1993), seines Zeichens Militärtheoretiker und Friedensforscher, versucht, in dem Modell der Inneren Führung militärische und demokratische Prinzipien zu versöhnen. Baudissin über sein Konzept: "Die organische Integration der Armee in den demokratischen Staat; die Verpflichtung ihrer Führungsspitze auf diesen Staat und seine Verfassung: gleiche Werte für die Armee und den zivilen Bereich des Staates."

Der Versuch, die Bundeswehr vor den unheilvollen Traditionen der ehemaligen deutschen Wehrmacht zu bewahren, droht zu scheitern. Noch immer gehören schwerwiegende Verletzungen der Soldaten-Grundrechte zum Bundeswehr-Alltag. In seinen Jahresberichten hat der Wehrbeauftragte des Bundestages, Fritz-Rudolf Schultz (1970-1975; *1917+2002), drei besonders schwere Fälle aufgezählt.

So befahl der Kompaniechef Hillner dem Oberfeldwebel Stein, den Soldaten Hinze strafexerzieren zu lassen. Der Rekrut war bei seinen Vorgesetzten in Ungnade gefallen, weil er sich einen Tag zuvor einen "Irokesen-Haarschnitt" (dabei wird der Kopf bis auf einen schmalen Haarstreifen in der Mitte kahl geschoren) hatte schneiden lassen. Stein ließ Hintze mehrere Male durch Pfützen und Wassergräben robben und mit einer ABC-Schutzmaske in Stellung gehen. Obwohl ein Sanitäter den Spieß gewarnt hatte, die Schleifermethoden könnten bei dem Rekruten zu schweren Gesundheitsschäden führen, blieb Stein uneinsichtig. Erst nachdem der Soldat völlig erschöpft zusammengebrochen war, hörte der Unteroffizier mit den Schikanen auf.

Einige Tage später hatte Stein eine neue Schikanen-Idee. Er ließ ein Holzgewehr anfertigen und verschmierte es mit einem nicht trocknenden Anstrich. Dann befahl er Hintze, mit dem Holzgewehr Haltung anzunehmen und herumzulaufen. Mit einer völlig verschmutzten Uniform machte Hintze sich zum Gespött der Kameraden. Kompaniechef Hillner war zufrieden und drohte seiner Einheit weitere Schleifaktionen an, falls sie sich nicht diszipliniert verhalte.

Soldat Heinrichs verlor bei einer Übung ein winziges Geräteteil im Wert von 1,50 Mark. Zur Strafe schickte ihn Unteroffizier Richartz mitten in der Nacht vom Standort zum zwanzig Kilometer entfernt gelegenen Truppenübungsplatz zurück - per Fahrrad. Die Suche nach dem Materialteilchen verlief in dem hügeligen Gelände ergebnislos. Und der Oberfeldwebel Schirner war über das schlechte Ergebnis eines Übungsschießens seiner Fallschirmjägereinheit (Motto: Der erste Schuss muss tödlich sein) verärgert. Deshalb befahl er den Soldaten Liegestützen über offene Klappmesser zu üben.

In seinen Unterlagen hat der Wehrbeauftragte noch weitere Beweise für die Missachtung der Inneren Führung gesammelt. Der Träger des Eichenlaubes zum Ritterkreuz und Oberst a. D. Fritz-Rudolf Schultz wirft den Militärs vor, dass sie im Umgang mit ihren Soldaten ständig "alte Fehler" wiederholen. Immerhin rügen zwanzig Prozent aller Beschwerden, die Schultz erreichen, Tyrannei. Macht-Missbrauch und Schikanen der Dienstvorgesetzten.

Die Ursachen für die groben Übergriffe liegen nach Ansicht des Wehrbeauftragten im Verteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe. Schultz meint, dass die Verteidigungsbürokraten "Scharfmacher" in der Truppe tolerieren. Wehrexperte Schultz: "Die

Personalentscheidungen haben mit der Inneren Führung nichts mehr zu tun. Da kann ich nur Bauklötze staunen. Wie sollen denn die Leute in den Kasernen Innere Führung richtig praktizieren, wenn sie die Ministerialbeamten selbst nicht verstanden haben?" Und resigniert fügt er hinzu: "Weil ich Missstände offen ausspreche, bin ich in Verschiss geraten." Deshalb will der Freidemokrat im nächsten Jahr (1975) den Hut nehmen und sich ins Privatleben zurückziehen.

Fritz-Rudolf Schultz ist der vierte Wehrbeauftragte, dem Unterstützung durch Parlament und Ministerium versagt blieb. Wie seine Vorgänger blieb auch er als Kontrollinstanz gegenüber der Bundeswehr glücklos. Der erste Wehrbeauftragte Generalleutnant a. D. Helmuth von Grolmann (*1898+1977) wurde vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (1956-1962; *1915+1988) ins Abseits manövriert. Strauß hatte mit von Grolmann, der in privaten Affären (Homosexualität) verstrickt war, leichtes Spiel. Auch der Vize-Admiral a. D. Helmuth Heye (1961-1964; *1895+1970) scheiterte. Weil ihm nicht erlaubt war, den Jahresbericht im Bundestag persönlich vorzutragen, trat Heye die Flucht in die Öffentlichkeit an. In Interviews kritisierte er die Reformfeindlichkeit der Armeeführung und die Gefahr einer sozialen und politischen Isolation der Truppe.

Ministerium und Parteien reagierten verärgert auf die Heye-Plaudereien und ließen den Wehrbeauftragten fallen. Heye musste seinen Sessel für den CDU-Abgeordneten Matthias Hoogen (1964-1970; *1904+1985) räumen. Der Christdemokrat wusste über die Bundeswehr nur Nettes zu erzählen. Seine Berichte wurden deshalb im Bundestag erst mit jahrelanger Verspätung und nur oberflächlich beraten. Über die Rüstungsskandale (Schmiergeld-Zahlungen) um den Schützenpanzer HS 30 (1967) und den Starfighter F-104 (zwischen 1960 bis 1991 verunglückten 116 Bundeswehr-Piloten tödlich) hatte Hoogen so gar nichts notiert.

Sein Nachfolger, der liberale Fritz-Rudolf Schultz, unterschied sich zwar durch umfassende Sachkenntnisse deutlich von seinem Vorgänger, konnte sich aber trotzdem nicht gegen das übermächtige Ministerium durchsetzen. Und als er mehr Kompetenzen forderte (Zuständigkeit auch für Reservisten und Wehrpflichtige vor der Einberufung), pfiffen ihn sogar die Bundestagsfraktionen zurück, die ihn im Jahre 1970 gewählt hatten. Der enttäuschte Schultz: "Das Parlament nutzt die Kontrollinstanz nicht so, wie es notwendig wäre. Die Politiker befürchten nämlich, ich könnte ihnen die Butter vom Brot nehmen und die Schau stehlen."

Der Dozent an der Hamburger Heeresoffiziersschule II, Wolfgang R. Vogt, wird noch deutlicher. Vogt über die Ohnmacht der Wehrbeauftragten: "Tendenziell erwartet die politische und militärische Führung vom Wehrbeauftragten, dass dieser den Streitkräften im jährlichen Gesamtbericht jeweils allgemeines Wohlverhalten offiziell bescheinigt und einen Beitrag zur Image-Pflege der Bundeswehr leistet."

Doch wie notwendig ein kritischer Wehrbeauftragter ist, zeigen Erfahrungen mit der Truppe. Ob in der Unterwasserwaffen-Schule der Marine in Eckernförde, bei der Panzerbrigade 10 auf dem Truppenübungsplatz in Münsingen oder bei dem Aufklärungsgeschwader 52 in Leck bei Flensburg -die Innere Führung wird bei jeder Einheit anders verstanden. Luftwaffen-Oberst Gerd John: "Nach 15 Jahren Bundeswehr habe ich immer noch nicht begriffen, was das sein soll. Das verwirrt die Soldaten nur." Oberstleutnant Günter Noseck von den Panzerjägern: "Damit kann meine Truppe wenig anfangen. Die Jäger hier sind bodenständig, kommen aus der Landwirtschaft und gehen sonntags in die Kirche. Ich bin froh, dass die Soldaten moralisch noch so gefestigt sind."

Und der Kapitän zur See Egon Kruse versteht die Innere Führung so: "Bei uns ist das wie beim Preußenkönig. Erst wenn der letzte Soldat sein Strohlager gefunden hat, geht der Offizier schlafen. Ein Offizier muss mal autoritär führen können und auch mal wie ein Vater zu den Jungs sein. Das war schon immer so: bei der Reichswehr, bei der Wehrmacht. Innere Führung ist nur eine neue Umschreibung für alte Soldatenpflichten." Da der Marineoffizier seine Ansichten gern mit Beispielen erläutert, erzählt er von einem Matrosen: "Seine Freundin bekam ein Kind. Für den Kerl war natürlich guter Rat teuer. Ich habe mir das Mädchen an Bord kommen lassen und ihr tief in die Pupille geschaut. Anschließend nahm ich mir den Jungen noch mal vor. Junge, sagte ich, die kannste heiraten. Heute leben die immer noch glücklich zusammen."

Diese Offiziersweisheiten zeigen, dass das alte eingegerbte konservative Weltbild der Soldaten in emsiger Kleinarbeit wiederbelebt worden ist. Militärische Traditionen und Korpsgeist prägen immer stärker den Kasernen-Alltag - von einer kritischen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt. Meinungsumfragen bestätigen diesen Trend. Besonders deutlich wird das beim Für und Wider einer Heiratsordnung für Offiziere. Insgesamt 38 Prozent der Kommandeure sind überzeugt, die Erteilung einer Heiratsgenehmigung müsse vom Ruf der Braut und ihrer Familie abhängig gemacht werden. Ganze 66 Prozent der Truppenführer fordern, es müsse vor einer Heirat der Nachweis geführt werden, dass die materiellen Voraussetzungen für eine Eheschließung gegeben seien. Nur 14 Prozent der Führungsoffiziere lehnen Beschränkungen und Auflagen bei Eheschließungen von Offizieren ab - eine kleine Minderheit.

Das "Bürger-in-Uniform-Modell" des Grafen Baudissin war von den meisten Bundeswehr-Offizieren nie akzeptiert worden. Der Reformer Baudissin war bald krasser Außenseiter. Das große Wort führten die Traditionalisten. Ihre Phrasen fesselten die Offiziere bei Kasinogesprächen.

Der ultra-rechte Publizist Hans-Georg von Studnitz (*1907+1993), der das Buch "Rettet die Bundeswehr" schrieb, spottete über Baudissins Reform-Ideen: "Wer sich der Philologie des Grafen anvertraut, gerät in den Vormärz (biedermeierliche Lebensform vor der März-Revolution 1948), der den Scherenschnitt liebte und Schokolade im Schatten von Barrikaden genoss."

Den Traditionalisten war das Konzept der Inneren Führung von vornherein suspekt. Stattdessen gaben sie schon in den fünfziger Jahren die Parole aus: "Die Traditionsverbände der Wehrmacht, der Reichswehr und der Armeen des kaiserlichen Deutschlands müssen an die Bundeswehr herangeführt werden." Denn "eine Armee, die von der Leben spendenden Nabelschnur der Tradition getrennt ist, gleicht einer Frau, die verurteilt ist, ein Dasein ohne Liebe zu fristen" (von Studnitz).

Zum großen Gegenspieler Baudissins wurde der damalige Brigadegeneral Heinz Karst von der Panzergrenadierbrigade 32 (1963-1967) im niedersächsischen Schwanewede. Er zeichnete nach seinem Truppendienst im Bonner Verteidigungsministerium sinnigerweise für das Erziehungs- und Bildungswesen des Heeres verantwortlich. Kommisskopf Heinz Karst riet den Soldaten, sich in ihren Lebenstugenden von den Bürgern abzusetzen. "Je mehr sich die Soldaten als Zivilisten geben", verkündete er da, "desto weniger Ansehen genießen sie." Der General forderte seine Soldaten unverhüllt auf, sich als Staat im Staate zu verstehen. Begründung: Hält man Ausblick nach dem, was noch niet- und nagelfest, in unseren öffentlichen Einrichtungen ist - dann ist es das Heer, auf welches das Auge des besseren, nach Kräftigung des Autoritätsprinzips ringenden Teils unserer Volkspsyche in gläubiger Zuversicht schaut."

Zwar konnte sich Karst mit seinen extremen Forderungen nicht durchsetzen, weil ihn der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt (1969-1972) ein Jahr nach Bildung der sozialliberalen Koalition in Pension schickte. Doch auf die Truppe hatten die ketzerischen Karst-Thesen Eindruck gemacht. Georg Lebers Pressereferent Oberst Peter Kommer: "Die geistige Wirkung des Herrn Karst war das größte Übel für die Bundeswehr". Und sein Kollege Major Dirk Sommer fügt hinzu: "Im Offizierskorps hat der Karst nach wie vor eine große Anhängerschaft. In Süddeutschland hätte es beinahe einen Aufstand gegeben, weil zum ersten Mal ein SPD-Genosse General geworden ist."

Karst war nicht der einzige Wortführer einer konservativen Erneuerung der Bundeswehr. So forderte Generalleutnant Albert Schnez (Inspekteur des Heeres 1968-1971; *1911+2007) die Soldaten auf, wieder Orden und Ehrenabzeichen zu tragen, den Gefechtsdrill zu steigern und den "Kontakt" zur Bevölkerung durch demonstrative Feldparaden zu verbessern. Schnez: "Nur eine Reform an Haupt und Gliedern an der Bundeswehr und an der Gesellschaft kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben."

Verteidigungsminister Georg Leber will sich in den Streit um die Innere Führung nicht einmischen. Er ist damit zufrieden, dass die Streitkräfte wieder an Bedeutung gewonnen haben. Leber: "Wir sollten uns abgewöhnen, die Treue und Loyalität der Soldaten zu diesem Staat in Zweifel zu ziehen. Ich lasse mich auch nicht durch Ungeduld zur Übereile treiben. Das ist ein Prozess, der wachsen muss und den ich verantworte. Die Bundeswehr zählt zu den guten Streitkräften der Welt." Zum Beweis veröffentlichte das Leber-Ministerium eine Statistik über das Abschneiden der Bundeswehr bei NATO-Übungen. Die westdeutschen Soldaten belegten danach

- beim Schießwettkampf um die "Canadian Army Trophy" den ersten Platz;
- beim internationalen Infanteriewettkampf von Afnorth den dritten Platz;
- beim Zactical Weapons Meeting, einem Schieß- und Tiefflugnaviagations-Wettbewerb, den ersten, dritten und vierten Platz;
- beim Royal Flush, dem alljährlichen Aufklärungswettbewerb der NATO, den zweiten Platz.

Und Luftwaffen-Oberst Gerd John, das große Vorbild vieler Offiziersanwärter, siegte mit seinen Phantom-Piloten des Aufklärungsgeschwaders 52 beim siebten NATO-Aufklärerwettbewerb "Big Click 74" über die Bündnispartner.

AXEL SPRINGER: NUN ADE DU SCHÖNE WELT - DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI

Axel Cäsar Springer (*2. Mai 1912 in Hamburg-Altona; + 22. September 1985 in Berlin) ist die umstrittenste, angefeindeste und auch verehrteste Verleger-Persönlichkeit in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

stern, Hamburg 14. August 1974 / 27. Februar 1975 / 11. März 2009

Ende der sechziger Jahre forderten revoltierende Studenten der Außerparlamentarischen Opposition (APO): "Enteignet Springer". Auslöser war die Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Dieser Tod galt als Höhepunkt einer einseitigen, verhetzenden Berichterstattung der Springer-Presse, vornehmlich dem Boulevard-Blatt BILD, gegen eine vorwiegend linksgerichtete Studentenschaft. (BILD -Zeitung hat in Deutschland eine Reichweite von täglich 11,49 Millionen Leser am Tag, 2007). Der Verleger Axel Cäsar Springer verstand sich als Speerspitze gegen sozialistische Ideen aus dem Osten und als Bollwerk gegen die studentische APO unter Rudi Dutschke (*1940+1979). Feindbilder.

Sechs Jahre später - nach den APO-Springer-Krawallen - will sich Deutschlands umstrittenster Großverleger Axel Cäsar Springer freiwillig enteignen - gegen bar. Einen Käufer freilich hat er bislang noch nicht gefunden. Deshalb macht sich Springer jetzt daran, sein Pressehaus zu renovieren: Die preisdrückenden Verlustobjekte, in erster Linie Springers ideologische, ultra-konservativ eingefärbte Parade-Zeitung Die Welt , sollen ausgeforstet werden. Auflagen-Verluste, Verluste-Geschäfte begleiteten das bürgerlich-nationale Weltbild dieses Blattes seit seiner Gründung im Jahre 1946.

Seit Wochen bemüht sich der Hamburger Multi-Millionär, mindestens ein Viertel seines Imperiums an zahlungskräftige Banken zu verkaufen. Auch für den Springer Verlag (Bild-Zeitung, Die Welt, HörZu, Hamburger Abendblatt, Berliner Morgenpost etc. usf.) sind die einträglich fetten Jahre in der Zeitungsbranche vorbei. Der Gesamtwert des einstigen Milliarden-Unternehmens rutscht auf dem freien Markt zunehmend tiefer in den Keller. Schon erkannte die München erscheinende Süddeutsche Zeitung einen neuen heimatlosen Rechten : "Ein Teil der Beobachter meint, Axel Springer wolle wie vordem Helmut Horten schlicht Kasse machen und von einem ausländischen Domizil aus am Drücken bleiben." - Bekanntlich hatte Helmut Horten (*1909+1987) in den Jahren 1969 auf 1970 seinen Kaufhaus-Konzern in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. So konnte er seinen Anteil verkaufen, sich aus dem Warenhaus-Geschäft mit seinem Bar-Vermögen ganz in die Schweiz zurückziehen.

Aber bisher waren aber weder die Bayerische Landesbank noch die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank bereit, für einen 25prozentigen Anteil am Hamburger Konzern 200 Millionen Mark auf den Tisch zu legen. Sie boten lediglich 175 Millionen. Ein prominenter Bankier, der natürlich nicht genannt werden will, mutmaßte: "Wenn Herr Springer nicht schnell macht, sackt der Preis noch weiter ab." –Atemnot. Zugzwang.

Deshalb will Axel Springer jetzt sein Objekt für Finanzmärkte wieder attraktiver machen. Beizeiten gab er die Devise aus: "Wenn er schon verkauft wird, muss der Laden von innen her in Ordnung sein. Denn wer kauft schon Verluste." Springer-Verluste auch aus geschlagenen Schlachten gegen die APO-Generation vergangener Jahre. Reputationsverluste. Und verlustreich ist vor allem Springers durch Krisen und reaktionären Durchhalteparolen der Ausgrenzung wie

Stigmatisierung Andersdenkender - eben sein Flaggschiff "Die Welt". Sie ist schon das Springers Herzstück, verschlingt aber zugleich Unsummen an Zuschüssen; allein im Jahre 1973 über 26 Millionen Mark. Eine überregionale Tageszeitung, die noch ein weiteres Viertelhundert Jahr für Jahr Millionenverluste einfahren sollte - erst im Jahr 2007 so genannte "schwarze Zahlen" notierte.

Damals, in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, rangierte die rechts-konservative Zeitung noch an dritter Stelle unter den größten deutschen Tageszeitungen. Sie ist mittlerweile mit 231.153 verkauften Exemplaren (1973) auf Platz zwölf abgefallen. Seit jenem Einbruch haben sich die Gesinnungsschreiber aus der rechten Ecke kaum neuen Leser-Schichten gewinnen, sich wirtschaftlich nicht mehr merklich erholen können; verzeichnete die Auflage nach 24 Jahren ein geringfügiges Plus von nahezu 49.000 Zeitungen.

Verständlich, dass die innere Beschaffenheit dieses Blattes bei relativ kleiner Auflage mit überaus hohem Sendungs-Bewusstsein, keinem der Chefredakteure Atem ließ, aus der Kontinuität heraus Erneuerung, Aufgeschlossenheit zu entwickeln - Tabu-Zonen zu kippen. Bei Springers Welt galt nun einmal die Losung - alle drei Jahre wieder steht ein neuer Chefredakteur im Vorzimmer. Fünfzehn Männer gaben sich seit Kriegsende im Durchschnitt nach 36 Monaten abermals die Klinke in die Hand; von einigen Ausnahmen einmal abgesehen. Springer Welt - ein Taubenschlag. Aber auch das unentwegte Auswechseln, Einwechseln, an der Seitenlinie warm laufen vieler Chef-Kandidaten - vom ultrarechten Gesundbeter Herbert Kremp bis hin zum distinguiert auftretenden Pragmatiker Wolf Schneider („Wörter machen Leute", 1986) - das "ramponierte Ansehen" der Welt ("Süddeutsche Zeitung") konnte kaum verbessert werden. In nur einem Jahr etwa gewann Die Welt nur 1.084 Leser hinzu, während beispielsweise die Frankfurter Allgemeine Zeitung immerhin 10.531 neue Abonnenten fand. Springers Allein-Vorstand Peter Tamm (1968--1991) gesteht: "Die Welt ist eines unserer Hauptthemen. Sie könnte besser sein." Und Springers Büro-Chef Claus-Dieter Nagel räumt ein, dass Die Welt und Welt am Sonntag auf der für Anzeigenkunden wichtigen offiziellen Auflagen-Skala der IVW-Liste, "schwache Kunden" sind. Dazu plagen den Großverleger Gewinneinbußen der kapitalkräftigen Fernsehzeitschrift HörZu von zehn Millionen Mark im vergangenen Jahr 1973.

Wenn einer derlei Einblicke ins Eingemachte hatte, dann war es eben Claus-Dieter Nagel. Fünfzehn Jahre hatte dieser Springer Adlatus gemeinsam mit dem seinem Herrn aus seinem Verlagshaus auf Stacheldraht wie Todesstreifen der Berliner Mauer geschaut. Fünfzehn Jahre lang verband ihn eine tief empfundene Religiosität und vornehmlich der Glaube an die deutsche Einheit mit Axel Cäsar Springer; sie beteten gelegentlich miteinander. Und schließlich fünfzehn Jahre waren beide zutiefst davon überzeugt, dass immer noch "Männer Geschichte machen, Geschichte schreiben" - dass ihre lädierte Tageszeitung Die Welt auch nur von einer starken Männer-Hand aus der Misere geführt werden könne. Männer-Pranken.

Folglich steht wieder ein möglicher neuer Schriftleiter für Springers Führungscrew schon in Reserve. Der von der Wirtschaftswoche abgesprungene Chefredakteur Claus Jacobi (Spiegel, Welt am Sonntag, Wirtschaftswoche, Bild-Zeitung) unterschrieb einen Fünf-Jahres-Vertrag. Wie auf dem üppigen Transfer-Markt für Bundesliga-Fußballer hatte der Hanseat Jacobi seine "Ablösesumme" in die Höhe getrieben, einen Chefposten in München abgelehnt. An der Isar sollte er die mit abgebildeten Frauenbrüsten in die Jahre gekommene Illustrierte Quick (1948-1992) mit frischen Sex-Geschichten ("Lass jucken Kumpel") liften. - Personen-Geschachere, Postillen-Rochaden in Sachen Pressefreiheit.

Dessen ungeachtet tickt im Hause des Großverlegers eine ganz andere Zeitbombe. Für den explosiven Zündstoff sorgte der Konzernherr diesmal persönlich. Im Sommer 1974 kam der

Pressezar mit einem Herrn Specht in Verbindung, der sich andiente, eine Millionenbeteiligung des Schahs von Persien (Mohammad Reza Schah Pahlavi *1919+1980) am Springer-Verlag zu vermitteln. Mit der Beziehung Springers zu Dr. Alfred Specht muss sich jetzt eine Kammer für Handelssachen beim Berliner Landgericht (Aktenzeichen: 90.0.18/75) beschäftigen. Der Grund: Der Kaufmann und Antiquitätenhändler Alfred Specht,44, fordert für seine Vermittlungsbemühungen rund 600.000 Mark.

Specht, der dem Verleger schon Jugendstil-Antiquitäten im Wert von 80.000 Mark verkauft hatte, behauptet, am 19. August 1974 von Axel Cäsar Springer in dessen Berliner Privathaus in der Bernadottenstraße 7 beauftragt worden zu sein, "alles zu unternehmen, was er für die Realisierung einer direkten oder indirekten Beteiligung Persiens an der Springer Verlags AG für erforderlich halte".

So steht es in Spechts Klageschrift an das Gericht. Und dies : Bei der vertraulichen Besprechung im Kaminzimmer soll Axel Cäsar Springer sogar Verständnis dafür gezeigt haben, dass Specht seinen Verbindungsleuten "Schmiergelder" zahlen müsse, denn er "wisse von Berthold Beitz (Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der ThyssenKrupp AG, 1990) was für enorme Beträge dort für solche Zwecke hätten fließen müssen", um die Beteiligung Persiens bei Krupp perfekt zu machen (1974).

Auch Porschefahrer Alfred Specht wollte ganz hoch hinaus. Er kaufte am 23. August 1974 die Genfer Briefkastenfirma "Real-Treuhand-AG" für 59.600 Schweizer Franken. Über dieses Tarn-Unternehmen sollte Persien seine Anteile bei der Axel-Springer AG in Berlin einbringen. Am selben Tag - so die Anklageschrift Spechts - habe er "mit der zwischengeschalteten PR-Interessengemeinschaft, der deutsche, schweizerische und persische Journalisten angehörten und die über entsprechende Verbindungen zum persischen Staat verfügten ... die Zahlung einer einmaligen Summe von 500.000 Mark" vereinbart. Für diesen Betrag habe er dem Münchner Journalisten Siegfried Dinser einen Wechsel gegeben.

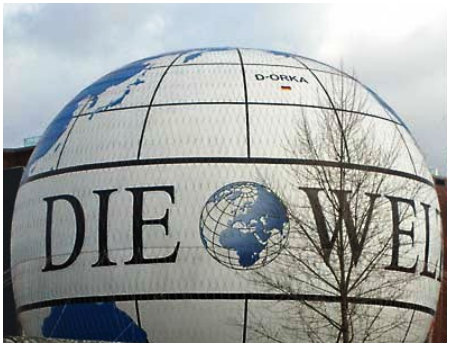
Nach seinen Angaben flog Antiquitätenhändler Alfred Specht am 27. August 1974 mit Axel Cäsar Springer von Berlin nach Düsseldorf. In der Suite 900/901 des Hotels "Intercontinental" trug Specht nun auch dem früheren Springer-Berater und heutigen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch (1973-1982) seine Persien-Pläne vor. Noch am selben Abend, so versprach Specht, könne Axel Cäsar Springer mit dem Schah in Zürich zusammentreffen. Doch daraus wurde nichts. "Innenpolitische Gründe", so erklärte der Kaufmann dem Presseherrn bedauernd, hielten den Kaiser in seinem Land zurück.

Da fiel bei Springer endgültig der Groschen, zumal Eberhard von Brauchitsch seinen einstigen Chef vor Specht und dessen Geschäftspartners gewarnt hatte. Dem Manager war aufgefallen, dass Specht dem Iran-Botschafter in Washington als "Schlüsselfigur" bei dem Geschäft bezeichnete, aber noch nicht einmal dessen Namen korrekt wiedergeben konnte. Außerdem fürchtete Brauchitsch, Spechts "iranische Freunde" existierten überhaupt nicht.

Obwohl danach "die Angelegenheit für Axel Cäsar Springer erledigt" war, wie es in der Erwiderung auf die Specht-Klage heißt, brach der Pressezar die Kontakt zu dem zwielichtigen Antiquitätenhändler nicht ab. Der inzwischen eingeschaltete Vorstand der Axel Springer AG hatte gegenüber dem Verleger die Befürchtung geäußert, Specht könne "Absichten verfolgen, die hinter dem Eisernen Vorhang beheimatet sind". Springer - wie weiland Willy Brandt mit dem Spion Günter Guillaume (1974) sollte mit Alfred Specht noch eine Zeitlang Kontakt halten, um ihn als

möglichen Ost-Agenten zu enttarnen. In seinem Schriftsatz beklagt Springer-Rechtsanwalt Hans-Joachim Rust, dass Specht "dies zum Anlass nahm, hinter seinem Rücken weiter zu operieren".

So habe Alfred Specht am 8. Oktober 1974 dem Verleger erklärt, "er habe die iranische Angelegenheit dadurch weiter gefördert, dass er den iranischen Botschafter in Washington mit 500.000 Mark bestochen und diesen Betrag auch schon überwiesen habe. Specht hingegen bestreitet das, bleibt aber dabei, dem Journalisten Dinser einen 500.000 Mark-Wechsel gegeben zu haben. Wie auch immer - Axel Cäsar Springer ist nicht bereit dafür aufzukommen. Nun hofft Specht auf das Gericht, denn das Wasser steht ihm bis zum Hals. "Ich habe kein Geld mehr." - Deutsches Sittengemälde - Springer-Jahre, Springer-Geschichten aus den Siebzigern.



BONNER POLIT-AFFÄREN : « NUR WEIBER IM KOPF »

Sie hatten ein stillschweigendes Abkommen, der SPD-Politiker Ludwig Fellermaier (*1930+1996) und der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CDU-Bundestagsfraktion Leo Wagner (*1919+2006). Sie wollten sich wegen ihrer Zecherlebnisse und unendlichen Weiber-Affären nicht anschwärzen. Stillschweigen. Männer-Bünde. Die Bayern in Bonn. Warum die Staatsanwaltschaft dennoch wegen einer Bettgeschichte gegen den Genossen Fellermaier ermittelte, und sein CSU-Kollege Leo Wagner wegen "Verschwendungssucht" in Bars und Puffs rechtskräftig verurteilt wurde. Jagdszenen aus den siebziger Jahren. Einmal muss es ins Auge gehen.

stern, Hamburg 08. August 1974

Einst machte sich der Genosse Ludwig Fellermaier in der bayerischen Unterwelt als Rausschmeißer und Geschäftsführer der Neu-Ulmer "Insel-Bar" einen Namen. Dann verschreckte er die Bürger als Gebrauchtwagenhändler. Jetzt ist der SPD-Bundestagsabgeordnete (1965-1980) und Chef der Sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament (1975-1979) in eine pikante Scheidungsaffäre verstrickt.

Seit zwei Monaten ist die Bonner Staatsanwaltschaft Fellermaier auf der Spur. Ein Ermittlungsverfahren (Aktenzeichen 8 Js 288/74) ist inzwischen eingeleitet worden: Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (1972-1976: *1919+2008) wurde informiert. Der Grund für die Strafverfolgung: Weil Fellermaiers Intimfreund, der Münchner SPD-Landtagsabgeordnete Edi Hartmann (1970-1986) seine Frau Uta loswerden wollte, aber keinen Scheidungsgrund hatte, behauptete der Europa-Politiker Fellermaier vor dem Bonner Amtsgericht, mit Uta Hartmann in seiner Bonner Abgeordneten-Absteige am Rhein ein amüsantes Betterlebnis gehabt zu haben. Fellermaier: "Vor einer Fahrt nach Luxemburg fand zwischen mir und Uta Hartmann einmal Geschlechtsverkehr statt." - Gezeichnet Ludwig Fellermaier, Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Die Mutter von zwei Kindern ließ diese Unterstellung nicht auf sich sitzen: "Das sind die Wunschvorstellungen von Herrn Fellermaier." Und ihr Rechtsanwalt Heinrich Borst beschuldigt den rechten Sozialdemokraten der Falschaussage, üblen Nachrede und der Beihilfe zum Prozessbetrug. Der erboste Advokat, früher einmal Staatsanwalt, gibt sich zuversichtlich: "Ich stelle nur Strafanträge, die Erfolg haben."

Der Rechtsbeistand glaubt belegen zu können, dass Fellermaiers Aussagen vor Gericht dem Steuerbevollmächtigten Edi Hartmann aus der Patsche helfen sollte. Männer-Solidarität. Denn Fellermaier (Spitzname in der Partei: „der schwitzende Lu“) trat in dem Scheidungsprozess erst als Zeuge auf, nachdem sich die Gerichtsverhandlungen schon über 18 Monate hingeschleppt hatten und zwölf Zeugen vernommen warten. Anwalt Borst: "Alle Zeugen konnten keinen Beweis für Uta Hartmanns Untreue liefern." Die attraktive 29jährige über Fellermaiers Aussage: "Mein Mann hat ihn sicherlich unter Druck gesetzt." An Druckmitteln ist kein Mangel, bis hin zu Fellermaiers Familienleben.

Fellermaier und Hartmann, die man "in ihrer moralischen Wirkung nicht unterschätzen darf", so die Stuttgarter Zeitung ironisch, sind nicht nur die politischen Aushängeschilder der Neu-Ulmer SPD in dieser idealistisch vorgetragenen Reform-Ära. Sie sind daneben auch sehr erfolgreich, wenn es um Geld und Mädchen geht. Jurist Heinrich Borst sarkastisch : "Wenn man all

diese Akten so liest, kann man den Eindruck haben, als hätten diese Politiker nur Weiber im Kopf und sonst nicht mehr viel."

Ihr geheimer Treffpunkt war jedenfalls der "Bärringer Hof" im abgelegenen Provinzdorf Ettenbeuren. Ihre Spielwiese ein verstecktes Etablissement in Reutin, einem Stadtteil von Lindau am Bodensee. Altgenosse Herbert Fleischer, Gastwirt im "Bärringer Hof", erinnert sich an die nächtlichen Barbesuche der Neu-Ulmer SPD-Prominenz: "Bei mir waren sie oft mit Weibern. Danach sind sie dann in das Appartement in Reutin gefahren." Der "schwitzende Lu" Fellermaier zu diesen Vorwürfen: "Das ist alles lächerlich."

Doch Neu-Ulms Justitiar, der FDP Landtagsabgeordnete Hans Willi Syring (1970-1974) lässt dieses Dementi nicht gelten : "Ich bin damals wegen der Machenschaften von Hartmann und Fellermaier aus der SPD ausgetreten." So hatte sich Edi Hartmann 1972 in München einen besonderen miesen Trick einfallen lassen, um seine Frau loszuwerden.

Auf der Suche nach Beweisen für Seitensprünge seiner Frau alarmierte er unter Hinweis auf sein Abgeordnetenmandat die Polizei, als er Uta Hartmann mit dem Kaufmann und Hausfreund Erich Hupp im "Hotel an der Oper" vermutete.

Den Münchner Uniformierten machte Hartmann die Notwendigkeit des Einsatzes mit „staatspolitischen“ Argumenten schmackhaft. Seine Frau habe “geheime Notizen“ über die Ostpapiere (Grundlagen-Vertrag mit der DDR) und 2.000 Mark gestohlen und treffe sich gerade mit dem Ostspion Hupp im besagten "Hotel an der Oper". Hartmanns Plan freilich ging nur teilweise auf. Sechs Polizisten erwischten Frau Uta und Erich Hupp nur bei einem harmlosen Flirt, der als Scheidungsgrund aber nicht ausreichte. Und Geheimpapiere sowie 2.000 Mark fanden die Fahnder auch nicht. Denn Edi Hartmann hatte zu keiner Zeit Zugang zu vertraulichen Ostpapieren. Trotz Strafanzeige und Aufhebung der Immunität des SPD-Genossen durch den Bayerischen Landtag musste sich Politiker Hartmann vor keinem Gericht verantworten. Die Justiz schickte nur einen Strafbefehl.

Ganz so harmlos wird sein Freund Fellermaier dagegen nicht davonkommen. Er muss befürchten, dass der Bundestag seine Abgeordneten-Immunität schon bald aufheben und die Staatsanwaltschaft dann Anklage wegen falscher Aussage und übler Nachrede erheben wird. Kronzeuge der Anklage ist der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller (*1934+1997; von der SPD zur CSU gewechselter Münchner Parlamentarier 1965-1994). Er will unter Eid aussagen, dass Uta Hartmann mit Fellermaier keinen Seitensprung begangen hat, weil sie an dem fraglichen Abend mit dem Sozialdemokraten nicht allein war.

Vielmehr habe Uta Hartmann zunächst mit Fellermaier, dem Kaufmann Hupp und ihm im Bonner Prominentenlokal "Maternus" in Bad Godesberg diniert und dann in der "Rheinlust" in Bonn-Kessenich, der ehemaligen Stammkneipe der SPD-Hinterbänkler um Bundesminister Egon Franke (*1913+1995) , mit den legendären "Kanalarbeitern" gezecht. Nach einem weiteren Lokalwechsel sei sie dann gegen 2 Uhr mit einem Taxi ins Hotel gefahren.

Fellermaier kann nur noch hoffen, dass der CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer und Neu-Ulmer Kollege und Direktkandidat Leo Wagner (*1919+2006; CSU-MdB 1961-1976) seinen Parteifreund Müller zurückpfeift. Denn bisher galt zwischen Wagner und seinem sozialdemokratischen Konkurrenten in Neu-Ulm das stillschweigende Abkommen, sich wegen Zecherlebnisse inklusiv Weiberaffären nicht anzuschwärzen. Augenzwinkern. Denn meist abends, wenn im Plenarsaal die Liveberichte für " die da draußen im Lande" zu Ende waren, vertauschte gleichsam der staatstragende CSU-Politiker Leo Wagner seine Rolle in die des schlüpfrigen

Lebemanns. In Bordellen und Bars um Bonn und Köln gab der bayerische Biedermann pro Abend zwischen zwei- und viertausend Mark für Champagner, Kaviar und Mädchen aus. Gerade deshalb baut der SPD-Genosse darauf, dass sich "Night-Club Leo" wegen dieser Übereinkunft "unter uns Männern" auch verpflichtet fühlt, seine Gesinnungsfreunde von Attacken auf Fellermaiers Lebenswandel abzuhalten. Bislang allerdings hat CSU-Politiker Leo Wagner nichts getan, um die gefährliche Aussage seines Kollegen Günther Müller zu verhindern. Rätselraten.

Verständlich. Leo Wagner plagte eine düstere Vorahnung. Schon wenige Monate nach dem Fellermaier-Sumpf musste er wegen seines eigenen nächtlichen Doppellebens das herausragende Amt eines parlamentarischen Geschäftsführers niederlegen. Absturz in die Bedeutungslosigkeit. Der Grund war sein Finanzdebakel, Schulden über Schulden. Er wurde fünf Jahre später (1980) von der 3. Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn wegen Betrugs zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten mit Bewährung und 168.000 Mark Geldbuße verurteilt. Der frühere Pädagoge Wagner hat, so die Richter, seit Ende der sechziger Jahre über seine Verhältnisse gelebt und sich -bei einem Monatseinkommen von über 11.000 Mark - in "zunehmender Verschwendungssucht" in undurchsichtige Kreditgeschäfte verstrickt. Betrug deshalb, weil er längst verpfändete Bezüge oder auch Bundestagsdiäten hinterhälterisch nochmals als neue Sicherheit für die horrenden Geldforderungen anbot; eben wissentlich abtrat, obwohl längst nichts mehr zu holen war - gar nichts.

Ludwig Fellermaier kannte Wagners Milieus, Puffs, Pornos, Bars und Busen nur zu genau. Er, der Mann aus kleinen Verhältnissen, ahnte beizeiten, dass er der Rolle eines Lebemanns mit erfundenen Bettgeschichten nicht gewachsen war. Sie waren ihm längst entglitten. Kleinlaut gestand er im kleinsten Kreis: "Ich würde heute die Behauptung über Frau Hartmann nicht noch einmal machen. Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man eben klüger." Und seine Frau Martha fügt enttäuscht hinzu : "Ich verstehe überhaupt nicht, warum er sich auf so etwas einlässt. Uns geht es doch gut. Aber wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis."

AUS DEUTSCHEN LANDEN - STURMFEST UND ERDVERWACHSEN, SO SIND DIE NIEDERSACHSEN

Was ist los zwischen Harz und Nordsee, wo lange Jahre die Sozialdemokraten regierten, die Bauern herrschen, wo die meisten Eier gelegt und die meisten Rüben gepflanzt werden, wo die Pinkelwurst zum Grünkohl gegessen wird und die größte Autofabrik Europas immer wieder in rote Zahlen gerät? -Sittengemälde eines deutschen Landstrichs aus den vergilbten siebziger Jahren.

stern, Hamburg 30. Mai 1974 / 8. Januar 1976

Der Niedersachse isst gern fette Pinkelwurst mit Grünkohl oder Kartoffelpuffer mit Apfelmus. Ein Bier und einen doppelten Korn ("Ein Stein, ein Bock") kippt er schon früh morgens herunter. Der Niedersachse - den es in so reiner Form natürlich nicht einmal in der Statistik gibt - hält sich für trinkfester als der Bayer und singt bei Schützenfesten wie eh und je die "Welfenhymne“ : "Wir sind die Niedersachsen, Sturmfest und erdverwachsen."

Im Land zwischen Nordsee und Harz, zwischen Elbe und Weser wachsen nicht nur die meisten Zuckerrüben von ganz Europa, sondern werden auch die meisten Eier von ganz Deutschland gelegt. Dort leben fast fünf Mal so viele Hühner wie Menschen. Und das Land zählt so viele Wähler, wie es Schweine hat: rund fünf Millionen. -Niedersachsen ist größer als Dänemark und hat mit sieben Millionen Menschen mehr Einwohner als die Schweiz. Nach Bayern, hat es die zweitgrößte landwirtschaftliche Nutzungsfläche des Bundesgebietes, mit seiner Industrie rangiert es erst an vierter Stelle.

Dieses Land wurde drei Jahrzehnte ununterbrochen sozialdemokratisch regiert (von Hinrich Wilhelm Kopf *1893 +1961 zu Beginn der Nachkriegszeit bis ins Jahr 1976 von Alfred Kubel (*1909 +1999). Aber nur wer über Schweine und Kühe herrschte, hatte Jahrzehnte alle Macht in den Händen", sagte einst stolz Edmund Rehwinkel (*1899+1977) bis 1969 Präsident des Deutschen Bauernverbandes auf seinem "Waffenhof" im hannoverschen Westercelle.

"Mit meiner einen Million Bauern im Rücken, aufgesessen und Lanzen eingelegt, haben wir hier die Politik bestimmt. Da hatte ich mehr zu sagen als die Minister der Landesregierungen", brüstet sich der heute 75jährige Bauernführer. "Wir waren die militanteste Bauernorganisation in Deutschland." Da wurden Kampffonds gebildet, für Preiserhöhungen Bauernmassen mit Treckern in Marsch gesetzt, ein Milchpreiskrieg gegen Bremen und Hamburg geführt.

Wenn Edmund Rehwinkel nicht wollte, kamen sogar Gesetzespläne des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (1946-1955, 1959 bis 1961) gar nicht ins Parlament. Als Anfang der 50er Jahre die Bauern durch ein Forstgesetz zur Arbeit in den von der Besatzungsmacht abgeholzten Wäldern verpflichtet werden sollten, widersprach Rehwinkel: "Wilhelm, was brauchen wir ein Forstgesetz. Die Wälder forsten wir Bauern schon allein wieder auf." Der Entwurf fiel unter den Tisch. Edmund Rehwinkel ist noch heute stolz darauf, dass er, erst in Niedersachsen, später auf Bundesebene, die Befreiung der Landwirte von der Umsatzsteuer und die Dieselkraftverbilligung durchsetzte. Damals schlug Hinrich Wilhelm Kopf dem Bauernführer vor, so erinnert sich Rehwinkel: "Edmund, mach doch aus deinem Landvolkverband eine Landvolkpartei. Dann können wir Sozialdemokraten mit euch zusammen allein regieren. Dann wäre Niedersachsen wieder, wie einst zur Zeit Heinrichs des Löwen, der mächtigste Staat im Staate."

Stark und mächtig möchten die Niedersachsen schon sein. Bis heute haben sie sich von ihrem Preußenschock nicht erholt: dass sich der blinde Welfenkönig Georg V. von Hannover 1866 gegen die Preußen bei Langensalza kampflos geschlagen gab und sein Land von Preußen einkassieren ließ. Erst als die Alliierten im Jahre 1946 Niedersachsen zu einem Bundesland machten, "kamen wir wieder an den Drücker" (Rehwinkel).

Wer in Niedersachsen nach dem Krieg auch das Sagen hatte, ob der Bauernführer, der konservative Sozialdemokrat Kopf, die ehemaligen Bundesminister Hans-Christoph Seebohm (1949-1966; *1903+1967) und Heinrich Hellwege (1949-1955; *1908+1991), erst in der stramm nationalen "Deutschen Partei", dann in der CDU, ob in Hannover eine Große Koalition herrschte oder die Christdemokraten in der Opposition standen: Alle fühlten sich zuerst als Welfen, dann als Parteipolitiker, Nach harten Redeschlachten im Provinz-Parlament hockten die "Kopf und Hellweges" einträchtig in hannoverschen Altstadt-Kneipen zusammen, spielen Skat oder Doppelkopf und machten sich lustig über den Spektakel, den sie gerade im Landtag für die Öffentlichkeit veranstaltet hatten.

Es waren auch die Zeitläufte, Jahrzehnte eines noch erkennbaren niedersächsischen Urgesteins im deutschen Journalismus. Unverwechselbar hat er seine Nachrichten-Geschichten und Reportagen oft mit hintergründiger Ironie und Beobachtungsgabe formuliert. Der Spiegel-Korrespondent zu Hannover, Wolfgang Becker (*1922+2008), wurde schon zu Beginn der sechziger Jahre zur Legende. Mit Vorliebe traf er meist seine Informanten an Bier-Tresen oder in Eckzimmern stadtbekannter Pinten. Zwischendurch verschwand Spiegel-Becker immer wieder mal aufs Klo, um Zitate seiner Gesprächspartner auf Bierdeckel oder Quittungen zu notieren.

Wolfgang Becker war mit seinem vorgelebten Leben ein Lehrer, er wurde in seinen journalistischen Jahrzehnten zu einer unbestechlichen Instanz - kritisch und frei, journalistisch brillant - im Niedersachsen-Land. Diese scheinbare Selbstverständlichkeit gewinnt erst bei näherer Betrachtungsweise an Tiefenschärfe, ihr Gewicht - gemeint ist die allseits um sich greifende, unauffällige, alltägliche journalistischer Käuflichkeit ; Gefälligkeitsberichte genannt. Es blieb dem Verfassungsschutz-Chef Joachim Bautsch in Hannover vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass zwölf Korrespondenten namhafter Zeitungen auf der Gehaltsliste seiner Schnüffel-Behörde stehen; jedenfalls als "besonders gute Gelegenheitsinformanten" ihr Handwerk verstehen. Deshalb wünsche er sich, dass noch mehr spürsinnige Redakteure mit dem Inlands-Geheimdienst zusammenarbeiteten.

Zumindest in der Politik fand die ehrbare Welfen-Kumpanei erst ein jähes Ende, als die Große Koalition im niedersächsischen Landtag 1970 zerbrach. Mit dubiosen FDP- und rechtsradikalen NPD-Überläufern wollten die Christdemokraten den SPD-Ministerpräsidenten Georg Diederichs (*1900+1983) stürzen und ihren Vorsitzenden Wilfried Hasselmann (*1924+2003) auf den Stuhl Landesvater-Stuhl hieven. Sie wähnten sich zu besagter Zeit schon als gestählte Sieger des Machtwechsels. Im Fraktionssaal stimmten die CDU-Männer bereits ihr "Niedersachsen-Lied" an. "Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen ... Heil, Herzog, Widukinds Stamm." Doch der CDU- Coup scheiterte. In den Landeswahlen 1970 bekam die FDP mit ihren 4,4 Prozent nicht einen einzigen Abgeordneten ins Parlament, und SPD-Ministerpräsident Alfred Kubel (1970-1976; *1909+1999) musste seitdem mit einer Stimme Mehrheit (SPD : 75, CDU : 74) im hannoverschen Leineschloss regieren.

Jetzt schimpfen beide Seiten nur noch übereinander: "Mit diesem Lumpenpack diskutiere ich nicht mehr" (Kultusminister Peter von Oertzen, SPD (*1924+2008) zur CDU. - "Sie sind ein Menschenverächter" (CDU-MdL Edzard Blanke zu Ministerpräsident Alfred Kubel) - "Hier wird

Sozialismus auf dem kalten Wege eingeführt" (Niedersachsen CDU-Generalsekretär Dieter Haaßengier zur SPD. Wenn die CDU am 9. Juni 1974 die absolute Mehrheit gewinnen sollte, will Oppositionsführer Wilfried Hasselmann, ein Neffe Rehwinkels, deshalb auch gleich alle "linken Sozialdemokraten" aus den Ministerien feuern.

Er, der Hasselmann, ist der Motor einer wie auch immer lancierten "geistig-moralischen Wende", die es von langer Hand vorzubereiten gilt. Hemdsärmelig zieht der gelernte Bauer durch Rathäuser und über Schützenplätze; schulterklopfend bei Bier und Korn mit frauenfeindlichen Witzchen im Repertoire. ("Ach, gnädige Frau, wie fühlen wir uns denn, wenn wir unsere Tage haben"). Die SPD schaut bei derlei Volkstümelei hilflos drein. Artig wirft sie den Konservativen lediglich vor, sie hätten keine politischen Alternativen anzubieten und schürten nur Angst und Verdrossenheit im Lande. Und der 1970 geschlagene FDP-Chef Rötger Groß (Innenminister 1974-1978, *1933+2004), passionierter Nicht-Reiter, setzt sich für den Wahlkampf sogar auf ein Pferd, um das "Niedersachsen-Ross wieder auf Trab zu bringen". Groß : "Das ist doch ein müder Gaul geworden."

Doch die Menschen auf dem Lande lassen sich nicht durch Reiterkunststücke und auch nicht durch die CDU-Parole "Ran mit Hasselmann" oder den SPD-Slogan "Niedersachsen in fester Hand" aus der Ruhe bringen. Hier zählen das Schützenfest und der Dorfschwof am Sonnabend, der Ammerländer Schinken und der hochprozentige "Bullenschluck" mehr als schwarz-rote Konfrontationspolitik. Und bei der Lokalpolitik machen heimatliche Matadoren das Rennen. Ein Beispiel : Obwohl SPD und FDP bei den letzten Gemeinde-Wahlen in Bad Zwischenahn die absolute Mehrheit im Gemeinderat gewannen, blieb CDU-Landtagsabgeordneter Diedrich Osmers Bürgermeister.

Osmers erzählt, wie er es wieder hingekriegt hat : Eine CDU-gesteuerte "Bürgerinitiative" sammelte am Sonntag nach der Wahl 4.800 Unterschriften für ihn, und die Siegerparteien mussten sich dem "öffentlichen Meinungsdruck" beugen. Seine Freunde sind von Kneipe zu Kneipe gezogen. "Als die Leute besoffen waren, wurden die Listen eingesammelt und wieder woanders hingelegt" (Osmers).

Als Hüter von Anstand und Tradition treten überall im Lande die Herren vom Kleinkaliber auf. Mit 250.000 Mitgliedern ("Üb' Aug' und Hand fürs Vaterland") hat Niedersachsen die stärksten Schützenverbände in der Bundesrepublik. Die Schützen fühlen sich aufgerufen, die "bedrohte Gesellschaftsordnung" zu verteidigen. Ehrenpräsident Gerd Müller im April 1974 auf dem nordwestdeutschen Schützentag : "Wenn wir keinen Durchbruch schaffen, hat die Menschheit keine Existenzberechtigung mehr. Der Schützenverein ist die einzige unpolitische Organisation, die wieder aus Menschen richtige Menschen machen will."

Im südoldenburgischen Vechta, wo es kaum Industrie gibt, haben CDU und katholische Kirche das Monopol. Jeder Zweite geht regelmäßig zum Gottesdienst und zur Beichte. Etwa 70 Prozent wählen christdemokratisch. Hier verdient die Bevölkerung am wenigsten, ist die Arbeitslosigkeit am höchsten, sind die kinderreichsten Familien der Bundesrepublik zu Hause. Weniger verdient wird auch im Emsland : Der Durchschnittslohn eines Arbeiters in Aschendorf-Hümmling ist 930 Mark im Monat (Bundesdurchschnitt 1170 Mark). Der Geburtenüberschuss beträgt in Vechta dafür 8.8 Prozent (Bund : minus vier).

In dem 25.000-Einwohner-Städtchen, wo Weihbischof Freiherr Max Georg von Twickel über Gut und Böse befindet, sind Sex-Filme ("Ohne Pariser nach Paris") zwar Kassenmagnete in den Kinos. Aber Antibabypillen müssen sich Studentinnen der Pädagogischen Hochschule im

schwarzen Vechta für 9.50 Mark auf dem grauen Markt beschaffen (Ladenpreis : 7,25 Mark). Apotheker und bekennender Katholik Hermann Bockstiegel prüft mit Argwohn, ob Kundinnen, die ein Pillenrezept vorlegen, auch verheiratet sind. Frauenarzt Holger Wirmer will Studentinnen sowieso am liebsten überhaupt kein Rezept ausstellen: "Gerade die Intelligenz muss sich vermehren."

Im Südosten Niedersachsens, in Braunschweig und seinem Umland, tritt "kleinbürgerliche Radikalität an die Stelle des ländlichen Konservativismus", erklärt Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann (*1925+2008). Die Braunschweiger ließen sich schon oft von extremen Bewegungen mitreißen. In der Stadt Heinrich des Löwen zwangen 1918 die Bürger den Welfen-Herzog Ernst August (*1897 +1953) zum Thronverzicht. Und dort, wo dann der sozialdemokratische Krankenkassen-Angestellte und spätere DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl (*1894+1964) zum Justizminister ernannt wurde, marschierten 1931 riesige SA-Kolonnen stundenlang durch das Stadt-Zentrum. 1932 wurde Adolf Hitler vom Braunschweiger Innenminister zum Regierungsrat ernannt, damit er deutscher Staatsbürger wurde und für die Reichstagswahl kandidieren konnte.

Zu jener Zeit versammelte sich die "Kleinstadt-Elite", etwa des Städtchens Schöningen am Elm, all abendlich zum Fanfaren-Stoß vor dem stattlichen SA-Uniformgeschäft auf dem Markt; ein Fanfaren-Stoß als Genugtuung, ein Fanfaren-Stoß auf das "Tausendjährige Reich" - "Nun lasset die Fahnen fliegen", schallte es in diesen düsteren Jahren in die Gassen hinein. Und zum Tanzen gingen Hitlers Deutsche natürlich in den legendenumwobenen "Schwarzen Adler" mit seinem prächtig ausstaffierten Parkettsaal - abends. Denn tagsüber schlugen, folterten SA-Schergen in seinen Kellerräumen jüdische Mitbürger zum KZ-Abtransport in Viehwagen windelweich.

Barometer politischer Strömungen ist Braunschweig samt seinem Umland spätestens seit Kriegsende nicht mehr. Die nahe "Zonengrenze" hat die Stadt von ihrem wirtschaftlichen Hinterland abgeschnitten. Zwar fließen seit Jahren Steuergelder in Millionenhöhe in den 560 Kilometer langen Grenzlandstreifen. "Jedoch ohne großen Erfolg", klagt Schöppenstedts SPD-Landrat Helmut Bosse. Von der Zonenrandförderung profitieren wenige Großunternehmen wie das VW-Werk in Wolfsburg. Doch in den Grenzkreisen Gifhorn, Helmstedt oder Wolfenbüttel investierte kein kapitalkräftiger Wirtschaftsbetrieb. Das Helmstedter Kohlenkraftwerk musste in den vergangenen Jahren sogar 4.000 Arbeiter entlassen. Braunkohle war nicht mehr gefragt. - Tote Hose vielerorts, fast überall; viele Landeulen, wenig Menschen.

Die Gegend, in der einst Till Eulenspiegel (*1300+1350) den Bürger seinen nackten Hintern präsentierte, ist ausgeblutet. Die Kleinstädte Schöningen oder Schöppenstedt sind vergreist. Zwei Drittel der Bevölkerung im Zonenrand ist älter als 60 Jahre. Nach dem Schulabschluss verlässt die Jugend fluchtartig ihre triste Heimat. Zurück bleiben Krämerläden, verfallene Häuser, Kleingärten, Braunkohlegeruch.

Dagegen ist das Volkswagenwerk in Wolfsburg trotz mancherlei Absatzkrisen und Einbrüchen ein Lichtblick an der DDR-Grenze. Ohne das Wirtschaftswunder VW wäre die Industrialisierung des Agrarlandes noch langsamer vorangekommen. Dafür sind jetzt Hunderttausende Existenzen von dem größten europäischen Automobilproduzenten abhängig : 6.500 Zuliefererbetriebe in der Bundesrepublik und jeder vierte Arbeitsplatz in Niedersachsen. Kriselt es bei VW, dann schlittert das ganze Land in die Flaute. Arbeitslosigkeit und Steuerausfall sind die Folgen. 470.000 unverkaufte Autos auf der Halde und geschätzte Jahresverluste von 250 Millionen Mark lösten im hannoverschen Wirtschaftsministerium Unruhe, Panik aus. Doch Minister Helmut Greulich (*1923+1993) ist optimistisch : "Mit den drei neuen Kleinwagen, die VW im Herbst auf den Markt bringt, werden wir die Talsohle sicherlich überwinden."

Ohne VW geht, läuft nichts in diesem Land. Und das wird auch in Zukunft so bleiben. Und das trotz Continental-Reifen und Bahlsen-Kekse aus Hannover, Stahl aus Peine-Salzgitter, Olympia-Schreibmaschinen aus Wilhelmshaven, Nino-Textilien aus Nordhorn und Doornkaat aus Norden. Immerhin hat Niedersachsen seine Industrie-Produktion seit 1950 auf rund 30 Milliarden Mark jährlich verzehnfachen können.

Neuerdings wollen auch die Ostfriesen ins Milliardengeschäft einsteigen. Südlich des Fischerdorfes Greetsiel, wo noch Milchkühe hinter dem Deich grasen, der alte Krabbenfischer Jan Müller mit seinem Schlickrutscher durchs Watt zieht und Aale aus den Reusen holt und der Gesangsverein "Seeschwalbe" das Lied der österreichischen Schlagersängerin Lolita (Ditta Einzinger)"Seemann, deine Heimat ist das Meer" schmettert, soll im Dollart der größte Schiffsanlegeplatz der Nordsee gebaut werden. - Fantasien von einem besseren Leben. "Ohne diesen ostfriesischen Hammer", so SPD-Landtagsabgeordneter Johann Bruns (MdL 1970-1994) "haben wir keine Zukunft. Denn die Tage des Emder Hafens als Umschlagplatz für Massengüter sind gezählt," Im Lauf der nächsten zehn Jahre wollen die Ostfriesen sogar den Welthäfen Hamburg und Rotterdam Konkurrenz machen. « Größenwahn, oder was ? », weiß Komiker Otto Walkes seinen Landsleuten hinterher zu rufen.

Emden und sein Hinterland, die Krummhörn, ist eine traditionelle Hochburg der Sozialdemokratie. Hier engagierte sich im 16. Jahrhundert der rechtsgelehrte Bürgermeister Johannes Althusius schon 150 Jahre vor Jean Jacques Rousseau (*1712+1778) für die Volksdemokratie, hier organisierten Deicharbeiter im 18. Jahrhundert die ersten Streiks in Deutschland.

Beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt (1969-1974) im Sommer 1972 demonstrierten 8.000 Arbeiter der Nordsee-Werke und der VW-Niederlassung in Emdens Innenstadt. "Wäre Brandt abgewählt worden", sagt der Betriebsratsvorsitzende Walter Gehlfuß, "hätten wir eine Revolution gemacht. Verständlich, dass in einer solchen auf die SPD eingestimmten Atmosphäre an der Nordsee-Küste, auch nur kleinste Verrenkungen ihrer SPD-Prominenz wohlwollend registriert werden.

Aufgeregt und üppig eingeschenkt wusste jedenfalls die Emder Zeitung im Jahre 2005 davon zu berichten, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) sich gern für die heimatliche Presse aufmerksam seiner fünf Schwiegermütter erinnert. Im speziellen Anliegen der Anneliese Taschenmacher, Frau Schröder die Zweite (1972-1984).

Dort im Vorort Larrelt einsilbiger Kinkerbauten, in einem der kleinen Reihensiedlungen, verbrachte Schröders zweite Schwiegermutter Alma mit 82 Jahren ihren Lebensabend. Naheliegend, dass Emdens Oberbürgermeister Alwin Bringmann Liebesgrüße mit Berliner Blumen - und das direkt aus dem Kanzleramt - überbrachte. Schließlich habe Gerhard in den siebziger Jahren bei dem Taschenmacher Nächte durch Ostfriesen-Skat gespielt und ist morgens gleich "mit unserer Anne" an den Deich gegangen. "Da sollen sie immer stur in Richtung Holland geglotzt haben. Ja, ja", schmunzelte Ex-Schwiegermutter Alma ein wenig Gedanken verloren, das sei aber nicht der erste Schröder-Gruß gewesen. Einmal, erzählte sie plötzlich, habe sie einen ganz langen Brief aus privatem Anlass (Scheidung?) auch schon mal von Schröder bekommen - der kam allerdings nicht aus Berlin, sondern noch aus Hannover. Denn da war "der Gerhard mal niedersächsischer Ministerpräsident" (1990-1998). Schneller Abgesang. Verstecktes Ende.

Ebenso schnell schießen die Genossen im Arbeiterviertel Hannover-Linden ihre Landesminister ab, wenn sie sich nicht an der Basis "bewähren". Der Maschinenschlosser Bruno Orzykowski (MdL 1970-1978), Betriebsratsvorsitzender der Vereinigten Aluminium-Werke siegte 1970 bei der Kandidatenaufstellung über seinen Konkurrenten, Innenminister Richard Lehners (*1918+2000), und erzielte das zweitbeste Wahlergebnis der SPD. 1974 schlug er bei der Kandidatenaufstellung Sozialminister Kurt Partzsch (*1910+1990). Dazu Orzykowski: "Die Genossen wollen keine Parteidenkmäler mit Heiligenschein, sondern Politiker, die in ihrem Wahlkreis arbeiten."

Jahressprünge - "Tempora mutantur,nos et mutamur in illis" (Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen). Es ist Freitagabend 2o Uhr am 17. April 2004. Schröder-Zeit, Schröder-Fest der merklich Angekommenen - Ausnahmezustand am Aegi zu Hannover. Sicherheitsstufe eins, der Friedrichswall halbseitig gesperrt. Gerhard Schröder gedenkt mit 450 erlesenen Gästen im Theater am Aegi seines 60. Geburtstages. Schulterklopfen. Im Minutentakt kurven gepanzerte Limousinen vor: Staatsmänner von fern, Politiker von nebenan, Schauspieler, Literaten, Hofschreiberlinge Wirtschaftsbosse. Medienrummel gibt's nur draußen vor der Tür, drinnen wird's "gemütlich". Alles ist im warmen Rot gehalten.

Rote Nelken, rote Sitzkissen, rote Bändchen um die Blumenbestecke. Wenigstens die Dekoration soll noch daran dezent erinnern, dass es früher in Sachen Rot mit seiner roten Wut einmal ganz anders war. Nunmehr zeigt der Stoff dieser Jahre viel Brioni, viel Satin in einem erkalteten deutschen Interieur neureicher Auffälligkeiten. Schröder-Jahre, Zeit der Angekommenen. Aus den Lautsprechern scheppern die "Capri-Fischer" fürs Ohr und Gemüt, gegessen wird niedersächsisch: Fischhäppchen und natürlich Nienburger Spargel. Viel hat sich getan, Aufstieg, Klamotten, Nippes, Kosmetik, prendre goût - Frauen-Geschmack, ja ganz gewiss – auch der.

Ganz am Rande des Parvenu-Geschehens lauert ein untersetztes Männchen, dessen Pausbäckchen sich vor Lachen gar nicht beruhigen mögen. Genugtuung ist angesagt: still, unauffällig. Reinhard Scheibe, einst linker Rebell, ärmlicher Flüchtling, Lehrer über den zweiten Bildungsweg , - ist vor allem eines - Gerhard Schröders Freund; eine Art Lebensversicherung. Er durfte sich zeitweilig gar sein Staatssekretär (1990-1991) nennen. Nunmehr fungiert Genosse Reinhard in seiner Eigenschaft als Toto-Lotto-Chef Niedersachsens, mausert sich zum Mäzen für Festivals, Ausstellungen, Konzerte. Millionen werden da in "linken" Händen hin und her geschoben. "Lotto-Spieler wollen immer etwas gewinnen", sagt Scheibe; eine Art Regierungserklärung dieser Jahre - Schröder-Jahre. Das war es dann auch schon. Wenn man einmal vom feinen Stoff des Jubilars absieht. Er trägt immerhin ein Anzug für 3.000 bis 5.000 Mark. Da darf es an der Seidenkrawatte (150 Mark) natürlich nicht fehlen. - Brioni-Leben.

Nur in Hannover-Linden mit seinen 32.000 Einwohnern ist in den vergangenen 20 Jahren für die Lebensqualität wenig getan worden. Armut wird zusehends größer. Alte Menschen vegetieren irgendwie vergessen, kaum beachtet in abseits gelegenen Hinterhöfen. Gastarbeiter hausen zusammengepfercht in brüchigen Altbau-Wohnungen, die Krankenhäuser sind überfüllt. Die 720 Ganztagsschüler der integrierten Gesamtschule müssen schichtweise unterrichtet werden, in Schichten essen und manchmal sogar auf der Straße Schularbeiten machen. 87 Prozent der Wohnungen haben kein Bad und keine eigene Toilette. Noch immer gibt es das Plumpsklo auf dem Hinterhof und die Wasserstelle im Keller. Modell Deutschland? Soziale Wirklichkeit in Niedersachsen.

"Ich bin im Landtag der Buhmann, weil ich über den sozialen Wohnungsbau schimpfe", sagt Bruno Orzykowski. "In Hannover stehen immerhin 3.000 Komfort-Wohnungen leer, und warum werden für den Ausbau des Niedersachsen-Stadions 26 Millionen und für ein Sprengel-Museum 60 Millionen Mark verschleudert, wenn für die Altstadtsanierung nur fünf Millionen Mark übrigbleiben? Nur wenn hier in unserem Arbeiterviertel wirklich was besser wird, können wir die Wähler auf unsere Seite ziehen."

Nicht mit Landespolitik, sondern mit einer totalen Mobilmachung aller Bundespolitiker wollen die Parteien auf dem Nebenkriegsschauplatz Niedersachsen die Vorentscheidung über das Schicksal der Bonner SPD/FDP-Koalition (1969-1982) erzwingen. Gewinnt die CDU die absolute Mehrheit, könnten die Unionsparteien noch mehr als bisher die sozialliberale Regierungspolitik im Bundesrat blockieren. Sie hätten dann in der Länderkammer eine 26:15 Mehrheit (bisher 21:20). Und im entscheidenden Vermittlungsausschuss aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates wäre der Vorsprung der Regierungskoalition weggeschmolzen.

CDU-Chef Helmut Kohl (1973-1998) und sein Provinz-Fürst Wilfried Hasselmann (1968-1990) haben ihre Wahlkampfstrategie auch deshalb auf bundespolitische Themen abgestellt, weil es der Union schwerfällt, die Erfolge der sozialdemokratischen Regierung zu leugnen. So finster es in Hannover-Linden auch aussieht, in den vergangenen Jahren wurden in Niedersachsen immerhin:

- 120.000 Arbeitsplätze geschaffen,
- 30.000 Kindergartenplätze eingerichtet,
- 53.000 Wohnungen gebaut,
- 400 Industriebetriebe neu angesiedelt,
- 500 Kilometer Straßen gebaut,
- zwei neue Universitäten gegründet (Osnabrück und Oldenburg); die Zahl der Studenten stieg von 38.900 auf 57.000,
- 14.300 neue Lehrer eingestellt,
- für 10.000 Kinder Vorschulunterricht eingeführt.

Ein Leistungskatalog, den sogar die konservative "Hannoversche Allgemeine" als "solide Bilanz" bezeichnet. Der gegenüber hat es die CDU mit der Angstmache vor dem roten Gegner schwer. Der hannoversche CDU-Generalsekretär Dieter Haaßengier fordert die Niedersachsen auf, christdemokratisch zu wählen, damit "Deutschland nicht unabwendbar dem Sozialismus entgegen rutscht". Und der CDU-Abgeordnete Helmut Tietje warnte in Cuxhaven gar vor einem "roten 1933", der am 9. Juni 1974 Realität werden könnte.

Am 9. Juni 1974 kann sich aber kein "roter" und noch nicht einmal ein sozialdemokratischer Alleinsieg verwirklichen. Auch wenn die zerstrittene SPD-Spitze mit Vorsitzer Willy Brandt, Kanzler Helmut Schmidt mit Herbert Wehner in den letzten Wahlkampfwochen unwartete Einigkeit demonstriert - die absolute Mehrheit in Niedersachsen ist nach den Niederlagen in Hamburg, Schleswig-Holstein und im Saarland unrealistische denn je. Talfahrten. Schon vor vier Jahren, als der Genosse Trend noch aufwärts marschierte, hatten die Sozialdemokraten in ihren einstigen Stammland nur 20.000 Stimmen mehr errungen als die CDU.

Dafür sagen die Meinungsforscher der niedersächsischen FDP, die 1970 an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte, die Rückkehr in den Landtag voraus. Und FDP-Chef Rötger Groß (*1933+2004) hat sich bereits seit Monaten auf eine Koalition mit der SPD festgelegt, "wenn auch nur eine hauchdünne Mehrheit für eine sozialliberale Regierung für eine sozialliberale Regierung vorhanden ist."

MALAWI - WEIßE HERRENMENSCHEN ODER GELDER, DIE IM BUSCH VERSCHWINDEN

Malawi ist ein Staat in Südost-Afrika. Mit seinen 13 Millionen Einwohnern zählt er zu den Ärmsten der Armen; die Mehrheit der Bevölkerung lebt von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Die Lebenserwartung ist auf 32,5 Jahre gesunken. 30 bis 55 Prozent der Bevölkerung leiden an AIDS. Zur Tilgung seiner Schulden gibt das Land mehr Geld aus als zur medizinischen Versorgung. Ob in Malawi oder auch in anderen Ländern auf diesem Kontinent - allzu oft scheitert sinnvolle Entwicklungshilfe an deutschen Experten. Sie leben in Luxus, verschwenden Millionen und sehnen sich nach alten Kolonialzeiten - deutsche Herrenreiter. - Wiederholungszwänge. Rückblende auf ein geschundenes Land und keine durchgreifende Besserung in Sicht. Menschen kommen und gehen, Strukturen bleiben - und das seit Jahrzehnten. Verquere Zeiten.

stern, Hamburg 28. März 1974

Der 19 jährige Francis, Sohn eines Kleinbauern, trommelt und rasselt mit seiner Vier-Mann-Band. Nancy, eine 17jährige Prostituierte, tanzt. Unterernährte Jugendliche, in Lumpen gekleidete Landarbeiter, Frauen mit Kindern auf dem Rücken singen und klatschen im Takt. Auf dem staubigen Sandplatz neben der abbruchreifen Senga-Bay-Bar treffen sich an jedem Samstag die ärmsten der Malawier. Einen Großteil ihres Sechs-Tage-Lohns von 70 bis 90 Tambala (2,10 bis 2,70 Mark) geben sie für Alkohol aus, der sie etwas fröhlich macht.

Doch diesen Sonnabend hocken die Afrikaner verängstigt neben der Bruchbude. Nicht einmal der sonst so beliebte Song "Ice cream, you scream" reißt sie hoch. Francis spielt jetzt das melancholische Volkslied von der Cholera. In dem Dorf Salima, ein paar Autominuten von hier, starben innerhalb von acht Stunden ein Dutzend Menschen an dieser heimtückischen Krankheit. Die Gefahr einer Epidemie ist groß. Das Medikament Tetracyclin ist für die Schwarzen zu teuer. Es kostet 23 Mark.

Nur knapp eine Meile von der Senga-Bay-Bar liegt Little Germany. So nennen die Einheimischen das exklusive Luxusviertel bundesdeutscher Spitzenverdiener. Isoliert von den Schwarzen und abgeschirmt von der Cholera leben hier 22 Entwicklungshelfer mit Monatsgehältern zwischen 4.000 und 8.000 Mark netto.

Es sind Angestellte der "Garantieabwicklungsgesellschaft" [GAWI] mit Sitz im hessischen Eschborn, die für Deutschland den Einsatz der Entwicklungshilfe-Fachleute organisiert. Seit 1975 ist GAWI in die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) aufgegangen. Die -in Malawi allerdings nicht eingesetzten - Entwicklungshelfer des "Deutschen Entwicklungsdienstes" [DED] bekommen nur ein Einsatzgeld von monatlich 500 Mark.

Weiß getünchte Villen (Kosten für die Bundesregierung: Vier Millionen Mark) stehen unter schattigen Bäumen. Riesige Wasserfontänen, die in der Trockenheit von Regenspeichern versorgt werden, haben einen gepflegten Rasen wachsen lassen, der bis zum Strand des Malawi-Sees reicht, Motorboote ziehen Wasserskis über den See. Abends erhellt Flutlicht den Tennisplatz. Aus der angrenzenden Erfrischungsbar ertönt der Evergreen, "rain and tears, it's all the same" (Regen und Tränen ist alles dasselbe). - So behaglich schön kann das Leben sein -und das inmitten eines Landes bitterster Armut; auf Tuchfühlung sozusagen.

Schwarzes Personal besorgt den Haushalt, putzt Schuhe, macht Betten, kocht deutsche Küche, pflegt den Rasen und fährt die blonden Kinder aus. Den "Herrschaften" ergeben ist es außerdem. Landwirtschaftsfachmann Herbert Pils: "Wenn wir heute einen rausschmeißen, stehen morgen zwanzig Neue vor der Tür." Selbst vor den reinrassigen Schäferhunden Roli und Bingo haben die Dienstboten zu kuschen. Arnold von Rümker, Projekt-Vizechef: "Keine Angst vor dem Hund. Er beißt nur Schwarze."

Dieses Kolonial-Herrenleben wird im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Zeiten des linksorientierten SPD-Politikers Erhard Eppler (1968-1974) "sinnvolle Entwicklungshilfe für den Staat Malawi" genannt und als "größtes deutsches landwirtschaftliches Programm in dieser Region Afrikas" bezeichnet.

Malawi ist mit 118.485 qkm fast halb so groß wie die Bundesrepublik. Im Norden grenzt es an das einst sozialistische Tansania, im Westen liegt Sambia, im Osten und Süden ist das frühere Nyassaland vom ehemaligen portugiesischen Kolonialgebiet, dem Mozambique umgeben. Die damals 4,6 Millionen (im Jahre 2006 insgesamt 13 Millionen) Einwohner zählen zu den Ärmsten der Welt. Der Jahresverdienst liegt im Durchschnitt bei 200 Mark. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt von einem US-Dollar pro Tag. Nahezu 90 Prozent der Menschen ernähren sich von der auf primitive Weise betriebene Landwirtschaft. Satt werden die meisten davon ohnehin nicht.

Seit Malawi im Jahr 1964 selbstständig wurde, investierte die einstige Kolonialmacht England 60 Millionen Pfund Sterling in dem keiner Linksexperimente verdächtigen Entwicklungsland. Ohne dieses Geld könnte es in Malawi überhaupt keine Verwaltung, keinen Verkehr geben. Kamuzu Hastings Banda (*1896+1997) war der erste Präsident des Einparteienstaates - ein gefürchteter Diktator auf Lebenszeit. Er trat nach den ersten freien Wahlen im Jahre 1993 ab. Banda verfügte über Bankkonten in der Schweiz, England, war Eigentümer von Baumwoll-und Tabakpflanzen und einer Tankstellen-Kette. Sein Privatvermögen belief sich auf 320 Millionen US-Dollar. Sein Leitmotiv: "Notfalls erbettele ich mir das Geld vom Teufel, um mein Land voranzubringen."

Solcher Aufforderung, Entwicklungshilfe zu leisten, hatte es bei der deutschen Regierung zu Zeiten des "Kalten Krieges" zwischen Ost und West gar nicht bedurft.

Bandas rigoroser Antikommunismus passte dem CDU-Kanzler Konrad Adenauer (*1876+1967) genau ins politische Konzept. Der frühere Arzt Banda, nannten ihn seine Anhänger, machte im Jahre 1993 eine Bitt-Reise nach Bonn an den Rhein und warf einen entrüsteten Blick über die Berliner Mauer. Seitdem ist die Bundesrepublik in Malawi engagiert. Konrad Adenauer gewährte 50 Millionen Mark Kapitalhilfe für Straßenbau und eine Rundfunkstation. Die Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel (1961-1966), Hans-Jürgen Wischnewski (1966 - 1968) und Erhard Eppler pumpten weitere 49 Millionen Mark in das deutsche Landwirtschafts-projekt Salima, vier Stunden nordöstlich von der Metropole Blantyre. Salima ist eine Stadt in der Zentralregion von Malawi. In ihr leben Schätzungen aus dem Jahre 2006 insgesamt 32.000 Menschen; davon 80 Prozent unterhalb der inländischen Armutsgrenze.

In dieser Region, die so groß wie das Saarland ist, bearbeiten 90.000 Kleinbauern bisher ihre Felder mit primitiven Hacken. Die Erträge an Baumwolle, Reis und Erdnuss waren so kläglich, dass sie einer achtköpfigen Familie nur ein Jahreseinkommen von gleichweise 123 Mark einbrachten. - Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig.

Im Jahre 1968 kamen dann die deutschen Experten ins Land. Ihre Aufgabe: eine exportfähige und Devisen bringende Baumwollproduktion in Gang zu setzen. Ihr erster Schritt

war, bei den Kleinbauern, von denen die meisten noch nicht einmal ein Ochsengespann zum Pflügen kannten, mit komplizierten Finanzierungsprogrammen kapitalistischen Ehrgeiz zu wecken. Dazu teilten sie die ursprünglich gleichberechtigten Bauern in Besitz- und Leístungsklassen ein. Die Qualität des Bodens und die Bereitschaft der Farmer, den Acker nach deutscher Anweisung zu bestellen, entschied über die Einstufung. Agrarexperte Joachim Johannes erklärt das System: "Nur wer etwas leistet, bekommt - je nach Gruppe gestaffelt -von uns Kredit. Die Bauern haben die Chance, von der ersten bis zur sechsten Stufe aufzusteigen."

Doch Chancen für soziale Aufsteiger gibt es in Salima praktisch nicht. Denn um das von Präsident Banda verordnete Devisensoll zu erfüllen, begünstigen die Entwicklungshelfer nur Bauern mit schon relativ guten Baumwollerträgen. Die zwanzig Farmer der Gruppe 6 bekommen Darlehen in Höhe von je 480 Mark im Jahr, die 250 Bauern der Gruppe 5 je 180 Mark, Gruppe 4 (300 Bauern) je 135 Mark, Gruppe 3 (4200 Bauern) je 90 und Gruppe 2 (8.000) Bauern je 39 Mark. Die 20.000 ärmsten Bauern mit den schlechtesten Böden erhalten gar keine Kredite (Gruppe 1). Die Folge: In sechs Jahren deutscher Entwicklungshilfe kristallisierte sich aus den Salima-Bauern eine Gruppe von 570 Privilegierten heraus, deren Jahreseinkommen bis auf 1.040 Mark kletterte., während die Kleinbauern der Gruppe 1 im Projektgebiet immer noch um 123 Mark verdienen - und Not und Neid immer stärker in Eigentumsdelikten und Schlägereien explodieren. Salima-Landwirtschaftsberater Karl Feldner hält das Kreditsystem für gescheitert. "Wir können nicht ohne weiteres den Kapitalismus auf die Afrikaner übertragen. Damit zerstören wir nur eine noch intakte soziale Verbundenheit und schüren Neid und Habgier."

Projekt-Vizechef Arnold von Rümker hingegen ist stolz auf seine Bilanz: "Wir haben den Baumwollertrag je Acres (=0,4 Hektar) von 450 auf 850 Mark steigern können." Doch gleichzeitig gibt er zu: "Die Erfolge sind natürlich nicht so hervorragend, dass es den einfachen Leuten heute besser geh als anderswo im Land."

Die Baumwollproduktion, die Devise bringt, rangiert in Salima selbst vor der Schulpflicht. Nur ein Fünftel der Kinder kann die Schule besuchen. Denn dafür müssen die Eltern 20 Mark im Jahr bezahlen. Staatspräsident Banda wollte die Analphabetenquote in den nächsten fünf Jahren nicht senken. Er befürchtete, mehr Bildung könnte die Jugend zur Landflucht verführen und so seine Agrarpolitik gefährden. Arnold von Rümker gibt es: "Offiziell dürfen wir im Projektgebiet keine Schulen bauen. Das hat politische Gründe."

Stattdessen durften die deutschen Entwicklungshelfer aber auf Anordnung des Präsidenten dessen Parteijugend die "Malawi Young Pioneers" (MYP), ausbilden. Die Devise der nach Hitler-Jugend-Modell organisierten MYP: "Disziplin, Gehorsamkeit, lange lebe der Präsident." Nach einem zweijährigem Drill durch israelische Militärberater sollten die Deutschen in Salima Siedler und Handwerker aus ihnen machen.

Obwohl das Regierungsabkommen zwischen Deutschland und Malawi die Schulung der Kaderjugend nicht vorsieht, erzwang Banda die MYP-Ausbildung in der deutschen Handwerkerschule und in einem Siedlergebiet. Damit MYP-Mitglieder aus ganz Malawi ausgebildet werden konnten, mussten Einheimische aus dem Projektgebiet abgewiesen werden.

Ein vertrauliches Gutachten des Malawi-Referenten Dr. Fischer hatte Minister Erhard Eppler vor dieser "verhängnisvollen Entwicklung" gewarnt: "Das zuvor in Lagern vermittelte Elite-Bewusstsein und die hinter der Organisation stehende politische Macht tun ein übriges, um soziale und politische Spannungen im Projektgebiet entstehen zu lassen."

Aber selbst der in seinen Theoriebeiträgen stets versierte deutsche Sozialdemokrat Erhard Eppler (Buchtitel: "Das Schwierigste ist Glaubwürdigkeit") tat nichts dagegen, dass seine Entwicklungshelfer für eine rechtsradikale Staatsjugend arbeiten mussten. Die Landwirtschaftshelfer erschlossen Siedlergebäude für 300 "Malawi Young Pioneers". Sie bauten Straßen und Häuser, bohrten Brunnen und vergaben zur Feldbestellung Spitzendarlehen von 2.000 Mark pro Person. Doch die aus anderen Landesteilen kommenden MYPs wollten gar nicht in Salima sesshaft werden. Sie bestellten die Felder nicht, zahlten die Kredite nicht zurück und ließen die deutschen Entwicklungshelfer bald nicht mehr in das Siedlergebiet. Mitglieder, die den deutschen Anweisungen folgten, wurden verprügelt. Und als drei "Malawi Young Pioneers" wegen Schlägereien ins Gefängnis kamen, stürmten 200 ihrer Kameraden in einer nächtlichen Aktion das Polizeipräsidium und erzwangen die Freilassung.

Da die MYPs unter dem besonderen Schutz des Präsidenten standen, wagte kein Deutscher, gegen Bandas Zöglinge vorzugehen. Immer, wenn die MYP's grölten, wurde es unter den deutschen Entwicklungshelfer und ihren Familien ganz plötzlich Mucks Mäuschen still. Arnold von Rümker: "Dem Alten sind seine MYPs heilig. Hätten wir ihm gesagt, wie unrentabel das Siedlerprojekt verläuft, wären wir aus dem Land geflogen."

Nach zwei Jahren zogen 240 "Malawi Young Pioneers" wieder in ihre Heimatdörfer. Mittlerweile steht die Hälfte der einst kostspielig aufgebauten Häuser in Salima leer, die Felder liegen brach. Fehlinvestitionen: eine Million Mark.

Nach der ursprünglichen Planung sollten die deutschen Experten 1974 durch malawische Fachkräfte ersetzt werden. Doch von den wenigen Malawiern mit abgeschlossener Fachausbildung saßen viele seit Jahren in KZ-ähnlichen Lagern. Fast jede Nacht ließ Diktator Banda eine Menschenhatz gegen Oppositionelle und kritische Intelligenz veranstalten. So gegen Tausende Zeugen Jehovas, die sich geweigert hatten, Zwangsabgaben für die Einheitspartei zu zahlen (fünf Tambala = 15 Pfennig pro Marktbesuch). Kein Entwicklungshelfer durfte den Verfolgten helfen. Banda befahl, einen Teil der auf europäischen Universitäten ausgebildeten Malawier in die Camps einzusperren, weil er den Akademikern eine kommunistische Unterwanderung zutraute.

Ein Dutzend Minister und Staatssekretäre saßen in Gefängnissen, weil sie eine Generalamnestie der Inhaftierten gefordert hatten. Auf dem Parteitag der "Malawi Congress Party", rechtfertigte Banda 1972 sein Vorgehen: "In anderen Ländern werden die Systemfeinde sofort ermordet. Bei mir können sie in den Camps überleben." Viele Tausende überlebten nicht. Zu jener Zeit saßen mindestens 25.000 Malawier in KZs.

Deshalb blieb Banda, der wegen seiner Innenpolitik und seiner Sympathien für das damalige Apartheits-Regime Südafrika von den Nachbarstaaten boykottiert wurde, auf weitere ausländische Experten angewiesen. Minister Eppler, der über die Zustände in der Banda-Diktatur informiert war, verlängerte trotzdem das Salima-Projekt. Kostenpunkt: weitere 3,5 Millionen Mark pro Jahr. Da scheint es verständlich, dass deutsche Diplomatenjahrgänge aus der Nazi-Zeit, die den Zweiten Weltkrieg in Afrika unbeschadet in Deckung "überwinterten", vorauseilenden Gehorsam bekunden. Vornehmlich Max Schubert, seines Zeichens Erster Sekretär der deutschen Botschaft in Blantyre, bekundete vielerorts seine Sympathie , wenn die Rede auf Diktator Banda kam. "Was heißt hier schon alles Lager oder KZ. Wir fühlen uns mit den Malawiern jedenfalls sehr verbunden. Sie haben uns in der UNO immer geholfen, als wir noch kein Mitglied waren."

Jürgen Möhling, ehedem Malawi-Experte im Entwicklungshilfe-Ministerium, fragt sich dagegen, "ob die deutsche Entwicklungshilfe in diesem Land überhaupt einen Sinn" macht. Sein in

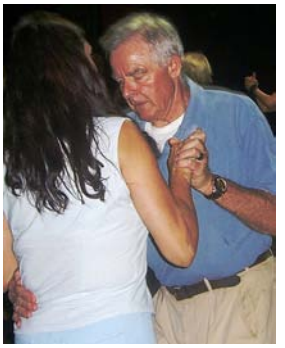
den siebziger Jahren verantwortlicher Minister, dem der Bundesrechnungshof erst vor kurzem wieder Misswirtschaft und Fehlplanung vorwarf, hat alle Einladungen zu Inspektionsreisen nach Salima abgelehnt. Erhard Eppler wollte am liebsten gar nichts von Malawi hören.

P.S. Es war noch im Jahre 1974 , als die Lufthansa mit einer speziellen Ladung für die deutschen Entwicklungshilfe-Experten an Lilongwe Kamuzu International Airport anflog. Behutsam galt es, weit über 36 Flaschen "Mumm"-Sekt in sechs Kisten verpackt zu entladen. Vor den weiß getünchten Villen unter schattigen Bäumen mit dem anmutenden Panorama-Weitwinkelblick auf den Malawi-See galt es Abschied zu nehmen an einem der kommenden lauen Sommerabende. Vize-Projektleiter Dr. Arnold von Rümker hatte durch die "Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" einen Ruf nach Washington D. C. zur Weltbank erhalten. - Meilenstein, Karriere-Sprung über Kontinente.

Zum Abschied aus Malawi versammelten sich Deutschlands Spezialisten auf dem penibel gepflegten englischen Rasen vor ihren Villen. Sie standen feierlich mit ihren Schampus-Gläsern im Halbrund, steif, unnahbar. An diesem Abend prosteten sich nach Monaten des Alkoholverbots mit Bedacht wieder zu. Auch das war anlässlich des von-Rümker-Adieu eine Premiere, ohne großen Aufhebens: Der schwarze Room-Service in weißen Handschuhen durfte den sattgrünen Rasen betreten, Schampus nachgießen – ausnahmsweise. Wo doch sonst der Rasen eine besondere Obhut genießt. Aus einem uralten Uher-Tonband-Gerät schepperte Nino Rossos 'Il Silenzio" bei Sonnenuntergang. Vom dürftigen Malawi zur Weltbank nach in die US-Hauptstadt Washington. Ja, ja, nichts ist erfolgreicher als Erfolg. Das Leben des Dr. Arnold von Rümker war und blieb eine Erfolgsgeschichte.

Nach fünfzehn Jahren in Steppen und an weiläufigen Stränden rund um und in Malawi durfte sich der Agrarökonom „Ehrenritter in die Provinzial-Sächsische Genossenschaft des Johanniterordens" nennen. Zum ehrwürdigen "Rechtsritter" gar wurde der Entwicklungshelfer im Jahre 1998 ernannt. - Malawi hingegen, diese flüchtige, hin gepustete Region Salima aus Papphütten, Pappbecher und Pappnasen, diesen Landstrich ausgemergelter, von AIDS verseuchten, hungernden Kindern - die hat Arnold von Rümker mit seinen Schäferhunden Roli und Bingo nicht mehr wieder gesehen.

CENTRAL REGION LAKESHORE
DEVELOPMENT PROJECT
PROJECT HEADQUARTERS



TOYOTA

1975

Deutsche Spätaussieder – Heim ins Reich

Polen – Aufruhr gegen Genossen Gierek

Nazi-Vergangenheit ist Gegenwart – Karrieren

Kriegsdienstverweigerer: Schieß oder du kommst in den Knast

Sittengemälde – Professoren bitten zur Kasse

Zeitgeschichte (1) – Wenn DDR-Bürger schwimmen gehen

Zeitgeschichte (2) - Ende einer Utopie – rote Uni Bremen geht baden

Zeitgeschichte (3) – Heidelberg im Bürgerkrieg. Unwohlsein in Wohlstands-Idyllen

Rechtsradikale in Deutschland – vom Staat finanziert

Die grösste Feuersbrunst in Deutschland: Viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze

POLNISCHE SPÄT-AUSSIEDLER - "HEIM INS REICH"

Zwischen 1950 und 1998 kamen etwa 1,44 Millionen Aussiedler un Aussiedlerinnen von Polen nach Deutschland. Als Folge des Warschauer Vertrags von 1970 über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland, wurde erneut eine Vereinbarung über die Möglichkeit der Familienzusammenführung von Deutschen aus Polen getroffen. Die Volksrepublik Polen erkannte damit indirekt die Existenz von Deutschen im Lande an. Während Polen von einigen Zehntausenden von Ausreisewilligen ausging, lagen dem Deutschen Roten Kreuz zu Beginn des Jahres 1970 etwa 250.000 Anträge vor. Die zurückhaltende Genehmigungspraxis der polnischen Behörden veranlasste Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982) bei Gesprächen mit Polens Staatschef Edward Gierek (*1913+2001) am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 auf die Unterzeichnung eines Ausreiseprotokolls zu drängen. Danach sollten innerhalb von vier Jahren weitere 125.000 Personen eine Ausreiseerlaubnis erhalten. Der Zuzug aus Polen nach Deutschland ist erst zu Beginn der neunziger Jahren durch die Neufassung des Aussiedleraufnahmegesetzes gestoppt worden. Rückblick. Zeitgeschichte.

stern, Hamburg 18. Dezember 1975

Die Kiste steht mitten in der Küche. Dem 78jährigen Josef Mainka dauert die Packerei viel zu lange. "Wir haben nicht mehr viel Zeit", treibt er seine Schwiegertochter Monika Mainka, 37, an, die gerade Röcke und Pullover ihrer Töchter Veronika,13, und Christa, 10, verstaut. Zwei Frachtkisten stehen schon gepackt auf dem Hof.

Die Adresse, in großen schwarzen Lettern auf der Frontseite eingebrannt, ist nicht zu übersehen: "Durchgangslager Friedland - BRD." Damit die Ausreise aus dem oberschlesischen Dorf Kozuby (früher Dammrode) klappt, fährt Mainkas Sohn Jan, 42, noch einmal zum Passport-Büro nach Opole (Oppeln). "Das Frachtgewicht in den Papieren muss ganz genau stimmen, damit wir auch wirklich rüberkommen", sagt Jan. Danach will er als Weihnachtmitbringsel für die Verwandtschaft fünf Gänse schlachten, die noch lauthals auf dem Hof herumschnattern. Land (12 Hektar) und Gebäude sind schon dem polnischen Staat übereignet.

Maurer Mainka muss sich noch von seinen Arbeitskollegen verabschieden, mit denen er 20 Jahre im Akkord Häuser baute. Wohl ist ihm dabei nicht. Immerhin brachte er jeden Monat 5.000 Zloty (416 Mark) nach Hause, und die kleine Landwirtschaft, die seine Frau besorgte, warf 2.000 Zloty ab. Jan Mainka frohgemut: "Bei euch soll es sehr schön sein. Aber wie die Verhältnisse tatsächlich sind, wie soll ich das wissen. Wer sagt mir, ob ich einen Arbeitsplatz finde?" Opa Mainka fährt dazwischen: "Wer hart arbeitet, der bringt es auch zu was. Und im ersten Jahr kannst du doch stempeln gehen."

Der Alte ist verbittert. Im Ersten Weltkrieg lag er für den Kaiser vor Verdun, in der Nazi-Zeit war er städtischer Angestellter in Breslau (jetzt:Wroclaw). Aber eine Rente bekommt er bis heute nicht, obwohl die Familie 1951 die polnische Nationalität annehmen musste. 1958 hatte Mainka zum ersten Mal die Ausreise beantragt, wollte dann aber doch lieber in der Heimat bleiben. Er glaubte an die von Konrad Adenauer (Bundeskanzler 1949-1963) versprochene Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und wollte mit dabeisein, wenn die "deutschen Kolonnen" in Schlesien einziehen.

Erst als die SPD/FDP-Koalition vor fünf Jahren den Vertrag mit Warschau (1970) schloss, erkannte Mainka , dass dieses Deutschland ein Traum war. Seitdem will er in die Bundesrepublik, weil "die Mainkas Deutsche bleiben sollen". Deshalb stellte die Familie (Schwiegertochter Monika: "Wir können Opa doch nicht allein fahren lassen") seit 1970 jedes Jahr einen Ausreiseantrag, dann die Genehmigung. Josef Mainka: "Jetzt fahren wir endlich heim ins Reich" - dorthin, wo Opa eine Rente kriegt.

Fahrkarten für den Ost-West-Express von Warschau nach Hoek van Holland haben auch der Elektro-Schweißer Werner Frewer, 37, seine Frau Maria, 36, und seine Schwiegermutter Maria Wiora aus Czarnowasy (Klosterbrück). "Mir brauchen Sie nichts zu erzählen", sagt die 64jährige. "Wenn wir im Zug sitzen, sind wir keine Pollaken mehr. Dann denke ich nur noch an Deutschland." - "Gucken Sie sich doch mal den Dreck hier an", fährt Maria Wiora fort. "Bloß raus hier. In der Bundesrepublik liegen bestimmt keine Zigarettenkippen auf der Straße, da krakeelen nachts auch die Besoffenen nicht so rum."

In Czarnowasy bei Opole gehörten die Frewers zu denen, die es zu etwas gebracht hatten. Als hochqualifizierter Industriearbeiter verdiente Werner Frewer einen Spitzenlohn: 6.000 Zloty im Monat. Die Großmutter bekam 1.500 Zloty Rente und die Drei-Zimmer-Wohnung kostete nur 460 Zloty Miete. Frewer: "Eigentlich kann ich mich nicht beklagen."

Doch seit andere ausreisen durften, ist es den Frewers hier zu eng. Die Schwester hat ein Eigenheim bei Düsseldorf, "einen funkelnagelneuen Wagen mit zwei Garagen" (Schwiegermutter Maria). In Czarnowasy aber schauen sie immer noch in die Röhre des Uralt-Fernsehers (Baujahr: 1963). Über der durchgesessenen Couch hängt eine Postkarte der Verwandten aus der Bundeshauptstadt Bonn: ein blauer Rhein, das Poppelsdorfer Schloss im Frühling. Im verschrammten Wohnzimmerschrank steht neben Sammeltassen und bunten Ostereiern ein kleiner Nikolaus.

"Weihnachten", freut sich Frau Maria, "feiern wir schon im Westen." Sie hoffen, bald eine neue Wohnung beziehen und möglichst bald ein Auto kaufen zu können. Werner Frewer fragt uns, welcher Typ am preisgünstigsten ist. - Aber erst kommt das Ausnahmelager Friedland. Die Aufschrift auf der Frachtkiste, die schon im Wohnzimmer steht, erinnert daran. "Doch nur für vier Tage", beschwichtigt die Schwiegermutter. Und die eine Million Arbeitslose? Schweißer Frewer hat keine Angst: "Ihr habt zwei Millionen Gastarbeiter. Die müsst ihr nach Hause schicken."

Ob im schlesischen Industrie-Revier oder in den weiten Ebenen von Masuren - für alle Deutschen, die 1945 die Flüchtlingstrecks verpassten, für jene, die erst Polen werden und dann doch Deutsche bleiben wollten, und für die, denen über Jahre die Ausreise verweigert wurde, ist Bundesdeutschland eine paradiesische Fata Morgana.

So für die 77jährige Bäuerin Johanna Krankowski aus Kopanki, die letztes Jahr zu Besuch "im Reich" war, wie sie es nennt. Stolz zeigt sie die Fotos ihrer Kinder, die in der Bundesrepublik leben: Farbfernseher, Kühltruhe, Teppichboden. Und sagt: "Die haben mehr Apfelsinen als wir Kartoffeln."

Wenn es nach ihr ginge, würde Johanna Krankowski lieber heute als morgen das Ermland verlassen. Aber ihre Tochter ("Heimat ist Heimat") will auf dem neun Hektar kleinen Hof bleiben. Weil die Altbäuerin ihrer Tochter nicht zutraut, allein den Haushalt zu führen ("Als sie heiratete, konnte sie noch nicht einmal Brot backen"), entschied sie sich dafür, ihren Lebensabend doch in Kopanki zu verbringen.

Aber abends, wenn sie unter den Heiligenbildern auf dem Plüschsofa sitzt und für den vierjährigen Enkel Jaschek Strümpfe strickt, dann erzählt sie dem Besuch aus der Nachbarschaft immer, wie schön es im Westen ist. Die Folge: Von den 20 Familien in Kopanki möchten jetzt fünfzehn ihre Koffer packen. Im 20 Kilometer entfernten Purda, früher Groß Purden, wollen von den 1.600 Einwohnern sogar 1.400 in die Bundesrepublik auswandern. Seit bekannt wurde, dass - dank der Einigung von KP-Chef Edward Gierek mit Bundeskanzler Helmut Schmidt in Helsinki - Polen in den nächsten vier Jahren 125.000 Deutsche ausreisen lassen will, ist "im Dorf eine Epidemie ausgebrochen" (Pfarrer Theodor Zuroi).

Wenn eine Familie einen Antrag stellt, fahren auch gleich die Nachbarn mit dem 7-Uhr-Bus zum Passport-Büro in Olsztyn (früher Allenstein) und stehen dann Schlange vor dem Verwaltungsgebäude, um - manche zum 15. Male - ihren Antrag loszuwerden. Chancen rauszukommen, haben nicht so viele. Pfarrer Zuroi deutet bitter an, warum: "Nur die reicheren Bauern haben es bisher geschafft." Gerhard P. aus Olsztyn sagt es deutlicher. Er glaubt, die Praktiken der Passport-Beamten durchschaut zu haben: "Bestechungen ziehen am besten. Deshalb musste die Partei in diesem Jahr schon mehrere Male die Beamten auswechseln." Der Abteilungsleiter eines Industrie-Unternehmens versucht es mit einem anderen Trick. Seinem Stellvertreter, dem Verwandten eines einflussreichen Bezirksfunktionärs, machte er klar, dass er mit einer Beförderung zu rechnen habe, wenn er ihm über seinen direkten Draht nach 17 Ablehnungen endlich die Ausreise verschafft.

Eine solche Möglichkeit gibt es freilich nicht für Pfarrer Zuroi, der schon einmal vorgefühlt hatte, ob es für ihn eine Pfarrei im Westen gebe, wenn er "als letzter" das Dorf verlasse. Doch so weit ist es noch lange nicht, und der katholische Priester versucht weiter, sich und seine Gemeinde zu trösten, mit Sprüchen wie: "Weil ihr gute Bauern seid, kommt ihr nicht raus." - "Wer das Vaterland liebt, wird auch hier seine Pflicht erfüllen."

Das hilft Anton Skrzypski ,46, und seiner Frau Hildegard, 43, wenig, die jeden Abend vor dem Transistor-Radio sitzen - elektrisches Licht und fließendes Wasser gibt es auf ihrem kleinen Hof nicht -, um im Deutschland-Funk die steigenden Aussiedler-Zahlen zu verfolgen (Oktober: 2500, November: 2800). Immerhin konnten seit dem Jahr 1950 exakt 465.000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik ausreisen. Obwohl Hildegard Skrzypski gar nicht zu den Polen-Deutschen gehört, sondern aus der thüringischen Kreisstadt Rudolfstadt stammt, wird der Familie seit 1958 Jahr für Jahr die Ausreise verweigert. Die letzte Absage erhielt sie am 25. Oktober 1975. Bauer Skrzypski resigniert: "Ich glaube nicht mehr an eine Wende." Er weiß den Grund: Seine Söhne, Tischler Gerhard, 22, und Maurer Clemens, 19, werden als Facharbeiter in Polen dringend gebraucht.

Großzügiger sind die Behörden, wenn sie selbst zur Kasse gebeten werden können. Zweimal hatte sich Waldarbeiter Bruno Check vergebens um die Ausreise bemüht. Kurz nachdem der 42jährige Anfang des Jahres an einem Herzinfarkt gestorben war, bekam die Witwe Ursula, 39, die Auswanderungspapiere für sich und ihre Kinder Anton, 20, Christel, 19, Leo, 17, Rita, 15, Andreas, 13, Brigitte, 12, und Waldemar, eineinhalb. Der Staat hatte der Witwe und den jüngsten Kindern Rente zahlen müssen. Weil Ursula Checzka mit 1.750 Zloty Rente nicht auskam, übereignete sie ihre neun Hektar Land dem Staat, verkaufte die beiden Kühe und reist nun in eine ungewisse Zukunft in die Bundesrepublik Deutschland. Ursula Czeczka kann nur gebrochenes Deutsch, ihre sieben Kinder sprechen fast kein Wort.

Für Frau Hildegard Brosch, 54, die den staatlichen Lebensmittelladen im Dorfe Braswald (Braunswalde) bei Olsztyn führt, kommt dieser "waghalsige Schritt" nicht mehr in Frage. Vor

einigen Jahren war sie bei einem Besuch in der Bundesrepublik noch wie geblendet. Sie zog von Geschäft zu Geschäft, bestaunte das Warenangebot ("Warum habe ich bei mir im Laden nur keine grüne Götterspeise?"), kaufte für die 20 deutschen Familien in Braunswalde dutzendweise Groschenromane ein. Ihrer Tochter Irene, heute 21, wollte Hildegard Brosch ein Paar Stiefel mitbringen. Im Kaufhaus fragte sie nach Schuhgröße 37. Es waren jedoch nur wenige Paare eine halbe Nummer kleiner zu haben. Die Verkäuferin riet ihr, die kleineren Lederstiefel zu kaufen und notfalls wieder umzutauschen. Hildegard Brosch: "Das geht aber nicht, denn ich komme aus Polen." Darauf die Verkäuferin: "Für die Polacken ist das doch gut genug. Die Schuhe werden Sie dort immer wieder los."

Hildegard Brosch war völlig durcheinander. Beim Schwager, der mit ihrer Schwester erst ein paar Jahre zuvor von Braunswalde nach Hamburg übersiedelt war, suchte sie Beistand. Doch der Schwager verstärkte ihre Unsicherheit noch: "Wenn du hier einkaufen gehst, sag' am besten nicht, dass du aus Polen kommst. Das hören die Leute nicht so gern. Ostpreußen klingt viel besser." - Hildegard Brosch kam nun mal aus Polen. Dort hatte sie sich 30 Jahre als Deutsche gefühlt und verhalten. Sollte sie nun in der Bundesrepublik wieder als Außenseiterin abgestempelt werden? "Nein", sagt die 54jährige Kriegerwitwe, "dann bleibe ich lieber dort, in meinem kleinen Laden in der Dorfmitte von Braswald und bei meinen Kühen und zwei Schweinen auf dem Hof."

Nein sagte auch die 60jährige Krankenpflegerin Helene Zappa - aber erst nach 12 Jahren Aufenthalt in der von ihr früher so ersehnten Bundesrepublik: "Ich fühlte mich dort isoliert und überflüssig." Als sie 1974 zur polnischen Botschaft nach Köln fuhr, um wieder in die "Heimat zurückzukehren", ahnte sie nicht, dass sie sich damit als Rückwanderer zwischen die deutsch-polnischen Stühle setzen würde. 1951 hatte die Reichsdeutsche die polnische Nationalität annehmen müssen, 1962 durfte sie in den Westen ausreisen, wurde von Polen ausgebürgert und war vorübergehend staatenlos. Dann bekam sie den bundesdeutschen Personalausweis. Um in die Heimat zurückzukehren, musste Helene Zappa 1974 auf die deutsche Nationalität verzichten und wiederum die polnische beantragen. Bis die anerkannt ist, muss Frau Zappa fünf Jahre warten.

Solange ist sie staatenlos und deshalb nur ein halber Mensch. Sie darf in keine Organisation eintreten, sie darf nicht wählen, sie darf nicht einmal ein Sparkonto bei der Staatsbank "PKO" einrichten. Immerhin bekommt sie 1.000 Zloty Sozialrente. In Jellow (Illnau) bei Opole, dem Heimatdorf, in das Helene Zappa zurückgekehrt ist, meidet sie die deutschstämmige Bevölkerung die künftige Polin, "Vaterlandsverräterin", riefen ihr die Bauern über die Straße zu, die 1962 ihren Weggang erlebt hatten, aber bis heute vergebens auf die eigene Fahrkarte warten.

Nur ein knappes Jahr blieb der katholische Pfarrer Edmund Kwapis, 44, im Hochsauerland. In seiner 1.000-Einwohner-Gemeinde wollte niemand etwas mit dem fremden Priester zu tun haben. Bei den Einheimischen hieß Kwapis "der Pole im Talar", die Kollegen sprachen von dem "Schlesier mit dem harten Akzent". Ältere Gemeindemitglieder ließen gegenüber dem Herrn Pfarrer durchblicken, er sei ja ganz nett, aber es wäre ihnen doch lieber, wenn ein Deutscher käme.

Zwischen Kirche und Schule riefen ihm Kinder nach: "Der kommt aus Polen und Polen stinken", erzählt und Kwapis nachdenklich. "Ich hielt mich Jahrzehnte für einen richtigen Deutschen, habe hart für meine Ausreise kämpfen müssen und wollte mir in der Bundesrepublik eine neue Gemeinde aufbauen. Erst die Deutschen haben mich vom Deutschtum geheilt." In drei Monaten ist Pfarrer Edmund Kwapis mit Sondergenehmigung wieder polnischer Staatsbürger.

AUFRUHR IN POLEN - GENOSSEN GEGEN GIEREK: PREISE, WARENKNAPPHEIT, FREIHEIT, MEINUNGSFREIHEIT

Polen kommt nicht zur Ruhe. Erosionen - Momente etwa eines Bürgerkriegs in dem zwischen Ost und West zerriebenen Land. Rasante Preissteigerungen, Warenknappheit, geplünderte Sparbücher, jäher Absturz des Lebensstandards. Mittendrin blockt eine moskauhörige Beton-Fraktion noch so zaghafte Reformpolitik des polnischen KP-Chefs Edward Gierek (1970-1980; *1913+2001) ab. Er scheiterte mit der Modernisierung der Wirtschaft, konnte die horrende Auslands-Verschuldung nicht annähernd tilgen. Der Arbeiter Edward Gierek wurde nach Gründung der Solidarnosc-Gewerkschaft (1980) gestürzt und nach Verhängung des Kriegsrechts durch General Wojciech Jaruzelski im Jahre 1981 – noch im selben Jahr Ministerpräsident - kurzzeitig inhaftiert.

stern, Hamburg 4. Dezember 1975

Der Machtkampf in der polnischen Parteispitze wurde von Flammenzeichen begleitet. Am 21. September 1975 brannte die Warschauer Wislostrada (Weichselautostraße) lichterloh. Die Asphaltstraße war mit flüssigem Napalm überschüttet. Wenig später schlugen Flammen aus den Fenstern des Warenhauses "Cedet" in der Warschauer Innenstadt. Das beliebte Einkaufszentrum brannte völlig aus. Im Königsschloss glomm das Gebälk. In Wroclaw, früher Breslau, loderten mehrere Brandherde in der größten Kirche der Stadt.

Zwei Wochen vor dem VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der am 8. Dezember 1975 in Warschau beginnt, drohen die bislang unbekannten Brandstifter sogar: Wenn jetzt die Preise erhöht werden, dann wird bald die ganze Hauptstadt brennen. Preise und Warenknappheit beunruhigen viele Polen. Vor den Sparkassen stehen Schlangen. Ein Warschauer Bank-Angestellter: "Jahrelang haben uns die Leute ihr Geld gebracht. Jetzt heben sie auf einmal alles von den Konten ab." - Und kaufbesessen drängen die nervös gewordenen Menschen sich in die teuersten Textilläden der Nowy-Swiat-Straße. Sowjetische Pelzmäntel, die zwischen 12.000 und 20.000 Zloty kosten (durchschnittliches Monatseinkommen: 3.200 Zloty), werden bar bezahlt.

Trotz der bisher erfolgreichen Wirtschaftspolitik des Parteichefs Edward Gierek - Polen verdrängte die DDR vom zweiten Platz der Industrienationen in der Ostblock-Gemeinschaft COMECON (gegründet 1949 als Gegengewicht zum Marschall-Plan des Westens); außerdem geht es den meisten Polen heute besser denn je - steht die größte Krise in der 30jährigen Nachkriegsgeschichte Polens bevor. Trotzdem muss Gierek im nächsten Jahr stufenweise die Preise heraufsetzen, um wenigstens halbwegs den Staatshaushalt vor dem Bankrott zu bewahren.

- Lebensmittel (Preise seit 1970 nicht erhöht) zwischen 40 und 50 Prozent;
- Textilien bis zu 40 Prozent;
- Elektrogeräte 35 Prozent;
- Baumaterial 20 bis 30 Prozent;
- Bahntarife bis zu 40 Prozent.

Aber für solche Preissteigerungen braucht Edward Gierek, 62, die Zustimmung des Zentralkomitees, das auf dem Parteitag neu gewählt wird; und vor allem benötigt er Ruhe im Lande. Deshalb wirbt der Parteichef seit vielen Wochen auf Veranstaltungen in allen Provinzen nach dem Motto: "Arbeiter fragen den Genossen 1. Sekretär" um Verständnis für die wirtschaftliche Lage. Das Fernsehen, das ursprünglich einige Auftritte live übertragen sollte, durfte erst hinterher kurze Ausschnitte senden. Der Grund: Applaus gab es nur am Anfang und am Schluss, sonst schrille Proteste und Pfiffe.

Die blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstände in Posen 1956 und in Stettin und Danzig 1970 - nach denen Edward Gierek an die Macht kam -sind im Lande unvergessen. Die zunehmende Unruhe unter den Arbeitern hat schon wieder alte Gierek-Gegner auf den Plan gerufen. Angeführt von Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz, 66 (Ministerpräsident 1970-1980, *1909+1992; wurde unter nicht geklärten Umständen ermordet), der einst als Polit-Offizier der I. Polnischen Armee aufseiten der Sowjets Polen befreien half, wollen die moskautreuen Falken die Wirtschaftsreformer und Technokraten um Gierek zu einer einschneidenden Kursänderung zwingen.

Ihr Argument: Polen habe sich auf Kosten der "internationalen Solidarität" zu weit nach Westen geöffnet. Statt der versprochenen 10 Milliarden Mark als Entschädigung für KZ-Häftlinge und Rentner habe Gierek nur 2,3 Milliarden Mark von der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Die Staatsbesuche des französischen und des amerikanischen Präsidenten in Warschau hätten im Moskauer Zentralkomitee schon die Befürchtung aufkommen lassen, ob Polen noch ein verlässlicher Bündnispartner sei. Vor allem bringe die hohe Verschuldung im kapitalistischen Ausland - 5 Milliarden Dollar - Polen in eine langfristige Abhängigkeit gegenüber dem Westen, denn das Land könne erst jetzt mit der Rückzahlung eines amerikanischen Kredits von 1938 beginnen. Und der Import arabischen Erdöls habe nicht nur die Sowjetunion verärgert, sondern vor allem die Inflation (9 bis 15 Prozent) angeheizt.

Unterstützt wird die Moskau-Fraktion im ZK von siebzehn Regierungspräsidenten, die durch die Gebietsreform im Juni dieses Jahres an Einfluss verloren, als die bisher 17 Bezirke in 49 aufgeteilt wurden. Zu ihnen gehören zwei Provinzchefs, die damals, im Dezember 1970, für den Panzereinsatz gegen die Arbeiter verantwortlich waren. Auch die alten Partisanen, die schon 1971 in Olsztyn (früher Allenstein) ein konspiratives Treffen gegen den Reformpolitiker Edward Gierek organisierten, wollen auf dem Parteitag die KPdSU-Fraktion unterstützen.

Der einstige Arbeiter in nordfranzösischen Fabriken, Edward Gierek, will sich in seinem politischen Überlebenskampf auf dem Parteitag vor allem auf jüngere Kandidaten stützen. Er sorgte dafür, dass von den 218 ZK-Mitgliedern 63 nicht wieder als Kandidaten aufgestellt wurden. Von den Neuen aber hören mindestens 40 auf die moskautreuen Gierek-Gegner. - Ein Pokerspiel auf Messers Schneide um die Macht in Polen in diesen Jahren. Ein hoher Parteifunktionär, der natürlich nicht genannt sein will, verdeutlicht hinter vorgehaltener Hand: "Auf dem Parteitag wird sich Giereks Zukunft entscheiden. Wenn er keine breite Mehrheit im ZK bekommt, kann er die Preiserhöhungen und ideologischen Flügelkämpfe nicht durchstehen."

NAZI-VERGANGENHEIT IST GEGENWART: GRAUE EMINENZ MIT SCHMISSEN AN DEN HEBELN DER MACHT

Diese Artikel sind der lückenlose Beleg, wie ein NS-Reichsleiter nach dem Krieg seinen Namen wechselte und dann als Berater eines Zeitungskonzerns Karriere machte.

Der Frankfurter Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (*1908+1982) charakterisierte in seinem Buch "Die Unfähigkeit zu trauern", das 1963 erschien, den bundesdeutschen Verdrängungs-Zustand und die Spurenverwischung alter Nazis im Deutschland des "Neubeginns" am markantesten: "Statt einer politischen Durcharbeitung der Vergangenheit als dem geringsten Versuch der Wiedergutmachung, vollzog sich eine explosive Entwicklung der deutschen Industrie. Wertigkeit und Erfolg verdeckten bald die Wunden, die aus der Vergangenheit geblieben waren. Wo aufgebaut und ausgebaut wurde, geschah es fast buchstäblich auf den Fundamenten. . . .".

Rechtsanwalt Josef Augstein (*1909+1984) drohte massiv. Am 11. April 1975 schrieb er dem stern: "Ich habe erfahren, dass Sie sich mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Rux, den ich vertrete, in einem Artikel befassen wollen. Das ist Ihr gutes Recht, soweit Sie sich dabei an die Wahrheit halten. Sollten Sie aber Unwahres veröffentlichen, werde ich für meinen Mandanten alle möglichen Schritte in die Wege leiten."Der Hannoversche Anwalt und Bruder des 'Spiegel'-Herausgebers unterstellte dem stern sogar, dass er eine kriminelle Handlung begehen könne: "Nehmen Sie bitte heute schon zur Kenntnis: Mein Mandat kann nicht erpresst werden."Der stern auch nicht.

stern, Hamburg 30. April 1975 / 20. November 1975

Der SPD-Schatzmeister Alfred Nau (*1906+1983) ließ Champagner Marke Dom Pérignon (Flasche 120 Mark) auffahren. Mit der konservativen Verlegerin Luise Madsack (*1910+2001) und ihrem Rechtsanwalt Karl Schmidt-Rux, 70, feierte der Totengräber von 36 sozialdemokratischen Zeitungen den "historischen Augenblick". In letzter Minute war es dem Sozialdemokraten gelungen, sich mit 23 Millionen Mark bei der notleidenden CDU-nahen "Hannoversche Allgemeine Zeitung (Auflage 180.000) einzukaufen.

SPD-Präsidiumsmitglied Wilhelm Dröscher (*1920+1977) euphorisch: "Dass nicht Axel Springer oder der Heinrich Bauer Verlag, sondern wir das Geschäft mit Frau Madsack gemacht haben, kommt geradezu vom lieben Gott." - Was für Dröscher der liebe Gott, ist für Großverlegerin Luise Madsack ihr Intimus Karl Schmidt-Rux, der seit über 20 Jahren die Zeitungsdame berät. Allein im Jahre 1974 bei vier großen Transaktionen:

- Als die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" im vergangenen Jahr durch den 115-Millionen-Neubau eines Druck- und Verlagsgebäudes in Konkursgefahr geriet, verhandelte Karl Schmidt-Rux mit der Westdeutschen Landesbank sowie den Verlegern Springer, Holtzbrinck und Bauer über Finanzspritzen.
- Als die "Stuttgarter Zeitung" (Auflage: 185.000) und die "Stuttgarter Nachrichten" (Auflage: 155.000) einen Kooperationsvertrag schlossen, vertrag Anwalt Karl

Schmidt-Rux die Interessen der Pressezarin. Denn Luise Madsack ist mit 29.06 Prozent an der "Stuttgarter Zeitung" beteiligt.

- Als in München die "Süddeutsche Zeitung" (Auflage: 314.300) und der "Münchner Merkur" (Auflage: 192.500) eine Vertriebsgemeinschaft eingingen, rückte Schmidt-Rux für die Anteilseignerin Luise Madsack in den Aufsichtsrat des "Münchner Merkur" ein.
- Als das "Göttinger Tageblatt" (Auflage: 53.000) kurz vor dem Zusammenbruch stand, kaufte Schmidt-Rux die Provinzzeitung für seine Verlegerin.
- Und als Alfred Nau (*1906+1983) die SPD-eigene "Neue Hannoversche Presse" als selbständiges Blatt eingehen ließ, verschaffte Schmidt-Rux den Sozialdemokraten 30 Prozent Anteile am Madsack-Konzern und damit maßgeblichen Einfluss in der viertgrößten Regionalzeitung der Bundesrepublik.

Seitdem sitzen für die SPD Dietrich Oppenberg (*1907+2000), Herausgeber der "Neuen Ruhr-Zeitung" in Essen (Auflage: 281.000), und für Frau Luise Madsack ihr Vertrauter Karl Schmidt-Rux (Branchen-Spitzname: "Die graue Eminenz mit Schmissen") an einem Verhandlungstisch zusammen. Vor rund 30 Jahren saßen sie in völlig getrennten Lagern: Sozialdemokrat Dietrich Oppenberg als Hochverräter und Staatsfeind der Nazis im Zuchthaus - und Karl Schmidt-Rux als Reichsamtsleiter in der Partei-Kanzlei der allmächtigen NSDAP. Jurist Schmidt-R., der sich damals allerdings nach dem Mädchennamen seiner Frau Schmidt-Römer nannte, war bei Parteisekretär Martin Bormann (*1900+1945) "Berater für staatsrechtliche Fragen."

Bormanns Adjutant Heinrich Heim erinnert sich: "Schmidt-Römer war ein wendiger und versierter Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hatte. Sonst wäre er nie Berater des Reichsleiters geworden." Bormanns Staatssekretär Gerhard Klopfer erklärt: "Zuletzt war Schmidt-Römer genauso wie ich fast täglich bei Bormann."

Als der 'Spiegel' kürzlich in einer Personalie zahm auf die braune Vergangenheit des einflussreichen Pressejuristen hinwies, dementierte dessen Anwalt Josef Augstein in einem Leserbrief: "Herr Dr. Schmidt-Rux blieb bis zum Kriegsende Oberregierungsrat der Finanzverwaltung und bekleidete nie ein Amt in der Parteihierarchie. Er war einfacher PG." Schmidt-R. war tatsächlich Oberregierungsrat in der Finanzverwaltung seiner Heimatstadt Danzig, aber alles andere als ein einfacher PG. Anwalt Augstein verschweigt, wie die erhaltenen Partei-Akten über die NS-Karriere seines Mandanten aussahen.

Karl Schmidt-R., Parteimitglied seit dem 1. April 1933 (Mitglieds-Nummer: 1821616) war bereits in Danzig Sachbearbeiter für Finanzangelegenheiten in der Gauamtsleitung der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt und seit 21.2. 1942 als Reichsamtsleiter in die Parteikanzlei abkommandiert. In der braunen Parteiarmee, der SA, brachte er es bis zum Obersturmführer "zur besonderen Verfügung des OSAF" (Obersten SA-Führers).

Wie eng Reichsamtsleiter Schmidt-R. mit dem mächtigsten Mann im Hitler-Reich zusammenarbeitete, beweist das persönliche Notizbuch des Reichsleiters Martin Bormann, in dem alles auf den wenigen erhaltenen Seiten vom 18. Februar bis 12. April 1945 fünfmal verzeichnet ist: "Besprechung mit Schmidt-Römer ... Dr. Schmidt-Römer wegen Nachrichtenwesen ... ... Rücksprache mit Schmidt-R. ...".

Nach dem Zusammenbruch des NS-Reiches und dem Tod seines Chefs ging der "Oberregierungsrat" erst mal auf Tauchstation. Als Handlanger mit dem unauffälligen Namen Karl Schmidt arbeitete er in einem niedersächsischen Steinbruch. Im Jahre 1950 legte er sich mit behördlicher Genehmigung (Namensänderungsurkunde des Regierungspräsidenten Hannover vom 29. 4. 1950) einen neuen Namen zu. Schmidt hatte sich inzwischen scheiden lassen, nannte sich jetzt nach dem Geburtsnamen seiner Großmutter Schmidt-Rux und begann eine neue Karriere als Helfer in Steuersachen.

Einer seiner Kunden war die "Wunstorfer Zeitung", ein hannoversches Provinzblättchen. Dort lernte ihn die junge Verlegerin Luise Madsack kennen. Nach dem Tod ihres Mannes (1953) machte sie ihren Freund zum Chefjuristen und Unterhändler. So auch für die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, die erst durch die stern-Recherchen von der braunen Vergangenheit ihres Gesprächspartners erfahren haben wollen. SPD-Schatzmeister Wilhelm Dröscher: "Als ich dem Alfred Nau das alles erzählt habe, ist der fast vom Stuhl gefallen." - Und nicht nur er.

Karl Schmidt-Römer alias Schmidt-Rux und die Folgen. Sechs Monate danach. Wie niedersächsische Rechtsanwälte einem NS-Reichsamtsleiter bei der Bewältigung seiner Vergangenheit helfen.

Ein Reichsamtsleiter aus Hitlers Parteikanzlei ist würdig, im demokratischen Rechtsstaat das Recht zu wahren. Das befand anno 1975, dreißig Jahre nach Hitler, die Rechtsanwaltskammer im niedersächsischen Celle. Und wenn ein Anwaltskollege gar dagegen aufmuckt, droht ihm gleich ein Ehrengerichtsverfahren. So geschah es dem Kammermitglied Werner Holtfort (*1920+1992).

Ankläger ist Rechtsanwalt Dr. Karl Schmidt-Rux ,70, der es in Hitlers Parteiarmee, der SA, auf "Persönliche Verfügung des OSAF" (Obersten SA-Führers) bis zum Obersturmführer gebracht hatte; der von 1940 bis zum Zusammenbruch 1945 in der obersten Parteiführung unter Martin Bormann gearbeitet hatte, dem mächtigsten Mann im Hitler-Reich, der nach dem Krieg seinen Namen Schmidt-Römer in Schmidt-Rux verwandelt und beim Antrag auf Zulassung als Rechtsanwalt diese Position im Nazi-Staat verschwiegen hatte.

Im Frühjahr enthüllte der stern die braune Vergangenheit des einflussreichen hannoverschen Pressejuristen Karl Schmidt-Rux alias Schmidt-Römer. Nachdem Landgericht und Oberlandesgericht in Hamburg (Aktenzeichen: 3 W 74/75-74 0 230/75) dessen Anträge gegen den stern als "irreführende und unrichtige Tatsachenbehauptungen abgelehnt hatten, wollte das Anwaltskammermitglied Holtfort durch die Standesorganisation klären lassen, ob sein Kollege Schmidt-Rux sich nicht unter "falschen Voraussetzungen" die Anwaltszulassung erschlichen habe.

Paragraph 14 der Bundesrechtsanwaltsordnung sieht vor, dass die Zulassung zurückgenommen werden muss, wenn zur Zeit ihrer Erteilung "nicht bekannt war, dass Umstände vorlagen, aus denen sie hätte versagt werden müssen." So wurde noch 1950 einem Juristen die Zulassung zum Rechtsanwalt entzogen Band II. der Ehrengerichtsentscheidungen, S. 67), weil er seinen Rang als SS-Untersturmführer verschwiegen hatte. Begründung: Im öffentlichen Leben sollten nicht wieder "diejenigen bestimmend werden, die zum Nachteil des deutschen Volkes der unheilvollen Innen- und Außenpolitik des Nationalsozialismus das Gepräge gegeben ... haben".

Doch vor der ehrwürdigen Anwaltskammer am für Hannover zuständigen Oberlandesgericht Celle geriet nicht der Ex-Nazi Karl Schmidt-Rux in Schwierigkeiten, sondern dessen Kollege Werner Holtfort, 55, der in Hannover mehrfach erfolgreich junge Lehrer in Berufsverfahren vertreten hatte. Holtfort resümiert: "Von der Vergangenheit des Kollegen Schmidt-Rux wollte niemand etwas wissen. Statt dessen versuchten sie, gleich eine Affäre Holtfort

daraus zu machen." So wurde Holtfort vom Lüneburger Anwalt Hansdieter Steindel attackiert: "Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Sie haben keine Achtung vor dem anderen." Anwalt Graf von Hardenberg: "Das ist doch Profilierungssucht." Und von seinem Kollegen Herbert Behrens. "Sie wollen doch nur Trouble hervorrufen."

Immerhin gab es bei der Endabstimmung, ob gegen Schmidt-Rux ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden soll, mit acht zu acht Stimmen ein Patt. Das half Werner Holtfort wenig, weil bei Stimmengleichheit das Votum des Vorsitzenden entscheidet. Und der, Anwalt Herbert Behrens, stand auf der Seite von Schmidt-Rux. Zu Hitlers Zeiten war der Advokat Behrens NSDAP-Ortsgruppenleiter in Celle. - Unterdessen hatte sich der Angeklagte Schmidt-Rux schon selbst zum Kläger gemacht und seinerseits gegen Holtfort wegen dessen Fragen nach der politischen Vergangenheit ein Ehrengerichtsverfahren beantragt. Das Verfahren läuft. Mögliche Folgen: Verweis, hohe Geldstrafe oder Berufsverbot.

Der Sozialdemokrat Werner Holtfort, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen im Bezirk Hannover, findet keine Unterstützung bei seinen Genossen. Justizminister Hans Schäfer (*1913+1989), verantwortlich für die Rechtsaufsicht, kneift: "Ich will mich dazu nicht äußern." Die Zurückhaltung der niedersächsischen Sozialdemokraten ist verständlich. Sie können keinen Streit mit dem einflussreichen Justitiar des hannoverschen Großverlages Madsack & Co. gebrauchen, in dem die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" (Auflage: 180.000 Auflage erscheint. Denn erst im vorigen Jahr (1974) verschaffte Schmidt-Rux ihnen eine 23-Millionen-Beteiligung an dem Bürgerblatt - so wie er anderen Klienten bei der SPD-Landesregierung die Spielbank-Lizenz in Bad Pyrmont, Hannover und Hittfeld besorgte. - Eine Hand wäscht eben die andere. Da mag man sich bei derlei Millionengeschäften durch penetrante Winkeladvokaten aus der "Berufsverbots-Ecke" nicht stören lassen.

Die "Hannoversche Allgemeine", mit ihren Kopfblättern die fünftgrößte Tageszeitung der Bundesrepublik schweigt über Vergangenheit und Gegenwart des Karl-Schmidt-Rux alias Römer. Darüber ausführlich zu berichten überlässt sie ausländischen Blättern wie der Pariser "Le Monde" und der Londoner "Daily Mail". Das britische Blatt: "Der Skandal ist charakteristisch für einen Berufsstand, der in Westdeutschland noch immer mit alten Nazis durchsetzt ist." - Deutsche Verhältnisse.

AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ARMEE - SCHIEß ODER DU KOMMST IN DEN KNAST

Bis ins Jahr 1976 musste in der Bundesrepublik jeder Kriegsdienstverweigerer entwürdigende Gewissensprüfungen in Kreiswehr-Ersatzämtern der Bundeswehr durchlaufen. Damals kamen junge Männer aus der Kaserne in den Knast, weil sie es ablehnten, eine Waffe in die Hand zu nehmen - sich zum Töten ausbilden zu lassen. Andere Jugendliche zerbrachen an erbarmungslosen Verhörmethoden - wie der damals erst 19jährige Dieter Feser. "Die über sein Gewissen zu Gericht saßen, haben ihn auf dem Gewissen." Alltag in Deutschland. Randnotizen. Zeitgeschichte

Als der 19jährige Selbstmörder Dieter Feser zu Grabe getragen wurde, drängten sich Einheimische und Zugereiste auf den Dorffriedhof von Oerlenbach bei Schweinfurt. Die einen waren im Trauerzug gemessenen Schrittes durch die 2.000-Seelen-Gemeinde gekommen: der Bäcker, der Gastwirt - die alten Leute. Allen voran der katholische Priester Rützel.

Die anderen kamen in gemieteten Kleinbussen, mit Mopeds und klapprigen Autos aus allen Teilen der Bundesrepublik: Studenten, Schüler, Lehrlinge, langhaarig, in Jeans, Zigaretten rauchend. An ihrer Spitze der evangelische Pfarrer Ludwig Wild aus Schweinfurt.

Für die Oerlenbacher war Dieter Fesers Tod ein Schock. Ein Junge aus ihrem Dorf, der jahrelang Messdiener und als Kaufmannsgehilfe im Warenlager stets hilfsbereit gewesen war - ausgerechnet der ein Kriegsdienstverweigerer und Selbstmörder. Das hat es im bayerischen Oerlenbach seit Menschengedenken nicht gegeben.

"Trauer und Schande ist über uns", klagte der Seelsorger Rützel und grübelte sechs Tage mit seinen Kirchenvorstehern, ob er Dieter Feser überhaupt beerdigen dürfe. Erst des Bischofs Segen aus Würzburg beendete das Dorfgemurmel. Auf dem Friedhof zwischen Bundesgrenzschutz-Kaserne und Autowerk-statt standen Einheimische und Zugereiste dicht an dicht. Pfarrer Rützel predigte für die einen, Pfarrer Wild für die anderen. Rützel mahnt: "Sehet, soweit kann es kommen, wenn man Gott nicht vertraut." Wild klagte an: "Dieser Feser ist das Opfer eines unmenschlichen Verfahrens; er ist innerlich zerbrochen worden. Die über sein Gewissen zu Gericht saßen, haben ihn selbst auf dem Gewissen."

Der Herr über Gewissen und Gewehr in der Region Unterfranken heißt Walter Bendrien, Regierungsrat und Vorsitzender des Prüfungsausschusses des Kreis-Wehrersatzamtes in Würzburg, einer der über 100 Prüfungsausschüsse in der Bundesrepublik.

Bendrien behandelt Jugendliche, die den Dienst im Krankenhaus oder Altenheim der Bundeswehr vorziehen so, als seien sie Drückeberger, Feiglinge oder vaterlandslose Gesellen. Nur Zeugen Jehovas haben bei ihm eine echte Chance, als Pazifisten die Inquisition von Moral und Glaubwürdigkeit zu überstehen. Walter Bendrien: "Und wenn bei mir Tag und Nacht verhandelt wird. Ich gehe der Sache auf den Grund. Schließlich sind wir hier nicht in einem Mädchen-Pensionat."

Mit der Tonart eines Feldwebels, den Anklagen eines Staatsanwalts, mit den Vernehmungstricks eines Kriminalkommissars – so knöpft sich Jurist Bendrien die Jugendlichen vor, die nichts anderes wollen, als das in Artikel 4, Absatz 3 Grundgesetz verbriefte Grundrecht: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffen gezwungen werden." - An

das Grundrecht glaubte auch der Arbeitersohn Dieter Feser. Doch seine Gewissensgründe interessieren den Vorsitzenden Bendrien nicht. Fesers Verhandlung begann am 27. Februar 1975 morgens um 11 Uhr. Gegen 13 Uhr war er durchgefallen, Um 14 Uhr saß "der Versager" zu Hause an Mutters Küchentisch und schrieb aus dem Gedächtnis nieder, wie ihn Bendrien traktiert hatte. Hier die wichtigsten Auszüge aus dem Verhör:

Frage: Warum sind Sie in der Schule eigentlich sitzen geblieben?

Antwort: Keine

Frage: Können Sie denn dazu nichts sagen? Waren Sie denn immer ein schlechter Schüler?

Antwort: Keine

Frage: Hören Sie, Herr Feser, in Ihrem Beruf müssen Sie doch auch Intelligenz mitbringen und reden können.

Antwort: Ja, das stimmt. - Ich habe einmal dieselbe Klasse wiederholt. Und das mit 13/14 Jahren. Aber das ist doch schon lange her. Was hat das mit heute zu tun?(...)

Frage: Aus Ihren Unterlagen geht davor, dass Sie der Kirche gegenüber negativ eingestellt sind. Hängt Ihre, sagen wir mal, kritische Haltung zur Kirche nicht damit zusammen, dass Sie in Wirklichkeit unsere Staatsform ablehnen?

Antwort: Nein, ich wollte damit ja nur sagen, dass ...

Frage: ... Herr Feser , ist Ihnen denn nicht bekannt, dass zum Beispiel Willy Brandt gesagt hat: "Wer für den Frieden ist, muss auch Verteidigung haben"?

Antwort: Ja, aber ich wollte doch nur sagen, dass ich in Oerlenbach als Messdiener gesehen habe, wie die Geistlichen sich in der Sakristei benahmen, und dann, wie sie sich im Gottesdienst verhielten. Da zog ich so meine immer meine Vergleiche. Es waren meine ersten Denkanstöße über den Glauben. Uns hat man doch immer gesagt, wir sollen den Nächsten lieben. Dann fragte ich meine Eltern über Glaubensfragen aus. Sie antworteten, wie ich so etwas überhaupt fragen könne in einer Dorfgemeinschaft, wo viele am Sonntag in die Kirche gehen, frägt man nicht nach Dingen, die die festen Grundsätze überschreiten. (...)

Frage: Sie redeten von einer Schlägerei, die Sie in einem Tanzlokal aus nächster Nähe miterlebt haben. Ist Ihnen denn nicht spätestens dort klar geworden, dass man sich verteidigen muss?

Antwort: Ja, ich bin es doch gewesen, der Hilfe holte. Wir legten dann den Zusammengeschlagenen auf eine Decke und riefen die Polizei und Krankenwagen. Selbst hier noch schimpften die Leute. Wir sollten ihn einfach liegen lassen. Und, wieso wir einfach dazu kämen, die Polizei anzurufen. Ich wollte dann mit den Leuten reden, wie man nur so brutal sein kann. Aber da drohten sie mir auch Prügel an. (...)

Frage: Und wenn Sie nun tatsächlich angegriffen worden wären? Hätten Sie sich dann nicht gewehrt? Es wäre doch Notwehr gewesen.

Antwort: Ich habe doch niemandem etwas getan ... Für mich sind Schlägereien undenkbar. Ich könnte nie auf Menschen schießen oder auch nur auf einen Papp-Kameraden zielen. Das kann ich nicht ... Das Gewissen sagt, das ist nicht gut, es ist Unrecht. (...)

Frage: Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich eindeutig für die Bundeswehr ausgesprochen. Das haben doch die Bundestagswahlen klar gezeigt.

Antwort: Ich verstehe nicht, was Sie damit meinen.

Frage: Wir wollen Ihnen damit nur sagen, dass Sie sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik stellen.

Antwort: Ja, aber, das ist doch meine persönliche Entscheidung. Mein Vater war im Krieg Unteroffizier und in russischer Kriegsgefangenschaft. Er kam verwundet zurück. Als ich ihn mal fragte, Vati, warum bist du eigentlich in den Krieg gezogen und hast fremde Menschen getötet? Da hat er mir gesagt, das haben doch alle gemacht. Vor einiger Zeit habe ich bei uns in Oerlenbach mit Leuten vom Bundesgrenzschutz gesprochen, warum sie da eigentlich hingegangen sind. Die sagten mir, sie wollten ihren Dienst abreißen, Mäuse kassieren und 'nen feinen Lenz machen. Übers Schießen haben die überhaupt nicht nachgedacht. Ich kann das jedenfalls nicht (...).

Beschluss der Prüfungskommission: "Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass beim Antragssteller keine echten Gewissensgründe vorliegen. Der Wehrpflichtige Feser ist deshalb nicht berechtigt, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern." So der Schriftsatz. Mündlich begründete Regierungsrat Walter Bendrien die Entscheidung damit, dass Fesers Abneigung, den Wehrdienst abzuleisten, in seinem antikapitalistischen Denken zu sehen sei.

Als letzten Absatz schrieb Dieter Feser am Küchentisch in Oerlenbach in das alte Schulheft: "Ich habe Angst davor, dass auch in mir Aggressionen geweckt werden können. Ich weiß, dass sie ausgenutzt werden können. Ich bin gegen Gewalt, es gibt nur Gott, keine Gewalt, nur Angst."

Kurz nach 16 Uhr benachrichtigte ein Bauer das Mord-dezernat in Schweinfurt. - Er hatte den 19jährigen am Waldrand von Oerlenbach tot aufgefunden, erhängt mit einem Abschleppseil. Der Tod Dieter Fesers alarmierte Pädagogen, Pastoren, Rechtsanwälte und Politiker, die Bendriens Rücktritt forderten. Der Würzburger Professor Franz Rauhut (*1898 +1988), seit fünfzehn Jahren gerichtlich ermächtigter Berater der Kriegsdienstverweigerer: "Ich kenne den Vorsitzenden Bendrien nur zu gut. Der hat den jungen Mann fertig-gemacht. Daran besteht kein Zweifel." Die Rechtsanwältin Roswitha Wolff : "Solche Behandlung ist grundgesetzwidrig." Und der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Lambinus(1972-1994): "Bendrien muss zurücktreten, er hat in unverantwortlicher Weise sein Amt missbraucht."

Doch Bendrien blieb einstweilen in Amt und Würden, obwohl dem Verteidigungsministerium bereits acht Beschwerden wegen dessen umstrittener Verhandlungsführung vorlagen. - Alltag in Deutschland. Die Bonner Ministerialen von der Hardthöhe standen vor der peinlichen Situation, kein einziges Verhör rekonstruieren zu können. Sitzungsprotokolle existieren nicht.

Dessen ungeachtet machte Bendrien weiter so wie bisher. "Was in meinen Sitzungen passiert, geht niemanden etwas an. Das ist ein Dienstgeheimnis." Genauso wie die Selbstmordquoten der nichtanerkannten Kriegsdienstverweigerer, die vom Verteidigungsministerium unter Verschluss gehalten werden. Sie liegen nach Angaben des Beauftragten für den Zivildienst, Hans Iven (*1928+1997; Bundesbeauftrager 1970-1983), "erheblich über dem Durchschnitt der Gleichaltrigen". An der Gewissensprüfung Gescheiterte sträuben sich in der Kaserne, die Waffe in die Hand zu nehmen. Viele kommen in den Arrestbunker, etliche ergreifen die Dienstpistole nur, um sich zu erschießen. Andere hauen ab. Im

Petitions- und Verteidigungsausschuss des Parlaments stapeln sich die Beschwerdebriefe. Amnestie international kümmert sich um Kriegsdienstverweigerer, die im Knast gelandet sind.

So in der baden-württembergischen Jugendstrafanstalt Oberndorf zwischen Freudenstadt und Rottweil, die Vollzugsdirektor Rasenack als "zukunftsweisendes Modell" lobt; aber oft ist in dem 25-Zellen-Knast die Hölle los. In einer Nacht, es war die "Oktoberrevolution in Oberndorf" (Rasenack), zertrümmerten seine "Knakkis" alles, was nicht niet- und nagelfest war. Vier Monate glich die Jugendvollzugsanstalt einer Baustelle - Rodeo im Schwarzwald und kaum jemand nahm Notiz davon.

Für Rasenack sind solche Aggressionsausbrüche ganz normal: "Wir haben hier ja alles. Vom Mord über Raub, schwere Diebstähle, Vergewaltigungen, Rauschgift-Deal bis hin zu den Kriegsdienstverweigerern." Einer von dieser Sorte Mensch ist Peter Stärk in der Zelle 7, seit über fünf Monaten in Haft. 20 Jahre alt, Arbeiter, katholisch. Vorstrafen: keine

Kaum eingezogen verweigerte er im Ausbildungs-Bataillon 3/2/95 in Immendingen den Gehorsam. Stärk wollte nicht schießen, nicht mit einer "Gasmaske aufgesetzt" singen, nicht durch Pfützen robben. - Im Arrestbunker fand er sich wieder. Vier kahle weißgetünchte Wände, ein Guckloch, keine Toilette, kein Wasser, ohne Schnürsenkel, keine Zigaretten, kein Sprechkontakt. Aber eine Bibel.

Zermürbt kehrt Peter Stärk zur Truppe zurück. Jetzt geht er in den Schießstand und reißt auch die Nachtmärsche runter. Doch wenige Tage später ist der Wehrpflichtige spurlos verschwunden. Tagelang versteckt er sich in den nahegelegenen Wäldern. Erst der Hunger treibt ihn den Feldjägern in die Arme. Kompaniechef Thoma schiebt ihn ab in den Knast nach Oberndorf. Auf dem Hofgang trifft er auf Claus Grieshaber, der sechs Monate Bau hinter sich hat, und die Kameraden Bernd Lizareck und Uwe Mösinger. Beide inhaftiert wegen Befehlsverweigerung und Fahnenflucht.

Im "modernen Vollzug" von Oberndorf begegnen Stärk nur Hohn und Verachtung. Der Grund: Auch in der Haft bekommt er weiter seinen Wehrsold. Das ärgert Gefängnis-Boss Rasenack: "Die hauen von der Truppe ab, hören hier den ganzen Tag Musik und kassieren dazu noch Mäuse." Manchmal lässt Jurist Rasenack seine "Knackis", wie er sie nennt, aus der Zelle raustreten. Geht hinein und reißt die Pornos von der Wand. Automatenknacker Sepp und der drahtige Egon, er hat seine Oma umgebracht, weil sie ihm nicht den Hunderter "rüberschieben wollte", haben einen "todsicheren Riecher" dafür, "dass der Chef mit Kriegsdienstverweigerern nichts im Sinn hat".

Sepp: "Die sind doch bescheuert; beim Bund lernen sie doch wenigstens ordentlich schießen."

Egon: " Wie kann man nur so dumm sein und wegen solcher Kleinigkeiten einsitzen. Wenn ich in den Bau gehe, muss es sich schon lohnen."

Die Kriegsdienstverweigerer sind von der Anstaltsleitung und den anderen Häftlingen isoliert. Wenn "Resozialisierungs"-Veranstaltungen auf dem Programm stehen (Vortrag: "Überlebenschance in der Wüste"), sind sie nicht dabei. Höchstens dann, wenn es Krach gibt, wenn mit heißer Brühe um sich geworfen wird und Schlägereien provoziert werden. Peter Stärk stellt aus der Zelle den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Als die Prüfungskommission per Bundeswehr-Bus in Oberndorf vorfährt, um Stärks Gewissen auszuleuchten, ist der Zwanzigjährige

schon rechtskräftig wegen Befehlsverweigerung und Fahnenflucht zu sechs Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.

Der katholische Seelsorger Egon Spiegel war Zeuge des Verhörs:

Stärk: Was man beim Militär lernt, verstößt gegen alles, was ich gelernt und geliebt habe ... Lieber würde ich sterben, als auf einen anderen Menschen zu schießen ...Eher verreck' ich hier im Knast, als noch einmal zur Bundeswehr zu gehen.

Vorsitender Gauger: Herr Stärk, wenn Sie aus religiösen Gründen verweigern wollen, dann kennen Sie doch sicherlich die Zehn Gebotes. Sagen Sie sie doch einmal auf.

Stärk: Das erste Gebot heißt: Du sollst nicht töten. Das zweite heißt: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Menschen will ich helfen ...

Gauger: Falsch, Herr Stärk, "Du sollst nicht töten", ist das sechste Gebot. So können wir Sie nicht anerkennen.

Seelsorger Spiegel: Herr Vorsitzender, Sie kennen die Zehn Gebote ja selbst nicht. Es ist das fünfte Gebot, was Sie meinen ...

Gauger: Wer will denn hier verweigern. Wir doch nicht. Stärk rasselte durch die Gewissensprüfung, wurde aus der Haft entlassen und zurück zur Truppe geschickt. Er verweigerte erneut. Nach einem Tag hatten ihn die Oberndorfer Knackis wieder. Jetzt muss er mit einer Haftstrafe von über einem Jahr rechnen. Diesmal ohne Bewährung. Peter Stärk resigniert: "Mir kann jetzt nur noch ein Psychiater helfen. Hoffentlich werde ich bald zur Untersuchung geschickt."

Dann ist er Patient. Dabei hätte Peter Stärk in München-Haar, der zweitgrößten psychiatrischen Anstalt der Bundesrepublik mit 2.900 Patienten, "gern als Pfleger gearbeitet". In dem Krankenhaus sind 30 Zivildienstleistende eingesetzt. Im Haus 3, der Sterbestation, sind es der Diplomkaufmann Willy Kistler, 26, der Schreinergeselle Hermann Lux, 21.

Anfangs hatten Hermann und Willy eine "wahnsinnige Abneigung", die alten Leute anzufassen. Hermann Lux: "Als ich das erste Mal hier hinschaute, dachte ich, das packst du nie."

Morgens um sieben Uhr beginnt der Dienst; Frühstück zubereiten, die Patienten waschen, umbetten oder anziehen. Bettenmachen. Spucknäpfe und Nachttöpfe reinigen. Medikamentenausgabe. Räume saubermachen, Mittagsessen. Am Abend das Gleiche.

Dazu die täglichen Zwischenfälle: Einer der Alten bricht plötzlich zusammen, ein anderer stirbt. Im Bett 5 macht ein Opa ins Bett. Im Bett 8 weint ein 78jähriger vor sich hin, weil keiner seine Lebensgeschichte mehr hören will.

Für Willy und Hermann Tag für Tag dasselbe. Sechzehn Monate lang, für 450 Mark im Monat. Noch einmal vor die Entscheidung gestellt, Bundeswehr oder Pflege psychisch kranker Greise, würden Willy Kister und Hermann Lux jedoch keine Sekunde zögern. "Wir würden's noch mal machen."

Chefarzt Christof Schulz ist mit den Zivildienst-leistenden "außerordentlich zufrieden". Wenn es nach dem CSU-Mitglied ginge, könnten noch weitere 100 Kriegsdienstverweigerer in der Anstalt arbeiten: "Für solche schwere Fälle ist doch heute sonst kaum jemand zu bekommen." Der CSU-Bezirkstagsabgeordnete Günther Schuppler fordert deshalb: "Das Prüfungsverfahren sollte man abschaffen."

Doch in Bonn pfeift die CDU/CSU auf die Ratschläge ihrer Lokalpolitiker. Wenn jetzt endlich die sozial-liberale Koalition die entwürdigende Gewissens-Inquisition abschaffen oder auch nur auf Zeit aussetzen sollte, will die Christlich Soziale Union das Bundes-Verfassungsgericht dagegen mobilisieren.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst hält die Prüfungskommission ohnehin für total überfordert. Hans Iven: "Die Parteien schicken doch meistens nur solche Leute in diese Gremien, die in der Kommunalpolitik nichts geworden sind, als Trostpflaster. In den Parteiversammlungen heißt es immer: Mensch, mach du das doch mal, du warst im Krieg doch auch in Russland."

Diese Leute haben dafür gesorgt, dass die Anerkennungsquote der Kriegsdienstverweigerer (1974: 35.000) von früher 80 auf 66 Prozent gesunken ist. Dabei sind von den 20.000 Zivildienstplätzen in Krankenhäusern und Altenheimen 8.000 unbesetzt.

Trotzdem sträubt sich die CDU/CSU-Opposition gegen den Plan der SPD/ FDP-Regierungskoalition, die Zivildienstplätze um 16.000 auf insgesamt 40.000 zu erhöhen, damit sich die Wehrpflichtigen künftig schon bei der Musterung entscheiden können, ob sie mit der Waffe oder in der Sozialpflege dienen wollen. CDU-Politiker Konrad Kraske (Bundestagsabgeordneter 1965-1980): "Der zivile Ersatzdienst in Ehren, aber ein potenzieller Angreifer wird sich nicht abschrecken lassen, wenn unser soziales Engagement groß, unsere Verteidigungsbereitschaft aber gleich null ist."

Dabei ist das Gegenteil der Fall: Der Verteidigungsminister kann sich schon heute vor dem Ansturm wehrwilliger Jugendlicher kaum retten. Die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen steigt bald auf 475.000, während die Armee höchstens 250.000 Jugendliche einziehen kann. Paradoxien dieser Zeit. Georg Leber (Minister der Verteidigung 1972-1978): "Bis in die Mitte der achtziger Jahre rollen die geburtenstarken Jahrgänge auf uns zu. Das geht weit über das hinaus, was die Bundeswehr verkraften kann."

SITTENGEMÄLDE: PROFESSOREN BITTEN ZUR KASSE - WAS SICH NEBENBEI NOCH ALLES SO VERDIENEN LÄSST

Aus deutschen Landen der Zeitgeschichte - die öffentlichen Haushalte bluten aus, verschulden sich Jahr für Jahr. Nur Institutsdirektoren und Klinikchefs in der Bundesrepublik verdienen mal so ganz nebenbei Unsummen dazu - mit Hilfe ihrer meist schlecht bezahlten Mitarbeiter und mit Hilfe des Staates

stern, Hamburg 20. September 1975

Die Sparkommissare von Bund und Ländern kratzen Geld in den letzten Ecken zusammen, damit die Kasse stimmt. Aber eine Ecke lassen sie dabei aus: die Direktoren der Universitätsinstitute. Sie beziehen als Beamte mit Pensionsanspruch Monatsgehälter bis zu 7.400 Mark und scheffeln gleichzeitig mithilfe des Staates oft ein Vielfaches davon als "Nebeneinkünfte".

Beispiel eins: Professor Friedhelm Wilhelm Brauss , Chef des Heidelberger Hygiene-Instituts, kassierte 1974 mit privaten Rechnungen 581.000 Mark. Die offiziellen Einnahmen des Instituts hingegen beliefen sich im ganzen Jahr nur auf 663.000 Mark. Beispiel zwei: Professor Richard Haas, Direktor des Hygiene-Instituts an der Freiburger Universität, das letzte Jahr (1973) 1.988.000 Mark einnahm, konnte auf seinem Konto Privatvermögen 645.000 Mark als "Nebeneinkünfte" verbuchen. Beispiel drei: Professor Adalbert Bohle, Direktor des Pathologischen Instituts der Tübinger Universität, liquidierte 1974 privat 804.000 Mark, fast das Fünffache der Institutseinkünfte (168.000 Mark).

Bauss, Haas und Bohle sind - so der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Kurt Bantle, der im Stuttgarter Untersuchungsausschuss den "Geldsegen auf Staatskosten" aufdeckte -keine Einzelfälle. Bantle konstatiert: "Keine Frage, ob Bildungsnotstand, Zulassungsbeschränkungen oder nicht, Einkommens-Millionäre gibt es an jeder Universität in der Bundesrepublik." Diese Zustände bestätigte auch der Stuttgarter Kultusstaatssekretär Gerhard Weng (*1916+1988). Der Christdemokrat sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, die Einnahmen deutscher Klinikdirektoren hätten sich "zwischen 600.000 Mark und 1,2 Millionen Mark bewegt. Es sei auch möglich, dass im Ausnahmefall auch einmal 1,8 Millionen Mark erreicht worden sei".

Die Professoren haben es verstanden, "die vom Staat gestellte und finanzierte personelle und apparative Ausstattung der Institute zu einem erheblichen, vereinzelt sogar weit überwiegenden Teil zur Erzielung privater Nebeneinnahmen der Institutsleiter einzusetzen", so der vertrauliche Abschlussbericht. - Der Spitzenverdiener Brauss beschäftigte von seinen 60 Institutsmitarbeiter rund 15 ständig mit Privataufträgen. Nach der geltenden Regelung muss er von seinen "Nebeneinnahmen" (581.000 Mark) nur 18 Prozent abführen. Aber damit kann der Staat gerade die Jahresgehälter von vier Angestellten bezahlen, von denen noch dazu einer, István Stefko, während der Dienstzeit dem Professor beim Bau seines Reitstalls helfen und dessen Reitpferde versorgen musste.

Millionär Haas kassierte sogar in Abwesenheit. Er hatte sich beispielsweise vom 1. Oktober 1973 bis zum 30. September 1974 offiziell "ohne Bezüge" beurlauben lassen. Trotzdem nahm er in der gleichen Zeit für "Privatliquidationen 521.000 Mark ein. Die Arbeit machten seine Mitarbeiter im Institut.

Viele Professoren (es gibt in der Bundesrepublik über 500 Institutsdirektoren), die Staatseinrichtungen für Privatgewinn nutzen, vernachlässigen dabei auch ihren eigentlichen Auftrag in Lehre und Forschung. Der Untersuchungsbericht: "Die Nebentätigkeit der Klinikdirektoren kann einen negativen Einfluss auf die Erfüllung der eigentlichen Funktion der Kliniken nehmen." Der Ausschussbericht nennt Beispiele: 0 In einer Heidelberger Universitätsklinik wurden im Jahr 1972 Patienten der 1. Klasse durchschnittlich 23,5 Tage, die der zweiten 22,3 und die der dritten nur 16,7 Tage stationär behandelt. 0 Krankenzimmer der allgemeinen Pflegeklasse wurden mit Privatpatienten der Chefärzte belegt. Die Folge: Kassenpatienten mussten "unerträglich lange" auf freie Betten warten. Für Medizinstudenten ist die so erweiterte gewinnträchtige Privatstation des "Chefs" in den meisten Fällen tabu. Die Folge: In den Krankenhäusern werden weniger Studenten ausgebildet, als möglich wäre.

Das Gewinnstreben der Institutsdirektoren trug auch dazu bei, dass die Krankenhäuser immer teurer, die Kassenbeiträge immer höher und die Ausbildungsplätze nicht entsprechend mehr wurden. An den Universitätskliniken Erlangen-Nürnberg, so ermittelte der bayerische Rechnungshof, stiegen in den letzten acht Jahren die Sachausgaben um 140 Prozent, und das Personal - vor allem die Wissenschaftler - nahm um 32 Prozent zu, doch die Zahl der Studienplätze ging um 50 Prozent zurück. Im Universitäts-Krankenhaus Hamburg-Eppendorf erhöhte sich die Zahl der Ärzte seit 1970 von 510 auf 800, aber nach den Feststellungen des hanseatischen Rechnungshofes wurden 1974 zwanzig Prozent weniger Studenten ausgebildet als möglich.

Die Einrichtung eines medizinischen Instituts kostet den Steuerzahler zwischen 10 und 20 Millionen Mark. Und die Angestellten-Gehälter plus Sachausgaben verschlingen jährlich durchschnittlich weitere zwei Millionen Mark. - Dennoch empfinden es die meisten Direktoren als ungerecht, dass sie für ihre Privateinkünfte in den Kliniken ein "bescheidenes Nutzungsentgelt" zahlen müssen. Je Betten-Tag (Brutto-Gesamteinnahme für den Chefarzt 160 bis 180 Mark pro Patient) sollen sie in

- Nordrhein-Westfalen: 18.46 Mark 0 Baden-Württemberg: 11 bis 12 Mark,
- Bayern: 5 bis 9 Mark,
- Hessen: 4 Mark
- Berlin 2,20 bis 2,75 Mark abführen.

Aber auch diese Betten-Pauschale , vor zehn Jahren von den Professoren selbst vorgeschlagen, um die Offenlegung der tatsächlichen Einkünfte zu umgehen, wird dem Fiskus größtenteils entzogen. Die Hamburger Kliniken haben 1974 immerhin rund 15 Millionen Mark abgeliefert. Aber in Berlin mahnt der Rechnungshof die Abgaben seit 1963 an. Und in Baden-Württemberg weigern sich 60 Chefärzte, die fälligen 6,5 Millionen Mark "Bettengeld" zu bezahlen. Der Tübinger Internist Professor Kurt Kochsiek gibt als Begründung an: "Wir arbeiten 70 bis 80 Stunden in der Woche und haben jahrelang nicht mehr als zweitausend Mark verdient. Dann steht uns das Geld jetzt wohl auch zu."

Um die Millionen zu behalten, sind die Professoren sogar vor den baden-württembergischen Staatsgerichtshof gegangen. Dort wollen sie sich in einem Normenkontrollverfahren bescheinigen lassen, das die Bettenpauschale zu hoch ist. Für den Fall einer Niederlage droht der Tübinger Chirurg-Professor Leo Koslowski (Jahres-Nebenverdienst: 600.000 Mark) mit seinen Kollegen das CDU-Musterländle zu verlassen. Koslowski drohend: "In

anderen Bundesländern müssen unsere Kollegen weniger abführen. Dann kann man nur die Konsequenzen ziehen und gehen."

Die Chefärzte rechnen aber mit einem günstigen Vergleich, weil sie schon heute wissen, dass der zuständige CDU-Kultusminister Professor Wilhelm Hahn (1964-1978; *1908+1996) harte Schritte scheut. (Hahns Ministerium zahlte noch 54.000 Mark "Unterrichtsgeldabfindung" an den Heidelberger Physiker Heinz Filthuth, als der Professor schon wegen Millionenbetrügereien im Gefängnis saß). Theologie-Professor Hahn glaubt: "Professoren sind doch heute beinahe das, was früher die Juden und in den sechziger Jahren die Studenten waren."

Der Stuttgarter Untersuchungsausschuss hat für die "verfolgten Professoren" kein Mitleid. Die Politiker von CDU, SPD und FDP kritisierten nämlich nicht nur die Privatgeschäfte der Professoren. Sie deckten auch auf, dass in den Instituten ihres Landes "Schwarzarbeit" bereits selbstverständlich und zur Gewohnheit geworden war dass Diebstähle sich häuften und Finanz-Manipulationen zur Tagesordnung gehörten. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Kurt Bäntle (SPD) vermutet: "Der Kultusminister ist doch nur deshalb nicht eingeschritten, weil er selber bei einem Klinikchef Privatpatient ist." - Klassen-Gesellschaften.

POSTSCRIPTUM. -Es brauchte 27 Jahre, ehe das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in seiner Rechtssprechung höchstrichterlich urteilte: Der Gesetzgeber - Bundestag und Landtage - darf Nebeneinkünften von Beamten Grenzen setzen. Geklagt hatte ein Professor für Steuerrecht an der Fachhochschule Worms. Er hatte von 1997 an mit Referaten bis zu 45.000 Mark im Jahr dazu verdient. Nun muss er dem Land Rheinland-Pfalz im Jahre 2007 umgerechnet 17.000 Euro erstatten. Nach Landesrecht - und das ist hier jeweils für die Bundesländer entscheidend - darf er bei seiner Tätigkeit für öffentlich rechtliche Stellen höchsten 6.000 Euro im Jahr behalten. Entscheidend für die Richter war das so genannte "Anrechnungsprinzip" im Beamtenrecht. Eine Doppelbesoldung aus öffentlichen Mitteln widerspreche dem Gedanken der "Einheit des öffentlichen Dienstes". Auch das etwaige Argument, das Honorar werde aus der Privatwirtschaft beglichen, wiesen die Verfassungsrichter zurück.

Eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus aus dem Jahre 2007 förderte zu Tage, was gemeinhin nicht mehr für möglich gehalten wurde : allein in Berlin beziehen elf Medizin-Professoren jährliche Nebeneinkünfte von mehr als einer Millionen Euro. Spitzenverdiener war ein Radiologe mit 2,5 Millionen Euro. Durchschnittlich beträgt das Honorar erwähnter Wissenschaftler pro Tag um die 2.000 Euro – Tag für Tag ganz nebennbei – Nebenverdienst genannt. Trotz aller stillschweigend eingesteckter "Gewinnsteigerungen" - ein Erfahrungswert ist gleich geblieben: Im Schnitt delegieren Professoren laut einer Studie zwei Drittel ihrer Lehrverpflichtung und vier Fünftel ihrer Forschung an ihre aus öffentlichen Mitteln entlohnten Mitarbeiter. "Dabei werden sie vom Staat, also von uns allen, dafür bezahlt, dass sie mit ganzer Kraft forschen und lehren." (manager magazin Ausgabe 3/2007).

AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE (1) - WENN DDR-BÜRGER SCHWIMMEN GEHEN ... ...

Anfang der siebziger Jahre war auch die DDR im Zeichen der Massenmotorisierung zu einem Land des Massentourismus geworden. An der sozialistischen Ostsee, den beliebtesten Urlaubsorten der DDR, lief selbst die Erholung nach Plan. Die Gewerkschaft bestimmte, wer, wann, wo und wie Ferien machen konnte. Nahezu drei Viertel aller Erholungsplätze wurden durch den Staat und seinen Betrieben vergeben. Die Ostsee-Woche (1958-1975) war ein jährlich veranstaltetes internationales Festival. Urlaubs-Szenarien aus einer verschollenen Ära.

stern, Hamburg 24. Juli 1975

Am Badestrand von Warnemünde scheppern aus Transistor-Lautsprecher Erfolgsschlager der fünfziger Jahre. Für die Ostsee-Urlauber sendet Radio Rostock ein leichtes Sommerprogramm. Lale Andersen (*1905+1972) prophezeit dem größten Überseehafen der DDR immer noch: "Ein Schiff wird kommen." In der Kurmuschel auf der Strandpromenade von Ahlbeck an der polnischen Grenze erntet der Geiger - mit Toupet, Fliege und schwarzem Anzug - Applaus für Evergreens längst verschütteter Jahre ("Ich hab' das Fräulein Helen, baden seh'n, das war schön").

Im Küstenstädtchen Boltenhagen - 40 Kilometer östlich von Lübeck - ist die Eisverkäufer-Brigade schon am frühen Nachmittag arbeitslos. In wenigen Stunden waren 700 Kilo Tagesration ausverkauft. Aus dem Radio die Melodie: "Das ist der Umba, Umba, Schokoladen-Eisverkäufer."

In der Aula der Universität Rostock stellt sich die SED-Führung den "bohrenden Fragen" der internationalen Presse; allen voran der mit obligat knalligem Blauhemd ausgestattete Generalsekretär des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend, FDJ-Chef Egon Krenz (1967--1974). Seine Neuigkeit ist so alt wie die Ostsee-Woche, 22 Jahre. "Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein", verhallt es da lapidar. Auf dem Uni-Campus hat sich derweil eine kleine Mädchen-Traube ausgewiesener FDJlerinnen gebildet. Heiter ist die Stimmung, erwartungsvoll das Erleben. Eine Genossin stimmt plötzlich den Ohrwurm an, der da die Gemüter schwingen lässt. "Eeeeegon, ich hab ja nur aus Liebe zu dir, ja nur aus lauter Liebe zu dir, ein Glas zu viel getrunken, ach Egon, Egon, Egon." (Komponist Friedel Hensch, 1952). Stund' um Stund' wird nach dem berühmten Egon geträllert - bis endlich, ja endlich der einstige FDJ-Sekretär der Rostocker Bezirksleitung in ganz jungen Jahren (1960) zu einem Tänzchen ("aber, Genossin nur unseren Foxtrott, nichts vom Beat") auf dem staubigen Sandboden überredet wird. Ihre Antwort: "Yes Sir, I can Boogie". Krenz -Heimspiel. Swinging DDR anno '75.

Für die DDR-Bevölkerung ist das Meer des Friedens mit seinem 470 Kilometer langen Küstenstreifen vor allem ein begehrter Badestrand, der einzige in der Republik, an dem sich die meisten tummeln möchten. Spätestens seit den siebziger Jahren ist auch der zweite deutsche Staat zu einem Land des Massentourismus geworden. So schieben sich täglich die Autoschlangen mit Wartburgs und graumäusigen Trabanten (Volksmund: Trabbis) auf den Fernstraße nach Norden. Vor Tankstellen bilden sich über 100 Meter lange Pkw-Schlangen, Restaurants sind überfüllt. "Massentourismus" lautet jener allseits faszinierende Begriff dieser Jahre. Ein Stückchen Freiheit, ein bisschen Beweglichkeit, wobei Reisen allerdings fast nur im Bereich der "sozialistischen Bruderstaaten" möglich sind; aber immerhin, wenigstens das.

Und wenn um 16.30 Uhr im mecklenburgischen Kühlungsborn die Dampf-Eisenbahn mit urlaubsreifen Werktätigen einläuft, herrscht im kleinen Bahnhof nicht nur Vorfreude auf den Badestrand. Dies ist auch die Stunde des Genossen Günther Witt vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der nichts dem Zufall überlassen darf. Freizeit und Urlaub sind nämlich eingebunden in die anspruchsvolle DDR-Zielsetzung, eine sozialistische Kulturgesesellschaft zu bauen. Folglich obliegt es der Einheitsgewerkschaft, als Reisebüro und Quartiermacher zu fungieren.

FDGB-Bezirksleiter Günther Witt, der während der Nazi-Zeit in dem renommierten Badeort kellnerte, inzwischen den Dr. oec. (Thema: Tourismus) erwarb, ist stolz darauf, Familien der Arbeitsbrigaden in historischen Villen nächtigen und neuerbauten Heimen unterbringen zu können. Heute erholen sich 2,4 Millionen DDR-Bürger und Bürgerinnen an der roten Ostsee. 1938 gab es hier nur 400.000 Urlauber - meist betuchte Privilegierte. Damit wurden praktisch drei Viertel aller Erholungsplätze durch den Staat und seine Betriebe vergeben. Mitte der achtziger Jahre sollte die DDR mit insgesamt 137.000 Betten und 1,9 Millionen Feriengästen ihre Höchstzahl erreichen.

Den Platz an der Sonne bestimmt dafür jetzt der FDGB, der für den Ferienservice 300 Millionen Mark jährlich aus dem Staatshaushalt zubuttert. Mit dem staatlichen Urlaubsgeld wird zum Beispiel dem Arbeiter Harald Engelhartt vom Ernst-Grube-Werk in Werdau der Ostsee-Urlaub erst möglich gemacht. In Kühlungsborn bewohnt der 35jährige Anlageführer mit Frau Hannelore, den Kindern Jens, 7, Silke , 6 , und Hanka, 5, zwei Zimmer im Ernst-Grube-Heim, einem komfortablen Neubau.

Den Ferienscheck - Gutscheine für Reise, Haus und Verpflegung, nur der Strandkorb kostet extra 15,20 Mark für 13 Tage - bekam Vater Engelhartt bereits sechs Monate vor Urlaubsantritt. Vorausgegangen waren Diskussionen im FDGB-Werkskolletiv, das letztlich darüber entscheidet, welcher Genosse wo seine Ferien verbringen darf. "Wir müssen als Arbeiterklasse die attraktiven Plätze nach sozialen Gesichtspunkten vergeben", erklärt umsichtig Funktionär Günther Witt. Dieser Meinung schließt sich FDGB-Mitglied Engelhartt an. Seit seiner Heirat vor acht Jahren macht die Familie zum ersten Mal Ferien am Meer. Ohne FDGB-Mitgliedsbuch bliebe für die Engelhartts Urlaub an der Küste weiterhin Illusion. So ist Engelhartt recht "froh, in der Gewerkschaft organisiert zu sein." Denn dem FDGB gehören außer den Interhotels fast sämtliche Quartiere an der Ostsee (986.000 Betten).

Aber irgendwie kann Vater Engelhartt seine Ernüchterung kaum verbergen. Vielleicht haben sich in all den Jahren des Ausharrens auf einen lang ersehnten Ferienplatz zusehends die Erwartungen nach oben geschraubt. Auffallend leise gesteht er, "das Essen ist mies, die Zimmer bescheiden, Bad auf dem Flur, nur ein Fernseher im Aufenthaltsraum. Bohnenkaffee dürfen wir nur zum Frühstück schlürfen gegen Aufpreis natürlich. Der Muckefuck schmeckt plürrig, drei Scheiben fettklumpige Wurst gibt's zum Abendessen auf Zuteilung; Sülzwurst, Griebenwurst und so 'ne dunkle, fettige, fast ohne Fleisch." Immer, wenn die Kellnerin laut krachend die Pendeltür mit einem Fußtritt aufstößt und neue Aufschnittplatten in den Saal hineinträgt, stürzt sich die gesamte Urlauberschaft wie eine Meute aufs Tablett. Die Jagd nach dem besonderen Häppchen hatte begonnen. Und das Tag für Tag, Abend für Abend. "Aber", bedeutet Harald Engelharrt, " wir sind doch glücklich, einen so günstigen FDGB-Ferienplatz ergattert zu haben. "

Die wenigen verbliebenen Privatpensionen sollen künftig noch gezielter als bisher ihre Plätze dem FDGB überlassen. Schon heute vermittelt die Gewerkschaft von den 17 Millionen DDR-Bürgern jeden Dritten zu relativ günstigen Preisen in die Erholung. - Die Gewerkschaft als Reisebüro mit obligaten Gesinnungs-TÜV. Familie Engelhartt - die Eheleute verdienen monatlich

1.200 Mark brutto - zahlt für 13 Tage Ostsee mit Vollverpflegung 570 Mark. Je 30 Mark für die Kinder und je 240 Mark für sich. Für diesen Preis brauchen sich die Werktätigen ,aber auch um nichts zu kümmern. Das Kollektiv des Erholungsheimes ist den "wehrten Gästen" allgegenwärtig. Das beginnt mit dem Wecken zwischen sechs und sieben, der Bettruhe möglichst gegen 22 Uhr.

Das reichhaltige Angebot auf der Speisekarte berücksichtigt die "Grundsätze der gesundheitsfördernden Ernährung". Auf Seite eins steht: "Ihr Kalorienbedarf im Tagesablauf beträgt: für Facharbeiter ohne wesentliche körperliche Anstrengung (Zeichner, Optiker, Chemiker oder leitende Angestellte) 2.700 Kalorien. Für mittelschwer arbeitende Werktätige (Tischler, Schumacher, Schlosser oder Druckformhersteller) 3.500. Für Schwerstarbeiter (Dachdecker, Schmied, Walzwerker, Bergmann oder Gleisbauarbeiter) 4.400. Für Kinder 2.100 Kalorien."

Doch nicht nur am Büfett wacht der FDGB darüber, dass die in der DDR ausgebrochene Fresswelle eingedämmt wird (Programm: "Jeder ist, was er isst"). Nach dem Motto "wer rastet, der rostet" steht der "sozialistische Mensch" auch in den Ferien im organisierten Wettbewerb: im sportlichen, modischen und auch ideologischen. Morgens neun Uhr: Konditionstest oder Lauf der Freundschaftsmeile. Gymnastik, Tischtennis- oder Volleyballturniere, Schwimmwettbewerbe über 70 Meter und "volkstümliche Dreikämpfe" -bestehend aus Lauf, Sprung und Stoß" - schließen sich an.

Nachmittags ist für Kinder "Lachen die beste Medizin" eine heitere Sprechstunde bei Frau Puppendoktor Pille, Eintritt 0,50 Mark. Oder am Strand gibt's "Korbballzielwerfen für die Familie". Für die Mütter gastiert im Konzertgarten Ost "der Modezeichnerverband für spezialveredelte Erzeugnisse der DDR". Über 100 Modelle zeigen Charme, Schick und in HO-Läden nicht erhältliche Entwürfe.

Am Abend tanzen die Urlauber entweder an "allen Verpflegungsstellen" (Programm) - wer sich einen Platz im Kurhaus ergattert, vergnügt sich bei der Wolfgang-Gißmann-Combo - oder es geht ins Kino "Aber das Blut ist rot" oder zu Victor Hugos (*1802+1885) "Elenden". Zum guten Ton gehört es auch, mindestens einmal in den Ferien etwas fürs "sozialistische Bewusstein" (Funktionär Witt) zu tun. Zahlreiche Veranstaltungen sind darauf abgestellt. Strandbühne 15 Uhr: "30 Jahre danach - der antifaschistische Widerstandskampf und die Erfüllung seines Vermächtnisses in der DDR." FDGB-Heim 19.30 Uhr: "Zwischen zwei Parteitagen: Entwicklung und Politik der DDR." Waldkrone 20 Uhr: "Dia-Ton-Vortrag über den Revolutionär und Theologen Thomas Müntzer (*1489+1525) - die historischen Beweggrunde der Bauernaufstände."

Trotz Polit-Programm, Massenverpflegung und Heimunterkunft ist für DDR-Bürger die Ostsee das beliebteste Urlaubsziel. Jährlich warten 300.000 Familien vergebens auf eine FDGB-Zuweisung. Denn auch die sechzig Campingplätze zwischen Boltenhagen und Ahlbeck sind überfüllt. Selbst Zeltplätze werden in der DDR zentral vom Computer vergeben. Kühlungsborn Bürgermeister Walter Vörgaard :"Wir müssen im Sozialismus schließlich gerecht vergeben."

Wie gerecht die sozialistische Wirklichkeit aussieht, verraten auf der Landzunge zum Darß die pittoresken Badeorte Ahrenshoop und Wustrow. Entlang der Strandböschung entstand eine Art sozialistisches Kampen; irgendwie schon vergleichbar mit diesem Ort auf der Schicki-Mikki-Insel Sylt. Weißgetünchte Villen und Bungalows mit reetgedeckten Dächern reihen sich weiträumig aneinander. Wassersprüher ziehen auf den riesigen Rasenflächen und üppigen Rosenbeeten ihre Kreise. Der sowjetische Moskwitsch oder der tschechische Skoda - Klassen besser als der Zweitakter Trabant - parken in den Garagen. Zwischen Ahrenshoop und Wustrow entspannt sich weit entfernt, unnahbar die Elite vom "klassenlosen" Alltag. SED-Funktionäre, Ärzte, Ingenieure,

Werksdirektoren. Ihre Luxushäuser, meist von Feierabendkolonnen und in Schwarzarbeit hochgezogen, kosten zwischen 75.000 und 100.000 Mark. Der Boden wird vom Staat für 99 Jahre verpachtet. Die Verträge müssen jedoch Jahr für Jahr bestätigt werden. Mit dieser Klausel sichert sich der SED-Staat die Loyalität seiner Intelligenz.

Wie der FDGB für die erwachsenen Urlauber, organisiert die "Freie Deutschen Jugend" (FDJ) für die Heranwachsenden die Ferien. In vierzehntägigen Sommerlagern wird "Erholung und Arbeit" geboten. FDJ-Funktionär Christian Molzen: "Schulen und Universitäten gehen in die Lager, um das Kollektiv zu festigen." Der Altkommunist und Landwirtschaftsdirektor Erich Tack ergänzt: "Die müssen begreifen, dass der Schweiß salzig schmeckt." Nach dem Prinzip "Hohe Leistungen im sozialistischen Wettbewerb" arbeiten die Blauhemden m FDJ-Camp Gallentin täglich sechs Stunden (Lohn pro Tag: 15 Mark) auf Gemüsefelder und in Tierställen. Im Ostseebad Bansin legen FDJ-Brigaden Gräben für eine neue Kanalisation. In Stralsund bauen Feierabendgruppen den ausrangierten Wasserturm zu einer Jugendherberge um.

Politische Kampf-Appelle zu Portugal und Chile, alte Partisanen-Filme ("Pankow schlägt sich durch") prägen im Camp die Freizeit. Beat- und Rockveranstaltungen gibt es, so Lagerleiter Horst Grunwald - "nur dann, wenn Disziplin, Sauberkeit und Ordnung herrscht. Dann dürften unsere Genossen auch mal 'ne Stunde länger tanzen." Auslandsreisen sind nur als Lohn für Übererfüllung des Plans gedacht. So sollen die Leistungen der Kollektive in den Betrieben und der Fleiß der DDR-Schüler angestachelt werden. Der Urlaub jenseits der Grenzen ist freilich auf sozialistische Bruderländer beschränkt: So verlebt die Hälfte aller DDR-Einwohner (8,5 Millionen) ihre Ferien zu Hause. Die Zahl der Kleingärtner und Geflügelzüchter überstieg jedenfalls Mitte der siebziger Jahre die Millionengrenze.

AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE (2) : DAS ENDE EINER UTOPIE -EINE ROTE UNI GEHT BADEN

stern, Hamburg 26. Juni 1975

Augenblicke aus einem recht entfernten Universitäts-Milieu des revolutionären Vormärz der siebziger Jahre. Nachts darf Professor habil. Dr. rer. nat. Jens Scheer, 40 (*1935+1994) nur noch sechs Stunden schlafen. Tagsüber hat er sein Studienzimmer in der Universität Bremen für jedweden Publikumsverkehr offenzuhalten. Und am Monatsende werden von seinem Gehaltskonto (brutto 4.800 Mark) fünfzig Prozent für den Kommunistischen Studenenverband (KSV) abgebucht. So haben es seine Studenten beschlossen.

Seit sich der renommierte Atomphysiker und Atomkraftgegner mit Haut und Haar den Maoisten ver-schrieben hat (Scheer: "Die Revolution steht nicht irgendwann auf der Tagesordnung, sondern jetzt"), muss er dem strengen Parteikader gehorchen: nächtliche Plakat-Klebe-Aktionen für die KPD und Polit-Agitationen in der Universität am Tag. Scheers Ziel: "Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung und für eine Ausbildung im Dienste des Volkes." Seine Forderungen: "Patenschaft der Uni Bremen mit der Universität Hanoi; Ersetzung der Polizei und der Bundeswehr durch allgemeine Volksbewaffnung." Seine Tat: Sprengung einer CDU-Veranstaltung auf dem Campus der Bremer Universität - die ihm eine Disziplinarstrafe von 600 Mark einbrachte. Jetzt droht Scheer als Hochschullehrer der Rausschmiss aus dem Staatsdienst, weil er beim Kleben von Plakaten für die KPD erwischt wurde. - Berufsverbote in Deutschland.

Professor Jens Scheer ist in Bremen gewiss kein verirrter Einzelkämpfer. Die Hochschule des kleinsten Bundeslandes, im Jahre 1971 verheißungsvoll als Reformmodell gegen die hinreichend antiquierten Ordinarien-Universitäten ("Unter den Talaren - Muff von tausend Jahren") aus der Taufe gehoben, ist unversehens zum Mekka westdeutscher Maoisten, DKP-Kommunisten und Marxisten geworden. Aus den linken Uni-Hochburgen West-Berlin, Göttingen, Marburg und Heidelberg pilgerten fast tausend Studenten an die erste "Arbeiter-Hochschule" der Bundesrepublik. (Gesamtstudentenzahl: 3.500).

Die sonst als "Bürgerschreck verschrienen Jungsozialisten gelten in Bremen als "reaktionär und rechts". Bei den letzten Wahlen zum Universitätsparlament (Konvent) Ende Mai 1975 ging ihr Stimmenanteil von 21,2 auf 14,2 Prozent zurück. Sieger wurden die Maoisten des Kommunistischen Studentenbundes KSB mit 37,7 Prozent, die maoistische Splittergruppe KSV erhielt 5,7 Prozent.

Der Moskau-treue und von der DKP organisierte Marxistische Studentenbund (MSB Spartakus) steigerte seine Prozente um 7.8 auf 24.1 und der wegen seiner Volksfrontpolitik von der SPD verstoßene Sozialistische Hochschulbund (SHB) von 20,5 auf 22,8 Prozent. Die christlichen und liberalen Studentengruppen, die an fast allen anderen Universitäten stark zunehmen, stellten sich in Bremen erst überhaupt nicht zur Wahl.

Nach der Stimmenschlacht warfen sich Mao-Anhänger und Moskau-Treue im Hörsaal gegenseitig vor, die falschen Erben von Marx und Lenin zu sein. Für die Maoisten hat die DKP "den revolutionären Kampf der Arbeitermassen verraten". Für die DKP sind die Mao-Jünger "Chaoten und Links-Opportunisten".

Während an den meisten anderen deutschen Universitäten die Professoren und Studenten politisch noch in verschiedenen Lagern stehen, reihen sich Bremens Hochschullehrer beinahe nahtlos in die Aktionen der Studentengruppen ein. Für den Historiker Immanuel Geiss ("An der Uni in Hamburg war ich als Linkssozialist verschrien, hier bin ich Rechtsaußen") wird durch die offene Verbrüderung von Hochschullehrern und Studenten die wissenschaftliche Ausbildung ideologisch überfrachtet.

Geiss weiter: "Die politische Linie der Hochschullehrer ist für viele Studenten wichtiger als deren Qualifikation." In Bremen weiß denn auch jeder, wo er den anderen politisch hinzustellen hat. Für Geiss ist sein Kollege, das DKP-Mitglied Jörg Huffschmid (Professor für Politische Ökonomie) ein "verkappter Stalinist". Für den zum Stamokap-Flügel (linke Sozialdemokraten und DKP-Anhänger, die den Staat als Handlanger des Monopol-Kapitalismus) gehörenden Uni-Pressesprecher Wolfgang Schmitz ist Geiss "ein verhinderter Ordinarius, der den alten Privilegien nachtrauert". Für den Sozialdemokraten Reinhard Hoffmann (Professor für öffentliches Recht) ist sein Kollege Gert Marte (Professor für Elektrotechnik) "ein kleiner E-Techniker), der als SPD-Mitglied das Geschäft der CDU besorgt".

So zerfleischen sich die Leute gegenseitig, die mit dem "Bremer Modell" eine "Universität der Unter-privilegierten" (Bürgermeister Hans Koschnik, 1967-1985) schaffen wollten. In Bremen sind 15 Prozent der Studenten Arbeiterkinder - doppelt soviel wie an den anderen Universitäten. Eine Hochschule mit "demokratischer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität", in der es die totale Abhängigkeit der Studenten und der jungen Wissenschaftler von den allmächtigen Ordinarien nicht mehr gibt. Eine Universität, "die sagt, was sie weiß und was sie denkt, und sich bemüht, ihr Wissen auch an den Mann zu bringen" (Ex-Rektor Thomas von der Vring; 1970-1974).

Die Reform-Universität sollte nach dem Konzept der SPD:

- Lehrer ausbilden, die "dazu beitragen, dass alle Kinder auch wirklich die gleichen Bildungschancen erhalten, dass vor allem auch Arbeiterkinder ihre Begabung voll entfalten können";
- Ingenieure heranbilden, die in "gesellschaflicher Verantwortung daran denken, welche möglichen Umweltschäden neue Techniken mit sich bringen";
- Juristen hervorbringen, die "sich damit auseinandersetzen, dass heute ein Reicher immer noch leichter zu seinem Recht kommt, weil er den besseren Anwalt bezahlen kann und sich vor den Prozesskosten nicht zu fürchten braucht".

Für diese Ziele wurden in Bremen Hochschullehrer in fachübergreifenden (interdisziplinären) Projekten zusammengefasst. Im Fachbereich Sozialwissenschaften sollen Juristen, Volkswirte, Politologen, Soziologen und Historiker dafür sorgen, dass Studenten nicht nur für ein spezielles Gebiet wie zum Beispiel der Jurisprudenz pauken, sonder in Gruppenarbeiten (die Massenvorlesungen sind abgeschafft) lernen, das Spezialwissen in den gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen.

Bei der CDU stieß das Reformmodell sofort auf erbitterten Widerstand. Die Christdemokraten ließen seit Gründung 1971 keine Gelegenheit aus, die neue Uni und ihre Professoren in der Bevölkerung madig zu machen (stern Nr. 42/1971: "Die Buhmänner von Bremen"). Selbst die solidesten Reformpläne, zum Beispiel in der Lehrer- und Juristenausbildung, wurden von den Christdemokraten mit einem kategorischen Nein abgeschmettert.

Für die war die Universität immer nur eine "marxistische-leninistische Kaderschmiede" (CDU-MdB Ernst Müller-Hermann; *1914+1994). Die Folge: Wegen der CDU-Propaganda schreckte die Industrie davor zurück, Forschungsaufträge nach Bremen zu vergeben.

Hauptärgernis war den CDU-Politikern die an der Uni Bremen eingeführte Mitbestimmung für Studenten und nichtwissenschaftliches Personal. Neben den Hochschullehrern haben diese beiden Gruppen im Parlament (Konvent) und im Akademischen Senat (dem obersten Selbstverwaltungsorgan) zu gleichen Teilen Stimmrecht (Drittelparität). So können zum Beispiel Sekretärinnen oder Laboranten bei der Berufung von Professoren gleichberechtigt mitwirken, allerdings dürfen sie kein Votum zu deren wissenschaftliche Qualifikationen abgeben. Doch die Mitbestimmung stürzte die Universität jetzt in eine schwere Krise: Kaum hatten sich die Gremien konstituiert, kündigte der Kommunistische Studentenbund an: "Wir werden das ideologisch nutzen." Dazu Immanuel Geiss: "Die totale Politisierung ging so weit, dass im sozialwissenschaftlichen Eingangsstudium auf nicht-sozialistische Studenten Druck ausgeübt wurde, Karl Marx und Stalin nachzubeten."

Im Bereich Kunst/Ästhetik untersagte der paritätisch aus Hochschullehrern und Studenten zusammengesetzte Studienbereichsrat Professor Gert Duwe eine Exkursion in den Nordsee-Ort Neuharlingersiel. Duwe wollte ab der Küste mit seinen Studenten Kontrast-Malerei üben. Die Maoisten behaupteten, dass "Professor Duwe sich auf Uni-Kosten einen schönen Urlaub machen wollte", und rieten dem 47jährigen Hochschullehrer, er solle doch lieber einmal in den Bremer Hafen ziehen und seine Studenten die ausgebeuteten Arbeiter der AG Weser malen lassen.

In den Arbeitsbereich Politik, Soziologie und Lehrerausbildung wurde monatelang darüber diskutiert, welcher "gesellschfatspolitischer Ansatz" für das Studium der Richtige sei. Der Grund für die Misere: Ursprünglich sollte die Hochschule erst im Winter-Semester 1972/74 ihre Pforten aufmachen. Darauf war die gesamte Planung ausgerichtet. Doch Studienplatz-mangel und politisches Prestige trieben Bremens SPD-Politiker zu einer überstürzten Universitäts-Eröffnung im Jahre 1971.

Die Folge: Weder Hochschullehrer noch Studenten wussten genau, an welche Lehr- und Lerninhalte sie sich zu halten haben und welches Wissen für die Abschlussdiplome entscheidend ist. Denn Studien- und Prüfungsordnungen mussten erst noch erarbeitet werden. 1973 gestand Uni-Kanzler (Verwaltungschef) Hans Heinrich Maaß: "Das gesamte Wintersemester ist in die Hose gegangen."

Einig waren sich Hochschullehrer und Studenten von Anfang an darin, dass Prüfungsarbeiten nicht mit den "spalterischen Zensuren des kapitalistischen Leistungssystems" beurteilt werden dürfen. In Bremen sollte es deshalb ursprünglich nur zwei Noten geben: bestanden oder nicht bestanden. Als Bildungssenator Moritz Thape ("Die Universität ist auf dem besten Weg, ihre Reputation zu verspielen") die Hochschullehrer dennoch dazu zwang, Zensuren zu geben, wurden beispielsweise im Promotionsausschuss für den Doktor der Philosophie (Dr. phil.) einfach 80 Prozent der Dissertationen mit den sonst höchst seltenen Spitzennoten "summa cum laude" (ausgezeichnet mit höchstem Lob) und "maga cum laude" (sehr gut mit großem Lob) benotet und so der Erlass des Senators geschickt unterlaufen.

Auch die Zulassungspraxis von Nicht-Abiturienten zum Hochschulstudium brachte das "Bremer Modell" unnötig in Verruf. Prüfungsthemen wurden den Bewerbern vorher zugespielt, sodass viele die Klippe mit Bravour meisterten. Senator Moritz Thape (1965-1985): "Ich musste mehrfach die Themen wechseln, weil sie schon bekannt waren." Deshalb wurde das

Aufnahmeverfahren der Universität jetzt praktisch entzogen. Wie zu alten Zeiten bestimmt nun wieder eine Staatsbehörde, wer zum Studium zugelassen wird.

Der SPD-Bildungssenator liegt schon seit den Anfängen der Uni mit den politischen Hochschulgruppen und den Berufungskommissionen im Clinch. Der Grund: Von den ersten 100 von der Hochschule erwünschten Ernennungen zum Professor lehnte der Senator 32 ab. Bei manchen Kandidaten witterte er Seilschaften, andere waren ihm zu links. Thape: "Nicht im CSU-Land Bayern, sondern im sozialdemokratisch regierten Bremen ist die erste Berufung eines kommunistischen Hochschullehrern verhindert worden"; der kompetente Medienwissenschaftler und eingeschriebenes DKP-Mitglied Horst Holzer (*1925+2000). Angesichts der nach-gewiesenen Holzer-Qualifikation ein recht eilfertiges Hauruck-Verfahren. - Berufsverbote in Deutschland.

Dessen ungeachtet - Moritz Thapes fragwürdiger Stolz, "gegenüber Kommunisten hart zu sein", bringt gerade die sozialdemokratischen Reformer des "Bremer Modell" ins arge Bedrängnis. Um die maoistischen Gruppen in Schach zu halten (von der Vring: "Die Chaoten produzieren Chaos"), sind die SPD-Genossen gezwungen, mit dem DKP-Spartakus, dem von Kommunisten unterwanderten Sozialistischen Hochschulbund und der Stamokap-Fraktion eine Art "Regierungsbündnis" einzugehen.

Die vier Gruppen haben sich das mächtige Universitätsrektorat, das durch das Parlament (Konvent) gewählt wird, nach einem feinsinnigen Proporzsystem aufgeteilt. Der seit einen Jahr amtierende Rektor Hans-Josef Steinberg (*1935+2003), Professor für Geschichte, hat als linker SPD-Mann mit diplomatischem Geschick die Aufgabe, bei internen Streitereien zu schlichten und die Hochschule gegenüber der Landesregierung und den Parteien zu vertreten. Konrektor Stefan Aufschnaiter soll als rechter SPD-Flügelmann die eher konservativen Professoren bei der Stange halten. Sein Kollege, Kon-rektor Gerhard Stuby (Professor für öffentliches Recht), vertritt als Anhänger der Stamokap-Theorie die Interessen von MSB-Spartakus und SHB.

Als Liberaler fungiert Universitäts-Kanzler Hans Heinrich Maß. Der ehemalige Vorstandsassistenz einer Bank ("Ich bin parteilos") und heutige Manager der Universität soll vor allem das hanseatische Bürgertum beruhigen. Tatsächlich aber sind die Kommunisten ein mächtiger Faktor in diesem Volksfront-Bündnis. Der ASTA-Vize (Allgemeine Studentenausschuss) und DKP-Genosse Wolf Leschmann: "Ohne uns kann hier keine Politik gemacht werden."

Sozialdemokrat Geiss teilt diese Einschätzung: "Wir sollten nichts mehr beschönigen. Von den 300 Hochschullehrern sind 50 Prozent dogmatische Marxisten von der KPD bis Stamokap." Geiss' Behauptung stößt zwar in der Universität auf harten Widerstand (Steinberg: "Verleumder werde ich verklagen"), doch Rektor und Kanzler sind längst entschlossen, dem "massiven Druck der Linken entgegenzutreten" (Hans Heinrich Maaß.)

Ihr Hauptverbündeter ist dabei die Gewerkschaft. Denn in Bremens Uni hat Heinz Klunkers (*1925+2005, ÖTV-Chef 1964-1982) mehr Macht als in irgendeiner anderen west-deutschen Hochschule. Der Grund: Fast das gesamte nicht-wissenschaftliche Personal ist (Sekretärinnen, Sachbearbeiter, Laboranten, EDV und Haus-meister) - in den wichtigsten Mitbestimmungsorganen mit einem Drittel der Stimmen vertreten - ist in der ÖTV organisiert.

Rektor Hans-Josef Steinberg: "Die Dienstleister sind der stabilste Faktor in der Universität." Im Universitätsparlament sind die ÖTV-Leute, die die Resolutionspolitik" (Ex-Rektor von der Vring) der politischen Gruppen zu Vietnam, Portugal und den Berufsverboten zu bremsen versuchen.

Und im Akademischen Senat stellen ÖTV-Leute die peinliche Frage, wo die Forschungsergebnisse bleiben. Zum Beispiel über die Lärm- und Schadstoffbelastung für Arbeiter im Bremer Hafen. Der Ordnungsfaktor Gewerkschaft muss jetzt um seinen Einfluss bangen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat das Mitbestimmungsrecht des nichtwissenschaftlichen Personals drastisch eingegrenzt. Nach Ansicht der Richter müssen die Professoren im Bereich von Forschung und Lehre die Mehrheit in den Gremien haben. Deshalb will Bildungssenator Moritz Thape gleich nach den Bremer Bürgerschaftswahlen im September 1975 per Gesetz die Gewerkschaftler aus wichtigsten Gremien hinauskatapultieren. Thape: "Für mich besteht kein Zweifel. Das Bremer Mitbestimmungsmodell ist nicht mehr haltbar." Rektor Hans-Josef Steinberg: "Wenn die Mitbestimmung fällt, ist das Bremer Modell kaputt. Dann bin ich die längste Zeit Rektor dieser Universität gewesen."

"UNWOHLSEIN" IN WOHLSTANDS-IDYLLEN. MIT MAO FÜR DEN NULL-TARIF. ROMANTIK PUR ODER HEIDELBERG IM BÜRGERKRIEG

Momentaufnahmen, Beobachtungen - Augenblicke aus dem Deutschland der Wohlstandsidylle der siebziger Jahre. In Heidelberg nahmen Deutschlands maoistische Kommunisten den Kampf um die "Diktatur des Proletariats" auf - mit Steinen gegen Fahrpreiserhöhungen - unterstützt von Tausenden Studenten.

stern, Hamburg 07. Mai 1975

Die Schlacht war geschlagen. Zur Manöverkritik hatten sich im Heidelberger Präsidium Polizeidirektor Werner Kohler, 45, und seine Einsatzleiter versammelt. Ein Super-Acht-Film spulte nochmals "Bürgerkrieg am Neckar" ab, der fast eine Woche in der pittoresken Altstadt getobt hatte.´

1.200 Polizisten, die aus allen Landesteilen Baden-Württembergs abkommandiert worden waren, kämpften gegen 2.000 Demonstranten. In der Hauptstraße in engen Gassen Mann gegen Mann. Mit Hubschraubern, Wasserwerfern, Tränengas, Pfeffernebel, Holzknüppeln und einem neuentwickelte Demonstranten-Räumgerät zeigte die Staatsmacht Unnachgiebigkeit. Werner Kohler war drauf und dran, den Ausnahmezustand ausrufen zu lassen: "Noch ein paar Demonstranten mehr, dann hätten wir den Bundesgrenzschutz einsetzen müssen." - Endzeit-Stimmung in Heidelberg am Neckar.

Übte die Polizei den inneren Notstand, so probten die jugendlichen Kämpfer hinter den Barrikaden die Revolution. Mit Holzlatten, kleinen Molotow-Cocktails, Steinen, Flaschen und Eisenstangen wüteten bundesdeutsche Maoisten gegen den Beschluss der Heidelberger Stadtväter, den Fahrpreis der defizitären Berg- und Straßenbahnen um 25 Prozent auf 1,25 Mark anzuheben.

Die Schlacht von Heidelberg (200 Verletzte) war für Maos Revolutionäre nur der Auftakt Mitte der siebziger Jahre. "Wir werden den Kampf gegen die Ausplünderung der bürgerlichen Gesellschaft auf den Straßen vorantreiben", erklärt die maoistische Stadträtin Helga Rosenbaum, 32, die für den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) vor zwei Monaten mit 6.000 Stimmen ins Gemeinde-Parlament einzog.

Dabei hatte die Öffentlichkeit zur Kommunalwahl im April 1975 den Kommunistischen Bund Westdeutschland so gar nicht richtig zur Kenntnis genommen. Lediglich die eher beiläufige Äußerung eines seiner Kandidaten - der "KBW ist für bewaffneten Umsturz" - sorgte für Aufsehen. Da hockte die einstige Chemielaborantin nun im Stadtparlament unter lauter ehrwürdigen, notabelen Ratsherren und weigerte sich lauthals , eine Verpflichtungserklärung auf die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung (FDGO) abzugeben. Tumulte Krawalle -Übergriffe, als sie den SPD-Oberbürgermeister Reinhold Zundel (1966-1990; *1930+2008) zum "Freund der amerikanischen Kriegsverbrecher" erkor und ihn gar als "Symbol der Niedertracht und Ausbeutung" denunzierte. Mehrfach wurde Stadträtin Rosenbaum wegen "Störungen" von Sitzungen verbannt, es hagelte Strafanzeigen. Randale im Rathaus-Saal, aufgeladen die Gemüter. Und im Zentrum des kommunalen Geschehens wähnte sich eine ferngesteuerte KBW-Aktivistin Rosenbaum , die zum Fanal gegen Staat, Stadt und Straßenbahn einschließlich Fahrpreiserhöhungen blies.

Ihr Kaderchef, der 29jährige Martin Fochler, beabsichtigt unterdessen die brutalen Gewaltaktionen jetzt in den Städten Frankfurt, Mannheim und Köln fortzusetzen, weil auch dort in Kürze die Preise für den öffentlichen Nahverkehr erhöht werden. Fochler fanatisch: "Ein heißer Sommer der politischen Erschütterung steht bevor. Unser Vietnam ist die Bundesrepublik. Unser Aktionfeld ist der Betrieb, die Schule, die Straße."

Martin Fochler und seine Genossen sehen sich in einem "historischen Kampf" als Erben von Marx, Lenin und Mao. Ihr Endziel ist die "klassenlose Gesellschaft nach dem Vorbild Chinas". Ihr Nahziel: "Die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Einrichtung der Diktatur des Proletariats." Hasserfüllt predigen die Mao-Jünger Gewalt. Der Grund: Solange die "Bourgeoisie" über bewaffnete Kräfte verfügt, werde das "Proletariat" die politische Macht "mit Waffengewalt" erkämpfen müssen. - Heidelberg, Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr , KBW-Genossen – und ihre Zeit in den siebziger Jahren.

Ihr Lebensinhalt ist deshalb der militante Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), den sie 1973 in Bremen gegründet hatten. Damals brachen die KBW-Genossen mit der westdeutschen Gesellschaft; sie entwickelten sich zu Revoluzzern. Martin Fochler gab seinen Beruf als Chemielaborant auf und wurde Sekretär des Zentralen Komitees. Der KBW zahlt ihm ein monatliches Funktionärsgehalt von 800 Mark netto. Zwei weitere Spitzenfunktionäre und ideologische Köpfe sind die früheren Studentenführer im Sozialistischen Hochschulbund (SDS) Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt. Sie waren nachbestandenen Examen am Radikalen-Erlass in Baden-Württemberg gescheitert. - Berufsverbot. Noth flog als wissenschaftliche Hilfskraft der Universität Heidelberg raus. Politische Lebensstationen des ehemaligen Lehrers Hildebrandt: SDS, Kommunistische Hochschulgruppe, KBW, Komitee für Demokratie und Sozialismus und Bündnis 90/Die Grünen - Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg (1996-2001).

Mitte der siebziger Jahre sitzen beide für acht beziehungsweise zwölf Monate im Gefängnis. Sie hatten während der Internationalen Konferenz für Entwicklungshilfe 1970 in Heidelberg, an der auch der Weltbank-Präsident (1968-1981)und frühere amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara (1961-1968) teilnahm, die Polizei in wüste Schlägereien verwickelt.

Bei welchen Wahlen oder Anlässen auch immer, ob im Stadtrat oder später im Landtag zu Stuttgart - KBW-Hildebrandt fordert stets den Abzug aller fremden Truppen aus der Bundesrepublik sowie die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte. Hildebrandt im Originalton: "Statt Mitbestimmung von Gewerkschaftsführern in den Aufsichtsräten der Kapitalisten fordern wir uneingeschränkte Rechte gegenüber den Kapitalisten für die Vertretungsorgane der Belegschaften für Betriebs- und Personalräte. Das Volk hat kein Interesse an einer Beschönigung seiner Unterdrückung durch den Staat, sondern an uneingeschränkten Kampfrechten gegenüber der herrschen Kapitalisten-Klasse."

Nach dem Motto "Revolutionäre Gruppen brauchen Märtyrer, Märtyrer garantieren Zulauf" haben sich die Mao-Freunde darauf eingestellt, mit einem Bein im Gefängnis zu stehen. KBW-Funktionär Kurt Höllwarth: "Unser Erfolg lässt sich nur dadurch erklären, dass wir härter und konsequenter als andere im Kampf gegen den Imperialismus sind."

So bescheinigte auch der Verfassungsschutz dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in seinem Jahresbericht 1974: "Der KBW konnte sich organisatorisch festigen. Seine zielstrebige Fortentwicklung zeigt sich auch in der straffen Anleitung der Ortsgruppen ...". Hatten die KBW-Maoisten 1973 erst 450 Mitglieder, so konnten sie bis 1975 ihr Potenzial

bundesweit auf 2.500 steigern. Nach der Chanson-Melodie " ich bin für Mao, das ist meine neue Philosophie", leben die Weltverbesserer wie in einer Sekte zusammen - asketisch und diszipliniert.

Gut verdienende Genossen, zum Beispiel Lehrer, müssen von ihrem Monatsgehalt (netto ca. 1.800 Mark) zwischen 30 und 50 Prozent für den "revolutionären Kampf der Arbeitermassen" an den KBW abführen. Fast ein Drittel der Mitglieder sind Lehrer, die allerdings ihre Parteizugehörigkeit in der Öffentlichkeit sorgsam verbergen.

Oberster Grundsatz ist für jeden Genossen die strikte Einhaltung der Order, die das Zentralkomitee in Mannheim an die 50 Ortsgruppen und 60 Sympathisantenzirkel im Bundesgebiet ausgibt. So auch die Teilnahme an der Heidelberger Straßenschlacht., Kaderchef Martin Fochler: "Wir mussten schließlich mit einer brutalen Konfrontation rechnen." Die Ortsgruppen-Kader (die größten sind in Berlin, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Heidelberg und Mannheim) achten wiederum darauf, dass der Agitations-Einsatzplan durchgeführt wird:

- Frühmorgens zwischen fünf und sechs verteilen die Genossen ihr wöchentlich erscheinendes Zentralorgan, die "Kommunistische Volkszeitung" (Auflage: 55.000), vor Fabriktoren.
- Tagsüber werden die Mitglieder-Anwärter in so genannten Sympathisanten-Gruppen (Kommunistischer Arbeiterjugendbund oder Kommunistische Schülergruppe; Anzahl 3.000) in Maos Werke und in die chinesische Verfassung eingewiesen. Erst wenn der Kandidat Marxens Wortschatz kennt und Maos Weisheiten begriffen hat, entscheidet das Zentralkomitee einzeln über die Neuaufnahmen.
- Abends tagen die Ortskader. In geheimen Zirkeln legen sie den Zeitpunkt neuer Demonstrationen oder die Sprengung von Universitätsvorlesungen wie in Frankfurt, Heideberg und Berlin fest. Nach dem abgewandelten Lenin-Zitat: "Ein Revolutionär, der keine Gewalt anwendet, ist kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer" (Original-Zitat: "Ein Revolutionär, der sich nicht anpassen kann, ist kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer") schaukeln sich die extremen Splittergruppen unter der Flagge Chinas gegenseitig zu Aktionen hoch. Denn außer dem KBW beanspruchen noch fünf weitere Gruppen, die zwischen 100 und 800 Mitglieder im Bundesgebiet haben, die "eigentlichen Befreier von der kapitalistischen Knechtschaft" zu sein:
- Die KPD, die in 65 Zellen arbeitet (Mitgliederzahl 700) begreift sich als Speerspitze für die "revolutionäre Gewalt der Volksmassen". Die KPD und ihr Kommunistischer Studentenverband (KSV, 1.1000 Mitglieder) organisierten 1973 beim Bonn-Besuch des damaligen südvietnamesischen Ministerpräsidenten Nguyen van Thiêu (*1923+2001) den Sturm auf das Bonner Rathaus
- Die KPD/ML mit ihren 800 Mitgliedern will mit China als "Hauptbollwerk der Weltrevolution" in der Bundesrepublik den Kommunismus einführen. Sie arrangierte für ihre Mitglieder vor allem Reisen nach Albanien, wo sie den 30. Jahrestag "der Befreiung und des Sieges" der Albaner feierten.
- Der "Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) will den "Sturz des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückungssystems" herbeiführen. Die 100 Genossen sind hauptsächlich in Süddeutschland aktiv.

- Der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB) erklärt die "Mao Zedong-Ideen" zur Wissenschaft. Er will mit seinen 300 Leuten (in Bayern) die "bürgerliche Staatsmaschine" zerschlagen.

Untereinander sind sich die Revolutionäre jedoch spinnefeind. Jeder glaubt, den besseren Weg zur "Diktatur des Proletariats" gepachtet zu haben. So bezichtigt die KPD den KBW "rechter" und die KPD/ML "linker" Abweichungen. Die KPD wirft der KPD/ML "radikale Phrasendrescherei" und "Linksopportunismus" vor; die KPD/ML beschuldigt dagegen die KPD des "Revisionismus" und "unverschämter Angriffe" auf Stalin und der "Verleumdung der KP Chinas".

Gemeinsam ist allen nur das Idol. Um ihre Ziele verwirklichen zu können, hoffen die linken Splittergruppen auf den Genossen Mao Zedong (*1896 +1976), dem Gründer der Volksrepublik China. KBW-Kaderchef Martin Fochler, der selbst noch nicht in China war, fiebert der ersten Einladung der chinesischen Kommunisten entgegen. Fochler: "Wir würden sofort unsere beispielhaften Genossen in Peking besuchen." Doch Genosse Mao Zedong zog es bisher vor, Franz-Josef Strauß (bayerischer Ministerpräsident 1978-1988; *1915+1988) zu empfangen.

Postscriptum. -Der Kommunistische Bund Westdeutschland wurde im Juni 1973 gegründet und im Jahre 1985 aufgelöst. Seine politische Arbeit hatte er bereits Ende 1982 weitgehend eingestellt.

Karrieren - Alle Wege führten über den KBW:

- Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen (2002-2008); ehemals Kommunistische Hochschulgruppe/KHG und KBW Heidelberg.

- Ralf Fücks, Sprecher der Bundes-Grünen 1989, Bremer Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz 1991-1995, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung - gehörte in den 70er Jahren dem Kommunistischen Bund Westdeutschland an. 1973 wurde er als einer von drei Rädelsführern bei der Rektoratsbesetzung und im Frühjahr 1972 von der Universität Heidelberg relegiert.

- Hans-Jörg Hager, früherer Vorstandsvorsitzender der Schenker Deutschland AG, Logistik-Dienstleiter bei Kühne&Nagel, war ZK des KBW in den siebziger Jahren und von 1976-1979 verantwortlicher Redakteur der KVZ.

- Eberhard Kempf, Strafverteidiger, kandidierte 1975 erfolglos für den KBW für den Heidelberger Gemeinderat. Seit dem Umzug der KBW-Zentrale 1977 nach Frankfurt a/M hat er dort seine Kanzlei. Kempf war unter anderem Rechtsanwalt von Josef Ackermann (Deutsche Bank), Manfred Kanther, ehemals CDU-Innenminister, Jürgen Möllemann (Ex-FDP-Wirtschaftsminister) oder Jürgen Sengera (Ex-Vorstandsvorsitzender der WestLB).

- Gerd Koenen, Historiker und Publizist, trat 1973 den Kommunistischen Bund Westdeutschlands bei, widmete sich der "revolutionären Betriebsarbeit" . Ab 1976 redigierte er die Kommunistische Volkszeitung des KBW. Ab 1982 distanzierte er sich vom KBW. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde Koenen mit seinen Büchern über den Kommunismus als Utopie der Säuberung (1998) und der autobiographisch geprägten Schilderung der linksradikalen Szene der 70er Jahre in Das rote Jahrzehnt bekannt.

- Horst Löchel, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Bankakademie e.V./Frankfurt School of Finance & Management, war Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. 1976 und 1980 kandidierte er bei den Bundestagswahlen für den KBW. Willfried Maier, ehemaliger Senator der Grünen im Hamburger Senat (1997-2001) trat aus der SPD aus und schloss sich dem KBW an. Dort wurde er zeitweilig führendes Mitglied. Von 1973 bis 1976 fungierte er als leitender Redakteur des Zentralorgans Kommunistische Volkszeitung (KVZ).Er avancierte in Hamburg zum Gründungsmitglied der Grünen und Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft seit 1993.

- Dieter Mützelburg, Sozialwissenschaftler, Landesvorsitzender der Grünen sowie Staatsrat im Finanzressort der Freien Hansestadt Bremen. Aufgrund seiner Aktivitäten für den Kommunistischen Bund Westdeutschland sollte er 1975/1976 auf Betreiben mehrere SPD-Senatoren aus dem Hochschuldienst entlassen werden. Alle Berufsverbotsverfahren gegen Mützelburg scheiterten. Als der KBW sich in Bremen 1981/1982 auflöste, wechselte Mützelburg zu Bündnis 90/die Grünen.

- Winfried Nachtwei, Studienrat, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (2002-2005). Er war in den 1970er Jahren Mitglied des maoistischen Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Seit 1980 zählte er zur Friedensbewegung und zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in Münster.

- Lutz Plümer, Professor für Geoinformationen an der Universität Bonn, war in den siebziger Jahren Mitglied der "Sozialistischen Studenten Gruppe" (SSG) des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und später auch Funktionär des KBW, für den er bei der Bundestagswahl 1976 unter der Berufsbezeichnung "Lagerist" kandidierte. Im April 1980 nahm Lutz Plümer auf Einladung der ZANU als Vertreter des KBW an den Feiern zur Unabhängigkeit von Zimbabwe teil. Im Jahr 1980 war er leitender Redakteur des KBW-Zentralorgans Kommunistische Volkszeitung (KVZ). Sven Regener, Musiker und Schriftsteller, Gitarrist der Rockgruppe Element of Crime, war Mitglied im Kommunistischen Jugendbund/KLB).

- Krista Sager, Lehrerin in der Erwachsenenbildung, Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung in Hamburg (1997-2001) engagierte sich während ihres Studiums 1977 in der "Sozialistischen Studenten Gruppe" des KBW. 1982 wurde sie Mitglied der Grünen.

- Joscha Schmierer, Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amtes unter Bundesaußenminister Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier; u. a. zuständig für Grundsatzfragen und Europapolitik. Schmierer war 1973 Mitbegründer der größten deutschen K-Gruppe - des maoistischen Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Bis zur Selbstauflösung im Jahre 1985 galt Schmierer als unangefochtene Führungsfigur. Im Dezember 1978 reiste er mit einer KBW-Delegation zu einem Solidaritätsbesuch zum Massenmörder Pol Pot (*1925+1998). Unter seiner Herrschaft (1970 bis 1997) wurden 1.7 bis 2 Millionen Kambodschaner ermordet. In der zweiten Jahreshälfte 1975 saß Schmierer wegen schweren Landfriedensbruch während einer Demonstration 1970 zwei Drittel seiner achtmonatigen Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Waldshut ab. Auch nach Bekanntwerden des Pol-Pot-Terrors sandte Schmierer dem Diktator noch eine

Grußbotschaft. Trotz seines ungeahnten Aufstiegs hat der Karriere-Diplomat nie radikal mit seinen früheren Positionen gebrochen.

- Ulla Schmidt, SPD-Politikerin, MdB, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, kandidierte 1976 im Wahlkreis 53 Aachen-Stadt direkt für den maoistischen Kommunistischen Bund Westdeutschland für den Bundestag und auf Platz 2 der Landesliste in Nordrhein-Westfalen. Seit 1983 Mitglied der SPD und seit 1990 Mitglied des deutschen Parlaments.
- Christiane Schneider, Schriftsetzerin und Verlegerin, KBW-Mitglied bis zu dessen Spaltung 1980, danach langjährige BWK-Funktionärin (Bund Westdeutscher Kommunisten) , seit 2008 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft für Die Linke.

Quelle: Wikipedia 12/2008

DEUTSCHLANDS RECHTSRADIKALE - AUF RECHTEM AUGE BLIND UND VOM STAAT FINANZIERT

Frankfurter Rundschau vom 22. November 1971 / stern, Hamburg 13. März 1975

Als Adolf von Thadden (*1921+1996) auf dem fünften NPD-Bundesparteitag in Jahre 1971 seinen rechts-radikalen Kampfgefährten nicht mehr Führer sein wollte, schluchzten in der Stadthalle des niedersächsischen Holzminden weibliche Delegierte: "Bubi, bleib doch, Bubi komm wieder." Doch nachdem Abstieg der Nationaldemokraten in Bund und Land (die NPD wurde zu Beginn der siebziger Jahre in keinen der Landtage mehr wiedergewählt) trat "Bubi" von Thadden als Parteichef der ultrarechten Sammlungsbewegung zurück. Dabei hatte von Thadden in seiner ihm angedichtete Rolle als "nationaler Erneuerer Deutschlands" in den Jahren 1967/1868 seine Rechtsradikalen in fünf Landesparlamente mit einem Stimmenanteil von fast zehn Prozent hinein geboxt. Er selbst wurde Abgeordneter in Niedersachsen zu Hannover. Es war das britische Magazin newsweek, das in von Thadden einen "neuen Hitler" sah. Adolf von Thadden selbst, über Jahre vom übermäßigen Alkokolkonsum gezeichnet, befand resignierend: "Ich will nicht länger Haupt- und Generalschwein der deutschen Politik sein."

Schon auf dem NPD-Konvent neofaschistischer Gesinnung und Neuorientierung war es in Holzminden zu Tumulten gekommen, die zu Massenschlägereien eskalierten; Stuhlbein um Stuhlbein, Bierflasche um Coca-Cola-Büchse. Im Mittelpunkt der dreitägigen Beratungen standen Fraktions- und Flügelkämpfe, die die Partei einer Spaltung sehr nahe brachten. Während der Wortführer jener extremen und gewaltbereiten Gruppen, Bayern NPD-Landesvorsitzender Siegfried Pöhlmann, die Delegierten ultimativ zu Gewaltaktionen aufrief und die Ohrfeige auf Willy Brandt unter tosendem Beifall als Genugtuung empfand, erklärte der neue Vorsitzende Martin Mußgnug (1971-1991) aus Tuttlingen: "Schmeißen wir die minderwertigen Gestalten aus der Partei raus."

Zuvor hatte der bisherige Chef Adolf von Thadden geäußert, er stünde der NPD angesichts dieser brachialen Flügelkämpfe nicht mehr als Parteivorsitzender zur Verfügung. Thadden wörtlich: "Für einen Tanz auf dem Vulkan irrationaler Vernunft bin ich angesichts der Gesamtlage der deutschen Innen- und Außenpolitik weder geeignet noch bereit." Für ihn sei es unmöglich, weiterhin Vorsitzender dieser Partei zu sein, da er mit seiner Überzeugung gewalttätige und damit auch kriminelle Aktivitäten der Aktion Widerstand nicht vereinbaren könne. Thadden: "Ich habe kein Verständnis dafür, dass solche Leute in unserer Partei obendrein auch noch als eine Art missverstandener Helden verteidigt werden."

Thadden, der vom extremen nationalistischen Flügel fortwährend überaus hart attackiert wurde, betonte in einem Diskussionsbeitrag, dass nur eine "radikale Säuberung" der Partei von den Extremisten dafür künftig sorgen könne, dass die NPD wieder wählbar werde. Gleichzeitig fügte er hinzu: "Eine solche Säuberung würde aber eine viel zu lange Zeit erfordern, innerhalb derer dann auch noch eine große Anzahl gutwilliger und positiver NPD-Mitglieder resignieren würden, weil die Partei ihrer negativen Kräfte nicht Herr zu werden vermag."

Für die Delegierten auf den Hinterbänken des NPD-Konvents zu Holzminden brach ein Weltbild zusammen. Träume mit von Thadden von einer einheitlichen und schlagkräftigen Partei des Rechtsradikalismus schienen ausgeträumt, über Jahre gepflegte Wunschvorstellungen waren im Nu von den Bänken gefegt worden. Ein Bild des Hasses gleichsam bitterster Feindschaften boten

beide Lager um Adolf von Thadden und seinen Widersacher Siegfried Pöhlmann. Als Adolf von Thadden sich nicht zur Wiederwahl stellte, weinten vielen Frauen an diesem Nachmittag. Allen voran die niedersächsische NPD-Landtagsabgeordnete Gertraude Winkelvoß aus Lüneburg. Sie konnte sich so gar nicht wieder beruhigen. Dabei hatte sich wortgewaltige Dame in einen Weinkrampf hineingesteigert – da stand sie nun flehend auf dem Podium, ihrem Bubi von Thadden nachweinend - ihre Tränen in Theatralik umgesetzt. Wie sie, so sahen viele NPD-Frauen, die sich noch mit ihrem einst obligat straff gekämmten Dutt und Haarspange zu schmücken verstanden, in Adolf von Thadden ihren Schwarm, ihr Idol "nationaler Erneuerungen". "Bubi, Bubi, komm wieder," kreischten 50- bis 60jährige Damen stehend durch den Saal. Während des Krieges schenkten sie noch flugs dem "Führer ein Kind". Nunmehr galt ihre Hingabe eines Mannes, der immerhin noch seinen Vornamen in die neuer Zeit mit hinüber retten konnte - Adolf heißt er.

Adolf von Thadden, genoss die aufgewühlte Demagogie eines routinegeübten Volksverhetzers. Er setzte sich von der NPD ab, weil er merkte, dass diese Partei nicht mehr "zu retten" war und mit dem terroristischen Untergrund liebäugelte. Noch am ersten Tag des Konvents hatte es den Anschein, als würde er sich zur Wiederwahl stellen. Weder sein Vorstand noch seine engsten Freunde wussten, welche Entscheidung er wohl in der Nacht zum Samstag getroffen hatte. Für ihn war die Zerrissenheit der vermeintlichen nationalen Be-wegung zu groß, als dass sie überbrückt hätte werden können. Während Extremisten um Pöhlmann nunmehr Funkhausbesetzungen ins Kalkül gezogen haben, hat die NPD eine weitere Eskalationsstufe hin zur Gewalt "gemeistert". Da versteht es sich in diesem faschistisch amgehauchten Milieu von selbst, dass Parolen, die 'Brandt und Scheel an die Wand" wünschen - niemanden mehr erregen mochten. Eine Selbstverständlichkeit, Routine, Alltag bei den Rechtssradikalen.

Wie desolat und kopflos der innere Zustand bei den Rechtsextremen mittlerweile ist, beweist, dass der Verstand zunächst den ehemaligen engagierten Nazi Professor Dr. Ernst Anrich mit seinen 65 Jahren zum Parteichef küren wollte. Anrich, der schon zwei Herzinfarkte hinter sich hatte, hielt sich dann doch zurück, weil er einsah, dass er körperlich zu schwach ist, diesen "Scherbenhaufen" aus Demagogie samt aufge-stauter Gewaltpotenziale wieder zu flicken. Erst in den späten Abendstunden kam man zu dem Entschluss, Martin Mußgnug (1936-1997) zum Parteivorsitzenden aufzustellen. Mußgnug hatte schon Jahre zuvor in dem bereits verbotenen "Nationalsozialistischen Studenten-bund" antidemokratische Spuren hinterlassen. Für politische Beobachter verdeutlichte sich auf diesem NPD-Bundesparteitag, dass diese rechtsextre-mistische Bewegung mit ihren verdeckten, konspirativen Praktiken bis hin zur offenen Gewaltanwendung längst die legalen Plattformen des Grundgesetzes, der parlamentarischen Demokratrie verlassen hat; verfassungsfeindlich allemal.

Nach dem Rückzug aus der Politik verkaufte Adolf von Thadden -ein Spross aus pommerischem Uradel - seine Überzeugung auf anderen "Märkten". Erst nach seinem Tode wurde durch britische Quellen bekannt, dass er stets ein zuverlässiger Informant des britischen Geheim-dienstes MI6 war und dort über Jahre auf der Gehaltsliste stand. Ansonsten versuchte sich von Thadden als Immobilienmakler, um seine Existenz zu sichern. Die Hauptaktivitäten von Thaddens lagen in Spanien, wo er seit über drei Jahren Bungalows wie Grundstücke zu verkaufen sucht. Eben Spanien auch in der Nach-Franco-Ära, "weil dort die Menschen, Ein-heimische wie Ausländer, unter den Garantien eines selbstsicheren gefestigten Staatswesens leben."

Solche Festigkeit hat Adolf von Thadden, der sich in der Bundesrepublik immer von "Verzichtspolitikern, Kulturbolschewisten und Pornografen" umgeben sah, hierzulande vielerorts

vermisst. Der Deutsche, der den Österreichern einmal vorwarf, sich "nicht zum gemein-samen Bluterbe zu bekennen", hält sich mehr in Spanien als im heimischen Hannover auf. Doch mit Angst-Parolen von einst ist bei seinen Landsleuten auf dem Immobilienmarkt von heute kein Geschäft zu mehr zu machen. "Es läuft nicht mehr so, wie ich es mir vorgestellt habe." Der erfolglose Makler - als Kolumnist des NPD-Parteiblattes - beschwört gelegentlich noch die Erinnerungen an gestern - hat seine Geschäftsräume im Hannoverschen Arbeiterviertel Linden. Das Nachbarbüro gehört den Jungsozialisten. Die Toilette müssen sie sich teilen.

Nachtrag: Die NPD verfügt mit ihren etwa 7.200 Mitgliedern über kein nennenswertes Barvermögen. Der Steuerzahler ist ihr größter Financier in Deutschland. Die staatlichen Zuschüsse aus dem Parteienfinanzierungsgesetz betrugen im Jahre 2006 exakt 1.376.678,48 €. Seit dem Jahre 1990 brachten Rechtsextremisten insgesamt 130 Menschen - teilweise unter bestialischer Folter - um. Ihre Gewalttaten richten sich zu 80 Prozent gegen Deutsche, auch Obdachlose und ausländische Mitbürger anderer Hautfarbe zählen zu ihren ausgesuchten Opfern. Ein Gewaltpotenzial, dass in diesem Zeitraum um dreißig Prozent eskalierte. In einem mit "gerichtsverwertbaren" Beweisen belegten Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht sehen die Parteien in Berlin "keine vordringliche Aufgabe, keinen Handlungsbedarf".

Die grösste Feuersbrunst in Deutschland: Viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze

Zehn Tage lang brannten in Norddeutschland Wälder, Moor und Heide. Fünfzehntausend Mann kämpften bis zum Umfallen gegen die Feuersbrunst in Niedersachsen. Sie versuchten gutzumachen, was andere verschliefen - allen voran der oberste Katastophenschützer, Innenminister Rötger Groß (*1933+2004)

*Stern, 21. August 1975**

Alexander Sirakoff, Pförtner im niedersächsischen Innenministerium, wünschte den Herren ein "erholsames und ruhiges Wochenende". Regierungsdirektor Domasch und Ministerialrat Thomas dankten freundlich, verließen das Gebäude am hannoverschen Waterlooplatz und fuhren nach Hause. Das war am Freitag vorletzter Woche, 16 Uhr.

Siebzig Kilometer weiter östlich im niedersächsischen Landkreis Gifhorn, glomm zu dieser Zeit bereits die Lunte zur größten Feuersbrunst in der Bundesrepublik seit Menschengedenken. Ausgedehnte Heideflächen und dichtgepflanzte Kiefernwälder zwischen den Ortschaften Stüde und Grußendorf standen in Flammen. Oberkreisdirektor Rolf Wandhoff gab Katastrophenalarm.

Doch als die Alarmnachricht das Polizeizentrum Adler in der hannoverschen Möckernstraße und von dort aus die Bereitschaftsbeamten Domasch und Thomas erreichte, brachte das die Amtsdiener nicht aus der Ruhe. Ein Waldbrand. Waldbrände hatte es immer gegeben, Hunderte in jedem Sommer. Und Waldbrände würde es weiter geben, solange Bauern trotz hoher Strafanordnung ihre Stoppelfelder abflämmen, Spaziergänger ihre Zigaretten achtlos ins Gras werfen und Großstädter mitten im Wald mit ihren Grills herumkokeln. Wer mag da gleich an eine Katastrophe denken?

Immerhin taten die Beamten, was die Amtsroutine vorschrieb. Sie vereinbarten "häusliche Erreichbarkeit" und verständigten das Bonner Innenministerium. Nur einen informierten sie nicht - Niedersachsens obersten Katastrophenschützer, Innenminister Rötger Groß (1974-1978). Der erfährt von dem Ereignis erst am nächsten Morgen aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung am häuslichen Frühstückstisch mit Ehefrau Eleonore und Sohn Felix. Schlagzeile: "Riesiger Waldbrand bei Gifhorn."

Aus der Morgenidylle aufgeschreckt, hängt sich der Minister an sein Telefon. Weil er die eigenen Beamten nicht sofort auftreibt, ruft er in Gifhorn an. Er will den Oberkreisdirektor sprechen. Doch er erreicht nur die Kreisschlauchlegerei. Der OKD, so hört er, sei "im Feld". Dort ist die Hölle los. Tausend freiwillige Helfer kämpfen gegen die Flammen, die bereits eine Fläche von 200 Hektar erfasst haben. Ein erstes Opfer ist auch schon zu beklagen - Kreisbrandmeister Friedrich Meyer (*1930+1975) hat auf dem Weg zum Brandherd einen Herzschlag erlitten.

Minister Rötger Groß, der noch immer auf ein beschauliches Wochenende hofft, lässt es gemächlich angehen. Für den Nachmittag beordert der FDP-Politiker einen Hubschrauber, um sich das Feuer mal von oben zu betrachten: "Das ist für mich ja interessant, zu sehen, wie die örtlichen Kräfte damit fertig werden. Das ist eine Erfahrung, die man mal sammeln muss." Um seine Erfahrungen auch im Bild festzuhalten, leiht er sich von seiner Frau eine "Agfa Optima".

* mit Nils Kummer

Vom Polizeihelikopter aus erkennt der Innenminister noch immer nicht, was sich da unter ihm anbahnt - ein Flächenbrand in einem Landstrich, auf den seit fast drei Monaten kaum ein Tropfen Regen gefallen ist, in dem das Gras trockener als Heu geworden ist, in dem - seit einem verheerenden Orkan im November 1972 - riesige Mengen Baumstämme und Äste herumliegen, ausgedörrt zu riesigen Zündhölzern. Statt dessen knipst der Amateur "interessante Aufnahmen" fürs Familienalbum.

Vor Ort, beim Gespräch mit dem Gifhorner Oberkreisdirektor ("Braucht ihr irgendwas? Kommt ihr klar?"), erreicht der Minister die nächste Alarmnachricht. Feuer auch bei Unterlüß im Nachbarkreis Celle. Rötger Groß, der schon 1964 Katastrophenschutz-Dezernent in Hameln war, dort mit der goldenen Ehrennadel des Bundesverbandes für den Selbstschutz dekoriert wurde und seither gern mit zehnjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet protzt ("Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe"), fliegt hin.

Er landet in hektischem Getriebe. Einheiten von Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und Feuerwehr kämpfen gegen ein Feuer, das immer größere Ausdehnung gewinnt. Mitten drin Oberkreisdirektor Axel Bruns (*1915+1990), Ritterkreuzträger, seit über 30 Jahren Kreisfürst in Celle. Selbstsicher meldet er dem Minister: "Mit dem Brand werden wir allein fertig."

Beruhigt fliegt FDP-Mann Groß nach Hause. Das Wochenende hat ihn wieder. Und das Wochenendvergnügen. Auf einer Party zum 50. Geburtstag von Bernhard Kreibohm (*1925+2000), dem SPD-Fraktionschef im niedersächsischen Landtag, hebt er heiter das Glas.

Während der Minister ausschläft, spitzt sich die Lage dramatisch zu. Bei der Ortschaft Eschede im Kreis Gifhorn breitet sich ein neuer Flächenbrand mit Windeseile aus. 1500 Helfer sind machtlos. Im Kreis Gifhorn werden fünf Feuerwehrmänner von den Flammen eingeschlossen und sterben. Noch immer ist der Krisenstab in Hannover nicht zusammengetreten. Noch immer sieht Niedersachsens oberster Katastrophenschützer Groß keine Veranlassung, die Initiative zu ergreifen. Erst als Bonn den FDP-Landesminister am späten Nachmittag anmahnt, ob er denn keine Hilfe benötige, macht er sich auf die Socken. Da ist es 18 Uhr.

Er fährt mit einem Streifenwagen los, "weil man ja mit Blaulicht besser durchkommt". Mit welcher Gewalt das Feuer nun schon wütet, erlebt er, als er trotz Polizeibedenken eine Straße passiert, neben der der Wald auf einer Länge von mehreren hundert Metern in Flammen steht. Er ist beeindruckt ("Das war ein toller Anblick"), aber die Erkenntnis, dass es spätestens jetzt an der Zeit war, die Brandbekämpfung zentral in die Hand zu nehmen, kommt ihm nicht.

Er belässt es bei gutgemeinten Ratschlägen. So rät er, die Einsatzleitung, die Oberkreisdirektor Axel Bruns in der Nähe des Feuers eingerichtet hat, weiter nach rückwärts zu verlegen. Zugleich aber plagen den Verwaltungsjuristen Groß auch schon Zweifel, ob er zu solchen Empfehlungen gegenüber dem Provinzherrn überhaupt das Recht hat ("Der Bruns hat das entschieden verneint"). Der Minister reist wieder ab, im Gepäck als einziges die Bitte von Bruns, ihm 15 Tanklöschfahrzeuge zu besorgen.

Brav wie ein Hilfsreferent gibt Groß die Bitte weiter. Von der Kneipe "Kastanienkrug" in Oldendorf aus bestellt er telefonisch die gewünschte Verstärkung. Das Bonner Innenministerium, das seit Freitag bereits auf ein Hilfeersuchen des Landes Niedersachsen wartet, erhält damit endlich eine Antwort. Auf der Rückfahrt nach Hannover beschleicht Minister Groß zum erstenmal das Gefühl, vielleicht doch nicht entschlossen genug gehandelt zu haben: "Das Ganze vor Ort war mir unheimlich."

Unheimlich sind dem FDP-Politiker nicht nur das gespenstische Bild lodernder Feuersäulen, sondern vor allem die Zuständigkeitsfragen, denen er sich unversehens ausgesetzt sieht. Der ehemalige Stadtdirektor von Hameln (1964-1972), seit einem Jahr Chef des Innenministeriums, hat aus seiner Zeit als Kommunalbeamter mächtige Ehrfurcht vor den Autokraten der niedersächsischen Provinzen. So traut er sich auch jetzt nichts, sondern sagt: "Ich habe die Oberkreisdirektoren als tüchtige und erfahrene Männer kennengelernt, die bisher jeden Brand gelöscht haben. Wenn ich einem OKD ablöse, der dort seit 30 Jahren amtiert, der dort eine Autorität ist, der sich ein Vertrauenskapital gewonnen hat ... das kann tödlich sein."

Das Zaudern des Ministers ist verhängnisvoll. Groß, der 1962 unter Helmut Schmidt die Hamburger Sturmflutkatastrophe miterlebte ("Er war mein Vorgesetzter"), hat daraus nichts gelernt. Helmut Schmidt, damals Innensenator von Hamburg (1961-1965), hatte sich ohne langes Federlesen über alles Kompetenzgezanke hinweggesetzt, widerborstige Beamte kurzerhand nach Hause geschickt und so in kürzester Zeit eine wirksame Katastrophenbekämpfung möglich gemacht. Der Jurist Groß hätte einen solchen formal zweifelhaften Kraftakt nicht einmal nötig gehabt. Denn, so bestimmt Paragraf 48 des niedersächsischen "Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung": Der Innenminister führt die Dienstaufsicht über die Gefahrenabwehr. Und nach Paragraf 47 ist der Innenminister bei Katastrophen sogar berechtigt, den nachgeordneten "Verwaltungsbehörden" (Regierungspräsidenten und Oberkreisdirektoren) klare Anweisungen zu erteilen.

Nichts dergleichen tut er. Als das Land von einer wahren Feuerwelle heimgesucht wird, als Dutzende immer neue Brände ausbrechen, riesige Waldgebiete von der Heide im Süden bis zum Rand von Hamburg im Norden und bis hin zu den Forsten bei Lüchow Dannenberg im Osten vom Flammenmeer verwüstet werden, als dann noch Verrückte und Verbrecher überall in Niedersachsen zündeln, als Tausende verzweifelte Helfer bis zum Umfallen kämpfen und dieser Kampf durch ein organisatorisches Chaos sondergleichen noch erschwert wird - da bleibt dieser Notstand für diesen Minister eine Verwaltungssache.

Die Bilanz ist verheerend. Hunderte Quadratkilometer verbrannte Erde, geschätzter Gesamtschaden 100 Millionen Mark, sechs Feuerwehrleute tot. Vor allem der Mangel einer zentralen Leitung einer starken führenden Hand, zeitigt schlimmste Folgen. Wenn Hilfe kommt, kommt sie zu spät. Ortsfremde Feuerwehr-Männer verirren sich, Hubschrauberpiloten verlieren die Orientierung, den Löschfahrzeugen gehen Benzin und Wasser aus, Telefonleitungen sind blockiert, Funkfrequenzen überlastet. Nicht selten bekommen die erschöpften Männer, die mit Spritze und Feuerpatsche vor den Bränden stehen, 24 Stunden lang weder zu essen noch zu trinken. Die Leiter von Dorf-Feuerwehren, die Oberkreisdirektoren, Bundeswehr-Offiziere und Ministerialbeamte reden durcheinander und gegeneinander statt miteinander - viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze.

Erst am Montagmorgen, drei Tage nach Ausbruch der Katastrophe, trommelt Groß den Krisenstab im Innenministerium von Hannover zusammen. Sein Ministerpräsident Alfred Kubel (*1909+1999) ist unterdessen schon zur Tat geschritten. Am frühen Vormittag ruft er den Bundesgrenzschutz-General Paul Kühne, 59, in der Nordring-Kaserne in Hannover an. Er bittet den General, mit ihm in das Katastrophengebiet zu fliegen. Um 14.15 Uhr starten Kühne und Kubel, auch Groß fliegt mit.

Alfred Kubel, der schnell erkennt, dass Oberkreisdirektor Axel Bruns und ebenso Regierungspräsident Hans-Rainer Frede (1971-1976) überfordert sind, nimmt den Weltkrieg-Generalstäbler Kühne beiseite. "Könnt ihr das nicht übernehmen?" Der Innenminister steht daneben und schweigt. Kühne fackelt nicht. Er übernimmt und handelt sofort. Als erstes lässt er die vom Feuer gefährdete Kommandozentrale nach Oldendorf verlegen und gibt Order, den Bundesgrenzschutz-Gruppenstab aus Goslar einzufliegen.

Von Dienstag an führt Paul Kühne das Kommando. Es beginnen die kritischsten 24 Stunden. Ausschnitte aus dem Protokoll dieser Stunden, aufgezeichnet in der Kommandozentrale in der Guten Stube des Bauern Rabe in Oldendorf, spiegeln das dramatische Geschehen.

Dienstagvormittag 11:30 Uhr: Der Wind treibt meterhohe Flammen auf die Ortschaften Rebberlah und Starkshorn. Paul Kühne schickt Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zur Unterstützung der Feuerwehr.

11:50 Uhr: Rebberlah und Starkshorn werden evakuiert. Fünf ortsunkundige Feuerwehr-Männer sind von den Flammen eingeschlossen.

13:08 Uhr: Löschfahrzeuge sind ohne Wasser. Brandmeister Lorenz: "Das wird uns noch Ärger machen."

13:46 Uhr: Die eingeschlossenen Feuerwehrleute werden per Hubschrauber gerettet.

15:15 Uhr: Feuer bedroht Eisenbahnlinie Celle-Hamburg. Meldung über Feldtelefon: "Männer sehr erschöpft, brauchen dringend neue Leute."

15:28 Uhr: Kühne ruft Regierungspräsident Frede in Lüneburg an: "Frische Kräfte nicht mehr vorhanden, können Eisenbahnlinie und Bundesstraße 3 nicht mehr halten."

15:48 Uhr: Bundeswehr-Bergungspanzer bei Severloh eingeschlossen.

16:01 Uhr: Meldung vom Hubschrauber: "Feuer rast weiter nach Süden." Akute Gefahr für Celle, 60.000 Einwohner.

16:25 Uhr: Kühne sucht den Celler Branddirektor Bartels: "Wo ist denn bloß die Führung der Feuerwehr?" Aus der Strafanstalt Salinenmoor werden 45 Gefangene evakuiert.

17:17 Uhr: Explosionsgefahr. Das deutsch-britische Munitionsdepot in Scheuen wird geräumt.

17:25 Uhr: Anruf aus Hannover. Der Herr Innenminister lässt anfragen, ob das Feuer schon in Oldendorf sei. Zwischenruf: "Das wäre denen wohl am liebsten, wenn wir hier auch noch abbrennen."

17.35 Uhr: Feldtelefone streiken. Branddirektor Bartels erscheint wieder auf der Bildfläche. Kühne faucht: "Mensch, wo waren Sie die ganze Zeit?"

18.20 Uhr: Zwei Hubschrauber zwanzig Minuten lang vermisst. Die ortsunkundigen Piloten haben sich verflogen.

19:03 Uhr: Neue Explosionsgefahr. Befehl über Funk: "Gasbehälter an der B 191 mit Erde überdecken."

19:45 Uhr: Belegte Brote und Kaffee für den Einsatzstab.

20:30 Uhr: Wind hat gedreht. Feuer dringt nach Süden vor.

22:15 Uhr: Bereitschaft Göttingen ohne Benzin und Wasser.

22:58 Uhr: Wagen der Oldenburger Feuerwehr verschwunden. Die Zentrale ist ratlos: "Die haben sich wohl nach Hause abgesetzt, da brennt es auch."

23:25 Uhr: Funkspruch vom Helikopter: "Feuer vor Hustedt. Mit Toten muss gerechnet werden, Feuerwehrleute türmen."

0:15 Uhr: Flugplatz Arloh in Gefahr.

0.40 Uhr: Lagebesprechung. Hamburgs Oberbranddirektor Maximilian Puchner wütend: Was die bisher gemacht haben, ist große Scheiße. Mit Wasser kriegen wir die Sache nicht mehr in den Griff. Wir müssen jetzt Schneisen schlagen."

1:45 Uhr: Oberst Mittelbach vom Kühne-Stab versucht vergebens, das Innenministerium in Hannover zu erreichen. Major Busch ärgerlich: "Gute Nacht, die schlafen wohl schon."

2:20 Uhr: Panzer walzen Schneisen am Ostufer des Flüsschen Örtze, DRK-Helferinnen bringen frischen Kaffee.

3:30 Uhr: Resignation an der Feuer-Front. Ein Mann der Freiwilligen Feuerwehr Oldendi-or: "Jetzt können nur noch Profis helfen."

4:40 Uhr: Erschrecken nach Wettervorhersage für den nächsten Tag - Windgeschwindig-keiten bis zu 50 Knoten.

6.00 Uhr: Bremer Feuerwehr-Leute erschöpft nach 36 Stunden bitten um Ablösung. 450 frische Hamburger Feuerwehr-Männer treffen ein.

9.15 Uhr: Oberkreisdirektor Bruns erstattet Lagebericht nach Lüneburg: "Keine neuen Brandherde entdeckt."

11:26 Uhr: Auftatmen in der Kommandozentrale. General Kühne: "Meine Herren, wenn ich mich nicht täusche, kriegen wir die Sache in den Griff."

Paul Kühne täuscht sich nicht. Die Soldaten des Bundeswehr-Generals Garken, die Feuerwehr-Leute aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen, die THW-Helfer und Freiwilligen, alle zusammen an die 15.000 Männer, können zum erstenmal Luft holen. Noch glühen zwar die Wälder und Moore, noch wird jeder Mann gebraucht, aber die Feuer-Front marschiert nicht mehr.

Für Minister Rötger Groß ist dies der Augenblick, Entschlusskraft vorzuführen. Tagelang hat er nur einen frustrierenden Job gehabt: Journalisten, in der Annahme, beim Minister zental alle Informationen zu erhalten, drängelten sich bei ihm, doch er hatte sie immer nur dürftig bedienen können. Denn er wusste nichts. Jetzt aber schlägt er zu.

Unter dem Vorwand, Kühne habe die Anweisung missachtet, alle zwei Stunden Lagemeldungen abzusetzen, feuert Groß den BGS-General. Während der sieben Katastrophentage hilflos und ratlos ohne die Unterstützung der Uniformierten, belehrt er jetzt den Offizier: "Dies ist eine zivile, keine militärische Angelegenheit."

Den Minister irritiert auch nicht, dass seine Attacke rundum nur Unverständnis findet. In Hannover schüttelt Ministerpräsident Alfred Kubel den Kopf, in Bonn nennt Regierungssprecher Armin Grünwald (*1931+1993) die Auseinandersetzung angesichts der Arbeit, die noch zu tun ist, "höchst überflüssig". General Kühne selbst zu dem Minister-Auftritt: "Ich glaube, Herr Groß ist nur beleidigt, dass er nicht über jedes Detail auf dem laufenden gehalten wurde. Er begreift wohl nicht, was es heißt, 15.000 Mann zu führen, dass in einer solchen Situation für Papierkram keine Zeit ist."

Der Schuss gegen den General wird für den Minister zum Rohrkrepierer. Im niedersächsischen Parlament wird's noch ein Nachspiel geben. Grund genug für Rötger Groß, die nächste Attacke zu reiten. Der oberste Katastrophenschützer, dem Brandkatastrophen wie jetzt in seinem Lande allenfalls in den fernen Buschregionen Australiens denkbar schienen, besinnt sich plötzlich seiner fachlichen Verantwortung. Seit Jahren , so tönt er, sei der Katastrophenschutz wie ein Stiefkind behandelt worden. Sicher hat er recht damit. Aber zum großen Krisenmanager, der er nun gern sein möchte, macht ihn diese Einsicht nicht. Wer denn ist in Niedersachsen verantwortlich für die Versäumnisse, die sich jetzt so teuer rächen und den Politikern wie Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Katastrophe überhaupt zum erstenmal ins Bewusstsein rückte? Es ist nur einer - Herr Groß persönlich.

Wenn Rötger Groß die zwangsläufigen kritischen Fragen zu seinem Verhalten und zu seiner Befähigung nicht den Ministersessel kosten, dann wird er vorführen müssen, was er vom Handwerk versteht. An ihm wird es sein, auch eine politische Diskussion mit in Gang zu bringen, die sein Ressort gar nicht unmittelbar betrifft.

Denn die nächste Katastrophe kommt bestimmt. Im deutschen Wald ist sie schon mitgepflanzt. Von hundert Bäumen sind 98 Nadelbäume, leicht brennbar, dicht an dicht. Kiefern und Fichten wachsen schnell, nach 40 Jahren liefern sie schon Nutzholz. Laubbäume, wie Buchen und Eichen, aber brauchen mehr als 100 Jahre. Sie müssen weiträumig gepflanzt werden, sind ideale Erholungsgebiete - und brennen schwer. Aber sie bringen keinen Gewinn, sie kosten Geld. Das kann sich kein Privatbesitzer leisten.

Leisten kann sich das allein der Staat. Will er die gefährliche Monokultur der Nadelwälder durch Mischwald ersetzen, wie Experten es seit langem empfehlen, dann muss er eine politische Entscheidung treffen: die privaten Waldbesitzer enteignen. Das Feuer von Niedersachsen hat dieser Diskussion neuen Zündstoff geliefert.

Niedersachsens glückloser Innenminister Rötger Groß hat sich zu solchen Gedanken noch nicht geäußert. Ihn sorgt zunächst die lädierte Reputation. Er macht in Vorwärts-Strategie: Schuld sind andere - der Finanzminister, die mit dem Geld für den Katastrophenschutz geizen; die Ortsfürsten, die ihn, dem Mann mit der goldenen Ehrennadel, nicht früh genug vertrauten; die Wahnsinnigen, die die Feuer legten. Auf sie hat er zur großen Jagd geblasen.

Biedermann und die Brandstifter.

1976

Deutsche Arbeitsgerichte : Urteile im Drei-Viertel-Stunden-Takt

Zeitgeschichte (4): Herbert Wehner alte Mann im Wahlkampf in der alten Bundesrepublik

Kirchen als Wahlhelfer: „Mit den besten Wünschen Euer Pfarrer“

Zeitgeschichte (5): Verfolgt, verboten, geduldet – Kommunisten in Deutschland

Zukunfts-Roman: Putsch in Deutschland

Berufsverbote - Aufrüstung gegen die Freiheit

GEWONNEN – UND DOCH VERLOREN – URTEILE IM VIERTEL-STUNDEN-TAKT. SORGEN DES ARBEITSRICHTERS MICHAEL VOGEL

Immer öfter werden Arbeitnehmer fristlos entlassen, und fast jeder Gefeuerte ruft die Justiz um Hilfe an. Doch was nützt es, wenn die Kündigung "im Namen des Volkes" für Unrecht erklärt wird? Der Job ist ohnehin weg; Billig-Jobs, rechtlose Jobs. Trübe Aussichten in Deutschland seit eh und je. Überlastete Richter, verschleppte Verfahren, Klagen über Klagen, Prozesstermine im Viertelstunden-Takt. Nur - wer sich nicht wehrt, hat schon verloren.

stern, Hamburg 04. November 1976

Die Herren im grauen Flanellanzug und schwarzer Robe kommen schnell zur Sache. Richter Michael Vogel überfliegt noch einmal die Akte mit dem Geschäftszeichen 11 CA1251/75, die beiden Anwälte werfen einen Blick in ihre Unterlagen.

Vor dem Hamburger Arbeitsgericht geht es diesen Mittwochmorgen um den Fall Regina Würger. Die Kontokoristin war von ihrer Firma fristlos gefeuert worden. "Probezeit ist eben Probezeit", Herr Vorsitzender. Es bleibt doch schließlich dem Unternehmer überlassen, ob er die Arbeitskraft nach drei Monaten weiterbeschäftigt oder nicht", trägt der Arbeitgeber-Anwalt selbstsicher vor. Die Gegenseite: "Das sind doch die üblichen Tricks, die Sie hier anbringen. Erst als Ihnen bekannt war, dass Frau Würger schwanger ist, haben Sie den auf unbestimmte Zeit geschlossenen Arbeitsvertrag zum Probearbeitsverhältnis deklariert, um meine Mandantin an die Luft setzen zu können."Für den 36jährigen Richter Vogel ist der Sachverhalt eindeutig. Die Kündigung von Regina Würger war unzulässig, weil der § 9 des Mutterschaftsgesetzes eine Entlassung während der Schwangerschaft ausschließt.

Dieses am 7. April 1976 gefällte Urteil hilft der am 30. März 1975 gekündigten jungen Mutter aber nur wenig. Der Arbeitgeber legt Berufung ein. Darüber geht wieder ein halbes Jahr ins Land. Und erst wenn die Firma vor der nächsten Instanz, dem Landesarbeitsgericht, abermals verurteilt wird, muss sie die Klägerin wieder einstellen - was praktisch nie passiert oder ihr eine Abfindung von höchstens einem Monatsgehalt bezahlen.

Mit dem Fall Würger hat sich das Gericht zwanzig Minuten befasst. Das ist schon sehr viel in dieser Zeit, in der einem Fall durchschnittlich maximal eine Viertelstunde zugestanden werd - im Durchschnitt versteht sich. Überall in Deutschland nimmt die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren rasant zu. Gerade in Zeiten wirtschaft1licher Talfahrten, Rezessionen, Betriebsschließungen - gar Entlassungen um nahezu 50 Prozent -geht es in vielen Gerichtssälen wie einst auf röhrenden Jahrmärkten zu. Rausschmiss ist der alles beherrschende Terminus dieser Jahrzehnte; verbrannte Erde vielerorts. Menschen hadern ihrer Berufsschicksale wie auf dem Bahnhofs-Basar im Wartesaal - irgendwo in diesem Land.

Dann ruft die Schriftführerin den Hafenarbeiter Werner Hüper in den Saal. Auf den Stühlen der Anwälte haben jetzt die Rechtsvertreter der Gewerkschaft ÖTV (seit dem Jahr 2001 Verdi) und des Unternehmens-Verbandes Hafen Hamburg Platz genommen. Hüper, seit sechs Jahren bei seiner Firma, verdiente als Stauervize zuletzt monatlich 4.200 Mark brutto. Ihm war gekündigt worden, so der Unternehmer-Anwalt, weil er ein "notorischer Trinker" sei. Schon im

Jahr 1972 hätte man ihn wegen des "tiefen Blicks in die Schnapsflasche" eine Lohngruppe tiefer eingestuft. Jetzt habe Hüper bei den Löscharbeiten am Schuppen 59 wieder besoffen, sei daraufhin schriftlich verwarnt worden und habe dann vierzehn Tage später im Vollrausch auf dem Gelände der Hamburger Stahlwerke herum krakeelt. Der Unternehmeranwalt ruft laut in den Sitzungssaal 1387: "Aller guten Dinge sind drei. Die Kündigung war fällig."

Die beiden Laienrichter - je einer vom Arbeitgeberverband und von den Gewerkschaften bestimmt, an diesem Tage ein Handwerksmeister und ein Sparkassen-Angestellter - blicken auf Richter Vogel. Der Fall scheint klar zu sein. Für den Arbeitsrichter ist er es aber nicht. Immer wenn es laut wird im Saal - das passiert oft, und Spektakel stößt ihn nun mal ab -, vertieft sich Richter Vogel in die Akten. Und dort findet er heraus, dass Hafenarbeiter Hüper im Jahre 1972 zu Unrecht in eine niedrige Lohngruppe runter gestuft worden war. Hüper hatte erst nach der ersten Schicht etwas getrunken: Er konnte nicht wissen, dass ihn die Firma auch noch für die zweite Schicht benötigte. Und für den letzten Vorfall konnte das Unternehmen nicht einen Zeugen benennen, der Hüpers angetrunkenen Zustand bestätigte.

Der Alkoholtest, dem sich Hüper an dem umstrittenen Abend auf Veranlassung der Firma freiwillig unterzogen hatte, ergab zudem einen Promille-Satz von nur 0,7 bis 0,8. Hüper: "Der Erste Offizier hatte mich zu einer Flasche Bier und einem Glas Aquavit eingeladen." Das Urteil: "Das Arbeitsverhältnis der Parteien ist durch die Kündigung nicht aufgelöst worden." Der Hafenarbeiter hat seinen Rechtsstreit gewonnen. Aber die Gegenseite will Berufung einlegen.

Genau geht es auch Peter Remmers. Dreizehn Jahre lang war der Arbeiter bei der Bundesbahn. Jetzt muss er sich gegen den fristlosen Rausschmiss wehren. Für den Schranken- und Streckenwärterdienst, so erklärt der Anwalt der Bundesbahndirektion, sei Remmers nicht mehr tauglich, und andere Arbeitsplätze könne ihm die Bahn nicht anbieten. Er sei einmal als Streckenposten durch merkwürdiges Benehmen aufgefallen und deshalb ein Fall für den Psychiater. Obwohl wochenlange Untersuchungen in der Neurologischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Altona und im Landseskrankenhaus Schleswig keine Diagnose erbrachte, notierte der zuständige Bahnarzt. „dass bei Remmers mit Sicherheit eine Psychose vorliegt, die diesen für den Betriebsdienst und damit auch für den Baudienst untauglich macht."

Auch der Kündigungs-Widerspruch des Personalrats ("Alle Fürsorgemöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden") half nichts, Remmers verlor seinen sicher geglaubten Arbeitsplatz bei der Deutschen Bahn. Vom Makel des Bekloppten, des seelisch gestörten Mannes, konnte ihn das Arbeitsgericht zwar nicht befreien, gleichwohl wurde die Kündigung für rechtsunwirksam erklärt. Vogel: Die Behauptungen der Bundesbahn, Remmers sei aus gesundheitlichen Gründen für den Bahndienst untauglich, ist nicht durch einlassungsfähige Einzelheiten begründet worden."

Wie an jedem Mittwoch, dem Sitzungstag der elften Kammer des Hamburger Arbeitsgerichts, werden auch an diesem Tag Urteile am Fließband produziert. Im Gerichtsflur hat sich ein Völkergemisch versammelt. Griechen, Türken, Spanier, Kroaten mit ihren Dolmetschern und Anwälten sind der nächste Schub.

Wieder sitzt die Deutsche Bundesbahn auf dem Platz des Beklagten. Die Bahndirektion hatte Mirko Stojanovic gekündigt, weil er im Wohnheim "Trave" einen Landsmann mit dem Brotmesser bedroht haben soll. Richter Vogel: "Was hat eigentlich der Arbeitsplatz mit dem Wohnheim zu tun? Oder gibt es für Gastarbeiter keine Privatsphäre?

Beim Spanier Felipe Gonzales reichte es gar schon zur Kündigung, dass er seine "Schichtführerin Frau Karin Schulze vor allen Mitarbeitern ausgelacht habe, als sie die Notwendigkeit von Überstunden bekannt gab."

In beiden Fällen wies Richter Vogel die Kündigung als unzulässig zurück. Der Fall Gonzales war Michael Vogels 720. Urteilsspruch in seiner jetzt siebenjährigen Richterzeit. Anfangs hatte der Jurist geglaubt, "für ein Stück sozialer Gerechtigkeit sorgen" zu können. Diese Illusion hat die Alltagsroutine umgebracht. Vogel weiß nur zu gut, dass seine Urteile nicht viel mehr wert sind als ein Stück Papier.

Als Regina Würger, die Arbeiter Hüper und Remmers und die Gastarbeiter Stojanovic und Gonzales gefeuert wurden, war es Anfang oder Mitte 1975. Als Richter Vogel zum Kammertermin vorlud, war der Kalender bereits zwölf Monate weiter.

Von zehn Gekündigten, die vors Arbeitsgericht gehen, sind acht noch arbeitslos, als das Urteil gefällt wird. Die kurzen Kündigungsfristen, meist zwischen einer und sechs Wochen, und die sich dahinschleppende Justizbürokratie lassen die Beweiswürdigung der Arbeitsgerichte zur Farce werden. Richter Vogel: "Bei der ersten Verhandlung glauben die meisten noch, sie würden mithilfe des Gerichts ihren Arbeitsplatz wiederbekommen. Beim zweiten oder dritten Termin wird ihnen langsam klar, dass es letztlich nur um eine mehr oder weniger dürftige finanzielle Abfindung geht."

Denn kein Arbeitgeber kann durch richterlichen Beschluss gezwungen werden, einen Arbeitnehmer wieder einzustellen. Auch wenn das Gericht die Kündigung für nicht rechtens erklärt, kann der Unternehmer die Lösung des Arbeitsverhältnisses beantragen. Er ist aufgrund seiner Vertragsfreiheit nicht verpflichtet, einen ehemaligen Mitarbeiter neu zu engagieren. Sein einziges Risiko: Eine Kündigung kostet Geld.

Für Vogel ist die Funktion des Arbeitsgerichts eher "ein Regulativ für den Arbeitsmarkt als eine konjunktur-politisch unabhängige Rechtsprechung". Der Präsident des Hessischen Landesarbeitsgerichts, Hans Gustav Joachim, bezeichnet die Ohnmacht der Arbeitsrichter als "dramatisch, sozialstaatlich unerwünscht und verfassungsrechtlich nicht mehr zu verantworten." Seit dem Jahre 1970 steigen etwa in Hessen die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren ohne Unterlass; zwischen 1970 bis 1975 um 54 Prozent. Selbst zu Beginn der neunziger Jahre schnellten nochmals die Gerichtstermine um weitere 19,2 Prozent nach oben - auf etwa 35.000 Fälle pro Jahr.

Keine Frage - mit fragwürdigen "Hire-and-Fire"-Methoden wird der Kündigungsschutz allmählich zur Makulatur, befinden sich deutsche Arbeitsgerichte in einer stetigen Erosion. Allein in Bayern bräuchten Arbeitsrichter bei einer 40-Stunden-Woche ein ganzes Jahr, um nur die bereits angehäuften Verfahren abzuarbeiten - vorausgesetzt es kämen keine Weiterern dazu. In Köln muss jeder Arbeitsrichter bis zu 96 Verfahren im Monat durchziehen. Im Jahre 1972 brauchte er in der gleichen Zeit nur 65 Fälle.

Wirtschaftskrisen, ökonomische Strukturanpassungen, Zeiten existenzieller Ungewissheiten sorgen vor Deutschlands Arbeitsgerichten für eine stetige Hochkonjunktur. Allein in Stuttgart, dem drittgrößten Arbeitsgericht, stieg die Zahl der Klagen in den Jahren 2001 bis 2004 um 43 Prozent auf 20.000. Immer seltener kommt es zu einer vorprozessualen Einigung beim "Gütetermin". Nach der "primitiven Faustregel" (Vogel) "ein Jahr Betriebszugehörigkeit = ein Monatsgehalt Abfindung" konnte jahrelang unzählige Prozesse abgewimmelt werden. Heute sind die Parteien kaum noch kompromissbereit. Die Arbeitgeber, weil sie die Zahlung einer Abfindung vermeiden wollen, die Arbeitnehmer, weil ihnen der Arbeitsplatz wichtiger ist als ein "lächerlicher Geldbetrag" (Vogel).

Michael Vogel bedrückt die sozialpolitische Verantwortung der Arbeitsrichter. Er war jung im Amt, als konservative Richterkollegen ihre Urteile noch im Geiste der Gewerbeordnung von 1869 fällten. Danach konnte ein Geselle oder Gehilfe schon entlassen werden, "wenn er sich eines "liederlichen Lebenswandels" schuldig machte, einen Familienangehörigen des Arbeitgebers beleidigte oder "mit einer abschreckenden Krankheit behaftet" war. Erst die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat Anfang 1969 den Schutz vor fristloser Kündigung durch eine Generalklausel erweitert. Jetzt muss der Arbeitgeber den Kündigungsgrund konkret beweisen. Und es liegt im Ermessensspielraum des Richters, ob er den Entlassungsgrund anerkennt oder nicht.

Ihn - den Kündigungsschutz - ganz abzuschaffen oder in seinem Wesensgehalt zu verändern, bedeute in der Praxis, so Vogel "die Arbeitsgerichte abzuschaffen und die Menschen vogelfrei ihrem Schicksal zu überlassen." Immerhin erstritten die Gewerkschaften allein im überprüften Jahr 1993 mit ihrer Rechtsbeihilfe vor Arbeitsgerichten Abfindungen und Nachzahlungen in erster Instanz eine Summe von 93 Millionen Euro.

Die fortschrittlichen Richter - die "politischen Richter", wie sie der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann (*1925+2008; OLG 1971-1990) nannte, sind darüber entsetzt, dass die konservativen Kollegen immer noch "verzweifelt in der Sammlung der Urteile der Obergerichte suchen, um den Fall irgendwie hinzubiegen". Michael Vogel: "Auf diese Art Urteile zu sprechen, beweist doch nur die Ängstlichkeit dieser Kollegen. Es ist einfach bequemer, wenn man versucht, die mögliche Entscheidung der Ober-Instanz zu erraten."

Genauso hart geißelt Vogel die außergerichtlichen Nebenjobs so mancher dienstbeflissener Kollegen. Wenn Unternehmensleitung und Betriebsrat etwa beim Abschluss eines Haustarifs oder einer Betriebsvereinbarung sich nicht handelseinig werden, stehen Arbeitsrichter gern als Vermittler bereit. Ihr Honorar beträgt zwischen zweitausend und fünftausend Euro. Dazu Vogel: "Diese Nebenverdienste bringen Firmenabhängigkeiten mit sich. Beim nächsten Kündigungsprozess mit einem solchen Unternehmen glaubt der Richter womöglich, er müsse besonders nett und vorsichtig sein, um das Management bei Laune zu halten." Befangenheiten, Abhängigkeiten.

Es ist 13.30 Uhr. Noch ein Dutzend Kläger, Beklagte und Zeugen warten. Noch vier Fälle auf dem Terminzettel, bei einen liegt die Kündigung über ein Jahr zurück, bei dem jüngsten fünf Monate. In keinem Fall wird der Richter dem Entlassenen seinen Arbeitsplatz zurückgeben können. Vogel: "Der Gesetzgeber müsste endlich dem Kündigungsschutz besser absichern. Der Arbeitnehmer sollte nach der Kündigung weiterarbeiten dürfen und die Kündigung erst dann gelten oder aufgehoben werden, wenn das Arbeitsgericht rechtskräftig darüber entschieden hat." Wunschvorstellungen eines Arbeitsrichters.

"Solange keine Waffengleichheit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer herrscht", bedeutet Vogel resigniert, "frage ich mich manchmal, bei welcher Riesenlüge und Farce wirkst du eigentlich mit?" Der Richter hängt sich die Robe um. Wieder geht er in seinen Sitzungssaal 138. Die Schriftführerin steht an der Tür und ruft auf: "Grübeln gegen Stoffes." Prozessgegenstand: Verweigerung, fristlose Kündigung.

Postscriptum: Es ist mittlerweile im Jahre 2008 empirisch nachgewiesen, dass Lockerungen der gesetzlichen Bestimmungen des Kündigungsschutzes keine neuen Arbeitsplätze geschaffen haben. Zudem gilt der gesetzliche Kündigungsschutz nur noch für jene Arbeitnehmer, die im selben Unternehmen ohne Unterbrechung länger als sechs Monate beschäftigt sind. Viele Betriebe haben sich darauf verständigt, bei so genannten Neueinstellungen den ohnehin flexiblen

Kündigungsschutz durch Zeitverträge zu unterlaufen. Somit dürfte sich alsbald der seit Jahrzehnten vorherrschende Ansturm auf Arbeitsgerichte alsbald zwangsläufig erledigt haben. Alle Streitigkeit in Sachen des sogenannten Befristungsrechtes im Rahmen der Hartz IV-Empfänger sind ohnehin der Sozialgerichtsbarkeit zugeordnet worden. Im zeitaufwendigen, individuellen Arbeitsrecht sollen künftig standardisierte Sammelklagen eingeführt, Massenabfertigungen Maßstab sein. Dass da die Streitwert-Grenzen jeweiliger Kammern erheblich erhöht wurden, liegt ganz in Trend, für Mittellose mit Geld-Barrieren Gerichtszugänge zu erschweren; für viele Arbeitnehmer ohne Rechtsschutz sind schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts geradezu langatmige Gerichtsverhandlung kaum erschwinglich. Somit, steht zu befürchten: der Sozialstaat entlässt nicht nur seine Kinder, sondern der Rechtsstaat in Deutschland demnach alsbald auch seine Arbeitsrichter. Sicher? Ganz Sicher.

AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE (3) - DER ALTE MANN -WAHLKAMPF UND DIE ALTE BUNDESREPUBLIK

Kantig, authentisch, trotzig, glaubwürdig - Herbert Wehner (*1906 in Dresden + 1990 in Bonn, beerdigt in Bad Godesberg) - SPD-Urgestein; Polit-Entertainer, Überzeugungstäter der Nachkriegs-Ära - Augenblicke

stern, Hamburg vom 30. September 1976

Tochter und Thermosflasche sind immer dabei. Wenn Herbert Wehner im grauen Dienstmercedes (BN-WZ-108) auf Wahlkampfreise geht, sitzt Tochter Greta neben ihm. Thermosflasche und Medikamente, sorgfältig in der grasgrünen Leinentasche verpackt, stehen griffbereit hinterm Fahrersitz. Beide lassen sich von ihrem Chauffeur mit 90 Stunden-Kilometern über die Autobahn kutschieren - vom niederbayerischen Straubing ins nordrhein-westfälische Iserlohn.

Die Zufahrtstraßen zur städtischen Parkhalle sind verstopft. Menschentrauben quälen sich mühsam durch den Eingang. "Der Wehner ist 'ne Reise wert", juxen Jugendliche aus Dortmund. Eine ältere Dame mit Krokotäschchen und Sonntagsbluse meint: "Die Sozis kriegen meine Stimme nicht. Aber den Strauß der SPD muss ich gesehen haben." Bei den örtlichen Partei-funktionären auf dem Podium herrscht Nervosität. Für 20 Uhr hat sich der SPD-Fraktionschef angesagt. Doch "Onkel Herbert", wie sie respektvoll nennen, ist immer noch nicht da.

Um die Stimmung der 3.000 Zuhörer anzuheizen, wird eine neue Musikkassette ins Tonbandgerät gelegt. Aus den Lautsprechern tönt "Spiel mir das Lied vom Tod". Was die aufgeregten Parteifunktionäre nicht wissen -Herbert Wehner sitzt im Nebenraum vor dem Fernseher: Tagesschau-Köpke (ARD-Nachrichtensprecher *1922+1991) verliest die neuesten Meldungen.

Aufmacher-Meldung ist auch an diesem Abend der Lockheed-Skandal. Die Schmiergeldaffäre des amerikanischen Rüstungskonzerns ist für Wehner willkommener Anlass, um sich an Franz Josef Strauß (*1915+1988) zu reiben. "Einem bedeutenden Politiker haben sie in New York mal die Brieftasche geklaut", klärt er die Iserlohner auf. "Wäre mir das passiert, hätte am nächsten Tag mit vier dicken Balken quergedruckt in der Zeitung gestanden: 'Wehner von drei Nutten ausgeraubt.' Unterzeile: 'Politische Affären nicht ausgeschlossen'."

Die Zuhörer in der ersten Reihe, überzeugte Genossen, jubeln. "Das ist der Herbert, wie wir ihn kennen", murmelt einer. "Der muss noch härter draufschlagen", fordert ein anderer. Wehner bleibt seinem Publikum nichts schuldig, Mit ätzender Schärfe und donnerndem Gebrüll beißt er nach allen Seiten.

Wenn der SPD-Fraktionschef (1969-1983) CDU-Wahlanzeigen verliest ("sozialistische Misswirtschaft") , "Die Feinde des Staates werden immer frecher"), hält es ihn kaum noch am Pult: "Franz Josef, dieser Strauß", "der Ludwigshafener Kohl", "Kohl, dieser pomadige Obermufti", "Büchsenspanner Kohl", "Dregger, dieser einsilbige Vorturner", "Schleyer, das doppelbödige Doppelkinn mit dem Ypsilon in der Mitte". Pfiffe werden laut. Die Junge Union, die ihre Anhänger in der Parkhalle zusammengetrommelt hat, protestiert: "Kohl ist der beste Kanzler!" Wehner: "Dann kriege ich nur noch Kohl-Falten. Sie werden schon sehen, wie schön es da ist." Zwei

Genossen schauen belustigend um sich. Der eine zum anderen: "Und schlägt unser Arsch auch Falten, wir bleiben die Alten."

Dann kommt Wehner auf die Sonthofener Rede des Franz Josef Strauß. Beim Zitat, wonach die wirtschaft-liche Lage "wesentlich tiefer sinken muss, bis wir Aussicht haben, mit unseren Vorstellungen gehört zu werden", krakeelt die Junge Union "Bravo". Wütend reißt Wehner das Mikrophon beiseite. "Diese Zinnsoldaten, diese Reißbrettstrategen, diese Maulhelden."

Herbert Wehner wischt sich den Schweiß von der Stirn. Ein Ordner rückt das Mikrophon wieder zurecht. Als nächster bekommt Richard Jaeger (*1913+1998), CSU-Vizepräsident des Bundestages, sein Fett ab. Wehner erinnert daran, dass es Jaeger war, der 1969 in der katholischen "Deutschen Tagespost" geschrieben hat: "Wenn Brandt neuer Bundeskanzler wird, muss man sich fragen, ob wir nicht über Nacht die Rote Armee hier haben." "Kopfab-Jaeger", empört sich das Publikum. "Nein", sagt Wehner ruhig, "der heißt 'Gliedab-Jaeger'."

Die Junge Union hält es nicht mehr auf den wackeligen Stühlen, "Pfui", tönt es im Chor. Der SPD-Genosse bleibt gelassen: "Aber meine Herren, liebe Knaben und Mädchen! Da sagen Sie doch nicht 'Pfui'. Wir sind hier nicht im Damenpensionat." Für den alten Kämpen ist die Provokation des Gegners bewährtes Mittel, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren.

In Iserlohn, wo sich die Kohl-Truppe auf der linken Saalseite platziert hat, hämmert "Onkel Herbert" pausenlos auf die Jung-Konservativen ein. "Sie Lümmel, Sie Pimpf! Ich werde Sie schon ruhig kriegen. Mich alten Mann können Sie nicht verkohlen!" Schimpftiraden wollen kein Ende nehmen. Der Ortsvereinsvorsitzende schiebt dem SPD-Kämpen einen Zettel zu, er solle sich nicht in Rage bringen lassen.

Plötzlich, als sei nichts gewesen, wird das Raubein Wehner behutsam. "Ich bin ein alter Mann, der hierher gekommen ist, um Ihnen meine Erfahrungen mitzuteilen", sagt er fast entschuldigend zu den Iserlohnern. Dann beschwört er die Vergangenheit. Aus einem vergilbten Bändchen aus dem Jahre 1925 ("Redner und Revolution") zitiert er den sozialistischen Altvater Ferdinand Lassalle: "Die Geschichte ist ein Kampf der Natur" (Ferdinand Lassalle *1825+1864; u.a. Wortführer der deutschen Arbeiterbewegung).

Über den 1972 verstorbenen IG-Metall-Chef Otto Brenner (*1907 +1972; "Ein kritischer Freund"), den früheren Bremer Bürgermeister Wilhem Kaisen (*1887+1979; "Ein Vorkämpfer der Sozialdemokratie") kommt er fast reumütig zu jenen Unions-Abgeordneten, mit denen er sich in den fünfziger und sechziger Jahren manch hitziges Rededuell geliefert hatte. Gern zitiert er den damaligen CDU-Fraktionschef Heinrich Krone (*1895 +1989), erinnert sich, wie er mit dem früheren Außenminister von Brentano (*1904+1964) nach dem Bau der Berliner Mauer in einem Frankfurter Hotel am Radio dem DDR-Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler (*1918+2001)zuhörte. Und wie Adenauer und Lübke der SPD 1963 Verdienste um die Demokratie und den Wiederbau bescheinigten.

Wahlkampf 1976 - für Herbert Wehner ein Exkurs in die jüngste Geschichte, für das Publikum ein Vorgriff auf seine Memoiren. "17 Jahre", sagt er, "bin ich Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses gewesen und drei Jahre Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Ich kenne alles sehr genau. Ohne die SPD hätten wir heute keinen freien Teil Berlins."

Es ist die Bilanz eines Mannes, der alle Schlachten geschlagen hat. Der Kommunist war, der als solcher immer noch verteufelt wird; der Narben davontrug, die manchmal noch schmerzen, wenn der wütende Demokrat Wehner angegriffen wird von Demokraten, denen dieser Begriff allzu

glatt über die Lippen geht. Bei Wehners Rückblick kommen betagten SPD-Anhängern die Tränen, und Genossinnen, die vorhin noch entrüstet waren, nicken auf einmal stumm - teilnahmsvoll.

Die Namen Willy Brandt und Helmut Schmidt erwähnt Wehner erst zur Halbzeit seiner zweistündigen Rede. In den vorausgegangenen Passagen hießen sie nur der "Vorsitzende" und der "Bundeskanzler". Wehner wird deutlich: "Auf Helmut Schmidt ist Verlass." Der SPD-Slogan: "Weiterarbeiten am Modell Deutschland" ist allerdings in Wehners Repertoire nicht zu finden. Statt dessen benutzt er den SPD-Wahlspruch von 1972; "Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen."

Es ist 22.30 Uhr. Stieftochter Greta holt die Thermoskanne und Medizin aus der Tasche. Für Vater Wehner das Signal, Schluss zu machen. Eine halbe Stunde später sind die beiden wieder auf der Autobahn, ohne Journalistenkolonne, ohne Polizei-Eskorte.

Schon 60 Veranstaltungen, 12o Stunden Wahlreden. Es dürfte Herbert Wehners letzte Wahlschlacht sein.

WAHLKAMPF IN DEUTSCHEN LANDEN (4) : "MIT BESTEN WÜNSCHEN EUER PFARRER"

Mit der Verketzerung der sozialliberalen Koalition (1969-1982) will die katholische Kirche der CDU/CSU in den siebziger Jahren zum Wahlsieg verhelfen

stern, Hamburg 16. September 1976

Ein Exorzist kommt selten allein. Der Pfarrer Ernst Alt, 38, und der Salvatorianerpater Arnold Renz, 65, versuchten, die Dämonen aus dem Körper der 23jährigen Anneliese Michel im fränkischen Klingenberg zu vertreiben. Die Oberhirten der beiden wollten jetzt die Teufel SPD und FDP aus den Köpfen der katholischen Wähler verbannen.

Im Kampf der Amtskirche gegen die ungeliebten Sozialdemokraten ist die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 "nicht nur eine politische, sondern auch eine religiöse Entscheidung. Wer das nicht jedem Nachbarn und Arbeitskollegen klarmacht und nicht auch durch intensives Gebet zu einer christlichen Entscheidung beiträgt, ist ein Mitläufer des Bösen", warnt die "größte christliche Wochenzeitung Europas", die "neue bildpost", ihre katholischen Leser zwischen Papenburg im Emsland und Altötting in Oberbayern.

Das Boulevardblatt, das jeden Sonntag zwischen Altar und Beichtstuhl feilgeboten und von rund einer Millionen Katholiken gelesen wird, behauptete schon vor zwei Jahren, dass der "rote Sozialismus" dabei sei, "aus dem restlichen Deutschland ein Land des Untergangs zu machen." Jetzt schreckt die fromme Postille (Schlagzeile "Kardinal Döpfner: Ja, ich begegnete Gott") vor keiner Diskriminierung des politischen Gegners zurück, um im Wahlkampf Stimmung gegen SPD und FDP zu machen.

So stellt die "neue bildpost" den Terroristen Rolf Pohle (*1942 +2004) als Sozialdemokraten vor, der "wegen Landfriedensbruch in der SPD bleiben durfte und erst ein völlig freischwebender Anarchist geworden ist, seit er seinen SPD-Mitgliedsbeitrag nicht mehr zahlt": Für die "bildpost" - Redakteure ist SPD-Chef Willy Brandt (*1913+1992) "ein Badefreund Breschnews", (*1906 +1992, Parteichef der KPdSU 1964-1982) - der "Hauptverantwortliche für die geistige Lynchstimmung" und "die Schlüsselfigur für die mögliche Sowjetisierung Europas". Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982) "will jetzt unsere Zukunft mit Gesinnungspartnern aufbauen, die den Kommunisten in ihrem Land in den Sattel helfen."

Und die Bereitschaft von dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher (1974-1985) wieder mit der SPD zu koalieren, ist "als demokratische 'Todsünde' weithin erkannt". Der Außenminister ist für die "neue bildpost" der Politiker, der die Forderung nach einem DKP-Verbot als "demagogisch" abblockt. Dafür, so wird dem Leser suggeriert, zahlt Bonn "Steuergelder für die Unterwanderer, wenn Kommunisten Ansprüche anmelden."

Bei der Agitation gegen das SPD/FDP-Regierungsbündnis setzen die katholischen Bischöfe nicht nur auf die "neue bildpost", sondern sie lassen auch ihre 22 Bistumsblätter (wöchentliche Auflage: zwei Millionen) kräftig mitmischen. Das "Regensburger Bistumsblatt" des Bischofs Rudolf Graber, 73, (*1903+1992) glaubt, nur die "süddeutsche Union" mit den CDU/CSU-Rechtaußen Franz-Josef Strauß, Hans Filbinger und Alfred Dregger garantiere einen Wahlsieg der Unionschristen. Die Regensburger: "Das sind nicht Albrecht, Stoltenberg, Biedenkopf, Barzel ... Möge die Union dort lächeln, zaubern, freundlich sein, Küsschen werden, I-

like-Mainzelmännchen-Helmut-singen ... Der Wähler will die Wahrheit wissen! Im Baden-Württemberger CDU-Wein ist Wahrheit."

Das "Passauer Bistumsblatt" des Bischofs Antonius Hofmann, 67, (*1909+2000) fragt die SPD scheinheilig, "wie lange es ihr noch gelänge, antichristliche Kräfte in ihren Reihen niederzuhalten". Auf eine Antwort der Sozialdemokraten wird allerdings kein Wert gelegt. Die Redakteure fordern die Leser auf, "dem Antichristen bei der Bundestagswahl mit dem Stimmzettel eine entsprechende legale Antwort zu geben."

Die Würzburger "Deutsche Tagespost" will "die katholischen Bischöfe in den Ring rufen. Von ihnen wird eine Wahlempfehlung erwartet, an der es nichts zu deuteln gibt". Die "Tagespost" empfiehlt, prominente Katholiken aus SPD und FDP zu vergraulen: "Das Wort der Bischöfe müsste diesmal so deutlich sein, dass auch Persönlichkeiten wie die Sozialdemokraten Georg Leber, Hermann SchmittVockenhausen oder der FDP-Mann Josef Ertl gezwungen werden, ihren Balanceakt zwischen ihrer Kirche und ihrer kirchenfeindlichen Partei aufzugeben...".

Die katholische Kirche hat sich zum Endkampf gegen die sozialliberale Koalition gerüstet. Vergessen ist das noch vor vier Jahren gültige Rezept, mit der Bonner Regierungen einen - wenn auch zaghaften - Dialog zu beginnen (Herbert Wehner damals: "Wir sollen miteinander reden und uns aufmerksam zuhören"). Der lose Gesprächsfaden riss, als die Sozial-Liberalen mit der Reform des Abtreibungsparagrafen 218 und des Ehe- und Scheidungsrechts ernst machten und dabei auf den erbitterten Widerstand des konservativen Klerus stießen.

Als Generalangriff auf den christlichen Glauben werteten die Oberhirten den Beschluss der FDP, Kirche und Staat strikt zu trennen, und den Erlass von Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht in Hessen und Nordrhein-Westfalen, mit denen der kirchliche Einfluss weiter zurückgedrängt wurde. Der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner (*1906+1987) erklärte: "Abgeordnete, die nicht bereit sind, die Unantastbarkeit menschlichen Lebens ... zu gewährleisten, sind für einen gläubigen Christen nicht wählbar."

Oberwasser haben seitdem wieder jene Scharfmacher in der katholischen Kirche, die schon bei der letzten Bundestagswahl 1972 gegen die Sozial-Liberalen zu Felde gezogen sind. Im November 1972 appellierte zum Beispiel der "Nußbacher Pfarrbote" (Nr. 47) an die Gemeinde: "Als Christen sollten wir eigentlich wissen, wohin wir unsere Kreuze machen, nämlich in die Felder der CDU ... Als Pfarrer muss ich es mir leider versagen, im 'Pfarrboten' über die politische Zwielichtigkeit führender Männer und Bewerber ... zu schreiben ... Wenigstens einen Fall nimmt die heutige 'bildpost' , die im übrigen sehr zu empfehlen ist, unter die Lupe. Wer mehr wissen will, möge nach Oberkirch auf die CDU-Kreisstelle gehen und sich dort informieren. Wir haben viel Grund zu beten, dass sich unser Volk erneuere, ohne dass uns eine tödliche Diktatur wieder in den Senkel stellt. Mit den besten Wünschen, Euer Pfarrer."

Und im amtlichen Mitteilungsblatt der württembergischen Gemeinde Fronstetten rief der Pfarrer seinen Gläubigen zu: "Der mündige Christ soll selber entscheiden. Nur keine Manipulation! Aber wenn Sie es wissen wollen, wie ich persönlich denke und was ich persönlich wähle, dann sage ich Ihnen das ganz offen und ehrlich: Ich für meine Person wähle die CDU."

Der CDU-Pressesprecher Karl Hugo Pruys (1973-1977) ist sicher, dass die Kirche auch diesmal einen geharnischten Hirtenbrief zur Bundestagswahl veröffentlichen wird: "Der wird kommen, ob uns das passt oder nicht." Denn seit dem Tod Julius Kardinal Döpfners (*1913+1976), der stets Respekt vor SPD-Chef Willy Brandt hatte, ist die viel zitierte kirchliche Neutralität gegenüber den Parteien aufgehoben.

In der Bischofskonferenz gibt jetzt der ultra-rechte Kölner Kardinal Höffner ("Wer Lust will, dem vergeht sie") den Ton an. Der militante Oberhirte und seine Amtsbrüder glauben, in einer Notstands-Gesellschaft" zu leben, die einen Kulturkampf zwischen Christentum und Sozialismus rechtfertigt. Prälat Wilhelm Wöste (*1911+1993), Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn: "Die Kirche hat auch die französische Revolution überlebt, obwohl sie sieben Jahre verboten war." Die Losung der Bischöfe heißt deshalb: "Nicht klagen, sondern handeln" (Höffner).

- Für Kardinal Höffner sind Schulen, in denen nach den neuen Rahmenrichtlinien des nordhrein-westfälischen Kultusministeriums unterrichtet wird, für "gläubige Christen keine Heimat, sondern ein besetztes Gebiet".
- Für den Aachener Bischof Johannes Pohlschneider (*1899 +1981) besteht der Eindruck, dass die Rahmenrichtlinien eine "Entchristlichung" der Schulen einleiten und dass "aufbauende geistige Werte wie Religion, Ehrfurcht vor Gott und seinem Gesetz, Achtung vor Nächstenliebe und Opferbereitschaft" keine Beachtung mehr finden.
- Für den Augsburger Bischof Joseph Stimpfle (*1916+1996) ist "die rechtsstaatliche Ordnung bei uns nicht mehr gewährleistet", weil der Abtreibungsparagraf und das Familienrecht liberalisiert wurden.
- Für Franz Hengsbach (*1910+1991), Bischof von Essen, ist diese Reform der "seit 1945 bedenklichste Angriff gegen die sittlichen Grundwerte unserer Gesellschaft".
- Der Regensburger Bischof Rudolf Graber geht noch einen Schritt weiter: "Das Abendland stirbt, und es lacht und tanzt dazu."
- Der Hildesheimer Bischof Heinrich-Maria Janssen (*1907 +1988) stellt die SPD/FDP-Reformpolitik auf eine Stufe mit Nazi-Verbrechen: "Die katholischen Bischöfe werden dazu nicht schweigen, sowenig, wie sie zu den Verbrechen des Nationalsozialismus geschwiegen haben."
- Der Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg (*1915+1979) beschimpft die Bundesrepublik als "sozialistischen Nachtwächterstaat" und beklagt sich darüber, dass nach der Steuerreform einige hundert Kirchen weniger gebaut werden können.
- Das Erzbischöfliche Ordinariat von München erklärte: "Die SPD soll sich künftig ihre Wähler anderswo als bei den Katholiken suchen."

Dieser Meinung sind auch der katholische CDU-Kanzlerkandidat Helmut Kohl und sein bayerischer Lehrmeister Franz Josef Strauß (*1915+1988). Um am 3. Oktober 1976 die absolute Mehrheit zu erzielen, muss die Union vor allem in katholischen Gebieten Stimmen zurückgewinnen, die 1972 auf das Konto der SPD gingen. Damals waren 35 Prozent der SPD-Wähler katholisch.

So erzielten die Sozialdemokraten in den tiefschwarzen Wahlkreisen Cloppenburg und Emsland Zugewinne von 4,4 beziehungsweise 5,7 Prozent. Im niederrheinischen Kleve (Schriftsteller Heinrich Böll (*1917+1985) : "Da sind sogar die Kartoffeln katholisch") erreichten die Genossen eine Aufwertung von 6,1 Prozent.

Katholik Strauß klagte: "Der Flirt der Prälaten mit der SPD zahlt sich bitter aus." Und Kohl, der sich als politischer Erbe Konrad Adenauers (*1876+1967) stilisiert, möchte den alten

"Kölnischen Klüngel" aus den fünfiger Jahren wiederbeleben, als sich Hochfinanz und Oberhirten die Türklinke des Palais Schaumburg in die Hand gaben. So achtet der Mainzer Politiker bei jedem Fernsehauftritt peinlich darauf, die "christlichen Grundwerte" zu beschwören. Und stets streicht der CDU-Chef die Rolle des Klerus heraus: "Die Kirchen vermitteln Wahrheiten, Wertauffassungen und Sinngebungen, die für ein Gemeinschaftsleben fundamental sind."

Solche Ergebenheitsadressen lassen die Oberhirten hoffen, bei einem CDU/CSU-Wahlsieg würde die Abtreibung wieder unter Strafe gestellt und das Ehe- und Scheidungsrecht drastisch verschärft werden. Prälat Wöste glaubt sogar, mit einem Kanzler Kohl die Zeit zurückdrehen zu können: "In den beiden ersten Jahrzehnten hatten wir mehr Einfluss auf die Bonner Politik."

Die Verbrüderung der Unionsparteien mit der katholischen Kirche zeigt bereits erste Früchte. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem nordrhein-westfälischen CDU-Oppositionsführers Heinrich Köppler (*1925+1980) in Düsseldorf appellierten katholische Priester der Diözesen Aachen und Paderborn an "die natürliche Verwandtschaft von Kirche und CDU" und beschworen die "gemeinsamen Wahlkämpfe in den fünfziger Jahren". CDU-Chef Kohl ließ sich auf einer Sitzung mit der Deutschen Bischofskonferenz sogar zu der Bemerkung hinreißen: "Die CDU-Aktivitäten an der Parteibasis" seien "praktisch mit den kirchlichen Kerngemeinschaften gleichzusetzen".

Als nützlicher Wahlkampfverein für die Christdemokraten hat sich vor allem das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken unter Vorsitz des rheinland-pfälzischen CDU-Kultusminister Bernhard Vogel (1967-1976) erwiesen. Der Aufruf des Komitees zur Bundestagswahl (in einer Auflage von elf Millionen verbreitet) stützt die anmaßende Alternative "Freiheit oder/statt Sozialismus" und die Behauptung der CDU, eine neue SPD/FDP-Regierung würde zu einem weiteren Verfall und Abbau moralischer Grundwerte führen.

Gegen den Vorwurf, die katholische Kirche betreibe ausschließlich die Wahlpropaganda der CDU/CSU, haben sich die Parteichristen schon vor Wochen gewappnet. In der katholischen "Herder-Korrespondenz" erklärte Kohl: "Im Falle eines grundlegenden Wortkonflikts kann die Frage der Wählbarkeit und Nichtwählbarkeit einer Partei durchaus Gegenstand einer konkreten kirchlichen Erklärung sein, wenn die Glaubensgemeinschaft in dieser Frage einer Meinung ist."

Trotz der kirchlichen Verleumdungskampagne wollen die Sozial-Liberalen vor der Wahl keinen Krach mit den Bischöfen anfangen, um die katholischen Wähler nicht in Gewissenskonflikte zu stürzen. Für die heiße Phase der Wahlschlacht gilt ein Wort von Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982): "Politiker, die das Wort Humanismus oder den Namen Jesu Christi in jeder ihrer politischen Reden im Munde führen, sind mir ein Greuel."

VERFOLGT, VERBOTEN, GEDULDET: RATLOS IN DER ROTEN ECKE. AUS DEUTSCHEN LANDEN DER ZEITGESCHICHTE - KOMMUNISTEN

Aus den Landen westdeutscher Zeitgeschichte: Während die Kommunisten in Italien und Frankreich Mitte der siebziger Jahre unter dem Begriff "Euro-Kommunismus" auf dem Vormarsch waren, führten sie in der Bundesrepublik ein Schatten-Dasein: Die Mitgliederzahl stagnierte , der Wählerstamm bröckelte, nur das Geld aus Ostberlin floss regelmäßig -einstweilen. Die Auflösung der sozialistischen Staatenwelt stürzte die DKP in eine tiefe Existenzkrise. Von den einst 57.000 Parteimitgliedern hielten nach 1989 nur wenige Tausend der Partei die Treue.

stern, Hamburg 01. Juli 1976

Als der Kartoffelpreis in der Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre auf 3,50 pro Kilo kletterte, hielt es den DKP-Chef Rhein-Ruhr, Manfred Kapluck , nicht mehr ruhig am Schreibtisch. Getreu seinem Leitspruch "Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen" kurbelte der 47jährige in der DDR geschulte Funktionär einen halben Nachmittag, um Günter Mittag (*1926 +1994), den stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten, in Ostberlin ans Telefon zu bekommen. Als er ihn schließlich am Draht hatte, machte Kapluck dem DDR-Genossen klar, es müsse jetzt mit Hilfe einer "Agitation aus dem Kühlschrank bei den Werktätigen das Bewusstsein für die DKP-Preisstopp-Politik geweckt werden". Mit billigen Kartoffeln, Eiern und Hähnchen aus der DDR könnte sich die Partei beliebt machen - eben Beachtung verschaffen. Kaplucks Bittruf wurde erhört. Schließlich hatte er im Jahre 1951 und 1952 als Mitglied der damals illegal gewordenen KPD in einem westdeutschen Gefängnis eingesessen. Mittag, Genosse aus alten Zeiten, ließ 100.000 Eiern, 1.000 Zentner Kartoffeln und 4.000 Hähnchen "frisch aus der DDR" transportieren (Verkaufsslogan auf eigenen Wochenmärkten zwischen Bottrop und Essen: "DKP bietet an: Das Ei des Columbus" - pro Stück für einen Groschen). Die SED-Führung schickte nicht nur Lebensmittel in den Westen. Sie unterstützte nach Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission Parteivermögen (UKPV) ihre DKP im Zeitraum 1981 bis 1989 mit Zahlungen von 269.097.518 Euro.

Die wieder aus der Illegalität aufgetauchten Funktionäre von einst sahen sich jetzt erst recht in ihrer Rolle als Interessenvertreter der kleinen Leute in Gewerkschaften, Betriebsräten bestätigt. - Aufwind für alte Kommunisten, die wie Manfred Kapluck und Co. ihre Zeit im westdeutschen Untergrund durchgestanden haben. Früher in der Illegalität bestand seine Aufgabe darin, die verbotene FDJ im Untergrund am Leben zu erhalten und vornehmlich den Kontakt zur akademischen Jugend zu suchen; konspirativ versteht sich. Manfred Kapluck war seinerzeit unter dem Vorwurf zum "Hochverrat" in mehrmonatige Untersuchungshaft gesteckt worden - verschwand danach für zwölf Jahre in der Illegalität.

Die Partei, vor 57 Jahren - 1919 - von Rosa Luxemburg (*1871 +1919) und Karl Liebknecht (*1871+1919) gegründet, will den Bundesbürger nicht länger mit Klassenkampf-Parolen verschrecken, sondern beweisen, "dass wir Kommunisten auch Menschen sind" (DKP-Chef Herbert Mies). Und wenn es um die Menschen geht, ist der DKP nichts zu teuer. So organisiert die DKP-Nachwuchsriege, die Sozialistische Arbeiterjugend (SDAJ), jedes Jahr zu Pfingsten Zeltlager für Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren - beispielsweise in Gelsenkirchen.

Zum Freizeit-Angebot gehören "Getränke und Speisen zu Lehrlingspreisen". Dortmunder Fallschirmspringer, die für 700 Mark kunstvolle Absprünge zeigen, und Beat-Gruppen, die für fast 6.000 Mark internationale Hits spielen.

Unter den Gästen machen FDJler aus Ostberlin, Rostock, Dresden und Magdeburg in ihren Blauhemden am meisten von sich reden. Ihre "Fest"-Beiträge ("Warum der Kommunismus den Kapitalismus besiegt") werden live in die Nachbarzelte ausgestrahlt. Im Hauptzelt "Flöz Sonnenschein" gibt's Schmalzbrot und Korn für 'ne Mark - extra "für die DKP hergestellt". Jugendliche mit Fedajin-Tuch und Baskenmütze -die rebellische Ausgeh-Uniform dieser Jahre - reißen sich um Castro und Marx-Poster - eine Mark pro Stück. Das überlebensgroße Konterfei des legendären Latino Ernesto Che Guevara (*1928+1967) war schon nach zwanzig Minuten ausverkauft. Die 26jährige Lehrerin Hilde aus Nordhorn schwärmt von ihren Urlaubsplänen: "Noch 38 Tage, dann bin ich endlich mit meinen Genossen auf Kuba." - Ein bisschen Romantik, ein bisschen Revolution, viel Schwärmereien, viel Gänsehaut zwischen Bacardi-Rum, Bretterbuden und Betonbananen im Kohlenpott. Ihre Freundin Christiane ist schon drei Jahre DKP-Mitglied. "Wir sind eine Gruppe, die zusammenhält und in der sich jeder um den anderen kümmert" , sagt sie stolz. Nicht alles am Sozialismus sei ihr ganz geheuer, etwa die Arbeitslager in der Sowjetunion, "aber mir fehlen wohl noch einige Parteischulungen", bekannt die 22jährige.

Altkommunist Clemens Kraienhorst (*1905+1989) , nach dem in Bottrop eine Straße benannt wurde, glaubt gar an eine zeitgeschichtliche Epoche, in der der DKP lang erhofft endlich der Durchbruch naht. Bergmann war er, immer der KPD treu geblieben, auch dann, als die Nazis in ins KZ Esterwegen internierten. Euphorisch schwärmt er: "Mit dieser Jugend und ihrem Engagement wird es für die Partei in der Bundesrepublik die große Wende geben." Clemens Kraienhorst rückblickend: "Ich bin Kommunist geworden, weil ich den Leuten helfen wollte." Er weiß, wie Wählerstimmen für die Kommunisten gewonnen werden können. Bei der letzten Kommualwahl in der Bergarbeiterstadt Bottrop brachte er es in seinem Wahlkreis auf 33 Prozent. Die DKP zog mit 7,2 Prozent ins Stadtparlament ein. Einmalig war diese Kraienhorst-Resultat. Bei den Bundestagswahlen zwischen 1972 und 1983 konnte die DKP allenfalls 0,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Seitdem nahm sie nicht mehr teil. Lediglich in Bremen bei der Bürgerschaftwahl 1971 brachte sie es mit 3,1 Prozent auf ein für sie ungewöhnliches Ergebnis.

Das gute Kraienhorst-Ergebnis ist der Erfolg einer zähen täglichen Kleinarbeit, auch Sozialarbeit oder Schuldnerberatung genannt. Wenn eine Familie mit der Ratenzahlung für den Farbfernseher ins Hintertreffen gerät, wenn Mieterhöhungen drohen, Schwierigkeiten beim Lohnsteuerjahresausgleich auftreten oder Arbeitslosigkeit zu einem Dauerzustand zu werden droht, wenn es zu Familienstreitigkeiten kommt - Bottrops Kommunisten haben stets ein offenes Ohr - Mitgefühl. Damit die Kinder in den Schulferien nicht auf der Straße herumlungern müssen, organisiert Fraktionschef Heinz Czymek jährlich für 800 Jugendliche eine Kinder-Land-Verschickung in den "Modellstaat DDR". Und sein Kollege Franz Meichsner baute für die Kinder aus einem alten Karstadt-Lieferwagen einen fahrbaren Spielplatz mit Bauklötzen und Tischtennisplatte.

Auch in Bottrops Nachbarstadt Gladbeck sind die Kommunisten hochgeachtet. Hier arbeitet die DKP mehr "staatstragend" und "auffallend weniger revolutionär" an den Problemen dieser Stadt.

Hier geht es um Weichenstellungen, die der gravierende Strukturwandel in der Region, etwa durch die Neuansiedlung von Industrie oder auch Schaffung neuer Arbeitsplätzen, mit sich bringt. "Diesen Neuerung", sagt SPD-Oberbürgermeister Kurt Schmitz, "widersetzt sich die DKP

nicht". Ganz im Gegenteil, sie leiste "sehr viel Kleinarbeit", konzediert der Oberbürgermeister, auch wenn sie sich laufend ungefragt als "Anwalt der kleinen Mannes" regiere. Zuweilen fühle er sich "genervt", weil sie "kleine Problemchen" über Gebühr groß aufs Trapez hochziehe.

Ob auf dem Spielplatz, in der Nachmittagsschule oder in ihrer Stammkneipe, wo der DKP-Wimpel neben den Fußball- und Skat-Ehrenurkunden hängt - Westdeutschlands Kommunisten wollen raus aus dem Schattendasein der Hinterhöfe. Um endlich salonfähig zu werden und keinen Anlass für ein neues Verbot zu liefern, geben sie sich betont bürgerlich. DKP-Chef Herbert Mies (1973-1990): "Früher gratulierten wir zuerst den DDR-Sportlern zu ihren Siegen. Heute schicken wir unserem National-Bomber Gerd Müller (68 Tore, 62 Länderspiele) Glückwunsch-Telegramme."

Doch die Schönheits-Operationen hat der Partei noch nichts eingebracht. Die DKP steckt allen Beteuerungen zum Trotz ("Wir sind eine nationale Kraft") in einer Krise. Der in Moskau geschulte Diplom-Volkswirt Herbert Mies (Kapluck: "Mies war dort drei Jahre, ich nur eines") musste vor dem Parteivorstand einräumen, dass die "sympathische Kraft" DKP weder Wahlen gewinnen noch neue Mitglieder werben konnte. Der DKP-Experte, Professor Hermann Weber (Ordinarius Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim 1975-1993) , resümiert: "Dieser Führungsgruppe fehlt Gespür und analytische Fähigkeit, politische Zusammenhänge überhaupt noch nach zu vollziehen." Sie habe ihre politische Sozialisation in der Illegalität der West-KPD von 1951 bis 1968 in der DDR erhalten. Von den 1.500 deutschen Kommunisten, die während der Hitler-Diktatur in die Sowjetunion flüchteten, kehrten lediglich 700 mit der Gruppe Ulbricht zurück. - Von den anderen fehlt jede Spur, vermutlich in der Sowjetunion umgebracht worden. Vielerorts herrschte Nachwuchsmangel für Führungsaufgaben bei den Kommunisten. Aderlass. Etwaige Führungskader, wie der Essener-Bezirksgenosse Manfred Kapluck, wurden mit dem Argument denunziert, sie seien "Alkoholiker". - Ende der Durchsage.

Dabei hatte die westdeutsche Justiz Kommunisten weitaus konsequenter, härter und unnachgiebiger verfolgt als ehemalige eingefleischte Nationalsozialisten. Jedenfalls lagen die rechtskräftigen Urteile gegenüber Marx- und Lenin-Anhängern siebenmal so hoch wie die gegen NS-Tätern - und das eingedenk der Tatsache, dass die Nazis Millionen Menschen ermordet hatten. Den Kommunisten hingegen konnte man allenfalls Landesverrat vorwerfen. Nach dem KPD-Verbot ermittelten Staatsanwaltschaften gegen 125.000 Personen wegen angeblich "politischer Delikte". NS-Verfahren richteten sich bis dato allenfalls gegen 106.000 Verdächtige. Deutsche Geschichts-Aufarbeitung, deutsches Recht.

Während die Bruderparteien in Italien und Frankreich immer stärker wurden, verloren die westdeutschen Kommunisten bei den letzten Landtagswahlen 1975 in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Bremen 43.262 Wählerstimmen. Bis auf wenige Kommunal-Parlamente, etwa in den Universitätsstädten Göttingen, Tübingen, Marburg, konnte die DKP durchweg nur 0,3 Prozent der Wählervoten als Stimmen-Maximum in deutschen Landen erreichen. Seit 1983 nahm sie an der Bundestagswahl nicht mehr teil. Aber auch der Absturz der einst hoch gelobten Partei-Zeitung "Unsere Zeit" und der DKP-Stadtteilblätter vollzog sich rasant - sank von 1.073.000 um 272.000 Exemplare auf 801.000. Im Jahr 2008 kann die Partei vierzehntägig allenfalls 7.500 UZ-Zeitungen drucken. Zudem stagnierte die Zahl der Mitglieder stagnierte über Jahre -ab 1973 bei rund 42.000. Seitdem Zusammenbruch der DDR 1989 blieben laut Verfassungsschutz-Bericht nur wenige Tausend übrig (etwa 4.500), die an den Idealen der "Diktatur des Proletariats" unbeirrt festhalten. Der hessische DKP-Landesverband rief aus seinem Schatten-Dasein im Jahre 2008 seine noch wenigen Mitglieder auf, für die Landtagswahl die

Linkspartei von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zu wählen. Immerhin gelangten bundesweit etwa zwanzig DKP-Kandidaten über Listenplätze in kommunale Parlamente oder auch Landtage.

Sogar in den Betrieben, wo Kommunisten nach Lenin "zu allen möglichen Kniffen, Listen und illegalen Methoden, zur Verschweigung, zur Verheimlichung bereit sein müssen, um nur in die Gewerkschaften hinzueinkommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten", blieb der DKP trotz "konsequenter Kleinarbeit" (Kapluck) der Durchbruch versagt. Und das bei einer fortwährenden Arbeitslosenzahl, die schon in den siebziger Jahren bei 1,5 Millionen lag und sich in drei Jahrzehnten nahezu verdoppelte. mitunter verdreifachte. Dauerkrise. Von den 200.000 Betriebsräten in der alten Bundesrepublik, die Anfang 1975 gewählt worden sind, stellte die DKP trotz aller wirtschaftlicher Engpässe mit sozialen Härten bei Entlassungen lediglich tausend und blieb damit bei 0,5 Prozent. - Eine verschwindende Minderheit.

An den 41 Universitäten und Technischen Hochschulen mit Studentenparlamenten blockieren sich die DKP-Kommunisten und die im Kommunistischen Bund Westdeutschlands organisierten Mao-Anhänger gegenseitig. Dort gewinnt die DKP immerhin in begrenzten Umgang an Einfluss auf die "neuen sozialen Bewegungen"; weg von der "Handarbeiterklasse" - hin zur Intelligenz. Der Marxistische Studentenbund (MSB) "Spartakus" (Mitglieder: 4.700) sitzt in 35, die Mao-Linke (Mitglieder: 4.500) in 33 Parlamenten. Der Konflikt, wer ein "Sozialfaschist" oder "ein Büttel der Reaktion" sei und die Revolution verraten habe, schwelt unvermindert weiter. Von den 842.000 Studenten haben sich nur ganze 1,4 Prozent hinter den roten Fahnen gesammelt, 1974 waren es immerhin noch 1,8 Prozent. In besagten Universitäts-Städten Göttingen, Hannover, Bremen, Marburg oder auch Tübingen sitzt die DKP in Stadtparlamenten jener Jahre. Der MSB "Spartakus" hat sich im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 von den Hochschulen verabschiedet - wurde still aufgelöst. -Friedhofsruhe.

Im öffentlichen Dienst, den CDU/CDU-Scharfmacher wie Franz-Josef Strauß (*1915+1988) und Alfred Dregger (*1920+2002) von Kommunisten unterwandert sahen, sind von 3,4 Millionen Beamten, Angestellten und Arbeitern 1.789 Kommunisten in den siebziger Jahren. Beim Bund arbeiten demnach nur 256, Auf 1900 Angehörige des öffentlichen Dienstes kommt demnach ein Roter. - Schreckgespenster.

Demzufolge gibt es beim Bundesgrenzschutz und bei der Polizei gar keine Kommunisten. Doch das hindert die Behörden nicht, DKP-Anhänger auszuspähen und zu jagen. Parteichef Herbert Mies: "Mit den Berufsverboten will man uns an den Rand der Legalität drängen und die Gurgel zudrücken." Indes: Die DKP hat allerdings wenig getan, um den Argwohn des Staates zu zerstreuen und den geheimnisumwitterten Schleier ihres Getto-Daseins wenigstens etwas zu lüften. Die Fenster der Essener Parteizentrale etwa sind vergittert, Tag und Nacht wird das Haus in der Hoffnungstraße bewacht, Stahlblenden sollen vor Neugierigen schützen. Der Keller hat einen Notausgang, in einem Raum liegen Schutzhelme und Gasmasken. Im ersten Stock des Parteigebäudes ist die "Karl-Liebknecht-Schule" untergebracht. 1.400 DKP-Genossen werden dort jährlich, meist in Wochenlehrgängen, ideologisch getrimmt.

Den Lenin-Schülern wird erklärt, wiederholt und nochmals verdeutlicht, dass

- die Theorie von Marx, Engels und Lenin "eine Anleitung zum Handeln ist und die geistige Waffen bietet, mit denen ... ... der Weg zum Sozialismus auch in der Bundesrepublik erkämpft werden kann";

- "das wichtigste Kriterium für eine wirkliche revolutionäre und internationalistische Gesinnung die Haltung zur Sowjetunion ist ...";
- "die Verwirklichung des Sozialismus eine Revolution und damit mehr als eine Reform oder Summe von Reformen ist"; 0 die DKP für eine sozialistische Ordnung kämpft, "deren Grundmodell in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht ist ...";
- es niemals zuvor in der Geschichte eine Gesellschaft gegeben hat, die "so menschlich, so freiheitlich und so demokratisch war wie die Gesellschaft in den Ländern des realen Sozialismus. Dort hat das arbeitende Volk reale Freiheit und reale Demokratie ... Von der realen Menschlichkeit können die Arbeiter in der Welt des Kapitalismus nur träumen."

Wer zu den jährlich etwa 220 Auserwählten zählt, die zu Jahres-, Halb- und Vierteljahreslehrgängen an das "Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU" nach Moskau geschickt werden, oder wer das "Franz-Mehring-Institut" der SED in Ostberlin (Parteischule für westdeutschen DKP-Funktionäre) besuchen darf, "der muss auch etwas in der Praxis geleistet haben," sagt Manfred Kapluck.

Die Auswahl der priviligierten Kader trifft der engste Zirkel um Parteichef Herbert Mies. Bottrops DKP-Fraktionsvorsitzender Heinz Czymek: "Wir müssen uns doch vor Westagenten schützen." Wie schon zu KPD-Zeiten ist der Mies-Zirkel (das sogenannte Sekretariat des Vorstandes) "die operative politische und organisatorische Führung der Partei". Beim Entscheidungsprozess ziehen die Mies-Genossen streng geheime Fragebögen zu Rate, die Auskunft über die Intimsphäre der Kandidaten, über ihren beruflichen Werdegang und über ihre Charaktereigenschaften geben.

Wer in der Partei Karriere machen will, muss auch in Ostberlin wohlgelitten sein. Denn die Westabteilung beim Zentralkomitee der SED unter Leitung von Professor Herbert Häber (1973-1985) trifft, so der DKP-Experte Hermann Weber an der Universität Mannheim, "sämtliche Vorentscheidungen , mit welchen Leuten die westdeutsche Parteihierarchie besetzt wird." (Am 11. Mai 2004 wurde Häber vom Landgericht Berlin wegen der Anstiftung zum dreifachen Mord schuldig gesprochen; mitverantwortlich für den Tod von drei an der früheren "Staatsgrenze" erschossenen Menschen). Bis 1989 war Herbert Häber Mitarbeiter bei der Akademie für Gsellschaftswissenschaften beim Politbüro des ZK der SED.

Oft fahren SED- und Gewerkschaftsfunktionäre aus den sogenannten Patenbezirken der DDR uner Decknamen in die Bundesrepublik, um den DKP-Genossen bei der Verwirklichung des "realen Sozialismus" zu helfen. 1975 gingen etwa 1.400 Parteibürokraten auf West-Reise. Für Herbert Mies ist es freilich undenkbar, dass sich die DKP irgendwann von der Vormundschaft der SED befreit, um nach dem Vorbild der italienischen und französischen Genossen mit einem unabhängigen Kurs Wählerstimmen zu gewinnen. Mies: "Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass die Deutsche Kommunistische Partei für den Lohn bürgerlicher Salonfähigkeit auch nur ein Fußbreit abweicht von der Lehre von Marx, Engels und Lenin, von der große Idee des proletarischen Internationalismus." Vor dem italienischen Weg wird scharf gewarnt: "Derartige Nachgiebigkeit und Prinzipienlosigkeit duldet unsere Partei in ihren Reihen nicht."

Die Nibelungen-Treue zu Ostberlin hat auch finanzielle Hintergründe. Jährlich greift die SED den westdeutschen Gesinnungsfreunden mindestens mit einer 30-Millionen-Mark-Spritze

unter die Arme - so der Verfassungsschutzbericht für 1975. Mit der Summe, die über 20 kommunistische Handelsunternehmen im westlichen Ausland in die Bundesrepublik geschleust wird, werden die hauptamtlichen Parteiangestellten gelöhnt. Von den 91 Mitgliedern im DKP-Vorstand verdient gut die Hälfte zwischen 1.700 und 2.500 Mark brutto. Kapluck: "Wir haben genügend Funktionäre für eine Millionen-Partei. Nur es fehlen uns die Millionen."

Die DDR-Treue (Kapluck: "Honecker und Mies sind schon über 30 Jahre befreundet") ist für den DKP-Experten Professor Hermann Weber der Hauptgrund, "dass die DKP neben der KP Luxemburg eine Sekte ohne reelle Wahlchancen bleibt". Nur Herbert Mies verbreitet von Wahl zu Wahl Zweckoptimismus. 1972 erklärte er: "Es wird die Zeit kommen, da werden auch Kommunisten in den Parlamenten sitzen. Wir haben einen langen Atem." Vier Jahre später tröstet er seine Anhänger: "Die DKP wird bei der nächsten Bundestagswahl keinen starken Sprung nach vorn machen bei den Wählerstimmen (1972: 0,3 Prozent) machen." Aber 1980 sei es dann soweit. Doch manchmal scheint selbst Herbert Mies zu resignieren: "Bisweilen ist es schon trostlos. Da beißt sich einfach die Katze in den Schwanz". - Seither war die DKP auf Wahllisten für Bundestagswahlen nicht mehr gesehen.

"ZUKUNFTSROMAN" EINES PUTSCHES IN DEUTSCHLAND

Was Sie hier lesen, klingt wie ein Schauermärchen. Aber es kann morgen Wirklichkeit werden: Staatsstreich in Bonn und Zerstörung der demokratischen Freiheiten. Die Personen und Handlungen dieses "Zukunftsromans" sind zwar frei erfunden. Aber die kursiv zitierten Gesetzestexte und Gerichtsurteile, die dem autoritären Staat und seinen Handlangern den Weg ebnen, sind ebenso echt wie die Parallelen aus den letzten zwanzig Jahren. Und die regierenden Sozialdemokraten und Liberalen sind gemeinsam mit der CDU/CSU-Opposition gerade dabei, die Waffen des Rechtsstaates weiter zu schärfen. Auf Kosten der Freiheitsrechte des Bürgers.

stern, Hamburg 16. Juni 1976

Die Eilmeldung der Deutschen Presseagentur tickert um 9.40 Uhr über die Fernschreiber der Zeitungen und Rundfunkstationen: "Generaldirektor entführt / Aktion von Linksterroristen?" Es sind noch vierzehn Tage bis zur nächsten Bundestagswahl. Generaldirektor Kurt Becker von den Wolfsburger Motorenwerken (WM) war am frühen Morgen von vier vermummten Männern beim Verlassen seiner Dienstvilla in einen Lastwagen gezerrt worden. Einziger Augenzeuge: die Zeitungsbotin Gisela Gerhardt, die sich bei der Kripo nur daran erinnern kann, dass der Wagen "gelb wie ein Postauto" war. Von den Kidnappern und dem entführten Konzernherrn, der erst kürzlich in einer großen Anzeigenaktion für die CDU/CSU geworben hatte, fehlt seither jede Spur.

Die Nachricht platzt in die heißeste Phase der Wahlschlacht. Der Führer der oppositionellen CDU, Joachim Pantzer, hatte dem regierenden sozialdemokratischen Kanzler Herbert Lenzinger gerade vorgeworfen, mit den Kommunisten in der DDR unter einer Decke zu stecken. Lenzinger habe sich bei einem Staatsbesuch in Polen insgeheim in der Grenzstadt Szczecin (Stettin) mit SED Parteichef Erich Honecker(*1912+1994)) getroffen. Bei dieser Begegnung, an der auch Ministerpräsident Horst Sindermann(*1915+1996) teilgenommen habe, seien -angeblich im Interesse des ungestörten Zugangs nach Berlin -gemeinsame Maßnahmen gegen Fluchthelfer auf dem Transit-Autobahnen verabredet worden. Pantzer vor dem Bundestags: "Das ist Verrat an Deutschland und ein Beweis für das Zusammengehen von Sozialisten und Kommunisten."

Die empörten Sozialdemokraten nannten Pantzer "eine ungemeine Dreckschleuder" und bezichtigten ihn, mit üblen, von Konrad Adenauer (erster Bundeskanzler 1949-1963 - *1876 +1967) kopierten Tricks zu arbeiten. Der hatte 1953 kurz vor der Bundestagswahl auf einer Frankfurter Parteiversammlung die SPD-Funktionäre Schroth und Scharley beschuldigt, "von der Ostzone Geld bekommen zu haben". Nach der Wahl, bei der die CDU/CSU 50,2 Prozent der Stimmen bekam, erwies sich der Vorwurf in einer Gerichtsverhandlung als unhaltbare Erfindung.

Drei Tage nach der Entführung des WM-Generaldirektors: Die noch immer unentdeckten Kidnapper haben den beiden Fernsehstationen ihre Forderungen für die Freilassung Beckers zugesandt. Sie werden in den Abendnachrichten verlesen. "Erstens Schluss mit der Lohn-Ausbeutung im Zweigwerk Singapur; zweitens Schluss mit der Produktion von Rüstungsgütern; drittens: Freilassung aller politischer Gefangenen in der Bundesrepublik; viertens: Fünf Millionen Mark in kleinen Noten."

Um den freien Abzug der Kidnapper zu garantieren, soll sich -nach dem Vorbild des Berliner Pfarrers Heinrich Albertz (*1915 +1993) bei der Entführung des Berliner CDU-Chefs

Peter Lorenz (*1922+1987) im Februar 1975 - der Betriebsratsvorsitzende Werner Heintzel als Geisel zur Verfügung stellen. Noch in der Nachrichtensendung erklärt Heintzel seine Bereitschaft. Der Verdacht, dass es sich um eine linke Terror-Aktion handelt, scheint jetzt bestätigt. Am nächsten Tag übergibt das Verfassungsschutzamt Hannover der WM-Unternehmensleitung eine Liste von Werksangehörigen, die Verbindung zu linksextremistischen Kreisen haben und früher einmal eine spontane Arbeitsniederlegung wegen mangelhaften Kantinenessens inszeniert hatten. Man müsse davon ausgehen, dass diese Arbeiter Kontakt zu den Entführern hätten. Rechtsgrundlage dieser Information: Nach Paragraf 6 des niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, das 1976 nach dem Vorbild anderer Bundesländer erlassen wurde, kann die Schlapphut-Behörde ihre Erkenntnisse weitergeben, wenn "dies zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erforderlich ist".

Die auf der Liste aufgeführten Arbeiter werden fristlos entlassen. Fünf von ihnen werden von der Polizei abgeholt. Ein richterlicher Haftbefehl bringt sie hinter Gitter. Rechtsgrundlage: Paragraf 12 Strafprozessordnung (StPO), Abs. 3 in der Fassung von 1976, wonach jeder der der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung dringend verdächtigt wird, ohne weiteres verhaftet werden kann. Der Hinweis von Forstmeister Wolf Riedel, der den gelben Transporter in einer Scheune in der Nähe des Tetzelsteins im Elm - 30 Kilometer südlich von Wolfsburg erspäht hat, bringt die Sicherheitsbehörden auf eine heiße Spur. Das Anwesen gehört dem 28jährigen Bodo Schneckenburg, laut Identifikationskartei des Bundeskriminalamtes früher Mitglied der NPD, vorbestraft wegen Einbruch und in Bonn einmal vorübergehend festgenommen, nachdem er vor der Ostberliner Mission die DDR-Fahne mit den Ruf "Spalter raus" zerrissen hatte. Nunmehr zählt er zu den Aktivisten der verbotenen "Wehrsportgruppe Hoffmann", bis ins Jahr 1980 die größte kriminelle Vereinigung westdeutscher Neo-Nazis. Von ihren 440 rechtsextremistischen Mitgliedern gingen zahlreiche Attentate wie Bombenanschläge aus.

Das Gerücht, dass sich hinter der angeblich linken Terroraktion ultrarechte Gruppen verbergen, die nach dem Muster der Selbstentführung des Kölner Professors Bertold Rubin (*1911 +1990) im Jahre 1971 die kommende Bundestagswahl beeinflussen wollen, lösen im WM-Werk spontane Streiks aus. Bekanntlich fälschte Rubin Drohbriefe und hielt sich mehrere Tage versteckt. Er wurde später wegen Vortäuschung einer Straftat zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Als sich die Staatsanwaltschaft dennoch weigert, die fünf immer noch verhafteten Kollegen auf freien Fuß zu setzen, kommt es zu ersten Krawallen. Arbeiter stecken das Reifenlager in Brand. In den Zweigwerken Emden, Hannover, Braunschweig und Kassel treten Teile der Belegschaft in Sympathiestreiks und fordern die ersatzlose Streichung des Paragrafen 6 des Verfassungsschutzgesetzes. Handzettel der "Roten Zelle WM" zirkulieren, auf denen ein "Stopp der militärischen Produktion" verlangt und die Landesregierung in Hannover als "faschistisch" attackiert wird.

Der niedersächsiche CDU-Innenminister Pfau befürchtet, dass sich die Streiks wie ein Flächenbrand ausweiten und die Polizeikräfte des Landes bald nicht mehr Herr der Lage seien. Nachdem ihn der Verfassungsschutz gewarnt hatte, dass es zu weiteren Entführungen kommen könnte, fordert er unter Berufung auf Paragraf 9 Abs. I Ziffer 3 des Bundesgrenzschutzgesetzes von Bundesinnenminister May BGS-Truppen an: "Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes" und zum "Schutz ziviler Objekte". Es sind noch acht Tage bis zur Wahl.

Die 15.000 in Schützenpanzern und Mannschaftswagen ins Zonenrandgebiet angerückten BGS-Männer lösen in der DDR eine Teilmobilmachung der Nationalen Volksarmee aus.

Schlagzeile am nächsten Morgen im westdeutschen Millionenblatt "Zeitung": "Die Russen kommen." Derweil bricht in Bonn Hektik aus. SPD-Kanzler Lenzinger ruft den Krisenstab zusammen. CSU-Vorsitzender Miesbach sagt: "Der Notstandsfall ist da." Generalinspekteur Schützer erklärt, er könne für die Sicherheit der Bundesrepublik nur dann die Verantwortung übernehmen, wenn ihm außerordentliche Befugnisse eingeräumt werden. Nach einer Sitzung der SPD-Fraktion, auf der der Kanzler freie Hand erhält, entschuldigt sich der linke Abgeordnete Schlachtmann vor Journalisten: "Sie müssen doch den politischen Druck sehen, unter dem wir stehen."

Noch am selben Abend beschließt der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit den Spannungsfall (Art. 80a, Abs. 1 Grundgsetz). Damit wird nach Art. 87a Abs. 3 GG der Einsatz der 500.000 Bundeswehrsoldaten im Innern der Republik möglich. Die Ereignisse überschlagen sich: Entsetzt über die Notstandsmaßnahmen der sozial-liberalen Regierung Lenzinger spaltet sich der linke SPD-Parteiflügel (Ex-Juso-Chef Wolfgang Schwarz: "Diese Todsünde soll uns historisch nicht belasten") von der Mutterpartei. Schon werden junge Lehrer und Arbeitsrichter, die sich der neuen Unabhängigen SPD (USPD-Die Linke) anschließen, mit Disziplinarverfahren belegt und vorläufig des Dienstes enthoben.

Begründet wird dies mit der Behauptung, die USPD-Die Linke verfolge verfassungsfeindliche Ziele. Vergebens berufen sich die Betroffenen darauf, dass nur das Bundesverfassungsgericht (BVerG) für eine solche Feststellung kompetent sei. Ihnen wird ein Beschluss des BVerG vom 22. Mai 1975 entgegengehalten, wonach dieses "Parteien-Privileg" nicht gelte, wenn es um die Beurteilung der Verfassungstreue eines Beamten durch den Dienstherrn geht.

Zugleich erinnert das niedersächsiche Innenministerium in einer „Information für die Presse“ an dieRechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz. Die Richter hätten in einem Urteil zum Radikalen-Erlass am 29. August 1973 festgestellt: "Schon eine Neutralität gegenüber der freiheitlichdemokratischen Grundordnung ist ein Eignungsmangel ... ... Deshalb muss der öffentliche Dienst ständig und ausnahmslos von Personen freigehalten werden, die der Grundordnung ablehnend oder gleichgültig gegenüberstehen."

In Niedersachsen bezeichnet CDU-Innenminister Pfau die USPD sogar als "verfassungswidrig", ohne dass sich die neue Partei dagegen wehren kann. Denn in einem Urteil vom 29. Oktober 1975 hat das Bundesverfassungsgericht bereits entschieden: "Es ist verfassungsrechtlich legitim, wenn die obersten Verfassungsorgane versuchen, eine Partei. die sie für verfassungswidrig halten, durch eine mit Argumenten geführte politische Auseinandersetzung in die Schranken (zu) verweisen."

Im Schnellverfahren beschließt das Bonner Parlament gegen die Stimmen der USPD-Abgeordneten ein Ausführungsgesetz zum Grundgesetz-Artikel 11, das die Freizügigkeit der Bundesbürger zeitweilig einschränkt. Die Regierung will damit verhindern, dass sich Demonstrationszüge vom Ruhrgebiet aus nach Wolfsburg in Marsch setzen. Ferner ordnet die Bundesregierung auf Grund des Arbeitssicherstellungsgesetzes von 1968 (das zum Notstandspaket gehört) die Dienstverpflichtung sämtlicher Bus-und Lkw-Fahrer für die Dauer des Spannungszustandes an.

Das Versteck der mutmaßlichen Terroristen im Elm ist seit 48 Stunden von Präzisionsschützen aus BGS und SEKs der Polizei umstellt. Seit 24 Stunden ist Betriebsratsvorsitzender Heintzel als Geisel bei den Entführern gefangen. Die Insassen des Hauses, die sich auf ihren Abflug nach Spanien vorbereiten, wissen nicht, dass Bundesminister May und

sein Länderkollege Pfau den nach dem Polizeigesetz von 1976 möglichen Todesschuss längst befohlen haben.

Drei Soldaten, die daraufhin den Gehorsam verweigerten, müssen sich von ihrem Kommandeur Sätze aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vorhalten lassen, das am 18. Februar 1970 gegen einen aufmüpfigen Soldaten entschieden hatte: "Mit seiner Aufforderung, den Befehl zur Ausbildung im Straßenkampf u verweigern, hat der Beschwerdeführer seine Dienstverpflichtung verletzt. Solche Umtriebe können in einem Gemeinwesen, das sich auf das Prinzip der streitbaren Demokratie gründet, nicht hingenommen werden."

In den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages verlassen fünf Mann das Bauernhaus. Drei haben Seidenstrümpfe über den Kopf gezogen, zwei tragen nur dunkle Sonnenbrillen. Sofort nehmen die Scharfschützen die drei Maskierten unter Feuer. Die Männer mit den Sonnenbrillen reißen die Arme hoch. Als die Beamten zum Tatort rasen, stellen sie fest, dass sie auf einen Trick hereingefallen sind. Die blutüberströmt am Boden liegenden Männer mit den Strumpfmasken sind WM-Chef Kurt Becker, Geisel Heintzel und einer der Terroristen. Bluttransfusionen retteten den WM-Chef, Heintzel und der eine Terrorist sterben auf dem Weg ins Krankenhaus.

Das dilettantische Vorgehen der Polizei putscht die Erregung der Arbeiterschaft hoch, Warnstreiks greifen jetzt auf den gesamten Bereich der Metallindustrie über. Der liberale Fernseh-Kommentator Heinrich Trappel fragt: "Wer profitiert von diesem Durcheinander am Wahltag? Die Sehnsucht nach dem 'starken Mann' wächst." Indes: Die Gewerkschaftsführung der IG-Metall, die sich bisher zurückgehalten hatte, sieht sich nun im Zugzwang. Gewerkschaftsboss Ludwig Florian und seine Vorstandskollegen wollen nach Wolfsburg fahren, um dort "ungebrochene Solidarität" mit den Streikenden zu demonstrieren. Es dauerte Stunden um Stunden, bis sich die Herren Funktionäre aus ihren Sesseln im 18. Stock des Gewerkschafts-Wolkenkratzers in Frankfurt am Main. erheben. Der Grund: Zur "Beruhigung der Gemüter" hatte vorsorglich der Chefredakteur des IG-Metall-Zeitung, Jürgen Mechelhoff, ("Ich kenne meine Pappenheimer") aus dem benachbarten Hotel 'Intercontinental' Lachs- und Kaviarschnittchen bestellt, Frühstücks-Sekt gleich kübelweise ankarren lassen. Um die Öffentlichkeit über das Vorgehen der größten Einzelgewerkschaft der Welt mit ihren 2,6 Millionen Mitgliedern zu informieren, soll vorab das Nachrichtenmagazin Der Spiegel informiert werden, als meinungsmachendes Profil-Blatt Deutschlands in diesen Jahren sozusagen.

Im Luxushotel "Frankfurter Hof" (Zimmerpreis ohne Frühstück 245 Mark pro Tag) wartet deshalb schon vorsorglich Wirtschaftsredakteur Stephan Burgdorff - ausgestattet mit Flanell, Kaschmir samt Rolex-Armbanduhr - mittlerweile die dritte Nacht auf "real dates and facts" der Arbeiterführer, wie das da so heißt im neudeutschen Journalisten-Slang. Er ist eigens mit der Lufthansa aus Hamburg eingeflogen, und jagt sodann mit einem Avis-rent-a-car BMW 2000 GTI über die Autobahnen an die Wolfsburger Arbeiter-Werkstore. Dort lässt es sich Spiegel-Redakteur Burgdorff - couragiert wie er ist - dann doch nicht nehmen, Bekannte per Handschlag zu begrüßen, "ach, siehe da, der Kollege Peters. Wie geht's denn so. Sieht ja nicht so gut aus", lispelt er sich an die übermüdeten Arbeiter heran. Recherchen-Reise. Kern seiner Spiegel-Geschichte: "Bei einer Flasche Dome Pérignon kamen sie zur Sache."

Derweil kontern die Metall-Arbeitgeber mit einer totalen Aussperrung aller Streikenden. Florian will in seiner Eigenschaft als stellvertretender WA-Aufsichtsratsvorsitzender das Werksgelände betreten (Florian: "Die Aussperrung ist ein Relikt aus der Steinzeit"), wird aber durch die BGS-Posten mit Gewalt daran gehindert. Tausende aufgebrachter Arbeiter, die vor dem

Werkstoren warten, erzwingen sich und Florian jetzt gewaltsamen Zugang zum Werk. In einem Telefon-Interview, das sich neuerdings "live-Schaltung" nennt, mit den Dritten Programm des Norddeutschen Rundfunks erklärt der niedersächsische CDU-Innenminister Pfau nach einem eindeutigen Urteil des Bundesgerichtshof vom 12. Februar 1975 sei die Gewerkschaftsführung durch die Werksbesetzung, bei der sie gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei riskierte, zu einer "kriminellen Vereinigung" geworden.

Nach einer Beratung des Landeskabinetts geht Pfau noch einen Schritt weiter. Die Ausschreitungen in Wolfsburg, so erklärt der Minister, hätten gezeigt, dass es Tote geben könne. Damit seien der Vorstand der IG-Metall und die sonstigen Werksbesetzer eine terroristische Vereinigung nach Paragraf 129a des Strafgesetzbuches. Noch am selben Abend werden die Vorstandsmitglieder als Rädelsführer und sympathisierende Demonstranten auf Grund dieses 1976 ins Strafgesetzbuch eingefügten Paragrafen verhaftet.

Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat,
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.

Der Kommentator der "Hannoverschen Morgenpost", der deutsche Pulitzer-Preisträger of Journalism Adalbert Kröncke, wird im beschleunigten Verfahren (Paragraf 212 StPO) nach dem neuen Paragrafen 88a StGB wegen Befürwortung von Gewalt verurteilt. Er hatte aus New York herbeigeeilt eine Schrift der Evangelischen Kirche zitiert (" ... ... auch aus dem Blickwinkel christlichen Sozialethik kann die Anwendung von Gewalt ausnahmsweise vertretbar sein ...") und die Frage gestellt , ob die Vorgänge in Wolfsburg nicht einen solchen Verlauf nehmen könnten, dass eine derartige Ausnahmesituation denkbar sei.

Zwei besonders eifrige Polizisten in Hameln führen sogar einen Gastwirt in Handschellen ab, weil er es versäumte, die Einsatzzentrale anzufen, als ein Gast in seinem Lokal Unterschriften für eine Solidaritätserklärung mit den Werksbesetzern sammelte und sich damit nach Paragraf 129 a in Verbindung mit Paragraf 138 Strafgesetzbuch in der Fassung von 1974 strafbar machte.

Die Inhaftierung der IG-Metall-Führung beantwortete der DGB mit dem Generalstreik. Die Bundeswehr marschiert in einige Werke ein, um die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten - gestützt auf Art. 87a. Abs. 3 GG (Schutz ziviler Objekte). Als es daraufhin in den sozialdemokratisch regierten Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Soldaten kommt, fordert die Generalität die Bundesregierung auf, entsprechend Artikel 3 Grundgesetz beim Bundesrat dwn "Bundeszwang" für die beiden Bundesländer zu beantragen. Ziel ist es, dioe offenkundig unfähigen Landesregierungen ihrer Amtsbefugnisse zu entheben und zentral gesteuerte Gegenmaßnahmen zu ermöglichen.

Die Inspekteure der drei Waffengattungen erklären jetzt unter Berufung auf das im Artikel 20, Absatz 4 GG für alle Deutschen garantierte Widerstandsrecht, dass der Bundeskanzler seiner Amtsbefugnisse enthoben sei und dass sie zum Zwecke der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung die oberste Befehlsgewalt ausüben. Widerstand werde mit allen Mitteln gebrochen. Sie verweisen darauf, dass schon bei den Beratungen des Art. 20, Abs. 4 im Jahre 1968 klargestellt worden sei, dass es auch ein "Widerstandsrecht von oben" gebe, wenn dies "das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist".

Die Bundeswehr versucht, durch "Notverordnungen" -so ein Ausgeh-Verbot zwischen 19 Uhr abends und 7 Uhr morgens -Herr der Lage zu werden. Ein Drittel der Bundestagsabgeordneten ruft jetzt das Bundesverfassungsgericht an, um die Gesetzeswidrigkeit dieser Maßnahme festzustellen. Bevor es jedoch zu einem Urteilsspruch kommt, schließt der II. Senat zwei seiner liberalen Mitglieder aus. Begründung: Sie hätten schon in früheren Schriften gegen den Begriff der "streitbaren Demokratie" Stellung bezogen md müssten deshalb als "befangen" gelten. Das Gericht verhält sich genauso wie schon am 16. Juni 1973. Damals hatte der II. Senat beim Verfahren über den Grundlagenvertrag mit der DDR auf Antrag Bayerns den Verfassungsrichter Dr. Joachim Rottmann (1971-1983) als befangenen ausgeschlossen. Begründung: Rottmann habe schon früher erklärt, dass das ehemalige Deutsche Reich nicht mehr fortbestehe und durch zwei deutsche Staaten abgelöst worden sei.

Im Urteilsspruch räumt das "gesäuberte" Verfassungsgericht dann zwar ein, dass die Proklamation der drei Bundeswehr-Inspekteure und die Notverordnungen mit den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht in Einklang stehen. Doch dann greifen die Richter in der roten Robe auf die Rechtssprechung im sogenannten Abhörurteil vom 15.12.1970 zurück. Damals schon seien "systemimmanente Modifikationen" auch unumstößlicher Verfassungsprinzipien im Rahmen des tragenden und allgemeinen Verfassungsprinzips der streitbaren Demokratie für gerechtfertigt erklärt worden.

Zugleich bescheinigt das Gericht mit einem Zitat aus dem KPD-Verbotsurteil vom Jahre 1956 den Militärs die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens: "Ein Widerstandsrecht gegen einzelne Rechtswidrigkeiten kann es nur im konservierenden Sinne geben, das heißt als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung." Das Urteil wird im Bundesgesetzblatt verkündit und erhält damit Gesetzeskraft. Es ist für alle Gerichte und Behörden bindend. Damit ist der autoritäre Verfassungsstaat "legal" installiert.

AUFRÜSTUNG GEGEN DIE FREIHEIT

Kämpfer für Recht und Ordnung bringen den deutschen Rechtsstaat immer mehr in Gefahr. Politiker wollen schärferes Strafrecht, Radikalen-Erlass und Todesschuss für die Polizei. Im Namen der Freiheit schränken Parteien und deutsche Richter Grundrechte des Bürgers immer ein. Was der Sicherheit hinzugefügt wird, geht der Freiheit ab. - Grundlagen für einen autoritären Über-wachungsstaat und seinen Handlangern sind längst gelegt. Spiel mit dem Feuer. "Liberty dies by inches - Freiheit stirbt zentimeterweise."

stern, Hamburg vom 10. Juni 1976 [2]

Das alles geschieht in diesen Tagen:

Das Belgische Fernsehen vergleicht die Bundesrepublik mit den totalitären Staaten Chile, Spanien, dem Iran und zieht Parallelen zwischen der deutschen Wirklich-keit 1976 und dem Beginn der Hitlerzeit im Jahre 1933.

Die CDU wirbt: >Freiheit statt Sozialismus.<

Der französische Sozialistenführer François Mitterrand (*1916 +1996) gibt den deutschen Genossen den "freundschaftlichen, aber ernsten Rat", den Radikalen-Erlass, den er ein Berufsverbot nennt, schleunigst abzuschaffen.

Die SPD wirbt: > Freiheit durch sozialen Fortschritt.<

Die konservative Londoner "Times" schreibt: "Gefährlicher Rechtsruck in Deutschland." Die Schweizer "Tribüne de Genève fragt, "ob der Staat, der auf den Ruinen des Nazismus errichtet wurde, grundlegende demokratische Prinzipien aufgeben wird?"

Die FDP wirbt: Freiheit, Fortschritt, Leistung.

Nie zuvor wurde in Deutschland soviel von Freiheit geredet wie heutzutage: SPD-Kanzler Helmut Schmidt (1974-1982): "Wann jemals vorher auf Boden, ist so viel persönliche Freiheit und so viel Toleranz verwirklicht worden?" Hessens CDU-Chef Alfred Dregger (*1920+2002) : "Unser Land ist eines der freiheitlichsten der Welt."

Wer hat nun recht, die Warner im Ausland - wohl-gemerkt im Westen, nicht im Osten - oder die Freiheitsbeschwörer im Inland? Auf den ersten Blick scheint die Antwort festzustehen. Das Grundgesetz verbürgt mehr Freiheitsrechte als je eine deutsche Verfassung zuvor. Doch hält die Praxis, was die Theorie verspricht?

So sieht die bundesdeutsche Wirklichkeit aus:

In Ellwangen fordert ein Landgerichtspräsident, einst als Jude selbst verfolgt, dazu auf, dem kritischen Nachwuchs "mit seinem Geschichtsbewusstsein, das dem von Fellachen entspricht", den Weg in die Justiz zu ver-stellen.

Beim Oberschulamt in Freiburg kann eine junge Lehramts-Anwärterin gegen sie vorgebrachtes Material des Verfassungsschutzes durch den Nachweis entkräften, dass ihre frühere Autorenschaft bei der Schülerzeitung "Roter Turm" politisch unverdächtig sei: Der Titel des

[2] Mit Peter Koch

Blattes habe sich auf einen rot angestrichenen Gebäudeteil ihres Gymnasiums bezogen. In Hessen müht sich die Lehrerin Silvia Gingold, deren Eltern 1933 als Juden aus Deutschland fliehen mussten, noch immer vergebens um Übernahme in das Beamten-verhältnis, weil sie Mitglied der nicht verbotenen DKP ist.

Zur gleichen Zeit wird bei einem SS-Treffen in einem Sonthofener Soldatenheim 31 Jahre nach Hitler ein Ritterkreuz verliehen; bezeichnet das Verfassungs-schutzamt Hannover amnesty international, die Organisation zur Betreuung politischer Gefangener, im Gestapo-Jargon als "staatsabträglich": fordert in Wiesbaden der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Kanther (Bundesminister des Inneren 1993-1998) die Bestrafung von Lehrern, die das Buch "Die Verrohung des Franz Blum" auf den Unterrichtsplan gesetzt und über den unmenschlichen Strafvollzug diskutiert hatten; kann das "Deutschland-Magazin" des ultrarechten Publizisten Kurt Ziesel ungestraft ein Titelblatt mit Böll, Grass, Rudolf Augstein sowie den Professoren Alxander Mitscherlich, Helmut Gollwitzer, Peter Brückner und Jürgen Seifert drucken mit dem Untertitel: "Die geistigen Bombenwerfer".

So gerät die westdeutsche Szene zum Tribunal gegen die Freiheit unter die Augen der Öffentlichkeit, doch von ihr nahezu unbemerkt. Sie registriert Übergriffe allenfalls als vereinzelte Betriebsunfälle - ihr fehlt der Überblick, um das Dominospiel zu erkennen, das aus einem Verfassungsstaat mit freiheitlicher Grundordnung eine autoritäre Staatsverfassung macht. Die einzelnen Dominosteine sind

- Gesetze, die Polizei und Verfassungsschutz mehr Macht als je zuvor geben und den Schutz des Bürgers bei Strafverfahren gegen Justizwillkür abbauen;
- der Radikalenerlass und die damit verbundene Gesinnungsschnüffelei bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst;
- die Rechtsprechung von Bundesgerichtshof und Verfassungsgericht, die seit Jahren unter der Parole "streitbare Demokratie" die Staatsgewalt auf Kosten der Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers ausdehnen.

Dabei schien vor nicht einmal zehn Jahren die Bundesrepublik auf dem Weg einer der liberalsten westlichen Staaten zu werden. Hand in Hand gingen gesellschaflicher Erneuerungswille (Willy Brandt 1969: "Wir wollen mehr Demokratie wagen") und von rechtsstaatlicher Sensibilität und Verantwortungs-bewusstsein geprägte Reformen im Justizbereich.

Mit einer Entschärfung des Demonstrationsrechts -der Landfriedensbruch-Paragraf wurde auf diejenigen beschränkt, die sich an Gewalttätigkeiten beteiligten, während bis dahin auch bloße Mitläufer strafbar waren - bewahrte der Staat Tausende vor dem Kadi: junge Menschen, die Mitte der 60er Jahre an den Studenten-demonstrationen gegen das verknöcherte Establishment und alteingefahrene Tradition an den Hochschulen ("Unter den Talaren - der Muff von 1000 Jahren") teilgenommen hatten.

Das Haftrecht, das zu oft Menschen unnötig hinter Gitter brachte, wurde entschärft. Fortan genügte nicht mehr der bloße Verdacht auf Verdunkelung oder Flucht. Jetzt musste der Verdacht durch konkrete Tatsachen erhärtet werden.

Selbst an äußeren Merkmalen war abzulesen, dass der Staat nicht mehr Macht demonstrieren wollte, als unbedingt nötig war. Polizisten verbargen ihre bislang im Halfter offen getragenen 7,65-Millimeter-Pistolen unterm Dienstjackett.

Kennzeichnend für die politische Aufgeschlossenheit dieser Jahre war die Bereitschaft der Parteien, die zuerst von der Jugend artikulierten Forderungen in ihre Programme aufzunehmen. Nicht nur SPD und FDP, selbst CDU und sogar CSU waren gezwungen, über Bildungspolitik, Mitbestimmung, Vermögensverteilung und Bodenrecht nachzudenken.

Doch schneller und heftiger als erwartet kam der Umschwung. Den Konservativen der Republik war die Reformbewegung schon immer suspekt gewesen (Rainer Barzel (*1924+2006) : "Dieses Land ist nicht in Ordnung"). Sie hatten die kleine Strafprozessreform gleich als "Verbrecherschutzgesetz" verächtlich gemacht. Franz Josef Strauß (*1915+1988) verdächtigte SPD-Chef Willy Brandt (*1913+1992) gar, das Demon-strationsrecht nur deshalb reformiert zu haben, um seinen bei einer Kundgebung in Berlin vorübergehend festgenommenen Sohn Peter vorm Gefängnis zu bewahren.

Eine Reihe widriger äußerer Umstände begünstigte das Klima für die Gegenreformation: Ölkrise, Wirtschaftstief, ein Millionenheer von Arbeitslosen, Jugendliche ohne Job und Studienplatz weckten Angst und Unsicherheit. Der "allgemeine Widerwille, der einen liberalen Rechtsstaat zu begleiten pflegt" (Gustav Heinemann *1899+1976) verband sich mit einer offiziell mitgetragenen Reformresignation. (Helmut Schmidt: "Dies ist die Zeit der Kontinuität und Konzentration").

Wertvollster Helfer der Reaktion aber waren die Terroristen. Die Bombenanschläge auf Springer-Redak-tionen und US-Soldaten, Polizistenmord, Bankraub, der Mord an dem Berliner Kammergerichts-präsidenten Günter von Drenkmann (*1910 +1974), das Kidnapping des Berliner CDU-Chefs Peter Lorenz (*1922+1987), der Anschlag auf die Botschaft in Stockholm und die neuen Attentate in Frankfurt und Hamburg verstärken die Sehnsucht nach einem allmächtigen Staat, von dem sich der verunsicherte Bürger Schutz erhofft. Die unheilige Allianz zwischen linker Anarcho-Szene und rechtem Konservativismus erschreckt besonnene Beobachter. SPD-MdB Dieter Lattmann (MdB 1972-1980) , lange Jahre Vor-sitzender des Verbandes deutscher Schrift-steller: "Dass das Pendel einmal zurückschlagen würde, war zu er-warten. Dass es ein solcher Keulenschlag ist, macht mir angst."

Mit am Keulengriff: die in Bonn regierenden Sozial-demokraten und die bislang auf ihr liberales Rechts-staatsbewusstsein pochenden Freidemokraten. Die SPD, dank ihrer geschichtlichen Erfahrungen - Sozialisten-gesetz unter Bismarck und Verfolgung unter Hitler - eigentlich dazu aufgerufen, der Exekutive keine Über-macht einzuräumen, stand wieder einmal unter Bekenntnisdruck. Ähnlich wie während des Ersten Weltkrieges im Kaiserreich, als die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligten (Fraktionsführer David 1915: "In der Stunde der Not zeigt sich, dass Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester ist"), wollen die ständig von der CDU/CSU diffamierten SPD-Führer in der Bundesrepublik zeigen, dass auch sie "anständige Deutsche" sind. Sie wollen beweisen, dass sie trotz ihrer Ostpolitik keine "Aufweichung" im Inneren der Bundes-republik duldeten. Und sie wollten sich gegen Franz Josef Strauß behaupten, der seine konservative Truppe mit der Propaganda-Parole mobil machte: "Wir müssen sagen: Die SPD und FDP überlassen diesen Staat Kriminellen und politischen Gangstern."

Dieses Rezept wurde von den Rechten begierig aufgegriffen. Alfred Dregger: "Die Politgangster gedeihen unter einer Käseglocke regierungsamtlicher Verniedlichung, staatlich geduldeter Schmähung unseres Systems an den Schulen und Hochschulen, nachlassender Abwehrbereitschaft demokratischer Parteien gegen linksextreme Einflüsse." Helmut Kohl: "Wir brauchen eine starke Regierung, die Mut hat und handelt." CSU-MdB Carl-Dieter Spranger: "Die Überbetonung staatlicher Toleranz und falsch verstandene Liberalisierung haben Gewalt,

Kriminalität, Brutalität und Terrorismus gefördert." Generalbundesanwalt Siegfried Buback (*1930 +1977): "Es ist kein Wunder, dass der Terrorismus begann, als die politische Führung den Einfluss des Staates erheblich einschränkte."

Unter diesem Trommelfeuer gedieh das Thema Sicherheitspolitik zum Schwerpunkt sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Seit Herbst 1969 wurden 52 Gesetze zur "Inneren Sicherheit" beschlossen. Vor soviel teutonischem Perfektionismus sorgte sich der Sorbonne-Professor Alfred Grosser, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels: "Es scheint mir, dass in der Bundesrepublik immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der Grundrechte gegen den Staat."

Sein Landsmann François Mitterrand gründete sogar schon ein "Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland" - ein überzogener Schritt, auf den alle Bonner Parteien beleidigt reagierten und der eine ernsthafte Diskussion des Rechtsrucks in Deutschland erschwert.

Den entscheidenden Schritt hatte noch Willy Brandt getan. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder entwarf der erste SPD-Kanzler im Januar 1972 den Radikalen-Erlass. Bald war aus der Absicht, Ver-fassungsfeinden den Zugang zum öffentlichen Dienst zu versperren, eine totale Gesinnungsschnüffelei geworden mit dem Zweck, politisch Andersdenkende einzuschüchtern.

Ausgerechnet die Generation, die in der NS-Diktatur groß geworden war, spionierte die erste unbelastete Nachkriegsgeneration aus. Die Bilanz bundesdeutscher Hexenjagd: 500.000 Bewerber wurden bis heute durch die Verfassungsschutzämter überprüft, 450 abgelehnt.

Leidtragende sind nicht nur die Abgelehnten, sondern auch diejenigen, denen nach einer Überprüfung be-scheinigt wird: keine Bedenken. Denn die Tatsache, dass eine Überprüfung stattgefunden hat, läuft fortan in den Personalakten mit. Der stets in die Öffentlichkeit drängende Staatsrechtsprofessor Hans-Peter Schneider (Hannover) über die Folgen: "Bei jeder Beförderung wird dann gesagt: 'Da war doch mal was. Lieber den nicht, das ist uns zu riskant. ' "

Die Auflage, Verfahren nur auf "gerichtsverwertbare Tatsachen" und nicht auf anonyme Beschuldigungen zu stützen, wird dabei mit einem Trick unterlaufen. Anonyme Beschuldigungen werden dem Befragten vorge-halten, und wenn jener - in Unkenntnis ihrer Herkunft und der Ausforschungsabsicht -antwortet: "Ja, das trifft zu", sind sie automatisch "gerichtsverwertbar". So munitionierte der Berliner SPD-Innensenator Kurt Neubauer seinen niedersächsischen FDP-Amtskollegen Rötger Groß (*1933+2004) für das Verfahren gegen den renommierten Politik-Wissenschaftler Wolf-Dieter Narr mit einem Schreiben voller Denunziationen, hinter denen der Vermerk stand: "nicht direkt verwertbar". Narr konnte die Vorwürfe widerlegen, berufen wurde er trotzdem nicht.

Weil Verwaltungsvorschriften nicht allgemeingültiges Recht sind, sondern behördeninterne Interpretationen des bestehenden Beamtenrechts, bestimmt die Bürokratie, von niemandem nachkontrollierbar, allein darüber, wer wenn Verfassungsfeind ist. Professor Schneider: "Dies führt dazu, dass die Exekutive auch Parteien, die nicht verboten sind und gegen die nicht einmal ein Verbotsantrag vorliegt, als verfassungs-feindlich bezeichnen kann."

Schon längst ist das amtliche Aussieben zur Berufsverbotspraktik ausgeweitet worden. Das spektakulärste Beispiel ist der Nürnberger Oberlokomotivführer Rudi Röder, den die Bundesbahn wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP entlassen will. Der 29jährige Röder ("Was hat

denn das Lokfahren mit der Politik zu tun?") wurde ungewollt zum Fernsehstar im westlichen Ausland. Seither gehört das deutsche Wort "Berufsverbot" genauso wie "Kindergarten" oder "Ostpolitik" zum internationalen Sprachgebrauch. Auch der Bundes-präsident Walter Scheel (1974-1979) vermerkte "mit Sorge, dass der Radikalenerlass zu rigoros gehandhabt wird".

Die Angst vorm Berufsverbot macht die jungen Studenten an den Universitäten zu angepassten Duckmäusern. Aus Sorge um den künftigen Arbeitsplatz bitten sie bei Seminararbeiten um unpolitische Themen. Der Gießener Politologe Professor Heinz Josef Varain berichtet, dass auf ausdrücklichen Wunsch der Studenten vervielfältigte Referate ohne Namen des Verfassers verteilt wurden - ausgerechnet bei dem Thema "Die bürgerlichen Freiheitsbewegungen gegen die Restauration Mitte des 19. Jahrhunderts". Das neue Hochschul-Ordnungsrecht gibt zudem den Rektoren die Möglichkeit, Studenten, die durch Demonstrationen oder Sit-ins den Lehrablauf auf dem Campus oder im Hörsaal stören, disziplinarisch zu bestrafen: vom Hausverbot bis zum Rausschmiss aus der Uni.

Die westdeutsche Restauration schlug sich vor allem in der Verschärfung des erst vor wenigen Jahren liberalisierten Strafrechts und Strafverfahrensrechts nieder:

- Seit dem 1. Januar 1975 kann das Gericht einen Verteidiger vom Verfahren ausschließen, wenn er unter dem Verdacht steht, selbst an der Tat des Beschuldigten beteiligt gewesen zu sein oder den Kontakt mit dem Beschuldigten zu Straftaten bzw. zur "Gefährdung der Anstaltssicherheit" zu miss-brauchen. Ein Beispiel aus der Praxis: Der vom Baader-Meinhof-Verfahren ausgeschlossene Anwalt Christian Ströbele wurde ein Jahr später vom Bundesgerichtshof zum Pflichtverteidiger einer Angehörigen der Baader-Meinhof-Gruppe bestellt. Offensichtlich hatten sich die Einwände gegen ihn als nicht stichhaltig erwiesen. Dazu der Bonner Strafrechtler Professor Gerald Grünwald: "Die Gefahr ist beträchtlich, dass man sich unbequeme Verteidiger vom Halse schafft."

- Das Gericht darf seitdem auch in Abwesenheit der Angeklagten verhandeln - allerdings nur bei Störungen durch Tumulte oder bei bewusst herbeigeführter Verhandlungsunfähigkeit. Die Praxis: Im Baader-Meinhof-Verfahren wurden die in Hungerstreik geretenen Angeklagten ausgeschlossen: der Bundesgerichtshof aber stellte später fest, die Verhandlungsunfähigkeit sei primär auf die Haftbedingungen und nicht auf den Hungerstreik zurückzuführen.

Der Schriftverkehr zwischen Verteidigern und Beschuldigten darf unter bestimmten Voraussetzungen überwacht werden. Eine Korrespondenz über Verteidigungsmöglichkeiten ist damit undenkbar. Selbst der stockkonservative Anwaltsverein protestierte gegen diesen Eingriff in elementare Rechtsstaatsprinzipien.

Wer verdächtigt wird, einer terroristischen Vereinigung anzugehören oder sie zu unterstützen, kann künftig ohne weiteres in Haft behalten werden. Bei ihm entfallen die sonst notwendigen Kriterien: Flucht-,Verdunkelungs- oder Wiederholungsgefahr.

Auch die Anzeigepflicht wurde ausgeweitet. Der Polizeibehörde muss Meldung machen, wer irgendwo mitbekommt, dass Sympathie- oder Solidaritätserklärungen für Terroristen abgegeben werden. Unterlässt er die Meldung, macht er sich strafbar, Professor Grünwald: "Ein Staat, der seine Bürger derart in die Pflicht nimmt und bloßes Schweigen bestraft, schafft sich seine politischen Straftäter mutwillig selbst."

Nach dem neuen Strafgesetzbuchparagrafen 88 a ist künftig die "verfassungs-feindliche Befürwortung von Straftaten" mit Gefängnis bedroht. Schon das Zitieren aus der Denkschrift der Evangelischen Kirche "Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft" (Mitverfasser der Mainzer CDU-Staatssekretär Roman Herzog) könnte jemanden, der verfassungsfeindlicher Gesinnung verdächtig ist, ins Gefängnis bringen. Zum Beispiel der Satz: "Auch aus dem Blickwinkel christlicher Sozialethik kann die Anwendung von Gewalt ausnahmsweise vertretbar sein."

Dabei ist die ursprüngliche Regierungsvorlage noch durch die SPD-Fraktion entschärft worden. Sonst wäre nach dem "Notstandsgesetz für Intellektuelle" der Justizbüttel schon losmarschiert, wenn ein Mann wie der SPD-Programmatiker Peter von Oertzen (*1924+2008) äußert, er werde dem chilenischen Chef-Faschisten Pinochet "eine Bombe unter den Hintern setzen". Gewaltbefürwortung gegen ausländische Staaten wurde als Delikt gestrichen. Auch braucht Heinrich Böll (*1917+1985) nicht mehr zu fürchten, dass seine Erzählung "Die verlorene Ehre der Katharina Blum" (Untertitel: "Wie Gewalt entstehen kann und wohin sie führen kann") auf dem Richtertisch landet. Die Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens, der Geschichte, der Kunst oder der Wissenschaft wurde dem Zugriff des Staatsanwalts entzogen.

Die Gerichte fassen den Begriff Gewalt ohnehin sehr viel weiter, als es sich der juristische Laie vorstellt. Gewalt ist zum Beispiel nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs auch der passive Widerstand - etwa das Niedersetzen auf Straßenbahnschienen bei einer Demonstration für den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr.

Parallel zur juristischen Aufrüstung in Bonn lieferten auch die Bundesländer den Verfolgungsbehörden neue und schärfere Instrumentarien. Die Länder-Innen-minister einigten sich auf ein Gesetz für ihre Ver-fassungsschützer, das nach Ansicht von Professor Hans-Peter Schneider "Meilensteine auf dem Weg zum autoritären Verfassungsstaat" errichtet. Im einzelnen sieht das Gesetz vor:

- Die staatlichen Spitzel werden bundesweit ermächtigt, "nachrichtendienstliche Mittel" anzuwenden (Paragraf 4). Dadurch zum Gebrauch von Richtmikrofonen und Minispionen ermuntert, können die Verfassungsschützer alle Paragrafen des Strafgesetzbuches und der Verfassung unterlaufen, die die Intimsphäre der Bürger gegen geheime Anhörpraktiken schützen sollen.

- Sämtliche der Aufsicht eines Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts - die Gemeinden, die Landkreise, die Gerichte, aber auch die Kirchen - haben "der Verfassungsschutzbehörde alle Tatsachen und Unterlagen über verfassungs-feindliche Bestrebungen unaufgefordert mitzuteilen" (Paragraf 5). Dagegen war das Gestapo-Recht von 1933 noch vergleichsweise liberal. Damals waren offiziell nur die Kreispolizeiämter zur Meldung verpflichtet.

- Der Verfassungsschutz darf seine Erkenntnisse sogar an private Personen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung erforderlich erscheint (Paragraf 6). Damit besteht die Möglichkeit, den Radikalenerlass auch in der Privatwirtschaft zu praktizieren. Professor Schnei-der: "Der Verfassungsschutz informiert irgendeinen Arbeitgeber, und bestimmte Leute werden nicht eingestellt."

Mit einer Neufassung des Polizeigesetzes lieferten die Bundesländer einen weiteren Beitrag zum Leitbild "kämpferische Demokratie". In Paragraf 41 wird der gezielte tödliche Schuss auf Befehl zugelassen. Bisher war es nur erlaubt, den Rechtsbrecher angriffs- oder fluchtunfähig zu schießen und nur in Notwehr einen gezielten Todesschuss abzugeben.

Deshalb zögerten Polizeibeamte vor dem Todesschuss, um sich nicht der Strafverfolgung auszusetzen. "Das neue Recht", so fürchtet Gerald Grünwald, "wirkt wie eine Ermunterung zum Schießen." Und der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann (*1925+2008) fragt: "Das Grundgesetz hat die Todesstrafe abgeschafft. Wird sie nicht durch dieses Gesetz gleichsam durch eine Hintertür wieder eingeführt?"

Überhaupt sieht Wassermann in der ständig steigenden Paragrafenflut in Bund und Ländern nicht "mehr oder weniger überflüssige Beschwichtigungsgesetze", sondern Bestimmungen, die "tief in die bestehende Rechtsordnung eingreifen." Der OLG-Präsident Wassermann: "Machen wir uns nichts vor: Was der Seite der Sicherheit hinzugefügt wird, geht der Seite der Freiheit ab." Der Tübinger Strafrechtsprofessor Jürgen Baumann (*1922 +2003) beklagt die Unverhältnis-mäßigkeit der Mittel, mit denen der Staat zurück-schlägt. "Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen." Und der Nobelpreisträger Heinrich Böll, kein Jurist, aber ein Mann mit ausgeprägtem rechts-staatlichen Empfinden, erkennt "einen unbegreiflichen Prozess, wo Freiheit und Demokratie langsam im Namen von Freiheit und Demokratie erstickt werden."

Solche Mahnung gilt um so mehr, als den Parlamenten in Bund und Ländern keine Ausgabe zu hoch war, wenn es darum geht, die Staatsmacht zu stärken. Allein der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz kletterte innerhalb von sechs Jahren um 128 Prozent von 34 auf 77,8 Millionen Mark. Mit den sogenannten Mobilen Einsatz-Kommandos (MEK) schufen sich die Landesregierungen Sondereinheiten zur Terrorismus-Bekämpfung. Der Bund baute den Bundesgrenzschutz, der eigentlich die Grenze zur DDR bewachen soll, zur schlagkräftigen Bundespolizeitruppe aus. Mit Hubschraubern und Schützenpanzern steht die Eliteeinheit "GSG 9" in Bonn-Hangelar allzeit zum Einsatz gegen den inneren Verfassungsfeind bereit.

An der konzertierten Aktion gegen den freiheitlichen Rechtsstaat beteiligten sich auch die obersten Richter der Republik. Vor ihren Urteilssprüchen waren nicht einmal die unumstößlichen, die Freiheit der Bürger garantierenden Grundrechte der Verfassung sicher, die selbst durch den Bundestag nicht geändert werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht entschied in seinem "Abhörurteil" vom 15. Dezember 1970, "system-immanente Modifikationen der Grundprinzipien unserer Verfassung" durch Verfassungsänderung oder Einzelgesetze seien durchaus möglich. Dazu Professor Schneider: "Hier ermöglicht die Rechtsprechung den Abbau entscheidender Barrieren, die die Väter des Grundgesetzes zum Freiheitsschutz des einzelnen Bürgers bewusst in unserer Verfassung verankerten."

Die Richter in der roten Robe lieferten selbst klassische Beispiele, wie solche "system-immanenten Modifi-kationen" unumstößlicher Grundgesetzartikel aussehen:

Fall eins: Zwar bestimmt das Grundgesetz in seinem Artikel 5 unwiderruflich: "Eine Zensur findet nicht statt." Doch als das Verfassungsgericht über die umstrittene Ausführung eines DDR-Filmes zu entscheiden hatte, kam es am 25. April 1974 zu dem Ergebnis: "Wägt man die Erfordernisse wirksamen Staatsschutzes und das Gewicht des Grundrechts aus Artikel 5 gegeneinander ab, so muss ein Verbringungsverbot von Filmen, die diese Merkmale aufweisen (Propaganda gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, Red.) als gerechtfertigt

angesehen werden." Und weiter: "Auch diese Grundrechte (müssen) gegenüber einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zurücktreten."

Fall zwei: Ein Offizier der Bundeswehr hatte bei einer Diskussion in der Schreibstube gegenüber Kameraden erklärt, in Deutschland könne man nicht frei seine Meinung äußern. Als daraus ein Rechtsstreit zwischen Soldat und Staat entstand, entschied letztendgültig das Verfassungsgericht: "Ein auf das Prinzip der streitbaren Demokratie begründetes Gemeinwesen kann es nicht dulden, dass seine freiheitliche Ordnung bei politischen Diskussionen innerhalb der Truppe und während des Dienstes von militärischen Vorgesetzten in Frage gestellt wird." Und weiter heißt es in dem Urteilsspruch: "Mit der provozierenden Behauptung, in der Bundesrepublik könne man seine Meinung nicht frei äußern, diffamiert der Beschwerdeführer die freiheitlich demokratische Ordnung."

Einziger Trost für den Soldaten: Mit diesem Satz haben ihm die Richter den Beweis für die Richtigkeit seiner Meinung geliefert.

Die wenigen kritischen SPD-Abgeordneten, die die verhängnisvolle Entwicklung erkannten, waren machtlos. Was sollten sie auch tun, wenn der oberste Strafverteidiger der Republik, Generalbundesanwalt Siegfried Buback, sie mit den Worten unter Druck setzte: "Wenn nicht die Überwachung der Verteidiger beschlossen wird, kann ich nicht ausschließen, dass es zu weiteren Aktionen wie dem Überfall auf die Botschaft in Stockholm kommt"?

Typisch für das Verhalten der SPD-Linken war der unbeholfene Protest des Schriftstellers und Abgeord-neten Dieter Lattmann gegen das Gesetz, das die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt. Ursprünglich fest entschlossen, sich nicht dem Fraktionszwang zu beugen und gegen das Gesetz zu stimmen, kippte Lattmann um, als es am Tag vor der Bundestagssitzung zum Machtwechsel in Niedersachsen kam. Lattmann beließ es bei einer mahnenden Rede: "Eine Bewegung ist in Kraft, die Freiräume einengt und in einigen Fällen Weimarer Ausmaße von Demokratiefeindlichkeit annimmt." Im Kreise von Genossen entschuldigte er sich später: "Hätte ich doch noch dagegen gestimmt, dann hätte die CDU/CSU behauptet: ' In Hannover hat die SPD die Regierung verloren und in Bonn laufen dem Kanzler die Stimmen weg." Der SPD-Linke Harald B. Schäfer zeigte Verständnis dafür: "Man muss doch den politischen Druck sehen, unter dem wir stehen."

Durch ihr ständiges Nachgeben gegenüber Forderungen von rechts haben die Sozialdemokraten "den geistigen Boden für eine weitere Demontage unseres Rechtsstaates durch reaktionäre Kräfte geschaffen (Professor Grünwald). Und auch die Rechnung der Genossen, die glaubten, den Christdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen zu können, ging nicht auf. Denn schon haben Politiker von CDU/CSU weitere einschneidende Gesetzesentwürfe eingebracht, mit denen die Bundes-republik zu einem perfekten Obrigkeitsstaat ausgebaut würde:

- In die Strafprozessordnung soll der Begriff "Verfahrenssabotage" eingefügt und der Richter mit Polizeigewalt gegenüber seiner Meinung nach aufmüpfigen Verteidigern, Angeklagten und Zuhörern ausgestattet werden. Gestützt auf diesen schwammigen Begriff kann er sie zu Geldstrafen bis 2000 Mark oder bis zu einer Woche Haft verdonnern.

- Nicht nur der Schriftwechsel zwischen Verteidigern und Beklagten soll überwacht werden dürfen, sondern auch jedes direkte persönliche Gespräch.

- Der Begriff "Landfriedensbruch", vor sechs Jahren im Zuge der Rechtsliberalisierung entschärft, soll wieder die alte, dem Obrigkeitsstaat entstammende Formulierung erhalten. Dann könnten auch neugierige Mitläufer einer Demonstration, bei der es plötzlich zu Ausschreitungen kommt, strafrechtlich belangt werden.
- "Zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren" wollen die CDU/CSU-Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz die Möglichkeit des Angeklagten beschneiden, sich etwa durch das Verlesen von Dokumenten und Urkunden zu entlasten.
- Ihre Begründung: Der Vortrag könne das Verfahren missbräuchlich verzögern.
- Die Polizei soll ermächtigt werden, bei einer Geiselnahme ganze Wohnblocks ohne Hausdurch-suchungsbefehl zu durchkämmen.

Solche Pläne, die an die Praktiken der Gestapo oder kommunistischer Diktaturen erinnern, haben jetzt erstmals einflussreiche Sozialdemokaten aufgeschreckt. Der baden-württembergische SPD-Chef Erhard Eppler will vors Bundesverfassungs-gericht ziehen, falls die Regierung Filbinger im Musterländle die Razzia-Vollmacht verwirklicht. Die niedersächsische SPD macht neuerdings Front gegen das Verfassungsschutz-Gesetz (das sie allerdings selbst ins Parlament eingebracht hatte, als sie in Hannover regierte). In Hamburg verkündete Bürgermeister Klose, der Radikalenerlass würde an der Elbe nicht mehr praktiziert (obgleich noch immer Bewerber für den hanseatischen Staatsdienst ihre rechte Gesinnung nachweisen müssen - "egal", so Senatssprecher Paul O. Vogel, "ob jemand Polizeibeamter oder nur Gärtner beim Friedhofsamt werden will.").

Unversehens finden sich die Sozialdemokraten in der Rolle jenes Hexenlehrlings, der die Geister nicht mehr los wird, die er rief. Schon werden in Bayern und Baden-Württemberg auch SPD-Mitglieder von öffentlichen Ämtern ferngehalten, weil sie früher dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) angehörten oder an Demonstrationen teilnahmen, bei denen auch Kommunisten mitmarschierten. Zum Beispiel der Pädagoge Reinhard Laudi, 29, SPD, dessen Bewerbung als Studienrat in Bayern aus politischen Gründen abgelehnt wurde; der Volksschullehrer Hans Kolb, 26. SPD, dem Bayern die Aufnahme in den Schuldienst wegen mangelnder Verfassungstreue verweigerte; die Assessorin Charlotte Nieß, 28, SPD, die in Bayern vergebens um die Einstellung in den Justizdienst bat. Sie wurde zur Extremistin gestempelt, weil sie dem Vorstand der "Vereinigung freiheitlich demokratischer Juristen" angehört, in dem auch ein paar Kommunisten sitzen. In Baden-Württemberg blieb die Pädagogin Beate Weid, SPD, auf der Strecke, weil sie bei Studenten-wahlen für den SHB kandidiert hatte.

Auf der vom Radikalenerlass vorgezeichneten Linie versucht CDU/CSU jetzt mit ihrem Wahlslogan "Frei-heit statt Sozialismus" die gesamte SPD in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit zu rücken. Und der Bayern-Kurier führte vor, wie rasch selbst Willy Brandt hinter den "Eisernen Vorhang" katapultiert werden kann. Brandt, so schrieb das Strauß-Organ habe die Darstellung als unwahr zurückgewiesen, er sei Kommunist gewesen. Originalton Bayern-Kurier: "Legt man den Begriff Kommunist in dem engen Sinne aus, dass damit nur ein Mitglied einer kommunistischen Partei bezeichnet werden darf, dann hat Brandt in der Tat recht. Andererseits dürfte es ihm aber schwerfallen, nachzuweisen, dass er kein Helfer des Kommunismus war."

Im Jahre 112 nach Christi Geburt ging es im Vergleich zur Bundesrepublik 1976 ausgesprochen liberal zu. Damals fragte Plinius der Jüngere, seines Zeichens Statthalter von Bithynien, seinen Kaiser Trajan, wie er sich bei der Verfolgung von Christen zu verhalten habe. Die Antwort des römischen Kaisers: "Man soll ihnen nicht nachspüren. Falls sie gemeldet und überführt werden, sind sie zu bestrafen. Anonym vorgelegte Listen dürfen jedoch bei keiner Anklage Verwendung finden, denn dies ist von äußerst schlechtem Beispiel und unserer Zeit nicht würdig."

AUS DEUTSCHEN LANDEN - ROTWEIN, RUNEN, RECHTSRADIKALE

stern, Hamburg 6. Mai 1976

Bruder Wali zündet die Kerzen an. Schwester Ostara die Weihrauchstäbchen. Bruder Mimir stellt ein hölzernes Runensymbol auf den Alter. Und Bruder Forseti legt einen schmiedeeisernen Thor-Hammer als Zeichen der Fruchtbarkeit dazu. Die Germanen feiern ihr "Nerthus-Thing" - das Erntedankfest mit Alt-Nazis, Neo-Nazis samt ihren Schlägertrupps mit Waffenweihe in den Morgenstunden. Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt warten unverbesserliche "Möchtegern-Germanen" mit altem Kampfesgesang in Bad Meinberg im Lippischen Land auf den Exsternsteinen auf ihre "Götter mit sechs Fingern" - und das Jahr für Jahr irgendwo in Deutschland.

Zwei Dutzend <Germanen> zwischen drei und 78 Jahren im Hinterstübchen des "Hotel zur Post", Luren- und Trommelmusik vom Tonband. Zwei Männer im grünen Gewand mit aufgenähten Runenzeichen huldigen den Göttern Odin, Thor und Freya. "Omi-odin-omi-odin, har! Here-here har", raunt Bruder Wali, "In fünf Jahren werden die Götter mit 40 Drachenschiffen nach 3.000 Jahren wieder zur Erde kommen", prophezeit Bruder Donar. "Lasset uns hier in Bad Meinberg, an den Externsteinen, ein Haus bauen, um unsere Götter empfangen zu können." Schwester Ostara fragt: Wie werden wir sie erkennen?" Bruder Donar: "Wir müssen auf ihre Hände achten. Sie haben nicht fünf, sondern sechs Finger."

Die Versammlung ist mit der Antwort zufrieden. Die Kinder sind es auch, als Oma Ostara am Alter Platz nimmt, um das Märchen vom Froschkönig und dem eisernen Heinrich zu erzählen. Nächster Programm-punkt: Trankopfer, Bruder Wali schreitet zum Altar, holt eine Flasche Amselfelder Rotwein (Kroatien) aus der Aktentasche, spricht feierlich "Heil Erdmutter Herta ! Allvater Odin ! Heil Asen und Wanen!" und gießt einen Schluck in ein Sincalco-Glas, das er sich vom Wirt geliehen hat.

Gastwirt Oppermann, der nicht wusste, an was für eine Sekte er sein Hinterstübchen vermietet hat, fasst sich an den Kopf. Weihrauch zieht durchs ganze Haus und stört die anderen Gäste im Biedermeier-Zimmer beim Essen. Oppermann will sich beschweren, kommt aber nicht zu Wort. Die Germanen singen gerade: "Üb immer Treu und Redlichkeit." Für Bruder Wali der Auftakt zu seiner Rede über "Die Erdmutter und ihre Kinder", in der er die Nazi-Verbrechen beschönigt: "Ich kann nur laut lachen, wenn ich sehe, wie die größten Menschenopferer Gräueltaten über ihre Feinde verbreiten. Neun Millionen hilfloser Menschen hat die Kirche ermordet, 30 Millionen hat der Kommunismus auf dem Gewissen. Glaubt mir, ich sage Euch die Wahrheit." Dann weissagt Bruder Donar: "Ich sage euch, der Weltuntergang steht bevor. Denn die Götter kämpfen mit Waffen, die heller sind als die Sonne." Bruder Forseti, Vegetarier wie die meisten dieser Germanen, warnt: "Ich sage euch, solange es Schlachthäuser gibt, wird es Schlachtfelder geben."

Mittagszeit: Schwester Urda drückt die Weihrauchstängel aus, die Männer legen ihre grünen Umhänge ab. Bruder Wali ist wieder Wolfgang Kantelberg, aus der NPD ausgeschieden, weil sie ihm zu links war, aktiv in der rechtsradikalen "Aktion Widerstand". Schon einmal festgenommen, weil er in die Düsseldorfer Staatskanzlei des SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn (1912-1992) gewaltsam eingedrungen war. Aus Bruder Mimir wird Günter Sadlowski, Bauingenieur

beim Stadtbauamt in Krefeld und Ex-NDP-Bundestagskandidat. Bruder Forseti entpuppt sich als Alfons Libisch, einst SS-Mann und nach eigenen Angaben Blumen-Gärtner im KZ-Auschwitz.

Kaum hat der 57jährige Libisch seine Suppe ausgelöf-felt, holt er seinen Personalausweis aus der Tasche und zeigt seinen Mitgermanen, wie er über den Bundesadler einen Davidstern gemalt und aus der "Bundesrepublik Deutschland" eine "Jüdische Bundesrepublik Deutschland" gemacht hat. Dann erzählt der Gärtner von Ausch-witz: "In den KZs war Ordnung und Sauberkeit. Da waren mehr Blumen als in einem Park gepflanzt. Es ist die größte Lügengeschichte dieser jüdischen Räuberbande, dass ihnen dort ein Haar gekrümmt worden ist. Ein Sozialdemokrat hat sich bei mir sogar über seinen Aufenthalt bedankt."

Die Tafelrunde nickt beifällig, NPD-Sadlowski weiß: "Die Öfen waren ja fast für die Brötchen zu klein. Wie sollten denn da Menschen reinpassen?" Und "Widerstandskämpfer?" Kantelberg fragt: "Wie sollen wir unsere Volksgenossen von der Wahrheit überzeugen, wenn schon die Frau des Bundeskanzlers ungestraft 'Loki' heißen darf? (Hannelore "Loki" Schmidt ist die Ehefrau von Altbundeskanzler Helmut Schmidt 1974-1982). Loki ist für mich die Feuerhexe." (Loki: Feuergott und Gegenspieler des germanischen Halbgottes Odin.)

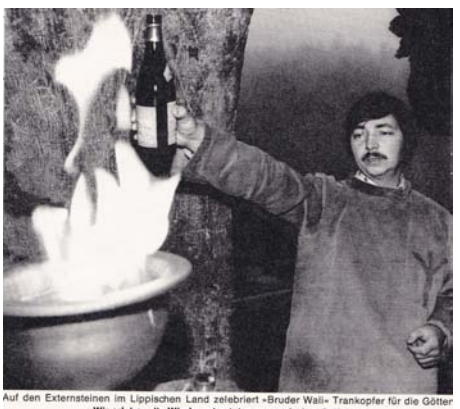
Am Nachmittag steht "Meditation" auf der Tagesordnung. Wieder Kerzen, Weihrauch und Odin-sprüche. "Wer völkischnational in der Welt etwas ändern will", verkündet Bruder Wali, "muss Spannkraft besitzen. Nur sexuelle Enthaltsamkeit fördert die Konzentration." Seinen Brüdern und Schwestern präsentiert Wali nun einen Love-Tester, einen Liebesmesser aus Japan, dessen zwei Kontakte mit beiden Händen angefasst werden müssen. Wer ein ausgiebiges Liebesleben gehabt hat. erreicht, so Wali, höchstens Werte zwischen 20 und 40 Punkte auf der Skala. Wer enthaltsam lebt, kann mit Werten zwischen 100 und 120 Punkten rechnen. "Nur solche Leute sind für unseren Kampf brauchbar", belehrt Wali seine Zuhörer. Deshalb soll jetzt jeder mit dem Love-Tester geprüft werden. Zwei junge Mädchen drücken sich leise aus der Stube. Da geht Wali eben zur Schwester Urda. Die 73jährige streckt ihm ihre faltigen Hände entgegen. Die Germanen warten gespannt auf das Love-Resultat der schloh-weißen Oma: Doch über 40 Punkte kommt sie nicht. Bei der 76jährigen Schwester Ostara bleibt die Nadel sogar schon bei der Marke 20 stehen. Geraune im Hinterstübchen. Bruder Wali stimmt gleich wieder an: "Omi-odin-omi-odin-har! Here-here har!"

Er und seine Gefolgsleute sind überzeugt, dass die Jugend für den Rechtsradikalismus "nur noch über die Religion zu gewinnen ist". Deshalb wollen die Odin-Brüder und Freya-Schwestern es den Krischna-, Guru- und Moon-Sekten nachmachen, die mit Meditation und dem Traum von einer heilen Welt immer mehr Jugendliche verführen. Nur, Unterso Wali: "Bei uns muss niemand etwas bezahlen. Keiner wird bei uns ausgebeutet." Um der Pseudo-Religion ("Wiedergeburt der germanischen Religion") etwas Geheimnisvolles zu geben, tauften die Neo-Germanen ihren Kult-Verein "Gylfiliten" nach den ersten sagenhaften Germanen-gott Gylfi.

Die Gylfiliten-Truppe - die sich vom größeren Germanenverband "Goden" (400 Mitglieder) abgespalten hat - will nicht nur Kult und Politik unter einen Hut bringen, den möglichst blauäugigen Jugendlichen sollen auch Ehepartner fürs Leben vermittelt werden. Natürlich germanisch-international. So in ihrem Mitteilungsblatt "Odrörir", Nummer 10: "Plötzlich stand er bei uns vor der Türe, ein Hüne über zwei Meter schlank und nordisch ... Persönlich leidet der kühne Schwede etwas daran, unverheiratet zu sein. Jeder Mensch möchte ja Familie haben. Vielleicht kennt der eine oder andere jemanden. Er ist knapp über dreißig und ortsungebunden." Oder "Zeitsoldat und Gylfilit, 22 Jahre, wünscht zwecks späterer Heirat nettes Mädel (Kinder kein Hindernis), Hobby Reisen."

Mit Reisen und Wandern wollen die Gylfiliten auch die Abenteuerlust der Schüler ansprechen. So zu dem germanischen Heiligtum auf den Externsternsteinen im Lippischen Land, zu denen sie am nächsten Morgen um 6 Uhr in der Frühe aufbrechen. An der Spitze des Zuges laufen die Brüder Wali und Mimir, mit Feuerschale und grünen Gewändern unterm Arm. Auf der Felsspitze gibt Vater Wali mit dem Fruchtbarkeitshammer seinen verschlafenen Kindern den ersten Gylfiliten-Segen, Spiritusflammen lodern aus der Feuerschale. Wieder Trankopfer mit preiswertem Balkan-Rotwein. Die bundesdeutschen Germanen zücken ihre Messer zur Waffen-weihe. Wali intoniert: "Omi-odin-omi-odin hare."

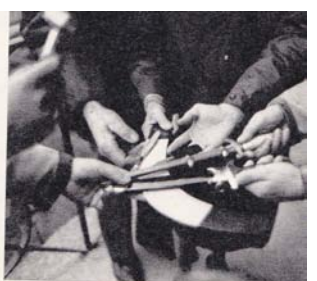
Er ist glücklich, alles läuft, wie im Festprogramm geplant. Nur die Sonne, die anzubeten sie die Extern-steine erstiegen, kommt nicht hervor. Alles bleibt im Nebel. Als die Sonne dann durchbricht, ist von den Gylfiliten nichts mehr zu sehen. Sie sitzen wieder im Hinterstübchen des Hotels. Vor dem Hotel steht ein VW-Transporter des Bruders Forseti. Er hat an die Heckscheibe ein Hitlerbild gehängt und einen Spruch dazu -"Ich, einer von den Letzten und den Alten,/Will treu zu Dir, der einst uns führte, halten/ ... Ich bleibe unseren hehren Zielen treu./ Mein letzter Stolz ist: Ich war auch dabei."



Auf den Externsteinen im Lippischen Land zelebriert »Bruder Wali« Trankopfer für die Götter
»Wir erleben die Wiedergeburt der germanischen Religion«

Gruppenbild mit »Gylfiliten«: Erntedankfest im Hinterstübchen
»Omi-odin-omi-odin-har, here-here har«

Aus dem Bundesadler in seinem Ausweis machte »Germane« Libisch aus Protest einen Judenstern



Die »Germanen« zückten ihre Messer: Waffenweihe in der Morgenstund'

Böse Sprüche und kindische Spielereien von einem Haufen Unverbesserlicher

DIE BÜRGERKRIEGS-ARMEE ODER EIN GENERAL IM NOTSTAND – INNEREN NOTSTAND

Als Bundespolizei proben die Grenzer den inneren Notstand, jagen Rauschgiftkartelle, Terroristen und beschützten Politiker. Als paramilitärische Truppe halten die einstigen BGS-Elite-Soldaten mit dem alten Wehrmacht-Stahlhelm den Kommissgeist von gestern hoch - seit mehr als sechs Jahrzehnten. Daran mögen kriminal-polizeiliche Ermittlungskompetenzen -Laptops und Handys wenig ändern. Im Juli 2005 wurde der BGS in Bundespolizei umbenannt.

stern, Hamburg 6. Mai 1975

Vorbemerkung :

EIN GENERAL IN AUSNAHME-SITUATIONEN

Wie Brigadegeneral a. D. Paul Kühne besetzte Häuser und Straßenbahnschienen durch BGS-Truppen räumen lassen würde:

"Ein widerrechtlich besetztes Haus in Hannover sollte früh morgens geräumt werden. Ich habe nicht darüber nachzudenken, ob die lieber hätten drin wohnen bleiben sollen, weil sie keine Wohnung haben. Das ist ja für uns alles völlig uninteressant. Es kriegt da einer den Befehl: Dieses Haus ist dann und dann zu räumen. Aus! Schluss! Nicht ? Klar? ... Die Polizei, die das machen sollte, das war keine Truppe, Die wurde also um x Uhr auf einen Platz bestellt. Da kam nun der eine aus der Gartenstraße, der eine aus der Bismarckstraße. der eine aus der Marktstraße mit Privat-Pkw wie sonst auch zum Dienstantritt ... ... Und die Leute, die da gelüftet werden sollten. die guckten sich das von oben an. Eine Grenzschutzhundertschaft hätte das anders gemacht. Sie wäre zu dem geheimgehaltenen Zeitpunkt mit etwas Gemacht und Motorenlärm überraschend in der Straße erschienen und hätte zumindest den Überraschungseffekt gehabt ... ...

Anderes Beispiel: Straßenbahndemonstration in Hannover. Wäre was gewesen für uns. Ich hab' dann je nach Wetterlage Mantel angezogen, Hut auf, in Zivil natürlich, und mich dazwischengestellt und mir das angeguckt, wie sich die gesamte Polizeireiterei mühsam bemüht hat, Schienen freizuhalten. Wie eine Phalanx von wieviel hundert hochbezahlten Meistern, gemischt mit 'ner Hundertschaft Bereitschaftspolizei - dieser irrsinnige Aufwand. Da muss man den Mut haben, mit wenigen Kräften vielleicht ein wenig härter vorzugehen ... Ich habe mir immer eingebildet, wenn der Bundesgrenzschutz als nächstes Mittel kommt nach der Polizei, dann muss das ein etwas härteres Mittel sein. Wenn Grenzjäger die Beurteilung der Lage schriftlich machen muss und seine sämtlichen Paragraphen nachblättern muss, dann kommt er nicht mehr zu einem effektiven Einsatz ...".

Der Panzerwagen stoppt mit einem Ruck. Aus der Luke klettert ein junger Grenzjäger, springt auf die Straße, nimmt zackig Haltung an. "Herr Oberleutnant, melde mich zurück, Auftrag

ausgeführt. Hier ist der Schraubverschluss für die Waschmaschine ihrer Frau." Harald Hirsemenzel , Abteilungskommandeur des Bundesgrenzschutzes (BGS) im niedersächsischen Uelzen, lächelt und steckt den Schraubverschluss in die Tasche. Dann lässt er den Grenzjäger abtreten. "Disziplinlosigkeit", sagt Hirsemenzel stolz, "gibt es bei uns nicht.

Die Jungs, die zu uns kommen, sind bis auf die Knochen motiviert" - selbst wenn es um private Einkaufsfahrten für die Offiziersfamilien geht. Ob im Einsatz oder in der Kaserne - wenn Oberstleutnant Hirselmenzel vom Leder zieht, nicken seine Untergebenen sofort beflissen mit dem Kopf. Nachdenklichkeit -gar Widerspruch ist verpönt. Auch in der Hundertschaft , in der die Grenzjäger Krause, Gerich und Hartmann Dienst tun. In der grünen Truppe sind die jüngsten Kameraden gerade 16 Jahre alt, die ältesten keine 19. Fast alle wollen zwischen vier und zwölf Jahre Gewehr bei Fuß stehen. Für sie, die gerade die Realschule hinter sich haben, ist der Grenzschutz ein männlicher Erlebnisberuf mit Fahrten durch reizvolle deutschen Landschaften - Streifendienst vermittelt Naturverbundenheit - , ein Quell seelischer Ausgeglichenheit" (so ein Werbetext für den Bundesgrenzschutz)in diesen Jahren.

Die Erwartungen des Grenzjägers Krause sind höher gesteckt. Er möchte Karriere als Bundespolizist machen ("Im ganzen Bundesgebiet, manchmal in Europa im Einsatz, Tag wie Nacht"). Kollege Gerlach denkt vor allem an die sichere Existenz in Jahren der Arbeitslosigkeit:" Hier verdiene ich schon jetzt über 700 Mark netto, bald werden es über 1.000 sein, und ohne Job werden wir beim Staat bestimmt nicht sein, ganz gewiss nicht." Kamerad Hartmann gefällt es zudem beim Grenzschutz, dass er spritziger und schlagkräftiger als die Bundeswehr zu sein scheint: "Wir kommen einfach schneller zum Zuge."

In den Spinden der drei Grenzjäger liegen zwei Helme griffbereit - je nach Feindlage. Der Weltkrieg-II-Stahlhelm aus den Millionen-Restbeständen des Tausendjährigen Reiches für den äußeren Feind an der damaligen DDR-Grenze. Ein Helm als Symbol für die Truppe - auch nach der Uniform-Reform von 1976 immer wieder neugespritzt, so dass wenigstens sie ein hohes "Einsatzalter von nahezu 50 Jahren" erreichen konnten ; und für den inneren Feind hingegen der Polizeihelm mit klappbarem Visier für Randale und inneren Notstand im Land.

Zur Erinnerung: Der äußere Feind, die Nationale Volksarmee der DDR, (NVA) patrouillierte täglich hinter Stacheldrahtverhauen, Selbstschussanlagen Typ SM 70 und neuen Metallgitterzäunen -für die Grenzschützer kaum sichtbar und weit vom Schuss. Jedenfalls war die NVA bis zum 10. November 1989 - dem Tag des Mauerfalls in Berlin und der DDR-Grenzöffnung zum Westen - an der so genannten Staatsgrenze bis auf die Zähne schwer wie scharf bewaffnet. Bis zu jener Zwei-Staaten-Wende sollten Schaufensterpuppen in NVA-Uniform und mit dem Schnellfeuergewehr "Kalaschnikow" im Anschlag den 18jährigen Grenzern das richtige Feindgefühl vermitteln; als Demonstrationsobjekte sozusagen. BGS-Hauptmann Severin: "Die psychologische Wirkung, die unsere Pappkameraden auf die Truppe ausüben, sollte niemand unterschätzen."

Für den Einsatz bei Unruhen, sit-ins, Straßenblockaden werden die Grenzschützer seit den Studentendemonstrationen der Jahre 1967/68 gedrillt; als überall schnell einsetzbare Bundespolizei. Die Initialzündung lieferte die Verabschiedung der Notstandsgesetze, auch der Bundeswehr im Inneren des Landes einen Marschbefehl erteilen zu können. Die erste Operation war jedoch keine Straßenschlacht, sondern ein Misserfolg. Der BGS konnte nicht verhindern, dass der Überfall der palästinensische Terror-Organisation "Schwarzer September" auf die israelische Olympia-Mannschaft am 5. September 1972 in München im Massaker von Fürstenfeldbruck endete. Damals nahmen die Terroristen elf Athleten der israelischen Mannschaft als Geiseln. Zwei

wurden sofort direkt erschossen; bei den anderen scheiterte ein unzulänglicher BGS-Befreiungsversuch. Insgesamt kamen auf dem Flugplatz zu Fürstenfeldbruck 17 Menschen ums Leben. Seither gehört jedenfalls die Terroristenbekämpfung zu den wichtigsten, eigentlich zentralen Ausbildungszielen der 21.000 Mann starken Elite-Truppe des Bundes.

Todesschützen, Karatekämpfer, Rallyefahrer, "junge Menschen, die überhaupt kein Risiko scheuen, die aus 30 Meter Höhe aus dem Hubschrauber gehen" (FDP-Innenminister Werner Maihofer (1974-1978), "sind unsere absolute Elite" (Brigadegeneral Fritz-Erhard Herrmann). Wer einmal den Durchbruch nach oben schaffen will, "muss sich schon als 16jähriger daran gewöhnen, dass ihm der Polizeischutzschild unterm Bett näher ist als die eigene Zahnbürste im Waschraum", tönt Brigadegeneral Paul Kühne, der bei dem großen verheerenden niedersächsischen Waldbrand im Sommer 1975 Schlagzeilen machte: "Viele an der Spritze, keiner an der Spitze."

Um für den Einsatz bei Unruhen wie Terroranschlägen, Streiks, Protestdemonstrationen, Blockaden gerüstet zu sein - sind jugendliche Massenaufläufe stets Ernstfälle. Alarmsignal. Sirenen heulten bei den militanten Krawallen um die Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens 1982. Sirenen heulen alljährlich immer wieder , wenn Kernkraftgegner mit Barrieren, Barrikaden den Stopp hoch radioaktiver Atommülltransporte abgebrannter Brenn-Elemente aus Frankreich zu erreichen suchen. Gesinnungs-Widerstand. Dort, wo die Politik konzeptlos dahindümpelt, keinen inneren Frieden ermöglicht - sind die Stunden der Gewalt nah, in Gorleben bei jener Halsstarre unausweichlich. Es sind junge BGS-Bundespolizisten, die den zivilen Widerstand zu brechen haben; zehntausend Uniformierte - im Jahre 2008: Schlagstöcke, Tränengas , Wasserwerfer . Beizeiten haben die jungen BGSler während ihrer Ausbildung zu lernen, "wie sie gegen tollwütige Menschen, die beißen, kratzen, spucken, schlagen und mit Steinen schmeißen" (Hauptmann Heinen), wie "gegen solche Pöbel in Truppen-Formation aufgeräumt wird". Kamerad Hauptmann Schwärzel: "Das wird geübt, bis es sitzt. Dann bricht keiner mehr aus der Kette". Tag für Tag trainieren sie das "Auf- und Absitzen" vom Mannschaftswagen - immer mit denselben Kameraden, immer dieselben Handgriffe, immer wieder dieselben Knüppel, Wagentür auf, Wagentür zu, Formation stillgestanden. Visier runter, Marsch. Schnelligkeit ist Trumpf.

Bei der Schießausbildung im Übungsgelände Uelzen-Hainberg liegen die jungen Soldaten oft bis zu drei Stunden mit der Maschinenpistole im Anschlag. Keine Bewegung, kein Schuss fällt. Dann, in der 184. Minute, passiert endlich etwas. Ein Tor springt auf, eine Puppe gerät ins Schussfeld. Schon die erste Kugel muss für den Gegner tödlich sein. "Konzentration ist alles", bemerkt Hauptmann Severin, "Scharfschützenmedaillen, die unsere Jungs sich an die Brust heften können, würden sie noch beflügeln."

Keine Geiselnahme oder Straßenschlacht, die ein BGS-Kamerateam auslässt. Wirklichkeitsnahes Anschauungsmaterial ist bei den Einheiten sehr gefragt. Die Einsatzreserve des Bundes probt in zahllosen Manövern den Ernstfall. So im niedersächsischen Bodenteich (BGS-Spruch: "Im ganzen lieben Deutschen Reich gibt es nur ein Bodenteich"), wo sich zwei Hundertschaften feindlich gegenüberstehen. Die eine soll mit Hubschraubern, Wasserwerfern, Panzerwagen, Nebelkerzen und Schlagstöcken die "innere Sicherheit" Deutschlands garantieren. Die andere will mit Farbbeuteln, langen Latten, Steinen und faulen Eiern eine Straßenschlacht anzetteln.

Am Ende solcher Manöver finden sich Grenzjäger oft zur ambulanten Behandlung im Krankenhaus wieder. "Korpsgeist, das Gefühl zu einer Truppe zu gehören, ein und dieselbe Sprache zu sprechen, garantieren die Schlagkraft", versichert Oberstleutnant Hartmann Schubarth-Engelschall (Spitzname: "Donnerknall"). Und Kollege Hirsemenzel beschwört die Kameradschaft:

"Wir trinken auch mal kräftig ein Bier. Und wenn's dabei lauter zugeht, dann hört das niemand. Das wirkt sich positiv auf die Einsatzbereitschaft in den Städten aus, eben Ballungsgebiete, in denen es oft drunter und drüber geht."

Schon längst ist die Bundesrepublik von Großoperationen des Grenzschutzes nicht mehr verschont geblieben. Das "jederzeit abrufbare Sicherheits-Potenzial" (Innenminister Hans-Dietrich Genscher (1969-1974) soll aber immer erst dann zuschlagen, wenn die Polizeikräfte der Länder der Lage nicht mehr Herr werden. Mit dieser Machtfülle war die BGS-Truppe nicht ausgestattet, als sie im Jahre 1951 aufgestellt wurde. Damals fristeten die unliebsamen Krieger ein gesellschaftliches Schattendasein - von keinem gewollt, von niemanden geliebt.

Als Hort hochdekorierter Wehrmachtkämpfer war die grüne Truppe bis zur Gründung der Bundeswehr 1956 die einzige militärische Organisation, in der braune Frontsoldaten, die im Zivilleben nicht zurechtkamen, eine neue "Heimat" fanden. Beim Grenzschutz lebten militärische Tugenden, überkommene Männer-Rituale bald wieder auf; ein Hauch Reichswehr (Berufsheer 1921-1935, Demokratie ferner "Staat im Staate") wehte durch die BGS-Kasernen. Die Grenzer hatten den Rußlandfeldzug (1941-1945) noch in Erinnerung, der Feind im Osten war noch immer im Visier. Drill und absoluter Gehorsam waren selbstverständlich. Mit dem Begriff vom Staatsbürger in Uniform konnten die BGS-Truppen nichts anfangen -Bedeutungen aus einer fremden - unerschlossenen Welt.

Die junge Bundesrepublik leistete sich damals eine Elite-Truppe, deren Geist selbst Adenauers konservativem Innenminister Robert Lehr, CDU, (1950-1953; *1883+1956) verdächtig war. In einem Erlass warnte er Mannschaften und Offiziere: "Wie ich festgestellt habe, beginnt sich im Bundesgrenzschutz die Anrede in der dritten Person wieder einzubürgern. Ich ersuche, diese Anredeform in und außer Dienst nicht mehr zu benutzen." Und erst nach langen Widerständen setzte sich bei der Truppe die Anrede "Herr" statt der bloßen Namensnennung durch -allerdings nur im "dienstlichen Schriftverkehr". Für Brüllereien auf dem Kasernengelände schien ein "Herr Gefreiter" ferner denn je von dem, was sich im Bundesgrenzschutz Stallgeruch nennen darf.

Als die Bundesrepublik wieder aufrüstete und Kader für die Verbände der neuen Bundeswehr gesucht wurden, wechselten 58 Prozent der damals 16.614 BGS-Beamten sofort die Fronten. Der Seegrenzschutz des BGS in Nord- und Ostsee wurde sogar ganz von der jungen Bundeswehr übernommen und bildete die Grundausstattung beim Aufbau der neuen Bundesmarine. Was vom "alten" BGS übrigblieb, wachte weiter an der Zonengrenze an den Mahnschildern "Drei geteilt - niemals". Und das - obwohl diese Aufgabe eigentlich der Bereitschaftspolizei der Länder übertragen werden sollte. Es war gar die SPD, die die Auflöung des BGS-Rumpfes verlangt hatte, um die freigesetzten Grenzer dann als "Autobahn-Polizei" einsetzen zu können.

Eingekeilt zwischen der zahlenmäßig überlegenen Bundeswehr und den Polizeikräften der Länder, bereitete sich in der kleinen BGS-Truppe ein Leistungszwang aus, der die Anerkennung beim Bürger garantieren sollte. Er prägt noch heute die Truppe, wie das seither gültige Leitmoto der erst 1972 gegründeten Anti-Terror-Gruppe GSG 9 beweist: "Schneller, härter, bissiger." Präzisionsschützen, Kampfschwimmer, Fallschirmspringer, Einsatztaucher, Sprengstoff- experten, IT-Techniker -Sturmgewehre, Scharfschützengewehre, Maschinengewehre -und eine monatliche Erschwerniszulage von etwa 400 Euro (2008). Da versteht es sich von selbst, dass alle Dienstpläne der Anti-Terror-Gruppe "Verschlusssachen" sind

- geht es letztendlich doch um die offene Gesellschaft der Meinungsvielfalt

- Freiheit in diesem Land.

Der Bundeswehr waren die BGS-Grenzer bald zu zackig, der Bereitschaftspolizei in den Ländern zu soldatisch. Der Mainzer CDU-Innenminister Heinz Schwarz (1971-1976): "Die können ja fast nichts außer schießen." Und der SPD-Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Karl-Heinz Hansen (1969-1982) warnte eindringlich: "Der Bundesgrenzschutz ist gefährlicher als die Bundeswehr. Er hat die Leute aufgenommen, die beim Aufbau der Armee wegen mangelhafter demokratischer Qualifikation durchgefallen sind."

Hofiert und gehätschelt wurden die BGS-Grünjacken stets von ihren Ziehvätern, den Bundesinnenministern. Ihre Lobeshymnen durchziehen geradezu atemlos die noch junge Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Kontinuität der Stärke. Einst tönte der CDU-Innenminister Gerhard Schröder (1953-1961; *1910+1989): "Die Beliebtheit des Bundesgrenzschutzes schafft gerade an der oft brenzligen Zonengrenze Vertrauen." Hermann Hörcherl, CSU ,(1961-1965; *1912+1989) schwärmte: "Die Arbeit ist phantastisch. Wir müssen eine allgemeine Dienstpflicht für den BGS einführen." Paul Lücke , CDU, (1965-1968; *1914+1976): "Wenn hier der Notstand ausbricht, alles drunter und rüber geht, dann ist BGS da und in seiner Kraft nicht zu unterschätzen." Ernst Benda, CDU ,(1968-1969): "Der BGs ist das unerlässliche Bindeglied zwischen polizeilichem und militärischen Einsatz." Hans-Dietrich Genscher, FDP, (1969-1974): "Der Bundesgrenzschutz ist ein Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung." Gerhard Baum, FDP, (1978-1982): "Der Bundesgrenzschutz ist eine bestens ausgerüstete Bundespolizei." Wolfgang Schäuble, CDU, (2005-2009): "Ohne das Engagement und den mobilen Einsatz des BGS wäre der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nahezu aussichtslos. Hut ab."

Trotz der Lobeshymnen seiner Befehlshaber blieb der BGS eine Truppe ohne klaren Auftrag - folglich mit fragiler Identität. Von der "Auflösungsdebatte" geschockt, vom Personalmangel geplagt, versuchen die Grünjacken jahrzehntelang, ihre Existenzberechtigung als Puffer an der einstigen DDR-Grenze zu beweisen; suche nach Anerkennung. Doch das hehre Ziel "Zwischen Ost und West nur BGS" wurde nicht erreicht. Denn außer den Grenzern patrouillieren noch Beamte des Zolls und der Bayerischen Grenzpolizei sowie Engländer und Amerikaner am Zonenrand früherer Jahre. Seitdem die DDR-Grenze seinerzeit noch engmaschiger geworden ist, durchsetzten Eifersüchteleien, Statusrivalitäten - Animositäten den eigentlichen Überwachungs-und Schutzauftrag.

Wenn zum Beispiel ein westdeutscher Schlauchbootfahrer auf der Elbe von DDR-Grenzern aufgebracht wird, liefern sich Zoll und BGS ein Wettrennen: Wer ist schneller am Tatort. Sieger bleibt meistens der Zoll, weil er auf der Elbe eigene Schnellboote einsetzen kann. Der BGS rudert im Schlauchboot hinterher oder muss erst einen Hubschrauber in Gifhorn startklar machen. General Kühne kann nicht verwinden, dass der Zoll dem Grenzschutz in der Tagesschau oft die Schau stiehlt. "Es ist blödsinnig mit diesem Verein. An der Grenze ist doch alles dicht, da gibt es gar nichts zu verzollen. Was wollen die da eigentlich?" Zollamtmann Westermann aus Hitzacker kontert: "Der BGS soll mal auf dem Teppich bleiben. Wir sind mit unseren Booten auf der Elbe und mit 200 Mann ständig im Einzeldienst an der Grenze. Der BGS ist weit vom Schuss, nämlich in den Kasernen."

Einen Erfolg allerdings kann der BGS für sich allein verbuchen. 1975 war er 68.500 Neugierigen ein hilfsbereiter Grenzführer. Ins Gerede gebracht haben den BGS fast ausschließlich die eigenen Affären. So musste 1973 der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher zugeben, dass BGS-Beamte neun Jahre zuvor an einer Übung der US-Armee zur "Bandenbekämpfung"

teilgenommen hatten und für einen Härtetest 24 bis 37 Stunden in "Gefangenschaft" gegangen waren. Was sie dabei erlebten, sah laut Genscher-Bericht so aus - Vorläufer der späteren internationalen Terrorismus-Bekämpfung ab Jahr 2.000 aufwärts.

- "Einsperren in stark überheizten Zellen, Stehen in der Zelle, in "Achtungstellung" mit über dem Kopf verschränkten Armen. Wachhalten in der Zelle;
- Liegestütze, Beinhüpfen, 'Häschenhüpfen', starke Geräuschbelästigung durch Trommel mit Stöken und Blechstreifen an der Zellentür, Einspielen schriller Töne in die Zellen-Lautsprecher, zeitweiliges Einsperren in Stahlblechschränke;
- mit kaltem Wasser besprühen, Beschränkung des Trinkwassers und der Nahrung, in Furcht versetzen durch angsteinflössendes Hundegebell, Ablecken des Gesichts;
- Beschimpfungen, dann Versprechungen von Geld, Speise, sofortiges Freilassen bei Verrat von -bevorstehenden 'Bandensprengungen'."

Vorbild war nicht die US-Armee. Sogar bei den Sowjets wollten die Grenzschützer damals lernen. "Wir wissen, dass die Russen sich für den subversiven Kampf und für Guerilla-Aktionen vorbereiten". begründete der frühere Ministerialdirigent Schultheiss aus dem Bonner Innenministerium die BGS-Schulung für den Untergrundkampf. Schon im Herbst 1965 wurde beim BGS der Einsatz gegen Streikende geprobt. Das Stadion Mörfelden bei Frankfurt diente einer halben Grenzschutzabteilung als Aufmarschgebiet. Die Grünröcke waren in der Rolle streikender Arbeiter geschlüpft. Auf Schildern riefen sie zur Arbeitsniederlegung auf. Der andere Truppenteil demonstrierte die Staatsmacht und trieb die "Streikenden" auseinander.

Am stärksten ins Zwielicht geriet der BGS durch die Affäre Knorr, die der frühere Chef der Gewerkschaft Polizei, Werner Kuhlmann (1958-1976) aufgedeckt hatte. Kuhlmann (*1921 +1992) warf dem Chef der BGS-Fliegerstaffel Bonn-Hangelar, Oberst Erwin Knorr , vor, Untergebene im Dienst körperlich misshandelt, geschunden und gedemütigt zu haben. Vom Vorwurf der Körperverletzung im Amt wurde Knorr zwar freigesprochen, aber nach den Zeugenaussagen vorm Bonner Landgericht steht fest, dass Ausrücke wie "Idiot, Arschloch, vollgeschissener Strumpf" zum alltäglichen Sprachgebrauch des ehemaligen Leutnants der Großdeutschen Luftwaffe gehörten.

Der Düsseldorfer Hubschrauberpilot Dieter Keimes, 1971/1972 in Hangelar zum Lehrgang, berichtete: "Ich wurde zweimal rausgesetzt, einmal in 80 Kilometer Entfernung vom Landeplatz. Ich wurde beschimpft - Idiot, Blödel - und musste in die 'Grube' Toiletten reinigen." Sein Kollege Helmut Engeln: "Ich wurde als ausgewachsener Obermeister vor vorsammelter Mannschaft zusammengeschissen." Obermeister Jürgen Mönch. "Wenn der Oberarm blau wird und man sich die Flecken mit Kugelschreiber einrahmen kann, dann ist das wohl kein Knuffen mehr." -Dienstliche Gewalt-Attacken beim BGS.

Die Affäre Knorr und wohl viele, sehr viele kleine Gewalt-Exzesse, die nie an das Tageslicht durften und auch kamen, war für die sozialliberale Koalition offenkundig der letzte Anstoss, den Grenzschutz zu reformieren. Das Nebeneinander von Länder-Bereitschaftspolizei (MEK) , die bei Unruhen eingesetzt wird, und von Grenzschutztruppen, die den Einsatz nur proben dürfen - als Trockenübung - musste endlich klar geregelt werden, um die arge Verdrossenheit, den Frust, im BGS abzubauen. Brigade-General Kühne: "Eine Straßenräumung oder Hausbesetzung zum Beispiel wäre eine klassische Sache für den BGS; da würden wir ein bisschen härter draufschlagen. Natürlich würden wir da nicht gleich schießen."

Paul Kühne und sein Pressemajor Werner Rück beließen es nicht nur bei markigen Kasinosprüchen, zu sehr hatte der Kalte Krieg zwischen Ost und West schon ihre Seelen erobert. Um das alte Feindbild vom "häßlichen Volksarmisten" aufzupolieren, gingen die Grenzer auf Tournee, Theater-Tournee; Kühne in der Uniform eines BGS-Brigadegenerals, Rück in der Majorsuníform der Nationalen Volksarmee. Den entgeisterten Herrschaften vom Rotary-Club in Einbek und vom Lions-Club in Hameln spielten die Kalten

Postscriptum. Mit dem Schengener Abkommen, vom Juni 1990, innerhalb der Europäischen Union auf Grenzkontrollen zu verzichten und der Auflösung der innerdeutschen Grenze vom 3. Oktober 1990 war der Bundesgrenzschutz eine Truppe ohne Aufgaben. Deshalb übernahm mit dem Tag der deutschen Wiedervereinigung der Bundesgrenzschutz in den neuen Bundesländern Funktionen der Bahnpolizei, die im Jahre 1992 ganz in den BGS integriert wurde. Sukzessiv wurden dem Bundesgrenzschutz deutschlandweit polizeiliche Kontrollen zur so genannten Gefahrenabwehr - etwa der Schleyer-Fahndung (1994) übertragen. Seither ist er in Deutschland mit einer Sollstärke von 30.000 - mitunter schwer bewaffneten Beamten präsent. Demzufolge wurde im Juli 2005 aus dem einstigen Bundesgrenzschutz nach Jahrzehnten des Kalten Krieges die Bundespolizei. Zudem sind BGS-Beamte auf allen Bahnhöfen wie Flughafen seit dem 1. August 1998 ermächtigt, ohne Anlass und ohne Grund Menschen aus Zügen oder Flugzeugen zu holen, Identität zu überprüfen, Gepäck zu kontrollieren.

Operationen:

- Am 27. Juni 1993 versuchten 37 GSG-9-Männer und 60 weitere Beamte die RAF-Terroristen Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld in Bad Kleinen festzunehmen. Beide leisteten Widerstand. Beim Schusswechsel kam der Beamte Michael Newrzella ums Leben. Er war der erste GSG-9-Mann, der im Dienst getötet wurde. Eine Untersuchung stelle zweifelsfrei den Selbstmord von Grams fest.

- Zwei im Irak stationierte GSG-9-Beamte, Thomas Hafenecker und Tobias Retter, wurden seit dem 7. April 2004 als Objekt-und Personenschützer an der deutschen Botschaft in Badgad vermisst. Am 1. Mai 2007, mehr als drei Wochen nach dem Überfall, wurde die Leiche eines der beiden vermissten Bundespolizisten, Tobias Retterath, gefunden. Die sterblichen Überreste des zweiten Beamten, Thomas Hafenecker, gelten bis heute als unauffindbar im Irak.

- Am 4. September 2007 kaperten GSG-9-Beamte eine Ferienwohnung im nordrhein-westfälischen Oberschledorn, in der drei Verdächtige damit begonnen hatten, aus Wasserstoffperoxid Sprengstoff herzustellen - Sprengstoff, der in amerikanischen Gebäuden in Deutschland, aber auch Restaurants, Diskos und dem Frankfurter Flughafen explodieren sollte.

- Am 30. September 2008 sollte der bisher größte Einsatz der Bundespolizei unter dem Namen Operation "Desert Fox" anlaufen. Es galt fünf Deutsche, fünf Italiener, eine Rumänin und acht ägyptische Sahara-Urlauber aus den Händen ihrer Kidnapper zu befreien. Sie waren in der oberägyptischen Wüste entführt und dann ins Grenzgebiet zwischen Ägypten, Sudan, Libyen und dem Tschad verschleppt worden. Für ihre Freilassung forderten die Entführer sechs Millionen Euro Lösegeld. Innerhalb von 36 Stunden wurden mit drei Sonderflügen der Lufthansa, sechs Transall der Bundeswehr und zwei Antonow-Frachtflugzeugen zirka 150 Einsatzkräfte der GSG-9, dazu 30 Beamte des Führungsstabes der GSG-9 und des Bundespolizeiflugdienstes, 14

Mitarbeiter des Technischen Hilfswerkes sowie drei Bundespolizeihubschrauber, zwölf geländetaugliche Einsatzfahrzeuge, große Mengen Muntion in das südägyptische Shark-el-Uweimat geflogen. Zum Einsatz kam die GSG-9 dann aber doch nicht. Die Entführer hatten ihre Geiseln laufenlassen.

BILDUNGSNOTSTAND - AUSBILDUNGSMISERE - KOMPETENZ- WIRRWAR - JUGEND OHNE JOBS - BESSERUNG NICHT IN SICHT

stern, Hamburg 19. Februar 1976[3]

An jedem Morgen muss der Studiendirektor Walter Major Strichmännchen ins Klassenbuch malen - für die Schüler, die den Unterricht schwänzen. Nach dem dritten Strich zeichnet der 65jährige Lehrer ein Kringelchen an den Rand, ein blauer Brief ist fällig. Absender: Gewerbliche Schule III, Brügmannstraße 25, in 44135 Dortmund.

Lehrer Major mahnt das Ehepaar Schippmann, den sechzehnjährigen Sohn Willi jeden Mittwoch in die Schule zu schicken. Der Appell verhallt. In der Klassenbuchspalte Schippmann, Willi, geb. am 26.2. 1960 in Herne, abgebrochener Hauptschüler, ohne Lehrvertrag und arbeitslos, muss der Pädagoge bald darauf vier weitere Striche markieren.

Nach sieben Wochen alarmiert Walter Major das Ordnungsamt, mit der grünen Minna soll Willi zum Unterricht transportiert werden. Kurz vor der Polizeiaktion taucht Mutter Schippmann bei Schulleiter Bruno Hansmeyer auf. "Seit mein Mann arbeitslos ist", klagt sie, "säuft er nur noch und nimmt Willi immer mit auf Tour. Erst spätabends kommen sie heim, und frühmorgens geht's gleich wieder los." Die 42jährige Frau ist in Dortmund von Betrieb zu Betrieb gerannt, "um wenigstens den Jungen aus der Gosse zu holen". Bei einem Bauunternehmer ("Kann er denn Steine klopfen?") hatte sie Glück. Doch er stellte eine Bedingung: "Ihr Sohn kann bei mir nur anfangen, wenn er nicht mehr in die Penne gehen muss. Ich kann bloß Leute gebrauchen, die jeden Tag verfügbar sind."

Zwei Jahre noch - bis zum 18. Lebensjahr - muss Willi einmal wöchentlich die Berufsschule besuchen, so schreibt es das Schulgesetz zwingend vor. Oberstudiendirektor Hansmeyer, Chef von 80 Lehrern, 3.000 Schülern, davon 800 ohne Lehrstelle, steht vor einem Dilemma. Lässt er den Jungen laufen, macht er sich strafbar. Will er ihn zum Unterricht zwingen, muss er die Polizei bemühen. Hansmeyer entnervt: " Wenn es um soziale Notfälle geht, nehme ich einiges auf meine Kappe." -Heute sind bereits 130.000 Jugendliche bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit als arbeitslos gemeldet. Doch diese Zahl trügt. Tatsächlich sind schon jetzt in der Bundesrepublik etwa 250.000 junge Menschen arbeitslos, eine verlorene Generation - mit den besten Chancen, politisch radikal zu werden oder als Kriminelle Karriere zu machen.

Die Bundesanstalt vermutet, dass insbesondere Mädchen die Dunkelziffer ausmachen. Als Schulabgängerinnen ohne Abschluss, ohne Qualifikation, ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und ohne Chancen auf einen Job verschwinden sie hinter dem heimischen Herd. - Deutschlands Hausfrauen künftiger Generationen. Gastarbeiterkinder hingegen tauchen unkontrollierbar unter oder werden von ihren Eltern zurück in ihre Heimatländer geschickt. Indes: Ein Ende der trostlosen Situation ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, es wird schon schlimmer kommen. Bereits im Jahre 1984, in acht Jahren, werden nach Hochrechnungen der Bundesanstalt für Arbeit 1,4 Millionen junge Menschen auf der Straße stehen.

---

[3] Mit Hermann Sülberg

Der erste Grund: Die starken Geburtenjahrgänge von 1961 bis 1967 kommen in den achtziger Jahren als Schulabgängerschwemme auf uns zu. Der zweite Grund: Konkurse und Fusionen beschleunigen die Konzentration der Wirtschaft. So schließen jährlich in der Bundesrepublik 15.000 Handwerksbetriebe, die zu den ausbildungsintensivsten Firmen zählen. Allein im vergangenen Jahr gingen durch diese Pleiten 50.000 Lehrstellen verloren. Der dritte Grund: Schon vor sieben Jahren erhöhte die CDU/ SPD-Koalition mit dem Berufsbildungsgesetz die Anforderungen an die Lehrherren. 140 Berufe ohne Zukunftsaussichten, wie Miedernäherin oder Plüschweber, wurden gestrichen, die allgemeine Berufsschulpflicht auch für Hilfsarbeiter bis zum 18. Lebensjahr eingeführt und der Jugendschutz verbessert - keine Nacht-, Schicht und Akkordarbeit mehr. Die Devise "Brauchst du einen billigen Arbeitsmann, schaff' dir einen Lehrling an", galt nicht mehr. So sank die Zahl von 600.000 Ausbildungsplätzen in den sechziger Jahren auf 250.000 im Jahr 1975.

Das stark reduzierte Lehrstellenangebot macht den Artikel 12 des Grundgesetzes zur Farce - "Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstelle frei zu wählen." Abiturienten, denen der Numerus clausus einen Studienplatz verbaut, lassen sich als Export-, Industrie- und Versicherungskaufleute ausbilden. Realschüler erlernen das Schweißer- oder Schlosserhandwerk.

Auf der Strecke bleiben die am stärksten Benachteiligten in diesem Land: Von denen, die bereits beim ersten Schritt ins Berufsleben stolperten, hatten 40 Prozent keinen Hauptschulabschluss, jeder fünfte Sonderschüler, und sieben Prozent haben nicht einmal dort das Ziel erreicht. In den sogenannten Jungarbeiterklassen treffen sie sich wieder - auf dem Abstellgleis der Berufsschulen. In Dortmund zum Beispiel feilen sie ein Bambi aus Holz oder löten eine Wanduhr aus Draht zusammen - sechs Stunden pro Woche und das drei Jahre lang.

Doch was zählt schon ein gefeiltes Bambi oder eine präzis laufende Wanduhr, wenn die arbeitslosen Jugendlichen keinen Beruf dabei erlernen und nicht einmal etwas Geld mit nach Hause bringen - Selbstbeschäftigungstherapie? Jochen Remmers bekam für seine Holzschnitzerei eine Zwei. Fachlehrer Lichte von der Dortmunder Gewerblichen Schule III: "Er war stolz wie Oskar, etwas geleistet zu haben." Die pädagogische Aufbaubarbeit der Schule machten die Eltern sofort wieder kaputt. Vater Remmers, seit sechs Monaten arbeitslos, kanzelte seinen Sohn ab: "Was willste denn mit solchem Scheiß-Bambi. Geld kannste damit auch nicht verdienen."

Ob in Dortmund oder München: "Junge Leute, die keine Lehrstelle gefunden haben, denken, dass sie als Hilfsarbeiter das große Geld verdienen". sagt der bayerische CSU-Landtagsabgeordnete Karl Schön. Vor allem in den Großstädten bleiben die Schulbänke meist leer. An der Münchner Berufsschule für Jungarbeiter in Giesing kam von 1.000 schulpflichtigen Arbeitslosen im ersten Schuljahr nur die Hälfte zum Unterricht. Im zweiten waren es 30 und im dritten Jahr nur noch zehn Prozent.

Auf dem Lande dagegen, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, die Kleinunternehmer und Handwerksmeister auch in den Berufsschulen das Sagen haben und der Pfarrer so wichtig wie der Mathematiklehrer ist, "da ist keiner eine anonyme Figur und jeder für uns jederzeit greifbar, erklärt Oberstudiendirektor Besserer, Chef der Passauer Berufsschule. In seiner Außenstelle Vilshofen gab es früher nur eine Bäckerklasse. Heute sind es fünf, 1977 sind bereits sieben Klassen eingeplant. In der Schul-Backstube sitzen 22 Lehrlinge wie die Hühner auf der Leiter. Aus dem niederbayerischen Landkreis werden die Jugendlichen jede Woche aus dem 50-Kilometer-Umkreis mit dem Schulbus herangekarrt, um von Meister Josef Huber "die Kunst des Backhandwerks

gründlichst zu erlernen" (Studiendirektor Alois Eder). Grund für den Bäcker-Boom: Die Meister besetzen ihre Gesellenjobs mit billigeren Lehrlingen.

Von den 22 Stiften wollten 16 ursprünglich gar keinen Teig kneten. Weil nur das Bäckerhandwerk ihnen eine Lehrstelle bieten konnte, änderten sie plötzlich ihren Entschluss. Huber: "Wir bekommen immer mehr Bäcker. Bald wissen wir gar nicht mehr wohin damit." - Bäckerboom auf bayerisch. Und Recht hat der Bäckermeister. Schon heute arbeiten im Bundesdurchschnitt 65 von 100 Bäckern nicht mehr in ihrem erlernten Beruf. Der viel zitierte goldene Boden des Handwerks ist arg morsch geworden. Denn auch bei den Mauern muss jeder dritte, bei den Metzgern, Schustern, Dekorateuren und Schneidern sogar jeder zweite in die Industrie abwandern.

Die Handwerksbetriebe bilden mehre als doppelt so viele Lehrlinge aus, als sie später beschäftigen können. Großbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten, Betriebe also, die die besten Voraussetzungen für eine gründliche und vielseitige berufliche Qualifikation bieten, stellen nur ein knappes Fünftel aller Ausbildungsplätze.

Die Krise der beruflichen Bildung zwingt nicht nur Facharbeiter, am Fließband zu jobben, sie kostet den Steuerzahler auch eine ganze Stange Geld: Umschulung heißt das Zauberwort der Stunde, der Jahre. 1969, als das Arbeitsförderungsgesetz in Kraft trat, drückten 60.000 Arbeitnehmer erneut die Schulbank, 1974 waren es bereits 300.000 (Kosten: 1,5 Milliarden Mark), und 1980 werden es voraussichtlich 800.000 Umschüler sein, die vorher den falschen Beruf erlernt haben oder auch durch wirtschaftliche Strukturveränderungen in einer Sackgasse gelandet sind.

Dass neben Klein- und Mittelbetrieben auch der Staat die berufliche Bildung sträflich vernachlässigt, zeigt sich daran, dass er für einen Hauptschüler 22.000 Mark, für einen Realschüler 27.000 Mark, für einen Gymnasiasten 44.000 Mark und für einen Berufsschüler nur 5.000 Mark ausgibt. Diese Benachteiligung sieht auch der Bundeskanzler. Helmut Schmidt (1974-1982): "Guckt man sich nur einmal an, in was für Schulgebäude bei uns Gymnasiasten und Berufsschüler untergebracht sind, dann kann man erkennen, wie über Generationen hinweg die berufliche Ausbildung vernachlässigt worden ist." Und der Bildungsforscher Wolfgang Lempert vom Berliner Max-Planck-Institut: "Die Berufsschule ist ein Feigenblatt, mit dem die pädagogische Benachteiligung der meisten Lehrlinge nur notdürftig verdeckt wird."

Erdrückend ist vor allem der Lehrermangel. 15.000 Planstellen sind unbesetzt, 27 Prozent des Unterrichts fallen im Bundesdurchschnitt aus. Dazu Erich Frister (*1927+2005), Bundersvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1968-1981): "Die Lage der Kollegen in der Berufsschule ist verzweifelt. Sie ähnelt der eines Arztes, dem für die Behandlung von Schizophrenie nur kalte Umschläge zur Verfügung stehen." - Die Situation ähnelt vor allem der von 1906. Damals wies der Stundenplan der Gewerblichen Berufsschule Neuss schon sechs Wochenstunden aus, wobei - im Gegensatz zu heute - das Fach Religion nicht mitgerechnet wurde. 70 Jahre später erhalten nach einer repräsentativen Untersuchung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (befragt wurden Schüler an allen Hamburger Berufsschulen) 14 Prozent der Schüler noch immer nicht mehr als sechs Unterrichtsstunden pro Woche.

Verschärft wird die deutsche Ausbildungsmisere durch einen undurchschaubaren Kompetenz-Wirrwar, verursacht durch einseitige Politiker-Interessen, den Machthunger der Wirtschaftsverbände und der Kulturhoheit der Bundesländer. Bis heute wollen die Bonner Fachminister allein die "Ausbildungsordnung" für die Lehrlinge im Betrieb festlegen. Das eigentlich zuständige Wissenschaftsministerium wird nur am Rande geteiligt. Innenminister Werner Maihofer

(1974-1978) will sich nicht bei der Ausbildung der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes reinreden lassen. Landwirtschaftsminister Josef Ertl (1969-1983; *1925+2000) möchte allein für seine Bauern zuständig sein. Und Wirtschaftsminister Hans Friedrichs (1972-1977) will bei den Handwerksstiften und Industriekaufleuten die Oberhand behalten. Insbesondere im Bereich beruflicher Bildung zeigt sich überdeutlich, wie sich der westdeutsche Föderalismus ad absurdum führt - und zudem Millionen sinnlos verschlingt. Modell Deutschland.

Die Kultusminister der Länder dagegen bestimmen die Rahmenrichtlinien für die Berufsschullehrer. Die Gemeinden sollen mit Finanzspritzen der Länder die Schulen bauen. Die Oberaufsicht führt die Wirtschaft. Ihre 73 Industrie- und Handelskammern sowie die 45 Handwerkskammern kontrollieren nicht nur die Ausbildung in den Betrieben, sie zensieren auch die Gesellenprüfungen. Die Folge des Bildungs-Chaos: In keinem Bundesland sind die Ausbildungspläne im Betrieb mit denen der Schule abgestimmt. Wer etwa in Frankfurt Industriekaufmann lernt, muss sich nach den Bestimmungen des Bonner Wirtschaftsministeriums nacheinander in verschiedene Betriebsbereiche einarbeiten: in die Material-, Produktions- und Absatzwirtschaft sowie in das Personalwesen. Der Rahmenplan des hessischen Kultusministers für den Berufsschulunterricht ist ganz anders aufgebaut. Er gliedert sich in eine Grund- und eine Fachstufe, die aber zu wenig auf die spezifischen Kenntnisse eines Industriekaufmanns eingeht.

Nach der "Hamburger Lehrlingsstudie" sind 60 Prozent der Schüler der Meinung, dass sie eine "berufliche Bildungslücke" haben und ihr Fachwissen für die Praxis nicht ausreicht. Und 40 Prozent von ihnen halten Lehr- und Ausstattungsmaterial ihrer Schulen für unzureichend. Mit ähnlicher Berufschulkritik wollen sich auch Wirtschaft und Handwerk profilieren, vor allem, um von ihren eigenen Ausbildungsmängeln abzulenken. In der jüngsten Untersuchung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) "Zur Situation der Berufsschulen" beklagen sich die Unternehmerfunktionäre über ein "schwaches Berufsethos" und mehr "Interesse an ideologischer als an sachbezogener Arbeit" bei der jüngeren Lehrergeneration. Doch gerade das Fach Politik liegt an der Spitze der ausgefallenen Stunden. Und die jüngeren Lehrer bemühen sich, mit Hilfe von Fernsehkameras und Tageslichtprojektoren den Schülern ein wirklichkeitsnahes Berufsbild zu vermitteln. Wie zum Beispiel Jörg Haas und Manfred Heinisch an der Hamburger Berufsschule für Stahl und Metallbau. Eine andere, antiquierte Lehrmethode pflegt dagegen Vize-Direktor Meyer von derselben Schule. Er lehrt immer noch das klassische Einmaleins, wenn er morgens in die Klasse kommt. Meyers Stil macht die Schüler sauer. Sie lesen dann lieber ihre Morgenzeitung.

Bei Willi Skibba, 53, Berufsschuldirektor im schleswigholsteinischen Meldorf, saufen die Pennäler schon in der Frühpause ihren in kleinen Doornkaat-Flaschen abgefüllten Bourbon-Whisky und lassen bisweilen Stinkbomben hochgehen. Die einzige Rettung sieht der geplagte Pädagoge ("Ich kann zehn Aschenbecher hinstellen und trotzdem liegen die Kippen auf dem Boden") im Blockunterricht. In Städten wie Hamburg, Bremen, Dortmund, Hannover wird bereits im Block unterrichtet. Statt an einem Tag in der Woche, werden die Schüler sechs oder gar dreizehn Wochen hintereinander weg unterrichtet. Der Vorteil: für Schüler und Lehrer: Der Lehrstoff kann in abgeschlossenen Abschnitten vermittelt werden. Der Vorteil für den Betrieb: Der Jugendliche wird nicht jede Woche aus dem Job gerissen. Als Willy Skibba das Modell in Meldorf einführen wollte, gingen die Kleinbetriebe auf die Barrikaden: "Wir können es uns nicht erlauben . . . die Lehrlinge sechs Wochen lang zu entbehren."

Und als der konservative Pauker mit dem CDU-Kultusministerium in Kiel verhandelte ("Ein muss doch auch in Schleswig-Holstein den Anfang machen"), stürmten ihm Handwerksmeister und Kleinunternehmer die Bude: "Mein lieber Skibba, wenn Sie hier etwas

gegen unseren Willen durchsetzen, entziehen wir der Schule unsere Unterstützung." Denn alle deutschen Berufsschulen sind auf Industriespenden (Maschinen und Geld) angewiesen. Nach dieser Standpauke wollte Skibba den Unterricht nicht mehr blocken. In Hamburg dagegen kam es nicht so schnell zum Friedensschluss. Dort zogen 64 Firmen - vor allem Kleinbetriebe - vor Gericht, um den Blockunterricht zu verhindern.

Bei den Auseinandersetzungen um die Reform des Berufsbildungsgesetzes hat sich auch die Großindustrie in die Front der Reformgegner eingereiht, die von den Christdemokraten im Bundestag angeführt wird. Nach den Vorstellungen der SPD/FDP-Koalition (1969-1982) soll

- das Angebot an Ausbildungsplätzen konjunkturunabhängiger und damit sicherer gemacht werden. Überbetriebliche Lehrwerkstätten sollen besonders in wirtschaftlich schwachen Landstrichen vernünftige Ausbildungsplätze garantieren. Und wenn von den privaten und öffentlichen Arbeitgebern nicht genügend Lehrstellen angeboten werden. sollen mit Hilfe einer Berufsbildungsabgabe der Unternehmer 700 Millionen Mark aufgebracht werden, um neue überbetriebliche Lehrwerkstätten zu schaffen;
- die Berufsausbildung in eine breitere Grund- und eine darauf aufbauende Fachbildung gegliedert werden, was die Wahl falscher Berufe eindämmen und die berufliche Beweglichkeit verbessern wird;
- ein neues "Bundesinstitut für Berufsbildung" eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Arbeitgebern und Gewerkschaften ermöglichen und damit eine effektivere Verzahnung zwischen Betrieb und Schule verwirklichen.

Außerdem soll eine Berufsbildungsstatistik als Frühwarnsystem dienen und helfen, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer (1973-1977; *1915 +1977) über die von Wissenschaftsminister Helmut Rohde (19741978) geplante Reform: "Die Betriebe sind verunsichert." Und Dortmunds Handelskammer-Präsident Hans Hartwig sieht seine "schlimmsten Erwartungen übertroffen".

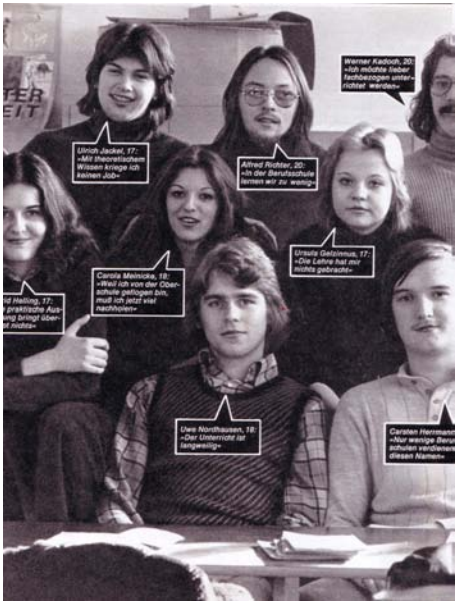
Die Furcht der Herren scheint unbegründet. Denn mit dem Regierungswechsel in Niedersachsen (1976) hat die CDU ihre Mehrheit in Bundesrat, der dem Berufsbildungsgesetz zustimmen muss, weiter ausgebaut. Der Bildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Gölter (1989/1990 Präsident der Kultusministerkonferenz), mobilisierte bereits die Ministerpräsidenten der Union gegen das Gesetz: "Wenn die Koalition nicht zur Kurskorrektur bereit ist, hat die Berufsbildungsreform keine Chance mehr." Gölter und seine Gesinnungafreunde indes wollen alles beim alten lassen, denn die alte Gesetzgebung von 1969 habe sich bewährt. Die Bundesregierung müsste sich mit einem kostspieligen Flickwerk begnügen, um wenigstens einen Teil der Jugendlichen von der Straße zu holen. Sie stellt schon jetzt 300 Millionen Mark für arbeitslose Jugendliche bereit, die sich weiter schulen lassen wollen.

Auch die Bundesanstalt für Arbeit ist großzügig. Für 27.000 Jugendliche bezahlt die Behörde Lehrgänge an Volkshochschulen und bei Hausfrauenvereinen und Gewerkschaften. Das Arbeitsamt zahlt jedem dieser Jugendlichen 300 Mark Unterhaltszuschuss, und die Arbeitgeber können sich auf den Föderlehrgängen die besten Arbeitskräfte aussuchen, um sie einzustellen - in den ersten zwölf Monaten werden bis zu 90 Prozent der Lohnkosten als Arbeitsförderungsmaßnahme vom Staat übernommen.

Das von der Bundesregierung angebotene Berufsgrundbildungsjahr nützt noch weniger, denn es wird nicht auf eine spätere praktische Ausbildung angerechnet. Hinzu kommt, dass die

Industrie es ablehnt, Lehrlinge einzustellen, die ein Jahr zusätzlich die Schulbank gedrückt haben. So schrieb der Personalchef der Kabel- und Metallwerke in Hannover einen Absagebrief an einen Lehrstellenbewerber, "da wir bei der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis laut Anrechnungsverordnng der Bundesregierug gezwungen sind, das Berufsgrundbildungsjahr voll anzurechnen . . .".

Resigniert sagte sich deshalb der zwanzigjährige Nobert Dittmer aus Frankfurt im letzten Jahr: "Was soll eigentlich der ganze Quatsch." Er nahm sein Glück selbst in die Hand. Im Frankfurter Stadtteil Bornheim trifft er sich jeden Morgen um 10 Uhr in einem Jugendhaus mit anderen Jugendlichen zum Frühstück, Am Anfang, vor einem halben Jahr, gingen sie gemeinsam zum Arbeits- oder Sozialamt, um sich Tips für Berufsförderung zu holen. Jetzt haben sie sich einen Lastwagen gekauft, um Fuhraufträge wie den Transport von Möbeln oder Klavieren auszuführen. Manchmal streichen sie unter Anleitung eines Tapezierers Wohnungen. Die Jugendlichen: "Wir wollen selber Unternehmer sein".



Die Jungen und Mädchen an der Dortmunder Gewerblichen Berufsschule haben große Pläne. Sie möchten Innenarchitekt, Ingenieur oder Bierbrauer werden. Doch die Aussichten sind düster. Denn schon heute haben 130 000 Jugendliche keinen Arbeitsplatz, weil der Staat die überfällige Reform der Berufsbildung verschleppt und die Industrie zu wenig Lehrstellen bereitstellt. Dabei muß diese Jugend in zwanzig oder dreißig Jahren die Renten ihrer Eltern verdienen

Was wird aus unserer Jugend?

1977

In Memoriam: Befreiungskampf - Folter - KZ: Der Lebensweg der Ana Ines Quadros zu Montevideo vor vielen, vielen Jahren

Die Ärztin, die von Deutschland vergessen wurde

Russland: Der Weg zum Wahnsinn - Arbeitslager, Irrenhäuser, Gefängnisse

Terrorismus – Deutschland im Herbst

Argentinien – verhaftet, verschwunden

Indonesien – Endlösung auf Buru

Afrika – Massenmorde unter schwarzen Diktatoren

Ostblock: Wo das Leben damals schwer und das Sterben leicht war

Chile – Foltergeneral Augusto Pinochet (*1915+2006)

Lettland – Unter roten Zaren verbannt

Folter in dieser Welt: Jeder kann der Nächste sein

Israel – Sippenhaft im Land der Bibel

Iran – von Deutschland verraten, vom Schah verfolgt

Brasilien – Furchtlose Kirche gegen Barbarei

Uruguay – Das KZ, das Freiheit heißt

In Memoriam: Befreiungskampf - Folter - KZ: Der Lebensweg der Ana Ines Quadros zu Montevideo vor vielen, vielen Jahren

Eines von vielen Schicksalen - vergilbt, verdrängt, unkenntlich zu den Akten gelegt. Ana Ines Quadros Herrera (Foto 1977 und 2010) war eine von 7000 Frauen, die im südamerikanischen Gefangenenlager Punta Rieles eingekerkert, geschunden, gefoltert - zerbrochen wurden. Denunziert vom Ehemann im Streit um das Sorgerecht ihrer Kinder. Ana Ines kämpfte gegen die Militärdiktatur, wurde Mitglied der revolutionären, marxistischen Partido por la Victoria del Pueblo - eine Tragödie.

*Stern, 14. April 1977**

Der Blick vom Balkon des Penthouse hat Postkartenqualität. Im sanften Bogen das weiße Sandufer der Playa Ramirez, mit langen Wellen dünt der Rio de la Plata den Strand hinauf. Teure Apartmenthäuser bilden den Hintergrund der Kulisse und schirmen sie gegen die schmuddelige City von Montevideo ab.

Die Traumwelt setzt sich im Inneren der Wohnung fort. Auf dem Parkett üppig verlegte Kashan- und Nain-Teppiche, ihr verhaltenes Leuchten weist auf antike Kostbarkeit. Italienische Meister aus dem 16. Jahrhundert geben dem Raum feierliche Strenge, die durch eine Kollektion verspielter Porzellanfiguren - Meißen, Sèvres, Wedgwood, Royal Kopenhagen - aufgelockert wird. Die aufgestellten Fotos im Silberahmen zeigen den Hausherrn mit Queen Elizabeth, Frankreich einstigem Präsidenten Georges Pompidou, mit Gustav Heinemann und Willy Brandt.

José Antonio Quadros (*1915+2004)hat ein langes Diplomatenleben hinter sich. Er hat sein Land Uruguay in den großen Zentren London und Paris und schließlich in Bonn vertreten. Die Familie der Quadros' gehört zum politischen Adel Südamerikas, einer der Vorfahren war Staatspräsident. Ehefrau Esther, eine geborene Herrera, kommt ebenfalls aus einer der ersten Familien: Ihren Namen trugen in Uruguay ein Präsident, ein berühmter Maler, ein Dichter. Nun haben die beiden sich für ihren Ruhestand im schönsten Stadtteil ihrer Heimatstadt Montevideo eingerichtet. Oft kommt ihre Tochter Mercedes zu Besuch, zartgliedrig, das ebenmäßige schöne Gesicht von langen schwarzen Haaren gerahmt. Mercedes hat noch eine Schwester, Ana Ines, ihr Foto steht auf dem Sofatischchen, lebhafte große Augen beherrschen das Porträt. Es ist ein Erinnerungsfoto, denn Ana Ines kann auf lange Jahre nicht in die Wohnung ihrer Eltern kommen. Sie sitzt. Sie ist im Konzentrationslager. Ihr Verbrechen war, dass sie eine eigene Meinung hatte; ihr Verhängnis war, dass sie einen Mann geheiratet hatte, der sie bei den Militärbehörden denunzierte, als die Ehe zu Bruch ging und es Streit um die Kinder gab.

Als sie heiratete, war Ana Ines 18 Jahre alt. Ihr Mann war nur drei Jahre älter, verwöhnter Sohn der reichsten Industriellenfamilie in Uruguay mit riesigen Ländereien, Fabriken für Zellulose, Lebensmittel, Exportfirmen. Die junge Frau hieß nun Ana Ines Quadros de Strauch. Wenn sie ihre Eltern in Deutschland besuchte - der Vater war im Oktober 1972 als Botschafter nach Bonn versetzt worden - ging sie mit Schwester Mercedes zum Tennisspielen in den Amerikanischen Club in Bad Godesberg. Den Teams auf den anderen Plätzen fiel es dann schwer, sich aufs Spiel zu konzentrieren. - Das ist lange her.

* mit Peter Koch und Perry Kretz

Als Ana Ines 1976 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires gekidnappt, gefoltert, nach Uruguay verschleppt, wieder gefoltert und schließlich ins Frauen-Konzentrationslager Punta Rieles gesteckt wurde, war sie gerade 31 Jahre alt geworden. Sie war inzwischen Mutter von einem Mädchen und zwei Jungen: Anes, 12. José Miel 10, und Martin,7.

Nach der Geburt ihres letzten Sohnes war die Ehe in eine Krise geraten. Es gab mehrere Gründe. Ana Ines suchte eine eigene Aufgabe, sie wollte sich nicht damit abfinden, als Ehefrau und Mutter in einem Luxushaus in den Tag hinein zu leben; im Wohlstand eingesperrt. Zwischen ihr und ihrem Mann kam es auch zu politischen Differenzen. In Uruguay gärte es, der Mann hatte kein Verständnis für ihren Ruf nach einer gerechteren Sozialordnung, Aus seiner Sicht der Dinge gehörte jeder hinter Schloss und Riegel, wer sich gegen die herrschenden Zustände aufbäumte.

Ana Ines begann Anfang der siebziger Jahre ein Jura-Studium an der Universität von Montevideo. Sie fand gleichsinnte Freunde unter den Studenten. Sie machte mit, als die jungen Leute in Flugblättern und Versammlungen gegen das immer unduldsamer werdende Regime, gegen die immer stärkere Vorherrschaft der Generäle agitierten. Ana Ines hatte sich dem radikal marxistischen Parteikader de la Victoria del Pueblo im Jahre 1973 angeschlossen, einer Organisation, die die Militärdiktatur zu Montevideo bekämpfte. Ana und Genossen sahen im bolivanischen Revolutionär Ernesto Che Guevara (*1928+1967) eines ihrer Vorbilder. Ihr Markenzeichen war antikapitalistisch, anti-autoritär. Sie träumte von Fabrikbesetzungen - hoffte auf einen "langen Marsch des Volkes". Ihr Trugschluss: Sie glaubte, die soziale Revolution stünde in Lateinamerika auf der Tagesordnung - mitnichten.

Anfang 1974 kamen die Eltern von Ana Ines nach Uruguay zurück. Der Vater hatte in Bonn unter Protest sein Amt aufgegeben. Nach dem Militärputsch und der zwangsweisen Auflösung des Parlaments im Juni 1973 hatte José Antonio Quadros dem Marionetten-Präsidenten Juan Marie Bordaberry (1972-1976) geschrieben, er wolle angesichts der undemokratischen Verhältnisse in Montevideo nicht länger sein Land im Ausland vertreten. Der Brief indessen blieb ohne Antwort. Auch sein zweites Schreiben. Daraufhin hatte José Antonio Quadros die Koffer gepackt und war mit seiner Frau einfach nach Hause geflogen. Er konnte es sich leisten, den Diplomatenjob wegzuwerfen. Ihm gehört eine große Hazienda in Uruguay.

Als die Eltern in Montevideo waren, trennte sich Ana Ines endgültig von ihrem Mann, Die Kinder nahm sie mit und gab sie ihren Eltern in Obhut.

Ihr Ehemann ging zur Polizei. Dort gab er wider besseres Wissen zu Protokoll: Ana Ines habe Verbindungen zu Terroristen, sie sei eine Staatsfeindin. Mit seinen Denunziationen wollte er das alleinige Sorgerecht für die Kinder bekommen. Ana Ines musste fliehen. Sie ging nach Argentinien. Mit ihr flohen viele der Studenten, die nach dem Staatsstreich der Militärs fürchten mussten, für ein paar Flugzettel oder spontane Reden eingesperrt zu werden. Das was im Dezember 1973.

Schwester Mercedes und die Eltern besuchten Ana Ines öfters, von Montevideo nach Buenos Aires ist es eine knappe halbe Stunde im Linien-Jet. Sie erzählten von den Kindern , die jetzt beim Vater waren und nur manchmal zu Besuch kamen. Ana Ines wollte zurück. Sie hatte zuletzt auch in Buenos Aires Angst. Seit dem 24. März 1976 war in Argentinien ebenfalls ein Offizier an der Macht, General Jorge Rafael Videla (1976-1981). Die Geheimdienste aus Uruguay und Argentinien arbeiteten jetzt eng zusammen bei der Jagd auf "Staatsfeinde". Täglich "verschwanden" Menschen spurlos, niemand wusste, was mit ihnen geschehen war. Über 30.000 Oppositionelle sollen erschossen, zu Tode gefoltert worden sein. Es waren nicht nur Argentinier, sondern in ständig steigender Zahl auch im Exil lebende Uruguayer.

UNO-Offizielle schätzen heute die Gesamtzahl der in Argentinien gekidnappten Uruguayer auf 800 Personen. In jener Zeit wurden auch zwei in Argentinien lebende uruguayische Politiker, der Ex-Senator Zelmar Michelini (*1924+1976) und Ex-Parlamentspräsident Héctor Gutiérrez Ruiz (*1934+1976) ermordet, weil sie Dokumentationen über die Verletzung der Menschenrechte in Uruguay nach USA und England geschickt hatten.

Mercedes Quadros besuche ihre Schwester Ana Ines noch einmal im Mai 1976. Sie riet ab, nach Montevideo zurückzukommen. Da sei die Gefahr für sie noch größer. In der Nacht zum 13. Juli 1976 war Ana Ines dran. Sie wurde auf der Straße gegriffen. Ehe ihre Häscher sie in ein Auto zerren konnten, schrie sie ein paar Passanten ihren Namen zu. Das war das letzte, was von ihr gehört wurde.

Die Zeitung Buenos Aires Herald berichtete über den Vorfall. Im Vergleich zu Uruguay ist in Argentinien die Presse noch relativ frei. Daraufhin flog der Vater von Ana Ines sofort in die argentinische Hauptstadt. Er fragte das Rote Kreuz, den uruguayischen Botschaftrer, alarmierte das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen, das in Buenos Aires in der Sùipacha 280, mitten im Einkaufsviertel, untergebracht ist. - Niemand konnte ihm sagen, was mit seiner Tochter geschehen war.

Wochen vergingen mit hoffnungslosen Suchaktionen und langem Warten. Es war die Zeit, in der fast täglich aus dem Grenzfluss Rio de la Plata Leichen gefischt wurden, verstümmelte Menschen mit entstellten Gesichtern und abgehackten Händen, um eine Identifizierung unmöglich zu machen.

Was Ana Ines Quadros nach ihrer Festnahme durchmachen musste, geht aus dem Bericht eines Augenzeugen hervor. Enrique Rodriguez Larreta (*1921+1977), Enkel des Gründers der Blancos-Partei, einer der traditionellen politischen Gruppierungen im einst demokratischen Uruguay, hat diesen Report Anfang 1977 verfasst. Und das kam so:

Auch Laretta suchte im Juli 1976 in Buenos Aires sein Kind, seinen 26 Jahre alten Sohn Enrique Rodriguez Larreta Martinez. Der Junge war bis 1972 in Uruguay Studentenführer gewesen. Dann hatte ihn die Armee gegriffen und hinter Gittern gesetzt. Doch damals funktionierte in Uruguay noch halbwegs der Rechtsstaat. Der Prozess gegen den Jungen musste aus Mangel an Beweisen eingestellt werden. Dennoch wollte der Ex-Studentenführer nun nicht mehr länger in Uruguay bleiben. Er siedelte mit seiner Frau Raquel Nogueira Paullier nach Argentinien über, nahm einen Job bei der Zeitung El Cronista Comercial an und lebte legal angemeldet in der Straße Victor Martinez 1488 in Buenos Aires. Am 1. Juli 1976 plötzlich wurde der Vater, der in Montevideo geblieben war, von seiner Schwiegertochter angerufen. Sie sagte ihm , dass sein Sohn spurlos verschwunden sei.

Vater Larreta flog nach Buenos Aires, machte sich auf die Suche. Er sprach mit Dr. Mones Ruiz vom Hohen Kommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Naionen und dem Militärvikar, hatte Termine beim Subsekretariat der Episkopalen Konferenz und bei der Justizkammer. Doch keiner konnte ihm einen Hinwies auf den Verbleib seines Sohnes geben.

Schon fast zwei Wochen dauerte die Suche. Während dieser Zeit lebte der Vater im Haus seines Sohnes und seiner Schwiegertochter in der Victor Martinez 1488. In der Nacht vom 12. zum 13. Juli 1976 wurde plötzlich die Eingangstür des Hauses aufgebrochen, ein Dutzend bewaffneter Männer stürmten in das Gebäude, fesselte Schwiegertochter und den Vater Laretta und verschleppten beide.

Die zwei waren Opfer eines Großeinsatzes argentinischer und uruguayischer Geheimpolizei gegen in Buenos Aires lebende Uruguayer geworden, die mit Zeitungsartikeln, Broschüren und Reden die Unterdrückung in ihrem Heimatland angeprangert hatten. In derselben Nacht wurde Ana Ines Quadros gekidnappt. Alle Gefangenen wurden in dasselbe Verlies gebracht, eine kleine Garage in der Straße Venacio Flores in Buenos Aires. Ein paar Gefangene aus früheren Einsätzen waren schon hier. Allen waren die Augen verbunden, die Hände auf den Rücken gefesselt. Das sollte so bleiben, für Tage, für Wochen.

In den nächsten Stunden lernte der alte Larreta seine Leidensgefährtin kennen. Er sprach mit Ana Ines. Eine junge Mutter, Sara Rita Mendez, schilderte ihm ihr Schicksal. Bei der Festnahme hatte man der Frau ihr Baby weggenommen, der kleine Simon Lompodio Riquelme war gerade 2o Tage alt gewesen. Und in dieser Garage fand Larreta auch seinen Sohn wieder. Er erkannte ihn an seiner Stimme.

Insgesamt waren an die dreißig Gefangene in diesem Loch, Männer und Frauen. Es gab nur ein einziges Klo gleich rechts neben dem Eingang. Geschlafen wurde auf dem Fussboden, er war voll Öl, Dreck und Sägespänen. Es gab, besonders in den ersten Wochen, wenig zu trinken, fast nichts zu essen. Manchmal stellten die Soldaten einen Eimer mit Wasser in den Raum und eine Schüssel mit Kartoffeln. Nur dann wurden den Gefangenen für kurze Zeit die Fesseln abgenommen. Was in der Garage an Schrecklichem geschah, hat Larreta in seinem Bericht festgehalten. Es heißt daran wörtlich:

"Mehrere der Anwesenden brachte man gleich nach meiner Ankunft zum ersten Stock, wo sie vernommen werden sollten. Fürchterliche Schreie hallten kurz darauf durch das Haus, offensichtlich wurden sie barbarisch gefoltert. Dies bestätigte sich, als sie wieder runtergebracht wurden. Die Wächter schleppten sie rein. Man hörte Klagen und Stöhnen. Sie wurden auf den Zementfussboden geworfen, es wurde uns verboten, ihnen Wasser zu geben, weil sie in der 'Maschine' waren, wie die Wächter sagten."

"Am darauffolgenden Abend brachte man mich in die oberen Stockwerke, wo ich unter Folter verhört wurde. Ich musste mich ganz ausziehen, und ich an den Handgelenken aufgehängt, zirka 20 bis 30 cm über dem Boden. Gleichzeitig bekam ich eine Art Lendenschurz mit mehreren elektrischen Anschlüssen. Wenn er angeschlossen wird, bekommt man Stromstöße an mehreren Teilen des Körpers gleichzeitig, besonders an den sensibelsten Zonen. Diesen Apparat nannten sie 'Maschine'. Der Fussboden , über dem die Gefangenen aufgehängt werden, ist sehr nass und mit groben Salzkristallen bestreut. Dies soll den Zweck erfüllen, die Folterungen fortzusetzen, falls der Gefangene es schafft, die Füsse auf den Boden zu stellen. Die Stromschläge sind dann noch heftiger, und die groben Salzkristalle schneiden die Haut auf. Manche meiner Mitgefangenen rutschten aus der Fesselung und fielen zu Boden, wobei starke Verletzungen eintraten. Ich erinnere mich besondes an den Fall einer Frau, die, wie ich später erfuhr, Edelweiß Zahn des Andrés hieß. Sie hatte Schnittwunden an der Schläfe und an den Knöcheln, die sich später entzündeten."

"Während ich gefoltert wurde, fragten sie mich über die politischen Aktivitäten meines Sohnes aus und über eine 'Partei für den Sieg des Volkes', in der mein Sohn angeblich Mitglied war. Wegen des starken Schweißausbruchs löste sich meine Augenbinde etwas, und an einer Wand konnte ich ein Porträt von Adolf Hitler erkennen."

"Ich kann nicht genau sagen, wie lange ich gefoltert wurde. Ich glaube, es war ungefähr eine halbe Stunde. Andere aber wurden nach meiner Einschätzung zwei bis drei Stunden gefoltert."

Geleitet wurden die Folter und Verhöre von Offizieren des CID, des uruguayischen Geheimdienstes. An ihrer Spitze stand ein Major Gavazzo, vermutlich der Verantwortliche des ganzen Kidnapping-Unternehmens. Tatsächlich war Major José Nino Gavazzo Chief Operating Officer der Information Service Defensa de Uruguay. Als solcher war er direkt verantwortlich für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit; 140 Uruguayer blieben unauffindbar. Beteiligt waren außerdem auch Offiziere der uruguayischen Armee. Sie redeten sich vor den Gefangenen mit Oscar an und setzen dahinter eine Nummer, die wohl dem Rang entsprach. Oscar I jedenfalls ein Mann von untersetzter Statur und weißem Haar, etwa 45 Jahre alt, war offensichtlich der Ranghöchste. Er gab die Kommandos.

Als Ana Ines zum erstenmal an der Reihe war, wurde sie nach einer Stunde ohnmächtig auf den Garagenboden geworfen. Sie kam in den folgenden Tagen noch öfters dran. Die Eingekerkerten dämmerten in der Garage dahin. Wann es Tag war, konnten sie an den Geräuschen von draußen erkennen. Sie hörten den Lärm spielender Kinder auf einem nahegelegenen Schulhof. Das Rattern der Züge zeigte an, dass dicht am Folterhaus eine Bahnlinie vorüberführte.

Am 19. Juli 1976, gegen Abend, schleppten die Soldaten einen großen Tank in die Garage. Den Entführten wurden die Binden abgenommen. Die Soldaten sagten, man werde ihnen in dem Tank "den Kopf saubermachen". Dann stürzten sie sich auf einen der Gefangenen, Carlos Santucho. Er war ein junger Argentinier, etwa 20 Jahre alt. Sein Verbrechen bestand daran, dass er der Bruder des Guerillakämpfers Mario Roberto Santucho (*1936+1976) war. Carlos selbst war nie politisch aktiv gewesen.

An diesem 19. Juli 1976 war sein Bruder Mario Roberto bei einem Feuergefecht ums Leben gekommen. Ein Hauptmann der argentinischen Armee war ebenfalls getötet worden. Carlos Santucho wurde mit Ketten an Händen und Füssen gefesselt, dann über ein Laufrad, das an der Garagendecke befestigt war, hochgehievt und in den Tank versenkt. Ein paarmal wurde er kurz vor dem Ersticken hochgezogen. Die Soldaten prügelten auf ihn ein. Dann versenkten sie ihn wieder. Die anderen Gefangenen sahen, wie Carlos unter Wasser zuckte, dann still liegen blieb. Den leblosen Körper zogen die Soldaten hoch, schmissen ihn in den Kofferraum eines Wagens und fuhren ihn weg. Unter denen, die die Marter von Carlos mit ansehen mussten, war auch seine Schwester Manuela Santucho.

Eine Woche später, am 26. Juli 1976, wurde den Gefangenen mitgeteilt, sie würden jetzt woanders hingebracht. Nun wurde ihnen auch noch mit Klebestreifen der Mund verklebt. Sie mussten auf einen Lastwagen klettern und sich hinlegen. Dann deckte man Bretter über sie, die von den Seitenwänden des Lkw gehalten wurden. Auf die Bretter luden die Soldaten Kisten und Pakete. Sie unterhielten sich über den Inhalt: Fernsehapparate, Kühlschränke, Schreibmaschinen, Haushaltsgeräte, Fahrräder, Bücher - alles Dinge, die sie bei ihrer Nacht-und-Nebel-Aktion in den Häusern ihrer Opfer geplündert hatten. Die Soldaten lachten. "Erobert auf dem Schlachtfeld!" Und sie riefen sich zu, dies sei schon die vierte Fuhre.

Der Lkw fuhr dann mit großem Tempo los, vorweg Motorräder und Personenwagen mit Sirene. Nur zwei Mann aus der Gruppe der Entführten blieben zurück. Noch wusste niemand, was das zu bedeuten hatte. Auf einer Militärbasis in der Nähe des Stadtflughafens von Buenos Aires mussten die Gefangenen in ein Flugzeug steigen. Enrique Rodroguez Larreta konnte unter der Augenbinde hindurch erkennen, dass es eine Propellermaschine der uruguayischen Luftlinie PLUNA war, Typ Fairchild. Nach einer Stunde Flug landete die Maschine auf einer Militärbasis neben dem Flughafen Carrasco von Montevideo.

Außer der Tatsache, dass sie in Uruguay waren - nicht freiwillig, sondern verschleppt -, änderte sich nicht viel für die Gefangenen. Sie kamen ins Haus, blieben in Handschellen , behielten eine Binde vor den Augen, wurden weiter gefoltert: Stromstöße, Peitschenhiebe und "U-Boot", das Eintauchen des Kopfes unter Wasser bis fast zum Ersticken. Den Raum, in dem die U-Boot-Folter stattfand, nannten die Schergen "das Zimmer mit dem Eimer".

Ab 23. August 1976 hörten die Foltereien auf. Später sollte die Gruppe auch erfahren, weshalb die Soldaten so lange versucht haben, aus ihnen Geständnisse über geheime Waffenlager, die es nicht gab, und über geheime Staatsstreiche, die es auch nicht gab, heraszupressen. Zwei der Gekidnapten waren schon bei den Verhören in Argentinein übergelaufen: Um ihre Freiheit zu erkaufen, hatten sie den anderen angedichtet, einen Umsturz zu planen. Als die uruguayischen Schergen schließlich einsehen mussten, lauter harmlose Oppositionelle eingefangen zu haben, suchten sie nach einem Ausweg.

Eines Tages machte Major José Nino Gavazzo, der schon in Buenos Aires dabeigewesen war, seine Opfer auf ihre neue Lage aufmersam: Die Sicherheitskräfte Uruguays hätten sie vor "den argentinischen Mördern befreit, die euch nach oben schicken wollten, um die Harfe mit Petrus zu spielen."

Gavazzo, das wurde den Gefangenen schnell klar, wollte etwas von ihnen. Er schlug ein Abkommen vor, das ihre Anwesenheit in Uruguay erklären sollte: Die Gefangenen sollten in der Nähe von Port Negro eine Invasion vortäuschen, sie würden dann von den urugayischen Streitkräften "entdeckt". Wenn sie dies später vor Gericht zugäben, bekämen sie höchstens 15 bis 30 Jahre Haft. Wenn sie nicht mitmachten , könne er sie erschießen lassen. Gavazzo zeigte auf zwei Soldaten mit MP, die er mitgebracht hatte. Er brauchte dann nur die Blutspuren abwaschen zu lassen und die Einschüsse in den Wänden zu füllen. Niemand wisse ja etwas von ihrem Verbleib.

Die Gefangenen lehnten ab. Sie erklärten Gavazzo, sie würden überhaupt kein Abkommen unterschreiben, solange nicht das Baby der jungen Rita Mendez herbeigeschafft sei.

Ende September kam Major Gavazzo mit einem neuen Vorschlag: Die Armee werde eine Gruppe der Gefangenen, darunter Ana Ines Quadros, bei einem "konspirativen Treffen" überraschen. Sie kämen dann unter Anklage , einer "subversiven Vereinigung" anzugehören. Der andere Teil der Gruppe werde in verschiedenen Hotels in Montevideo, wo sie sich mit falschem Namen registriert haben müssten, verhaftet werden. Diese Leute kämen nur wegen "Unterstützung einer subversiven Vereinigung" unter Anklage.

Auch als Gegenleistung wurde jetzt mehr versprochen: sechs bis 18 Jahre Haft höchstens, überdies nach drei Jahren die Möglichkeit, ein Gnadengesuch einzureichen. Rita Mendez überredete ihre Leidensgefährten einzuwilligen. "Ich habe mein Baby nur 20 Tage gekannt", sagt sie, "jetzt sind schon fast vier Monate vorbei, ich würde es ja nicht einmal wiedererkennen." (Heute sitzt Rita Mendez im Frauen-KZ Punta Rieles und ist psychisch schwer krank aus Sehnsucht nach ihrem Kind, das sie nie mehr wiedersah.)

Am 23. Oktobr 1976 lief die Posse an. Ana Ines und vier weitere wurden in ein Haus im Badeort Shangrilla nahe Montovideo gebracht. Die Armee umstellt das Haus. Von Fernseh-Kameras gefilmt, wurden die fünf zur "Kapitulation" gezwungen und verhaftet. Im Eifer des Gefechts nahm die Armeegruppe gleich auch noch die in zivil gekleideten Soldaten fest, die im Haus die Überwachung der fünf übernommen hatten. Noch immer wussten die Eltern von Ana Ines nichts über den Verbleib ihrer Tochter, sie wussten nicht einmal, ob sie überhaupt noch lebte. José Anonio Quadros, der Ex-Botschafter von Bonn, wollte nun nach Washington fliegen, um vor dem US-Kongress das Los seiner Familie zu schildern und die Machthaber seines Landes anzuklagen.

Das Flugticket war für den 29. Oktober 1976 gebucht. Am Vorabend des Abfluges, am 28. Oktober gegen 17 Uhr, brachte das uruguayische Fernsehen die Meldung, dass eine große Verschwörergruppe von den Sicherheitskräften des Landes ausgehoben worden sei. Dazu lief der Fernsehbericht mit dem im Badeort Shangrilla gefilmten Kriegsspiel. Weitere "Staatsfeinde" seien in Hotels von Montevideo festgenommen worden (Tatsächlich hatten die neun für diese Aktion vorgesehenen Gefangenen gar nicht das Folterhaus verlassen dürfen, ihre Rollen hatten weibliche Polizistinnen und Soldaten in Zivil übernommen).

Auf dem Fernseher erkannte José Antonio Quadros seine Tochter wieder. Nach vier Monaten Ungewissheit wusste er wenigstens, dass sein Kind noch lebte.

José Quadros, selbst Jurist, schrieb sofort an die Militärbehörden, er wolle die Verteidigung seiner Tochter übernehmen. Er bekam nie eine Antwort. Ana Ines Quadros erhielt einen Militäranwalt zugewiesen. Sie wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Wochen später erfuhren dann die Quardos' auch den Aufenthaltsort ihrer Tochter. Ein Soldat kam vorbei mit einer Liste persönlicher Dinge, die Ana Ines brauchte: Zahnbürste, Decken, Wäsche. Der Soldat sagte den Eltern, ihre Tochter sitze in Punta Rieles.

Am 18. Dezember 1976 sahen die Quadros' ihre Tochter zum erstenmal wieder, im Besucherzimmer des KZ. Ihre Haare waren auf fünf Zentimeter Länge gestutzt, sie sah bleich aus. Das Gespräch musste schreiend geführt werden, Eltern und Tochter saßen einige Meter auseinander. Zwischen ihnen hockte ein Soldat.

Alle vierzehn Tage ist nun ein Treffen in der Zelle gestattet. Besuchszeit: 30 Minuten.

Am 22. Dezember 1976 wurde Enrique Rodriguez Larreta(*1921+1977) freigelassen. Trotz aller Folter - die Narben sind noch heute an seinen Handgelenken sichtbar - hatten die Militäs aus Larreta nicht mehr herauspressen können, als dass er auf der Suche nach seinem Sohn gewesen war, als er im Haus seiner Schwiegertochter verhaftet wurde. Larreta ließ sich trotz immenser Schmerzen nicht einschüchtern. Er hielt stand.

Nach seiner Freilassung blieb Laretta nur noch wenige Wochen in Montevideo. Er hatte sich entschlossen, Uruguay zu verlassen, um im Ausland auf die schlimme Lage in seiner Heimat hinzuweisen.

Oft fuhr Larreta während seiner letzten Wochen nach Uruguay raus zum KZ Libertad. Dort ist sein Sohn eingesperrt, wegen angeblicher "Mitgliedschaft einer subversiven Vereinigung". Der Junge hat jetzt die Gefangenennummer 2126, er sitzt im dritten Stock, Sektion B. Am 8. Februar besuchte der Vater ihn zum letzten Mal. Laretta flog dann nach Genf, schrieb dort den Bericht über das Schicksal der Gefangenengruppe minuziös nieder. Die Dokumentation überreichte er Prinz Aga Khan (*1933+2003), dem UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen (1965-1977). Aga Khan versprach, er werde diesen Fall aufgreifen.

Doch Erfolg hatte der Prinz nicht. Ein halbes Jahr später erklärte der Leiter der südamerikanischen Sektion für das Flüchtlingskommissariat, George Koulischia, auf Anfrage: "Wir unternehmen permanent Anstrengungen in dieser Sache. Doch über den Erfolg können wir nichts sagen, denn wir müssen diskret bleiben."

Immerhin fand Koulischia, dass der von Laretta geschilderte Fall der Ana Ines Quadros besonders bedeutend sei, denn: "Es handelt sich um ein menschliches Wesen." - Na denn ... ...

Die Ärztin, die von Deutschland vergessen wurde

Unvergessliche Notizen aus den siebziger Jahren: Ein Jahr war die deutschstämmige Ärztin Dr. Gladys Sannemann im Konzentrationslager Emboscada in Paraguay. Sie wusste nichts vom Schicksal ihres verhafteten Mannes und ihrer Kinder. Die deutsche Botschaft kümmerte sich nicht um sie. Nach vielen Irrwegen kam die Familie schließlich in die Bundesrepublik. Hier wurde den mittellosen Sannemanns als erstes die Rechnung für die Flugtickets präsentiert: 7.609,53 Mark. Angst zeichnet ihr Leben.

*Stern, 28. April 1977**

Die Fachärztin für klinische Medizin und Allergien, Dr. Gladys Sannemann (*1929), ist schon ein paarmal in ihrem Leben Opfer ihres Berufes geworden. Seit ihr Beruf zum erstenmal eine Entscheidung gegen die Karriere verlangte - es liegt schon fast 20 Jahre zurück - ist sie eine Gezeichnete. Die Ärztin, sie hieß damals noch Gladys Meillinger, hatte gerade ihr Examen beendet und arbeitete im Polizeihospital von Asunción, der Hauptstadt des südamerikanischen Zentralstaates Paraguay.

"Es war im Jahr 1958. Ein Mann war im Polizeiquartier durch Schläge getötet worden. Die Polizeibehörden verlangten von mir, ich sollte eine andere Todesursache angeben. Ich habe das nicht machen wollen."

Von nun an war sie suspekt.

Hinzu kam, dass die Ärztin einen Mann heiratete, der aus seiner Ablehnung des Willkür-Regimes von General Alfred Stroessner (*1912+2006) keinen Hehl machte. Stroessner, 1954 durch einen Putsch in Paraguay an die Macht gekommen, war bis zum Jahr 1989 Südamerikas dienstältester Caudillo, ein Relikt aus der klassischen Zeit der Revolution. Er sicherte sich eine lange Amtszeit, indem er Verfolgungen und Folterungen zu seinem Regierungsstil machte. Stroessner steckte Mitglieder der Oppositionsparteien ins Gefängnis, dergleichen Rechtsanwälte, Universitätsprofessoren, Journalisten und Studenten, sobald sie die Beachtung der Menschenrechte forderten; Mitglieder der Kommunistischen Partei sowieso, aber auch Priester, die sich um das Los der von Großgrundbesitzern unterdrückten Eingeborenen kümmerten, und ebenso Eingeborene, die sich in Obhut der Priester begeben hatten. Selbst Anhänger der regierenden Colorado-Partei waren vor ihrem General nicht sicher. Allein im Monat November des Jahres 1974 wurden zwischen 800 und 1200 Bürger verhaftet. Auf den Polizeistationen und in Konzentrationslagern foltern die Vernehmungsoffiziere ihre Opfer. Da politische Gefangene nicht vor Gericht gestellt werden, verbüßen sie ihre Strafen auf unbestimmte Zeit.

---

* mit Peter Koch und Perry Kretz

Der Volkswirtschafts-Student Rodolfo Jorge Sannemann war Mitglied der Colorado-Partei, allerdings kein folgsamer. Er sympathisierte mit einer Abgeordnetengruppe, die vom Präsidenten die Ablösung des obersten Polizeichef des Landes verlangte. Der Präsident löste statt dessen das Parlament auf, die Abgeordneten verloren den Schutz der Immunität, und viele von ihnen verschwanden in Gefängnissen. Die Kritiker gründeten die Movimiento Popular Colorado (Colorado-Volksbewegung), keine militante Widerstandsgruppe, nur eine allgemeine Protestbewegung. Aber weil sie großen Zulauf hatte, sah Alleinherrscher Stroessner in ihr eine Gefahr. Die Treibjagd auf ihre Anhänger begann.

Sannemann und seine junge Frau entschlossen sich zur Flucht. Sie gingen nach Argentinien, das damals noch keine Militärdiktatur war. Denselben Weg wählten in den sechziger Jahren Hunderttausende von Paraguayern. Allein in der Hauptstadt Buenos Aires leben heute rund 350.000 einstige Untertanen des Generals Alfredo Stroessner. Das Ehepaar Sannemann begann im argentinischen Exil ein neues Leben. Sie eröffnete in Candelaria eine Praxis, er fand eine Anstellung als Buchhalter, 1960 kam ihr Sohn Martin Federico, 1962 ihre Tochter Ruth Maria zur Welt.

Wenn die Ärztin Dr. Gladys Sannemann und ihr Mann Rodolfo ihren Lebens- und Leidensweg schildern, muss man genau zuhören. Die Stationen wechseln häufig zwischen Argentinien und Paraguay, und keiner dieser Wechsel ist freiwillig. Polit-Odysee 1977.

Genauso kompliziert ist die Klärung der Staatsbürgerschaft. Die Eltern des Mannes und der Frau waren Deutsche, die nach dem Ersten Weltkrieg nach Paraguay auswanderten. Rodolfo wurde in Concepción geboren, Gladys in Asunción, sie besaßen die deutsch-paraguayische Staatsbürgerschaft. Im Exil in Argentinien hatten sie einen paraguayischen Pass. Seit dort allerdings am 24. März 1976 auch die Militärs die Macht übernahmen, besann das Ehepaar Sannemann sich seiner deutschen Herkunft. Zum Nachdenken bekamen sie viel Zeit, denn sie landeten gleich in den ersten Tagen nach dem argentinischen Militär-Putsch als politische Gefangene hinter Gittern.

Frau Dr. Gladys Sannemann erzählt: "Ich wurde verhaftet am 24. März 1976 in Candelaria in Argentinien. Das Militär hatte gerade in Buenos Aires die Macht übernommen. Es war ungefähr neun Uhr morgens, in meinem Sprechzimmer nahm ich eine gynäkologische Untersuchung an einer Frau vor, als es plötzlich furchtbar gegen die Tür polterte. Etwa zehn Mann stürzten herein. Sie waren in Zivil, alle hatten über der Schulter eine Maschinenpistole. Wie ich später merkte, waren es Leute vom Heer, der Gendarmerie und der Provinzpolizei. Meinen anderen Patienten, die im Flur saßen, riefen sie zu. 'Haut ab, aber schnell.' "

"Zu mir sagten sie: 'Das ist eine Hausdurchsuchung. Einen der Männer kannte ich. Er was einmal Vertreter für pharmazeutische Produkte gewesen. Der wusste genau, wie meine Praxis aussah, dass die Haustür nie verschlossen war. Er wies den anderen den Weg. Ich sagte zu ihm: 'Na, da sind Sie ja zu einem lukrativen Beruf übergewechselt.' Er antwortete: 'Es tut mit leid, dass ich der erste bin, der hier hereinkommen muss.' Ich habe zunächst einmal die Untersuchung der Frau beendet. Die Frau hatte ein kleines Kind mit und war sehr verängstigt. Die Männer durchsuchten erst das Behandlungszimmer, dann meine Privaträume, dann den Patio, die halboffene Halle in der Mitte. Die Wände tasteten sie mit Metalldetektoren ab. Sie suchten offensichtlich Waffen. Einen Grund für ihr Eindringen sagten sie mir nicht."

Die Ärztin überlegte, was die Aktion ausgelöst haben könnte. Vor zwei Jahren hatte sie in der Klinik der nahen Provinzhauptstadt Posadas zwei Männer mit Schussverletzungen behandelt. Sie hatte später gehört, es sollen Kommunisten gewesen sein. Oder war es wegen ihres Mannes, der noch immer der Movimiento Popular Colorado angehörte? Aber das war ja schließlich eine paraguayische Angelegenheit, das ging doch Argentinien nichts an.

Dr. Gladys Sannemann: "Die Soldaten waren endlich fertig. Im Keller hatten sie etwas gefunden: das Druckluftgewehr meines Sohnes. Das lag dort bei seinen Angelsachen und Sportgeräten. Sie nahmen es mit. Sie steckten auch ein paar hundert Dollar ein, die wir in einer Kommode liegen hatten, weil wir zu einem wissenschaftichen Kongress reisen wollten. Und einen Fotoapparat. Mich nahmen sie dann in die Mitte und verließen das Haus. Die Kinder blieben zurück. Mein Mann war nicht da, er war auf einer Reise."

Die Männer fuhren mit der Ärztin nach Posadas. Von dort aus durfte Frau Sannemann Kollegen anrufen und sie bitten, sich um die zurückgelassenen Kinder zu kümmern. In der Polizeistation von Posadas wurde Dr. Sannemann in eine kleine Zelle gesteckt. Sie versuchte, einen Anwalt zu erreichen. Es war der Jurist einer Firma - Tabak, Sägewerk - , deren Mitarbeiter Frau Sannemann ärztlich betreute. Der Rechtsanwalt wurde daraufhin ebenfalls verhaftet.

Von nun hatte Frau Sannemann überhaupt keine Verbindung mehr zur Außenwelt. Sie wusste nicht, was mit ihrem Mann und den Kindern inzwischen geschehen war. Nur den Verhaftungsgrund konnte sie jetzt erahnen. Bei gelegentlichen Verhören fragten die Polizeioffiziere immer wieder, wie groß die Bewegung sei, der ihr Mann angehöre, zu welchen argentinischen Extremisten-Organisationen er Kontakt habe. Frau Sannemann sagte, dass die Movimiento Popular Colorado keine Terrororganisation sei, dass sie mit friedlichen Mitteln eine Änderung der Zustände anstrebe, und zwar in Paraguay, nicht in Argentinien. Die Ärztin erinnert sich: "Die Zelle war klein, feucht, dunkel. Einmal wurde ich von einer Zellenaufseherin zu einer anderen Mitgefangenen geführt, weil diese kurz vor der Entbindung stand. Ich habe die Frau untersucht. Deswegen bekam ich dann Ärger mit dem Polizeioffizieren. Der Kontakt zu anderen Gefangenen war streng verboten. Ich wurde daraufhin wieder in meine kleine, enge Zelle gesperrt."

Am 28. Juli, nach vier Monaten Haft, wurde Frau Sannemann in einen VW-Transporter geladen und zur Grenze nach Paraguay gebracht. Dort nahm sie ein Inspektor in Zivil in Empfang. Es ging weiter nach Asunción. Nach 17 Jahren sah die Ärztin ihre Heimatstadt wieder. Die paraguayische Hauptstadt hatte sich stark verändert. Dort, wo früher einstöckige spanische Bürgerhäuser gestanden haben, ragten jetzt Wolkenkratzer in die Höhe. Stroessner hat sein Land eng an die USA angebunden, militärisch und wirtschaftlich.

Seine Soldaten lässt Stroessner im amerikanischen Ausbildungszentrum in der Panama-Zone drillen, ein Vertrag ermächtigt die USA, bei kommunistischen Aufständen in Paraguay einzumarschieren. Während des Vietnamkrieges (1964-1975) hatte Diktator Alfredo Stroessner den USA Söldnertruppen angeboten. Den amerikanischen Wirtschaftskonzernen öffnete Artikel 10 der paraquayischen Verfassung die Tür: "Der Staat soll die Investitionen mit ausländischem Kapital von Produktionsbetrieben begünstigen als notwendige Ergänzung für die nationale Entwicklung." Die ausländischen Investoren liessen sich angesichts einer Durchschnitts-Lohnquote von vier Mark pro Tag nicht lange bitten. Vor kurzem erst wurde der nordamerikanischen "Anschütz-Corporation" die Ausbeutung der Bodenschätze im gesamten Westparaguay übertragen.

Die inländische Wirtschaft hingegen ist fest in den Händen des Stroessner-Clan. Fast die Hälfte des Handelsvolumen "erarbeitet" der Staat - mit Schmuggel. Wo immer es ein Preisgefälle gibt zwischen den südamerikanischen Nachbarländern - oder auch zu den USA -, übernimmt Stroessners Militär den Transport der Konterbande: elektrische Geräte , Autos, Zigaretten und Kaffee gehören zum Schmuggel-Sortiment. Fällt einmal eines der altersschwachen Flugzeuge der paraguayischen Luftwaffe herunter, finden sich an der Aufschlagstelle mit Sicherheit zertrümmerte Whiskykartons, Goldbarren, Kokain-Schachteln,Heroin-Päckchen,Waffenkisten.

Die wirtschaftlichen Veränderungen in ihrem Heimatland konnte Frau Sannemann allerdings nur durch Gitterfenster betrachten: "Ich wurde beim Untersuchungs-Departement der Polizei in der Innenstadt von Asunión abgeliefert. Ich bekam einen größeren Raum zugewiesen, keine Zelle. Das war wohl eigentlich ein Vernehmunsgszimmer. Es gab Scheinwerfer und Reflektoren, an den Wänden hingen Peitschen aus Draht und kleinen Metallkugeln an den Enden. Es gab ein Sofa wie in einem ärztlichen Behandlungszimmer. Ein Soldat sagte mir später, dort habe ein Chilene Hypnosen an den eingelieferten Leuten vorgenommen. Vor Ekel habe ich nicht auf dem Sofa, sondern immer auf dem Boden geschlafen. Freunde aus Argentinien, die meinen Aufenthalt erfahren hatten, wollten mir 400 000 Pesos bringen, das waren damals ungefähr 1700 US-Dollar. Sie lieferten sie bei der Oberaufseherin ab. Ich habe das Geld nie gesehen. Ich wurde häufig verhört, von ganz jungen Leuten. Es waren Rechtsanwälte, die sich bei der Polizei verdungen hatten."

"Nach sechs Wochen wurde ich verlegt. Ich kam in das Lager Minas bei Emboscada, rund 30 Kilometer außerhalb von Asunción. Das Lager ist ein riesiger Häuserblock, es sieht mit seinen Wachtürmen aus wie eine Festung. Es ist von einer zwölf Meter hohen Mauer umgeben, auf ihr patrouillieren ständig Soldaten. Wir waren rund 350 politische Häftlinge. Es gab zwei Abteilungen, für Männer und Frauen. Mehrere der Frauen hatten Kleinkinder bei sich, die hatten sie im Polizeihospital geboren. Einige der schwangeren Frauen, die dort hingebracht wurden, hatten Fehlgeburten, weil sie geschlagen und gefoltert worden waren. Einige Häftlinge hatten schon sehr lange - bis zu 16 Jahren - in Gefängnissen gesessen. Sie waren oft sehr krank, sterbenskrank, Ruhr, Typhus, grippale Infekte, Hautkrankheiten. Viele raffte das faulige Wasser dahin, das es zu trinken gab. Viele Kinder weinten vor Durst und Hunger. Schreie begleiteten ihre fortwährenden Ohrenschmerzen. Temperaturen um die 40 Grad, Durchfall, Erbrechen ohne Pause. Einmal in der Woche kam eine Polizeiärztin, aber von der wollte sich niemand behandeln lassen. Daraufhin habe ich den Lagerleiter gebeten, meine Mitgefangenen endlich ärztlich versorgen zu dürfen."

Lagerleiter in Minas ist der berüchtigte Oberst Grau. Im Jahre 1975 erreichte seine militärische Karriere ihren Höhepunkt. Unter seinem Befehl wurden mehrere neue Siedlungen niedergebrannt, die von der katholischen Kirche errichtet worden waren, um die verarmten Campesinos, Kleinbauern, im Landesinneren zu Genossenschaften zusammenzuführen und ihnen die Möglichkeit zum Schulunterricht zu geben. Hunderte von Campesinos wurden gefangen genommen, gefoltert oder getötet. Einige wurden vor den Augen ihrer Frauen und Kinder geköpft. Priester und die Wissenschaftler, die an den Siedlungsprojekten gearbeitet hatten, verschwanden als "Aufwiegler" hinter Gefängnisgittern.

Militär und Polizei in Paraguay sind die sichersten Stützen des Regimes, und sie funktionieren exakt, nicht zuletzt dank der deutschen Bundesrepublik. Die USA leistete bis ins Jahr 1975 Militärhilfe in Höhe von 20,9 Millionen Dollar. Seit 1969, mit Beginn der sozial-liberalen Koalition in Bonn, werden in Westdeutschland regelmäßig Offiziere der Armee und der Polizei von Paraguay ausgebildet. Seit 1. Janaur 1974 geschieht das sogar im Rahmen eines Militärhilfevertrages, bei dessen feierlicher Unterzeichnung der deutsche Botschafter, Hans-Christoph Becker-von Sothen (1970-1974) , erklärte: "Die heutige Unterschrift ist mir keine Pflicht, sondern eine Herzensangelegenheit in meiner Eigenschaft als Reserve-Offizier des deutschen Heeres. Ich bin sehr glücklich, mit dem Heer eines Landes zusammenzuarbeiten, das eine so ruhmreiche Tradition hat." Allein in den Jahren 1975/76 stabilisierte die Bundesrebublik mit insgesamt 124,3 Millionen Mark Investitionen für Infrastrukur wie Konsum die Stroessner-Diktatur. - Und das zu einer Zeit, in der Gewerkschaften verboten waren und jährlich an die 1200 Bürger des Landes ohne Anklage sang- und klanglos verhaftet wurden - über Nacht verschwanden . Friedhofsruhe.

Gleichwohl, vermerkten Kenner des südamerikanischen Landes, sollte Cheffolterer Grau sich in letzten Monaten ganz allmählich gewandelt haben. Das zumindest erfuhr Frau Dr. Sannemann in zahlreichen Gesprächen mit ihrem Kommandanten; die Insassin als Therapeutin. Immer wieder kreisten Grau-Gedanken um den plötzlichen Tod seiner jungen Frau - eine Deutsche. Gladys Sonnemann über den scheinbar hartgesottenen Haudegen: "Ich muss sagen, er hat sich mir gegenüber immer sehr korrekt benommen. Ich habe bei ihm eigentlich alles erreicht, was ich erreichen wollte. Butterweich gab er sich.

Ursprünglich waren die Gefängniszellen nach oben hin bis zum Dach offen. Als die politischen Gefangenen kamen, zog man Betondecken ein, um Fluchtversuche zu verhindern. Jetzt drang die Luft nur noch durch ein spärliches kleines Guckloch durch die Zellentür. Mörderisch. Denn in manchen Verliesen waren bis zu 54 Gefangene eingepfercht. Die Leute konnten morgens kaum atmen, so schlecht war die Belüftung. Ich habe ganz unerwartet beim Cheffolterer erreicht, dass die Türen nachts aufbleiben konnten und dass die Menschen so wenig Zeit wie möglich in ihren stickigen Kerken zubringen mussten. Sie waren ja schon lange, sehr lange eingesperrt."

"Außerdem erlaubte mir der Oberst Grau, dass ich in meiner Zelle eine Art Praxis einrichten konnte. Durch seine Vermittlung erhielt ich medizinische Instrumente und Medikamente vom Kirchenkomitee Inter-Iglesias, das war ein Zusammenschluss von Katholiken, Protestanten und Schülern Christi. Diese Utensilien, Materialien brachte mir eine kanadische Ordensschwester ins Lager. Über meine Patienten und die Verabreichung der Medikamente habe ich genau Buch geführt. Da habe ich reingeschrieben: Herr Sowieso hat Mandelentzündung, ich habe ihm 24 Kapseln Antibiotikum verordnet. Den Bericht gab ich sodann der Schwester weiter. So und nicht anders sind jedenfalls die meisten Namen aus dem Lager herausgekommen und dem Kirchenkomitee zur Kenntnis gebracht worden. Dem Oberst erklärte ich kurzum: 'Ich muss über die Medizin Rechenschaft ablegen.' Mir selber hat diese Arbeit als gefangene Ärztin auch sehr geholfen. Auf diese Weise hatte ich nicht allzu viel Zeit, über mein eigenes Schicksal nachzudenken, zu hadern. Keine Zeit für Trübsal."

Dass Gladys Sannemann nicht noch viele Jahre ohne Anklage und ohne Prozess hinter Lagermauern blieb, dafür sorgte schließlich ihr Mann. Dem war es nach der Verhaftung seiner Frau in Argentinien zunächst noch viel schlimmer ergangen. Als er am Tag nach dem Überfall auf ihre Praxis in Candelaria von seiner Reise heimkehrte, warteten schon die Schergen auf ihn. Wochenlang wurde Rodolfo Jorge Sannemann in einem Gefängnis in Posadas gefoltert: Schläge, Untertauchen in einem Wassertrog, Elektroschocks, während er auf ein eisernes Bettgestell gefesselt war. "Dass sie bei mir schließlich aufhören, lag ein bisschen daran, dass sie inzwischen unheimlich viele Leute zusammengetrieben hatten. Und obwohl sie im 24-Stunden-Turnus mit verschiedenen Gruppen von Folterern arbeiteten, konnten sie nicht mehr alle drannehmen."

Schließlich wurde Rudolfo Sannemann in ein Gefängnis der Bundespolizei nach Buenos Aires geflogen. Von seiner neuen Zelle aus konnte er über die Besucher von Mitgefangenen Verbindung zu seinen Eltern in Asunsión aufnehmen. Die Mutter besorgte aus Hestedt in der damaligen DDR die Geburtsurkunde der Großeltern und in Paraguay seine Geburtsurkunde, um nachzuweisen, dass er deutscher Staatsbürger sei. Mit diesen Urkunden kam sie nach Argentinien. Dort alarmierte sie die westdeutsche Botschaft, Diese schickte Amtsrat Jürgen Engel zum Gefängnis. Der fragte Rodolfo Sannemann nach den Umständen der Verhaftung, wollte wissen, ob ein Prozess anhängig sei. "Ich habe gesagt: "Nein, gar keiner. Herr Engel sagte, er würde alles tun, mir einen Pass zu beschaffen. Dann fragte er, ob ich die Passage nach Deutschland bezahlen könne. Ich habe gesagt. 'Das kann ich nicht, denn ich habe im Moment überhaupt nichts. Meine Frau kann auch nicht, sie ist auch in Haft.' Acht Tage später kam er mit dem Ticket. Ich musste eine Erklärung unterzeichnen, dass ich in Deutschland innerhalb von zwei Monaten die Passage bezahlen würde."

Rodolfo Sannemann konnte am 20. Januar 1977 in die Bundesrepublik fliegen. In Bergisch-Gladbach wohnte eine Cousine von ihm, Ursula Kolloch. Gemeinsam mit ihr wandte er sich an das Auswärtige Amt in Bonn und bat um Familienzusammenführung. Die Frau war ja noch in Paraguay in Haft, die Kinder bei Verwandten. Die deutsche Botschaft in der Hauptstadt von Paraguay, Asunción, hatte sich aus eigenem Antrieb für die Ärztin nicht interessiert. Frau Dr. Sannemann: "Während meiner langen Haftzeit in Paraguay kam mich niemand von der Botschaft im Lager besuchen. Ich glaube, die stecken halt irgendwie zusammen, die von der Botschaft und die von der Regierung in Paraguay."

Ganz abwegig ist diese Vermutung sicher nicht. Dank des "rührigen" Einsatzes der deutschen Botschaft in Asunción hat Paraguay in ganz Südamerika das modernste Telefonnetz (und Abhörsystem). Kostenfaktor: 44 Millionen Mark Entwicklungshilfe. Gegenwärtig hat Botschafter Hellmut Hoff (1975-1978) anderes , weitaus Wichtigeres zu bewerkstelligen, als sich um anvertraute Mitbürger zu sorgen. Er ist nämlich gerade dabei, seinem Gastland, der Diktatur Paraguay , einen neuen deutschen Zehn-Millionen-Kredit zu verschaffen. Der heutige Kanzleramts-Minister und frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischnewski (*1922+2005), hat sich schon seit vielen Jahren um die Übersiedlung vieler verfolgter Südamerikaner nach Deutschland bemüht. Bedenklich sein Urteil über deutsche Auslandsvertretungen in Südamerika: "Unsere Botschafter wollen in erster Linie immer gute Beziehungen zu ihrem jeweilige Land haben. Gute Beziehungen , koste es, was es wolle; gute Beziehungen als Selbstzweck."

Frau Dr. Gladys Sannemann war also weitgehend allein gelassen. Sie alarmierte aus dem Gefängnis heraus die Kirche und tatsächlich, am 18. März 1977 kam für sie die Entlassung. Sie durfte ihre Tochter holen, in einem Wagen der paraguayischen Polizei wurden die beiden Frauen zum Flughafen gefahren. Gladys Sannemann erinnert sich: "Es war schon gegen Abend, als wir zum Flughafen gefahren wurden. Alle meine Verwandten waren dort, um sich von mir zu verabschieden. Ich rief ihnen zu: 'Passt auf, in welches Flugzeug die mich bringen. Die wollen mich wieder verschleppen.' Ich hatte Angst. Ich hatte nämlich gehört, dass Argentinien mich zurückhaben wollte, um meine damalige Auslieferung an Paraguay zu vertuschen. Denn inzwischen hatten sich internationale Ärzte-Organisationen, alarmiert von einen meiner Kollegen, des Falles angenommen. Zudem hatte Argentinien begründete Befürchtungen, seinen Ruf im Ausland weiterhin zu ramponieren. Und siehe da, meine besorgten Verwandten stellten auf dem Flughafen tatsächlich fest, dass an diesem Tag gar keine Maschine nach Deutschland flog."

Die Polizisten warteten mit Frau Sannemann, bis das letzte Flugeug gestartet war - die Lichter am Airport von Asunción gelöscht wurden. Im Dunkeln fuhren die Uniformierten dann wieder in die Polizeizentrale zurück, unbemerkt von den Angehörigen. Die Täuschung war gelungen. Erst am nächsten Tag wurde Frau Sannemann mit ihrer Tochter in einer Militärmaschine nach Argentinien ausgeflogen. Wieder kam sie für zehn weitere Tage in eine Militärkaserne. Von dort durfte sie aber immerhin mit ihren in Argentinien lebenden Verwandten telefonieren.
Am 30. März 1977 konnte die Ärztin mit ihren beiden Kindern endlich nach Deutschland reisen.

Inzwischen haben Ärztin und ihr Mann erste Erfahrungen mit deutscher Bürokratie. Das Auswärtige Amt präsentierte den beiden mittellosen Opfern südamerikanischer Militär-Willkür als erstes eine Rechnung über die ausgelegten Flugkosten von 7.609 Mark, 53 Pfennig.

Russland: Der Weg zum Wahnsinn - Arbeitslager, Irrenhäuser, Gefängnisse

In sowjetischen Arbeitslagern und Gefängnissen erleiden mehr als 10.000 politische Gefangene furchtbare Qualen, nur weil sie eine andere Meinung als die Partei haben. Die hartnäckigsten Regimekritiker verschwinden in Irrenhäusern, wo sie in finsteren Zellen und vergitterten Krankenzimmern mit Psychopharmaka "behandelt" werden und willenlos dahindämmern

Stern, 18. Mai 1977

Vor dem Militärtribunal in der westukrainischen Stadt Luzk musste sich Igor Golz, Leutnant der sowjetischen Armee verantworten; angeklagt wegen "Verbreitung von wissentlich falschen Behauptungen, die die sowjetische öffentliche und staatliche Ordnung verleumden". Sein Vergehen: Der 26jährige Offizier hatte in einem Kasino-Trinkspruch die israelische Armee hochleben lassen. Das Urteil: drei Jahre Arbeitslager mit verschärfter Haft.

Dem Mathematiker Wassilij Tschernyschew wurde zunächst gar kein Prozess gemacht. Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB holten den Leningrader Wissenschaftler im Winter 1970 frühmorgens aus dem Bett, verhörten ihn, weil er als Freizeitdichter Kritisches über den Antisemitismus in der UdSSR gereimt hatte, und lieferten ihn dann einfach in der psychiatrischen Spezialklinik an der Arsenalnaja-Straße ab.

Die psychiatrische Untersuchung dauerte nur 30 Minuten, die Ärzte stellten prompt fest: "Der Patient leidet unter einer chronischen Schizophrenie." Als Indiz für die "dauernde Bewusstseinsspaltung" werteten die Mediziner den vorzeitigen Abbruch einer Universitätkarriere sowie einen Selbstmordversuch, den der Mathematiker bereits vor sieben Jahren aus Liebeskummer unternommen hatte. Den Richtern, die am Schreibtisch über Tschernyschews Einweisung ins Irrenhaus entscheiden mussten, reichte diese Schnellexpertise, um ihn als Geisteskranken abzustempeln. Drei Jahre verbrachte der Regimekritiker in der Arsenalnaja-Anstalt in Leningrad (seit 1991 Petersburg). Dann wurde er in die 1600 Kilometer entfernte "Sonderklinik" von Dnjepropetrowsk im Süden der Sowjetunion verlegt.

Der Fall des Mathematikers Tschernyschew kennt viele Parallelen, wie aus dem umfangreichen Dokumentationsmaterial hervorgeht, das seit Jahren in den Westen geschmuggelt wird. Auch der Mathematiker Leonid Pljuschtsch, 37, war in der Psychiatrie von Dnjepropetrowsk interniert. Er hatte gegen den sowjetischen Einmarsch in der CSSR (1968) und gegen den zunehmenden Neo-Stalinismus rebelliert. Auch ihm bescheinigten die Ärzte "chronische Schizophrenie".

Dennoch sind die beiden Namen nicht austauschbar. Pljuschtsch , im Westen von Freunden als Regime-Kritiker populär gemacht, wurde Anfang 1976 nach Österreich abgeschoben. Tschernyschew, ein Unbekannter, sitzt heute noch in einer der berüchtigten Zellen der "Sonderklinik" von Dnjepropetrowsk - im siebten Jahr.

Die Zwei-Mann-Zellen für politische Gefangene in der ukrainischen Industriestadt Dnjepropetrowsk haben schwere, mit Eisenplatten verkleidete Holztüren. Ein Guckloch, eine Klappe für die Essensausgabe. Es gibt kein Klo, kein Waschbecken, nur ein vergittertes Fenster - einen Meter mal sechzig Zentimeter. Die Pritschen sind aus Eisen, die Matratzen aus gepresster Wolle. Ein Holzstuhl, ein kleiner Spind, eine nackte Birne, die von der Decke baumelt und unentwegt brennt. Kein Bild schmückt die graue Betonwand, keine private Habseligkeit ziert den Raum. Die Zellen sind kalt, nass und schmutzig. In manchen gibt es ein kleines Abflussloch, das den Gestank der Kanalisation hochtreibt.

Russlands neun psychiatrische Sonderanstalten, die angeblich "an der Spitze des wissenschaftlichen Fortschritts" stehen (sowjetische Ärzte auf dem internationalen Psychiatrie-Kongress 1971 in Mexico-City), sind Monumentalbauten aus dem vergangenen Jahrhundert. Die Leningrader "Arsenalnaja-Anstalt" war bis zur Oktoberrevolution 1917 ein Frauengefängnis, die Spezialklinik in Orel einst ein berüchtigter Knast im zaristischen Russland, die Sonderanstalt Tschernjachowsk (Insterburg) diente schon den Deutschen als Gefängnis, und die Psychiatrische Kolonie in Sytschjowka bei Smolensk feierte ihr Richtfest bereits im 18. Jahrhundert.

Ein Meter dicke Betonmauern mit aufgesetzten Stacheldrahtrollen und Wachsoldaten mit Spürhunden schirmen die "Geisteskranken" gegen die Außenwelt ab. Auf den Fluren der Kliniken geben so genannte Krankenwärter den Ton an. Die meisten von ihnen haben keine Sanitätsschule besucht, sondern waren kriminelle Häftlinge (Seki) . Als Internierte in den Arbeitslagern begannen sie eine neue Laufbahn, im Auftrag des KGB bespitzelten und denunzierten sie andere Lagerinsassen und wurden dafür belohnt. In Psycho-Kliniken - als Krankenwärter im weißen Kittel - genießen sie nun ihren "gesellschaftlichen Aufstieg".

Der Regimekritiker Wladimir Bukowskij, 34, der unlängst gegen den in Chile eingesperrten KP-Chef Luis Corvalán (*1916+2010) ausgetauscht wurde, hat über ein Jahrzehnt in Arbeitslagern und Irrenhäusern zugebracht: "Jeden Tag schlagen Wärter auf die Insassen ein, fesseln sie, treten ihnen in den Magen. Manchmal werden sie auch in Isolierzellen gesteckt, in denen sie bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt werden. Ich weiß, dass mehrere Männer daran gestorben sind."

Ein Aufseher, der degradiert und wieder eingesperrt wurde, erzählte seinen Mitgefangenen im Arbeitslager Sytschjowka: "Es ist gut, im Irrenaus zu arbeiten. Da gibt's immer was zu essen und immer einen Grund, jemanden auf das Maul zu schlagen." - "Aber warum diese Leute schlagen?" fragte einer. Er antwortete: "Ich sag' dir, warum. Du stehst in der Mitte vom Gang. Ein Irrer kommt vorbei, schleicht an der Wand entlang. Du langweilst dich. Du gibst ihm einfach einen Schlag in die Schnauze, und schon geht's dir besser."

Wo "Krankenwärter" mit Hieben Therapie betreiben, können auch sachfremde Ärzte herumdoktern. Die Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international berichtet, dass 1970 der Chirug Baryschnikow die Psychiatrische Sonderanstalt in Orel leitete. Zu seinem Team zählten praktische Ärzte, Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten, Augen- und Zahnmediziner. Sie alle fühlten sich berufen, ihre geistesgestörten Patienten psychiatrisch zu behandeln.

In der Sonderklinik von Dnjepropetrowsk war der politische Gefangene Leonid Pljuschtsch drei Jahre - meist in Gruppenzellen - eingesperrt: "Dort gab es vor allem Geisteskranke, aber auch Mörder, Diebe und Gammler. Wir waren ungefähr 60 politische Häftlinge. ... ... Ich bekam einen Platz in der Mitte zwischen zwei Betten. Auf ihnen quälten sich die Patienten vor Schmerzen. Einem hing die Zunge raus, ein anderer hatte herausquellende Augen, ein dritter ging auf und ab, gebückt in spastischer Haltung. Die meisten waren bettlägrig und hatten zu Grimassen verzerrte Gesichter vor Schmerzen. Sie sagten mir, dass sie wegen ihres schlechten Benehmens bestraft worden seien. Alle Patienten waren in knopflose Nachthemden gesteckt worden. Neben der Tür bettelten Kranke die Aufseher an, auf die Toilette gehen zu dürfen ..."

" ... Eine Woche später wurde ich auf eine andere Etage verlegt. Dort war die Behandlung menschlicher. Niemand krümmte sich vor Schmerzen. Wieder wurde ich auf ein Brett zwischen zwei Betten gelegt. Einer meiner Nachbarn hatte kein menschliches Gesicht mehr. Er war aufgeschwollen, völlig unmitteilsam und onanierte ständig. Wenige Tage später wurde er sterbend in ein Hospital gebracht. Das ist eine bekannte sowjetische Methode, um die Zahl der Todesfälle in den psychiatrischen Kliniken gering zu halten. Ein Schwerkranker, den wir 'Mister' nannten, schrie unaufhörlich antisowjetische Sprüche und bat mich, seine völlig verworrenen Briefe an die Behörden zu korrigieren. Die Wärter versprachen ihm, seine Briefe heraus zu schmuggeln und nahmen ihm dafür seine ganze Nahrung ab. Zwei Monate später war er tot. Zweimal am Tage durfte man rauchen und sechsmal zur Toilette gehen. Die meisten Kranken rauchten soviel sie konnten, um erbrechen zu können. Das erleichterte ihre Behandlung."

6. November 1973 - zweiter Besuch von Tatjana: "Leonid sagte mir, er könne keine Bücher mehr lesen."

4. März 1974 - dritter Besuch: "Er hat starke ödemartige Schwellungen, kann sich nur mit Mühe bewegen, seine Augen sind völlig leblos."

13. November 1875 - vierter Besuch: "Pljuschtsch schiebt seiner Frau einen Zettel zu: "Ich kann keine Briefe mehr beantworten. Vielleicht bin ich ja wirklich krank."

Krankgemacht worden - muss man wohl hinzufügen. Der Körper von Leonid Pljutschtsch war mit dem Psycho-Pharmaka Haloperidol, Insulin und Triftasin vollgepumpt worden. Andere Insassen bekamen Sulphasin oder Aminasin gespritzt. Diese Medikamente werden teilweise auch in westlichen Ländern angewandt, aber nur in bestimmten schweren Fällen von Schizophrnie und progressive Paralyse. In den Sonderkliniken der Sowjetunion missbrauchen Ärzte die gefährlichen Pharmaka als Folter gegen unbequeme Systemkritiker. Dr. Ljamin, Psychiater im Irrenhaus von Sytschjowka, sagte zu mehrere politischen Gefangenen frei heraus: "Wir behandeln Sie nicht wegen einer Krankheit, sondern wegen Ihrer Ansichten."

Die Folgen sind verheerend. Viktor Feinberg, einst ein "Geisteskranker" in der UdSSR, heute Schriftsteller in London, berichtet: "Nach Sulphasin-Spritzen geht die Körpertemperatur bis auf 40 Grad hoch. Drei Tage krümmt sich der Kranke vor Schmerzen. Man kann sich vorstellen, wohin das führt, wenn ein Patient jeden zweiten Tag eine Injektion erhält." Oder wenn der Körper mit Haloperidol, Aminasin und Triftasin absichtlich verseucht wird. Die Resultate: Leberentzündungen, Druck in den Augäpfeln, Schüttelfrost, Magenkrämpfe, Blutdruckschwankungen, Trockenheit im Mund, tagelange Depressionen.

Eine weitere Methode der Psychiater ist das so genannte "Einrollen"; eine raue Behandlungsart aus den Urzeiten der Medizin, die in den russischen Sonderkliniken als Folter angewandt wird: Die "Krankenpfleger" wickeln die Opfer von Kopf bis Fuss so fest in lange, nasse Tücher, dass sie kaum noch atmen können.

Wenn die Laken trockener werden, spannen sie sich noch enger um den Körper. Das Opfer schwankt zwischen Todesangst und Bewusstlosigkeit. Erst kurz vor dem Kreislaufkollaps werden die Tücher gelockert.

Die Schaltzentrale, die die Systemabweichler auf die neun Sonderkliniken in der UdSSR verteilt, ist das Moskauer Serbskij-Institut für Gerichtsmedizin. Es wurde 1922 gegründet, um "die Rechte von geistesgestörten Personen zu schützen, die nicht in böser Absicht, sondern unfreiwillig Handlungen begehen können, die für die Gesellschaft gefährlich sind", hieß es damals.

Heute ist das Serbskij-Institut quasi eine Außenstelle des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Andersdenkende, die in diesem Institut von dem leitenden Professoren Danil Luntz und G.W. Morosow behandelt werden, können sicher sein, dass sich unter dem weißen Kittel der Ärzte die Oberst-Uniform des KGB verbirgt.

Ex-Armeegeneral Pjotr Grigorenko (*1907+1987), der in der Geheimdienst-Psychiatrie zur Staatsräson gebracht werden sollte und nach qualvollen Jahren als gebrochener Mann entlassen wurde, erklärte: "Ich habe nicht nur Professor Luntz, sondern auch andere Ärzte in KGB-Uniformen zur Arbeit kommen sehen."

Selbst der Partei war die Arbeit ihrer Psychiater einmal nicht ganz geheuer. Nach der Stalin-Ära (1922-1953) beauftragte das Zentralkomitee eine Sonderkommission, um die "repressiven Missbräuche" in den Kliniken aufzuklären. Der Genossse S.P. Pisarew berichtete 1956, im Jahr der Entstalinisierung, den Spitzenfunktionären der KPdSU: "Jahr für Jahr ist die Psychiatrie als Instrument zur Einkerkerung geistig gesunder Menschen benutzt worden."

Krankgemacht worden - muss man wohl hinzufügen. Der Körper von Leonid Pljutschtsch war mit dem Psycho-Pharmaka Haloperidol, Insulin und Triftasin vollgepumpt worden. Andere Insassen bekamen Sulphasin oder Aminasin gespritzt. Diese Medikamente werden teilweise auch in westlichen Ländern angewandt, aber nur in bestimmten schweren Fällen von Schizophrnie und progressive Paralyse. In den Sonderkliniken der Sowjetunion missbrauchen Ärzte die gefährlichen Pharmaka als Folter gegen unbequeme Systemkritiker. Dr. Ljamin, Psychiater im Irrenhaus von Sytschjowka, sagte zu mehrere politischen Gefangenen frei heraus: "Wir behandeln Sie nicht wegen einer Krankheit, sondern wegen Ihrer Ansichten."

Die Folgen sind verheerend. Viktor Feinberg, einst ein "Geisteskranker" in der UdSSR, heute Schriftsteller in London, berichtet: "Nach Sulphasin-Spritzen geht die Körpertemperatur bis auf 40 Grad hoch. Drei Tage krümmt sich der Kranke vor Schmerzen. Man kann sich vorstellen, wohin das führt, wenn ein Patient jeden zweiten Tag eine Injektion erhält." Oder wenn der Körper mit Haloperidol, Aminasin und Triftasin absichtlich verseucht wird. Die Resultate: Leberentzündungen, Druck in den Augäpfeln, Schüttelfrost, Magenkrämpfe, Blutdruckschwankungen, Trockenheit im Mund, tagelange Depressionen.

Eine weitere Methode der Psychiater ist das so genannte "Einrollen"; eine raue Behandlungsart aus den Urzeiten der Medizin, die in den russischen Sonderkliniken als Folter angewandt wird: Die "Krankenpfleger" wickeln die Opfer von Kopf bis Fuss so fest in lange, nasse Tücher, dass sie kaum noch atmen können.

Wenn die Laken trockener werden, spannen sie sich noch enger um den Körper. Das Opfer schwankt zwischen Todesangst und Bewusstlosigkeit. Erst kurz vor dem Kreislaufkollaps werden die Tücher gelockert.

Die Schaltzentrale, die die Systemabweichler auf die neun Sonderkliniken in der UdSSR verteilt, ist das Moskauer Serbskij-Institut für Gerichtsmedizin. Es wurde 1922 gegründet, um "die Rechte von geistesgestörten Personen zu schützen, die nicht in böser Absicht, sondern unfreiwillig Handlungen begehen können, die für die Gesellschaft gefährlich sind", hieß es damals.

Heute ist das Serbskij-Institut quasi eine Außenstelle des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Andersdenkende, die in diesem Institut von dem leitenden Professoren Danil Luntz und G.W. Morosow behandelt werden, können sicher sein, dass sich unter dem weißen Kittel der Ärzte die Oberst-Uniform des KGB verbirgt.

Ex-Armeegeneral Pjotr Grigorenko (*1907+1987), der in der Geheimdienst-Psychiatrie zur Staatsräson gebracht werden sollte und nach qualvollen Jahren als gebrochener Mann entlassen wurde, erklärte: "Ich habe nicht nur Professor Luntz, sondern auch andere Ärzte in KGB-Uniformen zur Arbeit kommen sehen."

Selbst der Partei war die Arbeit ihrer Psychiater einmal nicht ganz geheuer. Nach der Stalin-Ära (1922-1953) beauftragte das Zentralkomitee eine Sonderkommission, um die "repressiven Missbräuche" in den Kliniken aufzuklären. Der Genossse S.P. Pisarew berichtete 1956, im Jahr der Entstalinisierung, den Spitzenfunktionären der KPdSU: "Jahr für Jahr ist die Psychiatrie als Instrument zur Einkerkerung geistig gesunder Menschen benutzt worden."

Doch trotz dieses Berichts - geändert hat sich nichts. In den fünfziger Jahren war Psychiater Danil Luntz Dozent am Serbskij-Institut. Als die Abteilung im November 1971 von der Sowjet-Regierung für "ausgezeichnete Arbeit" mit dem Rotbanner-Ordnen geehrt wurde, durfte er sich schon Professor nennen. Heute ist er die graue Eminenz im Direktorium des Instituts, das mit Schnellgutachten den Vorwand liefert, unbequeme Widersacher des Regimes "bis zur Genesung" in die Irrenhäuser zu verbannen.

Professsor Luntz: "Wenn ich sage, jemand ist schizophren, dann ist er schizophren - und wenn ich sage, ein Aschenbecher ist schizophren, dann ist auch er schizophren." Luntz-Kollege G. W. Morosow scheut sich nicht, politischen "Patienten" gelegentlich die Wahrheit zu sagen: "Warum sollen wir uns mit politischen Prozessen plagen, wo wir psychiatrische Kliniken haben!"

Für die Arbeiten in den Sonderkliniken ist nicht die Gesundheitsbehörde verantwortlich. Die Oberaufsicht führt das mächtige Innenministerum, das mit dem KGB gemeinsam den Willkür-Apparat des stalinistischen Volkskommissariats des Inneren (NKWD) geerbt hat Kein Gesetz schützt Patienten vor heimtückischen Übergriffen, kein Beschwerderecht, keinen Verteidigerkontakt.

Junge Psychiater, die sich der politischen Säuberung widersetzen, gefährden sich selbst. Der Fall des 31jährigen Dr. Semjon Glusman aus Kiew: In einem Alternativ-Gutachten zur geistigen Verfassung von Pjotr Grigorenko hatte Glusman dem früheren Armee-General ein normales Verhalten bescheinigt. Die Serbskij-Diagnose hingegen sah in Grigorenkos "Reformideen und in der Überschätzung seiner eigenen Person deutliche Anzeichen einer pathologischen Persönlichkeits-Entwicklung, die nur in einer Anstalt mit dem höchsten Sicherheitsgrad behandelt werden könne.

1971 schloss Glusman seine Grigorenko-Expertise ab. Im Mai 1972 wurde er verhaftet. Der Grund war das Alternativ-Gutachten. Fünf Monate später wurde der junge Psychiater in Kiew zu sieben Jahren Arbeitslager mit anschließende dreijähriger Verbannung verurteilt.

Augenzeugenberichte und Dokumente sowie Protokolle und Tonbandaufzeichnungen, die in den Westen geschmuggelt wurden, belegen zweifelsfrei, dass seit 1969 mehr als 130 Sowjetbürger aus politischen oder religiösen Gründen in den Sonderkliniken verschwanden. Und wie das genau gemacht wird, dafür drei Bespiele in diesen Dokumenten:

o Der Moskauer Psychiater Dr Hermann Schafran zu seinem "Patienten" Gennadij Schimanow, einem orthodoxen Christen: " ... Was Sie erzählt haben, bestätigt uns, dass die Krankheit die Grundlage Ihrer 'Bekehrung' darstellt ... Sie können uns glauben, wir sind darin Spezialisten ... Wären Sie in einer religiösen Gemeinschaft oder im Westen aufgewachsen, könnten wir Ihre Religiosität noch begreifen. Aber Sie wurden in einer sowjetischen Schule und in einer atheistischen Familie erzogen . Dass Sie jedoch so plötzlich, wie von ungefähr, die Religion befällt, nehme ich ihnen nicht ab. Wir glauben, dass sich in Ihrer Jugend anormale Prozesse abgespielt haben ..."

o Der Moskauer Psychiater Dr. W. D. Dmitrijewskij zu seinem "Patienten" Jewgenij Nikolajew, einem sozialkritischen Wissenschaftlicher: "Wenn Ihre sozialen Ansichten nicht gesellschaftlich gefährlich wären, hätte man Sie nicht in eine psychiatrische Klinik gesteckt ... Sie kennen doch unsere Staatsmaschinerie. Wir sind alle den zuständigen Organen unterstellt und haben die Direktive zu befolgen ... Sie sehen, Sie sind gut bekannt wie Solschenizyn. Er wurde wegen seiner Erklärung außer Landes geschickt. Sie werden wegen Ihrer Erklärungen und Ansichten in eine psychiatrische Anstalt kommen ...".

o Der Psychiater Dr. A. J. Lifschitz in Kaluga an der Oka zu seinem "Patienten" Schores Medwedjew , einem international bekannten Biogenetiker: " ... Ihre 'publizistische' Tätigkeit neben der normalen beruflichen Arbeit ist ein Zeichen für Ihre gespaltene Persönlichkeit. Natürlich wird das Krankenhaus Sie zu gegebener Zeit entlassen ... Aber wenn Sie Ihre publizistische Tätigkeit fortsetzen, werden Sie unweigerlich wieder hier bei uns landen ...".

Staatsterror auf der Psychiater-Couch. Kaum in einem anderen Land klaffen Verfassungstext und -wirklichkeit so weit auseinander wie in der Sowjetunion. Die unter Josef Stalin (*1878+1953) im Jahre 1936 verabschiedete Verfassung garantiert dem 255-Millionen-Volk grundlegende Menschenrechte: Glaubensfreiheit und Ausübung religiöser Kulthandlungen (Artikel 124) Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (Artikel 125). Außerdem sichert Artikel 17 der Verfassung jeder Sowjetrepublik zu Recht zu, aus der Union auszutreten. Das bedeutet, dass sich jeder Bürger zu seiner eigenen Nationalität bekennen darf.

So kann KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnjew (*1906+1982) getrost behaupten: "Die sowjetischen Gesetze gewähren unseren Bürger große politische Freiheiten. Gleichzeitig schützen sie unser System vor jedem Versuch, diese Freiheiten zu missbrauchen."

Die liberalen Paragrafen haben noch niemanden aus dem Gefängnis geholt - eher hineingebracht, wenn Sowjetbürger sie für sich beanspruchen. Denn das Strafrecht, in den sechziger Jahren neu gefasst, schränkt die von der Verfassung geschützten Freiheitsrechte gravierend ein. Danach ist der Staatsapparat ermächtigt, politische Kritiker und religiöse Dissidenten zu verhaften, anzuklagen, abzuurteilen.

Auch der neue Verfassungsentwurf, der im Juni 1977 der sowjetischen Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt worden ist, räumt den Bürgern nur scheinbar größere Freiheiten ein. In Wirklichkeit sind die als Jahrhunderwerk gefeierten Gesetzestexte ein Aufguss der Stalin-Verfassung von 1936. Auch heute, wie damals schon, gilt: "Die Ausübung dieser Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf die Interessen der Gesellschaft und des Staates ... nicht verletzen." Und nur die Partei bestimmt, wer "die Interessen der Gesellschaft" missachtet.

Der Generalprokurator der UdSSR, Roman Rudenko (*1907+1981) ernennt und dirigiert alle Staatsanwälte der Unions-Republiken. Sie sind die Chefankläger gegen politische Oppositionelle, Nationalisten, Juden und Christen. Verteidiger, die sich kompromisslos für ihre Mandanten einsetzen, müssen mit empfindlichen Sanktionen rechnen. So wurde der Moskauer Spitzenanwalt B. A. Solutuchin vor Jahren aus der KPdSU und aus dem Anwaltskollegium verwiesen, weil er für den demonstrierenden Schriftsteller und Bürgerrechtler Alexander Ginsburg (*1936+2002) - der im März 1977 erneut in Moskau verhaftet worden ist - Freispruch gefordert hatte. Kein Gericht in der Sowjetunion hat jemals die von Staatsanwälten vorgetragenen Anklagen abgewiesen. Kein Richter hat bisher einen aus politischen oder religiösen Gründen Angeklagten freigesprochen.

Im Namen der sozialistischen Sowjetrepubliken geht es immer in die Sonderkliniken oder Arbeitslager, die offiziell "Arbeitsbesserungskolonien" heißen. Der Moskauer Bürgerrechtler und Nobelpreisträger Andrej Sacharow (*1921+1989) schätzt, dass in mehr als 1000 Camps zwischen Kaliningrad und Wladiwostok 1,7 Millionen Sowjetbürger aus Gewissensgründen interniert sind. Die Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international ermittelte insgesamt 1,2 Millionen Gefangene, darunter mindestens 10.000 politische Häftlinge.

Welche Zahl auch stimmen mag, die KPdSU-Führung leugnet strikt, auch nur einen einzigen politischen Häftling in ihren großflächigen Lagern festzuhalten. Schon Nikita Chruschtschow (*1894+1971) behauptete 1959: "Es gibt heute keine politischen Gefangenen mehr in sowjetischen Gefängnissen." Dabei war es Chruschtschow, der die Liberalisierung in der Nach-Stalin-Ära beendete und neue Verhaftungswellen gegen Intellektuelle in Gang setzte.

Auch Chruschtschow-Nachfolger Leonid Breschnjew (KPdSU-Chef 1964-1982) zeigte sich nicht weniger zimperlich. Sein absoluter Machtanspruch provozierte Widerspruch, vor allem Literaten, Theaterleute und Wissenschaftler schlossen sich insgeheim zur "Kultur-Opposition" zusammen, die schnell gesellschaftpolitische Bedeutung gewann. Die hektografierte Untergrund-Zeitschrift "Chronik der laufenden Ereignisse" (Chronika te Kutschtschich sobytij), zunächst eine klassische Literaturpublikation, die unzensiert und illegal von Mann zu Mann wanderte, gewann zunehmend politisches Profil. Die Forderung nach mehr politischer Freiheit und nach mehr Informationen wurde vom Kreml mit spektakulären Einschüchterungsprozessen beantwortet.

Als erste traf es die Schriftsteller Juli Daniel (*1925+1988) und Andrej Sinjawskij (*1925+1997), die zu sieben und fünf Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt wurden, weil sie ihre kritischen Bücher im westlichen Ausland veröffentlichen liessen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei rief 1968 Regimekritiker wie Wladimir Bukowskij , Schlüsselfigur der demokratischen Oppostion, Alexander Ginsburg, Pawel Litwinow (+2005) oder Larissa Daniel zur Demonstration auf den Roten Platz in Moskau. Die Parolen auf ihren Transparenten - "Hände weg von der CSSR" oder "Freiheit für Dubcek" (*1921+1992) - brachten sie auf der Stelle in Lager und Sonderkliniken.

Zwischen Irrenhaus und Nobelpreis pendelt auch der Atomphysiker Andrej Sacharow, der in Moskau unerschrocken den "freien Austausch von Gedanken, Informationen und Meinungen" fordert. Zu diesen Freiheiten hatte sich auf der KSZE-Konferenz (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1973 in Helsinki auch Parteichef Leonid Breschnjew feierlich bekannt, als er im August 1975 die Schlussakte unterzeichnete.

Dessen ungeachtet rollen weiter jeden Monat die Gefangenen-Transporte von Moskau zu den Arbeitslagern nach Perm im Ural oder in der Mordwinischen Republik. Fünfzehn Verbannte hockten in einem Schlafabteil. Die Fenster sind luftdicht verschlossen, die Lebensmittel verdorben. Toiletten und Waschräume sind aus Sicherheitsgründen verriegelt, die Gefangenen müssen die Gänge benutzen. Schmutz, Gestank, Atemnot. Nach zweitägiger Fahrt läuft der Zug in Perm ein. Ein unverstellbares Martyrium erwartet die Verbannten.

Rings um Perm und in den sumpfigen Regionen der Mordwinischen Wälder gibt es kaum Straßen, nur Bahngleise verbinden die Arbeits-Wälder mit der Außenwelt. In den Kolonien ShCh 385/1, 385/3 und 385/17 sind die politischen Gefangenen interniert. Den meisten wird sofort der Kopf kahlgeschoren, In der Kolonie 385 /3 sitzen Frauen, die zu laut an Gott geglaubt und deshalb ins Arbeitslager verbannt wurden.

Getreu der marxistisch-leninistischen Doktrin "Arbeit ist ein universelles Mittel zur Erziehung des Volkes", so der Kommentar zu den Grundlagen des sowjetischen "Besserungsarbeitsgesetzes" von 1972, beginnt die Frühschicht um 8.00 Uhr und dauert bis 16.30 Uhr, die Spätschicht von 16 bis 0.30 Uhr. Die Arbeitsplätze sind Wälder, Sumpfgebiete, Sägewerke, Ziegeleien oder chemische Fabriken.

In Sibirien bauen Gefangene eine der längsten Eisenbahn-Linien der Welt. Parallel zur bestehenden transsibirischen Linie soll nördlich der sowjetisch-chinesischen Grenze eine neue Strecke entstehen.

Ob Sonntag oder Feiertag - malocht wird immer, "um den Rest der Arbeitskraft auszubeuten", sagt Hauptmann Sutschkow aus dem Lager Dubrow in der Mordawinischen Republik. Manche Männer fallen während der Arbeit tot um. Im nahe gelegenen Birkenwald werden sie dann verscharrt. Eine Zahl auf einem kleinen hölzernen Grabschild ist alles, was an die Zwangsarbeiter erinnert.

Andrej Sinjawskij, der die letzten Jahre seines Lebens in Paris lebte, war einst in den Mordwinischen Wäldern interniert. Er erinnerte sich an einen Greis, den er damals fragte: "Wie lange bist du schon hier, Großvater?" - "Seit 43 Jahren", antwortete der alte Mann. "Dann kennst du also das Sowjetregime so gut wie gar nicht?" "Nein", sagte er, "Gott hat mir hier seine Gnade gegeben."

Mit anderen Häftlingen ist er nicht so gnädig. Die von Moskau verordnete Folter des Hungers treibt viele in den Wahnsinn. Am Morgen dünne Grütze, Wassertee und etwa 20 Gramm Zucker. Am Abend das gleiche, nur der Zucker fehlt. Mittags eine Kohlsuppe aus Wasser und Knochen und Hafergrütze. Manchmal gibt's auch eine Kartoffel.

Gefangene mit so genannten verschärften Sonderregimen (Haftbedingungen) bekommen noch weniger. Der internationale Standard für einen Gefangenen, der acht Stunden arbeitet, liegt zwischen 3100 und 3900 Kalorien täglich. In den sowjetischen Lagern erhalten die Häftlinge unter normalen Konditionen 2600, unter strengen und scharfen Regimen nur 2100 und 1300 Kalorien. Zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel. Dafür werden den Geschundenen auch noch täglich 42 Kopeken von ihrem ohnehin mageren Fron-Lohn abgezogen.

Wer dem politischen Pflichtunterricht, der mindestens einmal in der Woche stattfindet, fernbleibt oder die Parteilinie nicht vertritt, wird bestraft. Die erst nach einigen Jahren Lager in Aussicht gestellte Besuchserlaubnis der Familie wird von vornherein gestrichen. Denn das vordringliche Ziel ist, den Gefangenen "zum Geist eines redlichen Verhaltens zur Arbeit, der strikten Einhaltung der Gesetze, der Achtung vor den Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens ..." umzuerziehen, heißt es im Kommentar zu den Grundlagen der sowjetischen "Besserungsarbeitsgesetze" von 1972. Dafür können die Wärter "jede beliebige Maßnahme und Methode der pädagogischen Einflussnahme" einzusetzen.

Beim Polit-Unterricht des Oberstleutnant Ljubajew vom mordwinischen Lager Nummer 11 wagten es einige Dissidenen doch einmal, eine Art Diskussion über die Menschenrechte der Vereinten Nationen zu entfachen. Lubajew zeigte sich nachsichtig: "Hört mal, aber das ist doch für Neger." In die Weltpoltiik führte Oberstleutnant Bessubow seine Schüler ein. "In China", so verkündete er Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern, "treiben die Zionisten und der Tschou-En-lai (*1898+1976, Premierminister Chinas von 1949-1976) ihre Unwesen. Aber das chinesische Volk ist ja nicht blöd - es wird es ihnen schon zeigen."

Wohin die Verzweifelung der Ausgemergelten führt, berichtet der Schriftsteller Eduard Kusnezow in seinem Tagebuch, das auf geheimen Wegen in den Westen gelangte. Kusnezow, der wegen eines missglückten Fluchtversuchs mit einem entführten Flugzeug zu 15 Jahren Arbeitslager in den Mordwiniscen Wäldern verurteilt wurde, schildert: "Unzählige Male bin ich Zeuge der unglaublichsten Selbstverstümmelungen geworden. Nägel und Stacheldraht werden kiloweise verschluckt. Man würgt Quecksilberthermometer, Schachfiguren, Nadeln, Glasscherben, Löffel und Messer hinunter. Man näht sich den Mund oder die Augen mit Zwirn oder Draht zu. Man nagelt sich den Hodensack an den Pritschen fest. Man verschluckt Haken, gebogene Nägel und befestigt sie mit einem Faden an der Tür, so dass man sie nicht öffnen kann, ohne den 'Fisch' zu ziehen. Man schneidet sich Fleischstücke vom Bauch oder von den Beinen heraus, brät und verspeist sie. Man hüllt sich ganz in Papier ein und zündet sich an ...".

Vor den Sanitätsstationen stehen rund um die Uhr lange Menschenschlangen, einen Arzt bekommen die Verbannten selten zu Gesicht. In dem notdürftigen "Krankenzimmer" operieren sich die Häftlinge oft untereinander.

Jurij Galanskow starb am 18. Oktober 1972 mit 33 Jahren im mordwinischen Lager 17 A von Potma. Der junge Dichter litt an einer akuten Infektion des Zwölffingerdarms. Ein Mithäftling operierte ihn zu Tode.

TERRORISMUS - ZERRISSENE GESTALTEN ODER BLEIERNE ZEITEN IM DEUTSCHEN HERBST

Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer (*1915+1977) wurde im Oktober 1977 in der Nähe vom französischen Mulhouse durch die Terrororganisation RAF ermordet. Es war der Höhepunkt einer wohl schwerwiegenden Krise in der Nachkriegsgeschichte. Bedrückende Ereignisse jener als "Deutscher Herbst" bezeichneten Monate, rückten zweifelhafte Rechtsanwälte in den Mittelpunkt. Rechtsvertreter, die daran erkennbar zerbrochen sind; zerrissene Gestalten. Der umstrittene RAF-Schleyer-Vermittler Advokat Denis Payot aus Genf verlor wegen zu hoher Honorarforderungen an die Bonner Regierung sein Amt als Präsident der schweizerischen Liga für Menschenrechte; weitgehend seine Reputation. Sein deutscher Kollege Claus Croissant blieb nicht nur RAF-Sympathisant und RAF-Unterstützer, sondern war zudem Jahre später auch noch Agent des Ministeriums für Staatssicherheit (IM Thaler) tätig. In Frankreich, wo Croissant "politisches Asyl als Verfolgter" beantragt hatte, wurde er im November 1977 in deutsche Haftanstalten abgeschoben. Es begannen Croissant-Jahre mit Gefängnissen, Geldstrafen, Berufsverbot. Den Kontakt zu seinen einstigen Freunden hatte er längst verloren. Er starb im Jahre 2002 in Berlin. - Momente vom deutschen Herbst mit seinen Neben-Schauplätzen in Genf und Paris. - Wirre Zeiten in einer vom Terror entgeisterten Angst-Epochę.

stern, Hamburg 22. September 1977 / 02. Oktober 1977

Als Klaus Croissant die Geschichte vom "verlorenen Sohn" erzählte, wusste er noch nicht, dass es vorerst sein letzter Auftritt war. Verfolgt von der bundesdeutschen "Barbaren-Polizei" , so tönte der Anwalt, sei er heimgekehrt nach Frankreich, in das Land seiner Väter. So wie die Burgunder und Hugenotten vor den Greifern des Sonnenkönigs Ludwig XIV. (*1638+1717) hätten flüchten müssen, ergehe es nun ihm im 20. Jahrhundert. Nur: Der Unterdrücker sei heute nicht mehr der König, sondern der Kanzler am Rhein. Und die Gehilfen des Helmut Schmidt (1974-1982) seien die alten NS-Blockwarte, die schon "fünf Jahre nach dem Krieg die Köpfe erhoben und ihre Plätze wieder einnahmen". Das Deutschland der "Nazi-Väter", so Croissant, habe ihm keine "Freiheits-Garantien" mehr geben können. Deshalb könne er nur von Frankreich aus der Bonner Regierung den Kampf ansagen und den Verfolgten zur Seite stehen.

Croissants Gesprächspartner, der Pariser Journalist Charles Blanchard von der sozialistischen Tageszeitung "Le Matin", war "tief beeindruckt", als er das Versteck des flüchtigen Anwalts in der Avenue Général Leclerc verließ. Blanchard konzedierte: "Er war mir sehr sympathisch. Wir hatten ein warmherziges Gespräch." Das war am vergangenen Freitag 16. September 1977 um 14 Uhr.

Bereits um 15.28 Uhr riegelten 80 Polizisten der 6. Territorial-Brigade den Häuserblock im 14. Pariser Stadtbezirk hermetisch ab. Scharfschützen postierten sich auf Dächern und in Hausfluren. Robert Cotté, seit 22 Jahren Hausmeister des Blocks 110, berichtet: "Ein Stoßtrupp eilte auf den Hinterhof. Einer sagte mir, ich solle schnell im Haus verschwinden, damit mir nichts passiert."

---

[4] mit Michael Seufert

Die Polizisten pirschten sich vor bis an die letzte Tür auf dem Hinterhof. Mit entsicherten Pistolen stießen zwei Beamte dann die Tür auf. Auf dem düsteren Wohnungsflur kam ihnen Klaus Croissant bereits entgegen. Er trug einen dunkelblauen Rollkragenpullover und eine hellblaue Hose. Mit den Worten "wir haben einen Haftbefehl gegen Sie", legten die Beamten ihm die Handschellen an.

Als Croissant über den Hinterhof abgeführt wurde, sah Hausmeister Cotté seinen Untermieter, den er bislang nur aus der Zeitung kannte, zum ersten Mal. Cotté: "Ich sitze fast den ganzen Tag am Fenster. Doch ich habe dort niemanden kommen oder gehen sehen." Er mag sich damit trösten, dass seine Vorgänger in der Concierge-Loge auch nicht scharfsichtiger waren. Denn kein Geringerer als Wladimir Iljitsch Lenin hatte 1912 hier im selben Haus in der jetzigen Avenue General Leclerc heimlich und unerkannt seine Pamphlete gedruckt.

Im Santé-Gefängnis, das mit seinen 15 Meter hohen Mauern einer mittelalterlichen Trutzburg ähnelt, verlas Staatsanwalt Moyal dem "heimgekehrten Sohn" den internationalen Haftbefehl und das Auslieferungsgesuchen der Bundesrepublik. Begründung: Komplizenschaft mit einer kriminellen Vereinigung. Croissant, obwohl perfekt Französisch sprechend, hüllte sich in Schweigen.

Dafür soll jetzt sein Rechtsanwalt Roland Dumas (späterer Außenminister in den Jahren 1984-1986 und 1988-1993) die französische Linke mobilisieren. Dumas, ein Intimfreund des Sozialistenchef François Mitterrand (*1916+1996) und seinerzeit als Justizminister einer Volksfront-Regierung im Gespräch, hatte bereits am 11. Juli 1977 erfolglos einen Asyl-Antrag seines Mandanten bei den Pariser Behörden gestellt. Roland Dumas: "Ich finde es völlig unstatthaft, einen ausländischen Rechtsanwalt festzunehmen, der um politisches Asyl in unserem Land gebeten hat."

Doch zu einer großen Polit-Affäre dürfte der Fall Croissant kaum ausreichen. Denn bevor die Linke sich formieren kann, wollen die französischen Behörden den verhafteten Advokaten schon in die Bundesrepublik abgeschoben haben.

Dass die Pariser Polizei ihn überhaupt fand, verdankt sie dem Journalisten Charles Blanchard. Er wurde seit Längerem beschattet. Als er jetzt die Exklusiv-Story im Untergrund suchte und Croissant die Selbstdarstellung in Sachen "Nazi Deutschland", legte Blanchard unfreiwillig die Spur. Hätte Croissant den Rat seines Vor-Vor-Mieters Lenin beherzigt, wäre ihm die Festnahme vielleicht noch für einige Zeit erspart geblieben. Lenin hatte im Exil formuliert: "Ein Revolutionär, der sich nicht anpassen kann. ist kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer."

Aber ein Freund großer Worte war Klaus Croissant schon immer. In zahllosen Agitprop-Aktionen profilierte er sich zu einer Art PR-Manager der "Rote Armee Fraktion" (RAF). Für die Staatsanwaltschaft in Stuttgart gilt er zugleich als der Zuchtmeister aller Bandenmitglieder und Werber für den Terroristen-Nachwuchs. Und als ein Mann, der gefügig folgt, wenn RAF-Chef Andreas Baader (*1943+1977) befiehlt.

Dabei begann dieser Dr. Klaus Croissant (*1931+2002) seine Karriere genauso bürgerlich wie viele seiner Anarcho-Klienten. Sein nobles Büro im WMF-Haus an der Königstraße im Zentrum der Schwaben-Metropole war beliebter Treffpunkt der Stuttgarter Schickeria und vor allem trennungswilliger Damen. "Er macht so saubere Scheidungen, so ganz ohne schmutzige Wäsche", hieß es lobend. Ein braver Mann also, ein Junggeselle mit guten Manieren und Kunstverstand, ein gerngesehener Partygast und Feinschmecker.

Geboren wurde er am 24. Mai 1931 in der schwäbischen Provinz. Am Fuße der Schwäbischen Alb, in Kirchheim / Teck bei Esslingen, besaß sein Vater Hermann eine Drogerie. Als der Vater 1954 starb, führte die Mutter das Geschäft weiter. Der brave Sohn Klaus machte 1951 sein Abitur an der "Oberschule für Jungen" in Kirchheim und studierte bis Ende 1955 Jura in Tübingen und Heidelberg.

1961 - inzwischen 30 Jahre alt - ließ er sich in Stuttgart als Anwalt nieder; Croissant, der spätere Links-Anwalt", zählte damals noch Industrielle zu seinen Klienten. Er galt als Sympathisant der Freien Demokraten. Und nach dem Schwaben-Motto "Schaffe, schaffe, Häusle baue" kaufte er sich zwei Eigentumswohnungen in Stuttgart.

Zwei Kollegen brachten den eher theoretisierenden und zaudernden Schwaben vom Pfad der bürgerlichen Tugenden ab und auf die Seite jener, die den "revolutionären Kampf" auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Das eine große Vorbild war der Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler (1970 Gründungsmitglied der RAF, rechtskräftig verurteilter Rechtsextremist und Antisemit) - ein Mann, der als Staranwalt der APO zum Schrecken konservativer Richter wurde. Die zweite Leitfigur war sein Kollege Jörg Lang. Er überzeugte Croissant davon, dass in der Bundesrepublik der "blanke Faschismus" herrsche und der Kampf dagegen jedes Mittel rechtfertige. Später, als Sozius in der Stuttgarter Anwaltskanzlei organisierte Lang bundesweit die "Komitees gegen Folter", ehe er schließlich selbst in den Untergrund ging.

Klaus Croissant hatte inzwischen seine Kanzlei von der Nobeladresse in eine Seitenstraße verlegt. Dieses Büro unterm Dach des Hauses Lange Straße 3 wurde nach Ansicht der Staatsschützer zur Schaltstelle und Nachrichtenzentrale für Terroristen. Von hier aus kurbelte Croissant auf Anweisung von Andreas Baader und Ulrike Meinhof (*1934+1976) die Kampagnen gegen die "Isolationsfolter", "Gehirnwäsche" und "Mord an Holger Meins" an. Im April 1974, noch ehe der große BM-Prozess in Stuttgart-Stammheim überhaupt begonnen hatte, wurde Croissant wegen des Verdachts der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" die Verteidigung für Andreas Baader entzogen.

Der Anwalt nahm daraufhin zwei neue Kollegen in seine Kanzlei auf - Arndt Müller und Armin Newerla. Doch auch sie gerieten schnell ins Visier der Staatsschützer. Newerla wurde im August 1977 verhaftet, Arndt Müller folgte einen Monat später in die Untersuchungshaft. Auch ihnen wirft die Staatsanwaltschaft vor, eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben.

Arndt Müller, 1942 in Leipzig geboren und seit 1975 Sozius von Croissant, gilt bei der Justiz als "Reise-Anwalt". Als ein Mann, der die RAF-Gefangenen nicht anwaltlich berät, sondern ausgestattet mit zahlreichen Untervollmachten die Häftlinge von Hamburg bis Stammheim besucht, mit Informationen versorgt und Befehle übermittelt. Vom Oktober 1975 bis zum Juni 1977 registrierten die Justizbehörden 517 Müller-Besuche bei RAF-Häftlingen. Seinen Rekord stellte er im Januar 1976 auf: 39 Besuche in 31 Tagen.

Argwöhnisch vermerkten die Fahnder vom Bundeskriminalamt auch, dass Müller von Dezember 1976 bis April 1977 mindestens 15mal lange, unbewachte Gespräche in Stuttgart-Stammheim mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe führte. Zur gleichen Zeit besuchte er auch Siegfried Haag und Sabine Schmitz in ihren Gefängniszellen, die - so das BKA - die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback (*1920+1977) und andere Terroraktionen geplant und vorbereitet haben.

Einer anderen Reise Arndt Müllers maßen die Ermittler erst später Bedeutung bei ; einer Fahrt via Saarbrücken nach Frankreich am 10. Januar 1977. Auf dem Beifahrersitz registrierten die

Bundesgrenzschützer damals die 28jährige Brigitte Mohnhaupt. Inzwischen, nach dem Polizisten-Mord von Utrecht, ist sie die meist-gesuchte Frau in Holland. (1982 verhaftet, wegen neunfachen Mordes zu fünfmal lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt. Nach 24 Jahren auf Bewährung im Jahre 2007 vorzeitig aus der Haft entlassen).

Sorgsam notierte des BKA auch die Verbindung steckbrieflich gesuchter Terroristen zur Croissant-Kanzlei. So betätigte sich Willy Peter Stoll, der als Helfer des mutmaßlichen Buback-Attentäters Günter Sonnenberg (1978 zu zwei Mal lebenslänglich verurteilt, 1992 vorzeitig auf Bewährung aus der Haft entlassen) auf der Fahndungsliste steht im Februar 1975 als Briefträger für Croissant. In der Haftanstalt Stammheim lieferte er einen Brief an Andreas Baader ab.

Und auch die vier Frauen, die im Zusammenhang mit der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto (*1923+1977) in Oberursel /Taunus gesucht werden, waren vorher Helfer des Anwalts Croissant. - Angelika Speitel, Silke Maier-Witt, Sigrid Sternebeck und Susanne Albrecht tippten Briefe in der Stuttgarter Kanzlei, schnitten im Düsseldorfer "Stockholm-Prozess" die Verhandlung auf Tonband mit oder trugen dem Chef im Gericht die Robe nach.

Als ein weiteres Indiz für die Verstrickungen Croissants mit der Terroristenszene werten die Ermittler die Tatsache, dass bei einer Durchsuchung der Kanzlei in der Langen Straße 3 im Juli 1977 der Original-Bekennerbrief der Buback-Mörder gefunden worden war.

Wenn Klaus Croissant von Frankreich nach Deutschland abgeschoben wird, erwartet ihn in Stuttgart eine 263 Seiten starke Anklageschrift wegen Unterstützung der RAF. So ganz neu ist diese Akte allerdings nicht. Ein Jahr lang hatte sie auf dem Tisch der 12. Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts geschmort, ohne dass die Hauptverhandlung begann. Erst die spektakuläre Flucht des Angeklagten und die bestürzte Reaktion der Öffentlichkeit trieben die Richter zur Eile an.

Dass Revolutionäre in Deutschland auf wenig Sympathie stoßen, hatte Croissant schon 1972 in einem Fernsehinterview beklagt: "Ich würde die Entscheidung desjenigen, der völlig mit dieser Gesellschaft gebrochen hat und sich zu einem bewaffneten Kampf entschlossen hat, anerkennen. Ich meine, dass auch derjenige, der sich als Revolutionär versteht, Anspruch auf Achtung hat. Und ich meine, dass es gerade daran in unserem Staat fehlt."

Wenn die Stuttgarter Richter ihm die Achtung versagen, erwartet Croissant eine Strafe bis zu fünf Jahren Haft.

Deutschland im Herbst des Jahres 1977.- Szenenwechsel, Ortswechsel, Milieusprünge, vom mondänen Paris ins streng calvinistisch geprägte Genf zum Schweizer Anwalt Denis Payot, dem Mittler zwischen Bonn und den RAF-Entführern des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer (*1915+1977).

Mit der Hand streicht sich der 35jährige Denis Payot über die stacheligen Wangen: "Entschuldigen Sie bitte die Barstoppeln", sagt er eitel lächelnd, "aber ich bin sehr lange unterwegs gewesen." Die blonden Stoppeln des Denis Payot sind der sichtbare Nachweis seiner Aktivitäten und seines Einflusses im Entführungsfall Hanns-Martin Schleyer. Und mit dem Stoppeln wächst der Ruhm, den er sichtlich genießt.

Über Nacht wurde der noch recht junge Anwalt, Präsident der Schweizer Liga für Menschenrechte, Sohn eines protestantischen Theologen aus der Genfer Oberschicht, zur Schlüsselfigur zwischen Bonner Krisenstab und den Schleyer-Entführern.

Wenn Payot frühmorgens in seiner geheimnisvollen Mission von irgendwoher -vermutlich Frankreich - nach Genf zurückkehrt, haben seine Mitarbeiter die internationale Presse schon durchforstet. Nach Ländern gegliedert, liegen die Artikel mit seinem Namen auf dem stumpfen Parkettboden: Payot und nochmals Payot. Sein Name ist nicht zu übersehen. Mit grünem Filzstift unterstrichen, hebt er sich bedeutungsvoll vom sonstigen Krisengerangel ab.

Als sei ihm das Zeitungsgequatsche egal, schlendert der Jungadvokat an der stattlichen Kollektion vorbei und macht vor einem englischen Spiegel halt. Nach dem Motto, "Spieglein, Spieglein an der Wand, was gibt es Neues im Land", riskiert einen Blick auf den übernächtigten jungen Rechtsanwalt, der auf so dramatische Art plötzlich weltberühmt wurde.

Dabei fühlt sich Denis Payot nicht bloß als einfacher "Kontaktmann zwischen der deutschen Regierung und den Entführern." Ein "Vermittler in eigener Regie und Verantwortung" will er sein. Den Terroristen will er verdeutlicht haben, dass er die "Entführung missbilligt". Was Payot von der Rechtsordnung der Bundesrepublik hält, präzisiert er: "Dort würde ich zum Sympathisanten gezählt und von der Verteidigung der Terroristen ausgeschlossen, obwohl das eine völlig falsche Einstufung wäre." Mit der Bundesrepublik hat er sowieso nicht viel im Sinn: "Da herrscht ein schreckliches Klima", und über den Bonner Krisenstab im Kanzleramt könne er zu gegebener Zeit "einige Lächerlichkeiten publik machen, die die Blamage perfekt machten."

Publizität ist das Schlüsselwort für die Schlüsselfigur Payot. Auch Bonn hat seinen Selbstdarstellungsdrang erkannt. Regierungssprecher Grünewald will ihn noch ein bisschen bei Ruhe halten, "so sehr er auch bestrebt ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu richten". Das wird den Bonnern kaum gelingen. Denn Denis Payot - erst seit 18 Monaten Anwalt - will sich jetzt in Sachen Humanität einen internationalen Namen machen. Da nützt es wenig, wenn das Bundeskriminalamt ihn bittet, die Mitteilungen geheim zu halten. Payot lässt alle Details an Schweizer Redaktionen durch-telefonieren. Ein Schweizer lasse sich nun mal nicht das Maul verbieten.

Als er an diesem Nachmittag seine Kanzlei am Boulevard Georges Favon betritt, hängt sich eine Traube von Journalisten an den kraushaarigen Juristen. In der Pose eines UNO-Diplomaten wimmelt er alle Fragen ab. Auf "Monsieur Payot" reagiert er erst gar nicht. Auf "Maître Payot" (Maître ist in französischsprachigen Ländern die respektvolle Anrede für Anwälte) ließ er einen Korrespondenten wissen, er werde um 19 Uhr eine "wichtige Erklärung" abgeben. Die Journalisten rasen zum Pressezentrum der UNO zurück, telefonieren mit ihren Redaktionen. Denn zur selben Stunde tagt am Rhein der Große Krisenstab und ein neues Ultimatum läuft um 24 Uhr ab. Kurz vor 19 Uhr scharen sich 50 Korrespondenten vorm Fernschreiber. Erwartungsvoll wird die Meldung vom Ticker gerissen. "Maître Payot teilt mit, 'er werde weiter zur Verfügung stehen und dankt den Journalisten für ihre Arbeit' ".

Am nächsten Tag drängt es den Meister wiederum, in der Presse zu stehen. Gleich zwei Erklärungen sind geplant. Um 15 Uhr verurteilt er auf einer Pressekonferenz die Folter in Israel. "Maître Payot" habe sich zwar nicht vor Ort informieren können, sei aber von der Richtigkeit der Dokumente überzeugt. Um 17. 15 Uhr teilt er der Öffentlichkeit nichts Neues im Fall Schleyer mit. Die Meldung des nächsten Tages: "Vorwürfe Payots gegen Israel." -Payot bestätigt, Botschaften erhalten zu haben."

Eine Zeitung, die auf seinem Schreibtisch liegt, ist ihm besonders ans Herz gewachsen. Das Schweizer Boulevard-Blatt "Tat" berichtete in großen Lettern: "Schmidt schnauzt Anwalt Payot an." Daneben zwei Fotos, die den Kanzler und den Jungjuristen mit einem Telefonhörer zeigen. Helmut Schmidt schaut ernst drein, Payot lächelt staatsmännisch. Danach gefragt, ob er mit

dem Kanzler telefoniert und ob der ihm präzise sein Mandat erklärt habe, will Denis Payot nichts sagen. Sein Schweigen ist verständlich. Sonst könnte gar in der Schweiz der Eindruck entstehen, er sei für den Regierungschef der sozial-liberalen Koalition noch eine Nummer zu klein. So bleibt ihm die Schlagzeile.

Vor falschen Eindrücken hat sich der Manager für Menschenrechte schon immer gefürchtet. Vor allem dann, wenn ihm Kontakte zum Terroristenanwalt Klaus Croissant nachgesagt werden. Er kenne ihn persönlich gar nicht, bemerkte Payot lapidar. Dass Payot jedoch im Juli 1976 in Amsterdam eine von Croissant initiierte Erklärung zur "Abschaffung der Folter" in bundesdeutschen Gefängnissen unterschrieben hat, verschweigt er geflissentlich. Dass Pfarrer Ensslin im April 1977 mit ihm zusammentraf, um die Anerkennung seiner Tochter als politische Gefangene zu erreichen, daran erinnert er sich heute nur noch dunkel. Dass Croissant in diesen Jahr bereits drei Mal bei ihm in Genf gewesen sein soll, ist ihm völlig neu.

Seine Deutschkenntnisse enden beim Begriff "Berufsverbot", den er allerdings so einwandfrei ausspricht, als stehe er wöchentlich vor einem deutschen Verwaltungsgericht. Ihm, dem Denis Payot, gehe es bei der Schleyer-Entführung nur um den Menschen. "Mein Ziel ist es, das Leben von Hanns-Martin Schleyer unter allen Umständen zu retten. Auch wenn die Bundesrepublik in Bonn hart bleiben sollte."

Uns interessiert nicht, was Bonner Politiker für Staatsräson halten und ob sich in der Bundesrepublik die Krise zuspitzt", sagt Payots engster Berater, der Rechtsanwalt Philippe Preti. "Wenn die Deutschen das Problem mit Gewalt lösen wollen, werden wir wichtig Informationen durchsickern lassen. Die deutschen Behörden wüssten dann nicht mehr, was sie tun sollten."

Nachtrag - Sechzehn Tage später - am 18. Oktober 1977 - wurde Hanns-Martin Schleyer durch drei Kopfschüsse ermordet und am darauffolgenden Tag im französischen Mulhouse im Kofferraum eines Audi 100 tot aufgefunden. Die Identität des Mörders wird von den Akteuren der Entführung bis dato unter Verschluss gehalten. Lediglich im "Spiegel" offenbarte Ex-RAF-Mitglied Peter-Jürgen Broock im September 2007, dass Rolf Heißler und Stefan Wisniewski die Täter seien.

ARGENTINIEN: "DETENIDO - DEPARECIDO - VERHAFTET - VERSCHWUNDEN"

In den sieben Jahren der argentinischen Militärdiktator von 1976 bis 1983 sind 30.000 Menschen verschwunden, entführt, gefoltert und ermordet worden - darunter 100 Deutsche oder Kinder deutscher Eltern. Während es anderen Regierungen gelang, ihre gefangenen Bürger zu befreien, vermochte es die deutsche Regierung nicht, auch nur ein einziges Leben zu retten. Oberste Priorität hatten für die Regierung Schmidt/Genscher im Jahre 1977 Rüstungsexporte: U-Boot-Verkäufe, Fregatten-Verkäufe, Panzer-Verkäufe, Kanonen-Verkäufe und Automobil-Verkäufe in Militär-Regime. Derlei lukrative Geschäfte sollten nicht durch sozial engagierte und links orientierte Entwicklungshelferinnen wie etwa Elisabeth Käsemann (*1947 +1977) gefährdet werden. Sie wurden voreilig, vorschnell und ungeprüft dem Terroristen-Verdacht ausgesetzt - ihrem Schicksal in Folterkammer bis zum grausamen Tod überlassen. "Detenideo - desparecido - verhaftet -verschwunden." Spurensuche.

stern, Hamburg 25. August 1977[5]

Die Augen spiegeln Angst und Anklage, Schmerz und Sehnen, Resignation und Revolte. Es sind Emigranten-Augen. José Ramon Morales und seine Frau Graciella Luisa leben erst seit wenigen Wochen in Mexico-City. Freunde hatten sie mit Dokumenten versorgt und von ihrem Heimatland Argentinien über mehrere Grenzen bis nach Mexiko geschleust. Arbeit haben die Morales noch nicht gefunden. Sie leben vom Geld der Freunde, die selbst nicht viel haben. Und sie leben mit ihren Erinnerungen.

Die Morales sind jung. Er ist 28, sie ist 27. Beim Erzählen wechseln sich José Ramon und Graciella Luisa ab, sie fallen sich ins Wort, korrigieren sich gegenseitig wie Ehepaare das überall in der Welt tun. Nur das, was sie erzählen, ist mit nichts zu vergleichen.

Ihre Erzählung beginnt mit dem 2. November 1976. Am Nachmittag jenes Tages kam Graciella Luisa nichtsahnend nach Hause, einem Haus in der Vorstadt Ramo Mejia im Westen von Buenos Aires. Sie war mit ihren beiden Töchtern, der vierjährigen Mariana und der zweijährigen Gloria im Krankenhaus gewesen. Als die Frau zu Hause ankam, wie üblich trat sie durch die offene Hintertür in das Gebäude, sah sie ihre Schwiegermutter im Sessel sitzen - mit gebundenen Händen und verbundenen Augen. - Möbel waren umgestürzt. Schubladen herausgerissen, Gläser zersplittert, das ganze Haus in Unordnung. Fremde Männer in Zivilkleidung, angeführt von einem Uniformierten mit Helm und Stiefel, sprangen auf sie zu, nahmen ihr die Kinder weg und schlossen sie in einem Nebenraum ein.

Graciella Luisa: "Sie überfallen mich mit Fragen, wollen wissen, wo mein Mann ist. Sie sagen mir, dass mein Schwager und meine Schwägerin verhaftet sind, dass auch mein Schwiegervater verhaftet worden ist, und dass sie ihn gefoltert haben, weil er nicht den Aufenthaltsort meines Mannes verraten wollte. Sie schleppen mich ins Badezimmer, lassen die Wanne voll Wasser laufen und drohen mich zu ertränken, wenn ich jetzt nicht reden würde. Sie

[5] mit Peter Koch und Perry Kretz

sagen, dass sie Waffen im Haus gefunden hätten. Sie zeigen mir die Gewehre, es sind sehr moderne Waffen. Ich bestreite, dass diese Waffen vorher in unserem Haus waren."

Graciella Luisa wird an den Haaren in die Garage des Hauses gezerrt. Dort steht das Auto des Kommandos, ein weißer Wagen. Graciella muss sich auf den Hintersitz setzen. Auf dem Sitz liegt ein Koffer mit Silbersachen, die der Familie Morales gehören. Auch der Schwiegervater - José Morales - wird ins Auto gestoßen, bekleidet nur mit Unterwäsche. Er hat eine Kapuze über dem Kopf. Der Schwiegervater und Graciella müssen sich auf den Boden des Wagens legen. Das Auto fährt ab, rund 20 Minuten dauert die Fahrt durch Argentiniens Hauptstadt. Dann ist der Wagen am Zielort angekommen. Der Fahrer hupt, die beiden Verschleppten hören, wie sich ein Rollladen öffnet. Sie fahren in eine große Garage, eine frühere Autowerkstatt. Dann werden die zwei Opfer aus dem Wagen gezerrt und eine Treppe hinaufgestoßen. Die Beschreibung des Hauses, in dem die Morales Dinge erleben werden, die sie für ihr Leben prägen, deckt sich mit der Schilderung des Enrique Rodriguez Larretta über jenen Ort, in dem er und seine gekidnappten uruguayischen Mitbürger in Buenos Aires gefangen gehalten wurden. Offensichtlich ist die Garage in Buenos Aires ein viel genutztes Folterzentrum.

Graciella Luisa wird im ersten Stock in einen Raum gezerrt. Die Männer reißen ihr die Kleider vom Leib, dann wird sie mit den Händen an eine Kette geknebelt und so weit hochgezogen, dass ihre Füße nicht mehr den Boden berühren. Auf den Boden wird grobes Salz geschüttet, wie bei den Uruguayern. Sie erinnert sich: "Die Männer setzten meinen Körper unter Strom, zuerst den Kopf, dann die Geschlechtsorgane und auch das Herz. Sie beschimpfen mich sagen, ich solle über die Verbindung meines Mannes zu den Linken reden. Nach einer Weile fange ich an Blut zu spucken und bekomme eine Scheidenblutung. Sie halten jetzt an, geben mir Watte. Ich darf mich anziehen und mich hinsetzen. Ich werde gefesselt. Nun beginnt wieder das Verhör. Jetzt sagen sie plötzlich, dass sie mich freilassen wollten, wenn ich rede. Ich solle mir auch keine Sorgen über die Kinder machen. Die hätten sie bei meiner Schwiegermutter zu Hause gelassen."

Das Verhör wird unterbrochen, als unten ein neues Auto ankommt. Ein Haufen Männer stapft die Treppe hoch. Sie schreien durcheinander und gestikulieren wild. Graciella Luisa: "Sie bringen meinen Mann. Auch er muss sich ausziehen. Ich ahne, dass sie ihn nun foltern werden und bitte, mich wegzubringen, da ich nicht dabei sein möchte. Ich komme ich ein anderes Zimmer. Dort treffe ich meinen Schwager und meine Schwägerin. Bald höre ich die fürchterlichen Schreie, nur Schreie meines Mannes."

José Roman Morales war etwas verspätet nach Hause gekommen. Nach der Arbeit -José Ramon arbeitet im Laden seiner Vaters, einem kleinen Unternehmen für den An- und Verkauf von Metallwaren - war er noch zu einer Werkstatt gegangen, wo er sein Motorrad zur Reparatur abgestellt hatte. Als José Ramon nach Hause kam, wurde er von fünf Männern umringt. Sie fragten ihn, wer er sei. Als er sich zu erkennen gab, zerrten sie ihn in die Küche und schlugen auf ihn ein. Wenn ihm sein Leben lieb sei, sagten sie zu ihm, solle er reden, über seine Verbindung zu den Gewerkschaften und über seine Verbindung zu Untergrundorganisationen. José Ramon durfte noch kurz seine Mutter sehen, sie saß in einem Zimmer des Hauses mit seinen beiden Kindern und weinte. Die Männer stießen ihn dann in einen Lieferwagen. Der Wagen war schon voller Sachen aus dem Haushalt der Morales: Kleidungsstücke, Fernsehgerät, Möbel. Einer der Schergen hatte sich alle Oberhemden von José Ramon übereinander gezogen. Mit Sirenengeheul ging die Fahrt zu der Garage.

Am Ende der Treppe, die zu den Folterzimmern im ersten Stock führt, sieht José Ramon zwei mit Blumen verzierte Kacheln, auf denen steht: "Wer hier hineingeht, ist bereit zu sterben oder zu töten."

José Ramon setzt jetzt den Bericht seiner Frau fort: "Oben treffe ich meine Familienangehörigen wieder. Das Gesicht meines Vaters ist zerschlagen und voller blauer Flecke. Auch mein Bruder ist da, Luis Alberto und seine Frau. Die beiden sehen noch verhältnismäßig gut aus, sie sind weniger geschlagen worden. Wieder werde ich verhört, ich soll reden. Über mein Verbindungen zu den revolutionären Kräften, über subversive Bücher, wie sie es nennen, über versteckte Waffen. Sie wollen wissen, ganz allgemein, welche Politiker ich kenne.

Als meine Antworten sie unbefriedigt lassen, ziehen sie meinen Vater hoch und setzen ihn unter Strom. Zum Schluss ist er ohnmächtig und stöhnt nur noch. Ich muss das alles ansehen. Dann komme ich an die Reihe. Sie ziehen mich aus. legen mich auf eine Stahlmatratze. Damit ich nicht so laut schreien kann, während sie mich unter Strom setzen, pressen sie mir ein Kissen auf das Gesicht. Als sie die Stromkabel in der Höhe meines Herzens ansetzen, verliere ich das Bewusstsein. Als ich wieder zu mir komme, machen sie sich über mich lustig. Einen Mann, der bei der Folterung dabei war, offensichtlich ein Arzt, fordern sie auf, mich zu behandeln, damit ich nicht wegsterbe. Dann stecken sie mir die Kabel in den Mund. Es ist grauenvoll."

Übergangslos wird die Folterei abgebrochen. Die Schergen lassen José Ramon liegen und ziehen sich in einen andern Teil des Raumes zurück. Dort wird ihnen ihr Abendessen aufgefahren. - Nach dem Essen geht die Quälerei weiter. Schreie und Fragen, Strom und Schläge - in der Erinnerung ist es für José Ramon wie ein wirk- licher Albtraum. Doch die Narben an seinem Körper zeugen davon, dass es nicht ein böser Traum war. Spät in der Nacht wurden die Folterer müde. Schon längst ist ihnen gleichgültig, ob ihnen auf ihre Fragen geantwortet wird oder nicht. Sie quälen aus Routine. José Ramon: "Einer schlug mir mit einem Stock auf die Kniegelenke und sagte mir, dass er an meinen Aussagen gar nicht interessiert sei, sondern, dass es ihm einfach Spaß mache."

Dann gehen die Folterer nach unten zum Schlafen. Ihre Opfer finden vor Schmerzen keinen Schlaf. Graciella Luisa gelingt es, die Nylonschnur, mit der ihre Hände gefesselt sind, zu lockern und abzustreifen. Mit einiger Kraftanstrengung kann sie auch die Streifen aus Bettleinen lösen, mit denen ihre Füße zusammengebunden sind. Sie schleicht in ein Nebenzimmer. Dort sieht sie zwei Mann am Boden liegen. Sie schubst den ersten an und sagt ihm, wer sie sei. Er antwortet nicht. Sie geht zu dem zweiten. Es ist ihr Mann. Es ist schwierig, ihn zu befreien. Er trägt Handschellen. Der Schlüsselbund hängt an einem Haken an der Tür. Nach etlichen Versuchen klappt es schließlich, einer der Schlüssel paßt.

Die beiden Morales schleichen auf den Flur. Dort steht an der Wand ein Maschinengewehr. Sie greifen es. Jetzt suchen sie noch den Vater. Sie finden ihn in seiner Zelle vollkommen nackt. Er will nicht mitkommen. Sein Sohn José Ramon: "Er sagte, ich sollte still sein, es gebe keine Fluchtmöglichkeit." Der Vater, 54 Jahre alt, war fertig, gebrochen. José Ramon und seine Frau Graciella Luisa geben noch nicht auf, sie schleichen die Treppe herunter. Ehe sie den Ausgang erreichen, entdeckt sie einer der Schergen. Eine wilde Schießerei beginnt. Graciella erhält einen Brustdurchschuss, José Ramon einen Streifschuss am Bein. Mit dem Maschinengewehr schießt José Ramon sich und seiner Frau den Weg nach draußen frei.

Draußen ist es noch dunkel. Auf der Straße geht die Schießerei weiter. Die beiden verletzten Flüchtlinge schleppen sich über eine Bahnlinie, die dicht am Haus vorbeiführt, erreichen

eine Straße, wo ein Lastwagen mit laufendem Motor steht. Mit vorgehaltener Waffe zwingen sie den Fahrer zum Aussteigen, setzen die Flucht mit dem Lkw fort. Sie geraten mit dem schweren Lkw in eine enge Einbahnstraße. Als ein Personenwagen entgegenkommt, ist die Fahrt zu Ende. José Ramon springt heraus, zerrt seine Frau mit und zwingt nun mit vorgehaltener Waffe den Fahrer des Personenwagens zum Aussteigen. José Ramon wendet den Personenwagen, mit dem schnelleren Fahrzeug rasen er und seine Frau durch Buenos Aires. Sie kennen Freunde, Deck-Adresse.

Später im Exil, draußen in Mexiko, will José Ramon nicht sagen, welcher Organisation er angehörte, mit welchen Widerstands-Gruppen er Verbindung hatte. Er fürchtet offensichtlich, die Anklage, die in der Schilderung seines persönlichen Schicksals liegt, könne an Wirkung verlieren, wenn er sich zu einer der bewaffneten Untergrundgruppen bekennt, seien es nun die peronistischen Montoneros oder die ERP, die Ejército Revolucionario Popular, die revolutionäre Volksarmee. Nur soviel berichtet José Ramon noch: dass ein Arzt seiner Frau die Wunde verband; dass Freunde bei der Mutter die Kinder holten; dass die Grenze kein Problem war, "weil es Leute gibt, die uns an der Grenze halfen". Und schließlich noch: dass er von seinem Vater, seinem Bruder und seiner Schwägerin nie mehr etwas gehört hat, dass Verwandte vergeblich Eingaben machten, um etwas über deren Schicksal zu erfahren. José Ramon: "Ich hoffe noch immer, dass sie leben."

Die Tragödie der Morales ist argentinischer Alltag, seit dem 24. März 1976, seit dem Militärputsch, der General Jorge Rafael Videla an die Macht brachte. Wie die Morales-Familie in der Autowerkstatt in einem Vorort von Buenos Aires werden seither überall in Argentinien Tausende gefoltert. Im Militärareal Campo de Mayo oder der Villa Devoto in Buenos Aires, im Armee- gefängnis Campo de la Rivera in der Stadt Córdoba.

Die willkürlichen Verhaftungen auf Grund irgend- welcher obskurer Angaben, die meist unter Folter erpresst wurden, der Einsatz von nicht identifizierbaren Zivilpersonen, die aber doch über Fahrzeuge und Waffen der Armee verfügen, das Ausrauben der Wohnungen von Verhafteten, das bestialische Foltern, das schon längst nicht mehr darauf gerichtet ist, Informationen zu erhalten, sondern mögliche Oppositionelle physisch zu zerstören, all das ist Bestandteil des General-Regimes. Willkür und Brutalität nehmen ständig zu. Denn im Jahr 1978 will Argentinien die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten und sein regie render General Videla hat versprochen, dass es bis dahin im Land "Frieden" herrschen werde - Friedhofsruhe.

Als "Staatsterrorismus" hat die argentinische Menschenrechtskommission "Comission Argentina pro los De- rechos Humanos" in einem Bericht an die Menschen-rechtskommission der Vereinten Nationen in Genf die Regierungsform bezeichnet, mit der Videla über das 25-Millionen-Volk herrscht. Der englische Lord Eric Reginald Lubbock Aveburg, langjähriges Mitglied des britischen "House of Lords" und der Menschenrechtskommission des Parlaments, stellte in einem Bericht für die Gefangenenhilfs-Organisation amnesty international fest, dass heute in Argentinien ein Bürger schon dann unter den Verdacht kommen könne. subversiven Ideen anzuhängen, wenn er ein Buch des Dichters und Nobelpreisträgers Pablo Neruda (*1904 +1973) besitze. "Wird dieser Mann dann aufgegriffen und unter Arrest gestellt, dann bedeutet dies in der Regel, dass er schwer gefoltert wird, ehe die Untersuchungen über seine politische Harmlosigkeit abgeschlossen sind." Im heutigen Argentinien genüge schon der bloße Verdacht auf Subversion, um Personen sogar zu töten. Es gäbe keine Rechte gegen willkürliche Festnahmen, und wer ausnahmsweise wegen erwiesener Unschuld freigelassen werde, habe keinen Anspruch auf irgendeine Art von Wiedergutmachung.

General Videla hatte im März 1976 die Regierung übernommen mit dem Versprechen: "... die Freiheit nicht zu zertreten, sondern sie zu retten. Wir wollen das Recht nicht beugen, sondern seine Anwendung durch- setzen." Auch als der Widerspruch zwischen Worten und Taten immer evidenter wurde - inzwischen verschwinden in Argentinien Tag für Tag 40 Menschen spurlos, die Gesamtzahl dieser "Desaparecidos" betrug schon ein Jahr nach dem Putsch rund 20.000, die Zahl der politischen Gefangenen, wird nach UN-Offiziellen auf nochmals rund 25.000 geschätzt - verstand es Videla, dem Ausland gegenüber als ein Mann zu er- scheinen, den die Umstände zum harten Durchgreifen zwangen und der selber besorgt ist über die täglichen Morde. Im Vergleich zu Chiles Präsident General Augosto Pinochet (*1915+2006), der sich offen zu Verfolgung und Folter bekannte, versteht sich Videla auf diplomatische Tarnung. Videlas Propaganda-Trick hat auch in der Bundesrepublik Deutschland Erfolg.

Unter Federführung der gewerkschaftseigenen Bank BfG wurde dem Videla-Regime ein 90-Millionen-Dollar-Kredit gegeben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund pro- testierte bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) gegen diese Hilfsaktion für die Militärdiktatur. Die BFG rechtfertigte in einem Antwortbrief das Darlehensgeschäft mit dem Argument, "dass man leider in Lateinamerika nur selten Maßstäbe an- wenden kann, die in westlichen Demokratien als selbstverständlich gelten."

Videlas propagandistisches Geschick zeigt sich auch darin, dass er die Montoneros (peronistische Bewegung, in den siebziger Jahren bekannteste Stadtguerillas Lateinamerikas) gegenüber dem Ausland als Ter- roristen darstellen konnte, die sich jedes Rechtsanspruchs begeben haben. Tatsächlich aber haben diese argentinischen Untergrundkämpfer nichts mit den anarchistischen Morden etwa der deutschen Baader-Meinhof-Gruppe gemeinsam. In Anbetracht der besonderen argentinischen Verhältnisse - der ununterbrochenen Abfolge korrupter und gewalttätiger Regierungen - können die Montoneros viel eher als Kämpfer für größere Menschenrechte gelten.

Sie stellten dies einmal mehr unter Beweis, als sie der Regierung Videla Anfang 1977 ihre Mindestforderungen für die Aufgabe des Widerstands anboten: Freilassung all jener Häftlinge, die ohne Urteil eingekerkert sind und Wiederzulassung der unter dem Ausnahmezustand verbotenen politischen Organisationen.

Doch statt für die Montoneros engagierten sich europäische Sozialisten wie Bruno Kreisky (*1911+1996, österreichischer Bundeskanzler 1970-1983) oder Olof Palme (*1927 +1986, schwedischer Ministerpräsident 1969-1976 und 1982-1986) allenfalls für eingelochte argentinische Gewerkschaftsbosse. Tatsache aber ist, dass viele - nicht alle -dieser Gewerkschafter einmal eine Gangsterbande waren, die jetzt zu Recht hinter Schloss und Riegel gebracht wurde (wobei die Videla-Regierung allerdings als letzte legitimiert wäre, irgend jemand in Haft zu setzen). Nur wer die komplizierte argentinische Vergangenheit kennt, ist in der Lage, die verwickelte Gegenwart, die durch Videlas Propaganda zusätzlich eingenebelt wurde, zu durchschauen.

Wir sitzen im 21. Stockwerk des Clubs Alemán en Buenos Aires im Goethe-Instituts im Frühjahr des Jahres 1977. Casino-Atmosphäre. Abendliche Schummer-Stimmung. Vivaldi-Klänge vom alten Plattenspieler. Cocktails-Zeit. Traumhafte Kulisse. Erhabenheit. Tags zuvor hatten wir nach langen Flug von Sao Paulo in Brasilien mit scharfen Soldaten-Kon- trollen halbwegs unbeschadet hinter uns gebracht. Vielleicht deshalb suchten wir zunächst in Buenos Aires ein wenig Ruhe, ein wenig Beschaulichkeit, Besinnung - in diesen gefürchteten Folter-Jahren Südamerikas.

Wir fuhren auf einem Boot im riesigen Delta des Rio de la Plata. Wir passierten unzählige Inseln mit alten Hotels, schwedischen Häusern, Villen, Hubschrauber-Landeplätzen auf den so genannten Partyinseln, auch Privat-Inseln der Super-Reichen. Hier lagen bildhübsche Mädchen auf den Booten und harrten da aus in ihrer gemeinsam erlebten Langeweile. Überall an den Stränden des Rio de la Plata Heerscharen graziöser, leicht bekleideter Frauen - vorzeitige Insignien eines sich zaghaft andeutenden weltweiten Sex-Tourismus. Im sanften Bogen das weiße Sandufer der Playa Ramirez mit langen Wellen dünte der Rio de la Plata den Strand hinauf. Im Sand tanzten, sangen, tranken und knutschten lebenslustige Menschen scheinbar unbesorgt fortwährend in den langen Tag hinein - mit Geld natürlich. Ansichtskarten-Idylle. Verkitschte europäische Wehmut vielleicht. Atempause ganz gewiss.

Nunmehr am Frühabend im Deutschen Klub gleiten meine Blicke hinaus aus der klimatisierten Abge- schiedenheit auf Buenos Aires. Die Stadt besteht aus Hunderten quadratischer Blöcke; schnörkellos, unnahbar. Überall Soldaten, Panzer, Gewehre, Reiterstaffeln, Hunde, Hundertschaften, Folterstätten irgendwo versteckt hinter angegrautem Gemäuer. Vor einem Jahr - 1976 - hatten sich die Militärs an die Macht geputscht. Da war nichts von Romantik pur, da fiel auch keinem von uns die melancholische Melodie "Don't Cry for me Argentina" ein. Da dachte jeder von uns ganz leise, aber spürbar an sein Leben, ans Überleben. Angst hatten wir, richtige Furcht. Irgendwie war in solch einem unbe- rührten Augenblick Argentinien ein Ort, ein Schau- platz, an dem die authentisch miterlebte, verdichtete Vernichtung der Menschheit auf wenige Quadrat- kilometer ihre Fortsetzung fand.

Perry Kretz, der Fotograf, sprach nicht von ungefähr in diesem Moment von seinen eingegerbten, schon irgend- wie traumatisch sitzenden Vietnam-Erlebnissen, My Ly, Da Nang und so fort. Mir schossen Bilder von ent- geisterten, blutrünstigen Armee-Patrouillen in Uganda durch den Kopf. Und Peter Koch (*1938+1988) wollte sogleich seinen alten Bekannten Klaus Oertel aus früheren Bonner Tagen kontaktieren, der es als Chef von Mercedes Benz in Argentinien "ganz schön nach oben gebracht hat"; folglich sehr einflussreich war. Einfach deshalb weil, Daimler und Co. als "verlässlicher Partner der Militär-Junta unter besonderem Schutz steht und damit auch sehr gute Geschäfte, Profite macht".

Tagsüber hatte ich noch mit Klaus von Dohnanyi, seinerzeit SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt (1976-1981) in Bonn telefoniert. Wir benötigten seine Hilfe, um unser Recherchenmaterial - Tonbandaufnahmen, Filme, Dokumente - aus der Militärdiktatur Brasilien (1964-1985), wo wir vorher waren, mit der geschützten Diplomatenpost außer Landes zu bekommen. Bildungsbürger Klaus von Dohnanyi hat uns in Sachen Brasilien "noch einmal geholfen. Aber in Argentinien ist das ausgeschlossen. Das wäre genauso, wenn wir Terroristen wie Baader/Meinhof in Deutschland noch Lagepläne für ihre Bomben lieferten", sagte er und legte auf. Montoneros und Baader-Meinhof weltweit alles in einen Pott werfen? Geht das überhaupt? Na denn, Herr Staatsminister.

Mir ging an diesem denkwürdigen Tag unzulässiger Verallgemeinerungen aus Bonn am Rhein der Name der deutschen Soziologiestudentin und Entwicklungshelferin Elisabeth Käsemann (*1947+1977) aus Tübingen nicht mehr aus dem Sinn. Aus der Redaktion in Hamburg kam die Nachricht: Autos ohne Kennzeichen hatten vor ihrer Wohnung in Buenos Aires gestoppt. Kreischende Bremsen. Türen wurden aufgerissen. Männer sprangen heraus. Sie drangen in ein Haus ein und fielen über sie her. Handschellen, Kapuze übern Kopf, Spray in die Augen. Elisabeth Käsemann wurde von Soldaten abge-führt, in eines der Auto gezerrt. Türen schlugen zu. Motoren heulten auf. Die Autos rasten davon. Die junge Frau, die Argentiniens Schergen abholen, wird in

der Öffentlichkeit nicht mehr lebend gesehen. Es ist, als hätte die Erde sie verschluckt. Anschuldigungen, Gerüchte lauteten seinerzeit, sie hätte mal zu jemandem aus dem linken Montonero-Umfeld - Stadt-Guerilla - Kontakte gehabt, gefälschte Papiere zur Ausreise besorgt. Nur Belege, Beweise, die gab es nicht. Fehlanzeige. Vermutungen, Verdächtigungen - mehr nicht.

So oder ähnlich muss es in der Nacht vom 8. auf den 9. März 1977 geschehen sein, als die deutsche Staats-bürgerin Elisabeth Käsemann in Buenos Aires von ihren Folterern abgeholt, geraubt, gekidnappt worden ist. Ausgerechnet an diesem Tag trafen wir aus Sao Paulo kommend in Buenos Aires ein - auf der Suche nach dem Verbleib weiterer hundert Deutscher oder auch Deutschstämmiger, die während 1976 bis 1983 spurlos in Argentinien wie vom Erdboden verschluckt worden sind. -"Detenido - desaparecido -verhaftet - verschwunden"; über 30.ooo Menschen in dieser verdunkelten Epoche.

In Elisabeths Alter und Leben, ihrem Werdegang, ihren Wahrnehmungen als auch gesellschaftspolitischen Absichten konnte ich Ähnlichkeiten zu meiner Biografie entdecken. Parallelen, die mich aufwühlten. Nur mit dem folgenschweren Unterschied, dass mich mein Veränderungswille in den Journalismus - als Intrument der Aufklärung -trieb. Elisabeth hingegen setzte sich auf die andere Seite des Tisches - zu den Armen, Entrechteten, Farbigen, Ausgestoßenen oder zu den Verdammten dieser Erde, um mit Frantz Fanon (*1925+1961) zu sprechen - dem Vordenker der Entkolonialisierung.

Rückblick auf eine Biografie. -Elisabeth, Tochter des Tübinger Theologie-Professors Ernst Käsemann (*1906+1998) , studiert um 1968 Soziologie an der Freien Universität in West-Berlin. Sie diskutierte immer und immer wieder mit dem SDS-Vordenker und Gesellschafts-Architekten Rudi Dutschke (*1940+1979). APO-Jahre, Rebellen-Jahre. Jahre der Träumen, der Entwürfe von Skizzen oder auch Utopien nach einer gerechteren Welt, einer neue deutschen Republik. Elisabeth wollte nicht warten auf bessere Zeiten, nur in Studenten-Milieus diskutieren, theoretisieren und dort in solch einem akademischen Umfeld kleben bleiben. Sie wollte raus in die Welt, dort anpacken, zupacken, wo die alltägliche Not grassierte - etwa in den vielerorts stinkenden, erbärmlichen Slums von Buenos Aires. Dort arbeitete sie für eine christliche Mission in der Villas Miserias. Hier glaubte Elisabeth, ihre Lebensaufgabe gefunden zu haben. - Hoffnung.

Ihren täglichen Unterhalt verdiente sie sich mit Übersetzungen und Deutsch-Unterricht. Den besorgten Eltern im fernen Tübingen schrieb Elisabeth: "Diese Entscheidung, hier in Buenos Aires zu bleiben, und nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren, fällte ich nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus ideellen. Sie entspringt meiner Verantwortung als Mensch. Ich werde arm sein, ich werde manchmal, mich zurücksehnen nach allem, was ich zu Hause hatte."

In ihren nahezu 300 Folterzentren verschleppten die argentinischen Militärs politische Gefangene aller Schattierungen: Peronisten, Kommunisten und Bürgerliche, Christen, Juden und Atheisten - eben Menschen, denen der vorauseilende Gehorsam fremd geblieben ist. Es gab Zeugenaussagen, die beweisen, dass Elisabeth Käsemann als "Mitglied einer politischen oppositionellen Gruppe" im Folterzentrum "El Vesubio" interniert und zugerichtet worden war - bis Todesschüsse in den Rücken und ins Genick aus nächster Nähe sie am 24. Mai 1977 hinrichteten.

Es gab Zeugenaussagen, die zweifelsfrei belegen, wie Elisabeth um ihr Leben flehte, auf Knien kroch, winselte und immer wieder auf Spanisch mit ihrem harten deutschen Akzent beteuerte: "Das ist die Wahrheit, das ist die Wahrheit ... ". Sie lag angekettet am Boden, untergebracht in Verschlägen, die an Hundehütten rinnerten. Nichts half - niemand half. Eine

englische Freundin, die ebenfalls interniert, gefoltert worden war, diese Weggefährtin kam nach gezielt-massiver Intervention Englands wieder frei. England.

Nicht so Elisabeth Käsemann. Es ist ein Frauen-Schicksal, das mich auch nach Jahrzehnte danach zornig, bitter und verächtlich werden lässt - unvergeßlich bleibt. Wie der deutsche Botschafter Jörg Kastl (1977-1980) mit schrägem, feistem Grinsen im fernen Buenos Aires beim Hummer-Menü im Gespräch mit mir zynisch daher schwadroniert. "Wer in einem - äh - Span-nungs-feld in die Schuss - äh - linie gerät, der ist in Gefahr."

Dabei hatte das Auswärtige Amt genaue Hinweise, wo Elisabeth Käsemann gefangen gehalten wurde. Aber die Diplomaten unternahmen nachweislich nichts um das Leben dieser deutschen Staatsbürgerin zu retten. Mittlerweile gilt es als verbrieft, dass weder die Botschaft in Buenos Aires, noch das Auswärtige Amt mit Hans-Dietrich Genscher (FDP) an der Spitze noch Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sich jemals nachhaltig bemühten, intervenierten - das Leben einer gefolterten deutschen Studentin aus kirchlichem Haus zu retten. Die englische Regierung tat das mit Erfolg, die deutsche lehnte solch ein Ansinnen kategorisch ab. Die Moral der Geschicht': Eine verkaufte Mercedes-Karosse wiegt eben mehr als ein Atem. - Schubladen auf und Schublade wieder zu. Argentiniens Propaganda-Trick über eine vermeintliche Terroristin, der Ulrike Meinhof (*1934+1976) Südamerikas die in Wirklichkeit eine friedfertige Sozialarbeiterin war, zeitigte Wirkung.

Bemerkenswert an dieser Vertretung der Deutschen in Buenos Aires war, wem sie da sonst so ihre Fürsorgepflicht angedeihen ließ. Vornehmlich dann, wenn es in dieser Nachkriegs-Epoche um Alt-Nazis ging, waren bundesdeutsche Diplomaten stets hilfsbereit zur Stelle. Belegt ist, dass der SS-Massenmörder namens Adolf Eichmann (*1906+1962, für die Ermordung von sechs Millionen Juden zentral mitverantwortlich), vor seiner Entdeckung im Jahre 1962 in Argentinien in der deutschen Botschaft zu Buenos Aires Schutz, Obhut, Gespräche und gefälschte Ausweispapiere suchte. Den deutschen Diplomaten zu Südamerika waren über Jahre offenkundig flüchtende Nazis wichtiger, als etwa Verbindungen zu einer angereisten Soziologie-Studentin - mit kesser Lippe ohnehin eine "linke Spinnerin" sondergleichen. Bei Eichmann und Co. stimmte zumindest eines einvernehmlich: Herkunft, Gedanken-Nähe, Karriere-Muster -unverwechselbar der Stallgeruch.

Es galt in Deutschlands Diplomaten-Kreisen zu Bonn und anderswo Ende der sechziger, bis Mitte der siebziger Jahre hinein als ein "offenes Geheimnis", wer und auch wo Alt-Nazis in Sachen Deutschland noch unterwegs waren, ihre Kanäle fingierten.. Jeder wusste es, keiner sprach darüber. - Als junger Reporter, in vielen Länder unterwegs, habe ich es zunächst nicht glauben wollen - aber dann notgedrungen erleben, zur Kenntnis nehmen müssen, wie viele Braunröcke aus der Nazi-Zeit unter dem Schutz der "Corps diplomatique" unbehelligt überwinterten. - Schonzeit. Verquere Zeiten.

Folgerichtig gab Außenamts-Staatssekretär Günther van Well (FDP *1922+1993) nach einem Treffen mit General Videla im Jahre 1978 in Buenos Aires freimütig zu, dass das Thema der verschwundenen, gefolterten, ermordeten Deutschen in Argentinien überhaupt nicht angesprochen worden sei. Leisetreterei hieß das hinter vorgehaltener Hand - ausschließlich standen deutsche Exportlieferungen im Werte von drei Milliarden Mark im Mittelpunkt - Waffen und nochmals Waffen, Kampf-Panzer und nochmals U-Boote, Ma- schinenpistolen vornehmlich für den Straßenkampf - Made in Germany.

Am 10. Juni 1977 kehrte die Leiche Elisabeth Käsemanns im Frachtraum einer Lufthansa-Maschine nach Deutschland zurück, wurde sie in ihrer Heimatstadt Tübingen beerdigt. Die Eltern hatten über Mittelsmänner den Leichnam der Tochter für 22.000 Dollar freikaufen können. Vater Ernst Käsemann musste nach Argentinien reisen, um den Leichnam seiner Tochter ausgehändigt zu bekommen. Die Leiche hatte weder Haare noch Augen. Gerichtsmediziner in Tübingen konstatierten: dass Elisabeth von hinten durch vier Schüsse getötet wurde, was auf eine typische Exekution hinweist.

Elisabeth Käsemann wurde am 16. Juni 1977 auf dem Lustnauer Friedhof zu Tübingen beigesetzt. An diesem Tag erklärten ihre Eltern: "Wir haben heute unsere Tochter Elisabeth auf dem Lustnauer Friedhof bestattet. Am 11. Mai 1947 geboren, am 24. Mai 1977 von Organen der Militärdiktatur in Buenos Aires ermordet, gab sie ihr Leben für Freiheit und mehr Gerechtigkeit in einem von ihr geliebten Lande. Ungebrochen im Wollen mit ihr einig, tragen wir unsern Schmerz aus der Kraft Christi und vergessen nicht durch sie empfundene Güte und Freude."

Finale eines Verbrechens - Im Auftrag der Koalition gegen die Straflosigkeit vieler Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Argentinien während der Militär- diktatur erstattete am 25. März 1999 Rechtsanwalt Roland Deckert Strafanzeige im Fall Käsemann. Das Amtsgericht Nürnberg erließ am 11. Juli 2001 Haft- befehl gegen den früheren argentinischen General Carlos Guillermo Suárez Mason . Er stand unter konkretem Verdacht, die Ermordung Elisabeth Käsemanns befehligt zu haben.

Ihr Scherge, Carlos Guillermo Suárez Mason (*1924-+2005), der in Argentinien den Beinamen "der Schlächter des El Olimpo" trug, wurde für die Entführung von 254 Personen und der illegalen Adoption von Kindern verschwundener Kritiker verurteilt. Im Jahre 1979 sagte er angeblich gegenüber einem Vertreter der US-Bot- schaft, dass er jeden Tag zwischen 50 und 100 Todeurteile unterzeichne. Italien, Deutschland und Spanien hatten seine Auslieferung beantragt. - Abgelehnt.

Im November 2003 wurden Auslieferungsanträge gegen die Beschuldigten Jorge Rafael Videla, ehemaliger Präsident der Militärjunta, und gegen Ex-Admiral Emilio Eduardo Massera erlassen. - Die Anträge aus Deutschland wurden am 17. April 2007 vom Obersten Gerichtshof Argentiniens abgewiesen - die Akte Elisa- beth Käsemann endgültig geschlossen.

Nur wenige der geheimen Gefangenenlager oder Folterzentren sind nach den Jahren der Miltiärdikatur (1976-1983) als Gedenkstätten erhalten geblieben. Die Gebäude von "El Vesubio", in der Elisabeth Käsemann ihr Leben ließ, wurden abgerissen. Ein früheres Folterzentrum im Stadtteil Belgrano von Buenos Aires war in den 90er Jahren der Partykeller - ein ehemaliges Junta-Mitglied hatte es gemietet, um dort die Hochzeit seiner Tochter zu feiern.

Wie in allen lateinamerikanischen Ländern liegt auch in Argentinien die tiefere Ursache für den politischen Zer- fall in wirtschaftlichen Problemen. Die Staaten Süd-amerikas sind in erster Linie Exporteure von Rohstoffen und Agrarprodukten. Seit dem Koreakrieg (1950-1953) sind die Preise für diese Produkte - abgesehen von kleinen Schwankungen und einem Zwischenhoch kurz nach der Ölkrise im Jahre 1973 -kontinuierlich gefallen. Die "Terms of Trade" entwickelten sich immer zum Nachteil dieser Länder. Deren Kassen wurden leerer, die schon vorhandenen krassen sozialen Gegensätze ver- schärften sich weiter. In vielen dieser Länder kam es vorübergehend zu linksreformerischen oder links- revolutionären Systemen, die versuchten, mit einem nationalistisch-sozialistischen Rezept diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Dazu gehörten das Zurückdrängen der multinationalen Unternehmen mit ihrer Kontrolle über die wichtigsten Produkte, die

Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und die staatliche Kontrolle des Außenhandels. Mit diesem Programm traten in Latein- amerika ganz unterschiedliche linke Strömungen an; Salvador Allende (*1908+1973; chilenischer Präsident 1970-1973), General Juan José Torres González (1921-1976), die reformerischen Generäle in Peru und in Argentinien der Peronismus.

Juan Domingo Perón (*1895+1974) regierte Argentinien zwei Mal. Seine Amtszeit dauerte von 1946 bis 1955, seine zweite währte von 1973 bis zu seinem Tod am 1. Juli 1974. Auch Perón war ein klassischer Diktator, ein wesentlicher Zug aber unterschied ihn von Amtskollegen à la Alfredo Stroessner (*1912+2006; Präsident und Diktator von Paraguay 1954-1989) in Paraguay. Das waren Peróns sozialreformerischen Ideen. Er setzte sich für eine Steigerung der Arbeitereinkommen ein, für einen Ausbau des Gewerkschaftssystems. Seine erste Frau Evita (*1919+1952) wird noch heute in Argentinien verehrt als die "Königin der Armen".

Es war allerdings ein sehr spezielles Gewerkschaftssystem, das der argentinische Präsident aufbaute, keine klassische, demokratische Arbeiterbewegung wie in Europa, sondern ein Gewerkschaftstum von Peróns Gnaden. Die Gewerkschaftsbosse waren seine Statthalter auf dem Arbeitersektor und brauchten von dem Moment an, wo sie sein Wohlwollen hatten, nicht mehr zu befürchten, dass sie abgewählt werden könnten.

Wer Peróns Stimme hatte, der blieb.

So entwickelten sich an der Spitze vieler Gewerkschaften klassische Mafiosi, die ihre Gewerkschaft wie ein Gangstersyndikat regierten. Typische Beispiele dafür waren die Metallarbeiter-Bosse. Augusto Vandort, er starb bei einem Attentat, und Lorenzo Miguel, der heute hinter Gittern sitzt. Standen bei den Metallern Gewerkschaftswahlen an, und es wagte jemand, eine Gegenliste zu machen, war der so gut wie tot. Vandort und später Miguel schickten ihre Bodyguards los, die den Opponenten empfahlen, sich schleunigst zu verziehen und denjenigen, der nicht gehorchte, einfach umnagelten.

Der Sieg bei der Gewerkschaftswahl war dann so gut wie sicher. Hinzu kam: die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt nur drei Prozent, und bei dieser Wahlbeteiligung konnten die Bosse zum großen Teil schon mit den Leuten, die sie in die Gewerkschaft geschleust hatten, ihre Mehrheit sichern. Dazu gehörten die Bodyguards und die mit Verwaltungsjobs belohnten Anhänger bis hinunter zum Portier oder zum Fahrer. Die meisten Leute hatten mit dem Metallarbeitersektor nicht das geringste zu tun.

Einer der größten Gauner im argentinischen Gewerkschaftswesen hieß Coria, er war Anführer der Bauarbeiter-Gewerkschaft, zugleich aber auch einer der größten Bauunternehmer Argentiniens. Auch er starb bei einem Anschlag der Linken. Ein anderes Prachtexemplar argentinischer Gewerkschaftsbewegung war der Anführer der Handelsgewerkschaft March, der eines Tages eine eigene Bank gründete. Er steckte so viel Einlagegelder als Nettogewinn weg, dass selbst die Bankaufsicht in Argentinien nicht mitmachen wollte. Der Mann wanderte hinter Gitter, für ein Jahr allerdings nur, und in eine Luxuszelle mit Fernsehen.

Wie verrottet auch immer die peronistischen Gewerkschaften sich entwickelten, zu einem hatte es politisch geführt: Ein großer Teil der Linken wurde in Argentinien aufgezogen durch die peronistische Bewegung. Nach seiner ersten Amtszeit (1946-1955) wurde Perón gezwungen, ins Exil zu gehen. In Argentinien wechselten sich dann in rascher Folge Militärregierung und Zivilregierungen ab. Keiner aber ist es gelungen, die peronistische Bewegung aufzusaugen. Perón und erst recht seine Frau Evita, die 1952 an Krebs starb, waren längst zu einem übergroßen Mythos in Argentinien geworden.

Vom Exil aus bestärkte Perón die nachwachsende junge Generation, die sich in Anlehnung an die gegen die englischen Kolonialherren rebellierende Gauchos des 19. Jahrhunderts Montoneros nannten, in ihrem Engagement für einen nationalen Sozialismus und in ihrer Opposition gegen die jeweils herrschende Regierung. Perón feierte sie als "herrlichste Jugend", die mit der Waffe in der Hand gegen militärische Diktatur kämpft und bereit ist, ihr Leben fürs Vaterland und soziale Gerechtigkeit zu geben".

Als Perón 1973 zurückkam, fand er so eine breite Masse enthusiastischer jugendlicher Peronisten vor, die ihn persönlich gar nicht kannten. Es waren Linke unterschiedlichster Couleur, Trotzkisten, Kommunisten. Als Perón dann wieder an der Macht war, wollte er nichts länger von ihnen wissen. Öffentlich höhnte er: "Mit den Linken kann man kämpfen, aber nicht regieren." - Regieren wollte Perón lieber - wie früher -mit der alten Gewerkschaftsclique. Immerhin, Perón hatte noch das Prestige, den totalen Bruch zwischen diesem linken Flügel und seiner Bewegung zu vermeiden.

Als Perón allerdings am 1. Juli 1974 starb und seine dritte Frau, die völlig unbedarfte Isabel, eine ehemalige Nachtclub-Tänzerin, an die Macht kam (1974-1976), hielt diese Arrangement nicht mehr. Isabel regierte mit einer Gauner-Clique, allen voran der ehemalige Jahrmarkts-Astrologen und Zauberkünstler José Lopez Rega (1916+1989) , von Interpol weltweit wegen Unterschlagung gesucht. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, Geldbetrag um Geldbetrag die Staatskasse Argentiniens zu plündern -Millionensummen. Was zum Beispiel aus Wohlfahrtsfonds hereinkam, buchten sie auf persönliche Konten ab. In zweieinhalb Jahren, in denen Rega an der Macht war, konnte er allein sich rund 120 Millionen Dollar zusammengaunern. Gegen diese korrupte Clique machte eine breite Schicht der eigenen Bewegung Front, am rabiatesten die linken Gruppierungen, die sich schnell und sehr effektiv als Guerilla organisierten. So kam es, dass Argentinien zum Zeitpunkt der Amtsausübung von Isabel eine pero- nistische Regierung hatte und eine personistische Guerilla, die sich beide bis aufs Messer bekämpften.

Neben den Montoneros hatten sich seit 1970 noch eine andere Guerilla-Organisation gebildet, die ERP, der bewaffnete Flügel der trotzkistischen Revolutionären Arbeiterpartei. Das Operationsfeld der ERP war vor- nehmlich die Gegend um Córdoba. Zeitweise gelang es der ERP, ein Areal im Norden des Landes etwa von der Größe des Saarlandes unter Kontrolle zu bringen und als "befreite Zone" auszurufen.

Als am 24. März 1976 General Videla an die Macht kam, hatte Argentinien die stärkste Guerilla auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Ihr Sympathisantenkreis wird heute noch auf 120.000 Personen geschätzt, trotz aller Verhaftungen und Morde noch eine riesige potenzielle Untergrundarmee. Die Kriegskasse der Guerilla-Kämpfer wird auf zwei Drittel des argentinischen Militärbudgets taxiert. Allein durch das Kidnappen der Gebrüder Born, Inhaber eines riesigen Getreide konzerns, kassierten die Untergrundkämpfer 60 Millionen Dollar.

Bei einer Reihe Aktionen zeigte die Guerilla ihre Stärke. Am 19. Juni 1976 töteten die Untergrundkämpfer den Polizeichef von Argentinien, General Cardozo. Eine Widerstandskämpferin, die 18 Jahre alte Ana Maria Gonzales, hatte sich mit der Tochter des Generals befreundet und dann eine Bombe unter das Bett von Cardozo platziert.

Am 19. August 1976 wurde General Omar Carlos Actis, Vorsitzender des staatlichen Komitees für die Fußball- weltmeisterschaft 1978, ermordet. Am 2. Oktober 1976 explodierte im streng bewachten und abgeriegelten Militärareal Campo de Mayo eine gewaltige Bombe in einer Militärbaracke, in der sich noch wenige Minuten zuvor der argentinische Präsident General Videla

aufgehalten hatte. Mit knapper Not entging Videla auch im März 1977 einem Anschlag. Zentnerschwerer Sprengstoff riss ein neun Meter tiefes Loch in die Landebahn des Stadtflughafens von Buenos Aires, kurz nachdem die Privatmaschine von General Videla abgehoben hatte.

Staatsstreiche, also der gewaltsame Umsturz bestehender politischer Machtverhältnisse, sind in Südamerika nichts Außergewöhnliches. Sie gehören lange Jahre sozusagen zur Folklore. Seit 1930 gab es insgesamt 121 erfolgreiche Putsche auf dem amerikanischen Subkontinent. In den früheren Jahren floss meist nicht viel Blut. Der "golpe de teléfono", der Staatsstreich per Telefon, bei dem die Armee des Landes dem regierenden Präsidenten das Ende seiner Amtszeit mitteilte, besorgte den Übergang auf neue Machtträger in relativer Harmlosigkeit. Die Armee begnügte sich mit einer Hintergrundrolle im Sinne des "corriger la fortune". Sie sorgte dafür, dass ungeachtet irgendwelcher Wahlergebnisse oder Koalitionsabsprachen ihr genehme Potentaten das Staatsruder in der Hand hielten. In den letzten Jahren aber wurde der "golpe de teléfono" abgelöst durch den "auto golpe".

Der Herrschaftsanspruch des Militärs hatte sich geändert, es wollte jetzt selbst regieren. Brasilien machte 1964 den Anfang, das zweite Land war Chile 1973, es folgte am 24. März 1976 Argentinien.

Und wie schon in Brasilien und Chile wurde auch in Argentinien ein Beispiel dafür, dass mit der neuen Form des Staatsstreichs eine Eskalation der Gewalt einherging. Die angewandten Mittel stellten den Zweck des Unternehmens, nämlich Ordnung zu schaffen, in Frage. Unter dem Vorwand, dem Land Sicherheit zu zurückzu- geben, errichtete Argentiniens General Videla ein Terrorregime. Um illegaler Gewalt zu begegnen, wurden die Schutzrechte des einzelnen außer Kraft gesetzt und gewalttätige Illegalität geduldet. Das Recht wurde auf zweifache Weise gebrochen: Zum ersten wurden Gesetze geschaffen, die der argentinischen Verfassung widersprachen; zum zweiten missachteten Armee und Polizei selbst diese Gesetze. Unterdrückungsinstrumentarien der argentinischen Junta umfasst im wesentlichen folgende Gesetze und Verordnungen:

Die Aufrufung des Ausnahmezustands, der die Verhaftung jedes Oppositionellen ermöglicht. Dabei wurde ausdrücklich jener Artikel 23 der National- versammlung außer Kraft gesetzt, der bisher den unter Ausnahmerecht Festgenommenen die Möglichkeit gab, das Land zu verlassen;

- festgenomme Zivilisten werden Militärgerichten überantwortet, was Artikel 95 der argentinischen Nationalverfassung ausdrücklich verbietet;
- den vor einen Militärgerichtshof gestellten zivilen Angeklagten ist ausdrücklich untersagt, einen zivilen Anwalt zu nehmen. Sie müssen ihre Verteidigung einem Offizier übertragen;
- Parteien wurden verboten, jegliche politische Betätigung wurde untersagt. Selbst das Schreiben einer Parteiparole wird verfolgt;
- sämtliche kollektiven Rechte der Arbeiter wurden außer Kraft gesetzt: das Streikrecht, das Versamm- lungsrecht, das Recht auf Abschluss von Kollektivverträgen;
- die Todesstrafe wurde eingeführt. Sie ist ab 16 Jahren vollstreckbar;

Geständnisse während eines Verhörs erübrigen fortan die Beweisaufnahme vor Gericht; es sei denn, ein Angeklagter kann beweisen, dass er sein Geständnis unter Folter abgegeben hat. Die Beweislast liegt dann bei hm. Bisher hat noch kein Zeuge geladenerer Folterer sein Handeln zugegeben.

Begleitende Maßnahmen sind Strafzumessungen außerhald jeder Relation: Der Besitz einer Pistole etwa kann eine 15jährige Gefängnisstrafe nach sich ziehen. Eine totale Pressezensur wurde verfügt. Zeitungen und Rundfunk wurde am 22. April 1976 durch Regierungsdekret sogar verboten, über den Tod von "Subversiven" oder das Auffinden von Leichen zu berichten, wenn dies nicht von offizieller Seite bekanntgegeben war. Dazu kommt der nackte Terror:

Lord Avebury zählte in seinem Bericht für amnesty international nach der Befragung argentinischer Gefangener als gängigste Methoden auf; Schläge, Elektroschocks, U-Boot (das Eintauchen in Wasser bis kurz vor dem Erstickungstod), das Verbrennen mit Zigaretten, das Überschütten von Gefangenen mit Wasser bei Minus-temperaturen, das Aufhängen von Opfern an den Handgelenken, der Entzug von Nahrung, Getränken und Schlaf, Vergewaltigung. Die argentinische Menschenrechts-Kommission nennt in ihrem Bericht unter Berufung auf Zeugenaussagen noch weitere Ungeheuerlichkeiten: das Absägen von Händen oder Füßen, Verstümmelung durch beißende Hunde, die auf die Opfer gehetzt werden.

Die schmutzigste Arbeit überlassen die Militärs der Alianza Argentina Anticomunista. Diese Todes- kommandos, zusammengesetzt aus rechts-extremistischen Soldaten, die einen Feierabendjob brauchen sowie Militärs und Polizisten, die dienstfrei haben, verhaften, verschleppen, plündern, foltern und töten mit Billigung der amtlichen Stellen. In keinem einzigen Fall wurde versucht, eine Untersuchung der Aktionen der AAA vorzunehmen, im Gegenteil: die AAA-Kommandos sind ausgerüstet mit den Ford-Falcons der Sicherheitskräfte. Rufen tatsächlich einmal Augenzeugen einer AAA-Aktion die Polizei, dann lassen die Polizisten diese Kommandos ungestört weiter agieren.

Im August 1976 erklärte der argentinische Außen minister Admiral César Guzetti (*1925 +1988) nach einer Rede vor den Vereinten Nationen in New York: "Meine Vorstellung von Subversion oder Terror ist das Auftreten von linken Terrororganisationen. Subversion oder Terror auf der Rechten ist nicht dasselbe. Wenn der soziale Körper eines Landes infiziert ist, bildet er Anti-Körper. Diese Anti-Körper kann man nicht in gleicher Weise beurteilen wie die Bakterien. Sie sind nur eine natürliche Reaktion auf eine Krankheit." Während seiner Amtszeit traf sich César Guzetti mit seinem amerikanischen Amtskollegen Henry Kissinger (1973-1977). Er sicherte der Militärjunta seine Unterstützung zu.

Nach dem Mord an dem General Omar Actis, dem Organisator der Fußball-Weltmeisterschaft 1978, wurden am nächsten Tag in einer Vorstadt von Buenos Aires 30 Leichen gefunden, von Schüssen und Dynamit zerrissen. Keiner dieser Toten hatte Schlipse, Gürtel oder Schuhbänder - sichere Indizien dafür, dass es sich um Gefangene handelte. Das gleiche passierte nach dem Anschlag auf den Polizeichef Cardozo. Noch am selben Tag wurde das Elternhaus der Attentäterin in die Luft gesprengt, in der darauffolgenden Nacht wurde auf einem Parkplatz im Zentrum von Buenos Aires die verstümmelten Leichen von acht jungen Männern und Frauen gefunden.

Zwar ist die Todesstrafe offiziell wieder eingeführt, aber die Militärs haben entdeckt, dass die Ermordung unliebsamer politischer Gegner bequemer ist als eine legale Erschießung, bei der es zu Protesten aus dem Ausland kommen kann. Am 6. Oktober 1976 wurden auf hartnäckige

Gesuche von Verwandten hin 34 Leichen auf dem Moreno-Friedhof südlich von Buenos Aires exhumiert. Bei allen Leichen waren die Hände auf dem Rücken zusammengebunden. Sie konnten als die Opfer einer Anti-Guerillia-Aktion identifiziert werden, die am 14. April 1976 in diesem Vorort von Buenos Aires abgelaufen war. Auf dem zentralen Friedhof in Córdoba hoben Militärs am 10. Oktober 1976 ein Massengrab mit Baggern aus, mindestens 60 Leichen wurden hineingeworfen. Die Stelle wurde anschließend zubetoniert. Dazu amnesty international: "Es ist offensichtlich, dass in Argentinien eine große Zahl von Leuten, die spurlos verschwanden, inoffiziell exekutiert worden sind." Häufig allerdings geben die Militärs auch nach solchen Erschießungen ein Kommuniqué heraus. Darin heißt es in nahezu immer wortgleichen Formulierungen: "Die Gefangenen wurden beim Fluchtversuch erschossen." Oder: "Die Sicherheitskräfte konnten mehrere subversive Personen aufspüren. Als sie sich weigerten, einem Haftbefehl zu folgen, kam es zum Schusswechsel, bei dem mehrere sub- versive Verbrecher den Tod fanden."

Der Terror des Videlas-Regimes richtet sich nicht nur gegen die eigenen Landsleute, sondern auch gegen die rund 12.000 Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten, die in den letzten Jahren in Argentinien Asyl gefunden hatten. Im Büro des Hohen Kommissars für das Flüchtlings- wesen der Vereinten Nationen in Buenoes Aires - es ist im 8. Stock der Einkaufsstraße SuiPacha 280 untergebracht - hängt ein Plakat mit dem englischen Satz: "It doesn't take much to become a refugee - your race or belief can be enough" ("Es ist nicht schwer, ein Flüchtling zu werden, deine Rasse oder dein Glauben können genügen").

Seit dem Amtsantritt Videla ist es in Argentinien nicht schwer, als Flüchtling eine Leiche zu werden. Am 2. April 1976 trug die staatliche Einwanderungsbehörde allen in Argentinien lebenden Flüchtlingen auf, ihren Wohnort anzugeben und sich anschließend alle 30 Tage bei der Polizei zu melden. Als Strafe wurde der Entzug des Asylrechts angedroht. Diese auf den ersten Blick harmlos administrative Maßnahme hatte für viele tödliche Folgen.

So wurden wenige Tage später in einem Hotel im Zentrum von Buenos Aires der ehemalige uruguayische Senator Zelmar Michelini und der ehemalige Parlamentspräsident von Uruguay Hector Ruiz verhaftet und kurz darauf von Kugeln durchsiebt an einer Straße gefunden.

Am 26. Mai 1976 wurde der ehemalige Präsident von Bolivien, General Juan Jose Torres (*1920+1976, Präsident von Bolivien 1970/1971) aus seiner Asylwohnung in Buenos Aires entführt und einen Tag später 80 Kilometer außerhalb der Hauptstadt ermordet aufgefunden. Torres wurde im Rahmen der Operación Cóndor erschossen. Unter diesem Codenamen operierten in den 70er und 80er Jahren Sicherheitsdienste von sechs lateinamerikanischen Ländern mit der erklärten Absicht, linke politische und oppositionelle Kräfte weltweit zu verfolgen und auszuschalten. Nach den bisherigen Ermittlungen - Jahr 2008 - sowie der Auswertung von Dokumenten fielen mindestens 200 Personen der Operación Condor zum Opfer. Menschen- rechtsorganisation wie amnesty international (ai) gehen jedoch von einer weitaus höheren Anzahl Ermorderter aus. ai befürchtet, dass unter den latein- amerikanischen Regimen bis zu 50. o00 Menschen ihr Leben ließen, weitere 35.000 noch immer vermisst werden.

Nach nunmehr ausgewerteten amerikanischen Dokumenten war es insbesondere US-Sicherheitsberater Henry Kissinger während der Präsidentschaft von Richard Nixon (1969-1974), der die Operación Condor aktiv unterstützte. Er befürchtete eine marxistische Revolution in Lateinamerika. Demzufolge betrachtete Friedensnobelpreisträger Kissinger (1973) die Militärdiktatoren als Verbündete der USA. Bemerkenswert ist zudem, dass Frankreich Veteranen aus dem Algerienkrieg (1954-1962) den lateinamerikanischen Militärs zwecks Erfahrungsaustausch

einschließlich Sondertrainingsprogramme zur Verfügung stellten. Thema: Effektivität der Foltermethoden

Zwei markante Schicksale - stellvertretend für viele, sehr viele. Anders als in Brasilien oder in Chile hat sich die katholische Kirche in Argentinien noch nicht zu einer eindeutigen Opposition gegen das Willkür-Regime der Generäle durchringen können. Eher im Gegenteil. Der Militärbischof Victorio Bonamin verkündet in seinen von Funk und Fernsehen übertragenden Predigten: "Der Kampf gegen die Subversion ist ein Kampf zur Verteidigung der Moral, der Menschenwürde und der Religion. Es ist ein Kampf zur Verteidigung von Gott. Der Feind hat es selbst so gewollt." Oder: "Wir befinden uns am Vorabend eines reinen und heiligen Argentiniens." Obgleich auch zahlreiche Priester von den Militärs wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Linken ermordet wurden, hat das katholische Episkopat in einem Dokument über die Menschenrechte sich bislang nur zu so verhaltener Kritik aufraffen können wie: "Im Eifer, die Sicherheit zu erlangen, die wir alle so sehr wünschen, könnten Fehler begangen werden: willkürliche Verhaftungen, unverständlich lange Festnahmen, Unwissenheit über den Verbleib von Verhafteten, Isolation von fraglicher Dauer, Verweigerung geistlichen Beistands."

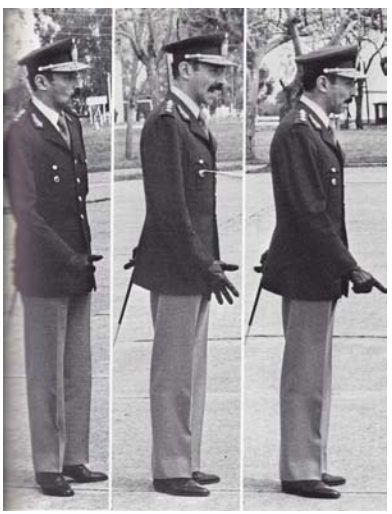
Die Militärs in Argentinien haben so praktisch überhaupt keine legale Institution zu fürchten, die ihnen wirksam Opposition bieten könnte. Angesichts dieser Situation kommt der britische Lord Avebury in seinem Bericht für amnesty international zu dem Schluss: "Die Missachtung der Menschenrechte in Argentinien ist an sich schon alarmierend genug. Was sie noch schlimmer macht, ist die Tatsache, dass ein Ende dieses Miss- standes nicht erkennbar ist."

Postscriptum . -Es bedurfte nur wenige Jahre der Millitärs an der Macht, um ihre Politik dem Ausverkauf Argentiniens gleich zu setzen. Das Land war dem wirtschaftichen Ruin nahe, sank die Industrieproduk- tion um 4o Prozent, stieg die Staatsverschuldung auf ungeahnte Rekordhöhen. Mit den 1982 gegen England geführten und verlorenen Waffengang um die Zugehörigkeit der Falkland-Inseln suchten die Militärs letztmalig, die ihrer Meinung nach zentrale nationale Idee zu mobilisieren. Vergeblich. Wirtschaftliche Panik um Betriebe und Arbeitsplätze, um den Wohlstand schlechthin, sind seither weitaus größer.

Die gescheiterten Generale zogen sich in ihre Kasernen zurück. Im Jahre 1983 votierten die Argen- tinier und Argentinierinnen nach fortwährenden Massenprotesten gegen den ökonomischen Verfall Raúl Alfonsin 1983-1989) zum ersten frei gewählten Präsidenten nach der Soldaten-Herrschaft. Seit 1977 verlangten die "Madres de Plaza de Mayo" in ihren fortwährenden Demonstrationen und Kundgebungen Aufklärung über den Verbleib, Mord, Freiheits- beraubung und Torturen an ihren Söhnen. Im Jahre 2006 wird der ehemalige Chefermittler Miguel Etchecolatz wegen Erschießung, Verstümmelung von politischen Gegner zu lebenslanger Haft verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde erstmals von einem argentinischen Gericht der Begriff Völkermord verwendet.

Einer der Hauptverursacher, General Rafael Videla, musste sich 1985 wegen Menschenrechtsverletzungen (Mord, Folter, Entführung, Freiheits beraubung) vor Gericht verantworten und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Fünf Jahre später widerfuhr ihm durch das sogenannte Schlusspunktgesetz - die Begnadigung. Aufgrund seiner Verantwortung für Kinderraub musste er sich 1998 erneut inhaftieren lassen. Er hatte im Amt die Adoption von Kleinkindern inhaftierter Oppositioneller verfügt; im selben Jahr wurde Videla unter Hausarrest gestellt; 2001 abermals verhaftet. Nun beschuldigte man ihn, Drahtzieher einer Verschörung gegen Oppositionelle gewesen zu sein.

Im selben Jahr wurde er unter Hausarrest gestellt. Im Jahre 2001 erneut verhaftet: man beschuldigte ihn zusätzlich, während seiner Diktatur Drahtzieher einer Verschwörung gegen Oppositionelle gewesen zu sein. Mittlerweile kehrte Videla in seine Wohnung im Stadtteil Belgrano von Buenos Aires zurück - praktisch als freier Mann.



INDONESIEN: ENDLÖSUNG AUF DER GEFANGENEN-INSEL BURU

Mit 225,5 Millionen Einwohnern ist Indonesien das größte Insel-Land der Welt. Es wurde im Jahre 1949 von den Niederlanden unabhängig. Nach etwa fünf Jahrzehnten Diktatur wurde Indonesien erst im Jahre 2004 von der Weltöffentlichkeit als demokratischer Staat anerkannt. Zuvor herrschten Militärs mit allgegenwärtiger Folter, Deportationen Hunderttausender von Menschen, Vergewaltigungen als Dauerzustand. Massengräber vielerorts - Gefangenen-Inseln waren die Folgen jene Schreckensjahre - Rückblicke auf das eigentlich Undenkbare, Unfassbare.

stern, Hamburg 18. August 1977

Indonesien - Bilder von weißen weiten Stränden unter Palmen, blauem Meer, tropischen Himmel und Blumen streuenden, zartgliedrigen Tänzerinnen auf Bali verbinden sich mit diesem Namen. Doch die Prospekt-Schönheit vom Reich der 13.000 Inseln ist eine trügerische Idylle. Die Wirklichkeit sieht so aus: Indonesien hält mit 100.000 politischen Gefangenen den absoluten Weltrekord. Erst im weiten Abstand folgt an zweiter Stelle mit etwa 10.000 politischen Gefangenen die Sowjetunion.

Die Eingekerkerten leben entweder, wenn sie als besonders gefährlich gelten, in finsteren Verliesen auf der Hauptinsel Java (Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt: "Selbst Tiere werden menschlicher behandelt") oder sie sind auf ferne, unwirtliche Inseln verbannt, etwa auf der berüchtigte "Island Buru", zweitausend Kilometer weg von der Hauptstadt Djakarta, dem Sibirien Indonesiens. Beri, beri, Malaria, Tuberkulose grassieren unter den Gefangenen, lassen sie zu Hunderten sterben. Dazu kommt Unterernährung, Deportierte haben zudem selber für ihr tägliches Brot zu sorgen. Doch der karge Boden gibt keine ausreichenden Ernten her. Außerdem müssen die Gefangenen viel von dem, was sie den dürren Feldern abtrotzten, als Ernteertrag an die Behörden abführen. In ihrer Not machen die Internierten Jagd auf Ratten und Schlangen, die sie zum Teil vor Hunger roh essen (so ein Report von amnesty international).

Die politischen Gefangenen Indonesiens leben ohne Hoffnung. Sie wurden meist vor über zehn Jahren eingesperrt, seither warten sie auf ihren Prozess. Sie werden wohl auch noch die nächsten zehn Jahre warten müssen. Denn nach offiziellen Angaben der indonesischen Regierung wurden bisher weniger als 800 Personen vor Militärtribunalen oder Zivilgerichten abgeurteilt, ein Drittel zum Tode.

Die regierenden indonesischen Militärs profitierten von der geografischen Lage ihres Herrschaftsbereichs. Die Grausamkeiten auf dem abgelegenen fernöstlichen Inselstaat blieben über ein Jahrzehnt der Weltöffentlichkeit verborgen. Erst nach dem Amtsantritt von US-Präsident Jimmy Carter (1977-1981) interessierte sich der amerikanische Kongress auch für Menschenrechtsverletzungen in Indonesien. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (1974-1992), der im Frühjahr 1977 eine Asienreise unternahm und dabei Indonesien besuchte, setzte sich nun ebenfalls gegenüber Präsident Haji Mohamed Suharto (*1921+2008) und Außenminister Malik für die Freilassung der Inhaftierten ein. Nur dann, so Genscher, könne weiter mit deutscher Hilfe und deutschen Investitionen gerechnet werden, wenn das indonesische Regime von seiner brutalen Unterdrückungspolitik des innenpolitischen Gegners ablasse.

Das Internationale Rote Kreuz entschloss sich im Mai 1977 zu einem ungewöhnlichen Schritt, um auf die verzweifelte Situation der politischen Gefangenen aufmerksam zu machen. Gehört es normalerweise zur Geschäftsgrundlage des Roten Kreuzes, unter Ausschluss der Öffentlichkeit Regierungen in vertraulichen Berichten eine Abänderung betreffender Missstände zu fordern, so wählte das Rote Kreuz im Fall Indonesien den Schritt an die Öffentlichkeit. In einem Bulletin vom 4. Mai 1977 beschwerte sich das Rote Kreuz darüber, von der indonesischen Regierung bei einem Inspektionsbesuch über die tatsächliche Lage der Inhaftierten hinweggetäuscht worden zu sein. Ihm - dem Roten Kreuz - seien nur einige eilig verschönte Lager gezeigt worden, die für den Besuch mit Betten, Nahrungsmitteln und Freizeitgeräten vorübergehend ausstaffiert worden seien. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes kündigte an: "Wir werden weiterhin Reisen in indonesische Gefangenenlager unternehmen und erwarten, dass uns dabei keine Schwierigkeiten gemacht werden."

Die Zahl von 100.000 politischen Gefangenen in Indonesien ermittelte amnesty international . Die meisten Institutionen und ausländischen Regierungen, die sich inzwischen um die Missachtung der Menschenrechte in dem fernen Inselreich kümmern, haben diese Zahl übernommen. Sie schenken den niedrigen Angaben der indonesischen Behörden keinen Glauben. In ihren letzten offiziellen Verlautbarungen sprach die indonesische Regierung von 39.000 politischen Gefangenen. Doch gleichzeitig sagte der Generalstaatsanwalt Sugih Arto: "Es ist unmöglich zu sagen, wie viele politische Gefangene es gibt. Es ist eine ständig schwankende Zahl wie der Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar."

Die indonesische Tragödie begann im Jahre 1965. Damals regierte in Indonesien der außenpolitisch nach Peking hin orientierte Präsident Achmed Sukarno (1901-1970), gestützt auf den Bündnis von Nationalisten, religiöser Parteien und Kommunisten. Die Kommunistische Partei Indonesiens, die PKI (Partai Komunis Indonesia) hatte im Jahre 1955 bei den letzten Wahlen 16 Prozent der Stimmen errungen, sie war viertstärkste Kraft geworden und wuchs in den folgenden Jahren ständig. In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1965 putschten Einheiten der Armee unter Führung von Oberstleutnant Untung. Sie nahmen sechs Heeresgeneräle gefangen und richteten sie noch am selben Tag hin. Sie erklärten das Kabinett Surkano für abgesetzt. An seine Stelle installierten sie ein 45 Mann umfassendes Gremium aus Persönlichkeiten aller politischer Schattierungen. Ausgeschlossen blieben stark antikommunistische Politiker und Militär. Innerhalb dieses Gremiums waren allerdings auch nur drei Mitglieder Kommunisten.

Die Aufständischen erklärten, sie hätten mit ihrem Putsch einer Revolte konservativer, vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützter Teile des Heeres zuvorkommen wollen. Es sollte später oft davon die Rede sein, dass Präsident Sukarno die Untung-Revolte insgeheim gefördert hatte. Schon am Nachmittag desselben Tages kam der konservative Gegen-Putsch. Der Befehlshaber der strategischen Reserve, Generalmajor Suharto, besetzte die Rundfunkstation Djakartas und erklärte, der Putsch des Oberstleutnant Untung sei von der PKI, von der Kommunistischen Partei Indonesiens, ferngesteuert gewesen. Doch seine, Suhartos Truppen, hätten den Umsturz in der indonesischen Republik verhindert und die Ordnung wiederhergestellt.

Generalmajor Suharto, der bald darauf als Präsident auch selbst die Verfügungsgewalt über Menschen, Millionen und Materialien übernahm, stellte die Ordnung mit einem der folgenschwersten Massaker in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder her. Als westliche Reporter, die den Insel-Staat Ende des siebziger Jahrzehnts bereisten, spürten wir vielerorts Angst, Furcht, Bangigkeit in diesem von Blut getränkten Land. Auch ich hatte Angst, Schweißausbrüche, nervöse, nahezu schlaflose Nächte. Ich notierte in meinem Reisetagebuch: "Indonesien - in einer

beispiellosen Verfolgungsjagd wurden Menschen linker Gesinnung oder jene, die man vom Hörensagen dafür hielt, wurden sogenannte Sympathisanten, Chinesen, allzu oft auch private Rivalen, sie wurden blindlinks aufgespürt, erschlagen, ganze Familien ausgerottet, ihre Anwesen, Häuser, Wohnungen einfach niedergebrannt." Furcht war unser Wegbegleiter, überall lauerte unter den noch wenigen Intellektuellen westliche Prägung Friedhofsruhe. Jeder ahnte es, keiner wusste es genau, wer wird das nächste Opfer sein. Schlafnot, Hab-Acht-Stellung, Atemnot - nur raus aus diesem Land der beschaulichen scheinbar unendlich weiten weißen Stränden.

Suhartos Armee hetzte fanatische Moslems - Indonesien ist zu 94 Prozent islamischen Glaubens - gegen die Kommunisten auf. Die Kommunisten wurden als gottlose Menschen dargestellt, der einfachen Landbevölkerung wurde erklärt: Ihr müsst die Kommunisten töten, sonst töten sie euch. Die Ermordung der sechs Generäle wurde dabei als Werk der kommunistischen Partei hingestellt, als eindringliches Beispiel für das, wie die Kommunisten hausen würden, wenn man sie nicht vertilge. Propaganda und wohl auch jene Veranlagung der Malaien zu fanatischen Glauben führten zu einem bestialischen Abschlachten. Mindestens eine halbe Million Menschen fanden den Tod.

Hinter den religiös verklausulierten Mordaufrufen standen handfeste wirtschaftliche und politische Interessen der islamischen Grundbesitzer und der Armeeführung. Die kommunistische Partei hatte im Jahre 1964, ein Jahr vor dem Putsch, die verarmten indonesischen Bauern zu einer Besetzung der Ländereien der großen Grundbesitzer aufgerufen, als von denen eine Landreform des damaligen Präsidenten Sukarno hintertrieben wurde. Jetzt war die Stunde der Rache gekommen. Dabei kann es inzwischen jedoch als sicher gelten, dass die Kommunistische Partei weder Indonesiens Putsch ins Rollen brachte, noch sich als Partei aktiv daran beteiligte. Sie war ganz offensichtlich auf diesen Putsch überhaupt nicht vorbereitet. Eine Reihe ihrer Führer befand sich an jenem 1. Oktober 1965 in Peking zum dortigen Nationalfeiertag. Andere waren auf Reisen außerhalb der Hauptinsel Java.

Da es im indonesischen Inselreich keine ausreichenden Kommunikationsmittel gibt, war eine koordinierte Aktion der Partei damit ausgeschlossen. Vieles hingegen deutet auf eine mögliche Unterstützung der Putschisten unter Generalmajor Suharto durch die USA hin. Seine Offiziere waren in den USA ausgebildet worden. Der damalige amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara (1961-1968) erklärte 1966 vor dem außenpolitischen Ausschuss des Senats auf die Frage eines Senators, ob sich rückblickend gesehen die amerikanische Militärhilfe für Indonesien ausgezahlt habe: "Ja, das glaube ich."

Wer als Linksverdächtiger das Massaker von 1965 und die weiteren Säuberungswellen überlebte, wanderte hinter Gitter. Zum Einsatz gegen regimefeindliche Gruppen schuf die neue Regierung des Generals Suharto eine Behörde, die KOPKAMTIB. Die Exekutive dieser Behörde war das Heer. Fortan nahm es zusätzlich zu den militärischen auch politische und polizeiliche Aufgaben wahr. Damit war die enge Verflechtung von Verwaltung und Soldaten hergestellt. Auch die Bürgermeister in vielen Dörfern wurden nun vom Militär gestellt. Fortan konnten Heeresoffiziere im ganzen Land entscheiden über Gefangennahme, Verhöre und Verhaftungen. Eine rechtliche Kontrolle gab es nicht. Als Inhaftierungsgrund genügte die Annahme, dass jemand direkt oder indirekt in den Putsch von 1965 verwickelt war. Mit der Verordnung Nr. 09/KOGAM/1966 wurden die Gefangenen in drei Kategorien eingeteilt.

Kategorie A: "Offensichtlich in die Bewegung des 30. September verwickelt."

Kategorie B: "Offensichtlich indirekt in die Bewegung vom 30. September verwickelt."

Kategorie C: "Es gibt Anzeichen oder man kann vernünftigerweise davon ausgehen, dass eine direkte oder indirekte Verwicklung in die Bewegung vom 30. September vorlag."

Diese dehnbaren Begriffe öffneten jeder Willkür Tür und Tor. Wer immer der Regierung nicht passte, konnte und kann aufgrund dieser präsidialen Verordnung verfolgt werden. Zur Kategorie A, die die angeblich gefährlichsten Gefangenen umfasst, zählen rund 2.000 Personen. Eine Aussage des Generalstaatsanwalts Sugih Arto gibt Zeugnis von dem Willkürregime: "Dann gibt es da die B-Gefangenen. Wir wissen mit Sicherheit, dass sie Verräter sind, dass sie ideologisch voreingenommen sind, aber es gibt ncht genügend Beweise, um sie vor Gericht zu bringen."

Den Gefangenen ist Rechtsbeistand in den meisten Fällen verwehrt. Folter, Elektroschocks, Zerquetschen der Zehen unter Tischbeinen, das Hineinstoßen der Gefangenen in Gruben, deren Boden mit Glassplittern bedeckt ist - werden zur gängigen Verhörmethode. Folter ist sogar amtlich eingeräumt. Der Hochkommissar der Polizei Dr. Hudioro erklärt einmal öffentlich, seine Beamten seien "nicht immer in der Lage, Ermittlungen ohne Anwendung von Gewalt durchzuführen". Der indonesische Rechtsanwalt Dr. Yap Thiam klagte im August 1975 vor dem staatlichen Gerichtshof in Djakarta das Schicksal der politischen Gefangenen an: "Sie werden behandelt wie der Abschaum der Gesellschaft, beraubt der elementarsten Rechte, die allen anderen Bürgern zustehen. Die Gefangenen haben keine Macht und keine Stimme, kein Recht, sich zu beschweren, oder gegen ihre nicht endende Einkerkerung, gegen Torturen, Beschimpfung, Hunger und Krankheit zu protestieren." Yap Thiam sprach aus eigener Erfahrung. Er war selbst verhaftet, aber dann wieder freigelassen worden.

Die Administration legt nicht nur fest, wer Kommunist war oder verdächtige Kontakte zu Kommunisten hatte, sie bestimmt auch, wer nicht Kommunist ist. Jeder Indonesier, der eine Schule besuchten oder arbeiten will, braucht ein Schriftstück, das ihm bescheinigt, nicht in den Putsch von 1965 verwickelt gewesen zu sein. Durch dieses Dekret ist zugleich jede Wiedereingliederung ehemaliger politischer Gefangener verhindert. Denn wer immer sich auf Kontakte mit einem ehemaligen Gefangenen einlässt, läuft Gefahr, selbst inhaftiert zu werden, zumindest aber nicht jene Schriftstück zu erhalten, das ihm Schulbesuch oder Arbeit ermöglicht. Ein perfekter Willkür-Automatismus ist damit in Gang gesetzt. Wann immer die indonesische Regierung zur Rede gestellt wird, dass sie über ein Jahrzehnt politische Gefangene ohne Prozess festhält, ist ihre Replik: Die Gefangenen können zum großen Teil deshalb nicht in ihre Heimat entlassen werden, weil sie sich als Kommunisten und Atheisten den Zorn der Dorfbewohner zuzuziehen würden und möglicherweise getötet werden könnten.

Tatsächlich hat die Regierung wohl in voller Absicht noch kein Programm entwickelt, wie die politischen Häftlinge jemals wieder als freie Bürger leben können. Die Gefangenenpolitik ist längst Teil eines Umsiedlungsprogramms geworden, um die Hauptinsel Java zu "entlasten". Ein typisches Beispiel ist die Deportationsinsel Buru, eine Molukkeninsel. In einem vom holländischen Fernsehen im Oktober 1976 ausgestrahlten Programm sagte der Lagerleiter von Buru über die Behandlung seiner Gefangenen: "Wir stopfen sie mit religiösen Anleitungen voll und gehen ihnen Arbeit, damit sie keine Zeit haben zu Diskussionen." Und als seine "erzieherische Aufgabe" legte er ein Vier-Punkte-Programm fest:

1. "Wir müssen ihre Gedanken von den Kommunisten zurückgewinnen, 2.Wir müssen sie dazu bringen, richtige Indonesier zu werden, aufgebaut auf den indonesischen Verfassungsgrundsätzen. den Panca-Sila-Prinzipien -nämlich Glaube an Gott, Nationalismus., Menschlichkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

2. Sie müssen zu religiösen Menschen erzogen werden, die unseren Gesetzen Folge leisten und tun, was auch immer unsere Regierung anordnet.
3. Wir müssen sie in die Gesellschaft zurückleiten, ohne dass dadurch neue Probleme für unsere Regierung entsehen."

Dieser letzte Punkt aber heißt, dass die Deportierten selbst dann, wenn sie tatsächlich einmal ihre Freilassung erleben sollten, für immer auf Buru bleiben müssen. Das machte der stellvertretende Generalstaatsanwalt Sutrisno Hamidjojo schon 1971 klar: "Im Endstadium werden die politischen Gefangenen zwar auch auf der Insel bleiben, aber sie werden nicht mehr dem Lagerzwang wie bisher unterliegen." So hat die indonesische Regierung bereits inzwischen damit begonnen, die Familien der Gefangenen zu veranlassen, ebenfalls nach Buru überzuwechseln. Bisher aber sind nur knapp zweihundert Familien den insgesamt 10.000 Eingeschlossenen auf Buru nachgefolgt.

Warum die Gefangenen sich sträuben, Frauen und Kinder nachkommen zu lassen, erklärte der indonesische Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer, in den fünfziger Jahren einmal als Mitglied einer offiziellen Kulturdelegation nach Holland gereist, jetzt auf Buru interniert. Als er von Reportern gefragt wurde, sagte er angesichts der kontrollierenden Wachoffiziere in vorsichtigen Sätzen: "Die wirtschaftlichen Bedingungen sind hier nicht so recht geeignet. Und außerdem, hier gibt es keine Arznei. Meine Frau hat Tuberkulose." Und er setzte hinzu: "Solange ich auf Buru bin, habe ich keine Zukunft. Ich will frei sein in allem: im Denken, im Reden und im Handeln. Ich bin Schriftsteller, ich will schreiben. Ich träume davon, nach Java zurückzukehren, zu meiner Arbeit, zu meiner Berufung."

Der politische Gefangene Toer (*1925 + 2006) verbrachte die Jahre von 1965 bis 1979 meist auf Buru. Hier schrieb er sein berühmtestes Werk, die Romantetralogie Buru. Von seiner Zeit auf der Gefängnisinsel erzählt das stark autobiografische Werk "Stilles Lied eines Stummen". Nach Intervention der Carter-Regierung kam Toer 1979 frei, konnte aber Jakarta bis zum Sturz Suhartos 1998 nicht verlassen. Pramoedya Toer gilt als bedeutendster zeitgenösisscher Autor Indonesiens. Seine Werke wurden in 37 Sprachen übersetzt.

Wie Pramoedya Ananta Toer waren hunderttausend Menschen weit über zehn Jahre unter diesen Bedingungen der Entrechtung, Entwürdigung eingesperrt. Das sind mehr als eine Million Jahre des Leidens.

MASSENMORDE UNTER SCHWARZEN DIKTATOREN

Überall Tote, mit Macheten zugerichtete Menschen - Präsidenten-Garden als Killerkommandos, der Mob plündert, vergewaltigt, foltert im Busch. Leichen, Tierkadaver. Kaum einer will da noch flüchtigen Blickes rasch unterscheiden. Verwesungsgestank. Keiner kann, keiner mag mehr zählen. Nur weg hier, nur raus aus diesen Blut getränkten Staaten dieses geschundenen Kontinents - fliehen. Aber nur wohin unter Afrikas weitflächigem Diktatoren-Kartell. Hunderttausend, Fünfhunderttausend, eine Million blindwütig ermordeter Menschen ? - Willkür-Opfer am Victoria-See in Ost-Afrika. Es waren meist vom Westen hofierte und üppig ausstaffierten Schlächter vergangener Jahrzehnte. Spaniens Macías von Äquatorial Guinea, Englands gehätschelter Idi Amin aus Uganda oder Frankreichs feudaler Statthalter Bokassa I. von der Zentralafrikanischen Republik. - Randnotizen aus einer längst eingemotteten, verdrängten Epoche. Albträume, die im Zimbabwe des Tyrannen Robert Mugabe im Jahre 2008 nach nahezu 30 Jahren eine bedrückende Aktualität erfahren.

Stern, Hamburg 11. August 1977

Für die westliche Welt ist er eher ein Clown als ein ernst zu nehmender Staatsmann. Ugandas Dr. h.c. Idi Amin Dada, Generalstabschef und Präsident auf Lebenszeit (*1928 +2003). - Mal bietet er den Engländern Bananen an, um ihre Wirtschaftskrise zu überwinden. Mal wünscht er dem "lieben Bruder" Richard Nixon (*1913+1994) schnelle Genesung vom Watergate-Skandal. Seine 31 Kinder stellt er der ugandischen Bevölkerung mit dem Hinweis vor: "General Amin ist ein guter Scharfschütze." Und weil dem wirklich so sein soll, kündigt gleich weitere Geburten an: "Diesmal ist es möglich, dass unter den Müttern Amerikanerinnen sind."

Wenn Idi Amin (Gewaltherrscher 1971-1979) nicht laut zu Elefanten und Krokodilen spricht, wenn er nicht mit zwei Panzern, einem Hubschrauber und einer Handvoll Soldaten die Eroberung der Golan-Höhen spielt, dann jagt er mit seiner Triller-Pfeife den deutschen Botschafter Richard Ellerkmann (1974-1977) im knielangen Sportdress über die Aschenbahn des Stadions von Kampala und biegt sich vor Lachen über den schweißgebadeten Diplomaten, der auf gute Beziehungen zum Diktator und Menschenschlächter größten Wert legt.

Idi Amin Dada ist immer gut für einen Hit, der Schlagzeilen macht. Er ist ein Neger, der dem Stereotyp mancher Europäer entspricht. Ein Zwei-Meter-Mann, der 120 Kilo auf die Waage bringt und dessen kurze Nase sich von seinem großen, kugelrunden Kopf kaum hervorhebt. Idi, "Stimme Afrikas", lässt andere Staatsmänner auf dem schwarzen Kontinent neben sich verblassen.

So den Führer der Zentralafrikanischen Republik Jean-Bédel Bokassa (*1921+1996). Seit Dezember 1976 hat die Welt neben dem japanischen Tenno und dem Schah Resa Pahlewi einen dritten Kaiser: Bokassa I. Er musste erst vor kurzem seinen Rock verlängern lassen, weil er die vielen Orden, die er sich selbst verliehen hatte, nicht mehr anstecken konnte. Das Protokoll am Kaiserlichen Hof zu Bangui ist streng und mit dem Zarentum im 17. Jahrhundert zu vergleichen. Niemand darf der Majestät näher kommen als sechs Meter. Wenn bei einer Audienz der Kaiser etwas fragt oder sagt, hat der "durch die Allerhöchste Gegenwart Geehrte" zu sagen: "Ja, Euere Kaiserliche Majestät." Eine Krone aus Gold und Hun-derten kostbarer Edelsteine, ein Reichsapfel, ein prunkvolles Zepter sowie einen Zwei-Zentner-Thron ließ Bokassa I. in Paris und Antwerpen für seine Kaiser-Krönung anfertigen.

In Äquatorial-Guinea hat sich Präsident Francisco Macías Nguema (*1924+1979) zwar weder einen Dok-torhut noch eine Krone aufsetzen lassen, dafür gibt die einzige Bibliothek des Landes nur Bücher von und über Macías heraus. Die amtliche Anrede, "einziges Wunder von Äquatorial-Guinea", muss von jedem strikt eingehalten werden, der zum Präsidenten vorgelassen wird. In den Schulen und Kirchen hängen, leicht nach oben versetzt, Macías-Bilder neben Kruzifixen. Und das Glaubensbekenntnis der Nation lautet: "Gott schuf Äquatorial-Guinea nach dem Willen von Papa Macías."

Ida Amin, Bokassa I. und Macías mögen für Europäer "Witzfiguren" sein. Doch ihre Namen sind Synonyme für die schrecklichsten Massenmorde auf diesem Erdteil in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In Uganda, "der Perle in Afrikas Krone" (Nationalhymne) , sind nach Schätzungen der Internationalen Juristen-Kommission und amnesty international seit 1971 - er putschte gegen Präsident Apollo Milton Obote (*1924+2005) - zwischen 100.000 und 500.000 Menschen ums Leben gekommen. Die internationalen Gremien sind in Amins Reich auf Mutmaßungen angewiesen, weil Hitler-Verehrer Amin im Gegensatz zu seinem Idol auf preußische Buchführungen keinen Wert legt und Statistiken verbot.

Der Londoner Guardian hat als erste Zeitung einen Vergleich zwischen Adolf Hitler und Idi Amin gezogen. In einer Karikatur fragt Amin den Führer des Tausendjährigen Reiches: "Ich habe die Minderheiten verfolgt, die Juden verurteilt und eine Nacht der langen Messer veranstaltet. Haben Sie eine Idee, wo ich meinen Bunker bauen könnte?" Idi Amin, der in seinen "Träumen so oft mit Gott Zwiesprache hält", hatte selbst eine Idee. Über Radio Uganda ließ der Diktator die Nachricht verbreiten, er wolle Hitler ein Ehrendenkmal bauen lassen, das er persönlich einweihen werde. An österreichischen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim (*1918+2007, Mitglied des NS-Studentenbundes und des SA-Reiterkorps) telegrafierte er gar: "Hitler hat zu Recht sechs Millionen Juden bei lebendigen Leib mit Gas verheizt, denn die Juden handeln gegen die Interessen der Völker."

Pogromstimmung im Sportstadion zu Kampala. Es ist der 16. Februar 1977. Ida Amins "State Research Burau" -Staatsuntersuchungsbüro - hat wieder einmal eine Verschwörung gegen den Staatspräsidenten aufgedeckt. Diesmal sind es der Erzbischof Janani Luwum sowie die Minister Oboth Ofumbi und Oryema, die einen Staatsstreich geplant haben sollen. Sie sind ins Stadion gebracht worden, um vor der Öffentlichkeit als Verschwörer abgestempelt zu werden. Auf der Ehrentribüne sitzt das diplomatische Korps der Ostblock-Staaten, die Botschafter Italiens, Frankreichs und der Bundesrepublik. In der Arena stehen dreitausend Soldaten Gewehr bei Fuß. General Mustapha Adriki, Vizepräsident Ugandas, heizt die Masse auf: "Diese Männer haben mit den Feinden Feldmarschall Dr. Amins konspiriert. Was sollen wir mit ihnen tun?"

"Bringt sie um!" brüllen die Soldaten. Sie stoßen rhythmisch die Fäuste in die Luft und rufen immer wieder: "Bringt sie um, Tod den Verrätern!" Die Botschafter applaudieren dem Diktator, als Amin ans Mikrofon tritt: "Mein Volk, ihr seid im Recht. Wir können diese Verräter aber nicht sofort umlegen. Sie sollen einen fairen Prozess haben." Wieder dezentes Klatschen von der Diplomaten-Bank. Charles Harrison, vom britischen Fernsehen BBC, konnte als einziger ausländischer Journalist diese Szene beobachten. Er sagte später: "Amin wollte den Botschaftern dokumentieren, dass er einer der Harmlosesten in der Armee ist. Ohne seine Autorität hätten die Soldaten die Gefangenen an Ort und Stelle zerrissen."

Doch was nutzte es. - Vier Stunden nach dem makabren Massenauftritt waren der Bischof und die beiden Minister tot. Die letzten Stunden des anglikanischen Erzbischofs sind inzwischen durch Augenzeugenberichte und Indiskretionen ugandischer Regierungsbeamter aufgeklärt.

Luwum wurde vom Stadion erst in das internationale Konferenzgebäude von Kampala - gleichzeitig die Residenz der Sicherheitsdienste -gebracht. Gefesselt fuhren ihn Sicherheitsoffiziere dann in Amins Ausweichquartier, die Nakasero Lodge bei Kampala. Dort warteten auf ihn, Amin, sein Stellvertreter Mustapha Adriki und sieben weitere Offiziere. Die besorgte Tageszeitung "Uhuru" (Freiheit), die allerdings im Nachbarland Tansania erscheint, schilderte in grosser Aufmachung: "Bischof Luwum wurde ins Zimmer gestoßen. Amin verlangte von ihm eine Unterschrift unter ein vorbereitetes Dokument, dass er, Luwum, in die Vorbereitungen zum Sturz Amins verwickelt gewesen sei. Luwum bestritt die Anschuldigungen und verweigerte die Unterschrift. Amin forderte Luwum auf, niederzuknien und ihm um Verzeihung zu bitten. Als sich der Bischof beharrlich weigerte, befahl Amin sechs Soldaten ins Zimmer.

Sie nahmen dem Seelsorger die Fesseln ab, warfen ihn zu Boden und rissen ihm die Kleidung vom Körper. Dann schlugen ihn zwei Soldaten auf Anordnung Amins mit Nilpferdpeitschen zusammen. Der Bischof begann zu beten, was Amin noch mehr in Wut brachte. Er trat ihn, schlug ihn. Schrie: 'Unterschreib!' Aber der Bischof unterschrieb nicht. Amin: 'Ich habe den Bischof und die Missionare schon einmal gewarnt. Jetzt wird Gott sie strafen, weil sie ungehorsam sind.' "

Die Nachrichtensendung von Radio Uganda - es war halb acht abends - unterbrach die Sitzung. Der Sprecher verlas abermals die Meldung, dass der Bischof und die Minister verhaftet worden seien. Amin befahl, das Radio abzustellen. Dann spielte er Gott. Die Journalisten vom "Uhuru" schilderten: "Er zog die Pistole und schoss zwei Mal auf den Bischof, in die linke Brust. Luwum war sofort tot. Seine Leiche wurde auf einen Polizei-Landrover gelegt. Kurz darauf kam ein zweiter Landrover mit den Leichen der beiden Minister. Niemand durfte bis zum nächsten Morgen darüber reden." Die Frühnachrichten von Radio Uganda verbreiteten die Version vom "Unfalltod". Die Gefangenen hätten während ihres Transports fliehen wollen. Dabei sei der Wagen ins Schleudern geraten und habe sich überschlagen.

Im Ausland glaubte es keiner. In einem Gedächtnisgottesdienst für den ermordeten Luwum sagte der kenianische Bischof Lawi Imathiu in der überfüllten Allerheiligen-Kathedrale in Nairobi: "Es ist die Ironie, dass die 'Organisation der Afrikanischen Einheit' (OAU) und die Kirche von Afrika die weißen Regimes im südlichen Afrika verurteilen und gegenüber den Söhnen und Töchtern Afrikas blind sind, die unter macht hungrigen Verrückten und solche Leuten leiden, die Unschuldigen nach dem Leben trachten." Kenias Staatspräsident Jomo Kenyatta (*1893+1978) hatte Amin schon früher als "einen Idioten" und Sambias erster Regierungschef Kenneth David Kaunda als "einen Verrückten" bezeichnet.

Die internationalen Proteste von US-Senatoren, englischen Unterhaus-Abgeordneten und schwedischen Ministern beantwortete Amin lapidar: "Ich bin mir keiner Schuld bewusst." Gleichzeitig verhängte der Diktator eine Nachrichtensperre fürs Ausland, um "die Gräuelmärchen und Lügengeschichten zu stoppen, die von Journalisten erfunden werden", erklärte Amin.

Nach der Ermordung des Bischofs reiste der Reporter Karl Robert Pfeffer (*1941+1979) durch Uganda: "An diesem Mittag fahren wir nicht weit - wir lassen das Gefängnis von Kampala hinter uns und auch die Kadettenschule, wo Amins Wachmannschaften gedrillt und auf ihn und den Islam eingeschworen werden. Etwa fünfzehn Kilometer vom Stadtkern Kampalas entfernt liegt die Ortschaft Nagulu. Bei Nagulu gibt es kleine Wälder, sumpfige Ausläufer des Victoria-Sees und sehr viel Elefantengras. Als wir auf der Hauptstraße nach Jinja hinter Nagulu anhalten, steht an mehreren Stellen eine hohe Rauchsäule über dem Sumpf - angeblich wird das Gras abgebrannt, und das ist alltäglich in Uganda. Aber mein Freund weiß etwas: Wir gehen zu diesem Wäldchen

und tun so, als wollten wir unsere Notdurft verrichten. Zuerst sehe ich nur die Vögel, Bussarde und andere afrikanische Fleischfresser, die abseits der Flammen kreisen, sich niederlassen, nach einer Weile wieder aufsteigen. Dann rieche ich es: süßlich, nicht sehr aufdringlich, aber eindeutig. Und dann sehe ich zwischen den Bäumen und abgebrannten Grasbüscheln etwa ein Dutzend leblose Formen, die kaum noch als die Überreste von Menschen zu erkennen sind."

Wir nicht in den Sümpfen verendet, findet den Tod im Victoria-Nil, der durch einen Staudamm gesperrt wird. Alle paar Monate bleiben die Turbinen stehen - blockiert von Leichen, die der Nil anschwemmt. Eines haben die wehrlosen Opfer gemeinsam. Im berüchtigten Makindy-Gefängnis oder in der Naguruz-Kaserne richten Amins Untertanen ihre Gefangenen bis zur Unkenntlichkeit hin. - So bestialisch und brutal, wie man es sich kaum vorstellen kann.

Idi-Land - ein Terror-Land. Gleich als er im Jahre 1971 die Macht übernahm, rottete er seine Gegner aus. Armee-Einheiten erschossen und erschlugen Leute auf offener Straße. Auf Lastwagen wurden die Leichen ab-transportiert. In Gefängnishöfen hoben Soldaten Massengräber aus. Heute durchkämmen Amins zehn Überfall-Kommandos (Assasination squards) die kleinen Städte und Provinzen, Wohnviertel und Geschäftsgegenden. Unliebsame Kleinbauern werden von Feldern, Frauen mit ihren Kindern aus Hütten geholt, weil sie einem Stamm angehören, den der Diktator zum Staatsfeind erklärt hat. Auch Angestellte in Büros und Soldaten in Kasernen werden nicht verschont. Sie alle kennen ihren Bestimmungsort, wenn sie in die Lastwagen mit dem Autokennzeichen "UUU-171" oder einer anderen x-beliebigen dreistelligen Nummer gezerrt werden. Die Naguru-Kaserne.

Wer dort hingebracht wird, hat keine Überlebenschance mehr. Aus Uganda geflohene Geschäftsleute und zahlreiche Minister, die selbst um ihr Leben fürchteten, gaben vor der Internationalen Juristen-Kommission in Genf Amins Todes- und Folterpraktiken zu Protokoll: Die Opfer haben sich in einer Reihe aufzustellen. Der erste Gefangene wird gezwungen, sich hinzulegen. Der Nächste muss mit einem Vorschlaghammer den Kopf des Vordermannes zerschmettern. Dann ist er selbst dran. - "Hinlegen - zerschlagen -hingelegen", lauten die Kommandos der Soldaten. Bis nur noch einer übrig bleibt. Der wird erschossen. Wenn Amins Soldaten selbst Hand anlegen, bevorzugen sie das langsame Töten (slow killing). Zuerst wird in die Arme, Beine oder in die Brust geschossen. Der Geschwundene soll sich zu Tode bluten. Einen Gnadenschuss gibt es nicht. Dem Opfer reißen Soldaten Fleischstücke aus dem Körper. Manchmal roh, meist aber über einem offenen Feuer gebraten, zwingen die Schergen es, sein eigenes Fleisch aufzuessen; bis es durch Sepsis oder Verbluten stirbt.

Exekutionskommandos erschießen jeweils 25 Menschen auf den Kasernenhöfen. Anschließend werden ebenfalls 25 Gefangene aus den Zellen geholt und müssen die Köpfe der Leichen zerhacken, zerschneiden, zermartern. Zum Schluss haben sie sich in die Blutlachen zu legen. Zu den Ugandern, die ermordet wurden, zählen Richter und Ärzte, Abgeordnete und Minister, Lehrer und der frühere Botschafter Ugandas in Deutschland, George W. M. Kamba (1969-1971), aber auch zwei Amerikaner, Nicolas Stroh und Robert Siedle. Sie wollten etwas über die Massaker erfahren und kamen dabei selbst ums Leben.

Die amerikanische Zeitung "Chicago Tribune" berichtete von einem Häftling, der entlassen wurde nach Kenia flüchten konnte: "Die Wachen kamen jeden Morgen, um einige Häftlinge auszuwählen, die getötet werden sollten. Sie gaben den Gefangenen Vorschlaghämmer und Messer und befahlen, die zuvor ausgesuchten Häftlinge zu töten. Sie sagten uns, sie hätten keine Munition. Deshalb sollten wir das machen. Ich tötete drei ehemalige Polizisten. Ich stieß ihnen ein Messer ins Herz, damit sie schneller starben. Ich machte es mit der rechten Hand,

während ich mit meiner linken ihr Gesicht bedeckte. Ich konnte ihnen dabei nicht in die Augen sehen ... Eines Tages wurden wir zum Kafu-Fluss gebracht, der nördlich von Kampala liegt. Wir wurden zusammengebunden und aufgefordert, in den mit Krokodilen verseuchten Fluss zu springen. Als wir uns weigerten, trieben uns die Wachen mit ihren Bajonetten in den Fluss. Dann waren die Schreie zu hören, als die Krokodile den Gefangenen Arme und Beine abbissen. Ich hatte Gott sei Dank Glück."

Selbst seine eigenen Soldaten, Polizisten und Justizbeamten lässt Amin rücksichtslos umbringen. Ende Februar 1977 wurden im militärischen Ausbildungslager Kabamba etwa fünftausend Menschen erschossen. Sie alle waren Angehörige der Acholi-und der Langi-Stämme, die mit etwa einer Millionen Menschen ein Zehntel der Elf-Millionen-Bevölkerung stellen. Amin, der zu den Moslems (600.000) zählt, behauptet, diese beiden Stämme bereiten heimlich die Rückkehr seines Vorgängers Apollo Milton Obote (Präsident Ugandas 1966-1971 und 1980-1984, *1924 +2005) vor, der im Exil in Tansania lebt.

Sein Blutvergießen ist jedoch nicht nur auf die Religionszugehörigkeit zurückzuführen. Sie hat einen weiteren Hintergrund. Amin, der wahrscheinlich 1925 - keiner kennt sein genaues Geburtsdatum - im Dorf Kokobo im Distrikt West-Nil als Sohn ärmlicher Bauern geboren wurde, gehört zum Stamm der Kakwa, einer Untergruppierung des Nubier-Stammes aus dem Sudan, die die Engländer 1892 als Söldner mit ins Land brachten, um das heutige Uganda zu kolonialisieren. Dem Kakwa-Stamm eilte schon damals unter den Völkern Afrikas der Ruf voraus, die blutigsten Kämpfer des Kontinents zu sein. Bei den Ureinwohnern sind sie bis heute gefürchtet und verhasst. Der britische Major Iain Grahame, unter ihm diente Amin als Feldwebel, sagt heute über die Rekrutierung der Schwarzen: "Wir haben nicht auf die Intelligenz geachtet, sondern darauf, dass sie groß und stark waren, draufschlagen konnten und Schnelligkeit besaßen." Idi Amin hatte alles.

Von 1951 bis 1960 war er sogar Ugandas Boxmeister im Schwergewicht. Grahame weiter: "Dass Amin einmal die Macht übernehmen würde, das wäre mir damals selbst im Traum nicht eingefallen. Darauf ist er auch von uns nicht vorbereitet worden. Er hat keine Regierungserfahrung, keine Ahnung von Diplomatie oder Wirtschaft. Er kann kaum lesen, geschweige schreiben. Für ihn haben schriftlichen Arbeiten keine Bedeutung. Wenn Amin regiert, dann macht er das mündlich. Bis spät in die Nacht hinein führt er Telefongespräche mit seinen Leuten in Moskau, Nairobi, Washington und Kapstadt. Er telefoniert mit der ganzen Welt und fragt: Was ist los. Am nächsten Morgen, wenn alles noch ziemlich schläfrig in die Büros kommen, hat Amin sich entschlossen, Erklärungen zu diesem oder jenem Problem abzugeben. Von zehn Stellungnahmen sind neun unverständlich - auch für seine Minister. Zur Diskussion sagt er dann, habe er keine Zeit. Er müsse Politik machen und da zählen nur die Fakten."

Die Kolonialherren von einst hatten ihre Kinder in die Unabhängigkeit entlassen. Die Parallele in ihrer persönlichen Entwicklung und in ihren Diktaturen ist kein Zufall.

Ugandas Idi Amin und Bokassas Zentralafrikanisches Kaiserreich. Amin kämpfte als einfacher Soldat in der britischen Kolonialarmee in Burma. Während des Mau-Mau-Aufstandes von 1953 bis 1957 in Kenia brannte er Dörfer nieder, ließ Frauen und Kinder an die Wand stellen - plünderte. Die Engländer, die von seinen Übergriffen wussten, dankten es ihm dennoch. Vom Feldwebel schaffte er als erster farbiger Soldat den Sprung ins Offizierscorps. Er wurde Hauptmann, schnell Major und noch schneller Oberst, nachdem die Briten Uganda verlassen hatten.

Jean-Bédel Bokassa (*1921 +1996) exerzierte schon mit sechzehn Jahren für die französische Armee. Diese hatte zehn Jahre vorher seinen Vater erschossen. Die Familie musste zusehen. Am Anfang des Jahrhunderts schockten die Franzosen mit ihren Sklaven-Massakern in den Niederungen am Ubangi-Fluss die Weltöffentlichkeit. Bokassas Mutter nahm sich nach dem Tod ihres Mannes das Leben. Vollwaise Jean-Bédel machte Frankreich zu seinem Ersatzvaterland. Für die Franzosen kämpfte er zuerst gegen die Deutschen, dann in Vietnam und in Algerien. In 23 Dienstjahren brachte er es zum höchst dekorierten schwarzen Soldaten in der französischen Armee. Neunundsiebzig Orden, meist Tapferkeitsauszeichnung vorm Feind, schmückten schon damals seine Brust. Als Ubangi-Schari 1960 unabhängig wurde, avancierte Bokassa zum Armeechef. Sechs Jahre später putschte er gegen seinen Vetter David Dacko (*1930 +2003). Seither zeigt er seiner 2,5 Millionen-Bevölkerung, was er in seinen Feldzügen gelernt hat: Mord, Folter, Terror.

Der "petit maréchal", wie Bokassa herzhaft von den Franzosen genannt wird, machte erstmals im Jahre 1972 von sich reden. An der Spitze von Kabinett und Generalstab ging er mittags ins Zentralgefängnis von Bangui, um den Dieben des Landes eine Lektion zu erteilen. Seine Soldaten hatten schon alle Vorbereitungen getroffen. In Zweierreihen kauerten vier Dutzende Diebe auf dem Gefängnishof. Der Präsident trat auf und befahl: "Pro Mann ein Dieb." Die Soldaten schlugen auf die Diebe ein. Drei fielen tot um. Die Überlebenden wurden gefesselt auf den Marktplatz getrieben. Fünf Stunden mussten sie dort in glühender Sonne zur Abschreckung ausharren. Gleichzeitig verfügt der Staatschef: Künftig soll allen Dieben das linke Ohr abgeschnitten werden, im Wiederholungfall auch das rechte. Beim dritten Mal wird die Hand abgehackt. Am nächsten Tag lebte von den Geschundenen keiner mehr. Über Rundfunk teilte Bokassa mit: "Diese Diebe sind alle ums Leben gekommen. Wir haben ihnen die menschliche Würde entzogen."

Als UN-Generalsekretär Kurt Waldheim (1986-1992; *1918+2007) Bokassas Grausamkeit öffentlich tadelte, bekam das Kaiser vor seinen Minister einen Tobsuchtsanfall: "Dieser Ausbeuter und Zuhälter soll doch das Maul halten." Das müssen sonst nur seine Minister. Zwei Drittel haben während seiner Amtszeit mindestens einmal im Gefängnis gesessen. Denn der "Patriarch mit dem Rohrstock", so das NachrichtenMagazin "Jeune Afrique" duldet keine Nachlässigkeiten. Wer sich ihm dennoch widersetzt, dem ergeht es so wie dem früheren Polizeipräsidenten Jean-Baptiste Mounoumbaye. Zur Folterung hatte der Diktator die ganze Familie zwangsgeladen. Erst wurden dem Polizeichef die Augen aus den Höhen gerissen, dann die Arme und schließlich die Beine gebrochen, bevor eine Gewehrsalve dem grausamen Spiel ein Ende bereitete. Seinen früheren Freund und Putschgenossen Oberst Alexandre Benza schnitt Bokassa persönlich mit einem Rasiermesser Monogramme in den Oberkörper. Soldaten mussten Banza dann das Rückgrat brechen und durch die Straßen schleifen.

Ähnlich ergeht es den Ministern oder Militärs in Äquatorial-Guinea. Von den Ministern, die 1968 das Kabinett bildeten, lebt heute keiner mehr. Zwei Drittel aller Mitglieder der Nationalversammlung sind Säuber-ungen zum Opfer gefallen. Präsident Francisco Macías Nguema (1968-1979; *1924+1979) diente den Spaniern als mittlerer Kolonialbeamter, bevor er 1968 zur Staatsführung auserkoren wurde. Seinen Außenminister Atan-sio Nkongo zwang er mit vorgehaltener Pistole, aus dem Fenster zu springen. Seinen Erziehungsminister Ochaga erschlugen Wachposten im Gefängnis von Bata. Von den 400.000 Einwohnern sind ein Viertel nach Nigeria geflüchtet. Aus Angst vor Tod und Brutalität. 40.000 Intellektuelle hat Macías während seiner

Diktatur umlegen lassen. "Diese sind Afrikas größtes Problem. Sie verseuchen unser Klima mit fremder Kultur", erklärte der Präsident.

Der Kaufmann Pablo Elias aus Madrid berichtete im Jahre 1976 nach seiner Flucht aus dem Gefängnis über Folterpraktiken der Macías-Soldaten: "Am ersten Tag stand ich bis zum Hals in fauligem Wasser. Danach wurde ich in ein Kellerloch gepfercht und bekam mit einem Rutenbündel immer wieder Schläge. Die Wächter ließen die Gefangenen zu Gladiatorenkämpfe antreten. Sie mussten mit Keulen so lange aufeinander eindreschen, bis einer tot umfiel." - Massenexekution: 300 sogenannte Regimegegner wurden auf einer Lichtung im Busch 1975 zusammengetrieben. Unter ihnen waren neun Parlamentarier, 78 Regierungsbeamte, 21 Häuptlinge, 21 Offiziere und 31 Geschäftsleute. Die Kommandos liefen immer in der gleichen Monotonie ab: "Abgeordnete raustreten!" befahl der Erschießungsoffizier. "Legt an! Feuer!" Die Politiker fielen um. "Häuptlinge raustreten!"- "Legt an! Feuer!" Eine Leichengruppe mehr.

Ob Idi Amin, Bokassa I. oder Macías - ihre Schreckensdiktaturen waren nur möglich, weil die Kolonial-Herren im 19. Jahrhundert unabhängig von Volks- und Stammeszugehörigkeit künstliche Grenzen schufen und die Stämme gegeneinander ausspielten. Auch weil Afrika über Jahrzehnte ein Spielball der Hegemonialmächte zwischen Ost und West war, und zu einer Art preiswerter Rohstoffquelle multinationaler Konzerne geworden ist. Gewiss, die Länder Afrikas verfügen über nahezu unerschöpfliche Energie-Reservate; ihre Einwohner hingegen darben an der Hungergrenze, obwohl Milliarden Dollar in die Staaten flossen. Eine strukturelle, dauerhafte Besserung ist nicht in Sicht. Chancenlos. Ihre Volkswirtschaften sind bekanntlich schon mehr als einmal zusammengebrochen. Über Macías Äquatorial Guinea sichert sich die Sowjetunion und neuerdings auch China ihren militärischen Nachschub für ganz Westafrika. Der Hafen San Carlos für die Container-Schiffe, der frisch betonierte Airport für die Tupolews. Ihre militärische Materialschlacht im Krieg um Angola wäre sonst kaum möglich gewesen. Neuerdings schickt Macías, der sein Land von der Außenwelt sonst abgeriegelt hält - kein Student darf im Ausland studieren -, seine Soldaten zur Ausbildung nach Moskau.

Kaiser Bokassa I., er weinte noch, als Charles de Gaulle (*1890+1970) starb ("Papa ist tot, Papa ist tot"), will seit zwei Jahren mit jeder ideologischen Macht paktieren, die ihm - er verbraucht 35 Prozent des Staatshaushalts für private Zwecke - und seinem bankrotten Land Geld bietet. Bokassa: "Jetzt bin ich bereit, jeden willkommen zu heißen, ob er Europäer, Chinese, Russe, Afrikaner oder Amerikaner ist." Die Chinesen ließen sich dies nicht zwei Mal sagen.

Frankreichs Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (1974-1981) war dann doch wieder der erste Besucher, nachdem Bokassa einige Wochen zuvor die Franzosen als ein "Volk von Schwulen und Ganoven" herabgewürdigt hatte. Auf dem Flughafen von Bangui gab's 44 Küsse und Lobeshymnen auf den Diktator. Giscard d'Estaing über Bokassa: "Frankreichs bester Freund in Afrika." Eine 20-Millionen-Dollar-Kredit hatte der Franzose im Reisegepäck.

Ugandas Staatschef Idi Amin, dem der Westen aufgrund seiner Allmachtsträume, Unberechenbarkeit und Finanznot keine schweren Waffen mehr ins Land schickt, ließ sich die von den Israelis beim Entebbe-Angriff zerstörten russischen MIG-Jäger durch Libyens Revolutionsführers Oberst Muammar al-Gaddafi ersetzen. Seit Paul VI. (*1897 +1978) "den größten Führer Afrikas" (Amin) nicht mehr zur Privat-Audienz empfängt und auch die von ihm so geliebte Queen Elizabeth ihm die Einreise zu der Commonwealth-Konferenz nach London nicht mehr ermöglicht, hat er den letzten britischen Diplomaten außer Landes gejagt. Seither sind die Russen mit fünfhundert Militärberaters in Kampala, und die Palästinenser, die seine neue Leibgarde bilden, weil er den einheimischen Soldaten nicht mehr traut, besser im Geschäft denn je. Und

Ghaddifis 50-Millionen Mark für Waffen und Munition hat der General schon gut angelegt. Die NATO-Schnellfeuergewehre, mit denen er seine Soldaten noch zum sechsten Jahrestag der Machtübernahme paradieren ließ, sollen abgeschafft werden. Amins Tagesbefehl lautet: "Schafft mir die Kalaschnikow an."

Zum Westen unterhält Amin zurzeit nur privaten Kontakt. Aus Paris ließ er sich eine Carrera-Bahn schicken, mit der er in seiner Freizeit spielen will. Und aus London kommt alle vier Wochen Whisky-Nachschub. Dafür schickt Idi Amin eine Boeing 707 der "Uganda Airlines" an die Themse. Seine Marke: Johnnie Walker black label, denn die trank schon sein britischer Major Iain Grahame.

Postscriptum. -In einem von Idi Amin im Oktober 1978 begonnenen Krieg gegen Tansania, (Operation Magurugur) kam es im April 1979 zu einer militärischen Gegenoffensive. Tansanische Truppen nahmen gemeinsam mit Exil-Ugandern im April 1979 die Hauptstadt Kampala ein. Amin musste fliehen; zunächst nach Libyen, sodann in den Irak. Schließlich gewährte im die saudi-arabische Regierung Asyl unter der Bedingung, dass er sich nicht mehr politisch betätige und zum Islam konvertiere. In der Stadt Dschidda lebte Idi Amin in einer Regierungsvilla bis zu seinem Tod. Er starb am 16. August 2003 nach längerer Zeit im Koma an Bluthochdruck und Nieren-versagen. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen kamen während seiner achtjährigen Gewaltherrschaft in Uganda zwischen 100.000 und 500.000 Menschen ums Leben. Für seine Verbrechen an der Menschheit hatte sich Idi Amin vor keinem Richter, vor keinem internationalen Gerichtshof der Menschenrechte zu verantworten.

Jean-Bédel Bokassas Tyrannei endete im April 1979. Seinerzeit ließ er noch Schüler-und Studentenunruhen in seinem Land mit Hilfe von regulären Truppen aus Zaire niederschlagen. Zahlreiche Jugendliche wurden inhaftiert, weil sie gegen das Tragen der staatlich verordneten Schuluniformen protestiert hatten. In Bokassas Gefängnissen folterten und mordeten zu dieser Zeit seine Schergen über 100 Kinder. Entscheidend war, dass Bokassas Schutzpatron Frankreich sich von seinem Schützling distanzierte, ihn nicht mehr finanziell unterstützte und zum Umsturz freigab. So gelang dem ehemaligen Präsident David Dacko die Machtübernahme, während sich der Gewaltherrscher zu einem Staatsbesuch in Lybien aufhielt. Das Kaiserreich wurde abgeschafft, die Republik wieder herstellt. Am 26. Dezember 1980 wurde Bokassa in Abwesenheit wegen Mordes, Folter, Korruption und Kannibalismus zum Tode verurteilt. Unterdessen lebte Bokassa im Schloss Hardicourt westlich von Paris mit zehn seiner 55 Kinder und einer Freundin. Seine 18 Ehefrauen hatte er in seinem Kaiserreich zurücklassen müssen. Vom französischen Staat erhielt Bokassa als ehemaliger französischer Hauptmann nach 23 Dienstjahren eine Pension von etwa 1.000 Euro. Am 23. Oktober 1986 kehrte Bokassa wieder in die Zentralafrikanische Republik zurück, abermals inhaftiert und am 12.Juni 1987 erneut zum Tode verurteilt. Der Richterspruch blieb auch dieses Mal nur von kurzer Dauer, wurde am 29. Februar 1988 in lebenslange Zwangsarbeit umgewandelt und löste sich letztendlich im Rahmen der Generalamnestie des Präsidenten André Koingba (1981-1993) in Wohlgefallen auf. Jean Bédel Bokassa starb im Alter von 75 Jahren am 3. November 1996 in Bangui an einem Herzinfarkt. Er hinterließ 17 Frauen mit etwa 54 Kindern.

Franciso Macías Nguema wurde am 3. August 1979 durch seinen Neffen gestürzt. Er galt neben Jean-Bédel Bokassa und Idi Amin als der grausamste Diktator Afrikas. Wegen seines Kampfes gegen Intellektuelle wurde er auch mit Kambodschas Millionen-Schlächter Pol-Pot (*1928+1997) verglichen. Die Zahl der Todesopfer seiner Schreckensherrschaft beläuft sich zwischen 10.000 und 50.000. Mehr als hunderttausend Menschen befanden sich auf der Flucht. Ein Gericht sprach ihn des Völkermords, Menschenrechtsverletzungen für schuldig und verurteilte ihn

zum Tode. Die Hinrichtung wurde am 29. September 1979 durch marokkanische Soldaten vollstreckt. Afrikas Schreckensdiktaturen haben im Laufe der Jahrzehnte ihr Hauptaugenmerk, ihre Schwerpunkte verlagert, gleichwohl ungebrochene Kontinuitäten, brachiale Missachtungen des Völkerrechts nicht verloren. Immer noch und wieder immer dominieren Ängste, Todesängste, Ängste vor Folter Vernichtung, Ausrottung. -Irrationalismen dieser Jahre, Horrorbilder aus dem 21. Jahrhundert.

Mit Robert Mugabe seit 1987 Präsident von Simbabwe tritt dieses Mal ein in England ausgebildeter Akademiker in die Fußstapfen blutüberströmter Profile. Menschenrechtsverletzungen, Torturen, Verschleppungen begleiten seine Macht, die er seit dem Jahre 1980 ausübt. Das Abschlachten, auch Vertreibungen weißer Landbesitzern durch so genannte zum Hass aufgestachelte "Veteranen" geht auf sein Geheiß zurück. Hungersnot, Wirtschaftskrise, Hyperinflation, Tausende ermorderte Menschen - und "Wählerstimmen", die er seit Jahrzehnten zu seinen Gunsten zu falschen versteht. - . Der eigentliche Sieger zur Präsidentenwahl hieß anno 2008 Morgan Tsvangirai. -Dieser mutige Mann hatte im Jahre 2007 Mugabe-Folter am eigenen Leid erfahren, hat Angst um sich, noch größere Furcht auch um seine Anhänger; vor Folter in Kasernen, Misshandlungen auf offener Straße, Massenvergewaltigungen oppositioneller Frauen in Stadien, auf Plätzen - vor gezielten Todesschüssen. Wie sagte noch Südafrikas Erzbischof Desmond Tutu: Mugabe ist die "Karikatur eines afrikanischen Diktators" - Posthum sind Amin, Bokassa und Macías in diesem blutgetränkten Zimbabwe nah - in Harare hautnah.

Aber immerhin: Seit Februar 2009 darf sich der frühere Gewerkschaftsführer Morgan Tsvangirai Ministerpräsident von Zimbabwe nennen.

Ostblock: Wo das Leben damals schwer und das Sterben leicht war

Stern, 21. Oktober 1977

Panzer der Warschauer Pakt-Staaten zerschlugen 1968 den Prager Frühling. - Doch die Forderung nach Menschenrechten ist nicht tot zu kriegen. In der CSSR unterschrieben über 600 Bürger die Freiheitsdeklaration "Charta '77". Das Regime weiß nur eine Antwort: Verhaftung, Dauerverhöre, Studien- und Berufsverbote. In Polen geht die Polizei immer brutaler gegen Abweichler und Bürgerrechtler vor. Arbeiter wurden gefoltert, Studenten fanden auf mysteriöse Weise den Tod. In Rumänien sind die Behörden dem Beispiel der Sowjetunion gefolgt. Regimekritiker werden in vier psychiatrischen Kliniken eingeliefert.

Sie profitieren davon, dass es die Sowjetunion gibt und deren Vasallenstaat DDR. Wer an Jugoslawien oder Rumänien, an die Tschechoslowakei oder Polen die gleichen Maßstäbe legt wie an die DDR oder die Sowjetunion, wird die Zustände in diesen kommunistischen Randstaaten vergleichsweise erträglich finden. Und sie profitieren noch von einem anderen Bonus: Das "blockfreie" Jugoslawien, das 1948 mit Moskau brach und im letzten Jahrzehnt zum Traumziel von Millionen bundesdeutscher Touristen wurde, hat es verstanden, sich nach außen den Anstrich westlicher Lebensart zu geben. Rumäniens Staatspräsident Nicolae Ceausescu (1967-1989 - *1918+1989) täuscht über seine innenpolitische Unterdrückung mit Gesten außenpolitischer Elastizität hinweg, etwa indem er 1968 den Einmarsch der Sowjetunion in die CSSR verurteilte.

Die Erinnerung an den Prager Frühling wiederum, das Wissen um die Existenz vieler prominenter, wenn auch entmachteter tschechoslowakischer Reformkommunisten trübt vielerorts den Blick für die heute herrschenden Missstände in der CSSR. Polen schließlich, dessen Unbotmäßigkeit gegenüber Russland geschichts-notorisch ist, entzog sich einer klaren Beurteilung seiner innenpolitischen Repression durch eine Wechselbad-Politik - auf die brutale Unterdrückung der Arbeitsunruhen in Radom, Plock und Ursus im Sommer 1976 folgte die stillschweigende Entlassung fast aller zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Demonstranten.

Der Grad der Unterdrückung in diesen Randstaaten ist verschieden. Milovan Djilas (*1911+1995), nach dem Krieg als Vizepräsident in Jugoslawien engster Mitarbeiter von Marschall Josip Broz Tito (*1892+1980), inzwischen als Jugoslawiens bedeutender Oppositioneller, aus der Partei ausgestoßen und selbst für neun Jahre wegen seiner politischen Überzeugung eingekerkert, urteilt: "In Jugoslawien ist es schlechter als in Polen, es ist besser als in der Tschechoslowakei. Und noch ist es besser als in der Sowjetunion - aber nicht viel besser."- Rote Relativitäts-Theorie.

Milovan Djilas beziffert die Zahlen der in jugoslawischen Gefängnissen eingesperrten politischen Häftlingen mit "rund 600". Die Zahl ist umstritten. Belgrad selbst hat offiziell 500 politische Häftlinge zugegeben. Die Gefangenen Hilfsorganisation amnesty international schätzt, dass 1000 bis 1500 politische Gefangene inhaftiert seien. Zwei jugoslawische Intellektuelle, die selbst einsaßen, Mirko Vidovic (*1940) und Bruno Busic (*1939+1978) - beide sind Kroaten - wissen von sogar 3000 politischen Gefangenen.

Die Frage ist wohl, wen man alles unter der Rubrik "politischer Gefangene" einordnet, ob dazu auch all jene zu kurzfristigen Haftstrafen Verurteilten gehören, denen "Verbreitung von beunruhigenden und unwahren Informationen" oder "Beleidigung von staatlichen Institutionen" zur Last gelegt wird. Und insbesondere; ob dazu im Viel-Völkerstaat Jugoslawien (1918/1929-2003/2006) auch jene zählen, deren Opposition gegen Tito nicht ideologischen Motiven entspringt, sondern nationalistische Wurzeln hat. Die Grenzen sind da fließend. Zudem sind viele politische Urteile als Kriminalurteile kaschiert.

Nach wie vor sieht Belgrad die Trennlinien der einzelnen Bundesstaaten, Sprachen und Religionen als die möglichen Bruchstellen, wenn es einmal die Denkmalsfigur des jetzt 85jährigen Josip Broz Tito nicht mehr gibt. Das gegenwärtige Jugoslawien umfasst die einstigen Untertanen der Habsburger Doppelmonarchie, Slowenen und Kroaten, die von Österreichern seit dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 besetzt gehaltenen Gebiete Bosnien und Herzegowina, das einstige Königreich Serbien, Montenegro und schließlich das stets umkämpfte Mazedonien. Insbesondere Kroaten und Serben - die einen katholisch, die anderen Anhänger der orthodoxen Ostkirche - haben sich gegenseitig das Leben schwer - und das Sterben leicht gemacht. Die selbstbewussten Kroaten, die sich für Österreich-Ungarn über Jahrhunderte als Soldaten auf allen Schlachtfeldern Europas schlugen und in ihrem Selbstverständnis so etwas wie ein Vorposten des Abendlandes waren, konnten es 1918, beim Zerfall der Donau-Monarchie und der Gründung Jugoslawiens nicht verwinden im neuen Staat den groß-serbischen Zentralisten in Belgrad, die bis ins 19. Jahrhundert Untertanen des osmanischen Reiches waren, das Regieren überlassen zu müssen. Und sie lehnten sich dagegen auf.

Die noch heute wegen verschiedener Terrorakte, Mordanschläge oder Flugzeugentführungen berühmt-berüchtigte kroatische Ustascha-Bewegung (1929-1945), eine extrem nationalistische, faschistische Verschwörer-Organisation, entstand schon zehn Jahre nach der Staatsgründung. Sie wurde 1929 ins Leben gerufen. - Ein Jahr vorher war der Begründer der gemäßigten "Kroatischen Bauernpartei" Stjepan Radic (*1871+1928) im Belgrader Parlament von einem montegrinischen Abgeordneten mit der Pistole erschossen worden.

Die Stunde der Rache kam für die Ustascha 1941, als Hitler und Mussolini Jugoslawien besetzten und die Macht in Kroatien dieser Terror-Organisation übertrugen. Die mit den Nazis verbündeten Ustascha verübten an den Serben ein bestialisches Massaker.

Als 1945 mit dem Sieg von Titos Partisanen ein neues, kommunistisches Jugoslawien entstand, ging das Schlachten und Foltern weiter. Diesmal waren die Kroaten die Opfer. Die Engländer lieferten den jugoslawischen Kommunisten rund 300.000 Kroaten aus - Soldaten und Zivilisten, die sich ihnen ergeben hatten. 200.000 von ihnen wurden ermordet. So war der Zweite Weltkrieg in Kroatien zugleich ein Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Ustascha, zwischen serbischen und kroatischen Nationalisten. Wobei der Kommunistenführer Tito selbst gebürtiger Kroate ist.

Mit der Parole "Brüderlichkeit und Einheit" versuchte Marschall Tito nach 1945 einen Neubeginn im föderalistisch gegliederten Jugoslawien. Das ging bis Mitte der sechziger Jahre gut. Als dann in Jugoslawien ein Liberalisierungsprozess auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet einsetzte - so wurde der verhasste Geheimdienstchef Aleksandar Rankovic (*1909+1983) entlassen, der selbst Tito abhören liess - tauchten die alten Konflikte in neuem Gewand auf. Die kroatische KP-Führung in Zagreb forderte größere regionale Rechte und klagte den Belgrader Zentralismus an. In den Jahren 1970 und 1971 erreichten Versuche, sich von Belgrad zu lösen, ihren Höhepunkt. Kroatische Studenten forderten eine eigene kroatische Armee, eine eigene kroatische Vertretung in den Vereinten Nationen. Der "Zagreber Frühling" war jedoch rasch zu Ende. Tito setzte kurzerhand die Zagreber KP-Führung wegen "kroatischen Nationalismus" ab. Ihre exponierten Anhänger wanderten in Haftanstalten. Sie machen noch heute eine Vielzahl der politischen Gefangenen in Jugoslawien aus.

Zu jenen "Unruhestiftern" gesellen sich tatsächliche oder auch vermeintliche Staatsfeinde: pro-sowjetische Untergrundkämpfer und Alt-Stalinisten (die so genannten "Konformisten"), albanische Separatisten, Utascha-Terroristen, Priester, Professoren, unbequeme Literaten und schließlich der prominenteste jugoslawische politische Internierte, Mihajlo Mihajlov (*1934+2010), Professor an der Philosophischen Fakultät in Zadar. Mihajlov gilt als ein unbestechlicher Analytiker, als Einzelgänger und Unbeugsamer zugleich. Dieser Schriftsteller, ein Jugoslawe russischer Abstammung, ist weitgehend ein Opfer des komplizierten russisch-jugoslawischen Verhältnisses geworden. Er sitzt über Jahre in dem von der Sowjetunion abgefallenen Jugoslawien im Zuchthaus, weil er in der ausländischen Presse Kritik an der inneren Verfassung - ausgerechnet der Sowjetunion übte.

Es gehört zu den jugoslawischen Besonderheiten, dass der Rechtsweg gegen politisch motiviertes Unrecht nicht immer aussichtslos ist, ungeachtet jener Maßregel, die Marschall Tito am 24. Dezember 1971 erliess: "Die Richter dürfen sich nicht wie der Blinde an seinem Stock an die Gesetze halten, sondern sie müssen das Problem auch politisch sehen." Dieser jugoslawischen Eigenart ist zu verdanken, dass in den Akten des Kreisgerichts von Zagreb festgehalten ist, wie die Geheimpolizei UdBa mit ihren Opfern umspringt. Der Jurist Vice Vukojvic (*1936) , 39 Jahre alt, schon als Schüler wegen "kroatischen Nationalismus" ausgeschlossen, als Student wegen Teilnahme an Demonstrationen verhaftet, reichte 1967 eine Klageschrift "Gegen die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens - Sozialistische Republik Kroatien" ein. Darin forderte er einen Schadenersatz von 67.000 neuen Dinar wegen Misshandlungen durch jugoslawische Geheimpolizisten. Seine einzelnen Behauptungen, mit deren er die Klage begründete, wurden in der Beweisaufnahme bestätigt. Vukojevic gewann den Prozess (als das Urteil 1972 gefällt wurde, saß er allerdings schon wieder im Gefängnis, diesmal - nach der Zerschlagung des "Kroatischen Frühlings" - wegen "feindlicher Propaganda").

In seiner Klageschrift schildert Vukojevic zunächst seine Festnahme: Wie er auf dem Heimweg einer Kinoveranstaltung von drei Männern in einen Pkw gezerrt wurde; wie man ihn auf den Boden des Wagens warf und mit einer Decke zudeckte; wie auf seinen Protest gegen diese Verhaftung ihm offen geantwortet wurde, er sei nicht verhaftet, sondern "gekidnappt" worden. Später, in einem Gefängnis, sei er gefesselt und geschlagen worden, weil er seinen Peinigern nicht das gewünschte Geständnis über seine Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation liefern konnte. Dann, einige Tage später, kam es zur nächsten Stufe der Behandlung: "Mir wurden die Arme am Rücken gefesselt und ich wurde an der Decke aufgehängt. Ich hing so mehrere Stunden lang, während man mich mit einem nassen Handtuch würgte, am ganzen Körper schlug, an meinen Haaren zerrte."

Diese Art Behandlung wurde an mehreren Tagen fortgeführt. Mit gefühllosen Armen und eiternden Wunden an den Handgelenken, hervorgerufen durch die Fesseln, blieb Vukojevic schließlich am Boden liegen. Er formulierte später in seiner Klageschrift: "Meine Peiniger wiederholten damals, dass sie mich 'legalisieren' würden, falls ich ein Protokoll mit einem Geständnis unterschriebe. Wenn nicht, sollte ich liquidiert werden." Legalisiert werden bedeutete, in der Sprache der Geheimdienstler, dass ihr Opfer dann gesetzlich verhaftet und in eine geordnete Untersuchungshaft kommen würde. Für Vukojevic war es erst nach 30 Tagen soweit. Zeit-Brüche, Umbrüche alter, überlebter Gesellschafts-Ordnungen: Im Jahre 1999 avancierte Vice Vukojevic zum Richter des kroatischen Verfassungsgerichts.

Die Aussagen des Juristen Vukojevic sind kein Einzelfall. Gleichwohl ist in Jugoslawien vor seinem Zerfall (2003/2006) die Folter nicht wie in vielen anderen Ländern ein systematisch angewandtes Mittel zur physischen oder psychischen Vernichtung politischer Gegner. In einem Report über die Situation in dem Tito-Staat kam der amerikanische Senat zu dem Schluss: "Es gibt dennoch Berichte, dass politische Häftlinge von der Polizei geschlagen werden. Insbesondere wird in dieser Senats-Expertise moniert, dass die jugoslawische Regierung bei politischen Prozessen auf die Rechtssprechung Einfluss nimmt.

Nicht immer müssen volle Gefängnisse der Maßstab für den Grad der Unterdrückung sein. Im Rumänien des siebziger Jahrzehnts im vergangenen Jahrhundert gabt es, so schätzten es westliche Diplomaten in Bukarest, höchstens rund 500 politische Gefangene. Als der amerikanische Senat gleichzeitig mit seinem Bericht über Jugoslawien auch an den Zuständen in Rumänien Kritik übte, erliess der rumänische Staatsrat eine Amnestie. Viele inhaftierte Politische bekamen ihre Freiheit zurück, unter ihnen der rumänische Schriftsteller Paul Goma (*1935), der führende Kopf einer rumänischen Bürgerrechts-Bewegung. Öffentlich hatte er die Bukarester Behörden beschuldigt, Oppositionelle nach dem Beispiel der Sowjetunion in psychiatrische Kliniken zu sperren. Paul Goma sagte, im Land gäbe es vier derartige Hospitäler, darunter in der Hauptstadt die Krankenhäuser Balancea und Coula. Um die Glaubwürdigkeit seiner Angaben zu unterstreichen, nannte Goma mehrere Namen von Oppositionellen, die als "Patienten" in diesen psychiatrischen Kliniken festgehalten würden.

Ehe Goma dann selber interniert wurde, hatte er noch in einem offenen Brief an den rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu (1967-1989 - *1918+1989) geschrieben, Rumanien respektiere weder die eigene Verfassung, noch die durch internationale Abkommen eingegangenen Verpflichtungen über die Gewährung der grundlegenden Menschenrechte. Wörtlich hieß es in dem an Cheausescu - als Adresse war "Königspalast" angegeben: "In diesem Land gibt es nur zwei Menschen, die die Geheimpolizei nicht fürchten: Sie und ich."

Noch schärfer wurde Goma in einem Brief an den tschechoslowakischen Schriftsteller Pavel Kohout (*1928), einem der markanten Wortführer des Prager Frühlings, der im Jahre 1979 ausgebügert wurde und seit 1980 österreichischer Staatsbürger ist. Goma erklärte sich beizeiten solidarisch mit den Unterzeichnern der Prager Menschenrechts-Deklaration Charta 77. In diesem Brief schrieb Goma, in Rumänien gäbe es "20 Millionen politische Gefangene in Zivil", er sprach von der "rumänischen Besetzung Rumänien" und schloss seine Soldaritätsadresse: "Wir leben alle unter dem gleichen Druck. Der gleiche Verlust der elementaren Rechte, die gleiche Missachtung des Menschen, die gleichen Lügen. Überall Armut, wirtschaftliches Chaos, Demagogie, Unsicherheit, Terror."

Zu denen, die am meisten unter den von Goma geschilderten Zustände zu leiden haben, zählt die 400.000 Personen umfassende deutsche Minderheit. Die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, die aus dem Gebiet zwischen Mosel, Maas und Niederrhein stammen und vor rund 800 Jahren das Land urbar gemacht und besiedelt haben, wollen in immer größerer Zahl dem innenpolitischen Repressionsklima den Rücken kehren. Erst recht, seit die Integrationspolitik der rumänischen Kommunistischen Partei bewusst eine Rumänisierung der "mitwohnenden" Deutschen und damit eine schleichende Demontage deutscher Einrichtungen in Rumänien betrieb, nehmen die Anträge auf Ausreise allmählich das Format einer Massenauswanderung an. 50.000 Deutschstämmige haben das Land bereits seit der kommunistischen Machtübernahme 1948 verlassen. Jetzt hat Ceausescu die Genehmigung zur Auswanderung zurückgeschraubt. Erhielten 1974 noch 8.400 Rumänen-Deutsche die Erlaubnis zum Umzug in die Bundesrepublik, so waren es 1975 nur noch 5.000, 1976 nur noch 3.500. "Conducator" (Führer) Ceaucescu begründete das lapidar: "In einem Jahr fliesst im Fluss weniger Wasser, im anderen Jahr wieder etwas mehr."

Mit der Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes werden die auswanderungswilligen Rumänien-Deutschen eingeschüchtert. So verloren Ende 1976 zum Beispiel mehr als 150 Lehrer und Lehrerinnen deutschsprachiger Schulen ihre Stellung, als sie einen Antrag auf Ausreise gestellt hatten. Die rumänischen Behörden begründeten die Entlassung damit, die Pädagogen hätten sich mit diesem Ausreiseantrag ideologisch für die Erziehung der Jugend diskreditiert.

Derartige Repressalien gehören auch zum Repertoire der kommunistischen Machthaber in der Tschechoslowakei. Oppositionelle werden mit Berufsverbot belegt, ihre Kinder werden daran gehindert, Gymnasien oder Hochschulen zu besuchen. Das war so nach der Zerschlagung des Prager Frühlings 1968, als das von den Sowjets eingesetzte Husak-Regime die Kommunistische Partei von den Reform-Kommunisten "säuberte". (Gustav Husak [*1913+1991] war von 1975 bis 1998 Staatspräsident der Tschechoslowakei). Derlei Einschüchterungen griffen gleichsam 1977, als die Unterzeichner der Menschenrechts-"Charta 77" von den Prager Machthabern wegen "volksfeindlicher Handlungen" verfolgt wurden. Eine Zahl verdeutlicht das Ausmass dieser Drangsalierung. Das Mitglied im Präsidium der Kommunistischen Partei der CSSR, Vasil Bilak (*1917), gab in einem Interview bekannt, dass bei der Parteieinigung nach 1968 insgesamt 165.00o Männer und Frauen von ihrem Arbeitsplatz entfernt wurden.

Einst weltbekannte Politiker oder international renommierte Wissenschaftler mussten als Hilfsarbeiter ihren Unterhalt verdienen oder sie fanden überhaupt keine Beschäftigung. Der ehemalige Parteichef Alexander Dubcek (*1921+1992) ist heute Gärtner in Bratislava. Der Historiker Dr. Jan Tesar fand noch nicht einmal eine Beschäftigung als Nachtwächter. Der bekannte Philosoph Mila Machovec, früher Ordinarius an der Karls-Universität zu Prag, brachte sich mit Nachhilfestunden und Orgelspiel in einer evangelischen Gemeinde durch. Und nur ein Beispiel zur Sippenhaft, das stellvertretend für Hunderte steht: Der Historiker und ehemalige Rektor der Parteihochschule in Prag, Dr. Milan Hübl (*1927+1989) , er wurde zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteit, beklagte in einem Brief an österreichische Freunde, dass seine Kinder weder das Gymnasium noch die Hochschule besuchen dürfen. (Inzwischen ist Hübl nach Österreich emigriert.) Gerade diese Methoden waren es auch, die in der Charta 77 angeprangert wurden. Darin hieß es:

o "Zehntausende von Bürgern werde es "nur deshalb unmöglich gemacht in ihrem Fach zu arbeiten, weil sie Ansichten vertreten, die sich von den offiziellen Ansichten unterscheiden";

o das "Recht", Informationen und Gedanken aller Art ohne Rücksicht auf Grenzen zu ermitteln, anzunehmen und zu verbreiten", werde nicht nur außergerichtlich, sondern auch gerichtlich verfolgt, häufig unter dem Deckmantel krimineller Beschuldigungen;

o das Innenministerium kontrolliere die Bürger "durch Abhören von Telefonen und Wohnunge, durch Kontrolle der Post, durch persönliche Überwachung, durch Hausdurchsuchung, durch Aufbau eines Netzes von Informanten aus den Reihen der Bevölkerung";

o zahllose junge Menschen würden "nur wegen ihrer Ansichten oder sogar wegen der Ansichten ihrer Eltern nicht zum Studium zugelassen".

Über 600 Bürger der CSSR haben inzwischen dieses Dokument unterzeichnet. Die Berechtigung dieser Anklagen sollten sie daraufhin am eigenen Leibe erfahren. Schon als einige prominente Tschechen am 6. Januar die Charta 77 als Petition der Prager Nationalversammlung überreichen wollten, wurden sie auf dem Weg dorthin festgenommen, ihr Manuskript konfisziert. Inzwischen füllen sich bereits wieder die Gefängnisse der CSSR mit "Abweichlern", gerade nachdem im Dezember 1976 die letzten promininenten Reformkommunisten der Dubcek-Ära aus der Haft entlassen worden waren.

Der neue Prager Polizei-Sozialismus hat inzwischen auch sein erstes Todesopfer gefunden. Zu den verhafteten Bürgerrechtlern gehörte neben dem Dichter Vaclàv Havel (*1936 - 1993-2003 Präsident der Tschechischen Republik) und dem Journalisten Jéri Lederer (*1922+1983) auch der 69jährige Universitätsprofessor Jan Patocka (*1907+1977). Unmittelbar vor seiner Festnahme im März 1977 war der bedeutende Philosoph noch vom holländischen Außenminister Max van der Stoel , der sich in Prag aufhielt, empfangen worden. Jan Patocka überlebte die Haft nicht. Nach einem zehnstündigen Dauerverhör musste der 69jährige mit Blaulicht in ein Krankenhaus gefahren werden. Dort starb er an den Folgen einer Gehirnblutung.

Seither ist Partei- und Staatschef Husak Zielscheibe weltweiter Proteste. Das "Internationale Komitee zur Überstützung der Charta 77, dem auch die deutschen Schriftsteller Heinrich Böll (*1917+1985) und Günter Grass (*1927) angehören, bezeichneten den Tod des 69jährigen Philosphie-Professors als "politischen Mord". Patocka sei während der Haft "ständig von der Polizei gequält worden". Im Chor der Stimmen, die das Prager Regime verurteilten - Willy Brandt (*1913+1992)und Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky (*1911+1990), der Internationale Gewerkschaftsbund, die Außenminister Englands und Italiens - ist insbesondere die Stimme der französischen KP von Gewicht. In ihrer Zeitung Humanité schrieben die französischen Kommunisten: "Wir können keine Praktiken zulassen, zu denen es gehört, dass jede mit dem Sozialismus nicht im Einklang stehende Stimme zum Schweigen oder zur Unterdrückung verurteilt wird."

Immer brutaler und nachhaltiger wird der Polizeiterror gegen Abweichler wie Bürgerrechtler auch in Polen, jenem Land im sozialistischen Lager, das lange Jahre stolz darauf war, innenpolitische Kritiker nicht hinter Gittern mundtot zu machen. Ausgangspunkt der jene Unterdrückungswelle waren die Arbeiterunruhen im Sommer 1976 in Radom, Plock und Ursus. Zunächst nur ein lokal begrenzter Protest gegen neue, vom Parteichef Edward Gierek (*1913+2001) verkündete Preiserhöhungen, bekam der Konflikt bald eine politische Stossrichtung. Aus der Unzufriedenheit über ökonomische Missstände wurde ein Kampf um größere Freiheitsräume des Individuums, bei dem sich erstmals in Polen Arbeiter mit Studenten und Intellektuellen verbündeten. Allesamt trachteten beherzt danach, diese Art von polnischer "Diktatur des Proletariats" abzuschaffen. - Und um so härter schlug das kommunistische Regime zurück.

Zahlreiche Zeugenaussagen und Dokumente belegen die Brutalität samt subtiler Foltermethoden der Miliz. In einem Brief an den Innenausschuss des Sejm, des Warschauer Parlaments, schrieb der Arbeiter Ireneusz Majewski aus Ursus, wie er und sein Bruder Marek eine Woche nach der Demonstration von Polizisten plötzlich aus ihrer Wohnung abgeholt wurden: "Wir wurden gefesselt und in Automobile verfrachtet. Als wir in dem Hof des Polizeikommandos in Ursus angelangt waren und das Auto verliessen, wurden uns die Fesseln gelöst. Dann befahl man uns, wir sollten uns in die Hofmitte begeben. Dort war ein Polizeispalier aufgestellt. Jeder Beamte trug einen Knüppel in der Hand. Ich sollte als erster losgehen. Mir war klar, was weiter geschehen würde. Ich wurde von unzähligen Knüppelschlägen getroffen und stolperte halb ohnmächtig in das Innere des Reviers. Meinem Bruder Marek widerfuhr dasselbe." Marek konnte nicht einmal um Gnade bitten. Ihm hatten während der Demonstrationen vor acht Tagen mit Gummiknüppeln bewaffnete "Zivilisten" den Kiefer zerschlagen, der nun in Halterungsschienen ruhte. Ireneusz, der durch die Schläge einen Herzinfarkt erlitt und ins Krankenhaus transportiert werden musste, forderte in seinem Brief an den Sejm - dem polnischen Parlament - die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Fehlanzeige.

Überdies - Menschenrechtsverletzungen hatten in Polen längst System. So schrieb der Arbeiter Stanislaw Adamski an den Generalprokurator der Volksrepublik Polen, dass er von Polizisten mit einem Taschenmesser kahl geschoren worden sei und dann ebenfalls über zwei Stunden auf der Treppe des Polizeigefängnisses von Radom Spießrutenlaufen musste: "Man sagte mir, das sei die 'Gesundheitsstraße', und dass sie mir 'helfen' wollten. Nach zwei Stunden haben sie mich bewusstlos in die Zelle geworfen."

Eines der erschütterndsten Dokumente dieser Ära ist der Beschwerdebrief, den die Witwe Janina Brozyna aus Radom an den Parlamentspräsidenten in Warschau richtete. Sie schreibt darin, wie ihr Mann, der 28jährige Arbeiter Jan Prozyn bei einer Racheaktion der Polizei zu Tode geprügelt wurde. Jan Prozyn war während der Unruhen nicht einmal in der Stadt gewesen, sondern hatte auswärts einen Urlaub verbracht. Als er von der Miliz abgeholt wurde und nicht mehr zurückkam, machte sich seine Frau auf die Suche. Niemand sagte ihr, was mit ihm geschehen war. Sie fand schließlich in einer Klinik von Radom seine Leiche, mit eingeschlagenem Schädel. Der Leichnam wurde dann in dem Dorf Jedlinsk in der Nähe von Radom begraben. Während der Beisetzung kontrollierte die Polizei von einem Hubschrauber aus die denkwürdige Beerdigungs-Zeremonie. Dann als der Sarg ins Grab gesenkt wurde, landete der Hubschrauber auf dem Friedhof, mehrere Zivilisten sprangen aus der Maschine und fotografierten die Trauergemeinde. Seitdem ist für Ortsfremde der Besuch des Friedhofs von Jedlinsk verboten.

Ihren Beschwerdebrief schliesst Janina Prozyn mit den Sätzen; "Man hat mich mit zwei kleinen Kinder von eineinhalb und fünf Jahren allein gelassen. Man hat meinen Mann auf grausame Weise umgebracht. Das war das Werk der Leute, die verpflichtet wären, sich um die Gerechtigkeit in der Volksrepublik zu kümmern."

Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss wurde auch in einem Appell aufgegriffen, den 175 Intellektuelle im Januar 1977 an die Warschauer Parlaments-Abgeordneten schickten. In dem Schreiben hieß es, Arbeiter von Radom und Ursus hätten erschreckende Klagen über Schläge und Folterungen durch die Polizei geführt. "Es ist die bürgerliche und moralische Pflicht eines jeden ehrlichen Menschen, diese abscheulichen Praktiken zu brandmarken und ihnen mit allen möglichen Mitteln entgegenzuwirken. Folterung von Verhafteten darf nicht toleriert werden. In der Überzeugung, dass Ihr Handlungsspielraum, der sich aus Ihrer Kompetenz als Abgeordneter ergibt, wesentlich breiter ist, wenden wir uns an Sie mit dem Appell, sich im Sjem der Sache der geschlagenen und gefolterten Arbeiter anzunehmen."

Auch der Primas von Polen, Stefan Kardinal Wyszynski (*1901+1981) beschuldigte in einer Predigt in der Warschauer Kathedrale die Polizei der Brutaltät. Der Altkommunist und ehemalige Erziehungsminister Wladyslaw Bienkowski (+1906+1991) klagte in einem offenen Brief, dass Brutalitäten und Folter der Polizei die öffentliche Ordnung Polens bedroht.

Indes: von den etwa 2500 in Radom und Ursus verhafteten Arbeitern sind inzwischen nur noch eine knappe Handvoll im Gefängnis. Parteichef Edward Gierek (1970-1980) hatte durch eine Amnestie die Freilassung der meisten Inhaftierten erwirkt. Nur diese Art von Amnestie war kein Signal eines ersehnten Kurswechsels, sondern lediglich eine kalkulierte Entlastungsaktion des bedrängten Gierek-Regimes. Das zeigt sich bald in neuen Schlägen gegen Oppositionelle. Eine neue Dimension der Gewalt. Nach dem Bekanntwerden der Lynchjustiz in Radom und Ursus hatten prominente Schauspieler, Schriftsteller, Grafiker und Priester ein "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" gegründet, das zunächst nur Geld für die mittellos lebenden Familien der damals inhaftierten Demonstranten organisierte (der im Kampf für Menschenrechte unermüdliche Literaturpreisträger Heinrich Böll spendete einen großen Teil seiner in Polen angelaufenen Tantiemen). Inzwischen ist das Komitee der Kristallisationspunkt einer polnischen Bürgerrechtsbewegung geworden. Mitte Mai 1977 wurden vier Mitglieder dieses Komitees festgenommen und unter Anklage gestellt. Sie wurden beschuldigt, Studenten aufzuwiegeln und "Verbindungen mit einer ausländischen Organisation zu haben, deren Ziel die Verletzung der politischen Interessen der Volksrepublik Polen ist".

Die Angeklagten - sie müssen mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren rechnen , wurden festgenommen, als sie gerade von Warschau aus nach Krakau zu einer Beerdigung fahren wollten. In Krakau wurde nämlich der 23jährige Philosophie-Student Stanislaw Pyjas (*1953+1977) zu Grabe getragen. Er hatte an der Krakauer Universität Unterschriften gesammelt, mit der Forderung des "Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" nach einer parlamentarischen Untersuchung der Vorgänge von Radom und Ursus. Mitte April 1977 teilte Stanislaw Pyjas dem Krakauer Staatsanwalt mit, er sei in anonymen Briefen mit dem Tod bedroht worden. In einem der Briefe hätte es geheißen: "Die Vertilgung solcher Leute auf jede mögliche Art ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe." Achselzucken der Strafverfolger.

Zwei Wochen später war Stanislaw Pyjas tot. In einem Treppenhaus in der Krakauer Altstadt wurde er mit schweren Kopfverletzungen gefunden. Die Parteipresse stellte den plötzlichen Tod des Studenten als Unfall eines Betrunkenen dar: "Der junge Mann hatte 2,6 Promille Alkohol im Blut." Der amtliche Obduktionsbericht wurde zur Geheimsache erklärt. Es gibt Augenzeugen, die den Toten gesehen haben. Er hatte Verletzungen unter den Augen und einen zertrümmerten Kiefer - nach Ansicht von Ärzten typische Merkmale von schwersten Schlägen.

CHILE: FOLTER-GENERAL AUGUSTO JOSÉ RAMÓN PINOCHET (*1915+2006)

Er regierte Chile als selbsternannter "Präsident auf Lebenszeit" über 17 Jahre, ohne jemals gewählt worden zu sein. Er starb im 10. Dezember im Jahre 2006 im Alter von 91 Jahren, ohne sich jemals für seine systematischen Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen an der Menschheit, verantworten zu müssen. Leichen pflasterten seinen Weg, Tausende von Folteropfern säumen Chiles Friedhöfe. - Massenverhaftungen, Hunderte verschwundener Studenten, Lehrerinnen, Gewerkschafter - irgendwo in Wäldern unkenntlich verscharrt. Konzentrationslager vielerorts, Fußballstadien als Verlies, Polizeistation als schalldichte Folterstätten - die kritische Intelligenz des Landes in Massengräbern oder auf der Flucht. Über eine Million Menschen mussten während der Pinochet-Diktatur (1973-1990) emigrieren. Erst mit Beginn der neunziger Jahre begann in Santiago mühsam die Re-Demokratisierung. Rückschau gegen das Vergessen auf Chiles Schreckens-Epoche. Die Aufarbeitung jener Horrorjahre hat erst nach mittlerweile zwei Jahrzehnten quälend begonnen. Spurensuche.

stern, Hamburg 04. August 1977

Der 61jährige Augusto Pinochet Ugarte, Oberkommandierender des Heeres. Juntachef und Staatspräsident der Republik Chile seit 1974 liebt die europäische Wehrmachtsglorie der dreißiger Jahre. Von hoher Tellermütze bis zum glitzernden Gold auf den Kragenspiegeln, vom Hackenknallen auf den Kasernenhöfen bis zur Marschmusik im Wohnzimmer nach Feierabend kopiert er längst Vergangenes für den aktuellen Hausgebrauch in Chile. Das Militär, sagt der Diktator, musste den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende (*1908+1973) stürzen, "weil Chile sein traditionelles Lächeln verloren hatte".

Ein Putsch, in diesem Jahrhundert, auf dem südamerikanischen Kontinent ohne Beispiel, der zwischen 15.000 bis 20.000 Menschenleben auslöschte. "Die Demokratie muss gelegentlich in Blut gebadet werden, damit die Demokratie fortbesteht", erklärte der General einen Monat nach seiner Machtübernahme am 11. Oktober 1973. Massenexekution, die unerbittliche Jagd auf all jene Chilenen, "die in der Sowjetunion ihr eigentliches Vaterland haben" (Pinochet), seien notwendig und unvermeidlich gewesen. Für ihn ist Chile heute ein Land, "in dem die Leute frei und glücklich sind". Auch die seit vier Jahren verhängte nächtliche Ausgangssperre ist für Pinochet nur positiv: "Vater kommt früh nach Haus und Mutter ist glücklich."

Pinochet demonstriert die neue Bürgeridylle Chiles bei sich zu Hause. In der Hollywoodschaukel, die auf dem englischen Rasen vor der Villa steht, posiert Vater Augusto im hemdsärmeligen Dress neben Mutter Dona Lucia im sommerlichen Seidenkostüm. Chilenische Reporter der Junta frommen Wochenzeitschrift "Que Pasa" sind zu Besuch. Gemeinsam wollen General und Journalisten an seinem Image basteln, es zu einem fürsorglichen Familienpatriarchen aufpolieren. Die Militärdiktatur sitzt fest im Satteln, deshalb soll der blutrünstige Soldat aus dem Bewusstsein der Leute verschwinden. Eine identitätsstiftende Vaterfigur für das Zehn-Millionen-Volk wird aufgebaut. Pinochet rückt näher an seine Frau und legt den linken Arm um ihre Schulter. Dann schaut er freundlich, erstaunlich milde in die Ferne. Der Fotograf drückt auf den Auslöser und hat die Familienharmonie im Kasten; eine Glückseligkeit, die die Marxisten der Bevölkerung vorenthielten.

Der General weiß auch warum. Er erinnert sich auf einmal an die Witwe des toten Salvador Allende: "Da reist sie nun durch die Welt, die Frau Hortensia, redet schlecht über uns und spielt die tragische Rolle der traurigen Witwe. Einer vereinsamten Frau, wo doch aber jeder hier im Land bestens weiß, dass Allende sich zu Lebzeiten nicht einmal an sie erinnerte und mit dieser - wie heißt sie noch - ach ja, mit dieser Margarita Contreras zusammenlebte."

Sozialistischer Sittenverfall gestern, konservatives, soldatisches Eheglück dieser Putsch-Jahre. Beides präsentieren Chiles Medien ihren Lesern in Wort und Bild. Salvador Allende mit schief-verzerrtem Gesicht in den Armen seiner Geliebten, Pinochet treuherzig wie brav neben seiner Ehefrau in der Hollywood-schaukel. Keimfrei, katholisch und klug: Besser hätten die Nazis ihre Familienpropaganda auch nicht aufziehen können. "Wir haben doch sechs Enkelkinder, fünf Jungs und ein Mädchen", verrät Pinochet der chilenischen Öffentlichkeit. "Nein Alterchen", es sind sieben, du hast Rodriguito vergessen", unterbricht Dona Lucia. "Ah, ja noch ein Baby, Rodrigo", verbessert sich der Präsident. "Na ja", meint Dona Lucia, "die anderen sind doch Teufelchen, der Kleine noch nicht." Der General gibt zu, dass Rodrigo sein Günstling ist. "Die anderen sind mit irgendwie gleichgültig." Dona Lucia unterbricht wieder: "Um Gottes willen, Augusto, gleichgültig?"

Die "spitzfindigen" Reporter fanden bei den Pinochets heraus, dass die Familie sonntags das "heilige Mittagessen" gemeinsam einnimmt. Seine drei Töchter und die beiden Söhne, die ihren Vater "Pate" nennen, sitzen dann auch am Tisch. Vorher war die Familie beim Gottesdienst. Dona Lucia: "Ich glaube, wir kennen alle Kirchen in Santiago." Was die gläubigen Pinochets der Bevölkerung verschweigen, ist eine geheime Demarche von Papst Paul VI. (1897-1978) aus Rom. Der katholische Oberhirte hatte Pinochet die Exkommunizierung angedroht, falls er die Menschenrechte in seinem Land weiterhin missachte. Das war Anfang 1976. Damals saßen noch an die 6.000 politische Gefangene in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Wenige Monate später ließ er 302 Häftlinge frei. Sein Kommentar: "Eine großzügige Geste. Ich bin nämlich ein Christ."

Internationale Proteste, Chile gehöre zu den Klassikern der Folterstaaten, wollen die Pinochets nicht wahrhaben. Dona Lucia: "Viele Besucher haben die paar stinkenden Taugenichtse im Gefängnis gesehen, wie wohlgenährt, gesund und strahlend sie aussehen. Aber kaum haben sie Chile wieder verlassen, reden sie von Folter und anderem Unsinn." Ihr Mann, so gibt sie vor, wolle nichts anderes als "das Land voranbringen". Jetzt ergreift er selbst wieder das Wort. Wenn Pinochet die Provinz bereist, und er ist ständig auf Achse, "zeigen die Leute mir offen ihre Zuneigung. ' Hoffentlich werden Sie nicht müde', rufen sie mir zu", sagt der General mit Stolz. Er sagt es jedem, der es hören will. Sein zweites Thema sind die loyalen Chilenen im Ausland, die nach einer Geschäftsreise nach Santiago zurückkehren. Sie berichten ihm über die sogenannte "Vox populi" - Volkes Stimme. Ob der Taxifahrer am Flughafen "Charles de Gaulle in Paris oder der am Münchner Hauptbahnhof: Die Junta-Chilenen hören für ihren Putsch-Präsidenten immer nur einen Satz heraus: "Was wir hier brauchen, ist ein Pinochet."

Die Schar der Jasager haben Pinochet seine "internationale Popularität" inzwischen eingeredet, dass ihm ein Platz in der Weltgeschichte gewissermaßen sicher scheint. Pinochet über sich und sein missionarisches Sendungsbewusstsein: "Für die Marx- und Lenin-Verschwörer aus Moskau war es ein harter Schlag, dass sich Chile vom Kommunismus befreien konnte. Die Bevölkerung sieht mich als eine Hoffnung. Sie sehen mich als den Führer." Wenn das Wort Führer fällt, ist ein neuer Begriff dieser Ära nicht fern -"Pinochetismus" . Der Diktator ließ ihn beizeiten ausstreuen, um sich als alleinige Erbe des "Franquismus" zu empfehlen. Pinochet, der Franco Südamerikas -Pinochet, der vom spanischen Generalissimus Franco noch kurz vor seinem Tod mit

dem höchsten spanischen Militärorden in Friedenszeiten ausgezeichnet worden ist, übernimmt mehr und mehr auch die ideologischen und politischen Strukturen, eben Grundmuster, Herrschaftsallüren; oft alltägliche Allüren des Caudillo. So verfügt er bereits über einen Geheimdienst, die DINA, die ihm direkt untersteht, und setzte nach Franco-Vorbild einen "Staatsrat aus achtundzwanzig Honoratioren" ein, die ihn beraten sollen.

Pinochetismus in Südamerika heißt in den eigenen Worten des Generals. "Menschen müssen gefoltert werden, weil die Sicherheit des Staates es erfordert." Oder: "Ich mache sie aus, dann greife ich sie an und wenn ich kann ich kann, zerstöre ich sie." Pinochetismus als faschistische Diktatur läuft darauf hinaus: "Ich werde sterben, mein Nachfolger auch, aber Wahlen wird es nicht geben." Und Pinochetismus lehrt die Armee heute: "Soldaten sind gefährlicher als Polizisten, weil ihr Beruf das Töten ist."

So und nicht anders hat Augusto Pinochet sein "Handwerk" gelernt. Im Jahre 1915 in Valparaíso geboren, avancierte er schon mit 21 Jahren zum Leutnant der Armee. Bis zum Allende-Sturz 1973 trat Pinochet nach der Tradition der chilenischen Streitkräfte politisch nicht in Erscheinung. Er war Berufssoldat, der durch "Energie und Disziplin" schneller Karriere machte als manch anderer seines Offiziersjahrganges, sagten Mitschüler über ihn aus. Er schrieb über die Geografien Chiles, Argentiniens, Boliviens und Perus, die während seiner Ära zur Pflichtlektüre an den Schulen des Landes gehörten.

Als Pinochet Militärattaché der chilenischen Botschaft in Washington wurde, fiel er Anfang der Sechziger den Amerikanern auf. Die US-Armee lud ihn seither regelmäßig in ihr Ausbildungscamp "Fort Gulick" in die Panamakanal-Zone ein. (Am 31. Dezember 1999 wurde das US-Gebiet entlang des Kanals sowie alle US-amerikanischen Militärbasen offiziell an Panama übergeben.) "Fort Gulick" war keine x-beliebige Kaserne. Auf einem Areal von 66.208 Hektar, das sind die Hälfte des Landes der einstigen Panama-Kanalzone, bildete die 8. Gruppe der US-Special-Forces die Offiziere Lateinamerikas im Kampf gegen "Subversion" in ihren Ländern aus. Die Disziplinen: Dschungelkrieg, Ranger-Drill und Anti-Guerilla-Taktik. Auch die militärische Gegenspionage von Staatsstreichen standen auf dem Lehrplan.

Castros Kuba-Eroberung im Jahre 1959 und Che Guevaras Untergrundkrieg in Bolivien 1968 ließen die US-Regierung fürchten, Südamerika könne nach und nach kommunistisch infiltriert werden. So bezeichnet die französische Tageszeitung "Le Monde" die Panama-Zone heute als eine "Filiale des Pentagon" in Washington. Und die "New York Times" berichtet: Von den 30.000 Absolventen des "Fort Gulick", das für die Lateinamerikaner "Excuela de las Americas" heißt, sind heute in Südamerika insgesamt 170 Regierungschefs, Minister, Oberbefehlshaber, Stabschefs oder Direktoren der Geheimdienste. Naheliegend, dass die USA nach Bekundungen ihres damaligen Außenministers Henry Kissinger gleichsam spätestens seit 1970 den Sturz Salvador Allendes durch massive Militärhilfe angestrebt haben - ein internationalen Handels- und Kreditembargo gegen Chile federführend durchsetzten.

General Augusto Pinochet Ugarte trug sich im Jahre 1965 zum ersten Mal in die Teilnehmerliste von "Fort Gulick" ein. 1968 zum zweiten Mal und 1972 zum letzten Mal. Als er ein Jahr später gegen Salvador Allende putschte, waren ihm sicherlich noch Lehrprogramme wie Übungen der 8. Gruppe der Special-Forces im Gedächtnis präsent. Sie waren gedacht als Gebrauchsanweisungen gegen "linke" Putschisten, doch lieferten gleichzeitig die Rezeptur für den perfekten Staatsstreich von rechts.

Instruction 1/57: "Die ganze Weisheit beim Staatsstreich besteht darin, dass er einen plötzlichen, entschlossenen Schlag ins Herz der Regierung darstellt, einen Dolchstoß, der gleich beim ersten Stoß bis zum Heft eindringt ...".

Instruction 9/57: "Es gibt wahrscheinlich keinen besseren Weg, dieses Ziel zu erreichen, als durch ein oder zwei geschickte Mörder ...".

Instruction 37/57: "Das allgemeine Ziel der Angriffsperiode ist es, durch plötzliche Gewaltanwendung den gesamten Teil des Staatsapparates, der wirksamen Wider-stand leisten könnte, kopflos zu machen und in Verwirrung zu bringen ... Die Nachrichtenverbindungen der Regierung müssen unterbrochen werden. In dieser Hinsicht sollten die Aufständischen äußerst rücksichtslos sein."

Instruction 49/57: "Wenn der Staatsstreich gelingt, wird eine Zeit kommen, wo die Anhänger der alten Regierung nur noch an Flucht denken ... Wenn das Rückgrat des Widerstands gebrochen ist, werden die Fliehenden ein leichtes Ziel bieten. Je schneller die Truppen die Fluchtwege kontrollieren können, desto reicher wird wahrscheinlich die Ernte sein. Auch hier ist die Verfolgung wie in herkömmlichen Kriegen die Krone des Sieges ...".

Instruction 54/57: "Zumindest in der Vergangenheit wurden den technischen Einzelheiten des Staatsstreiches zu wenig militärische Erwägungen gewidmet. Es ist vielleicht natürlich, dass der Staatsstreich kein Studienobjekt an den meisten Offiziersschulen war ... In vieler Hinsicht erscheint diese Vernachlässigung als unangebracht, denn es ist möglich, dass der Staatsstreich in den militärischen Überlegungen der Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird."

Pinochets Coup, der heute pathetisch die "Revolution vom 11. September" genannt wird, war meisterlich durchdacht. Nach vier Stunden war alles vorbei. Salvador Allendes Präsidentschaft (1970-1973) war mit seinem Versuch gescheitert, auf demokratische Wege eine sozialistische Gesellschaft zu etablieren. Allende hatte gegen eine Bourgeoisie gekämpft, die nicht bereit war, von ihrem Reichtum etwas abzugeben, die vielmehr um ihre Pfründe fürchten musste. Allendes Wirtschaftspolitik sah ihre vordringliche Aufgabe in einer entschädigungslosen Verstaatlichung der Bodenschätze - speziell Kupferbergbau -, die Enteignung von ausländischen Großunternehmen, auch der Banken und eine Agrarreform, bei der 20.000 Quadratkilometer Fläche von Großgrundbesitzern an Bauern und Kollektive übergeben wurden. Verbessert hatte sich durch Allende nämlich zunächst sehr schnell die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Unterschicht. Löhne wuchsen um 30 bis 6o Prozent, Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten wurden eingefroren, jedes Kind bekam Schuhe und täglich ein Liter Gratismilch in der Schule; Kindersterblichkeit sank um 20 Prozent, Arbeitslosigkeit um 8,8 Prozent. Mit seiner anfänglich erfolgreichen Sozialpolitik folgte Allende sowohl sozialistischen Idealen der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts als auch einer südamerikanischen Tradition "populistischer" Nachfragepolitik. Doch allesamt wurde Allendes sozialistisches Chile mittels glasklarer US-Handels- und Kreditembargos vom Tisch gefegt, in den Abgrund getrieben; Privatinvestitionen sanken, Gelder ins Ausland transferiert.

Die Wirtschaft des Landes stand folglich vor dem Ruin, abhängig vom amerikanischen Kapital, das Chile wegen der Verstaatlichung einiger wichtiger US-Unternehmen boykottierte. Schwere Wirtschaftskrisen samt Streiks durchschüttelten das Land, Rationierungen und hohe Inflationen bis zu 600 Prozent bestimmten den Krisen geschüttelten Alltag. Der US-Geheimdienst CIA hatte bereits zu diesem Zeitpunkt vorsorglich acht Millionen Dollar zur "Destabilisierung der

Volksfrontregierung" ins Land gepumpt. Schmiergelder, die Militärs, Kongressabgeordnete, streikende Fuhrunternehmer sowie radikale Linke und Rechte kassierten. -Am Ende des Traums nach einer gerechteren Gesellschaft blieb die Erosion eines systematisch in den Ruin aufgetriebenen Volkes. - Ob nun Selbstmord oder Mord eines unbeugsamen Salvador Allendes im Präsidentenpalast am 11. September 1973 in Santiago de Chile - keiner kann die tödlichen Ereignisse mit Gewissheit belegen.

Als die Hauptstadt Santiago am Rande des Bürgerkriegs stand, glaubte Allende immer noch, sich auf Pinochet verlassen zu können. Schließlich ist Pinochet unter Allendes Regentschaft zum Divisionsgeneral, zum Befehlshaber der in Santiago stationierten Zweiten Armee und Oberkommandierender des Heeres ernannt worden. Immer wieder rief Allende ihn an und fragte: "Was geht vor Augusto?" Der General beruhigte seinen Präsidenten: "Ich werde bis zum Ende loyal zur Regierung stehen", versicherte er.

In Wirklichkeit war Pinochet längst zum Brutus geworden. Die blutigen Putschpläne waren schon mit den Oberbefehlshabern der Teilstreitkräfte abgesprochen worden, Sie lagerten bei Pinochet in der Schublade. Den letzten Anstoß zum Umsturz sollen Pinochet jedoch die Frauen der betuchten groß- und mittelbürgerlichen Schichten gegeben haben, die auf ihn auch noch zu Zeit seiner Präsidenten-Diktatur einen beträchtlichen Einfluss ausübten. Ihre Kochtopf-Demonstrationen in Santiago gegen stets höhere Lebensmittelpreise, und die ständigen Sticheleien gegen die verhassten Sozialisten seiner eigenen Ehefrau Dona Lucia beim morgendlichen Frühstück zu Hause, "Augusto, du bist doch Soldat und kein Feigling", all diese scheinbar beiläufigen atmosphärischen Begleiterscheinungen beschleunigten offensichtlich Allendes Ende.

Knapp zwei Monate nach dem Putsch von Santiago kam in "Fort Gulick" in der noch durch US-Militärs besetzen Panama-Kanalzone ein Brief aus Santiago an, der über Jahrzehnte den Ehrenflur schmückte, in dem jedes Mitgliedsland durch seine Nationalflagge vertreten war. "Wir bitten Sie, die Dankbarkeit der chilenischen Armee entgegenzunehmen, der ich meine aufrichtigen Glückwünsche für die berufliche Ausbildung, die in diesem Institut erteilt wird, hinzufüge." Der Brief trägt das Datum vom 6. November 1973 und ist unterzeichnet von Augusto Pinochet.

Pinochet und seine zwei Gesichter. Als US-Präsident Jimmy Carter (1977-1981) im Wahlkampf der republikanischen Ford/Kissinger-Regierung (1974-1977) den Vorwurf machte, "den gewählten Allende gestürzt zu haben, um einer Militärdiktatur Platz zu machen", konterte der General in einem Telegramm an Carter: Er sei "durch falsch oder verstümmelte Informationen beeinflusst worden, die auf der Propaganda marxistischer Parteien basieren." Carter solle doch nach Chile kommen und an Ort und Stelle die Materialen einsehen. Jimmy Carter fuhr bekanntlich nicht, dafür amerikanische Journalisten, die der Diktator im 22. Stock von Diego Portales empfing.

Sein Arbeitszimmer, ein sachlich-kühler Raum, kennt nur einen Schmuck: einen goldglänzenden Säbel. Die Gespräche beginnt Pinochet immer mit derselben Litanei. Eigentlich rede er überhaupt nicht mit ausländischen Journalisten. "Man wird Ihr Interview doch nur publizieren", witzelt er verbissen, "wenn Sie schreiben, an Pinochets Händen klebt Blut. Kein Mensch wird Ihnen glauben, dass ich ein normaler und ruhiger Mensch bin, der sogar lachen kann." Seine Landknechtsjovialität offenbart, was ihm selbst seine engsten Freunde bescheinigen. Er ist kein Mann der brillanten Intelligenz, vielmehr ein Haudegen, der sich durch Diensteifer, Beharrlichkeit und Härte nach oben geboxt hat. Dazu kommt eine Portion dreister Bauernschläue, mit der er seine Gegner allzu oft auszutricksen versucht. Eine amerikanische Reporterin von NBC: "Aber ich habe die Leiche eines politischen Gefangenen mit eigenen Augen gesehen." - "Was sahen Sie, Einschüsse, Folterspuren?" fragte Pinochet mürrisch. "Ich sah blutige Wunden am ganzen

Leib, zerschlagene Schläfen." Pinochet reagiert sachkundig: "Autounfall", sagt er. "Ein typisches Beispiel, wie jene zwei Terroristen, die vor ein paar Tagen einer Streife ausrissen. Ihr Wagen überschlug sich dabei. Manchmal versuchen die Herren sich freizuschießen, sogar mit Handgranaten. Auch auf unserer Seite, Madame, gibt es Opfer. Aber vielleicht ist der Mann, den Sie sahen, auch auf eine ganz gewöhnliche Weise verunglückt, und seine kommunistischen Angehörigen benutzen dies, um uns eins auszuwischen. Große, geschickte Lügner, die Kommunisten. Vor ein paar Tagen hat ein Arbeiter ein kleines Mädchen geschändet und verbreitet, die Polizei habe das getan. Wir holten ihn ab, und er gestand die Wahrheit. Was Ihre Presse nicht daran hindert, uns als perverse Verbrecher zu verleumden."

Ein anderer Reporter: "Der Mapacho-Fluss und die Gewässer der südlichen Provinzen von Cantía und Valdiria spülen täglich entsetzlich zugerichtete Leichen an die Uferböschungen." Pinochet: "Diese Menschen sind nicht durch Soldaten getötet worden. Extremisten haben Schwerverletzte in den Fluss geworfen, weil sie sie nicht hätten pflegen können." Die Folterlager in Tejas Verdes in Fuerte Borgono, in Talcahuano, in der Academia de Guerra Aérea, die Torturzentren in der Villa Grimaldi, in Tres Alamos , in der Calle José Domingo Canas oder in der Calles Londres 42, existieren für Augusto Pinochet gar nicht. Er tut so, als würde er es auch Hitler abnehmen, nichts von Auschwitz gewusst zu haben.

Die Isolierhaft, der Schlafentzug, die Prügel, die Vergewaltigung, das Ausreißen der Fingernägel, die Behandlung mit Drogen, die Elektroschocks, die Papageienschaukel -für Augusto Pinochet sind es "Gräuelmärchen, die aus Moskau kommen". Der Bericht der UNO-Menschenrechtskommission, die 150 Zeugen in Genf, Paris, New York und Caracas vernahm, der Report der Internationalen Juristen-Kommission, die in Chile über Hunderten von Schicksalen minutiös nachging, die Nachforschungen der Internationalen Arbeitsorganisation, die das Regime für den Tod von 119 Gewerkschafter verantwortlich macht - die Materialsammlung der kirchlichen Vicaría de Solidaridad in Santiago, die Statistiken des Lutherischen Weltbundes (50.000 Ermordete seit dem Putsch) und von amnesty international (130.000 Menschen wurden seit 1973 für kürzere oder längere Zeit interniert, 1.500 Chilenen sind spurlos verschwunden, wahrscheinlich tot) - 4.000 noch in Haft. Pinochet begegnet den Anklagen mit kaltschnäuziger Ignoranz.

Er weiß sich bei seiner Politik der Unterstützung der internationalen Hochfinanz sicher. Seit dem Umsturz sind die Militärjunta insgesamt 2.5 Milliarden Dollar zugeflossen: Von Finanzorganisationen, ausländischen Privatbanken, Verkäuferkredite und staatliche Hilfen insbesondere von den USA, Brasilien und Argentinien. Bis ins Jahr 1980 werden der Diktatur weiterhin 500.000 Dollar jährlich gewährt; als Finanzspritze weiterer Repressionen sozusagen. Selbst die Volksrepublik China pumpte 125 Millionen Mark in eine Kugellagefabrik. Im April 1977 war auch ein deutscher Großbankier Hermann Josef Abs (*1901+1994) zu Gast. Die chilenische Zeitung El Mercurio berichtete: "Herr Abs, einer der einflussreichsten europäischen Bankiers, erklärte, er sei auf Grund der Zuneigung zu Chile gekommen, die er für unser Land verspüre, wo er zum ersten Mal vor fünfzig Jahren als Student gewesen sei. Andererseits stehe das Institut, dessen Ehrenpräsident er ist, an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das sich anschickt, der Corporacion del Cobre einen Kredit über hundert Millionen Dollar zu gewähren. Die Deutsche Bank hatte kürzlich der chilenischen Zentralbank einen Kredit über 50 Millionen Mark für den Kauf von Kapitalgütern eingeräumt." - Am Nachmittag konferierten, wie sollte es auch anders sein, Bankier Abs und Folter-General Pinochet im Gebäude Diego Portales. Der Diktator zum Bankier: "Unter den Nationen der Welt gibt es keine, der sich das chilenische Volk näher fühlt als den Deutschen."

Nachtrag - Ende September 1998 reiste Pinochet als Senator nach Großbritannien. Dort ließ er sich seinen kranken Rücken behandeln und traf sich mit der britischen Ex-Premierministerin Margaret Thatcher (1979-1990), die er während des Falkland-Krieges unterstützt hatte. Aufgrund eines spanischen Haftbefehls wegen Völkermord, Staatsterrorismus und Folter wurde Pinochet in England verhaftet - unter Arrest gestellt. Dem folgte ein monatelanges, fortwährendes juristisches, aber auch machtpolitisches Tauziehen zwischen England, Spanien und Chile. Ausgerechnet die chilenische Regierung unter Eduardo Frey setzte sich für seine Freilassung ein. Ihre Gründe waren sein hohes Alter und sein offenkundig schlechter Gesundheitszustand. Dieser offiziellen Version schlossen sich gleichfalls die USA an. In Washington wurden nämlich weitere Enthüllungen und Verwicklungen der Vereinigten Staaten in die Menschenrechtsverletzungen, Verschleppungen unter Pinochets Herrschaft befürchtet.

Pinochet indes kehrte unter Beifall seiner Anhänger im Jahre 2000 nach Chile zurück. Bis zu seinem Tod am 10. Dezember 2006 stand er in Chiles Hauptstadt unter "Hausarrest". - Zu einer gerichtlichen Aufarbeitungen und Aburteilung jener Herrschaftsjahre mit Tausenden von Opfern kam es nicht mehr. Verpasste Chancen auf Versöhnung, auf Aussöhnung in dieser zerrissenen Nation. Im März 2006 wurde die Sozialistin Verónica Michelle Bachelet Jeria zur neuen Präsidentin gewählt. Die Kinderärztin floh während der Pinochet-Zeit über Australien in die DDR. Ihr Vater, ein Allende-Anhänger, der Luftwaffengeneral Alberto Bachelet, war derart grausam von Pinochet-Schergen gefoltert worden, dass er wenig später verstarb. Michelle Bachelet floh über Australien in die DDR, wo sie Germanistik und Medizin studierte. Im Jahr 1979 - noch unter dem Pinochet-Regime - kehrte sie nach Chile zurück. Trotz Jahrzehnte, die mittlerweile seit dem Ende des Pinochet-Regime vergangen sind, spricht Michelle Bachelet noch lange nicht davon, den Schergen oder Schlächtern von ehedem als Geste eines Neuanfang, die Hand zu reichen. Michelle Bachelet kann es wie vielen anderen Leidensgenossen allenfalls um eine "Wiederbegnung" (reencuentro) mit Menschen in einem Land gehen, in dem die Wunden offenkundig mühsamer verheilen können als vielleicht anderswo.

LETTLAND: UNTER ROTEN ZAREN VON EINST - MILLIONEN HÄFTLINGE IN TAUSENDEN VON LAGERN VERBANNT

stern, Hamburg – 22. Juni 1977[6]

Die Szene hätte sich an der Klagemauer in Jerusalem abspielen können: Juden, die im Dritten Reich von Nazis verfolgt wurden, singen alte hebräische Lieder und tanzen im Halbkreis. Ein Rabbi, um den sich eine Menschentraube gebildet hat, fordert an Ort und Stelle ein Mahnmal, das an die Gräueltaten der Nazis erinnern soll.

Doch diese Juden, die sich hier versammelt haben, leben nicht in Jerusalem, ihre Zwangsheimat ist die lettische Hauptstadt Riga, und in Riga ist eine Demonstration nationaler Minderheiten verboten. Polizisten sprengen die friedliche Veranstaltung. Offiziere des sowjetischen Geheimdienstes KGB fotografieren die Teilnehmer. Einer von ihnen ist der 55jährige Jacob Raskin. Als der Ingenieur versucht, Polizisten von der Verhaftung des Rabbi abzuhalten, ruft ihm ein Mann zu: "Das werden Sie noch bereuen!"

Am nächsten Tag trifft Raskin zufällig einen langjährigen Freund in der Kaleju-Straße. Der bittet ihn, da er in Eile sei, doch ein paar Bücher, die er bei sich habe, in die Staatsbibliothek zu bringen. Kaum hat Raskin die Büchertasche in der Hand, treten zwei Männer auf ihn zu. Sie weisen sich als Offiziere des "Komitees für Staatssicherheit" aus. In der Tasche, die durchsucht wird, befinden sich 3.000 US-Dollar - in der Sowjetunion verbotene Devisen. Das Urteil für den arglosen Raskin: drei Jahre Arbeitslager ohne Bewährung.

Das Arbeitslager OZ 78/7, in dem Raskin interniert wird, liegt zwölf Kilometer östlich von Riga. Es ist eines von rund 1.000 KZs, die sich die Sowjetführung leistet, um ihre Häftlinge "umzuerziehen" - so heißt das offiziell. Im Lager OZ 78/7 trifft Raskin auf den 44jährigen Olafs Bruvers. Der Taxifahrer hatte es gewagt, mit seinen Fahrgästen über Glaubensfreiheit und Menschenrechte zu diskutieren. Das Urteil gegen ihn: sechs Monate ohne Bewährung.

Raskin und Bruvers leben heute im Westen. Ihren Freund Wassilij Ediger ließen sie zurück; auf dem Gefangenen-Friedhof von Riga. Das Einzige, das heute an ihn er- innert, ist eine quadratische Grabtafel aus Holz, auf der seine Häftlingsnummer 1214/13 eingeritzt worden ist. Er starb im Herbst 1975 an "Herzversagen". So jedenfalls teilte es die Lagerleitung der Familie mit.

Tatsächlich litt Ediger an chronischer Unterernährung. Die Steineschlepperei in der Baubrigade hatte er nicht mehr durchgehalten. Ausreichendes Essen gab es nicht, ein Arzt war nicht zur Stelle, als der Ausgemergelte zusammenbrach. Wenige Stunden später war er tot.

Drei Schicksale von 1,2 Millionen. So viele Häftlinge sind in der Sowjetunion unter unwürdigen Bedingungen eingekerkert. Nach Berichten der amerikanischen Regierung , die mit den Recherchen der Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international übereinstimmen, sind davon mehr als 10.000 politische Häftlinge. Ihr einziges "Verbrechen": Sie glauben und denken anders, als es die Partei befiehlt.

---

[6] Mit Erich Follath

Politische Gefangene, die nach ihrer Haft in den Westen ausreisen durften und ihre Augenzeugen-Berichte veröffentlichten, werden in der Sowjetunion als "Lügner und Entspannungsfeinde" diffamiert. Die sowjetische Führung - ob früher Nikita Chruschtschow (*1894+1971) oder später Leonid Breschnew (*1906-+1982) behauptet aber: "In der Sowjetunion gibt es keine politischen Gefangenen."

Auch als im Dezember 1975 ein unter größten Gefahren gedrehter Amateurfilm vom Arbeitslager OZ 78/7 bei Riga im französischen Fernsehen ORTF gesendet wurde und der stern (Nr. 1/1976) die Bilddokumente veröffentlichte, erklärte die Sowjetführung: "Der Film ist eine Fälschung." Dieses Dementi nahmen den Moskauer Kommunisten damals nicht einmal ihre französischen Parteigenossen ab. KPF-Chef Georges Marchais (*1920+1997) ging bewusst auf Kollisionskurs mit Moskau, als er feststellte: "Diese Tatsachen können dem Sozialismus Schaden zufügen."

Wie recht Georg Marchais hat, beweisen neue Filmdokumente, die der stern als erste westliche Zeitschrift veröffentlicht. Sie zeigen das Lager von Riga ein Jahr danach. Wieder gelang es unbekannten Amateurfilmern, sich unter Lebensgefahr an das Lager OZ 78/7 heranzuschleichen und den Alltag der Gefangenen im Bild festzuhalten. Der 16mm-Streifen wurde von Freunden in den Westen geschmuggelt. Der Film beweist: OZ 78/7 ist in den letzten zwölf Monaten zu einem perfekten Konzentrationslager ausgebaut worden.

Und das in jener Zeit, in der sich die sowjetische Regierung auf dem internationalen Parkett mit Entspannungs-Rhetorik zu profilieren sucht. Rechtzeitig zur zweiten "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)", die am 15. Juni 1977 in Belgrad begonnen hat, präsentierte die KPdSU-Spitze der Weltöffentlichkeit eine neue, "liberale" Verfassung, Sie garantiert dem 225-Millionen-Volk - auf dem Papier -die klassischen Bürgerrechte: Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationsfreiheit, Glaubensfreiheit und "Unantastbarkeit im Briefverkehr und bei Telefongesprächen".

In Wirklichkeit sind die als Jahrhundertwerk gefeierte Gesetzestexte ein Aufguss der Stalin-Verfassung von 1936, die ebenfalls Freiheiten versprach. Doch auch heute wie damals gilt: "Die Ausübung dieser Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf die Interessen der Gesellschaft und des Staates ... nicht verletzten." Und nur die Partei bestimmt, wer "die Interessen der Gesellschaft" verletzt. Und das Strafrecht ermächtigt den Staatsapparat, politische und religiöse Dissidenten zu verhaften und abzuurteilen.

Die sowjetische Verfassungswirklichkeit, die Regime-Gegner in den Untergrund zwingt und Dissidenten an der Ausreise hindert, widerspricht eindeutig der Schlussakte der ersten KSZE-Tagung in Helsinki. Bei der Unterzeichnung im August 1975 hatte Parteichef Leonid Breschnew (1964-1982) zugesagt, den "freien Austausch von Gedanken in Informationen und Meinungen" zwischen der UdSSR und den westlichen Staaten zu verwirklichen. Amerikanische Kritik, Moskau sei "weit unter den Abmachungen von Helsinki geblieben" und wende die Menschenrechte "willkürlich" an, wies der KP-Chef stets entrüstet und mit der Begründung von sich, in der Sowjetunion gebe es keine Straflager, sondern nur "Erziehungskolonien".

Der Tag der 1.500 Häftlinge in der "Erziehungskolonie" Riga OZ 78/7 beginnt, so bekunden ehemalige Insassen, um 5.30 Uhr. Die Strafgefangenen müssen zum Zähl-Appell aus ihren Baracke heraustreten. An den Türen gibt es jeden Morgen ein Gedränge. Die Unterkünfte sind hoffnungslos überbelegt. Mehr als 50 Mann hausen jeweils in einem Schlafraum, der für zwölf bestimmt ist.

Auch im Essens-Saal ist der Platz knapp. Die zwei Tassen wässriger Hafersuppe schlürfen die meisten im Stehen hastig herunter. Die Wachposten, die Maschinenpistolen über der Schulter, treiben zur Eile. Die Armee-Lastwagen warten. Es ist sieben Uhr. Der Menschentransport beginnt.

Langsam schieben sich die Laster, auf denen jeweils 50 Gefangene zusammengepfercht hocken, bewacht von abgerichteten Hunden, durch den Haupteingang des Lagers. Vorbei an Militärposten mit Maschinenpistolen im Anschlag, vorbei an Stacheldrahtverhauen und den neuen hohen Holzzäunen. Durch Stadtbezirke Rigas geht es über die "Krustpils lela", zu deutsch "Kreuzburgstraße", hinaus nach "Incukalna", einem Fabrikgelände mit Sägewerk und Holzlager.

Ob im heißen Sommer oder im bitterkalten Winter, für die Verbannten von Riga gibt es keinen Unterschied. Sie müssen neun Stunden pro Tag im Freien schuften - dazwischen liegen knappe 15 Minuten Pause. Die Sträflinge haben nur ein Ziel: die hohen Arbeitsnormen einzuhalten. Darüber wacht ein Soldat mit Stoppuhr und Notizbuch.

Für die Knochenarbeit bekommen die Gefangenen 50 Kopeken pro Tag. Das sind nicht einmal zwei Mark. Von diesen zwei Mark werden 1,60 Mark für das Essen abgezogen.

Moskaus Parteifunktionäre planen die Arbeit der Gefangenen in ihren Wirtschaftsprogrammen fest ein. Gäbe es sie nicht, würden in Riga die supermoderne "Popow-Elektrofabrik", das neue Brotkombinat und die Wasserversorgungsanlage nicht stehen. Die sowjetische Zeitung "Kasachstanskaja Prawda": "Die von Gefangenen verrichtete Arbeit ist Schwerarbeit, und die Produktionsnormen sind maximal. Eine Arbeitskolonne ist kein Erholungsheim. Hier muss gearbeitet werden. Im Schweiße des Angesichts."

Um 17 Uhr sollen die Laster zurück ins Lager. Schon eine halbe Stunde später beginnt der politische Unterricht. Unteroffiziere lesen aus den Werken von Marx und Lenin, lassen Texte aufsagen und klopfen immer wieder die politische Gesinnung ab. Kommt die Rede auf die Menschenrechte, dann fallen Sprüche, wie sie der Bewacher Ljubajew vor Häftlingen äußerte: "Menschenrechte? Das ist etwas für Neger!"

Wer sich nicht parteifromm verhält, muss mit harten Strafen rechnen. Familienbesuche, ohnehin nur alle sechs Monate erlaubt, werden gestrichen. Die Essensrationen, durchschnittlich 1.800, manchmal sogar nur 1.300 Kalorien pro Tag, werden um die Hälfte gekürzt - zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Nach allgemeingültiger Ansicht benötigt ein körperlich schwer arbeitender Mensch weit über 3.000 Kalorien.

Wer im Lager aufmuckt, kommt zu Saul in die "Spezialklinik". Schon sein Name sorgt im Lager für Angst und Schrecken. Denn "Saul mit den Sechs-Unzen-Boxhandschuhen", wie er wegen seiner Lieblings-Werkzeuge im Lager genannt wird, kann die Geschundenen körperlich so quälen, dass keine sichtbaren Spuren zurück-bleiben. Bei der Umerziehung "ist jede beliebige Maßnahme und Methode der pädagogischen Einflussnahme einzusetzen" - so steht es in de 1972 verfassten Erläuterungen der sowjetischen Gesetzgebung.

Das Arbeitslager OZ 87/7 ist berühmt für seine "Feldscher". So werden in der Sowjetunion jene Hilfskräfte genannt, die ohne jede medizinische Ausbildung an kranken Gefangenen herumdoktern. Oft sind die "Feldscher" selbst Gefangene, die, weil es kein geschultes ärztliches Personal gibt, Sprechstunden abhalten. Dabei wäre gerade in Riga Mediziner dringend nötig, denn fast täglich passieren im Sägewerk "Incukalna" schwere Arbeitsunfälle. Die Männer arbeiten ohne den geringsten Sicherheitsschutz: keine Helme, keine Handschuhe, keine Schutzbrillen.

Die Einwohner von Riga wissen von alldem gar nichts. Kontakte zwischen der lettischen Bevölkerung und den Lagerinsassen weiß der Staatsapparat zu verhindern. Er setzt als Wärter nämlich Angehörige sowjetischer Nationalitäten ein, die nicht Lettisch sprechen können und oft auch nicht Russisch. Die Auswahl des Wach-personals hat Methode: In Riga tun Mongolen und Tscherkessen Dienst. Dafür dient Wachpersonal aus Riga im sibirischen Wladiwostok.

Nur Offiziere des KGB können mit den Gefangenen sprechen. KGB-Chef in Riga ist Oberstleutnant Berzins, ein 48jähriger Mann mit stahlblauen Augen und einem pausbäckigen Gesicht. Er beschäftigt sich mit besonders gravierenden "politischen Fällen". Eine Zutat seiner Verhör-Methodik: "Reden Sie, solange wir Ihnen dazu noch Gelegenheit geben! Sonst werden Sie eines Tages froh sein, überhaupt noch sprechen zu können." Manche Häftlinge aus Riga haben noch Jahre nach ihrer Entlassung Albträume an Oberstleutnant Berzins.

Der sowjetische Fortschritt zu höherem "Ruhm und Ehre der Arbeiterklasse" ist nicht aufzuhalten - auch nicht im Arbeitslager OZ 78/7 von Riga. Zierten letztes Jahr noch Bäume und Sträucher den Weg zum Lager, so haben heute Bulldozer die Sicht freigeräumt. Damit haben die Wachen die Lagerumgebung unter totaler Kontrolle. Die Lastwagen sind neuerdings mit zwölf Millimeter dicken Stahlplatten abgedichtet, um den Menschentransport vor den Augen Neugieriger zu verheimlichen.

Letzte Variante des technischen Fortschritts - eine haushohe stabile Holzwand, zugleich Barrikade, versperrt den Gefangenen jeden Blick in die Außenwelt. Riga im Sommer des Jahres 1977. OZ 78/7 ist eines der fünf Arbeitslager der Stadt - und es ist trotz allem noch das humanste. Die Gefangenen in den anderen Lagern müssen noch härter arbeiten, dürfen noch weniger schlafen, bekommen nur eine Schachtel Zigaretten pro Woche. Besuch dürfen sie nie empfangen. Und da es sich um "Lager der verschärften Kategorie" handelt, ist an Entlassung nicht zu denken.

FOLTER IN DIESER WELT - JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN :

"Wer gefoltert wurde, kann in dieser Welt nicht mehr heimisch werden"

Jean Améry, österreichischer Schriftsteller (*1912+1978)

stern, Hamburg 8. Juni 1977

Folter ist für den österreichischen Schriftsteller Jean Améry "das fürchterlichste Ereignis, das im Gedächtnis eines Menschen zurückbleibt", für den französischen Philosophen Jean-Paul Sartre (*1905+1980) "der Striptease des Humanismus". Und für den deutschen Bundesminister Hans Matthöfer (1974-1982) sind "die Machthaber, die Menschen foltern lassen, ehrlose Lumpen, schmutzig bis in den letzten Winkel ihrer verrotteten und verlausten Seelen."

Wäre Matthöfers Ansicht für die praktische Politik der sozial-liberalen Koalition in Bonn (1969-1982) maßgeblich, müsste die Bundesregierung zu mindestens 60 Staaten ihre diplomatischen Beziehungen abbrechen. Fakten der UNO-Menschenrechtskommission und der weltweiten Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international belegen, dass in 60 Ländern der Welt die Folter zum Strafvollzug gehört.

Nicht nur in Polizeistationen, Kasernen, Krankenhäusern und Gefängnissen auch in Prunkvillen einiger Staatspräsidenten überbieten sich Verhörer und Folterer gegenseitig, wehrlose Opfer Schmerzen zuzufügen. So in der Residenz des Diktators von Nicaragua, General Anastasio Somoza Debayle (*1925+1980).

Noch nie mussten so viele Menschen Torturen ertragen wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Noch nie wurde die Folter zur Durchsetzung tagespolitischer Interessen der jeweiligen Machthaber so brutal eingesetzt wie in unserer Zeit.

Folter bleibt keinem Zufall überlassen, sie hat System. Die Schreckensvision, man könnte der Nächste sein, ist ein innenpolitischer Ordnungsmechanismus, der in diktatorischen Ländern die rechtlose Bevölkerung nach Belieben willfährig macht und jedwede öffentliche Kritik - sei es nur an sozialen Missständen - im Keim erstickt. Die Anleitung zur Menschenhatz lieferte der französische Militärhistoriker Roger Trinquier (*1908+1986) schon im Jahre 1961, als er die Folter in das System der modernen Kriegsführung einbezog: "Der Terrorist muss begreifen, dass er, wenn er gefangen genommen wird, nicht wie ein gewöhnlicher Verbrecher behandelt werden kann, noch wie ein Gefangener auf dem Schlachtfeld ..."

Folter hat sich zu einer weltweiten "Subkultur des Terrors" entwickelt, wie das amerikanische Nachrichtenmagazin "Time" schreibt, mit eigener Sprache, mit eigenen Ritualen, mit eigenen spiritistischen Sitzungen. So müssen die Geschundenen im persischen "Komitee-Gefängnis" genau wie im Verhörzentrum der II. brasilianischen in Sao Paulo und in Chiles berüchtigter "Villa Grimaldi", die im Zentrum der Hauptstadt Santiago liegt, ihre Peiniger mit dem Titel "Doktor" ansprechen. Aus Hauptmann Orlando Manso Duràn (Chile), genannt "Paleface" (Bleichgesicht), wird Dr. Duràn. Aus dem Kriminalrat Sergio Fleury, Verbindungsmann zwischen dem brasilianischen Geheimdienst und den illegalen Todesschwadronen, die Oppositionelle verschleppen und töten, wird Dottore Fleury. Selbst die größte Zeitung des Landes, der "Estado Sao Paulo", tituliert ihn so vorsichtshalber voller Respekt. In den Folterräumen der II. Brasilianischen Armee in Sao Paulo versucht man, Regimekritiker unter Todesqualen den

"subversiven Geist" auszutreiben - eine Art "geistiger Selbstreinigung", die den Teufelsaustreibungen religiöser Fanatiker ähnelt.

Der Folterer suggeriert seinem Opfer, er, der Folterer sei eine "magische Gestalt" mit übernatürlichen Kräften. Nach stundenlangen Verhören mit Peitschenhieben und Elektroschocks unterbrochen, wird der Gedemütigte auf eine Eisenpritsche gelegt und gefesselt. Der Raum wird abgedunkelt. Jetzt beginnt der zweite Teil, Hypnose. Aus Lautsprechern, die im Verhörzimmer dafür installiert worden sind, ertönt in Intervallen rhythmische Soulmusik oder expressive Passagen aus der Fünften und der Neunte Symphonie von Beethoven. Im Stil eines Exorzisten macht sich der Scherge an die Arbeit. Er versetzt sein Gegenüber in einen Trancezustand. Darin soll das Opfer seine Schuld bekennen, mit Kommunisten und anderen Oppositionellen zusammenzuarbeiten und Namen sowie Adressen sogenannter Staatsfeinde verraten. Wenn diese Methode nichts hilft, werden wieder 120-Volt-Stromstöße durch den Körper gejagt, und nach einer Pause beginnt die Hypnose von vorn.

Folterer leben in einer Wunschwelt, in der sie negative Reizwörter, die sie an Brutalität und Sadismus erinnern müssten, zu positiven Begriffen ummünzen. Die "Villa Grimaldi" heißt für die chilenischen Menschenquäler "Villa des Gelächters" (Palacio de la Risa). Und in Persien, wo an die 100.000 politische Gefangene die Haftanstalten füllen, werden blutverschmierte Folterkammern "Marschierer-Zimmer" genannt. Denn nach den Tortouren müssen die Geschundenen in der Zelle auf und ab gehen. Die Gefängnisärzte befürchten, ihre total erschöpften "Patienten" könnten an einem Kreislaufkollaps sterben, wenn sie sich nicht bewegen.

Spitznamen sollen die wahre Identität der Folterknechte verbergen, die die meisten von ihnen nicht preisgeben wollen. "Der Lange" oder "Der Schnauzbart" spielen auf ihr Äußeres, "El Aleman" (Der Deutsche), "Cara de Culebra" (Schlangengesicht) oder "El Carnicero" (Der Schlächter) auf Brutalität und Sadismus an.

Folterer waren für Briten Anthony Storr (*1920+2001), einst renommierter Professor für klinische Psychiatrie in Oxford, Menschen, "die nicht primär boshaft und sadistisch sind". Doch ihr jahrzehntelanges Kasernenleben - mit Drill, Gehorsam und eingebläuter Ideologie - haben aus einem durchschnittlichen Welt- ein gefährliches Feindbild entstehen lassen, bei den meisten ein Schwarz-Weiß-Muster, das nur Gut und Böse zulässt. Nur deshalb konnte sich der griechische Ex-General Stylianos Pattakos zu der Behauptung hinreißen lassen: "Kommunisten sind Bestien. Wir machen keinen Unterschied zwischen Menschen und Menschen, nur zwischen Menschen und Bestien." Der Schauspielerin Melina Mercouri (*1920+1994), die sich seinerzeit im Jahre 1967 entschieden gegen die folternde griechische Militärjunta stellte, entzog Pattakos in seiner Eigenschaft als Innenminister die griechische Staatsbürgerschaft. Melina Mercouri entgegnete: "Ich wurde als Griechin geboren und werde als Griechin sterben. Herr Pattakos wurde als Faschist geboren und wird als Faschist sterben."

In den meisten Armeen rangiert der Folterer am untersten Ende der Rangskala. Für den Verhörer ist er ein Lakai, der Informationen herauszuquälen hat. Das vorherrschende Leistungsprinzip. "welcher meiner Jungs foltert am besten", soll die Qualität des Schrecklichen garantieren. Das ist ihre Umwelt - ihr Milieu -, in der junge Unteroffiziere die grausame Absurdität, Andersdenkenden Schmerzen und Demütigungen zuzufügen, als alltägliche Banalität empfinden. Anthony Storr: "Folterer sind hierarchisch denkende Menschen, die Befehle suchen und akzeptieren. Sie gehorchen, ohne zu fragen." Ihr "Handwerk" ist ein Routine-Job, der harmlosere Berufe geradezu parodiert" ("Time"). Der amerikanische Missionar Fred Morris ist 17 Tage in der brasilianischen Hafenstadt Recife gefoltert worden. Er berichtet: "Diese Leute kamen um neun Uhr

morgens und gingen nachmittags um fünf. Der einzige Unterschied war, dass sie mit Folter ihr Geld verdienten. Ein gewisser Major Maja sagte vor der Tortur stets zu mir: "Ich bin ein Christ, der jeden Morgen in die Messe geht."

Eine Studie der Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international charakterisiert den Folter-Typ der siebziger Jahre als jemanden, "der seine eigenen Konflikte und Fantasien durch die Vernichtung anderer auslebt." So hat die institutionelle Grausamkeit ihre unkontrollierbare Eigengesetzlichkeit, die Sadismus heißt.

Der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker und Philosoph Erich Fromm (*1900+1980) sieht im Sadismus "die Leidenschaft, absolute Macht über Menschen zu gewinnen." Sein amerikanischer Kollege Philipp P. Hallie: "Grausamkeit ist der Prozess der Zerstörung jener Verhaltensmuster, die für gewöhnlich die Lebensform des Opfers bestimmen." Und Jean-Paul Sartre schreibt: "Man will den, der unter Folter nachgibt, nicht zum Sprechen zwingen, man drückt ihm einen Stempel auf: den des Unmenschen."

"Das darf nie wieder passieren", sagten im Jahre 1948 - nach Hitlers Konzentrationslagern - die 51 Unterzeichner-Staaten der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen: "Niemand darf der Folterung, unmenschlichen oder erniedrigenden Strafen unterworfen werden." Heute haben fast alle Staaten diese Erklärung unterschrieben.

Doch die feierlichen Lippenbekenntnisse sind so viel wert wie die voreilige Feststellung des französischen Romanciers Victor Hugo (*1802+1885), der 1874 in Paris glaubte: "Die Folter hat immer aufgehört zu existieren." Hugos Optimismus entsprach dem Zeitgeist des 19. Jahrhunderts, der durch Aufklärung, Vernunft und menschlichen Fortschritt geprägt war. Liberale und humanitäre Ideen des aufsteigenden Bürgertums gewannen auf die Gesetzgebung ihres Länder großen Einfluss.

In Frankreich waren schon während der Revolution von 1789 die Menschenrechte und die Abschaffung der Folter für immer proklamiert worden. Das französische Strafgesetz reihte den Folter in dieselbe Kategorie wie den Mörder, in dem es die Folter als Kapitalverbrechen qualifizierte. Und in Preußen gab Friedrich II. (*1712+1786) dem Drängen deutscher Juristen nach: Bereits 1740 wurde Folter verboten. Dies galt jedoch nicht bei Mord, Hochverrat und Majestätsbeleidigung.

Folter ist in der Geschichte der Völker des Westens allgemein üblich gewesen; vor allem in Kriegszeiten und in Phasen sozialer Spannungen. Zwar untersagten die alten Griechen und Römer die Folter vor Bürgern, doch in Athen galt die Zeugenaussage eines Sklaven vor Gericht als nicht vertrauenswürdig, wenn sie nicht herausgefoltert worden war. Und im republikanischen Rom gerieten immer mehr freie Bürger in die Daumen- und Beinschrauben eines tyrannischen Willkür-Regimes. Die Folterung der frühen Christen wurde angewandt, um die Gläubigen zum Widerruf ihres Glaubens zu zwingen. Nachdem das Christentum über die Tempelkaiser obsiegt hatte (313 nach Christus), widersetzte sich die Kirche weitgehend der Folterpraxis.

Doch Ende des 11. Jahrhunderts erlebte die Folter ihre Renaissance. Die vergessen geglaubten römischen Gesetze de quaestionibus (Befragungen) wurden aus der Schublade geholt. Im 13. Jahrhundert stand die Folter im Ruf, den "Beweis aller Beweise" hervorzubringen. Die "Befragung" war in verschiedenen Stufen klassifiziert: den gewöhnlichen, außergewöhnlichen, vorbereitenden und einleitenden Grad.

Justizbeamte, die auch als öffentliche Henker fungierten, verhörten ihre Opfer in speziellen Kammern. Sie saßen mitten unter den zahlreichen Foltergeräten, notierten sorgfältig die Zeitdauer, Gewichte und Maße der Torturen. Zum Schluss fertigten die Staatsdiener peinlich genau ein Protokoll des Geständnisses an.

Abweichende Lehrmeinungen (Häresie) vom Dogma der Römisch-Katholischen Kirche riefen auch den Klerus auf den Plan, sich an den grausamen Folterpraktiken zu beteiligen. Die Kirche argumentierte damit: Wenn schon der Staat seine gewöhnlichen Verbrecher foltere, warum sollte dann das viel schwerere Vergehen der Häresie nur mit einer geistigen Strafe (Buße) belegt werden, wie es der Heilige Augustinus (*354+430) gefordert hatte. Mit ihrem machtvollen Untersuchungsinstrument "Inquisitio" begann die berüchtigte Menschenjagd im Mittelalter.

Papst Gregor IX. erklärte 1231 die Inquisition zu einer "päpstlichen Einrichtung" und bestellte Franziskaner- sowie Dominikaner-Mönche zu seinen Schergen. Sie folterten die sogenannten "Leugner" der römisch-katholischen Lehrmeinung, warfen die Verfolgten in Kerker oder schicken sie in den Feuertod. In Deutschland wurde die Inquisition 1484 auch auf das "Hexenwesen" ausgedehnt.

Folter galt im alten Rom wie auch im 20. Jahrhundert als "legitime Verteidigung der souveränen Macht" gegen seine Widersacher, Folter sei nichts anderes als die direkteste Form der Herrschaft eines Menschen über den anderen, die das eigentliche Wesen der Politik ausmache.

Heute arbeitet das weltweite Folterkartell effektiver und brutaler denn je. Um in ihren Diktaturen Macht und Privilegien zu verteidigen, schieben Staaten wie Chile, Brasilien, Südafrika und der Iran das zweifelhafte philosophische Argument des "geringeren Übels zum höheren Wohl" vor, für das sich jüngst sogar Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht (1976-1990) erwärmen konnte.

In seinem Buch "Der Staat - Idee und Wirklichkeit" hatte Albrecht dem Staat unter Umständen das Recht zugestanden, gegen das Verbot grausamer, unmenschlicher Behandlung und insbesondere der Folter zu verstoßen. Beispielsweise könne es sogar "sittlich geboten" sein, eine Information "durch Folter zu er-zwingen", sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern". Nach heftiger Kritik von dem Schriftsteller Heinrich Böll (*1917+1985) nahm Christdemokrat Albrecht seine Buchpassage zurück. Er wollte nicht mit den Folter-Ländern in einem Atemzug genannt werden.

Neue Technologien mit raffinierten Apparaten versetzen die Folterer heute in die Lage, den Willen eines Menschen in wenigen Stunden zu brechen. Führend in der Entwicklung neuer Foltermethoden ist Brasilien. Exportschlager seines Landes ist die mörderische Papageienschaukel, mit der es in allen faschistischen Ländern Furore machte. Nachdem vornehmlich in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts fast der ganze südamerikanische Kontinent die brasilianischen Methoden kopiert hat, will auch der Iran seine mittelalterliche Foltermethode - Flaschen in den After schieben, Gewichte an den Hoden hängen - abschaffen und statt dessen die Papageienschaukel einführen.

Es waren die Europäer, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Folter wieder salonfähig machten. Die Portugiesen in ihrem damaligen Kolonialgebiet Angola, die Franzosen im algerischen Befreiungskrieg. Der französische Oberbefehlshaber General Jacques Massu (*1908+2002) tönte damals: "Dosierte Elektroschocks degradieren keineswegs die Persönlichkeit." Die Amerikaner begannen in den fünfziger und sechziger Jahren ihre Foltererfahrungen aus den Korea- und Vietnamkriegen wissenschaftlich zu analysieren. Sie hatten zum Beispiel in Vietnam Gefangene

monatelang, manchmal jahrelang in sogenannte Tigerkäfige eingesperrt. Häftlinge wurden in Verliese gesperrt, in denen sie weder stehen noch sich bewegen konnten. Die Ergebnisse dieser Folteranalysen werden heute im kalifornischen Trainingslager Warner Springs für die eigenen Eliteeinheiten und im US-Ausbildungscamp "Fort Gullick" (bis 1984) in der damaligen Panama-Zone für die südamerikanischen Staaten ausgewertet. Nach Panama schickte Südamerika seinen Offiziersnachwuchs. Chiles Diktator Augusto Pinochet (1973-1990) und Argentiniens Junta-Chef Jorge Videla (1976-1981) zählen zu den besten Schülern des US-Drills.

Aber auch vor Ort waren die US-Spezialisten noch vor einem Jahr aktiv. Sie fuhren zum Beispiel nach Rio de Janeiro, wo sie brasilianischen Armee-Offizieren Folterratschläge erteilten. Vietnam-Soldaten berichteten über Verhör- und Foltertechniken, Filme und Diapositive illustrierten Quälpraktiken.

Die Perfektionierung tiefen-psychologischer Folter ist heute schon eine eigenständige Wissenschaft. Das klassische Manipulationsschema "DDD" -Dependency, Debility, Dread (Abhängigkeit, Erschöpfung und Schrecken) - ist die gängigste Gebrauchsformel, nach der der Folterer seine Opfer unter Kontrolle bekommt.

Zunächst werden den Gefangenen Nahrungsmittel, Schlaf und jeder menschliche Kontakt entzogen. Die Folge: Der Peiniger wird in diesem anomalen Milieu zur einzigen Kontaktperson. Der Geschundene verliert jeden sozialen Bezug und seine Widerstandsfähigkeit. Für gelegentliche Ruhepausen, in denen der Folterer für kurze Zeit zum mitfühlenden Zuhörer wird, ist der Gefangene seinem Peiniger bald dankbar und fühlt sich ihm sogar verpflichtet. Gefälligkeiten ("ich werde für dich tun, was ich kann") oder scheinbare Vergünstigungen (Zigaretten) bewirken schließlich die totale Abhängigkeit vom Folterer.

Iranische Augenzeugen, die anonym bleiben wollen, schilderten amnesty international eine Szene aus dem Ewin-Folterzentrum in Teheran. Ein dreizehnjähriges Mädchen, das verhaftet worden war, weil zwei ihrer älteren Brüder, Studenten an der Teheraner Universität, am Schah-Regime Kritik geäußert hatten, sah ihre Eltern nach einem halben Jahr zum ersten Mal wieder. Die Tochter war einkassiert worden, um mehr Informationen über ihre Eltern herauszubekommen. Als die Eltern im Besucherraum im Ewin-Gefängnis ihre Jüngste in Begleitung eines iranischen Soldaten erblickten, der nicht von ihrer Seite wich, stellte die 13jährige ihn mit den Worten vor: "Das ist mein Vergewaltiger." Für die Wissenschaft ist es inzwischen unstreitig, dass sich viele Schergen während ihrer "Laufbahn" zu Sexual-Pathologen entwickeln.

Zur Abhängigkeit vom Folterer kommen tausend Ängste dazu - Angst vorm Tod, Angst vor Schmerzen, Angst, nicht wieder herauszukommen, Angst vor Verkrüppelung und auch Angst vor der eigenen Unfähigkeit, den Verhöranforderungen nicht weiter gewachsen zu sein. Nach dem Motto: "Lass uns an die Arbeit gehen" (Folterer zum Opfer) sind Elektroschocks, Ausreißen der Fingernägel oder Vergewaltigungen nur noch bei-läufige "Ergänzungen" dieser DDD-Methode.

Elektroschocks, die auch durchs Gehirn geleitet werden können, schwächen nicht nur das Gedächtnis, sie führen zu so starken Hirnschädigungen, dass das Opfer wahnsinnig wird und die Kontrolle über sich selbst verliert. Der Geschundene glaubt, dass man ihm die Arme ausreißt, dass sein Kopf platzt, dass er seine eigene Zunge verschluckt. In diesem Moment wäre dem Gefangenen jede andere Folterart, zum Beispiel Prügel, lieber. Dann könnte er seine Aufmerksamkeit auf eine Körperstelle konzentrieren , sich und den Boden berühren. Beim Elektroschock hat er nichts mehr im Griff.

Die pharmakologische Folter, die vor allem in der Sowjetunion angewandt wird, ist ebenso verheerend. Die Folterer erpressen dabei von den Gefangenen nicht nur Geständnisse, sondern sie richten ihre Opfer mit Hilfe von Medikamenten so ab, dass sie für alle Zeit unzurechnungsfähig bleiben können. Der amerikanische Soziologe Herbert Marcuse (*1898+1979): "Dies ist eine neue Form der Aggression, Menschen zu zerstören, ohne dass man sich die Hände schmutzig macht." So stellt sich auch der Schah von Persien in der Weltöffentlichkeit als "Saubermann" dar: "Wir müssen die Leute nicht mehr foltern, wir benutzen vielmehr die gleichen Methoden wie einige hoch entwickelte Länder.

Die Folterer des brasilianischen Paters Tito de Alencar, der sich für enteignete Kleinsiedler eingesetzt hatte und verhaftet worden war, prophezeiten dem Priester: "Falls du überhaupt lebend hier rauskommst, wirst du keine körperlichen Spuren vorzeigen können. Doch innerlich wirst du zerbrochen sein." Nach seiner Freilassung ging der 28jährige Tito de Alencar ins Exil nach Frankreich. Das war Ende 1974. Im August 1975 nahm er sich das Leben. Jean Améry: "Wer der Folter erlag, kann in dieser Welt nicht mehr heimisch werden."

Postscriptum. - Keine Bewusstseinskorrekturen, kein Bewusstseinswandel im Sinne der Menschenrechte. Folter wurde im Laufe der Jahrzehnte nicht eingedämmt oder gar abgeschafft; Lippenbekenntnisse vielerorts, ja gewiss. Im Gegenteil: Folter hat sich - unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit - zu einer Subkultur des Terrors und des Gegenterrors weiter entwickeln - verfeinern können. Im Hinblick auf internationalen Anschläge aus der islamischen Welt, den kriegerischen Intervention im Vorderen Orient, sind bestialische Torturen nahezu "gesellschaftsfähig" geworden; allen voran in und durch die Vereinigten Staaten von Amerika und der weltweit agierenden islamischen "Al Kaida Terror-Organisation".

Einst waren die USA ein Eckpfeifer für Freiheit, Demokratie wie Unverletzbarkeit des Individuums. In der Ära unter Regie ihres Präsidenten Georg Bush junior, dem 43. Präsidenten (2000-2009), begannen die USA nach Bombenanschlägen in New York vom 11. September 2001 ihre Feldzüge - "Kriege gegen den Terrorismus" gegen Afghanistan (2001) und gegen den Irak (2003).

USA zum 21. Jahrhundert - Menschen werden wie Tiere in Käfigen gehalten, gequält, geschlagen, zu medizinischen Versuchen missbraucht, über Jahre in Lagern isoliert, ermordet - in den Selbstmord getrieben. Laut dem amerikanischen Historiker Alfred W. McCoy fanden im Rahmen des "Krieges gegen den Terror" von 2001 bis 2004 folgende Menschenrechts-Verletzungen durch US-Behörden und das Militär statt.

- Etwa 14.000 irakische "Sicherheitshäftlinge" wurden harten Verhören und häufig auch Folterungen ausgesetzt.
- 1.100 "hochkarätige" Gefangene wurden in Guantánamo und Bagram unter systematischen Folterungen verhört.
- 150 Terrorverdächtige wurden rechtswidrig durch außerordentliche Überstellung in Staaten verbracht, die für die Brutalität berüchtigt sind.
- 68 Häftlinge starben unter fragwürdigen Umständen.
- Etwa 36 führende Al-Kaida-Mitglieder blieben jahrelang im Gewahrsam der CIA und wurden systematisch und anhaltend gefoltert.
- 26 Häftlinge wurden bei Verhören ermordet, davon mindestens vier von der CIA.

In seinem Buch "Foltern und Foltern lassen" (Zweitausendeins, Frankfurt am Main 2005) belegt der Wissenschafler aus Wisconsin in Madison die Behauptung, dass Folter für die CIA kein "letztes Mittel", sondern ein systematisch eingesetztes Werkzeug ist. In diesem Kompendium spannt Alfred W. McCoy einen präzisen Bogen zu den Menschenversuchen in geheimen Forschungsprogrammen MKULTRA über die Unterstützung der südamerikanischen Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre bis hin zu den Übergriffen amerikanischer Soldaten im irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis.

Die "New York Times" veröffentlichte im Oktober 2007 geheime Memoranden des US-Justizministeriums, die bereits im Jahre 2005 verfasst worden waren. In diesen Dokumenten gelten folgende "Verhör-Methoden" des CIA als legal:

-Schläge auf den Kopf

-über mehrere Stunden nackter Aufenthalt in kalten Gefängniszellen

-Schlafentzug über mehrere Tage und Nächte durch Beschallung mit lauter Rockmusik

-Fesseln des Häftlings in unangenehmen Positionen über mehrere Stunden

-Waterboarding: der Häftling wird auf ein Brett gefesselt, ein feuchtes Tuch auf seinen Kopf gelegt und mit Wasser übergossen. Durch den aufkommenden Würgereflex entsteht für ihn der Eindruck, er müsse ertrinken.

Am 30. Mai 2007 wurde auf Guantánamo der 34jährige Saudi-Araber Abduk Rahman Maath Thafir ak-Amri tot in seiner Zelle aufgefunden. Er war im November 2001 in den Bergen von Tora Bora gefangen genommen worden, seit Februar 2002 in Guantanámo inhaftiert. - Einer von 41 Selbstmord-versuchen, die die Lagerleitung erst mit einer 18monatigen Verzögerung bekannt zu geben pflegt.

In einem Brief schreibt der 33jährigen Juma Al Dossary aus dem Bahrein nach dem zehnten Selbstmord-versuch. "Ich will dieser psychischen und physischen Folter ein Ende setzen. Ich suche nach einem Ende für mein Leben."

Barack Obama, mit seiner Wahl im Jahre 2009, der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, verfügte die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo innerhalb eines Jahres – und ein striktes Verbot von gängigen Folter- und Verhör-Methoden der US-Streitkräfte.

ISRAEL: SIPPENHAFT IM LAND DER BIBEL

Rückblicke auf Jahrzehnte, in denen Frieden, Völkerverständigung eine Utopie blieben - Retrospektiven auf Ursachen von Krieg, Terror, Folter und immer wieder Mord, Hass - Vergeltung, Unterdrückung, Ausgrenzung, Entwürdigung. Auge um Auge, Zahn um Zahn - Anschlag auf Anschlag. Ob nun der 29. oder gar der 60. Jahrestag zur Gründung des Staates Israel - aus dem Nahen Osten nichts Neues.

stern, Hamburg 2. Juni 1977[7]

Der Unabhängigkeitstag begann für viele im Gefängnis. Während sich Folkloregruppen und Kampfgeschwader im Staates Israel für die große Feier des 29. Geburtstages am 21. April 1977 rüsteten, sorgten Militär und Polizei für Ruhe. Im Großeinsatz schwärmten die Sicherheitskräfte am Vorabend des "Independence Day" aus und setzten ihnen verdächtige Personen hinter Gittern. Die Rechtsbasis für Massenverhaftungen waren Notstandsbestimmungen, die noch aus Zeiten der britischen Mandatsverwaltung vor der Gründung des Staates Israel stammten - damals gegen jüdische Terroristen angewendet wurden.

Jetzt waren die Festgenommenen fast ausnahmslos Araber. Allein im arabischen Teil Jerusalems verschwanden bei der Blitzaktion 200 Verdächtige in Präventivhaft. In der "Jerusalem Post" forderte der Polizeikommandant der Südregion Nitzav Iztzab, die Bürger dazu auf, "nach verdächtigen Objekten Ausschau zu halten".

Die Häftlinge in den in den Stadtgefängnissen von Ramla, Nablus, Ramallah und Asqualon mussten noch enger zusammenrücken. Israels oberster Gefängnischef General Halm Levi räumte in einem Gespräch mit den Autoren ein, dass 3.200 politische Gefangene in insgesamt 13 Anstalten interniert seien - allerdings erhebt der General Einspruch gegen die Bezeichnung "politische Gefangene", er spricht von "Security Prisoners", Sicherheitsgefangenen. Die PLO, die Palästinensische Befreiungsorganisation, beziffert die Zahl der politischen Gefangenen auf mindestens 6.000.

Wie auch immer, es ist qualvoll eng in den israelischen Gefängnissen. Selbst in der Vorzeige-Haftanstalt von Ramla (wo auch Adolf Eichmann saß) müssen sich 80 Mann einen Zellenraum teilen, der für 30 Gefangene gebaut worden ist. Hinzu kommt, dass die Inhaftierten trotz des stickig heißen Klimas in den meisten Anstalten gezwungen sind, 23 Stunden am Tag in diesen Löchern zu leben. Vergebens haben das Rote Kreuz und die Vereinten Nationen dagegen protestiert, dass die Gefangenen auf durchschnittlich eineinhalb Quadratmeter Lebensraum zusammengepfercht sind.

Mit seinen willkürlichen Verhaftungen und menschenunwürdigen Zuständen in den Gefängnissen, mit oft grausamen Verhörpraktiken und drakonischen Strafzumessungen ist das heutige Israel, das gegründet wurde, um den verfolgten Juden in aller Welt eine Heimstatt zu geben, ins Zwielicht geraten - fortwährend. Nur seine äußere Bedrohung und die ein gegerbte Erinnerungen an die millionenfachen Juden-Morde während der NAZI-Zeit haben die öffentliche Kritik, die Empörung über das Land bisher gedämpft.

Immer häufiger wird die Frage gestellt, ob die von Israel verfolgten Palästinenser nicht einen Anspruch auf politische Selbstentfaltung haben. Selbst der Terror gegen die unschuldige

[7] Mit Peter Koch und Sebastian Knauer

Zivilbevölkerung wird immer häufiger als eine nicht mehr ausreichende Legitimation für staatlichen israelischen Gegenterror anerkannt.

Die Kritik an Israel wird lauter, und das nicht nur in den Vereinten Nationen, in denen sich nach israelischer Ansicht Kommunisten, Islamisten und Pro-Palästinenser zu einer Mehrheitsfront gegen den Judenstaat zusammengeschlossen haben. Schon hat auch der amerikanische Präsident Stellung bezogen. Jimmy Carter (1977 - 1981) forderte zwar einerseits Garantien für die Sicherheit Israels, andererseits aber bezeichnete er es als unvermeidbar, die derzeitigen Grenzen zu korrigieren, denn auch die Palästinenser hätten einen Anspruch auf ein Heimatland.

Aber selbst solche gemäßigte Mahnungen rufen in Israel einen Sturm der Entrüstung hervor. Aus einem Gemisch alttestamentarischen Gebietsanspruch und zionistischer Staatsphilosophie, aus Notstandsrecht und apodiktischer Selbstgerechtigkeit haben sich die israelischen Juden eine perfekte Rechtfertigungs-Ideologie für die Unterdrückung der arabischen Minderheiten zurechtgezimmert.

Unter Berufung auf die biblischen Königreiche Israels und Judäa erhoben europäische Juden Ende des vorigen Jahrhunderts Anspruch auf die Gründung eines eigenen Staates in Palästina und machten gegenüber den dort siedelnden Arabern eine Art Erstgeburtsrecht geltend. Bis zur endgültigen Gründung des Staates Israel war es ein langer, verwinkelter Weg. Seine wichtigsten Stationen:

Am 2. November 1917 bekundet die britische Regierung ihr Wohlwollen für die Gründung einer "nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina". Diese sogenannte Balfour-Deklaration, die ein Bestandteil britischer Machtsicherungspolitik im Nahen Osten war, wurde in jenen Text aufgenommen, mit dem der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg Großbritannien das Mandat über Palästina übergab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Schrecken der Judenverfolgung in Deutschland, teilten die Vereinten Nationen das britische Mandatsgebiet. In einem westlichen Streifen sollte der Staat Israel entstehen. Der andere Halbteil sollte ein arabischer Staat Palästina werden. Der Teilungsbeschluss führt schon im Gründungsjahr Israels zu einem israelisch-arabischen Waffengang. Er endet mit israelischen Gebiets-Annektionen und den Anschluss des restlichen arabischen Palästinas an Jordanien. Aus der Theorie des Zionismus, der Schaffung eines jüdischen Staates auf palästinensischen Boden, der "so jüdisch sein soll wie England englisch ist" (Israels erster Präsident Chaim Weizmann *1874 + 1952), entwickelt der neue Staat Israel die Praxis einer Unterdrückung, Verdrängung der in seinen Landesgrenzen noch wohnenden palästinensischen Arabern.

Das Unterdrückungsinstrumentarium der israelischen Juden ist reich bestückt:

Die Israelis schufen sich Gesetze, die ihnen die Beschlagnahme der Ländereien von "Abwesenden" erlauben. Solche "Abwesenheit" von Arabern wird im Einzelfall hergestellt, indem das Familienoberhaupt außer Landes gewiesen wird. Für pauschale Landübernahmen schalten die Israelis den Notstandsartikel 125 dazwischen: Eine Region wird zum militärischen Sperrgebiet erklärt, die Dörfer zwangsevakuiert und die Einwohner an der Rückkehr gehindert. Nach Ablauf einer gewissen Frist werden dann die Äcker und Wiesen des Dorfes als Eigentum "Abwesender" beschlagnahmt.

Die Israelis gründeten Städte, in denen es Arabern verboten ist, zu leben oder ein Geschäft zu eröffnen. So wurde zum Beispiel in der 1965 gegründeten Stadt Carmiel nahe Haifa Arabern die Genehmigung für eine Geschäftseröffnung versagt, und die hebräische Zeitung "Ha' aretz" schrieb am 18. Februar 1972 in einem Kommentar: "Wenn die Behörden hier die Anwesenheit von Arabern zuließen, würden sie das Ziel zerstören, weswegen Carmiel gegründet wurde: die Judaisierung von Galiläa."

Sie suchten schon in den dreißiger Jahren arabische Arbeit und Waren durch Wertbegriffe wie "Jüdische Arbeit", "Jüdische Waren" vom gemeinsamen Markt auszusondern. Heute heißt in Anlehnung an die Farben der Nationalflagge die Parole: ""Kauf Blau-Weiß!"

Zum israelischen Repressions-Arsenal gehören kollektive Strafen - etwas das Sprengen von Häusern, in denen Araber wohnten, die als Terroristen verdächtig sind. Auf die Frage eines Abgeordneten: "Handelt das Verteidigungsministerium in solchen Fällen nach dem Grundsatz der kollektiven Verantwortlichkeit der ganzen Familie für eines ihrer Mitglieder?" antwortete der frühere Verteidigungsminister Mosche Dajan (1915-1981) vor dem Parlament kurz und bündig mit "Ja". - Sippenhaft in Israel.

Das bei der Staatsgründung von der britischen Mandatsmacht übernommene und seither ununterbrochen angewandte Notstandsrecht - die "defense emergency regulations" - erlauben den Behörden willkürliche Verhaftungen ohne zeitliche Begrenzung, ohne Anklage, ohne Prozess. Heute sind nach offiziellen Angaben von den insgesamt 3.200 politischen Gefangenen über 1.000 Personen aus den besetzten Gebieten ohne Anklage inhaftiert. Der Staat Israel, der sich noch immer um die weltweit verstreuten Juden bemüht, hat bisher auf eine Verfassung verzichtet, so dass es in diesem Land auch keine grundgesetzlich garantierten Bürgerrechte gibt.

Mit bürokratischem Rassismus verfasste im Herbst 1976 der Gouverneur des Norddistrikts, Israel König, ein Gutachten für die Zurückdämmung des arabischen Bevölkerungsanteils: Er empfahl unter anderem, arabischen Jugendlichen zum Studium im Ausland zu ermuntern, ihre Rückkehr jedoch dann zu verbieten. Firmen sollte untersagt werden, mehr als 20 Prozent Araber zu beschäftigen. Den nachwuchsfreudigen Arabern sollte das Kindergeld gekürzt werden, um so die Geburtenziffer zu senken und so die bedrohte Mehrheit der Juden zu sichern. Um die gegenwärtige arabische Führungsschicht im Lande abzulösen, sollte parallel zur regierenden israelischen Arbeiterpartei eine "Araber-Partei" besetzt mit "loyalen" Spitzenleuten ins Leben gerufen werden. Die unbotmäßigen kommunistischen Araber wollte König durch eine Dreckkampagne politisch fertigmachen. "Es ist eine Sonderkommission zu ernennen, die die persönlichen Verhaltensweisen dieser Führer und anderer als negativ zu bezeichnenden Persönlichkeiten erforschen soll, um dann die Ergebnisse dieser Recherchen der Öffentlichkeit und den Wählern mitzuteilen." Generell empfahl König gegenüber den Arabern eine Erziehung "mit Lohn und Strafe". Originalton des Gouverneurs: "Der arabische Charakter ist levantinisch und oberflächlich, er besitzt keinerlei Tiefe. Seine Fantasie ist größer als das Bemühen, durch rationale Überlegungen zu einem Ergebnis zu kommen."

Königs Vorschläge, durch eine Indiskretion bekannt geworden, wurden von der Mehrheit der Juden mit Beifall begrüßt. Als Barometer für die intolerante Stimmung der Mehrheit der israelischen Juden erwiesen sich die letzten Wahlen. Wahlsieger wurde der 64jährige Rechtsnationalist Menachem Begin (*1913+1992). Der britische "Daily Express" taufte Begin wegen seiner blutigen Vergangenheit "Vater des modernen Terrorismus".

Begin, 1913 in Brest-Litowsk geboren, absolvierte das Jura-Studium und war Anführer einer nationalistischen jüdischen Jugendbewegung, eher er im Jahre 1942 von Polen nach Palästina ging. Er kam als Angehöriger des Freien Polnischen Heeres innerhalb der alliierten Streitkräfte, die gegen Hitler kämpften. Doch in Palästina sprang Begin -wie viele andere Juden ab und ging in den Untergrund. Sein Kampf galt fortan der englischen Mandatsmacht und den Arabern. Jahrelang war Begin als Kommandant der Terrororganisation "Irgun Zvai Leumi" der meist gesuchte Kopf auf den britischen Steckbriefen. 10.000 Pfund Sterling hatten die Briten auf den Untergrundführer ausgesetzt. Zu den berüchtigten Aktionen von Begin und seiner Irgun gehörte im Jahr 1946 die Sprengung des noblen King David Hotels, in dem das Hauptquartier der britischen Armee untergebracht war. 91 Soldaten fanden den Tod. Noch blutiger hausten Begins Guerillas in dem arabischen Dorf Yassin, das in der Nähe des umkämpften Jerusalem lag. Am 8. April 1948 metzelten sie die gesamte Dorfbevölkerung nieder, weil es in der Ortschaft Widerstand gegen die jüdische Miliz gegeben hatte. Das Rote Kreuz zählte nach der Bluttat 254 Leichen - Männer, Frauen, Kinder.

Nach dem Wahlsieg zeigte Begin, dass er von unerbittlicher Härte seiner jungen Jahre noch einiges ins Alter gerettet hat. "Ich kenne keine besetzten Gebiete", erklärte er vor Journalisten, "ich kenne nur befreites Land. Was manche Westjordanien nennen, heißt in Wirklichkeit Judäa und Samaria. Das ist, wie Gaza, unser ureigenes Land. Wir haben es nicht besetzt, sondern befreit. Meine Ansichten sind nicht imperialistisch oder chauvinistisch, das ist Zionismus im reinsten und wahrsten Sinne."

Durch die Abstimmungsergebnisse mochte sich Begin am Wahltag bestätigt fühlen. Wer hingegen in Israel zur Vernunft mahnt, wird und wurde ausgepfiffen. Der Universitätsprofessor Israel Shahak, 44, Vorsitzender der israelischen Liga für Menschenrechte und im Dritten Reich Insasse im KZ-Bergen-Belsen, wird nicht müde, seine Landsleute darauf hinzuweisen, dass sie sich nicht nur über die Verfolgungen in der früheren Sowjetunion kümmern müssten. In einem Artikel in der Zeitung "Ha'aretz" empfahl daraufhin der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Tel Aviv, Amon Rubinstein, gegen Sharak solle der Artikel 11 des Staatsbürgerschaftsgesetzes angewendet werden: Danach kann Staatsangehörigkeit eines Bürger annulliert werden, wenn dieser "eine illoyale Tat gegen den Staat Israel begangen hat".

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen verurteilte diese Zustände mit einer Entschließung, in der es heißt, dass "der Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist". Und für die Menschenrechtskommission der UN ist es inzwischen zu einer Daueraufgabe geworden, sich mit der Verfolgung der Araber in Israel zu beschäftigen. Allerdings: In der UNO schlossen sich pro-palästinensische Staaten der Dritten Welt und die kommunistischen Länder gegen Israel zusammen, für Israels Chefdelegierten Chaim Hertzog "eine Koalition von Diktatoren und Rassisten".

Indem Israel von den Arabern die Beachtung einer Gesetzgebung verlangt, die sie außerhalb der Gesetze stellt, züchtet sich der Juden-Staat seine politischen Gefangenen ständig neu heran. In den besetzen Gebieten sind palästinensische politische Parteien verboten, ebenso Gewerkschaften, kulturelle Vereine und sogar Schülerorganisationen. Den in Israel wohnenden Palästinensern ist untersagt, zu demonstrieren oder zu streiken. Selbst wenn sie aus Protest ihre Läden schließen, handeln sie sich Strafen ein.

Die zwangsläufigen Folgen nennt der jüdische Bürgerrechtler Professor Shahak: "Es ist nur natürlich, dass ein Volk, dessen Existenz verneint wird, dem die elementarsten Menschen- und Familienrechte verweigert werden, und dem jedes Recht, einen politischen Kampf zu führen,

untersagt wird, andere Kampfmittel wählt, auch wenn einige Formen strengstens verurteilt werden müssen."

Doch die Araber betreiben Opposition nicht nur mit Schüssen aus dem Hinterhalt oder Sprengstoffanschlägen. Im Askelon-Gefängnis sitzen zwar Dutzende palästinensischer Terroristen. Aber verhaftet wird auch, wer eine palästinensische Fahne hisst, Parolen gegen Israel auf eine Mauer pinselt, ein palästinensisches Lied singt oder den Familien politischer Gefangenen hilft. So jedenfalls fand es der Sonderausschuss der Vereinten Nationen heraus, der die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten durch die Israelis untersuchte.

Die Strafen sind hart. Allein die Mitgliedschaft in einer der verbotenen Organisationen kann zehn Jahre Knast einbringen, und in Israel gibt es keine vorzeitige Haftentlassung, einzige Ausnahme. Arabische Jugendliche, die während der jetzt fast täglich abrollenden Demonstrationen in den besetzten Gebieten fest-genommen wurden, können von den Eltern freigekauft werden - pro Jungmann 3.000 israelische Pfund, etwa tausend Mark.

Die UNO-Menschenrechtskommission sammelte zahlreiche Zeugnisse über Folterungen, mit denen vor Prozessbeginn Aussagen erpresst werden.

Die jüdische Anwältin Felicia Langer sagte vor der Kommission aus, ihr Mandant Mohamed Atwan sei im Verhörzentrum Moscoviha so heftig geschlagen worden, dass er schwere Blutergüsse auch am Hodensack davongetragen habe.

Die Gefangenen Suleiman Elk-Najab, Ghassan El Harb und Jamal Freteh aus der Anstalt Jallameh bei Hafia trugen laut UN-Bericht schwere Verbrennungen davon, nachdem eine ätzende Flüssigkeit auf ihre Körper gesprüht worden war. Mit diesem Säurespray wurde auch der ehemalige Gewerkschaftsführer Khalie Hijazi,42. gequält. Hijazi lebte in West-Jordanien, wurde aus Israel deportiert und verdient heute seinen Lebensunterhalt als Bauarbeiter für die PLO im Libanon. Die Israelis hatten ihn verdächtigt, Waffen verborgen zu haben. Doch Beweise fanden sie nicht. Sie sperrten Hijazi auf der Verhörstation Miscoviha mit Kriminellen ein, die dem Araber brennendes Papier zwischen die Fußzehen klemmten, ohne dass die Wärter dagegen einschritten.

Weitaus grausamer behandeln die Juden jene Araber, denen sie tatsächlich aktiven Widerstand nachweisen können. Eines der Opfer, der 31jährige Ahmad el Hadhod, lebt heute in Beirut. Er wurde in Hafia geboren, doch seine Familie flüchtete 1948 bei der Gründung Israels ins nördlich gelegene Nablus, das bis zum Sechs-Tage-Krieg zu Jordanien gehörte. Der Vater eröffnete in der Altstadt von Nablus einen Süßigkeitenladen. Als die Israelis 1967 Nablus besetzten, trat der junge Ahmad el Hadhod der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) bei, einer marxistisch-leninistischen Splittergruppe der PLO - damals. Ihr politisches Ziel war die Vernichtung des israelischen Staates. Ahmad erzählt: "Am 16. September 1968 wurde unser Laden umstellt, zwischen 10 und 11 Uhr stürmten israelische Geheimdienstler in das Gebäude. Ich kam die Treppe aus dem ersten Stock herunter, und die stürmenden Israelis fragten mich, wer Ahmad el Hadbod sei. Ich sagte: "Der ist draußen, ich hole ihn rein', rannte raus und flüchtete zu meinen Kameraden. Die wollte, dass ich mich stelle, damit sie nicht auch aufflogen."

"Ich ging also in den Laden zurück. Als ich mich ergab, fesselten mir die Israelis die Hände und Füße und schleppten mich zu einem wartenden Landrover. Im Wagen trampelten die Polizisten auf mir herum, bespuckten mich. Die Fahrt ging zum Gefängnis von Nablus, neben demauch das Verhörzentrum liegt, das ehemalige Rathaus von Nablus. Dort wurde ich freundlich empfangen, ein Offizier entschuldigte sich sogar für die Tritte im Landrover. Dann wurde ich verhört. Die Polizisten lockten mit dem Angebot, bei einem Geständnis bekäme meine Familie ein

größeres Geschäft und ein größeres Haus. Als das nichts nützte, drohten sie, Haus und Laden meiner Eltern in die Luft zu sprengen. Am zweiten Tag nach meiner Verhaftung machten sie ihre Drohung wahr: Sie sprengten vor meinen Augen das Haus meiner Eltern, den Laden am Arjoun-Platz in der Altstadt von Nablus."

"Später wurde ich Frauen gegenübergestellt, die mich bezichtigten, ihre Söhne in die PFLP gelockt zu haben. Als man mich zurück ins Verhörzentrum gebracht hatte und ich weiter stumm blieb, begann die richtige Folter. Zuerst knallten die Polizisten mir mit der hohlen Hand auf die Ohren, bis Blut kam und ich nichts mehr hören konnte. Dann zogen sie mich aus und legten mich mit dem Rücken auf einen Tisch. Ein Polizist nahm einen längeren Operationsfaden, wie ihn Chirurgen gebrauchen, und band das eine Ende stramm um meinen Hodensack. Das andere Ende spannte er an einen Nagel, der in das Tischende geschlagen war. Dann fragten die Geheimpolizisten abwechselnd solche Fragen: 'Willst du je noch Kinder kriegen?' oder 'Du brauchst gar nicht mehr zu heiraten, wenn du nichts sagst. Wir schneiden dir die Eier ab.' Dabei zeigte mir ein Geheimpolizist ein Messer. Damit fuchtelte er über meinen Genitalien herum. In dem Moment kam ein anderer Offizier in das Zimmer und flehte ironisch: "Schneidet es ihm nicht ab, ich garantiere euch, dass er aussagen wird.'

Um nicht gefoltert zu werden, nannte ich diesem Offizier einige Namen von Genossen, die schon über den Jordan geflüchtet waren. Außerdem bekannte ich mich zur PFLP. Sie waren nun zufrieden und ließen mich einige Tage in Ruhe."

"Doch mit der Zeit schnappten die Israelis Genossen, die von mir Sprengstoff erhalten hatten. Nicht alle blieben in den Verhören stumm. Ich kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen, dass sie mich bezichtigten. Aber für mich begann damit wieder die Folter. Das beliebteste und immer wiederholte Mittel war, dass man mich - nackt mit gefesselten Händen an einen Flaschenzug hoch unter die Decke zog, so dass gerade sich meine Zehenspitzen auf dem Betonfußboden standen. Entweder wurde mir dann mit einem Gummischlauch auf den Rücken geschlagen oder, auch dafür gab es einen Spezialisten, man machte kleine Kratzer und Einschnitte in meine Zehenspitzen. Die bluteten und schwollen an, während ich so an der Decke hing. Um, wie sie sagten, meine Schmerzen zu lindern, ließen sie mich herab und steckten meine Füße in eiskaltes Salzwasser. Es schmerzte bestialisch."

In diesen Monaten wurde ich häufig in andere Gefängnisse verlegt. Schließlich wurde ich im Ramla eingeliefert. Dort kam ich in die berüchtigte 'schwarze Zelle', in der Adolf Eichmann gesessen hatte und die ferngesteuert geöffnet und geschlossen wird. Und alle drei Tage wurde dann gefoltert. Nach und nach wurden mir die Zähne einzeln ausgerissen ohne Narkose und so, dass oft noch Splitter im Gaumen blieben, der vereiterte."

"Vierzehn Monate nach meiner Verhaftung wurde mein Zustand immer schlimmer, ohne dass ich Medizin bekam. Deshalb trat ich in einen Hungerstreik. Am fünften Tag banden sie mich auf einen Stuhl und fütterten mich zwangsweise, Medizin erhielt ich trotzdem nicht. Ich magerte weiter an und schließlich konnte ich - nach einem Kreislaufkollaps -auch nicht mehr sprechen. Da verlegten mich die Wärter in den Irren-Trakt des Gefängnisses von Ramla. Erst sechs Wochen später kam ich in ein Krankenhaus. Mein rechtes Augen war inzwischen erblindet. Um mein linkes Auge zu retten, wurde ich operiert. Danach konnte ich mit diesem Auge verschwommen etwas sehen. Es erblindete freilich dann auch noch, denn am 15. Juli 1970, genau einen Tag vor der von einem Mitglied des Roten Kreuzes erwirkten Entlassung aus Krankheitsgründen schlug mir ein Polizist mit geballter Faust auf dieses Auge und zischte dabei. "Damit du nie wieder Sprengstoff sehen kannst!"

Nach der Entlassung wurde Ahmad aus Israel abgeschoben. Er ist heute total erblindet. In seinem misshandelte Kiefer trägt er Prothesen. Weitere Spezialitäten israelischer Folter sind Zellen, deren Fußböden und Wände aus derart rauem Zement sind, dass sich die Gefangenen daran die Haut aufreißen. Ferner gibt es Zellen, die mit sinnenverwirrenden Leuchtfarbe gestrichen sind. Manchmal werden von Gefangenen unter Hypnose Aussagen herausgeholt. Der Psychiater Dr. Moritz Kleinhaus hat als Zeuge vor dem Militärgerichtshof in Lod am 7. Februar 1977 zugegeben, dass er diese Methode im Auftrage der Sicherheitskräfte praktiziert.

Für Israels führende Politiker ist der UN-Report "ohne Substanz" und "wahrheitswidrig", die Aussagen von Palästinensern tun sie als "arabische Fantasieprodukte" ab. Andererseits aber verweigern die Israelis bis dato dem Sonderausschuss der Vereinten Nationen, Untersuchungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Die UN-Rechercheure erhalten keine Einreisegenehmigung und müssen sich damit begnügen, die Anwälte von Häftlingen anzuhören oder des Landes verwiesene Palästinenser zu befragen.

Persönlichkeiten in Israel bestätigen die Vorwürfe der UN-Kommission aus eigener Erfahrung. Dr. Antoine Dibsy, Chef der Inneren Medizin am Augusta-Victoria-Hospital in Jerusalem, behandelte arabische Studenten, die im März 1977 bei einer Demonstration von jüdischen Soldaten verhaftet worden waren. Sie hatten Knochenbrüche und zerquetschte Handgelenke: Die Soldaten hatten ihnen ihre Armbanduhren zertreten, die sich noch am Handgelenk befanden. Dr. Dibsy: "Das ist ja schon mehr als schlagen, wenn Knochen gebrochen sind."

Auch der Bürgerrechtler Professor Shahak sieht die Regierung seines eigenen Landes im Unrecht: "Der schlagendes Beweis dafür, dass in Israel Tausende von Menschen gefoltert wurden, liegt doch in der Tatsache, dass weder Gericht noch Regierung eine unabhängige Untersuchung zugelassen haben."

Wer nach Verhörphasen im Gefängnis landet. Ob mit oder ohne Folter, ob mit oder ohne Urteil, für den beginnt in jedem Fall ein jahrelanges Martyrium. Manche Gefängnisse, zum Beispiel die Anstalt von Nablus, sind so überbelegt, dass nur schichtweise geschlafen werden kann. In den meisten Haftanstalten fehlen Betten oder Matratzen. Die Gefangenen müssen auf dem Boden schlafen. Forderungen des Roten Kreuzes, für die Gefangenen Bettgestelle bereitzustellen, haben die Israelis bisher mit dem Argument abgelehnt, daraus ließen sich Waffen machen. Die medizinische Versorgung ist schlecht, das Essen miserabel. Aus Sicherheitsgründen werden den arabischen Gefangenen vitaminreiche Zitronen, ein Hauptbestand ihrer normalen Ernährung, gänzlich vorenthalten: Mit Hilfe von Zitronensaft lassen sich unsichtbare Kassiber schreiben.

Selbst General Haim Levi, der Leiter der zentralen Gefängnisverwaltung in Israel, gibt zu, dass die Zustände in den Anstalten unzumutbar sind. Haim Levi ist ein alter Haudegen, die zwei farbigen Streifen an seiner Uniform weisen ihn als Teilnehmer an zwei israelisch-arabischen Kriegen aus. Er entschuldigt die Zustände in den Gefängnissen: "Wir haben das Problem der Überbelegung, aber das gilt auch für die kriminellen Gefangenen." - Seit Jahrzehnten ein Dauerzustand.

IRAN - VON DEUTSCHLAND VERRATEN, VOM SCHAH VERFOLGT

Nirgendwo wurde mehr gefoltert als in Persien unter Schah Mohammed Resa Pahlewi (*1909+1980). Seine Kritiker ließ er verhaften und systematisch vernichten. Mitte der siebziger Jahre saßen etwa 100.000 Menschen in seinen Kerkern. Weltweit wurden die meisten Todesurteile (1972: über 300) vollstreckt. An die drei Millionen Agenten des Schah erstickten jede Kritik im Volk. Selbst im Ausland mussten iranische Studenten Schergen Resa Pahlewis fürchten. Und der bundesdeutsche Verfassungsschutz lieferte die Verfolgten durch gezielte Informationen über ihr oppositionelles Verhalten an die SAVAK auch noch ans Messer. Seit am 1. April 1979 ist aus dem Pfauenthron eine islamische Republik, ein Gottesstaat geworden.

stern, Hamburg - 26. Mai 1977

Die geheime Mitteilung kam per Kurier. Bristol an Kamisb, Ordernummer 193/330: "Unsere Propagandapolitik muss darauf abgezielt sein, dass immer der Vergleich gezogen werden kann zwischen Aktivitäten abtrünniger Iraner mit deutschen und europäischen Terroristen." - Absender war der persische Geheimdienst SAVAK (Nationale Organisation für Sicherheit und Information) in Teheran, Empfänger das Kaiserlich-Iranische Generalkonsulat in Genf, hinter dem sich die SAVAK-Schaltzentrale für Europa verbirgt.

Wenn "Bristol" (Teheran) einen Boten zu "Kamisb" (Genf) schickt, sind für die SAVAK-Agenten neue Einsatzpläne fällig. Wie immer speichert das Genfer Konsulat die verschlüsselten Geheimdirektiven aus Teheran und gibt sie auftragsgemäß an ihre Außenstellen in den jeweiligen europäischen Ländern weiter. Die Weisung 193/330 vom 1. August 1975 ging in die Bundesrepublik Deutschland.

Die bundesdeutsche Dependance der SAVAK ist die Kaiserlich-Iranische Botschaft in Bonn, Kölner Straße 133-137. Die Schlüsselfigur heißt Dr. Hossein Amir-Khalili, ein Geheimdienstler, der als Presseattaché firmiert. Er soll "deutsche Freunde" in Presse und Rundfunk für eine simple Sprachregelung gewinnen: Wann immer der persische Studentenverband CISNU (Conföderation Iranischer Studenten), ein Sammelbecken der Schah-Opposition in Europa und Amerika in den Medien auftauche, müsse der Öffentlichkeit die Parallele zu den deutschen Bombenlegern à la Baader und Ensslin bewusst gemacht werden.

Und für Medien, die nicht in diesem Sinne mitziehen, gibt das Teheran-Telex Nummer 3/27/330 dem "Presseattaché Amir Khalili folgende Verhaltensregeln: "... veranlassen Sie, dass alle Gerüchte und übertriebenen Berichte, die über den Iran in der ... Presse gedruckt werden und aus denen hervorgeht, dass Elemente und Handlanger ausländischer Regierungen gegen die iranische Regierung hetzen ... mit der Übersetzung an die Zentrale geschickt werden, damit herausgefunden werden kann, wer die Drahtzieher sind."

An den sogenannten "Drahtziehern" ist der Schah von Persien, Mohammad Rea Pahlewi, 57 (letzter Herr-scher auf dem Pfauenthron 1941-1979), brennend interessiert. Täglich erhalten seine SAVAK-Agenten in Europa gezielte Befehle aus Teheran, wie sie die Schah-Opposition im Ausland ausschalten soll. Wenn im Telex oder in der Kurier-Post von seiner Majestät die Rede ist, wird von "Mansur" (Sieger) oder "Niknam" (der einen guten Namen Genießende) gesprochen. Die

Geheimpolizei-Stationen der SAVAK heißen "Lubija" (Bohnen) und die Agenten "Tamispandsche" (Sauberfinger).

Doch die ganze Geheimhaltung nutzte nichts. Denn am 1. Juni 1976 drangen dreizehn junge Schah-Gegner am helllichten Tag in das Genfer Konsulat ein und erbeuteten 2.800 zum Teil streng geheime Dokumente. Aufgrund der Veröffentlichung dieser Unterlagen verwies die Schweizer Regierung den persischen Diplomaten Malek Mahdavi des Landes. Er soll unter dem Decknamen "Mahmudi" Chef der Genfer SAVAK-Außenstelle gewesen sein. Die Teheraner Regierung revanchierte sich und schickte den schweizerischen Botschaftssekretär Walter Gyger nach Bern zurück. Und in einer Rundfunksendung empörte sich ein Sprecher über die Berner Politik. Die Schweizer Regierung sei von Anfang an davon unterrichtet gewesen, dass Mahdavi zur SAVAK gehöre. Was sich denn jetzt geändert habe, fragte Teheran verwundert.

Die gestohlenen Dossiers entlarvten Brutalität und Gerissenheit der SAVAK-Operationen im Ausland. Ihre Geheimdienst-Qualität steht außer Frage. Selbst "die Chefspione des Westens", so das amerikanische Nachrichtenmagazin "Newsweek", "geben den SAVAK-Agenten außergewöhnlich hohe Zensuren".

Im Orientteppich-Handel von Hamburg und München, auf den Marine- und Heereslehrgängen der Bundes-wehr, auf den Fachhochschulen und Universitäten, in Krankenhäusern und Wartezimmern, überall, wo Iraner in Deutschland arbeiten oder sich ausbilden lassen - der SAVAK-Geheimdienst ist gegenwärtig. Denn, so hat es der Schah befohlen (Dossier Nr. 130/33o vom 23. Januar 1973), alle Iraner im Ausland müssen "zur Erfüllung der Informationsbedürfnisse" für den Geheimdienst arbeiten.

Der Kaiser auf dem Pfauenthron kennt nämlich nur einen Staatsfeind, seine Kritiker. Wenn er 1971 zur 2.500-Jahr-Feier seines Reiches 25.000 Flaschen Château-Lafitte Rothschild (pro Stück 100 Dollar) aus Paris einfliegen lässt, dazu 165 Köche und Kellner aus der französischen Hauptstadt, und dafür von seinen im Ausland meist sehr bescheiden lebenden Studenten getadelt wird, dann sind sie für ihn "verkommene Iraner". Wer es wagt, ein Wort über seine Allmachtsvorstellungen zu verlieren "mein Volk", "mein Öl", "meine Bodenschätze," "meine petrochemische Produktion" -, ist für ihn ein "Kommunist".

In der Bundesrepublik führen die 1.200 iranischen Studenten der CISNU ein unsicheres Leben, obwohl der frühere Berliner Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz (*1915+1993) und der Theologe Helmut Gollwitzer (*1908+1993) das Protektorat für sie übernommen haben. Denn die in unserem Lande arbeitende schlagkräftige SAVAK-Truppe erhielt aus Teheran Befehl (315/6826):

"Bitte ordnen Sie an, ... dass sofortige Maßnahmen ergriffen werden: Feststellung der Adresse von Gleichgesinnten, Freunden, Verwandten, mit denen ein Briefwechsel besteht; Erkennung der Oppositionellen, ihre Familienmitglieder in politischer und nichtpolitischer Hinsicht; Bestimmung ihrer Wohnanschrift, jener ihrer Freunde und ihrer Ersatzadressen; Feststellung ihrer Charaktereigenschaften, ihrer Studienlage; Feststellung ihres Autokennzeichens, ihrer Telefonnummer, des Wohnsitzes und der Arbeitsstelle, Lageplan der Wohnung; Feststellung der Anschriften von nützlichen Informanten."

Der iranische Schnüffelapparat schreckt auch nicht vor Wohnungseinbrüchen zurück. Am 1. August 1973 erteilte die Teheraner SAVAK-Zentrale - Bristol 331 an Symin - ihren europäischen Agenten die Anweisung: "Dem geheimen Einbruch in die Häuser von Personen muss ein genauer Aktionsplan vorhergehen (genaue Informationen über den Betreffenden und seine Wohnstätte,

wann er sein Haus verlässt und wann er zurückkehrt, die Fluchtwege im Falle des Eintretens unvorhergesehener Ereignisse). Auf jeden Fall bitten wir Sie zu veranlassen, falls in der Zukunft Einbrüche oder Diebstähle in Häusern von Personen geplant sind, muss zuerst der genaue Aktionsplan an die Zentrale geschickt werden, damit nach der Bewilligung die Durchführung freigegeben wird." Eingebrochen wurde nachweislich in die Wohnung oppositioneller Studenten in der Münchnner Heisloher- und Theresienstraße. Iranische Schreibmaschinen, Briefe und Ausweispapiere verschwanden.

Unter dem Deckmantel der internationalen Terrorismusbekämpfung kommen die SAVAK-Geheimdienstler bei den deutschen Behörden immer besser ins Spiel. Mit präzisen "Tipps" präparieren die Schah-Gehilfen Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz und Ausländer-Behörden. Doch die SAVAK-Beflissenheit hat mehr mit der politischen Verfolgung ihrer Landsleute als mit einer handfesten Fahndung nach gefährlichen Anarchisten zu tun.

Ein SAVAK-Hinweis beim Gießener Amt für öffentliche Ordnung reicht aus, um dem persischen Studenten Mamout Maschayekhi zu verbieten, das Stadtgebiet zu verlassen. Maschayekhis Vergehen: Er hatte mit einem anderen Studenten in Paris für kurze Zeit die Räume des Korrespondentenbüros der iranischen Rundfunk- und Fernsehanstalt besetzt. Gewaltlos waren sie eingedrungen, friedlich gingen sie wieder, als die Polizei anrückte. Ein Pariser Amtsgericht verurteilte den Studenten zu einer symbolischen Geldstrafe von einem Franc. Dieser "Vorgang" erschien den Gießener Lokalbeamten so wichtig, dass sie schon "die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und dem Iran gefährdet" sahen, obwohl Maschayekhi in Deutschland noch keinen Mucks von sich gegeben hatte.

Zum CISNU-Studenten-Kongress in Frankfurt am Main wollten Anfang 1977 wohl sechszehn persische Studenten aus Nachbarländern in die Bundesrepublik einreisen. An den Grenzübergängen verweigerte ihnen der Bundesgrenzschutz ohne Begründung die Weiterfahrt. Die Abgewiesenen schalteten telefonisch Rechtsanwälte ein, die vor den Verwaltungsgerichten in Schleswig und Saarlouis klagten. Im Schnellverfahren hoben die Richter die Rechtsbeugung des BGS auf. Ihr Befund: Die Zurückweisung sei unzulässig, weil es sich um keine verbotene Veranstaltung handele. Ähnlich wie die Gießener Bürokraten, sorgte sich auch der Bundesgrenzschutz um die deutsche Außenpolitik. Nach dem Motto, wir können unsere Grenzer im Winter nicht frieren lassen, wenn der Schah den Ölhahn zudreht, rechtfertigte das BGS-Kommando Koblenz seine Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht: "In der Bundesrepublik durchgeführte Maßnahmen iranischer Staatsangehöriger gegen das Schah-Regime haben in der Vergangenheit zu schweren Belastungen unserer Beziehungen mit dem Schah geführt."

In Wirklichkeit waren es wieder die SAVAK-Diplomaten, die dem Bundesinnenministerium recht-zeitig eine Namensliste von angeblichen Terroristen gesteckt hatten.

Die Bundesregierung hat die enge Zusammenarbeit zwischen deutschen Fahndern und Schah-Geheimdienst jahrelang empört von sich gewiesen. So versuchte noch FDP-Politiker Gerhart Rudolf Baum (1972-1978 parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, 1978-1982 Bundesinnenminister) im Juni 1976 vor dem Bundestag den Eindruck zu erwecken, als würden die deutschen Sicherheitsorgane de SAVAK-Agenten als ausländische Spione betrachten. Baum: "... es ist die Aufgabe (des Verfassungsschutzes), Unterlagen über sicherheits-gefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Bundesgebiet zu sammeln und auszuwerten." Von den SAVAK-Spitzeln unter denen auch Deutsche sein sollen, sei ihm nichts bekannt, beteuerte der Staatssekretär.

Nachhilfe-Unterricht bekamen deutsche Politiker im Januar 1977 aus Teheran. Außenminister Abbas Ali Chalatbari erklärte vor ausländischen Journalisten, seine Regierung beziehe vom westdeutschen Geheimdienst Informationen über persische Studenten, die in der Bundesrepublik leben. Schnelle Dementis der Iraner konnten die unbedachte Enthüllung nicht mehr entkräften. Ihr Außenminister hatte zu viel geplaudert und die deutsche Regierung in eine peinliche Lage manövriert.

Der liberale und eigentlich auf transparente Rechtsstaatlichkeit bedachte Innenminister Werner Maihofer (1974-1978) schickte seinen zweiten parlamentarischen Staatssekretär Andreas von Schoeler, 29, (1976-1982) vor den Bundestag. Der Regierungs-Benjamin musste unumwunden zugeben, dass SAVAK und Verfassungsschützer seit 18 Jahren zusammenarbeiten.

Allein im Jahre 1976 registrierten die bundesdeutschen Staatsschützer über 50 "Ausgänge" an die SAVAK-Zentrale nach Teheran. Mit ihren Tipps bringen die deutschen Sicherheitsbehörden unschuldige Iraner in Lebensgefahr. Um ihre unliebsamen Studenten in Europa mundtot zu machen, praktiziert die SAVAK Sippenhaft. Ein falscher Ton über den Schah, und Familienmitglieder werden im Iran verhaftet.

Wie die SAVAK arbeitet, deckte die Londoner "Sunday Times" auf, die im Mai 1974 folgende Affäre veröffentlichte: "Donnerstag, der 2. Mai, zu Geschäftsschluss: Auf dem Trottoir vor dem Pub 'King's Arms' in Chelsea wartet ein einzelner Mann, schwarz gekleidet, etwa 50, graumeliertes Haar; er sieht häufig auf die Uhr und steift nervös die Asche von seiner Zigarette ab. Unter dem Arm trägt er das persische Magazin Khandaniha. Er dient ihm als Erkennungszeichen. Denn Abdul Ali Jahanbin, offiziell erster Sekretär der persischen Botschaft in London, in Wirklichkeit aber Mitglied der persischen Geheimpolizei SAVAK, trifft sich mit einer neuen Kontaktperson. Es handelt sich um eine junge Frau, die ihm helfen könnte, eine Bewegung zu unterwandern, deren regimefeindliche Haltung dem Schah besonderen Ärger bereiten: die Vereinigung persischer Studenten in London.

Um 17.35 Uhr erscheint eine junge Frau; sie ist groß und dunkel, trägt einen Schottenmantel und in der Hand eine Einkaufstasche. Mit einem schnellen Blick hat sie das Magazin, das der Diplomat unter dem Arm trägt, erkannt. Ohne ein Wort zu sagen, so als hätte sie ihn nicht einmal bemerkt, betritt sie das Lokal und setzt sich an einen Tisch. Ohne weitere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, näher sich ihr der Mann in Schwarz: 'Dürfte ich mich zu Ihnen setzen?' Als sie die Frage bejaht, fährt er auf persisch fort: 'Ich heiße Ali. Ich weiß alles über Sie, über Ihre Freunde, Ihr Leben hier in London und Ihr Leben vorher in Teheran. Sie können es mir glauben: Bevor wir auf diese Weise mit jemanden, der uns interessiert, in Kontakt treten, beobachten wir ihn monatelang, Denn Sie interessieren uns, werte Damen, Sie interessieren uns sehr.'

Eli Powey, von Geburt Perserin, hat 18 Monate zuvor aufgrund ihrer Heirat mit einem bekannten Mitglied des Exekutivkomitees des englischen Studentenverbandes die britische Staatsangehörigkeit erworben. Diese Organisation unterhält enge Verbindungen zur Vereinigung der persischen Studenten. Besonders Terry Powey, Elis Mann, hegt große Sympathien für die Gegner des Teheraner Regimes, deren Versammlungen häufig in seiner Wohnung stattfinden.

'Wenn persische Studenten zu Ihnen kommen, so geschieht dies doch sicherlich nicht nur, um ein Glas Wodka zu trinken', beginnt Ali das Gespräch. Und er erklärt Mrs. Powey, was er von ihr erwartet: Es geht ganz einfach darum, ihren eigenen Mann zu bespitzeln und bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Vertrauen ihrer Gäste zu missbrauchen, indem sie Ali alles berichtet,

was sie über die Aktivitäten der persischen Studenten, über Ort, Zeit und Dauer ihrer Zusammenkünfte in Erfahrung bringen kann. Eli Powey stellt eine Frage: Was geschieht mit ihr, wenn sie dem Ansinnen der SAVAK nicht entspricht? - 'Nichts', erwidert Ali. 'Wenn Sie ablehnen, für uns zu arbeiten, muss ich Sie nur bitten, diese Unterredung zu vergessen.' Doch Mrs. Powey gibt nicht nach. Sie fragt, welche Gefahr ihrer in Persien zurückgebliebenen Familie drohen könnte. 'Man kann natürlich nichts ausschließen', wird ihr geantwortet. 'Sie, ich, Ihre Familie, wer weiß - wir alle können in Gefahr sein.' Mrs. Powey hat konkrete Gründe, beunruhigt zu sein. Im Dezember 1973 hatte ihr die Direktion der persischen Erdölgesellschaft, für die sie in London arbeitet, mitgeteilt, dass sie nach Teheran reisen müsse. Zwei Tage nach ihrer Ankunft wurde sie durch einen mysteriösen Anruf in ein dem Äußeren nach einfaches Haus in der Scharivar-Straße Nummer 23 bestellt; der angebliche Grund hatte ganz offensichtlich nichts mit den Geschäften der Gesellschaft zu tun.

Es handelt sich um ein Verhör, in dem sie über sich selbst, ihre Familie und ihre politischen Ansichten ausgefragt wurde. Und der Mann, der sie verhörte, hatte ihr nicht verheimlicht, dass dies im Auftrag der SAVAK geschah, dass er wusste, wo ihre Eltern, ihre Onkels und Cousins wohnen, ja, er war sogar darüber im Bilde, dass sie ihre letzten Ferien zusammen mit ihrer Familie am Kaspischen Meer verbracht hatte. Hieraus erklärt sich, warum sie - ohne im geringsten Lust zu haben, ihren Mann zu bespitzeln eingewilligt hat, einige Monate später in London mit Ali zusammenzutreffen.

Um 18.05 Uhr ist die Unterredung beendet. Mrs. Powey hat um Bedenkzeit gebeten. Mr. Ali verlässt sie, ohne ihr auch nur die Hand zu geben, und steigt in einen blauen Mercedes mit dem Nummernschild YMI 260 H (diplomatisches Corps). Die nächste Unterredung zwischen ihm und Mrs. Powey wird ganz offiziell auf dem Konsulat stattfinden. Doch Mr. Ali weiß eines nicht: Mrs. Poweys Einkauftasche enthielt ein Tonbandgerät, mit dem die 30 Minuten andauernde Besprechung festgehalten wurde. Außerdem wurde er mehrfach fotografiert - beim Warten auf dem Trottoir, beim Betreten des Lokals, bei seiner Verabschiedung am Ende des Gesprächs und bei seiner Ankunft im persischen Konsulat, 50 Kensington Court. Nach Veröffentlichung des Artikels in "Sunday Times" wird das Telefon von Abdul Ali Jahanbin, Deckname Mr. Ali, nicht mehr abgenommen. Der SAVAK-Mitarbeiter war für niemanden mehr erreichbar.

Der Fall des iranischen Studenten M. Kh. Tehrani. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und der SAVAK. Am 15. Januar 1977 durchsuchte die Frankfurter Polizei seine Wohnung. Sie nahmen unter anderem Tehranis Sauna-Mitgliedskarte Nr. 230053 mit. Am 22. Januar berichtete die Teheraner Tageszeitung "Keyhan": "Diese Person (M. Kh. Tehrani) wurde am 6.10. 1975 Mitglied des westdeutschen Nacktenklubs. Seine Mitgliedskarte ist unter der Nummer 230053 ausgestellt worden. Tehrani, der sich augenscheinlich als so genannter Revolutionär versteht, hat seit Jahren ein Wohlstandsleben in Europa geführt."

Beschlagnahmte persische Schriftstücke werden erst gar nicht dem Übersetzungsdienst des Auswärtigen Amtes zur Verfügung vorgelegt. Sie gehen als "Amtshilfe" gleich nach Teheran. Ob beim Hungerstreik persischer Studenten in Bonn oder auf dem CISNU-Kongress in Frankfurt: Es finden sich immer Leute, die dem Schah helfen. Im Frankfurter "Haus der Jugend" schnüffelte die deutsche Polit-Polizei nach sämtlichen Namen und Adressen der Studenten. Jugendleiter Gottfried Mohs, 41, der die persönlichen Daten herausrücken sollte, weigerte sich jedoch. Ihm war noch ein Münchner Beispiel präsent. Nach einer Demonstration und Besetzung des iranischen Konsulats in der bayerischen Landeshauptstadt verhaftete die Polizei 66 persische Studenten. Ihre Namen, behauptet amnesty international, habe die Polizei der SAVAK zugespielt. Denn ihre

persönlichen Daten wurden in der Tageszeitung "Keyhan" veröffentlicht, und dabei ist den Agenten ein kleiner, aber folgen-schwerer Fehler unterlaufen: Die Reihenfolge der Namen wurde nach dem deutschen und nicht, wie sonst üblich, nach dem persischen Alphabet aufgezählt.

Die Teheraner SAVAK-Zentrale an der neugebauten Ausfallstraße nach Chemiran, ein moderner Gebäude-komplex, von Antennenwäldern überragt, wirkt nach außen wie ein Privatclub. Die Telefonanschlüsse 77 65 55 oder 77 60 20 sind bis 14 Uhr Ortszeit für die europäischen Agenten anzuwählen. Dossier Nr. 704/315 vom 7. Oktober 1971 bestimmt, dass die SAVAK-Spitzel "jede kleinste Nachricht" sofort durchzugeben haben. Aufgrund dieser Spitzel-Meldungen, meist über in Europa studierende politisch engagierte Söhne und Töchter, durchkämen Geheimpolizisten Häuserblocks und Wohnungen, verhaften Eltern, Verwandte und Freunde. In Teheran herrscht Angst, die sich zur Neurose steigert. SAVAK-Agenten lauern überall. In angemieteten Wohnungen und Villen, in Schulen und Universitäten, in ausländischen Vertretungen und Gesellschaften, in Betrieben und Ämtern. Selbst in den Schlafsälen der Studentenheime oder in den Automaten-Restaurants. Und natürlich in den Nobelhotels "Intercontinental" und im "Royal Teheran Hilton" am Vanak Parkway im Norden der Stadt. Dort, wo das Geschäftsleben pulsiert und sich die obere Gesellschaftsschicht gern sehen lässt, sind Richtmikrofone, Mikros und Kameras installiert.

Der französische Publizist Gérard de Villiers berichtet in seinem Buch "Der Schah" über ein SAVAK-Missgeschick, das den Agenten nachts im Hilton-Hotel passierte. "Ein Geschäftsmann hört eines Nachts, wie jemand an seine Tür klopft. Er öffnet und erblickt vor sich eine bezaubernde junge Dame, die sich sogleich entgegenkommend zeigt, ihm erklärt, dass sie auf demselben Flur wohne, dass er ihr im Speisesaal aufgefallen sei und dass sie sich etwas langweile. Dem Mann aber erscheint die Sache verdächtig; er komplimentiert die Dame hinaus und legt sich wieder ins Bett. Kurze Zeit später wird seine Tür plötzlich mit einem Nachschlüssel geöffnet, jemand stürzt herein, und der Geschäftsmann wird in seinem Bett vom Blitzlicht eines Fotoapparates geblendet."

Die SAVAK (Kurzform von Sazeman-e Ettela'at va Amniat-e Keshar) ist der größte Geheimdienst der Welt. Über 60.000 Mitarbeiter stehen bei ihr fest im Brot. Drei Millionen Iraner , so das amerikanische Magazin "Newsweek" verdingen sich gelegentlich und geben Tipps und Denunziationen. Auf jeden elften Iraner kommt ein Spitzel, an den Universitäten sogar auf jeden dritten. Wer heute zur SAVAK einen Vergleich sucht, muss schon in die Historie zurückgehen. Stalins (*1878+1953) allmächtiger NKWD wird dem Repressionsapparat Schah Resa Pahlewi am ehesten gerecht.

Der Ölreichtum hat den Schah für die Realität blind gemacht. In jedem Verwaltungs-zimmer und in den Betrieben posiert er auf einem Foto als "Mann der Vorsehung, als ein Heiliger", so sein Hofminister Assadollah Alam. Die ganze Nation kriecht zu Füßen, ausländische Diplomaten und Geschäftsleute schließen sich devot an. Mohammad Resa Pahlevi liebt die neoklassizistischen Paläste, die sich die deutschen Könige im verflossenen Jahrhundert bauen ließen. Er ist felsenfest davon über-zeugt, dass nicht er den Göttern, sondern Gott ihm ein Denkmal setzen werde. Deshalb sagt er auch ohne Ironie. "Gott ist mein einziger Freund."

Je mehr Öl-Dollars ins Land fließen, desto ehrgeiziger werden seine Projekte, doch desto dünnhäutiger und intoleranter wird er. Ein englischer Ingenieur beispielsweise musste innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen. Er hatte auf der Straße einen Kater aufgelesen und ihn aus Jux "Schah" genannt. - Die SAVAK-Ohren waren dabei.

Weniger zimperlich geht der Geheimdienst mit den eigenen Landsleuten um. In den Gefängnissen Ghezel Ghalee (Rote Festung), Zendane Moraghat (provisorisches Gefängnis), Ghaser Prison (Palast-Gefängnis). Ghezel Akhtar Prison (Gefängnis Roter Stern), im Eshart-Abad-Gefängnis und im Folterhaus Ewin fügen die SAVAK- Schergen unschuldigen Menschen die schlimmsten Schmerzen zu. Schläge, Ausreißen von Fingernägeln, Hineinstoßen von Flaschen in den Mastdarm, Elektroschocks, die nackten Körper der Opfer werden auf eine glühende heiße Eisenplatte, den "Toaster" gelegt.

Die iranische Studentin Ashraf Deghani, die in den Folterkammern des SAVAK-Hauptquartiers und im Gefängnis von Ewin litt, berichtet im Dezember 1975 im "Iran-Report", einer Publikation persischer Studenten in Deutschland: "Mein Folterer hieß Leutnant Nik-tab. Seine Unteroffiziere halfen ihm, mich zu quälen. Die Peitsche ging von Hand zu Hand, sie schlugen auf meine Fußsohlen. Anschließend misshandelten sie meinen Körper mit einer Zange, um mir die Fingernägel auszureißen. Doch sie zerquetschten sie nur. Eine Frau kam herein und verband mir die Hand. - Wieder verhörte mich Niktab: 'Sag uns die Adresse des Hauses. Wir wollen euch doch nur rehabilitieren. Je schneller deine Genossen gefasst werden, desto weniger Verbrechen können sie begehen ...'.

Ich hatte Angst, weitere Schmerzen nicht mehr durchstehen zu können. Ich sagte einfach, der Stadtteil hieße Khanie Abad, obwohl ich mir darüber im Klaren war, dass es nicht stimmte. Auf einmal wurden diese Schurken freundlich. Sie schlugen mich nicht mehr und befahlen mir, auf und ab zu gehen. Ich hatte seltsame Empfindungen, ein Gefühl, als ob man mir tausend Nadeln in den Körper gejagt hätte. Sie brachten mich in eine Zelle, wo ich etwas zu essen bekam.

... ... Nach zwei oder drei Stunden wurde ich wieder in den Folterraum geführt. Ich ahnte es, Niktab und seinen Gehilfen war mitgeteilt worden, dass meine Ortsangabe eine Lüge war. Sie rissen mir die Kleider vom Körper. Niktabs Gesichtsausdruck war gemein und niederträchtig. Er fesselte mich bäuchlings an eine Bank, zog seine Hose aus und warf sich vor den Augen seiner Untergebenen auf mich. Ich ließ mir nichts anmerken. Er sollte spüren, wie wenig ich mir aus ihnen allen machte. Was ist schon der Unterschied zwischen Vergewaltigung und Peitsche? Beides ist Folter.

Es wurde Nacht. Niktab und die anderen Folterknechte zerrten mich in einen Gefangenentransporter. Ich sollte verlegt werden. Vom Hauptquartier des Sicherheitsdienstes ins Ewin-Gefängnis. Im Ewin warf man mich auf ein Bett. Ich fragte, wo ich sei und wer die Leute sind, die mich umzingelten. Einer antwortete: 'Das sind alles meine Diener. Dem habe ich ein Ohr, dem da die Zunge abgeschnitten.' Er setzte sich auf mein Bett, schüttelte mich und sagte lüstern: 'Schau mir in die Augen, meine Liebe.' Ich wandte den Kopf ab. Er wurde wütend, schüttelte mich weiter und wiederholte: 'Schau mir in die Augen, schau mich an!'

Was bezweckte er? Wie, glaubte er, würde ich reagieren? Wieder redete er auf mich ein: 'Kennst du mich? Ich bin Hosseinzadeh. Wir sind in Ewin, und ich bin Dein Folterexperte.' Sie banden mich ans Bett und brachten einen langen Holzstock. Und Hosseinzadeh sagte: 'Der wird Dich in Form bringen. Du weißt noch nicht, welche Folter auf dich wartet.' Sie rissen mir die Schlafanzugjacke, die ich schon im SAVAK-Hauptquartier anziehen musste, herunter und stießen mir den Stock in den Leib. Nach kurzer Zeit hörten sie mit der Stocktortur auf, abermals wurde ich ausgepeitscht. Der Schmerz schnürte mir die Kehle zu ... Nach einigen Minuten ließen sie von mir ab. Hosseinzadeh ging aus dem Raum. Als ich allein war, wunderte ich mich, das alles ertragen zu haben."

Die Studentin Asharf Dehghani überlebte die Folter im Ewin-Gefängnis, ihr Bruder Behrouis, der ebenfalls verhaftet worden war, nicht. Asharf Dehghani wurde ohne Prozess freigelassen und lebt heute als Mitglied der "Feddayan des Volkes", einer revolutionären Organisation im Untergrund von Teheran. Persische Studenten schmuggelten ihren Bericht nach Europa.

Der persische Universitätsdozent Resa Bahareni schildert seine Erlebnisse im Comité-Gefängnis: "Am ersten Tag wurde mir der kleine Finger gebrochen. Der Cheffolterer sagte zu mir, wenn ich nicht reden würde, käme jeden Tag ein weiterer Finger dran. Man hielt mir eine Pistole an meine Schläfe und drohte abzudrücken. Als ich einen Schuss hörte, wurde ich bewusstlos."

Bahareini, Autor von 26 Büchern, saß 102 Tage im Comité-Gefängnis, weil er im Ausland den kulturellen Verfall des Iran kritisiert hatte. Seine Entlassung und seine Ausreisegenehmigung verdankt der Wissenschaftler allein dem internationalen Druck, besonders dem Protest zahlreicher Schriftsteller und Dichter in den Vereinigten Staaten. Bahreni, der heute in den USA lebt, gab zu Protokoll:

"Ich war in einer dunkeln Einzelzelle von 1,20 x 2,40 Meter untergebracht. Die Innenausstattung bestand aus einer alten und schmutzigen Decke. Das war alles. Es fehlte sogar eine Pritsche zum Schlafen. An manchen Tagen wurden sieben Gefangene in diese Zelle hineingestoßen. Wir mussten uns daran gewöhnen, im Stehen zu schlafen. Einige hatten aus Angst oder wegen der schlechten Verpflegung Durchfall. Andere konnten sich wegen der Wunden an den Füßen, wegen ihres versengten Rückens überhaupt nicht aufrecht halten. Wir atmeten uns gegenseitig ins Gesicht. Wir waren alle ohne Haftbefehl von der SAVAK gekidnappt worden.

... In der Ecke des Folterraums befanden sich zwei Doppelstockbetten. Sie wurden, wie ich später erfuhr, benutzt, wenn es darum ging, das Gesäß des Opfers zu versengen. Man wird an das Oberbett gefesselt, und dann wird der Rücken der Hitze einer Fackel oder eines kleinen Ofens so lange ausgesetzt, bis der Gefangene redet. Manchmal wird auch das Rückenmark versengt, was zwangsläufig zur Lähmung führt."

Ein Mullah, der heute im Exil in Amsterdam lebt, erzählte: "Beim Verhör, das den ganzen Tag dauerte, schlugen die SAVAK-Agenten mir immer ihren Pistolenknauf auf den Schädel. Sie sagten mir, sie würden mich schon 'weich' kriegen. Mit Elektroschocks haben sie es auch geschafft."

Der 37jährige Mullah, der seinen Namen aus Angst vor der SAVAK der Öffentlichkeit nicht preisgeben will, weil seine Frau mit fünf Kindern noch in Persien lebt, war zwei Monate im Ewin-Gefängnis eingesperrt. Der Grund: Während seines Studiums in Österreich (1970) hat er sich der iranischen Exil-Opposition angeschlossen. Als er 1972 den Schlagbaum Bazarka an der türkisch-iranischen Grenze passierte, wurde er von den Schah-Agenten verhaftet. Die Geheimdienstler hatte Listen aller Abtrünnigen erstellt, die an allen Grenzstationen auslagen.

Erst nachdem der islamische Geistliche ein umfassendes Geständnis unterschrieben hatte, setzten ihn die Schergen ohne Gerichtsverhandlung auf freien Fuß. Er hatte der SAVAK nämlich versprochen, künftig für sie Staatsfeinde ausfindig zu machen. Der Mullah erzählte: "Ich habe eine Telefonnummer bekommen, die ich jeden Tag anzurufen hatte. Ich sollte berichten über alles, was sich in meinem Haus, an der Universität und beim Kaufmann ereignete: Namen der Besucher, Autokennzeichen, ihre Äußerungen, möglichst viele Bekannte und Verwandte. In der Universität sollte ich vor allem den politischen Standort der Studenten ausfindig machen und von wem sie ihr Geld beziehen. Zwei Mal in der Woche wurde ich von SAVAK-Spitzeln im Auto abgeholt. Wir

fuhren dann ein paar Stunden durch Teheran, vor allem ins Universitätsgebiet. Ich musste ihnen abtrünnige Studenten zeigen, die ich ausgespäht hatte. Da ich jedoch meinen Auftrag nicht erfüllt habe, drohten sie meine Frau zu vergewaltigen. Nach fünf Monaten hielt ich es nicht mehr aus. Ich besprach alles mit meiner Frau. Wir waren uns einig, dass es für mich nur noch eine Möglichkeit gab: die Flucht ins Ausland. Ich schlug mich nach Südpersien durch und traf dort Schmuggler, die mich über die Grenze brachten."

Für oppositionelle Iraner ist es heute schwieriger denn je, ihr Land zu verlassen. Der Staatsapparat will ihre Kritik in seinen Gefängnissen ersticken, um sich die Jagd nach Regimegegnern im Ausland zu ersparen. Auf dem schwarzen Markt in Teheran werden deshalb besonders Ausweispapiere und Reisevisa teuer gehandelt. Der Deutsche Gerhard Klysch, der in Teheran in einem Straßenbau-Unternehmen arbeitete, saß zwei Jahre im Gefängnis zu Ewin. Er hatte mit falschen Papieren in Bedrängnis geratenen Iranern zur Ausreise verholfen.

Die Zahl der politischen Gefangenen im Iran kann nur geschätzt werden, weil niemand über präzise Zahlen verfügt. Seit dem Jahre 1972 lehnt es das Schah-Regime strikt ab, neutrale Beobachter zu den Prozessen zuzulassen. Nach Meinung der amnesty international-Beobachter sollen im Iran etwa 100.000 politische Gefangene eingekerkert sein. Ein einsamer Weltrekord, der nur durch einen anderen überboten wird: Der Iran hat die höchste Hinrichtungsquote. Seit 1972 wurden über 300 Menschen von Militärgerichten zum Tode verurteilt und exekutiert. Und immer geschieht das nach der gleichen Methode: Die SAVAK foltert die "Geständnisse" heraus, die Richter sprechen ihr "Recht". Beweisanträge der Verteidigung und Folternarben lassen Persiens Richter unbeeindruckt. Iraner, die eine "kollektivistische Ideologie haben" oder "sich gegen die Monarchie stellen", müssen nach Artikel 1-7 des Strafgesetzbuches mit der Todesstrafe rechnen.

Nachdem die Erschießungskommandos ihr Geschäft erledigt haben, informiert die SAVAK-Zentrale ihre europäischen Außenstellen. Dossier 331/1152 vom 24. Mai 1973: " ... zwei Offiziere wurden zur Hinrichtung, die restlichen fünf zu Gefängnisstrafen zwischen 18 Monaten und 15 Jahren verurteilt. Es muss dafür gesorgt werden, dass diese Information nicht an die Öffentlichkeit und Presse gelangt." Der SAVAK-Chef heißt General Nematollah Nassiri (1965-1978; *1911+1979). "Kargoscha", so sein Deckname, ist ein 70jähriger mittelgroßer Mann mit einem dicken, runden, pockennarbigen Gesicht und gelbbraunen Augen. Der General ist ein alter Gefolgsmann des Schah, mit dem er gemeinsam die Militärakademie besuchte und auch heute noch mit ihm im Palast Karten spielt. Nassiri, der sich kaum in der Öffentlichkeit zeigt und lieber im Hintergrund wirkt, ist dem Schah direkt unterstellt und braucht sich sonst vor niemanden zu verantworten. Selbst die Minister sind vor ihm nicht sicher. Es gibt nichts im Lande, seien es Bettgeschichten, Korruptionsaffären oder politische Abweichungen, was Nassiri nicht in seinen Akten mit Beweismaterial aufgearbeitet hat; für den Schah jederzeit abrufbar.

Nassiri ist der dritte SAVAK-Chef. Als die SAVAK im Jahre 1957 gegründet wurde, war die Weltöffentlichkeit mit den Amouren des Schah beschäftigt. Seine Hollywood-Tänze mit Judy Garland (*1922+1969) und Yvonne de Carlo (*1922+2007), seine Liebesspiele mit "Dokki", Safieh, Elga Andersen (*1935+1994) und Maria Gabriella von Savoyen, seine nächtlichen Eskapaden in Teherans Colby-Bar oder an der Cote d'Azur, seine plötzliche Visite beim Papst in Rom - dies alles hielt das Publikum in Atem, während es Mitleid mit seiner zweiten Ehefrau Soraya Esfandiary Bakhtiari (*1932+2001) empfand. Mohammed Resa war der prominenteste Playboy der fünfziger Jahre -während in seinen Kellern grausam und bestialisch gefoltert wurde.

Im Jahre 1953 hatte der amerikanische Geheimdienst CIA im Iran erfolgreich einen Putsch gegen den Ministerpräsidenten Mossadegh (*1892+1967; Premierminister 1951-1953)

inszeniert (Kosten: 400.000 Dollar). Der Grund: Die amerikanische und englische Industrie wollte sich den Zugriff aufs verstaatlichte Erdöl sichern. Der Schah war zu jener Zeit lediglich eine Marionette und spielte im fernen Rom den Zaungast. Während sich CIA-Monarchisten und Sozialisten in Teherans Straßen-schlachten lieferten, saß er mit seiner Soraya im Hotel "Excelsior". Das "Herrscherpaar" hatte gerade Krabbencocktail und kaltes Huhn serviert bekommen, als ihm ein Reporter der amerikanischen Nachrichtenagentur "Associated Press" die Mitteilung überreichte, es dürfe wieder die "Macht" übernehmen.

Resa Pahlewi dankte es den Amerikanern. Der CIA-Agent Kim Roosevelt (*1916+2000) der Hauptakteur, lief noch über Jahrzehnte mit dem Kaiser in St. Moritz Ski. Der Iraner Chabaham Bimor, ein notorischer Totschläger, der mit seinen 400 Leuten für den Schah auf die Sozialisten eindrosch, was ihm den Spitznamen "Mann ohne Gehirn" eintrug, durfte die ersten Sicherheitstruppen mit aufbauen helfen, die natürlich unter CIA-Regie standen. Heute ist der CIA mit einer eigenen Abteilung und die US-Armee in Persien gut im Geschäft. Über 3.500 Militärberater bilden iranische Truppen aus. Und Amerikas Botschaft in Teheran war Richard Helms (*1913+2002), einst CIA-Chef in Washington. Der amerikanische Journalist Jack Anderson (*1922+2005), einer der Aufdecker des Watergate-Skandals (1972-1974), nannte die Beziehung zwischen den Schah, Nixon und Helms so eng, dass der Schah über Mexiko mehrere Millionen Mark für die Wiederwahl-Kampagne Richard Nixons (*19131994,, US-Präsident 1969-1974) ausgegeben habe.

Doch die Spendierfreudigkeit des Schah hatte auch einen realen Hintergrund. Mit seinen Erdöl-Milliarden kaufte er sich mit 6.9 Milliarden Dollar bei der amerikanischen Rüstungsindustrie ein, die ihm fast alle modernen Waffensysteme unterhalb der atomaren Schwelle sichert. Bis ins Jahr 1980 werden im Iran mehr Jagdbomber stehen als in irgendeinem anderen NATO-Land außer der USA.

Auch die Bundesrepublik Deutschland ist im Iran stark engagiert. Bislang schult die Bundeswehr iranische Soldaten auf ihren Akademien. Und 600 deutsche Ingenieure wie Techniker helfen den Persern Munition und Handfeuerwaffen herzustellen. Doch damit will sich die deutsche Rüstungsindustrie langfristig nicht zufriedengeben; neue Märkte werden gesucht, Absatzmärkte für eine Todesindustrie. Nachdem der Schah beim Waffenproduzenten Krupp Aktien gekauft hat und das Volkswagenwerk im Iran Autos bauen soll, will die Rüstungsbranche nun auch ihre modernsten Panzer Leo I und Leo II verkaufen.

Falls die Arbeitslosigkeit sich in Deutschland nicht spürbar reduzieren lässt, wird Kanzler Helmut Schmidt (1974-1982) nicht das Machbare dem Moralischen unterwerfen. Die strengen Exportbedingungen für Kriegsgeräte außerhalb der NATO-Länder sollen dann gelockert werden. Helmut Schmidt: "Es ist denkbar, es ist im Einzelfall schon geschehen."

Trotz des Ölreichtums und des raschen wirtschaftlichen Aufbaus können sechzig Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Trotz der vom Schah als beispielslos dargestellten "Weißen Revolution", die mehr sozialen Gerechtigkeit verwirklicht haben soll, sind sechzig Prozent der Landfamilien ohne Acker. Dafür verfügen von den 16 Millionen anbaufähigen Hektar 65 Prozent der privaten Großgrundbesitzer als Eigentum. Ein Art kommt auf 22.000, ein Zahnarzt auf 150.000 Menschen. Zehn Prozent der Iraner leben in der Hauptstadt Teheran. Jeder vierte Einwohner dieser Stadt ist ohne Stromversorgung und fließendes Wasser. Ob in den städtischen Slums oder in den ländlichen Gebieten, an einem Drittel des 34-Millionen-Volkes ist das iranische Wirtschaftswunder bisher spurlos vorübergegangen.

Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Iran, die die sozial-liberale Koalition (1969-1982) begrüßt, wurde von Krupp-Chef Bertold Beitz aufgegriffen. Beitz: "Wir werden verstärkt junge Leute aus dem Iran ausbilden und unseren jungen Leute in den Iran schicken." Und der hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger (*1920+2002) hält den Iran für "eines der stabilsten Länder der freien Welt". Die Politik von Schah Resa Pahlewi sei "so überzeugend, dass er diese Politik offensiv vertreten sollte".

Postskriptum. -Seit der islamischen Revolution des Ayatollah Khomeini (*1902 +1989) im Jahre 1979 - der Gründung des Gottesstaates -geht uneingeschränkte Macht - vom Obersten Rechtsgelehrten ("Revolutionsführer") aus. Er ernennt die obersten Richter und ist zugleich Oberkommandierender der Streitkräfte. Er wird vom sogenannten Expertenrat auf Lebenszeit gewählt. Dieser Expertenrat wird alle acht Jahre in einer geheimen Wahl bestimmt, wobei allerdings der Wächterrat die jeweiligen Kandidaten genehmigen muss. Der Regierungschef des Iran fungiert zugleich als Präsident des Landes. Ihm obliegt es, Minister zu ernennen, er bestimmt die Arbeit der Exekutive. Er wird für eine vierjährige Legislaturperiode gewählt. Seine Machtbefugnisse sind jedoch beschränkt. Alle zu wählenden Kandidaten, alle Regierungsprojekte oder Gesetzesmaßgaben bedürfen der Zustimmung des Wächterrates -der obersten Kontrollinstanz - der islamischen Republik. So ist der Wächterrat befugt, jedes Gesetzes, jeden unliebsamen Kandidaten - auch rückwirkend -für unwirksam zu erklären oder auch auszuschließen. Er setzt sich aus sechs Geistlichen und sechs weltliche Rechtswissenschaftlern zusammen. Sollte im Wächterrat bei einer Abstimmung keine Mehrheit zustande kommen, entscheidet der Revolutionsführer.

Der Geheimdienst SAVAK wurde nach dem Machtantritt Ayatollah Khomeinis (Führer der islamischen Revolution 1978 und 1979) aufgelöst und durch einen neuen Nachrichtendienst VEVAK ersetzt. Praktisch konnte der neue islamische Kundschafter-Behörde, sämtliche Infrastrukturen, Agenten und auch inländische Nachrichtendienst-Ringe intakt übernehmen und noch ausbauen. Lediglich die SAVAK-Spitze mit ihren 23 Generälen und 30 Offizieren wurde sofort hingerichtet.

Hoffnungen, auf eine Verbesserung der Menschenrechtsverletzungen im Iran, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil. amnesty international berichtet im Jahre 2005 von 94 Exekutionen, darunter acht Minderjährige. Zudem wurde nach einem Urteil eine Frau zu Tode gesteinigt. Todesurteile werden in den islamischen Staaten traditionell durch teils öffentliche Enthauptung am Morgen bei aufgehender Sonne ausgeführt. Zudem zählen Steinigungen, Erhängen oder öffentliches Auspeitschen zum Unterdrückungs-Repertoire. Bei drei öffentlichen Kundgebungen im Jahre 2005 sorgten die Sicherheitskräfte für Friedhofsruhe mit 73 Toten und mehreren Hundert Verletzten. amnesty international schrieb in ihrem Jahresbericht 2007: " ... mindestens 177 Menschen wurden hinge-richtet, drei von ihnen waren zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Tat und ein weiterer am Tag der Tötung noch nicht 18 Jahre alt. Ein Mann und eine Frau wurden Berichten zufolge zu Tode gesteinigt. Gerichte verhängten nach wie vor grausame Strafen wie die Amputation von Gliedmaßen, die Prügelstrafe und das Ausstechen der Augen.“

BRASILIEN: FURCHTLOSE KIRCHE GEGEN FOLTER UND BARBAREI

Gotteswort hinter Gittern. Im größten Gefängnis in Sao Paulo erteilt ein katholischer Priester einem Häftling den Segen. In Jahrzehnten der Militärdiktatur (1964-1985) war die katholische Kirche in Brasilien die einzige Institution des Landes, die ihre Kritik an Folterungen, Massenverhaftungen, Erschießungen öffentlich erhob. Für Tausende politischer Gefangener und verfolgter Indios waren Gotteshäuser als Unterschlupf ihre letzte Hoffnung. In dem Terror- und Willkürstaat des früheren General-Präsidenten Ernesto Geisel leistete die Kirche Roms beachtlichen Widerstand. Geheime Todesschwadronen hatten damals den Priestern ihren Kampf angesagt. Killer- und Folterkommandos entführten, quälten und erschossen Geistliche, nur weil sie für Menschenrechte eintraten. Seit 1985 ist Brasilien zur Demokratie zurückgekehrt.

stern, Hamburg 21. April 1977

Der ältere Mann auf dem Beifahrersitz des grauen VW-Busses könnte Landwirt oder Landvermesser sein. Unter dem lichten Silberhaar ein braun gebranntes Gesicht, über dem Kaki-Hemd ein abgewetzter Anzug aus grober Baumwolle, die derben Hände umklammern den Haltegriff. Mit schnellen, prüfenden Blicken mustert er die Straße geradeaus und die Böschungen am Rande links und rechts. Die zusammengekniffenen Augen verraten die Anspannung. Dom Adriano Mandarino Hypólito (*1918+1996) ist katholischer Bischof von Nova Iguacu, einer Diözese mit einer Million Einwohner, 50 Kilometer von Rio de Janeiro entfernt. Seit September 1976 weiß der 59jährige, dass selbst eine harmlose Überlandfahrt wie jetzt, da er sich von seinem 20jährigen Neffen Fernando zur Inspektion der kirchlichen Wasserbohr-stelle chauffieren lässt, schrecklich enden kann.

Über das, was an jenem 22. September 1976 geschah, redet Dom Adriano nicht gern. Nicht, weil ihn die Erinnerung an die Schmerzen noch quält, die ihm die Schergen damals zufügten. Nicht, weil er sich vor dem Neffen schämt, den er nicht vor den Schlägertrupp hatte schützen können. "Nein", sagt Dom Adriano, "das Schlimmste ist, sie haben meine Mutter beleidigt."

Um 19 Uhr hatte der Bischof damals sein Büro in der Diözesankurie im Zentrum von Nova Iguacu - Stadt und Provinz sind gleichnamig - verlassen. Auf dem Kirchplatz wartete sein Neffe Fernando in einem Volkswagen. Er hatte seine 18jährige Braut Pilar mitgebracht. Ehe Fernando seinen Onkel nach Hause brachte, wollte er schnell seine Verlobte bei ihren Eltern absetzen. Es war ein kurzer Weg. Der VW-Variant stoppte vor der Haustür.

Als Pilar aussteigen will, sieht sie, wie zwei rote Volkswagen von der anderen Straßenseite heranrasen und den Bischofs-VW einkeilen. Sechs Pistolen bewaffnete Männer springen heraus. Sie tragen keine Uniformen. Einer schreit: "Das ist ein Überfall! Raus, sonst knallt's!"

Dom Adriano ist so erschrocken, dass er sich nicht rühren kann. Einer der Männer reißt die Tür auf, zerrt den Bischof aus dem Wagen und stößt ihn auf das Straßenpflaster. Vier andere springen hinzu, packen den Geistlichen und prügeln ihn in den vorderen roten Wangen. Das Mädchen Pilar, das sich in den Eingang des Hauses geflüchtet hat, hört den Geistlichen noch rufen: "Mein Bruder, was habe ich dir getan?"

Der Bischof kann zwei Kidnappern ins Gesicht sehen. Der eine trägt eine rahmenlose, quadratische Brille, der andere hat grobe Züge, die Wangen voller Narben. Dann stülpen ihm seine Peiniger eine Kapuze über den Kopf.

Im rasenden Tempo kurvt der Wagen durch die Stadt, kommt in Außenbezirke, fährt über Pflaster- und Lehmstraßen. Dom Adriano verliert die Orientierung. Nach einiger Zeit reden die Gangster miteinander. Der eine zum anderen: "Das wird uns 4000 bringen." Noch im Wagen machen sie sich über den Bischof her. Sie boxen ihn ins Gesicht und in den Magen, sie schneiden ihm die Knöpfe seiner Soutane ab. Sie reißen ihm den Rosenkranz und zwei Notizbücher aus den Taschen.

Dann bremst der Wagen, "Raus, du Hurenbock", kommentiert einer. Dom Adriano spürt, dass er auf einem Lehmweg steht. Ihm werden die Kleider vom Leib gezerrt. Nackt - nur die Kapuze auf dem Kopf - steht der 59jährige Jesuit vor seinen Schindern. Die machen sich über seinen Penis lustig. Sie brüllen, er habe mit Prostituierten Kirchengelder durchgebracht. Auch seine Mutter sei eine Nutte und habe sich im Hafen von Recife verkauft.

Die Kidnapper setzen Dom Adriano eine Flasche Zuckerrohr-Schnaps an den Mund und zwingen ihn zu schlucken. Der Bischof bekommt keine Luft mehr, er wird für einen Moment ohnmächtig. Die Mannschaft aus dem zweiten Kidnapper-VW hat sich seinen Neffen Fernando vorgenommen.

Als die Entführer sehen, dass der Bischof wieder bei Bewusstsein ist, brüllt ihn einer an: "Deine Stunde ist gekommen, roter Verräter." Ein anderer: "Für Kommunisten-Schweine kennen wir nur den Tod." Ein Dritter: "Gib zu, dass du ein Kommunist bist, elender Hund."

Dom Adriano will den Schlägern antworten, er stammelt: "Ich bin kein Kommunist. Ich war keiner, ich werde auch nie einer sein. Ich verteidige nur mein Volk." Dom Adriano wird an Händen und Füssen gefesselt. Dann sprühen sie mit Spraydosen seinen nackten Körper ein. "Oh, wird das schön brennen", feixen sie. Dom Adriano betet. Er glaubt, sie würden ihn verbrennen. Doch er wird wieder ins Auto geschleift. Eine neue Irrfahrt beginnt. Als der Wagen stoppt, sagt einer der Entführer: "Der Chef hat angeordnet, dich heute noch nicht zu töten. Wir haben dir nur eine Abreibung gegeben, damit du aufhörst, Kommunist zu sein."

Sie nehmen Dom Adriano die Kapuze ab, stoßen ihn aus dem Wagen, er fällt mit dem Gesicht auf den Bürgersteig. Nackt und gefesselt liegt der Bischof von Nova Iguacu auf dem Gehweg einer Ausfallstraße von Rio de Janeiro. Sein ganzer Körper ist rot gefärbt. In den Spraydosen war Farbe. Es ist 21.45 Uhr. Zweidreiviertel Stunden haben die Misshandlungen gedauert. Ein Autofahrer entdeckt den Bischof, bringt ihn zum nächsten Pfarrhaus. Seine erste Frage: "Wo ist Fernando?" Fernando lebt, die Gangster haben ihn zusammengeschlagen und ebenfalls aus dem Wagen geworfen.

Dom Adrianos verlassener Volkswagen wird in derselben Nacht von den Entführern vor das Haus der Nationalen Bischofskonferenz im Stadtteil Gloria in Rio de Janeiro gefahren und dort in die Luft gesprengt. Ebenfalls in derselben Nacht explodiert in der Wohnung des katholischen Journalisten Roberto Marinho eine Bombe. Marinho ist Direktor des Medienkonzern "O Globo".

Der Terror gegen katholische Geistliche in Brasilien hat System. Einige Wochen vorher war Pater Rudolfo Lunkenbein im Bundesstaat Mato Grosso erschossen worden. Er hatte sich für die Lebensrechte der von Ausrottung bedrohten Indianer eingesetzt. Sein Amtsbruder Joao Bosco Penido Burnier wurde auf der Polizeistation im Norden des Landes erschossen, als er dagegen

protestierte, dass zwei Frauen seiner Gemeinde gefoltert worden waren. Immerhin: Der Gendarm, der ihn einfach mit der Pistole umgelegt hatte, wurde verhaftet. Dieser Mord war zu plump.

Die meisten Morde oder Anschläge aber bleiben ungesühnt. Sie werden ausgeführt von Kommandos der "Antikommunistischen Allianz Brasiliens" -der AAB, die sich auch zu dem Attentat auf Dom Adriano bekannt hat. Niemand weiß genau, wer hinter dieser Organisation steckt, jeder kennt nur ihre Untaten: Todesschwadronen, zusammengewürfelt aus Soldaten und Polizisten , morden, plündern und brandschatzen im Namen der AAB. Es gibt zahlreiche Belege, dass die AAB und das in Brasilien allmächtige Militär zusammenarbeiten.

Die ersten Todesschwadronen waren vor 20 Jahren aufgetaucht. Ihre Opfer waren zunächst hauptsächlich kriminell. Als Chef einer dieser "Esquadraos Da Morta" wurde ein Kriminalrat aus Sao Paulo, Sergio Fleury, vor Gericht gestellt. Obwohl es eindeutige Beweise gab - Mönche hatten Fleury und seine Todesschwadronen bei der "Arbeit" fotografiert - ging der Kripo-Boss straffrei aus. Sein Kommentar zu dem Foto: "Hier gibt es tatsächlich einen Hurensohn, der verdammte Ähnlichkeit mit mir hat."

Seit etwa zehn Jahren richtet sich die Lynchjustiz der Freizeit-Mörder immer mehr gegen politisch Unliebsame. Die regierenden Militärs betrachteten diese "Aufgabenerweiterung" mit Wohlwollen, die Todesschwadronen nahmen ihnen in den Jahren bis 1972 im Kampf gegen die Stadtguerillas viel Arbeit ab.

Gleichzeitig führten die Militärs ein Possenspiel auf, um "Rechtsstaatlichkeit" zu demonstrieren. Sie beauftragten einen Rechtsanwalt in Sao Paulo, eine Dokumentation über die Todesschwadronen auszuarbeiten. Er bekam mehr heraus, als seinen scheinheiligen Auftraggebern recht war: Staatsanwalt Helio Pereira Bicudo, ein liberaler Mann und unerschrockener Regimekritiker, ist inzwischen Bestseller-Autor. Seine Dokumentation hat die vierte Auflage erreicht.

Dabei hatte es Bicudo zunächst schwer, einen Verleger zu finden. Denn die von ihm zusammengetragenen Dokumente bewiesen eindeutig, dass die Todesschwadronen mit Billigung der regierenden Militärs agieren. Erst die katholische Kirche von Sao Paulo wagte es, Bicudos Buch herauszugeben. Der Autor ist seither selbst Adressat von Drohbriefen der AAB. Über deren Zielgruppe sagt Bicudo: "Jeder, der Kritik äußert, ist für sie ein Kommunist." Die Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international verbuchte in den letzten zehn Jahren 3.000 Folterungen und Ermordungen auf das Konto der Todesschwadronen.

Hinter der lebenslustigen Fassade von Zuckerhut, Copacabana-Strand und Samba-Shows hat sich in Brasilien eines der heimtückischsten Regime dieser Welt etabliert. Im Jahre 1964 hatten die Offiziere nach einem Putsch die Macht hin dem von Streiks und sozialen Unruhen erschütterten Land übernommen. Aus der einstigen Demokratie, flächenmäßig das fünftgrößte Land der Welt, wurde nun der Schrittmacher für die vornehmlich in den siebziger Jahren fast überall in Südamerika regierenden Militärs, in dem es mehr Gefängnisse als Spitäler gibt.

Um sich von der Weltöffentlichkeit einen demokratischen Anstrich zu geben, schuf die Armee ein künstliches Parteiensystem. Fortan gab es als Regierungspartei die "Alianca Renovadora Nacional" (ARENA), ein williger Erfüllungsgehilfe des Generalstabs. Die Rolle der Opposition sollte die "Movimento Democrático Brasileiro (MDB) spielen. Allerdings, die MDB hielt sich nicht an ihre Auflage, keine Wahlen zu gewinnen und immer in der Minderheit zu bleiben. Da mussten die amtierenden Generale nachhelfen. Beispiel: Als im Jahre 1974 die MDB bei den Senats- und Parlamentswahlen eine große Mehrheit bekam, schickte der Generals-Präsident Ernesto Geisel

(*1908+1996), Abkömmling eines aus Kronberg im Taunus kommenden protestantischen Missionars , so viele Oppositionspolitiker wieder nach Hause oder ins Gefängnis, bis die militärhörige ARENA-Partei die Mehrheit der Sitze hatte.

Ernesto Geisel bediente sich dabei des Artikel 5 der neuen Verfassung. Dieser Artikel ist so etwas wie die Notbremse der Generale: Danach können einem Politiker Parlamentsmandat und bürgerliche Rechte bis zu 30 Jahren entzogen werden, wenn er unter dem Verdacht steht, Kontakte zu Kommunisten zu haben.

Anfang April im Jahre 1977 schickte General Geisel den gesamten Kongress für unbestimmte Zeit nach Hause. Sein vorgeschobenes Argument: Er wolle die "Justizreform" verwirklichen, die vom Kongress mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden war. Tatsächlich will Diktator Geisel die für 1978 vorgesehenen Parlamentswahlen verhindern. Das amerikanische Meinungsforschungsinstitut Gallup sagte nämlich einen neuen Wahlsieg der Oppositionsparteien voraus.

Zwar setzte Geisel den Kongress nach zwei Wochen wieder ein, doch in diesen Tagen veränderte der Präsident per Dekret das brasilianische Verfassungssystem fundamental. Erstmals in der 89jährigen Geschichte des Staates wird 1978 der Senat zu einem Drittel indirekt von einem so genannten „Kollegium“ gewählt, in das außer den jeweiligen Landtagsabgeordneten auch die Gemeinde-Parlamente ihre Delegierten entsenden. Durch diese Manipulation hat Ernesto Geisel seiner ARENA-Partei eine haushohe Mehrheit gesichert, da die ARENA natürlich im „Kollegium“ die stärkste Gruppierung ist. Schon heute steht fest, dass von den 21 indirekt zu bestimmenden Senatoren 20 von der ARENA gestellt werden. Nur ein Senator darf der Oppositionspartei MDB angehören. Um auch bei den Direktwahlen keine neue Schlappe hinnehmen zu müssen, will Ernesto Geisel die Wahlbeteiligung, vor allem in den ländlichen Gebieten, wo die Opposition sehr stark war, herunterdrücken. Er verbot praktisch die Wahlpropanda in Funk und Fernsehen. Die Folge: Auf dem Lande ist die Bevölkerung vom Wahlkampf ausgeschaltet.

In einem Land, in dem die staatsverordnete Opposition zur Fassade degradiert wurde, kommen auch die ruhig gestellten Gewerkschaften über ein Schattendasein nicht hinaus. Streiks sind im Brasilien der Generale verboten, obwohl 75 Prozent des 120-Millionen-Volkes am Rande der Hungergrenze leben. Die Inflationsrate kletterte im Jahre 1976 auf 46,3 Prozent. Die Gewerkschaften sind gleichgeschaltet. Lohnerhöhungen werden von oben dekretiert.

Dafür ist für Geisels Minister der Staat ein Selbstbedienungsladen. Die „Elite des Landes“ leistet sich drei Stadtwohnungen in Brasilia, Rio de Janeiro und Sao Paulo und natürlich eine Villa in der Provinz. Sie fährt mit Staatslimousinen zu großflächigen Golfplätzen, fliegt in Privat-Jets zum Einkaufen und tuckert auf Luxusjachten zu den Privatinseln. Arbeitsminister Prieto etwa beschäftigt in seinem Haushalt 28 Bedienstete, die der Staat bezahlt. Und der Gouverneur von Brasilia rechnete über die Staatskasse für einen Tag 17 Kilo Melonen, 23 Kilo Weintrauben, 21 Kisten Pfirsiche, 16 Dutzend Bananen, 280 Liter Milch und 6.825 Brote als „Privatverbrauch“ ab.

Für das Ausland wurde dieses "befriedete" Brasilien interessant. Allein aus Deutschland haben achthundert Firmen dort inzwischen Tochter-Unternehmen. Der Vorsitzende der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer in Sao Paulo, Julius Zimmermann, ist voll des Lobes für die Generale: "Seit wir hier eine vernünftige Regierung haben. die für ruhige innenpolitische Verhältnisse sorgt, ist ein stabiles Klima für langfristige Investitionen entstanden." Nunmehr liefert die Bundesrepublik den Brasilianern acht Kernkraftwerke und macht damit ihr größtes Auslandsgeschäft.

Nur die katholische Kirche haben die Generale nicht in den Griff bekommen. Der Wandel der Kirche setzte in den 60er Jahren ein. Der Klerus, täglich konfrontiert mit Massennot, begriff, dass es auch ein Leben vor dem Tod gibt, und nahm fortan immer stärker zu humanitären Problemen Stellung. Aus dem sozialen Engagement wurde mit dem Amtsantritt der Militärs ein politisches Engagement.

Mittlerweile ist die katholische Kirche die einzige Opposition in Brasilien. Trotz aller Einschüchterungsversuche durch Mordkommandos, durch Folter auf Gefangenen-Inseln und trotz aller Militärauflagen - die Kirchenzeitungen unterliegen der Zensur, eine Radiostation der Kirche wurde geschlossen, kircheneigene Krankenhäuser und Schulen werden beschlagnahmt - klagen die Bischöfe und Priester immer wieder unerschrocken die Willkür der Generale an. Und nehmen dafür, wie Bischof Hypólito, Überfälle und Folter, Verhöre und lange Haftzeiten in Kauf. Viele Geistliche sitzen hinter Gittern und Stacheldraht.

Zu den Mutigen gehört auch der Erzbischof von Sao Paulo, Paulo Kardinal Evaristo Arns. Der untersetzte Mann im maßgeschneiderten grauen Anzug, der am Revers ein kleines goldenes Kreuz wie ein Sportabzeichen trägt, hat nichts vom sakralen Habitus deutscher Oberhirten. Paulo Evaristo Arns ist so etwas wie ein Zehnkämpfer Gottes. Er kümmert sich um die Armen, um Arbeitslose, um Eingeborene, um die ungerechte Landverteilung zwischen Großgrundbesitzer und Kleinbauern, und er kümmert sich insbesondere um die Verteidigung der Menschenrechte gegen die Willkür der Generale. Sein unverbrüchliches Credo: Eine katholische Kirche könne nur dann nachhaltig den Armen das Evangelium vermitteln, wenn man ihr Freund ist. Deshalb unterstütze er bedingungslos die vom Vatikan über Jahrzehnte heftigst bekämpfte "Theologie der Befreiung". Sie hat er weniger als theoretische Lehre, sondern vielmehr als eine persönlich verpflichtende Haltung begriffen. So verkaufte Kardinal Arns etwa zu Beginn seiner Amtszeit (1966-1998) sein Bischofspalais und lies mit dem Erlös von 30 Millionen Euro Sozialstationen im Elendsviertel bauen.

Der Kardinal, dessen Vorfahren 1838 von der Mosel nach Brasilien kamen, gründete vor fünf Jahren die "Kommisson für Gerechtigkeit und Frieden". Außer Kirchenleuten gehören ihr regimekritische Anwälte, Journalisten, Professoren und sogar Staatsanwälte an. Der Autor des Buches über die Todesschwadronen, Bicudo, ist Kommissionsmitglied. Hauptsächliche Aufgabe dieser Gruppe ist die Verteidigung der politischen Gefangenen n Brasilien, gegenwärtig sind es 5.000. An seiner Entschlossenheit, den Kampf um die Menschenrechte kompromisslos zu führen, lässt Arns keinen Zweifel: "Wenn in einem Land ein Gesetz gebrochen wird, dann werden alle gebrochen."

In den jahrelangen Auseinandersetzungen mit dem Militärregime hat Kardinal Arns zwei merkwürdige Gesetzmäßigkeiten in der Technik und Methode der Unterdrückung entdeckt:

- Die Militärs gliedern ihre Verhaftungswellen nach Berufssparten: Mal sind die Professoren dran, mal die Rechtsanwälte, mal Künstler, mal Journalisten.
- Verhaftet wird mit Vorliebe am Freitagabend. Das verhindert Publizität in ausländischen Zeitungen.

Es war auch ein Freitagabend, als der jüdische Fernsehjournalist Vladimir Herzog aus Sao Paulo von der Geheimdienstabteilung der Zweiten Armee abgeholt werden sollte. Herzog, der in dieser Nacht noch eine Kultursendung moderieren wollte, konnte einen Aufschub bis zum

nächsten Morgen erreichen. Von seinen Kollegen verabschiedete er sich schließlich: "Ich gehe jetzt und werde wohl erfahren, was sie wollen. Ich habe nichts zu verbergen und nichts zu befürchten."

Am Sonnabendmorgen um 8 Uhr 30 betrat er die Kaserne, am Sonnabendnachmittag um 15 Uhr war er tot. Ein Journalist von der Zeitung "O Estado de Sao Paulo" hatte, als er unter Folter nach ihm bekannten Kommunisten befragt wurde, wahllos Namen aus dem Kollegenkreis genannt, um sich damit ein Ende der Schmerzen zu erkaufen. Herzogs Name war dabei gewesen.

Als der Fernsehmann tot war, mühte sich das Militär, den Mord als Selbstmord darzustellen. Ein Armeefoto wurde veröffentlicht, das den Journalisten aufgeknüpft mit seiner Krawatte am Gitter der Zelle zeigte. Eine Obduktion der Leiche wurde allerdings nicht zugelassen.

Die jüdische Gemeinde zögerte, Herzog auf dem jüdischen Zentralfriedhof von Sao Paulo ehrenvoll zu beerdigen. Daraufhin erklärte der katholische Kardinal Arns, er werde für den toten Journalisten die Messe lesen. Arns wusste, dass die Selbstmordversion nicht stimmte. Die Ärzte im Krankenhaus, in dem Herzog aufgebahrt worden war, hatten dem Kardinal genau die Folterspuren an der Leiche beschrieben.

Außerdem hatte einer der Folterer geplaudert. Er erzählte einer Freundin, einer Prostituierten, Einzelheiten der Todestortur ("Wir sind besser als die Gestapo"). Die Dirne war erschüttert von dem, was sie da erfuhr. und informierte am nächsten Tag den Kardinal. Als Arns in seiner Kathedrale im Zentrum von Sao Paulo die Gedenkmesse für den Journalisten Vladimir Herzog vorbereitete, drohte Staatsgeneral Ernesto Geisel: "Bei Unruhen muss hart durchgegriffen werden."

An einem Mittwochnachmittag um 15 Uhr sollte die Messe sein. Um 13 Uhr begann die Polizei die Zufahrtsstraßen zur Innenstadt Fahrzeugkontrollen vorzunehmen. Wagenpapiere wurden überprüft, Reifen und Beleuchtung kontrolliert. Der Einsatz hieß "Operation Gutenberg". In wenigen Minuten entstand in der nahezu Zehn-Millionen-Metropole ein solches Verkehrschaos, dass kein Fahrzeug mehr vorankommen konnte. Die Folge: Von den 30.000 Menschen, die sich aufgemacht hatten, um am Gottesdienst teilzunehmen, konnten nur 3.000 bis an die Kathedrale vordringen.

Von der Kanzel herunter machte Arns die Messe zum Tribunal über die Generale: "Es ist ungesetzlich, bei Vernehmungen von Verdächtigen physische, psychologische oder moralische Folter anzuwenden. Vor allem, wenn sie soweit getrieben werden, dass Verstümmelungen oder gar der Tod die Folge sind. Die ihre Hände mit Blut beflecken, werden verdammt."

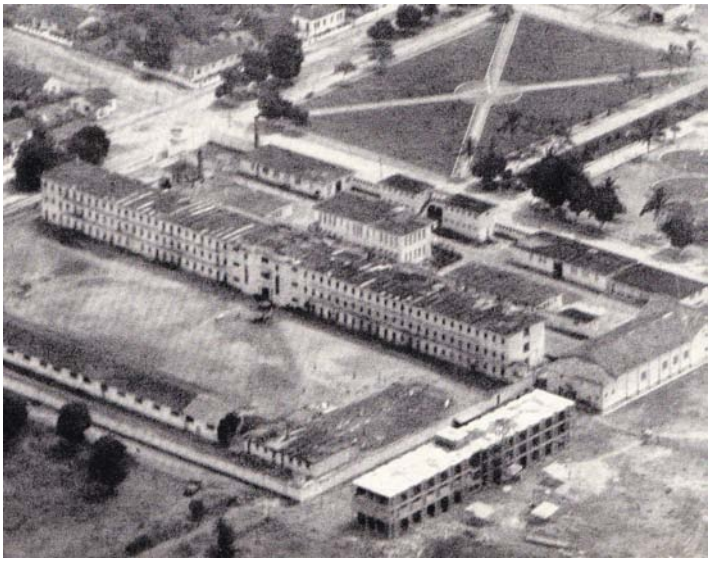
Als die Messe beendet war, ermahnte der Kardinal seine Zuhörer, Ruhe zu bewahren. Zugleich gab er ihnen den Rat, nur in Gruppen den Heimweg anzutreten.

Sao Paulo ist zum Zentrum der brasilianischen Opposition geworden. Im Mai 1977 strömten abermals 10.000 Studenten in die Innenstadt, um gegen die Verhaftung von Kommilitonen und Arbeitern zu protestieren. In einem offenen Brief forderten sie das Ende der Folterei, eine Generalamnestie und die Wiederherstellung der Demokratie. Die Regierung konterte mit einem Demonstations-Verbot. Justizminister Falcao : „Das Land braucht Ruhe und Stabilität, die durch extremistische Aktionen nicht gestört werden dürfen. Demonstrationen jeglicher Art sind im Grunde und ihrer Absicht nach subversiv."

In Wirklichkeit steckt Brasilien in einer tiefen Krise – Legitimations-Krise, Wirtschaftskrise: Die Ausland-Verschuldung hat eine Rekordhöhe von 70 Milliarden Mark erreicht, kostspielige Investitions-Programme mussten gestrichen werden, auf dem Finanzmarkt

herrschen chaotische Spekulations-Verhältnisse. Allein im ersten Halbjahr 1977 ist der brasilianische Cruzeiro vier Mal abgewertet worden.

Auf die Kritik weiß die Regierung Geisel nur eine Antwort: Repression. „Freiheit ist ein relativer Begriff. Alles ist relativ. Nur die Macht der Bürokraten ist absolut.“ (Journal do Brasil).



URUGUAY: DAS KZ, DAS FREIHEIT HEIßT

Wie im größten Konzentrationslager Südamerikas Menschen kaputtgemacht werden

stern, Hamburg vom 7. April 1977[8]

Der Ausdruck Dorf wäre geschmeichelt. "Libertad", vierzig Kilometer von Uruguays Hauptstadt Montevideo entfernt, ist eine Ansammlung ärmlicher Krämerläden, schmieriger Tankstellen, verrotteter Reifenhandlungen und etlicher Kneipen. Die Straße 1, von Montevideo in die Hafenstadt Colonia del Sacramento, zerschneidet den Flecken. In seiner Trostlosigkeit gleicht "Libertad" Tausenden ähnlicher Ansiedlungen auf dem südamerikanischen Kontinent.

Dennoch, "Libertad" - zu deutsch Freiheit - ist einmalig. Diese Exklusivität verdankt es einem auf Stelzen stehenden, fünf Stockwerke hohen, lang gestreckten Bau aus rotem Backstein. Er überragt das Kaff wie eine mittelalterliche Trutzburg. Der Koloss, in der Mitte unterteilt von einem Treppentrakt, ist das Hauptgebäude des größten Konzentrationslagers in Südamerika. In seinen 500 Zellen und in sieben davor gelagerten Baracken sind zurzeit 1.342 politische Gefangene zusammengepfercht. Sie sitzen hier seit 1974. Die Militärs, die neuen Herren im Land, hatten damals das einstige Resozialisierungszentrum für Kriminelle zu einem riesigen KZ für ihre gefangenen politischen Widersacher ausgebaut. Im günstigsten Fall wissen die Gefangenen nicht genau, wie lange sie noch sitzen werden. Sie wurden eingesperrt wegen Subversion - was immer das heißen mochte, oft nur ein zu viel gesprochenes Wort.

Ihre vom Militärgericht zudiktierten Strafen sind dehnbar wie Kaugummi: sechs bis 18 Jahre. Im günstigsten Fall wissen die Gefangenen exakt Bescheid: 30 Jahren Einzelhaft, daran anschließend weitere fünfzehn Jahre Sicherungsverwahrung. Diese Höchststrafe bekamen die militanten Vertreter der einstigen Tupamaro-Rebellen. Sie sind eingesperrt wegen Entführung, Bankraub, Mord. Doch die Gewalttäter sind die Ausnahme - die große Mehrheit der Gefangenen hat nicht mehr verbrochen als eine andere Meinung zu haben. Das Durchschnittsalter der Häftlinge liegt heute bei dreißig Jahren. Die Namensliste ist weitgehend identisch mit dem Immatrikulationsverzeichnis der Universität von Montevideo zu Beginn der siebziger Jahren.

Auch das Lager heißt "Libertad". Schon die Nazis liebten den Zynismus. "Arbeit macht frei", schrieben sie über den Eingang von Auschwitz. Es ist nicht das Einzige, das uns an diesem Nachmittag an Auschwitz erinnern wird. Unser Wagen, ein klappriger Opel, den uns das uruguayische Außenministerium samt Fahrer und Dolmetscherin stellte, hat den Ortsausgang von "Libertad" erreicht und biegt langsam links in eine schmale Nebenstraße ein. Nach ein paar hundert Metern ein Feldweg, der Fahrer geht mit dem Tempo runter, die ersten beiden Wachtposten mit geschulterten Maschinenpistolen. Kurzer Blick, dann geben sie uns freie Fahrt - wir sind offiziell angemeldet. Schnurgerade geht's weiter. Wachtürme bauen ihre Silhouetten auf. Stacheldrahtverhaue und Gitterzäune zerschneiden die Dorfrandidylle aus Wiesen mit grasenden Kühen. Baracken buckeln sich. Wir erreichen den Haupteingang des Lagers. Kein Haupteingang eigentlich, eher eine Eingangsanlage: eine mehrfach gestaffelte Schleuse, wie sie an besonders gesicherten Grenzübergängen zu finden ist.

---

[8] Mit Peter Koch und Perry Kretz

Vor der Menschenschleuse empfängt uns der Sicherheitschef des Lagers - gedrungene Gestalt in Khaki-Uniform, eine Tellermütze mit Offizierskordel auf pomadisiertem Haar, abweisende Augen unter buschigen Brauen und so sehr auf Sicherheit bedacht, dass er sogar seinen Namen geheim hält. Als erste Journalisten hat uns die Regierung erlaubt, das Camp "Libertad" zu besuchen. Die Machthaber in Uruguay wollen den immer lauter werdenden Anklagen entgegentreten, ihr Land habe ich zum Folterhaus Südamerikas entwickelt. Schon schlägt Uruguays schlechter Ruf direkt auf die Kasse durch: Die Amerikaner strichen die bisher gewährte Militärhilfe von drei Millionen Dollar. Das Land, an Fläche um ein Drittel kleiner als die Bundesrepublik, ist dünn besiedelt, es hat höchstens noch zwei Millionen Einwohner, weniger als Westberlin. Der gesamte Staatshaushalt liegt bei 400 Millionen, die Auslandsverschuldung beträgt aber schon jetzt 1,2 Millionen Dollar.

Da muss Vorsorge getroffen werden, dass das Beispiel der amerikanischen Regierung im eigenen Land nicht Schule macht und künftig auch noch Anleihen und Kredite aus den USA ausbleiben. Staatspräsident Aparîcio Mendez (*1904+1988, Präsident Uruguays von 1976-1981) und Innenminister General Hugo Linares Brum haben uns - nach einem Gespräch im Präsidentenpalast - dazu ausersehen, "Augenzeugen der tatsächlichen Verhältnisse" zu werden: uns vom physischen Wohlergehen der politischen Gefangenen zu überzeugen und die Unterlagen über deren medizinische Versorgung einzusehen.

Der Lagerleitung ist unser Besuch nicht geheuer, daran ändert auch die Erlaubnis aus Montevideo nichts. Einzeln werden wir zur Durchsuchung in einen Nebenraum gebeten. Ein Soldat tastet uns sorgfältig ab. Unseren beiden Begleitern traut man noch weniger. Der Fahrer muss seine Hose ausziehen. Graciella, der Dolmetscherin, werden Kosmetika, Schuhabsätze, Bonbontüte und Ohrringe nach Strengstoff untersucht. Die Frau, immerhin Nichte des gegenwärtig amtierenden Vizepräsidenten und auf der Herfahrt unermüdliche Propagandistin des jetzigen Regimes, ist voller Einsicht: "Wir sind Uruguayer und deshalb besonders verdächtig." Wie in allen Diktaturen ist der gefährlichste Feind das eigene Volk.

Lagerkommandant Jorge Olsina, ein Mittfünfziger, erwartet uns zum "Einweisungsvortrag" in seinem Büro. An der Wand hängt ein Bild des uruguayischen Nationalhelden Artigas, der 1814 die Uruguayer von der spanischen Herrschaft befreite. Auf dem Schreibtisch steht ein aus Karabinerpatronen gefertigter Pfeifenhalter. Gleich zu Beginn stellt der Oberst klar: "Hier gibt es keine Gefangenen." Es handelt sich vielmehr um "Insassen".

Insassen in "Libertad" wird man nicht ohne weiteres. Der Oberst erzählt uns, dass eine gründliche Untersuchung durch zwei Militärärzte am Beginn der Aufnahmeprozedur stehe, ein gründliches Bad an ihrem Ende. "Für die medizinische Versorgung wird kein Aufwand gescheut." Ein inhaftierter Arzt, ein Militärarzt, ein Psychiater und ein Psychologe seien zur ständigen Betreuung eingesetzt. Sie haben viel zu tun. Osina greift ein Aktenbündel, das auf seinem Schreibtisch liegt, und liest vor: "Am 17. Januar 1977, 300 Fälle von Depressionen, 288 Fälle von Angstzuständen und Psychosen. In zwei Fällen drehten die Leute völlig durch."

Während er aus einem Lederbeutel Tabakkrümel fingert und auf Zigarettenpapier verteilt, gibt er uns noch weiteren Einblick in den Zustand des Camps. Beruhigungstabletten seien die am häufigsten verwendeten Medikamente im Lager, sagt Solana, und er ist auf diesen Tatbestand so stolz wie ein statusbewusster Whiskytrinker, der Chinas Regal als Hausmarke angibt: "Nehmen wir einen x-beliebigen Tag, zum Beispiel den 24. Februar. Da geben wir 482 Valium aus. Am 28. Februar waren es sogar noch mehr, genau 500 Stück." Der Oberst hat eine Zigarette fertig gedreht und inhaliert genießerisch den ersten Zug. Die Perversion seiner Fürsorge ist ihm nicht bewusst.

Der Einführungsvortrag ist beendet, wir dürfen ins Camp. Doch der Sicherheitschef, der uns am Lagereingang in Empfang genommen hatte und seither nicht mehr von unserer Seite gewichen ist, sorgt sich um das Geheimnis seiner ausbruchsicheren Festung. Er will kein einziges Foto erlauben. Nach kurzer Beratung gestattet der Lagerkommandant immerhin ein Bild. Es soll belegen, dass uns wirklich die Erlaubnis gegeben wurde, das Lager von innen zu besichtigen. Vom Bürokomplex der Lagerverwaltung sind es 300 Meter bis zum Hauptgebäude. Die Wachtürme schieben sich in den Vordergrund. Wir können Einzeleinheiten erkennen: Vier Mann stehen auf der Plattform, mit Feldstechern beobachten sie Gelände und Gefängnisfront, auf jedem Turm zwei Maschinengewehre.

Wir erreichen das Hauptgebäude. Gitter werden ferngesteuert entriegelt und springen wieder ins Schloss, kaum, dass wir sie passiert haben. Schlüssel klappern. Beklemmung kriecht wie Nebel hoch. Die Besichtigungstour läuft wie die Szenenfolge in einem Gruselkabinett ab.

Szene eins: Der Kommandant ist höflich, wir als seine Gäste haben Vortritt an der Gittertür. Sie gibt einen Gang frei, etwa zwei Meter breit, der wir die Kapitänsbrücke eines Schiffs hinausragt in eine tiefer liegende Halle, die Lagerküche. Auch dieser Gang ist durch Maschendraht abgegrenzt. Zum ersten Mal sehen wir die Lagerinsassen. Ihr Haar ist kurz geschoren. Ihre Gesichter sind wächsern. Sie tragen graue Arbeitsanzüge, manche auch Turnhosen mit T-Shirt. Alle haben sie auf Brusthöhe rechts eine Nummer, darunter einen Farbklecks und einen Buchstaben: A und B. Auf dem Rücken wieder eine Nummer. Die Männer, richtiger: Die Nummern stehen stramm. Manche, die ein Käppi tragen, reißen es vom Kopf. Mit Eintritt in das Lager haben sie die Identität ihres Namens verloren. Ihre Persönlichkeit verloren sie in den Monaten danach. Es herrscht Sprechverbot.

In dem Gang, von dem wir auf die Küche sehen, stehen vier Bänke. Jede Bank teilen sich zwei Wachsoldaten, den Lauf ihrer Karabiner durch den Maschendraht auf die Männer gerichtet, Finger am Abzug. Neben sich Thermosflasche, Zigarettenschachtel und die kürbisartige Mateteeflasche mit dem Saugrohr. Ein Offizier gibt ein kurzes Kommando, die Gefangenen nehmen die Arbeit wieder auf. Nummer 1794 schiebt Brot in den Ofen. Nummer 517 und Nummer 491 schälen Karotten und werfen sie in einen steinernen Spültrog. Nummer 306 rückt seine dunkelrandige Brille zurecht. Nummer 130 kehrt mit einem langstieligen Besen den Boden, Nummer 898 formt Teig.

Szene zwei: Im Fahrstuhl fahren wir in den fünften, den obersten Stock. Der Kommandant erklärt die Farbklekse und Buchstaben. Sie markieren die Unterbringung der Häftlinge. Schwarz ist erster Stock, Rot zweiter, Blau, Grün, Gelb die Folgenden. A ist dann die linke Flügelseite, B die rechte. Von oben blicken wir wie in einen riesigen Schacht. In der Mitte jedes Stockwerkes stehen Wärterhäuser, Panzerglas ermöglicht freien Rundblick. Aus dem Wärterhaus werden - teils mit Hebeln, teils mit Rädern - die Gitter geöffnet und geschlossen, die das Treppenhaus sichern. Galerieartige Gänge führen zu den Zellen. Je fünfzig auf jeder Flurhälfte. Auf den Galerien stehen Wachsoldaten.

Von Galerie zu Galerie ist Maschendraht aufgespannt, einem riesigen Trampolin gleich. Ein Offizier erklärt: "Damit es keine Selbstmörder gibt." Es hat sie doch gegeben - ein Gefangener erhängte sich mit einem Strick aus seinem Bettlaken, andere sammelten 30 bis 40 Pillen, mit denen sie dann Selbstmord begingen. Manche schnitten sich mit Rasierklingen die Pulsadern auf, einer verbrannte sich mit seiner Matratze.

Szene drei: Wir dürfen mit Gefangenen sprechen. Um den Verdacht auszuschalten, uns würden vorher instruierte Leute präsentiert, sollen wir eine Zelle wählen. Wir gehen auf die Galerie hinaus, vorbei an zwei offenstehenden Zellen. Die eine ist leer. Das sei das Behandlungszimmer. Ein Stuhl, ein Tisch, ein Schemel und ein Sinnspruch an der Wand: "te arrancaré los ojos y me los pondrés / me arrancaré los ojos y te los pondrés / asi yo te mirareré con tus ojos y te me mirarás con los míos." (ich werde mir die Augen ausreißen und sie dir einsetzen / so werde ich dich mit deinen Augen sehen, und du wirst mich mit meinen Augen sehen.")

Die andere offene Zelle ist das Musikzentrum. Eine kleine Verstärkeranlage, ein Tisch mit Neonlampe. Nummer 135 legt eine Platte auf. Die Sechste von Beethoven, Pastorale. Im Flur scheppern vier Lautsprecher los. Ihre erbärmliche Qualität, dazu die Bahnhofshallen-Akustik der Gefängnisflure verzerren Wilhelm Furtwängler und die Wiener Philharmoniker zu Schießbudenlärm. Jeden Morgen und jeden Abend ist eine halbe Stunde Musik, auch zensierte Nachrichten werden verlesen, Nummer 135, eingesperrt auf unbekannte Zeit wegen Konspiration (Graciella sagt uns später, dass er einmal in Montevideo ein bekannter Discjockey war), hat ein bunt gemischtes Sortiment: West Side Story, Tschaikowsky, Beatles ("All You Need Is Love"). Am liebsten spiele er die Sechste, sagt er.

Vor seiner Zellentür bleiben wir stehen. Sie wird aufgeschlossen. Es ist eine Zweierzelle, etwa acht Quadratmeter. Rechts zwei Feldbetten übereinander, links eine Tafel mit mathematischen Formeln, daneben an der Wand zwei Gitarren. Auf einem Bord zwei Brillen. Am Zellenende in Augenhöhe ein vergittertes Fenster. Nr. 827 und Nr. 1026 sitzen auf dem oberen Feldbett und spielen so etwas wie "Schiffe versenken". Bei unserem Eintritt springen sie auf den Boden runter und stehen stramm.

Wir fragen sie nach Alter und Beruf. Der eine studierte Elektronik, der andere Mathematik. Sie sitzen seit drei Jahren, wie lange sie noch vor sich haben, wissen sie nicht. Subversion lautete die Anklage. Sie sind beide 28 Jahre alt, nicht verheiratet. Die Formeln auf der Tafel seien auch ein Spiel, sie hätten es sich selbst ausgedacht. Der Kommandant macht uns darauf aufmerksam, wie gut die beiden genährt seien. Es stimmt. Schon im Büro hat uns der Kommandant den nach genauen Ernährungswerten aufgestellten Speiseplan einsehen lassen. Für den 9. März las er sich so: "Reissuppe, 70 Gramm Knochen; Rostbraten, 220 Gramm; Reisbällchen, 45 Gramm."

Die Augen der beiden ehemaligen Studenten sind glanzlos, gebrochen. Unsere Frage beantworten sie wie mechanisch. Es sind wohlgenährte Hülsen, Endprodukte des KZ-Alltags. Wecken ist morgens um sechs Uhr, die Gefangenen bekommen Kaffee. Bis zum späten Nachmittag dürfen sie sich weder hinlegen noch am Fenster stehen. Sie dürfen nur in der Zelle auf und ab gehen oder auf einer Bank sitzen. Zwischen den Gefangenen verschiedener Zellen gibt es keinerlei Kontakt. Keiner weiß den Namen des anderen, er hört nur seine Nummer. Auf den Korridoren, etwa beim Gang zur Gemeinschaftsdusche, dürfen sie nicht miteinander sprechen.

Auch bei der Arbeit herrscht Redeverbot. Es gibt wenig ablenkende Arbeit. Nur für den Lagerbedarf werden die Häftlinge eingesetzt, zum Beispiel auf dem Feld oder in der Küche. Nach dem Mittagessen, um zwölf Uhr, ist für eine Dreiviertelstunde Hofgang. Die Gefangenen müssen, wie bei jedem Gang außerhalb der Zelle, die Hände auf dem Rücken tragen. Der Oberkörper ist dann vornübergebeugt. Manchmal während die Häftlinge Hofgang haben, üben die Soldaten Ausbruchsalarm. Auf ein Kommando hin müssen sich die Häftlinge auf den Boden werfen, Hände über den Kopf gefaltet - die Militärs feuern dann über ihren Köpfen Salven ab. Um neun Uhr gibt

es Abendessen, um zehn Uhr Schlafenszeit. In vielen Nächten haben die Soldaten Schießtraining. Am nächsten Tag steigt der Valium-Konsum.

Szene vier: Man werde uns einen Mörder zeigen, sagt der Sicherheitschef. Der sitze im zweiten Stock, der Etage der "Gefährlichen". Wir fahren runter. Hier haben die Zellen ein Extra. Im Oberlicht über der Zellentür ist eine Lampe eingebaut, die ständig -auch nachts - das Innere der Zelle anstrahlt. Eine der Türen wird entriegelt, der Sicherheitschef postiert sich im Türrahmen. Nr. 704 nimmt Haltung an. Zu 30 Jahren Haft ist der Mann mit dem ernsten Gesicht verurteilt. Daran anschließend 15 Jahre Sicherungsverwahrung. Fünf Jahre davon hat er bisher abgesessen. Der Mann ist 33 Jahre alt, verheiratet. Wir fragen ihn, wie er sich bei dieser Zukunft fühlt. "Als ein Mann", sagt er, "als ein menschliches Wesen ...". Er unterbricht den Satz, sagt nur noch: "Nun physisch geht es mir gut."

Wir wollen wissen, ob es stimmt, dass er - wie uns gesagt wurde - einen Kultusminister umgebracht habe. "Es stimmt", sagt der Mann, "ich habe einen Menschen getötet. Er war kein Kultusminister. Er war der Chef einer Hochschule. Und er war der Anführer einer Todesschwadron." Todesschwadronen, das sind Killer-Kommandos, deren Fußvolk sich aus dienstfreien Polizisten und Soldaten rekrutiert und die gegen geringes Honorar geheime Lynchjustiz üben. In Brasilien wurde das zuerst praktiziert, dort begannen vor Jahren die Feierabend-Mörder mit Jagd auf Kapitalverbrecher, später auch auf politische Gegner. Argentinien und Uruguay kopierten das brasilianische Modell (wie übrigens auch die Folter).

Der Sicherheitschef bricht das Gespräch ab, schubst uns aus der Zelle. Nr. 704 sagt noch: "Es war kein geheimes Verbrechen, es war eine politische Tat." Hinter uns redet der Sicherheitschef mit gepresster Stimme erregt auf den Wachoffizier ein. Wir gehen die Treppe hinunter, erreichen durch mehrere Schleusen das Freie. Die Sonne ist untergegangen.

Von unserem Standort aus, der nur eine Lagerhälfte überblicken lässt, zählen wir neun Wachtürme, die sich gegen den lilablauen Himmel abzeichnen. Eine Essenskarawane zieht an uns vorüber. Vorweg zwei Mann, die einen Suppenkessel tragen. Dann ein Einzelner mit einer hohen, zerbeulten Blechdose in beiden Händen, in ihr ist Vitaminsaft. Dann ein schwerer Karrer mit Essenströgen, zwei Mann stemmen sich in die Deichsel, vier schieben mit tief gebeugtem Oberkörper von hinten. Dann noch ein Karren, auf ihm stehen sechs Fässer mit Milch. Neben den Männern Soldaten mit Maschinengewehren und Knüppeln. Vorn bei den sieben Baracken stehen Wachposten mit Schäferhunden. Die Türen der Baracken sind geöffnet, an ihrer rechten Innenwand ist etwas erhöht ein vergitterter Käfig erkennbar, eine Eisenleiter mit vier Stufen führt hinauf. So ähnlich sahen einmal in manchen Tanzschuppen bei uns die Podeste der Go-Go-Girls aus. Hier steht in dem Käfig ein Soldat, die Maschinenpistole auf die 40 Baracken-Bewohner gerichtet. Wer in der Baracke lebt, sagt der Sicherheitschef, werde bald entlassen. Bald, fragen wir, wann? Na ja, vielleicht in zwei, drei Jahren.

Krächzend sucht ein einzelner Vogel in der verlöschenden Dämmerung sein Nest. Grillen zirpen. Aus den Lautsprechern plärrt Tangomusik. Die Räder der schweren Karren quietschen, zermahlen den Sandboden. Die Kannen scheppern, Requiem auf die einstige Schweiz Südamerikas. - Uruguay.

Bis Ende der sechziger Jahre war Uruguay die Musterdemokratie Südamerikas gewesen. Seine Bürger hatten die größten persönlichen Freiheitsrechte, die perfekteste Sozialversorgung (schon seit 1915 galten Acht-Stunden-Tag und 48-Stunden-Woche), ein unpolitisches Militär. Die

Exportgüter des Landes - Fleisch, Wolle, Häute - bescherten Uruguay in beiden Weltkriegen und während des Koreakrieges ständig wachsenden Reichtum.

Allerdings: Die herrschende Schicht Großgrundbesitzer kümmerte sich nicht darum, Industrie ins Land zu holen, um die wirtschaftliche Basis Uruguays zu verbreitern. Sie verpulverte lieber das Geld - etwa für den Bau einer Prachtavenue aus rosa Basalt in Montevideo, die locker den Gegenwert von vier Fabriken kostete - oder, was noch schlimmer war, sie deponierte ihr Kapital im Ausland.

Der Zusammenbruch der Agrarpreise Ende der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts und ständig steigende Preise für Importprodukte stürzten das Land in die Krise. Eine politische Linke bildete sich. Mit einem nationalistisch-sozialistischen Konzept wollte sie das Land retten: Vergesellschaftung von Boden und Fabriken, Zurückdämmung des Einflusses internationaler, insbesondere amerikanischer Konzerne. Zur linken Szene gehörten seit Mitte der sechziger Jahre auch die Tupamaros -Movimient de Liberación Nacional (Stadtguerilla) - allerdings nur eine Minderheit. Gegründet hatte sie der Jura-Student Raúl Sendic (*1925+1989), der sich als Landarbeiter im Norden Uruguays verdingte und dort einen Hungermarsch der Zuckerrohrarbeiter nach Montevideo organisierte. Er wurde von 1972 bis 1985 - Rückkehr zur Demokratie -in Libertad interniert.

In den ersten Jahren hatten die Tupamaros die Unterstützung der Bevölkerung. Ein Hauch von Robin Hood umgab sie. Sie überfielen Banken und verteilten das Geld an die Armen, fuhren mit Lastwagen voll Brot durch die Elendsquartiere. Sie kidnappten den Chef der Telefongesellschaft, der im Fernsehen die wirtschaftliche Not der Massen geleugnet und erklärt hatte, er komme mit 20 Dollar aus - zehn gingen für Miete ab, fünf für Verpflegung, fünf für Kleidung. Sie steckten ihn in eines ihrer "Volksgefängnisse", filmten ihn beim Reinigen seiner Zelle. Dann besetzten sie während der Vorstellung ein Kino in Montevideo und spulten ihren Film ab. Als Ton lief mit: "Wir zahlen ihm 20 Dollar. Davon behalten wir zehn für Miete, fünf für Verpflegung, fünf für Kleidung."

Die Aktionen der Tupamaros und die Reaktionen der Regierung setzten eine verhängnisvolle Eskalation von Gewalt in Gang. Die Tupamaros verspielten ihren Kredit, als sie immer militanter wurden. Wahllos ermordeten sie Polizisten, die als Wachen vor Amtsgebäuden standen.

Die Regierung rief im Jahre 1971 die Armee zu Hilfe. Innerhalb von drei Monaten konnten die Militärs die ganze Tupamaros-Bewegung ausheben. Einer der Tupa-Gründer, Héctor Amodio Perez, war mit sämtlichen Organisationsunterlagen übergelaufen. Die bürgerliche Regierung wurde die Geister nicht mehr los, die sie gerufen hatte. Die Armee blieb. Im Februar 1973 putschte das Militär gegen den gewählten Präsidenten und erzwang die Aufnahme mehrerer Offiziere in die Regierung. Der Präsident, Juan Maria Bordaberry (1972-1976), durfte der besseren Auslandswirkung wegen im Amt bleiben. Die Militärs hatten Blut geleckt. Jetzt richteten sich ihre Aktionen gegen alle, die sich der Alleinherrschaft der Generale nicht unterwarfen. Die Offiziere erstickten jedes politische Leben. Nur eines schafften sie nicht: besser zu regieren. Inflation und Arbeitslosigkeit erreichten jedes Jahr im vergangenen siebziger Jahrzehnt neue Rekordhöhen.

Vor der Fahrt nach Libertad besuchten wir Aparîco Mendez, seit September 1976 bis 1981 von den Militärs als neuer Präsident eingesetzt. Mendez ist ein Mann von 72 Jahren. Er hat uns nicht viel zu sagen, weil er wenig zu sagen hat. Als er vor einigen Monaten in einem Interview mit der regierungsamtlichen Zeitung "la manana" etliche ausländische Staaten beschuldigten,

Steigbügelhalter des Kommunismus zu sein, leugneten die ums Auslandsecho besorgten Militärs schlicht, dass dieses Interview stattgefunden habe. Die Zeitung musste ein Dementi drucken, das Tonband mit dem Gespräch half nichts. Immerhin, Mendez, einst Professor für Verwaltungsrecht, bewundert im Gespräch mit uns die Bundesrepublik: "Die deutsche Notstandsgesetzgebung ist in unseren Augen die fortschrittlichste der Welt. Wir haben einige Elemente daraus übernommen." Und: "Mir scheint, dass Deutschland das einzige Land der Welt ist, das heute gegen den Terrorismus und der Subversion das exakteste Konzept hat."

Verbittert ist Präsident Mendez darüber, dass der amerikanische Präsident Jimmy Carter (1977-1981) die südamerikanischen Länder beschuldigt, ständig die Menschenrechte zu verletzen. Mendez hält Carter für das Opfer einer "billigen Propaganda". Heftig setzt er sich zur Wehr: "Die Anschuldigung, wir würden die Menschenrechte verletzten, wird von denen vorgebracht, die sie selbst verletzen." Und "Wer uns beschuldigt, dient der Subversion und dem Terror". Mendez ist enttäuscht, dass die westlichen Demokratien nicht im Gegenteil bereit sind, von Uruguay zu lernen. "Wir hatten die Hoffnung", sagt er, "dass unsere Erfahrungen den anderen Völkern dienlich sein würden." In den Ordnungsvorstellungen des uruguayischen Präsidenten heiligt der Zweck die Mittel. Sein Denken, das Denken der herrschenden Clique enthüllt sich in dem Satz: "Freie Wahlen würden Südamerika dem Kommunismus ausliefern." Zum Abschied erklärt uns Mendez die Blumen und Bäume im Park seines Amtssitzes. Er sagt: "Wenn Sie so wollen, bin ich auch ein politischer Gefangener." - Sollte das ein Scherz sein?

Das war mittags. Jetzt ist es zwanzig nach sieben, seit mehr als zwei Stunden sind wir im Lager Libertad. Das Licht flammt auf, riesige Halogenlampen zerren die Dunkelheit vom Gefängniskoloss. Der Kommandant hat noch ein Anliegen. Er möchte uns den Raum zeigen, wo die Gefangenen Besuch empfangen dürfen, zwei Mal im Monat, 45 Minuten. "Sie können sich diese Zeit einteilen wie sie wollen", sagt er, "etwa eine Minute für die Schwiegermutter und den Rest für die Frau." Der Kommandant lächelt. Vor uns der Besucherraum, unterteilt in fünf längliche Kabinen. Sie wirken wie abgeschnittene Zugabteil-Gänge älterer Bauart. Auf der einen Seite der Kabine sitzen die Gefangenen, auf der anderen die Besucher. Direkt miteinander reden aber können Gefangene und Besucher nicht, eine Glasscheibe trennt sie. Sie können nur über Telefone miteinander sprechen. Jedes Wort wird mitgeschnitten. Eine Wandschrift gleich neben einer Alarmglocke mahnt: "Sprechen Sie langsam, ohne zu schreien. Sonst gefährden Sie Ihren Besuch und den der anderen." Beim Auf-Wiedersehen-Sagen darf eine kleine Klappe in der Scheibe geöffnet werden - Gefangener und Besucher dürfen für Sekundenbruchteile einen Kuss austauschen.

Nein, erklärt der Kommandant, Geistliche dürfen nicht nach Libertad. Zu Weihnachten allerdings könnten Gefangene und Angehörige ohne Trennscheibe für eine halbe Stunde zusammensitzen. Und wer von den Gefangenen Kinder habe, dürfe mit ihnen spielen. Auch ohne Trennscheibe. Der Kommandant hat uns vor die Tür begleitet, er zeigt nach links: Wippschaukeln, Rutschbahn und Sandkasten sind in einem Gittergeviert erkennbar. Die Zeit, die ein Gefangener mit seinen Kindern spiele, sagt der Kommandant, gehe allerdings von der Zeit ab, die er für das Gespräch mit seinen anderen Angehörigen habe. 45 Minuten, zwei Mal im Monat.

Wir sagen auf Wiedersehen und werden wieder ausgeschleust. Gitter rucken, Schlösser rasseln, Türen schnappen. Jeder von uns Dreien hat automatisch mitgezählt. Acht Sperranlagen müsste ein Gefangener überwinden wollte er fliehen. Nimmt man seine Zellentür dazu, sind es neun. Früher waren noch auf dem Dach des Hauptgebäudes MG-Nester eingerichtet. Und die Gefangenen mussten auf der linken Seite in Herzhöhe einen weißen Stofffetzen tragen, vorn und

auf dem Rücken. Beides ist inzwischen abgeschafft. Aber noch immer ist der Luftraum über Libertad im Umkreis von zehn Meilen Sperrgebiet. Ein verirrtes Sportflug-zeug wurde erst vierzehn Tage vor unserem Besuch durch MG-Feuer zur Landung gezwungen. Die Zahl der Soldaten wollte der Kommandant nicht nennen. "Genug, um die Sicherheit zu gewährleisten." Es ist inzwischen tiefe Nacht. Graciella, unsere Dolmetscherin, ist merkwürdig still geworden. "Die Gefangenen hatten so traurige Augen", sagt sie. Wir fahren an den letzten Posten vorbei. Die Läufe ihrer Maschinenpistolen zeigen auf uns.

Postscriptum. – Im Jahre 1985 ist Uruguay nach zwölf Jahren Militärdiktatur zur Demokratie zurück-gekehrt. In diesem Zeitraum "verschwanden" 200 uruguayische Staatsbürger spurlos. Darunter befanden sich auch Kinder, die zusammen mit ihren Eltern verschleppt oder von entführten Frauen in geheimen Haftzentren geboren wurden. Zehntausende Menschen sind unter der Militärdiktatur gefoltert und misshandelt worden; nahezu jede dritte Familie des Landes hat ein Folteropfer zu beklagen. Zudem war einer von fünfzig Einwohnern mindestens zeitweise inhaftiert. Gemessen an der Einwohnerzahl (3,3 Millionen) galt Uruguay als der Staat mit den meisten politischen Gefangenen. Nur - auch Jahrzehnte nach der Horror-Herrschaft - eine systematische gerichtliche, intellektuelle, schonungslose Aufarbeitung jener Menschenrechtsverbrechen im Wechselspiel zwischen Ursache und Wirkung - die hat nicht stattgefunden.

Von einigen kurzzeitigen Inhaftierungen abgesehen, wurde kein verantwortlicher Politiker oder Militär für Mord, Folterung, Verschleppung in jenen Schreckensjahren vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Grundlage für die Straffreiheit war ein Gesetz aus dem Jahre 1986 "über die Hinfälligkeit des Strafanspruchs des Staates" nicht zur Verantwortung gezogen. Die sterblichen Überreste von insgesamt 25 Verschwundenen, die seit 1973 sterben mussten, sollen bereits schon im Jahre 1984 ausgegraben und daraufhin verbrannt worden sein. Die Asche sei in der Nähe eines Stadtrandviertels von Montevideo in den Rio de la Plata geschüttet worden. - Paradebeispiel, Spurenvernichtung, Vergangenheitsbewältigung in Uruguay.

In Dorf Libertad, im Departement San José, 51 Kilometer von Montevideo entfernt, wurde gleichsam eine unscheinbare Kontinuität gewahrt. Aus dem einstigen KZ für politische Gefangene wurde ein Sicherheitstrakt für Schwerstverbrecher. Allein im Jahr 2002 erhöhte sich die Anzahl der Todesfälle innerhalb von fünf Monaten auf 14 Häftlinge. Nummer 13 wurde erhängt am Gefängnis-Fenster gefunden, Nummer vierzehn lag erstochen auf seiner Pritsche. Weitere vier Inhaftierte sind nach einer Revolte umgekommen. Sie protestierten gegen Überfüllung, gegen fortwährende Misshandlungen. Zerstörung in Libertad. Behörden schalteten daraufhin den Strom ab, stellten Wasser- und Nahrungsmittelversorgung der Gefangenen ein. Nach Berichten von amnesty international wurden in Libertad vier weitere Tote gesichtet. Dem zuständigen Innenminister Guillermo Stirling (1998-2004) zufolge hätten sie Selbstmord begangen oder seien umgekommen, als die Insassen "alte Rechnungen untereinander beglichen". Von den Medien befragt, verwechselte der Minister ein Gefängnis mit einem anderen. "Aber letztendlich", so befand er als Rechtfertigung sozusagen, "was soll's, ob alte oder auch moderne Sicherheitsgebäude tun nichts zur Sache, weil sich überall die Wärter nur noch in die Zelle trauen, wenn die Gefangenen gerade ihre Runden auf dem Hof drehen."

1978

Die bösen Geister in Deutschland

Freiheit in Deutschland – Die Feinde der Verfassung

Sowjetunion (1) Staatspräsident in Prag ist geisteskrank

Sowjetunion (2) „Ich schäme mich, ein Psychiater zu sein“

Sowjetunion (3) Leidensweg des Generalmajors Pjotr Grigorenko

Die bösen Geister in Deutschland

Deutschland in diesen Jahren. Das passiert ganz unspektakulär in dieser Republik, vergiftet das ganze Land. Auf der manischen Suche nach Radikalen spähen Verfassungsschützer Pastoren aus, bespitzeln Schüler ihre Lehrer, Bürger denunzieren ihre politischen Gegner von neben an, Betriebe durchleuchten die politische Gesinnung ihrer Arbeiter. Und selbst Linke verpfeifen immer wieder andere Linke. Brunnenvergiftungen vielerorts. Einschüchterungen ... ...

Stern, 27. Juli 1978

Für Alt-Nazi Kurt Ziesel (*1911+2001) , Herausgeber des ultrarechten "Deutschland-Magazin", sind Schriftsteller wie Heinrich Böll und Günter Grass "die geistigen Bombenwerfer". Der konservative Publizist Matthias Walden (*1927+1984) darf mit höchstrichterlicher Billigung weiter behaupten, Böll habe den Boden des Terrrorismus bereits durch "den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt". Gerhard Mayer-Vorfelder, Finanz-Staatssekretär in der Stuttgarter Landesregierung (1974-1976), hat den Nobelpreisträger Heinrich Böll aufgefordert, "das Land zu verlassen". Bremens CDU-Fraktionschef Bernd Neumann will für die exaltierten Verse des Lyrikers Erich Fried gleich die Endlösung; "Gedichte, wie die von Fried, gehören eigentlich verbrannt."

Der CDU-Pauker Neumann, ein Radikaler im öffentlichen Dienst, der nicht vom Radikalenerlass betroffen ist, beweist, wie weit es nach sechs Jahren Radikalenerlass gekommen ist. Der radikale Erlass hat nicht nur über zwei Millionen junge Leute der Gesinnungsüberprüfung unterworfen und über 4.000 Bewerbern für den öffentlichen Dienst Berufsverbot eingebracht. Die geistigen Auswirkungen der Berufsverbote haben auch das politische Klima der Bundesrepublik nachhaltig vergiftet. Unter dem Vorwand, der Staat müsse gegen Linksextremisten geschützt werden, treiben Verleumder und Denunzianten in allen Gesellschaftsbereichen ihr Unwesen. Zu ihren Opfern werden Lehrer, Pennäler oder Elternräte in den Schulen, Professoren an Universitäten, Manager, Angestellte und Betriebsräte in den Unternehmen, Pastoren und Gemeindehelfer in Kirchen. Der Radikalenerlass sortiert sie zur Linken wie zur Rechten - danach gibt es nur noch "Feinde" und "Freunde" der Verfassung.

Bei den Schulbüchern ist der Radikalenerlass um eine subtile Variante bereichert worden. Zwar war es immer schon üblich, neue Schulbücher im Genehmigungsverfahren der Ministerien auch daraufhin abzuklopfen. ob ihre Inhalte die "freiheitliche demokratische Grundordnung" (FDGO) bejahen. Doch in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden seit 1975 immer mehr bisher erlaubte Lesestoffe einer rigorosen Nachzensur unterworfen.

Dabei handelt es sich nicht etwa um die antiquierte Geschichtsschreibung, die teilweise immer noch von den "polnisch besetzen Gebieten" zwischen Oder und Neiße ausgeht (Auer Verlag, Donauwörth, 1974) , sondern um bundesdeutsche Zeitgeister, die sich einen gesellschaftskritischen Blickwinkel angeeignet haben.

So war "Brenders Deutsches Lesebuch, Bände 1-5", an den Gymnasien fast aller Bundesländer - auch in Bayern - eine Art Pflichtlektüre. Mit Schreiben vom 28. November 1977 forderte das bayerische Kultusministerium den renommierten Crüwell-Verlag in Dortmund auf, mehrere Texte auszumerzen, anderenfalls könne das Buch nicht mehr als Unterrichtsmaterial verwendet werden.

Anstoß genommen hatten die Münchner Kulturhüter an Wolf Biermanns "Ballade von dem Briefträger William L. Moore aus Baltimore". Im Untertitel heißt es: "Er protestierte gegen die Verfolgung der Neger, er wurde erschossen nach einer Woche." Biermanns Dichterkollege Hubert Fichte verärgerte die Bayern mit einer lyrischen Groteske über Festtags-Konsum: "Wenn die Weihnachtsmänner umgepresste Osterhasen sind, dann sind die Osterhasen umgepresste Weinachtsmännerosterhasen." Ein Essay des in London lebenden österreichischen Lyrikers Erich Fried (*1921 +1988) flog raus, weil es darin heißt: "Zu den Steinen hat einer gesagt: seid menschlich. Die Steine haben gesagt: Wir sind noch nicht hart genug." Auch eine harmlose Industrie-Reportage von Günter Wallraff passte nicht in die bayerischen Lehrpläne.

In Rheinland-Pfalz strich das Kultusministerium aus dem Buch des Frankfurter Hirschgraben-Verlages "Lesen - Darstellen - Begreifen", Ausgabe C für das 8. Schuljahr, Beiträge von Schriftstellern wie Bernt Engelmann ,(*1921+1994), - "Der König von Saarbein", ein Beitrag über die soziale Lage der Arbeiter um die Jahrhundertwende - , Peter O. Chotjewitz ("Malavita") sowie des Liedermachers Franz Josef Degenhardt ("Wiegenlied und Deutscher Sonntag").

Die Regierung des Ministerpräsidenten Hans Filbinger (*1913+2007) in Stuttgart indes legte eine noch schärfere Gangart vor. Sie traut ihren Lehrern künftig keine eigene Beurteilung des Unterrichts mehr zu. Schuldirektoren sollen das Lehrmaterial neuerdings vorzensieren - wohlbemerkt für Pädagogen, die bereits beim Verfassungsschutz im politischen Gesinnungs-TÜV waren und mit der begehrten FDGO-Plakette versehen wurden. Dennoch sieht das Kultusministerium weiterhin die Gefahr, "dass Schüler einseitigen Versuchen der Indoktrination" ausgesetzt sind.

Mit dem Grundsatzbeschluss des baden-württembergischen Ministerrats vom 18. Oktober 1977 wurde im "Muster-Ländle" ein Verfahren eingeführt, wonach "die Lehrer die Verwendung ergänzender Unterrichtsmaterialien der Schulleitung" zu melden haben, "um Missbrauchskontrollen zu erleichtern". Gleichzeitig wurden die Eltern ermuntert, "Verstöße und Missbräuche" anzuzeigen. Jene Eltern, die eigentlich vertrauensvoll mit den Pädagogen zusammenarbeiten sollen, werden von Amts wegen als Aufpasser eingesetzt.

Eine Aufgabe, die die bayerischen Katholikenräte schon freiwillig übernommen haben. In ihrer Zeitschrift "Die lebendige Zelle" fordern sie Eltern auf, gegen "Zwangssexualisierung" und "politische Ideologisierung" ihrer Kinder vorzugehen. Was für die Katholikenräte im Schulalltag bedeutet: Eltern sollen die im Unterricht verwandten Texte als "Beweisstücke" ans Kultusministerium schicken, wenn ihnen irgendein Inhalt suspekt erscheint.

Die durch die Radikalen-Debatte ausgelöste und durch konservative Politiker geschürte Ängstlichkeit, die Schulen könnten bereits von "verfassungsfeindlichen Lehrern" unterwandert sein, hat im niedersächsischen Regierungsbezirk Osnabrück ebenfalls zu einem generellen Beschluss der Schulräte geführt, die damit die Anzeigepflicht verdächtigter Pädagogen festgelegt haben. Darin heißt es: "Bei Bekanntwerden von nicht verfassungskonformen Aktivitäten ist sofort Meldung zu erstatten, insbesondere dann, wenn solche Aktivitäten in Form von ideologischer, unmoralischer oder glaubensfeindlicher Beeinflussung im Unterricht festgestellt werden." Ob Eltern, Schulräte oder gar die Regierungen den Unterricht engagierter Lehrer mit "nachrichtendienstlichen Mitteln" ausspähen - der SPD-Politiker und Ex-Studienrat Erhard Eppler (1968-1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) sieht schon seit längerem einen klaren Trend zur Resignation: "Es ist in manchen Lehrerzimmern schon ruhig geworden. Manche Pädagogen ziehen es vor, ihre Ansichten zu verschweigen, weil ein Klima des Misstrauens, der Heuchelei und der Unfreiheit herrscht."

Dem vorausgegangen war im Frühjahr 1977 eine bundesweite "Aktion Schulbuch" des CDU-Wirtschaftsrates. Unter dem Motto "Wachsamkeit - Preis der Freiheit " (Seite 1) oder "Machen Sie mit bei der Verteidigung unserer Ordnung" (Seite 2) forderten die CDU-Unternehmer Schüler, Eltern und Freunde auf, in einen Fragebogen "bedenkliche Buchpassagen" aus dem Unterricht und den Namen des Lehrers einzutragen. Denn für den Initiator, CDU-MdB Philipp von Bismarck (*1913+2006), "geht der Marsch durch die Linken auch durch die Schulen und Schulbücher". Was ihn stört: sozial engagierte Lehrstoffe oder die Verwendung des Kürzels "BRD" für "Bundesrepublik Deutschland".

Parallel zum CDU-Wirtschaftsrat hatte außerdem eine Arbeitsgruppe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) 270 Schullektüren durchforstet. Sie gab folgende Empfehlung: Zum "Bestandsschutz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegen emanzipatorische Schulbuchproduktionen" müsse insbesondere der Arbeitskreis Schule/Wirtschaft entgegenwirken, um die unter der Jugend verbreitete "ungesunde Skepsis und die dadurch entstandene Arbeitsunlust" abzubauen.

Und zu guter Letzt nahm sich das Institut der Deutschen Wirtschaft (IDW) 40 Sozialkundebücher vor. Seine Analyse: " Statt sachlicher Informationen enthalten viele Schulbücher klischeehafte, ungenaue Darstellungen, die durch Vorurteile genährt werden."

Das politische Ziel für die bundesdeutschen Unternehmer hat CDU-MdB Philipp von Bismarck (*1913+2006) in seinem Schreiben vom 15. März 1977 an die Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrates abgesteckt. "Es geht uns darum, der weiteren Diffamierung und Denunzierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den Schulbüchern und anderen Lehrmaterialien nicht länger tatenlos zuzusehen. Wir wollen durch Eigeninitiative eine Tendenz zum Besseren mit herbeiführen. Die Stunde für eine solche Aktion ist in der gegenwärtig labilen bildungspolitischen Lage günstig ...".

Vorbei ist es mit der Aufbruchstimmung, die vor zehn Jahren die Bildungspolitik erfasst hatte. Unter dem Begriff Chancengleichheit sammelten sich Pädagogikstudenten von damals, forderten Durchlässigkeit der traditionellen Schultypen von Gymnasium, Real- unmd Volksschule, engagierten sich für ein flexibles Kurssystem, das den einzelnen Schüler nach seiner individuellen Begabung fördert. Gesamtschulen entstanden, der Vorschul-Unterricht wurde populär, Deutsch avancierte für Gastarbeiter-Kinder zum Pflichtfach, und neue Lehrpläne sollten den Unterricht alltagsnäher und berufsbezogener gestalten (Gesellschafts- und Sozialkunde). In jeder Zeit ereignete sich in dem bildungspolitischen Entwicklungsland Bundesrepublik ein Novum: allmählich setzte sich auch Englisch als erste Fremdsprache an den Volksschulen durch.

Heute dagegen, so sehen es zumindest für Unternehmerverbände, sollen die Reformansätze wieder zurückgeschraubt werden. Um ihr Image an den Schulen zurechtzurücken, lässt die Industrie- und Handelskammer in Koblenz in den nächsten zwei Jahren zwölf Filme über die "Grundlagen der Marktwirtschaft" drehen. Kostenpunkt: 250.000 Mark; Vorführungsort: Gymnasien, Real- und Hauptschulen. "Ein richtungsweisendes und in der Bundesrepublik Deutschland einmaliges Projekt", schreibt Kammerpräsident Ludwig am 13. Mai 1978 an die Unternehmer. Außerdem können die Spenden "als Betriebsausgaben steuerlich geltend gemacht werden".

Zum Rüstzeug der Unternehmer gehört ebenfalls ein Buch des Marktwirtschafts-Professors Wolfram Engels (*1933+1995) "Mehr Markt". Der CDU-Wirtschaftsrat kaufte gleich 10.00 Exemplare auf (Buchhandelspreis 16,80 Mark) und verschickte einen großen Teil als "gesellschaftspolitisch geeignetes Lehrmaterial an die Ortsverbände der CDU-nahen Schüler-Union, damit die Pennäler es mit andersdenkenden Lehrern aufnehmen können.

Und in kulturkämpferischer Manier warnte die "Niedersächsische Wirtschaft", das Verbandsorgan der Industrie- und Handelskammer Hannover/Hildesheim, Ausgabe Nr. 5/77 vor der neuen Schüler-Generation, die sich im Herbst 1977 bei den Firmen bewarb: "Man muss wissen, dass in Niedersachsen der erste Jahrgang der Gesamtschulen in die Betriebe zur Ausbildung drängt - ein Jahrgang der vielerorts Jahre planmäßig in Konfliktpädagogik trainiert worden ist von Lehrern, die sich nach eigener Aussage als Agenten einer totalen Gesellschaftsveränderung verstehen. Welche Saat wird in den Betrieben, die Gesamtschulabgänger aufzunehmen gedenken, aufgehen?

Für manche Jugendliche ist der Grabenkrieg der Erwachsenen zum Vorbild geworden - und zwar in der Schule. An der hessischen Gesamtschule Friedberg verteilte die Junge Union Fragebögen an die Schüler: "Hast Du Respekt vor Deinem Schulleiter?" - "Kommst Du Dir als Versuchskaninchen vor?" - "Wirst Du von Deinem Lehrer politisch beeinflusst?"

In Hamburg hatte der 16jährige Johannes Barwinkel*, Aktivist der Jungen Union, nach einer Unterrichtsstunde zum Thema Terrorismus Fantasie und Wirklichkeit durcheinandergebracht. Er erzählte seinen Eltern - beide sind engagierte CDU-Leute -, sein Lehrer Wolfgang Breyer habe Formulierungen des früheren Anarchisten-Anwalts Horst Mahler (*1936 - Gründungsmitglied der terroristischen Rote Armee Fraktion [RAF] 1970, seit 2003 vorbestrafter Rechtsextremist und Antisemit) vorgelesen. Ohne Nachprüfung steckten die empörten Barwinkel der Hamburger CDU den "Terrorismus-Tip". Die Christdemokraten starteten daraufhin in der Vorwahlkampf-Phase der Bürgerschaftswahl 1978 im Hamburger Stadtparlament eine Große Anfrage. Die Opposition wollte vom SPD/FDP-Senat wissen, ob der Schulsenator endlich gegen Lehrer vorgehe, die Schüler "im linksradikalen Sinne indoktrinieren". Die Bild-Zeitung kam am nächsten Morgen mit der Schlagzeile heraus: "Skandal an Hamburger Gymnasium".

Nur einer blieb ahnungslos: der betroffene Pädagoge Breyer. Er las an diesem Morgen keine Bild-Zeitung. Erst der Schüler Barwinkel klärte den arglosen Lehrer über seine taufrische Popularität auf: "Sie sind ja gestern in der Bürgerschaft groß als Radikaler erwähnt worden."

Die Folge der CDU-Anfrage: Lehrer Breyer geriet in den Schraubenstock der Schulbürokratie. Sein Quellenmaterial, seine persönlichen Aufzeichnungen wurden durchleuchtet. Gespräche mit Kollegium, Vortrag beim Direktor, Vorladung in der Schulbehörde. Monat um Monat verging. Der "Sympathisant Breyer hatte Angst: "Ich war verunsichert, denn ich wusste nicht, was aus meinem Fall wird."

Erst nach einem Vierteljahr rehabilierte die Schulbehörde den Pädagogen mit dem lapidaren Hinweis, er habe neben dem Spiegel auch das CSU-Organ Bayerkurier im Unterricht verwandt. Deshalb könnte von einer "linksradikalen Indokrination" nicht die Rede sein.

In Düsseldorf ging die CDU-nahe Pennälertruppe "Bund Demokratischer Schüler" (BDS) vom Comenius-Gymnasium 1976 gleich direkt den Verfassungsschutz an. Der BDS-Vorstand machte im Jahre 1976 durch markige Sprüche auf sich aufmerksam, nachdem er sich entschlossen hatte, auf eigene Faust auf Radikalen-Hatz zu gehen.

Unter der Kampfparole "Gebt dieser linken Meute in Zukunft eine deutliche Absage" durchkämmten die Oberprimaner Schulklassen und Lehrerkollegium nach "Verfassungsfeinden". Ihr Anführer war der Schüler Hubertus Reygers.

Als einmal DKP-Jugendliche und Juso-Schüler auf einer Versammlung gegen die CDU-Schüler Rabatz machten, liess Reygers Polizei in Mannschaftswagen anrücken. Er meldete auch ahnungslose Schulkameraden, die bei den Jungsozialisten mitmachten, dem Verfassungsschutz. Denn für ihn sind Juses "verkappte Kommunisten".

Im Herbst 1975 leitete Reygers Freund Christian Fischer über einen Mittelsmann ein Dossier an den Verfassungsschutz - und hatte in einem Fall Erfolg. Die Verfassungsschützer legten eine Akte über den linksorientierten Kunsterzieher Henning Brandis an. Vermerk des Verfassungsschutzes: "Anonym zugesandt".

Als der Spitzelfeldzug ruchbar wurde, wandte Reygers sich auf einem CDU-Briefbogen ("sicher, sozial und frei") an die Öffentlichkeit. Unter der Überschrift "SPD-Ortsverein kämpft für Kommunisten" kündigte der CDU-Schüler weitere Denunziationen an: "Der Bund Demokratischer Schüler greift zum letzten gravierendsten, aber für jeden echten Demokraten völlig legitimen Mittel: er informiert das Bundesamt für Verfassungsschutz."

Die CSU-nahe Schüler-Union in München ermahnte den bayerischen Kultusminister Hans Maier (1970-1986), "verfassungsfeindlich eingestellte Lehrpersonen an der Bundeswehr-Hochschule zu überprüfen, denn Bundeswehr-Schüler haben ebenso wie andere Schüler das eigentlich selbstverständliche Recht auf einen ideologiefreien verfassungsbejahenden Unterricht".

Zum Beweis ihrer Vermutung präsentierten die Union-Schüler der Öffentlichkeit eine Dokumentation über den Bundeswehr-Hochschullehrer Karlheinz Geißler. Sie fasst Äußerungen zusammen, die der Professor vor bereits acht Jahren gemacht haben soll. Demnach hatte Geißler in seiner Streitschrift "Gegen die positivistischen Bestrebungen in der Pädagogik" Stellung bezogen und gefordert, dass sich der "Wandel des Selbstverständnisses der Pädagogen und Erzieher vom gesellschaftsstabilisierenden zum gesellschaftsverändernden Moment" hin entwickeln müsse.

Auch habe der Professor für das Publikumsorgan "Initiativgruppe Fachschafts- und Sozialpädagogen" verantwortlich gezeichnet - und zwar mit der Adresse des damals "linksextremen" Asta in der Münchner Leopoldstraße 15.

Einer der Mitväter des Radikalenerlasses, Willy Brandt (*1913+1992), fürchtet inzwischen, die Bundesrepublik könne ein Land werden, "in dem der Vater dem Sohn misstraut, der Nachbar den Nachbarn beargwöhnt, die Organe des Staates die Bürger ausspähen". Indes: Die Wirklichkeit hat Brandts Besorgnis schon längst eingeholt.

Eingeholt, weil es für die Staatsspäher mittlerweile kaum noch einen Tabubereich gibt und ihnen kaum noch eine zweifelhafte Methode unzulässig erscheint. Für den baden-württembergischen SPD-Landeschef Erhard Eppler (1973-1981) "ist in der Bundesrepublik ein unheimlicher Prozess in Gang gekommen, der eine ganze Generation in Gegensatz zum demokratischen Staat zu drängen droht."

Schulkinder, die nur einen unkonventionellen Gedanken äußern oder sich radikal gebärden, laufen Gefahr, in den Computer des Verfassungsschutzes eingespeist zu werden. Bayern Innenminister Alfred Seidl (*1911+1993) hat zugegeben, dass etwa 250 Schüler in Geheimakten des Verfassungsschutzes stehen. Und sein Pressesprecher Frieling hat sogar eingeräumt, dass auch Schüler als Spitzel angeheuert wurden. Die Voraussetzung: Sie müssen volljährig sein. Dieses Kriterium erfüllte die inzwischen 20jährige Marianne Weiß aus München schon 1977. Dabei führte ihr Weg nicht direkt zum Verfassungsschutz, sondern zunächst zur Studienberatung der Universität München. Sie wollte nämlich wissen, welche Möglichkeiten es überhaupt noch für den ohnehin schon überlaufenden Lehrerberuf gibt. Marianne Weiß: " Mir wurde gesagt, wegen meiner Funktion als Schulsprecherin sei mit Sicherheit eine Akte beim Verfassungsschutz vorhanden, die mir wahrscheinlich keinen Chance gebe. Beamtin zu werden."

Doch mit der Studienberatung in Sachen Radikalen-Erlass gab sich die blondgelockte Abiturientin nicht zufrieden. Sie ging zum Verfassungsschutz und wurde von einem "Herrn Speer" empfangen. Zwar bestritt Staatsschützer Speer die Existenz einer Akte, zeigte sich aber gleichwohl zutraulich, dass er Marianne Weiß als "Informationsschlepperin" engagieren wollte. "So für 200 bis 300 Mark monatlich." Denn für den Verfassungsschutz zu arbeiten, sei immer sinnvoll. Sie könne "ihren politischen Aktivitätem freien Lauf lassen" - also weiterhin radikal sein -, und ihr würde daraus kein Nachteil entstehen. Marianne Weiß lehnte ab, über Schüler und Lehrer aus der Vergangenheit auszupacken und künftig ihre Kommilitonen und Professoren auszuspähen.

Der fragwürdige Grundsatz des FDGO-Statthalters Alfred Seidl, "für den politischen Extremisten darf es keinen Freiraum geben", bleibt jedoch nicht nur auf Bayern beschränkt. In Essen bestätigte auf einer Veranstaltung Ministerialrat Seichter, Öffentlichkeitsarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, auch Daten und Angaben über Homosexuelle würden systematisch in den zentralen NADIS-Compuer (Nachrichtendienstliches Informationssystem) eingegeben und ausgewertet, wenn die betreffenden Personen Kontakte mit "geheimhaltungsbedürftigen" und "sicherheitsempfindlichen" Bereichen haben. Die Essener Homo-Gruppe "RAGE" vermutet hinter den Schnüffelaktivitäten vielmehr "den klammheimlichen Aufbau einer Riesen-Schwulenkartei, gegen die die früheren Registraturen nach dem Strafrechtsparagrafen 175 harmlose Zettelkästen gewesen sein dürften". Eine gesellschaftliche Diskriminierung, die mit der Liberalisierung des Sexualstrafrechts abgeschafft schien, hat demnach bei den Verfassungsschutzämtern immer fortbestanden. Wahrscheinlich deshalb, um eine vermeintliche "Erpressbarkeit" für die Behörden oder für andere Organisationen auszuloten.

Im Grundgesetz garantierte Freiheitsspielräume wie die freie Berufswahl werden selbst von staatlichen Institutionen unterlaufen, die in der Öffentlichkeit von ihrem sozial-humanitären Anstrich leben und bei denen es niemand ohne weiteres vermuten würde - den Jugendämtern. Seit Jahrzehnten kursieren unter den jeweiligen Jugendbehörden der Bundesländer, zwischen Waisenheimen, Erholungsstätten und Kindergärten "schwarze Listen" über unbequeme oder missliebige Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen, die wegen permanenten Zuspätkommens entlassen worden sind; Sozialpädagogen, die politisch zu kritisch waren, Heimerzieher, die eigenwillig ihre Ziele verfolgten - sie alle landen auf der "Schwarzen Liste", die im Amtsjargon "Warnmitteilung" heißt. Natürlich nicht nur mit Namen, sondern auch mit den entsprechenden Informationen. So kann sich der Sozialarbeiter Roland Ferner* aus Buxtehude bewerben, wo er will, Zeugnisse und Referenzen einreichen. Eines ist ihm sicher: das heimliche Dossier eilt seinem Schreiben schon voraus."Es wird gebeten, vor einer etwaigen Einstellung bei der Regierung in Lüneburg nachzufragen." Denn spätestens beim Rausschmiss oder der Kündigung lassen die Heimleiter ihre "Warnsignale" los. Von dieser Praxis erfährt der Betroffene nichts. Er kann folglich auch keinen rechtlichen Einspruch geltend machen, weil er nicht einmal weiß, welche Fakten über ihn zusammengetragen worden sind. Und - dass die Heime sich bei Einstellungen neuer Fachkräfte ausschließlich auf die "Schwarze Liste" verlassen und danach die Bewerbung beurteilen, gesteht der für Niedersachsen zuständige Ministerial Klaus Rauschert ein. "Über die Warnmitteilung hinaus informieren sich die Dienstvorgesetzen leider nicht."

Eine Gepflogenheit, die einem Verfassungsschützer kaum passieren würde. Wenn es um diskrete Informationen geht, beauftragt der Verfassungsschutz selbst Verfassungsfeinde, unbescholtene Bürger zu überwachen. So wurde der Kommunist Wolfgang Wenzel, Vorsitzender des Kreisjugendausschusses in Minden, vom NRW-Verfassungsschutz genötigt, Jugendorganisationen auszuspähen. Der Verfassungsschutz drohte dem DKP-Mann Wenzel Berufsverbot an, wenn er nicht als Spitzel arbeite.

Der Krankenpfleger ging deshalb zum Schein auf das Verlangen ein. Als der Fall aufflog, musste der Verfassungsschutz zugeben, dass er nicht nur Jugendverbände, sondern auch Gewerkschaften beobachten lässt. Dabei kann schon "so eine Panne wie der Fall Wenzel" vorkommen, erklärte der Präsident des NRW-Landesamtes für Verfassungsschutz, Christoph Graf von Hardenberg.

Das Bespitzeln von Nachbarn oder politischen Gegnern wird immer öfter zum Bürger-Hobby. Seit jeher hat der Handelsvertreter Herbert Land "in seinem Leben nichts mehr gehasst als die Kommunisten". Der Radikalenerlass gab dem CDU-Mitglied Land und dessen Frau Gisela die Rechtfertigung, eine Berufsverbots-Kampagne gegen den 36jährigen Bernhard Hanfland zu starten, einen Realschullehrer, der mit dem Mao-orientierten Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) sympathisierte. In der Schule verhielt sich der Pädagoge politisch neutral.

Der 42jährige Land kannte den denunzierten Pädagogen nur vom Sehen. Lands Kinder besuchten die Realschule Chorweiler, an der ihr Vater in der Schulpflegschaft mitwirkte und Lehrer Hanfland Sozialkunde und Sport unterichtete. Anfang 1976 nahmen Herbert und Gisela Land eine Unterschriftenaktion gegen § 218 zum Anlass, Hanfland zu beobachten und Erkenntnise über ihn zu sammeln. An einem Sonnabendmorgen verteilte der Lehrer vor einem Spupermarkt im City-Center Flugblätter für sein politisches Grüppchen. CDU-Land nahm eines mit und sah rot.

Anfang November 1976 schrieben die Lands aufgebracht an den Kölner Regierungspräsidenten. "Wie lange wird uns und unseren Kindern in der Realschule Chorweiler dieser 'Totengräber ' der Demokratie noch zugemutet? Was muss geschehen. um den 'Pädagogen' Hanfland aus dem Schuldienst zu entfernen? Können wir Eltern diesem 'Prediger' einer neuen kommunistischen Weltordnung unsere Kinder noch länger anvertrauen? ... Die Schule in Chorweiler muss wieder das werden, was sie von ihrem Auftrag her ist, und kein Tummelplatz für kommunistische Agitatoren."

Doch um Lehrer Hanfland zu feuern, mussten nachhaltigere Beweise her. Herbert Land. "Vier Monate habe ich fast nichts anderes gemacht, als diesen Typ zu beobachten. Dann hatte ich alles zusammnen." Gemeinsam mit der Politischen Partei, dem 14. Kommissariat, ging Land häufig auf Schnüffeltour. Flugblätter und Broschüren wurden eingesackt, Fotos geschossen - mal mit der Profi-Kamera der Polizei, mal mit Lands Mallorca-Agfamatic.

Gegen Hanfland wurde anoynm ein Strafantrag wegen Volksverhetzungen gestellt (14.K.Tgb.-Nr. 2434/76). Darin wurde dem Lehrer vorgeworfen, am 2. Februar 1976 in Köln-Seeberg, Karl-Marx-Allee, Flugblätter mit der Überschrift "Die Schule gehört in die Hand des Volkes" verteilt zu haben.

Schließlich zeigte sich der Erfolg. Der Regierungspräsident in Köln belegte Bernhard Hanfland mit dem Berufsverbot, weil dieser "die Zweifel nicht ausräumen konnte, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten" - Proteste von Eltern der Hanfland-Schüler, die von den pädagogischen Qualitäten des Lehrers überzeugt waren und sich an dessen außerschulischem Sektierertum nicht störten, nutzten ebensowenig wie Eingaben der Lehrerkollegen.

Vom Erfolg mit dem Schulrausschmiss berauscht, schrieb CDU-Mitglied Herbert Land einen Brief an CSU-Chef Franz-Josef Strauß (*1915+1988). Er beschwerte sich darüber, dass er in seinem CDU-Landesverband zu wenig Unterstützung bei der Jagd auf Kommunisten finde. Der Leiter des CSU-Büros, Dr. Wilhelm Knittel, antwortete am 17. 10. 1977 und bedankte sich im Auftrag von Herrn Strauß für den Land-Brief. Er sprach die Hoffnung aus, "dass es Ihnen, sollten sich ähnliche Fälle in Ihrer Gegend wieder ereignen, gelingt, doch noch die tatkräftige Unterstützung von örtlich oder sachlich zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten der CDU zu finden."

Im Grundgesetz-Artikel 3 unseres "freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates" heißt es: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." Der KBW, mit dem der gejagte Ex-Pädagoge und jetzige Hilfsarbeiter Hanfland sympathisiert, ist bis heute nicht als verfassungswidrig verboten.

Unter den Augen der Öffentlichkeit, doch von ihr nahezu unbemerkt, gerät die westdeutsche Szene immer mehr zum Tribunal gegen die Freiheit. Sie registriert Bürger-Denunziationen und Staatsübergriffe als vereinzelte Pannen - der Überblick fehlt, um das Dominospiel zu erkennen, das aus einem Verfassungsstaat freiheitlicher Grundordnung eine autoritäre Staatsverfassung mit gegenseitiger Bespitzelung seiner Bürger macht.

Die Auswirkungen der Radikalendebatte haben auch das politische Klima in der Kirche nachhaltig beeinflusst. Heute geht es schon längst nicht mehr um vermeintliche "Verfassungsfeinde". Schon werden Pastoren an den Rand der Legalität gedrängt, deren kirchliches Verständnis sich nicht mit der vorherrschenden Meinung deckt. Der Norderstedter Pfarrer Theodor Lescow ist zur Zielscheibe heftiger CDU-Attacken geworden, weil er auf der Suche nach der Wahrheit am Karfreitag 1977 eine unbequeme Meinung von sich gegeben hat. "Die Baader-Meinhof-Hysterie würde bei uns sicher nicht so hohe Wellen schlagen, wenn wir hier nicht ein paar Menschen gefunden hätten, an denen wir alle unser schlechtes Gewissen abreagieren können."

Statt das Gespräch mit dem Pfarrer zu suchen, entfachte der CDU-Ortsverband mit Rückendeckung des Kieler Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg (*1928+2001) eine Hetz- und Rufmordkampagne: "Dieser Pastor predigt nicht mehr das Wort Gottes, sondern das des Teufels". erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Würzbach (1976-2002). Und in einem Flugblatt stachelte die Unionspartei die Gemeindemitglieder gegen den Pfarrer auf: "Von Staeck bis Wallraff, vom Halmkriminellen RBJ bis zur linksgesteuerten Anti-Atom-Initiative - sie alle trafen und treffen sich dort. (Schalom-Gemeindeaus, d. Verf.) Und Herr Lescow gibt seinen 'Segen' dazu." Und prompt schreibt die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung im Oktober 1977, Lescow "verunglimpfe als linksextremer Pfarrer die Union".

Wie erfolgreich der Unionsbeschluss ist, beweist die Reaktion der nordelbischen Kirchenleitung in Kiel. Sie hat dann auch dringend den Pastor aufgefordert, seine Äußerung in aller Form zurückzunehmen" und Lescow an das Pfarrgesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands erinnert, die jedem Seelsorger vorschreibt, "die Grenzen zu beachten, die sich für Art und Mass seines politischen Handelns ergeben". Dabei haben die Kirchen-Oberen keine Scheu vor doppelbödiger Argumentation. Zwar verkünden sie, dass ihnen "in jüngster Zeit ein Klima zunehmender gegenseitiger Verdächtigungen Sorge bereite", gleichzeitig aber schreckt diese Sorge die nordelbische Kirchenleitung nicht ab, mit einem spektakulären Polizei-Großeinsatz das Hamburger Martin-Luther-Haus der evangelischen Studentengemeidne (ESG) räumen zu lassen. Anlass für die Polizeiaktion war die friedliche Besetzung des Hauses durch ESG-Mitglieder,die über die Schliessung ihres wöchentlichen Treffpunkts während der Semesterferien im Foyer diskutieren wollten.

Die friedliche und gelassene Stimmung dieses Treffens veranlasste die Polizei, sich dezent zurückzuhalten. Doch die Kirchenbürokratie heizte den Konflikt unnötig an. Mit einem Strafantrag wegen Hausfriedensbruch zwang sie die Polizei zur Räumung des Gebäudes. In den frühen Morgenstunden des 20. Juli 1978 nahmen 50 Polizisten daraufhin 35 übernächtigte Jugendliche fest, um sie erkennungsdienstlich zu behandeln. Auf diesen ersten Polizeieinsatz gegen kirchliche Protestgruppen in Hamburg reagierte die Mehrheit der Pastoren einhellig. "Man fasst es nicht". Freiheit in Deutschland - Amen.

FREIHEIT IN DEUTSCHLAND - "DIE FEINDE DER VERFASSUNG"

Im Ausland geschätzt, im Inland verhetzt: Der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll (*1917+1985) befürchtet, dass in der Bundesrepublik "Freiheit und Demokratie" langsam im Namen von Freiheit und Demokratie" erstickt werden. Ungestraft darf Heinrich Böll als "geistiger Bombenwerfer" und als Sympathisant der Terroristen genannt werden. Der vom Radikalen-Erlass geweckte Ungeist vergiftet das ganze Land: Schüler bespitzeln ihre Lehrer, Bürger denunzieren ihre politischen Gegner von nebenan. Betriebe durchleuchten die politische Haltung ihrer Arbeiter. Und selbst Linke verpfeifen andere Linke.

"Verfassungsfeind" - das ist Mitte der siebziger Jahre ein neuer Begriff, den kein deutsches Gesetz kennt oder unter Strafe stellt. Der Verfassungsschutz hat ihn erfunden und seit 1972 zum Bestandteil des deutschen Alltags gemacht: Millionen junger Leute wurden seither auf ihre politische Gesinnung überprüft; über viertausend blieben auf der Strecke. Sie wurden mit einer in der freien Welt einzigartigen Maßnahme belegt - dem Berufsverbot.

stern , Hamburg - 27. Juli 1978

Seinen Lebensweg hatte sich Fritz Güde einmal ganz anders vorgestellt. Er wollte ein passionierter Pauker sein, der seine Schüler erfolgreich zum Abitur führt und die Eltern von seinem pädagogischen Fähigkeiten überzeugt.

Wenn um acht Uhr morgens im Lessing-Gymnasium in Karlsruhe die Schulglocke läutet, kann sich Studienrat Fritz Güde in der Wohnung gegenüber noch einmal umdrehen und eine Runde weiterschlafen. Denn seit vier Jahren hat der Lehrer für Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde - Berufsverbot. Der 42jährige Wohlbeleibte mit Stirnglatze und Kassenbrille kann sich damit trösten, dass es dem Namensgeber der Oberschule auch nicht viel besser ergangen ist: Gotthold Ephraim Lessing (*1729+1781), der in allen Schulbüchern gefeierte Dichter bekam 1765 vom Preußenkönig Berufsverbot. Er durfte auf Anordnung des "Alten Fritz" wegen bissiger Äußerungen nicht mehr Bibliothekar in Berlin werden.

Fritz Güde, der nach dem Studium vor 14 Jahren sein Elternhaus verlassen hatte, ist in sein Kinderzimmer zurückgekehrt. "Er ist selbstverständlich aufgenommen worden", sagt sein 76jähriger Vater, der ehemalige Generalbundesanwalt und konservative Unions-Abgeordnete in Bonn Max Güde (*1902+1984). "Mein Sohn", erklärt der alte Güde dem Autor, "ist ein Idealist, ein Gerechtigkeitsfanatiker und Weltverbesserer. Natürlich ist er ein Linker, aber links zu sein ist nicht strafbar."

Vater Güde ist aktiver Katholik, Sohn Fritz hielt mehr vom französischen Chanson "Je suis pour Mao, c'est ma nouvelle philosophie" (Ich bin für Mao, das ist meine neue Philosophie). 1973 engagierte sich der Sohn im China orientierten Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), einer militanten, aber unbedeutenden ultralinken Splittergruppe von heute vielleicht etwa 2.500 Mitgliedern. Obwohl er im Januar 1975 aus der Mao-Partei wieder austrat und sich seither

politisch nicht mehr rührt, reichten schon diese 15 Monate aus, ihm Berufsverbot zu erteilen. Aber anderes kam hinzu.

Sein Sündenregister, so das Oberschulamt Freiburg: Als Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) habe er sich 1972 (Güde war bereits zehn Jahre Beamter) für einen gefeuerten Kollegen eingesetzt. In einer von ihm verantworteten Dokumentation zu diesem Fall hätte er dienstliche Schreiben des Oberschulamtes Freiburg veröffentlicht. Im März 1973 sei er in Karlsruhe bei der Gründungsversammlung eines "Komitees gegen Berufsverbote" gesehen worden und solle von einer "politischen Entrechtung im öffentlichen Dienst" gesprochen haben. Im November 1973 habe Güde junior in der Karlsruher Innenstadt vor dem Haupteingang des Kaufhauses Schneider zwischen 16 und 17 Uhr mehrere Exemplare der "Kommunistischen Volkszeitung verkauft - und zwar die Nummer 6/73.

1974 suspendierte das Stuttgarter Kultusministerium den Zeitungsverkäufer Güde. Drei Jahre später wurde der Studienrat durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe endgültig aus dem Staatsdienst gefeuert. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof begründete als oberste Verwaltungsinstanz des Landes: Güde habe gegen die Dienst- und Treuepflicht des Landesbeamtengesetzes verstoßen. Außerdem hätte er die Verfassungsfeindlichkeit des KBW erkennen müssen. Güde ging in die Revision und konnte damit seinen Fall in der Schwebe halten; bis zur endgültigen Klärung bekommt Güde reduzierte Bezüge von rund 1.300 Mark brutto.

Um diesen Richterspruch zu begreifen, reicht selbst der juristische Sachverstand des früheren Chefanklägers der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr aus. Max Güde: "Bestraft werden kann man nicht wegen einer vermuteten Gesinnung, sondern nur wegen einer durch Handlung bewiesenen Gesinnung." Schlimmer noch: Güde junior wurde für eine politische Überzeugung bestraft, die er schon zwei Jahre nicht mehr hatte.

Aus dem Staatsdienst verbannt, machte sich Fritz Güde auf Stellensuche. Er schrieb Privatschulen an, telefonierte, sprach persönlich vor. Die Bilanz: 50 Bewerbungen, 50 Absagen. Es dauerte lange, ehe er herausbekam, wer dahintersteckte: Das Stuttgarter Kultusministerium. Ein Beispiel für die Macht des Amtsarms: Eine jesuitische Privatschule in St. Blasien, die es gewagt hatte, Güde ohne Rücksprache zu engagieren, musste ihn nach einer Woche wieder entlassen. Sonst hätte die Schule ihre Existenz aufs Spiel gesetzt: Den Jesuiten wären öffentliche Zuschüsse gestrichen und staatliche Anerkennung entzogen worden.

So schreibt Güde weiter Bittbriefe um Anstellung und führt sonst "das Leben eines bürgerlichen Rentiers des 19. Jahrhunderts, das mich seelisch fertigmacht". Am liebsten würde Güde junior ins Ausland "emigrieren", doch Güde senior will den Fall bis vors Bundesverfassungsgericht treiben. Denn, so sagt der konservative CDU-Vater, „ich habe nichts in meinem Leben mehr gehasst als Gesinnungszwang. Ich habe mit niemanden gestritten wegen seiner Religion, wegen seiner politischen Anschauungen – ich habe diskutiert, den anderen aber niemals als Feind gesehen.“

Applaus bekam Einzelkämpfer Max Güde nicht nur von links. Der Fernsehjournalist Franz Alt von "Report" Baden-Baden schrieb in einem couragierten Brief an seinen Parteichef Helmut Kohl (1973-1998): Der Radikalen-Erlass "erinnert mich fatal an eine entsprechende Praxis in Osteuropa. Dort sollen Christen nicht Lehrer werden dürfen ... ... Warum wird Fritz Güde der Weg zurück zur politischen Vernunft so schwergemacht?

Aber Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn der Fall Güde nicht noch eine andere - altbekannte - Qualität hätte: links gefeuert, rechts geheuert.

Dieselben Richter, die Fritz Güdes Rausschmiss damit begründeten, er hätte die verfassungsfeindlichen Ziele des KBW erkennen müssen, waren drei Monate vorher in einem anderen Fall ganz anderer Meinung gewesen.

Damals hatten die Juristen über einen NPD-Lehrer entschieden, der durch radikale Sprüche Aufsehen erregt hatte; den Oberstudienrat Günther Deckert, Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten".

Deckert, der für die NPD im Weinheimer Stadtrat sitzt, hatte auf einer Wahlveranstaltung seiner Partei in Frankfurt losgelegt, dass das "Herrenrassentum unter SPD- und CDU-Vorzeichen" ein neues Herrenrassen-Denken entwickelt hat – und er – ausgerechnet Deckert auf Begriffe wie "deutsches Vaterland" auf "Nigger" und "Gastarbeiter" verzichten müsse.

Die Disziplinarkammer entschied: Der 37jährige Deckert kann weiter am Mannheimer Tulla-Gymnasium Englisch und Französisch unterrichten. Denn es sei nicht sicher, "ob die NPD überhaupt eine verfassungsfeindliche Ziele verfolgende Partei ist". Aus ihrem Programm gehe das - im Gegensatz zu denen linksextremer Gruppierungen - nicht hervor. Deckert selbst, so die Richter weiter, habe glaubhaft versichert, dass er die NPD für eine demokratische Partei halte. Deshalb sei ihm kein schuldhaftes Dienstvergehen vorzuwerfen.17 Jahre später bescheinigte dem Holocaust-Leugner Deckert das Mannheimer Landgericht gar, er sei eine „charakterstarke, verantwortungsbewusste Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen. (…)“

Ganz im Gegenteil: Deckert sei als „engagierter Lehrer“ bekannt, der „trotz straffer Führung der Klasse und Betonung des Leistungsprinzips bei Schülern und Eltern beliebt und bei den Kollegen geschätzt werde“. Auch dürfe nicht außer acht gelassen werden, dass „seine Dienstauffassung und sein dienstliches Verhalten völlig korrekt“ seien.

Bemerkenswert an der rechtlichen Würdigung der Fälle Güde und Deckert ist, wer da so feine Unterschiede zu machen versteht: Der Vorsitzende Richter Dr. Helmut Fuchs ist "als Jurist ein sehr guter Mann" (so das Stuttgarter Justizministerium). Ein Mann, der freiwillig in die Waffen-SS eintrat, der kürzlich mit Billigung des Nazirichters Hans Filbinger (*1913+2007) zum Präsidenten des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim avancierte.

Freiheit Mitte der siebziger Jahre - nahezu drei Jahrzehnte nach Hitler-Deutschland - das ist immer noch die Freiheit alter Nazis, über mögliche Jugendsünden von heute zu richten, auszusperren, auszugrenzen - über die politische Gesinnung der ersten Nachkriegsgeneration, die politisch nicht vorbelastet ist. So verbauten der frühere Blut-und-Boden-Richter Edmund Chapeaurouge und der ehemalige SS- und Polizeiführer in der Ukraine als Richter am Berliner Bundesverwaltungsgericht der Junglehrerin Anne Lehnhart die berufliche Zukunft, nur weil sie Mitglied der DKP ist.

Das Hamburger Nachrichten-Magagin Der Spiegel schrieb über die deutschen Richter: „Eine Justiz, die gerade noch fähig war, >Rassenschande< zu verfolgen und abzuteilen, hat zurückzuschrecken , hat aufzuwachen, wenn ihr schon wieder eine Minorität vorgeführt und behauptet wird, diese Personengruppe gefährde die <freiheitlich demokratische Grundordnung>, so wie 1933 bis 1945 behauptet wurde, die Juden bedrohten das <deutsche Blut>.“

Freiheit im Jahre 1978 - das ist auch die Zwischenbilanz einer sechsjährigen Berufsverbotspraxis, die selbst im Mekka des Antikommunismus, in den USA, undenkbar ist. Über zwei Millionen junge Bundesbürger sind bisher von den Staatsorganen auf ihre Verfassungstreue

hin durchleuchtet worden - bespitzelt, verhört und schikaniert. Über 4.000 Bewerber für den öffentlichen Dienst wurden von Ämtern und Gerichten mit Berufsverboten belegt. Die Dunkelziffer kennt man nicht, denn viele der Abgelehnten protestieren erst gar nicht, weil sie die 10.000 Mark für mögliche Gerichts- und Anwaltskosten bis zur letzten Instanz nicht haben - kaum aufbringen können.

Mit der Gesinnungsüberprüfung von jungen Leuten, die Lehrer beim Land, Lokführer bei der Bundesbahn, Fernmeldetechniker bei der Post, Friedhofsgärtner bei der Stadt oder Müllmänner bei der Gemeinde werden wollten, sind nach Schätzungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger (1972-1994) bundesweit rund 10.000 Beamte beschäftigt. Für diesen Apparat liefern rund 20.000 Spitzel des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz sowie der Politischen Polizei Informationen.

Das Modell I der Überprüfung, das harmlosere, wird in Hamburg und Bremen angewandt: Die Einstellungsbehörden fragen beim Landesamt für Verfassungsschutz nach, was über den Kandidaten an politischen Informationen vorliegt. Die Verfassungsschützer sieben das vorliegende Material und geben nur weiter, was ihnen relevant erscheint - etwa: ob der Bewerber Mitglied der DKP oder einer anderen roten Sekte ist.

Modell II läuft im Rest der Republik: Die Landesämter für Verfassungsschutz übergeben den Einstellungsbehörden alles Material. Ein Beispiel für die Folgen solcher Praktiken: Der Münchner Student Franz Hubmayer wurde 1976 als Aushilfsbriefträger für die Semesterferien abgelehnt, nachdem der Verfassungsschutz mitgeteilt hatte, Hubmayer habe 1969 an einer Hausbesetzung teilgenommen.

Weitere Erfolge: In Tübingen lehnte das Oberschulamt den Sportstudenten Josef Enenkel als Referendar für ein Gymnasium an. Begründung: Enenkel sei DKP-Mitglied. Als Beweis legten die Oberpädagogen Fotos vor, die den Sportstudenten beim Verkauf von Büchern der renommierten DDR-Schriftstellerin Anna Seghers (*1900+1983) zeigten.

In Braunschweig feuerte die Bundeswehr ihren Koch Norbert Spröer. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hatte ermittelt, dass der Soldat in seiner frühen Jugend einmal Mitglied der DKPnahen "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) gewesen war. Obwohl Spröer schon sieben Jahre in der Bundeswehr diente und es bis zum Stabsunteroffizier gebracht hatte, reichte die frühere Mitgliedschaft zur fristlosen Entlassung. Im Bundestag fragte der SPD-Abgeordnete Peter Conradi (1972-1998) die Bundesregierung, ob der "Bundeswehr-Koch seine die Sicherheit der Armee gefährdende Gesinnung dadurch ausgedrückt habe, dass er auffällig oft rote Grütze, Rotkohl oder rote Bete serviert hat?"

In seiner Antwort dementierte Staatssekretär Andreas von Bülow (1976-1980) eine interne Anweisung der Wehrbereichsverwaltung II in Hannover nicht. Danach haben Personen, „deren Gesinnung und ideologisches Bewusstsein erwiesenermaßen anders geartet ist, in der Bundeswehr keinen Platz“. Im offiziellen Kündigungsschreiben an Norbert Spröer hieß es unter anderem folglich, er habe „in allgemeinen Gesprächen in Frühstückspausen anlässlich der Olympischen Spiele 1976 die Erfolge der DDR-Sportler auf eine im Vergleich zur Bundesrepublik wirksamere Jugend und Sportförderung zurückgeführt.“

Im schleswig-holsteinischen Elmshorn praktizierten die Kultusbürokraten sogar schon Sippenhaft. Die parteilose 29jährige Lehrerin Jutta Kommnick sollte von der Realschule fliegen, weil ihr Ehemann als Betriebsrat auf einer Liste der maoistischen KPD/ML kandidiert hatte. Zum Beweis ihrer eigenen "Anfälligkeit" wurde Jutta Kommnick vorgehalten, ihr Auto sei vor einem

Fördehotel in Kiel-Friedrichsort gesichtet worden, in dem gerade eine Tagung der KPD/ML Rote Garde stattfand. Auch hätte die staatliche Observation ergeben, dass die Lehrerin an mehreren Sitzungen des KBW und sogar an einer Kundgebung für den von den Nazis im KZ liquidierten KPD-Chef Ernst Thälmann (*1886+1944) teilgenommen habe.

In der rheinland-pfälzischen Gemeinde Annweiler blieb die 23jährige Angelika Boppel auf der Strecke. Sie hätte, so lautete der Vorwurf, "auf dem Schulhof des neusprachlichen Gymnasiums in Pirmasens die von einem 'sozialistischen Arbeitskreis' herausgegebene Schülerzeitschrift 'Knüppel aus dem Sack' verteilt". Es half ihr nichts, dass sie die Anschuldigung widerlegen konnte. Als der Mainzer Verfassungsschützer Hugo Schröpfer den Irrtum endlich zugab, waren alle in Frage kommenden Posten besetzt.

Verschärft wurden Überprüfung und Ausspähung linksverdächtiger junger Leute durch eine deutsche Erfindung besonderer Art: die sogenannte Anhörung.

Da laden Beamte, häufig noch in Treue fest zu reaktionären Staatsvorstellungen aus Kaisers und Hitlers Zeiten, junge Leute vor und verhören sie wie früher die Inquisitoren der katholischen Kirche. Sie fragen auch nach allem, was sie nach dem Grundgesetz nichts angeht, etwa nach der Intimsphäre.

Diese Erfindung ist so bürokratisch wie unnütz: Unerfahrene junge Leute lassen sich durch die Beamten-Fragen oft provozieren und werden für eine unbedachte Äußerung verfolgt; geschulte und getarnte Kommunisten, die es darauf anlegen, in den Staatsdienst zu kommen, spielen auf der Klaviatur der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) und schlüpfen durchs Netz wie etwa der Kanzleramts-Spion Günter Guillaume (*1927+1995) bei der Sicherheitsüberprüfung, als er Sprüche des rechten SPD-Flügels klopfte.

In den meisten Fällen kommt das unwürdige Frage-und-Antwort-Spiel nicht an die Öffentlichkeit. Denn über die Bewerber wird in der undurchsichtigen Grauzone der Bürokratie entschieden. Ist ein Kandidat erst einmal von einer Behörde als "Verfassungsfeind" gebrandmarkt, rufen viele erst gar nicht die Gerichte an, und wenn, wird es dem Betroffenen schwerfallen, die Richter vom Gegenteil zu überzeugen - schließlich hat er die Beweislast. Dieses Verfahren vom SPD-Bundesparteitag 1973 in Hannover gefordert, sollte eine individuelle, rechtsstaatliche Überprüfung sicherstellen. In der Praxis wurde aber damit die Entscheidungsbefugnis den Gerichten genommen und der Verwaltung zugeschustert.

Ein Prüfungs-Profi ist der niedersächsische Ministerialrat Gottfried Jakob. Seit drei Jahren ist für den 43jährigen Spitzenbeamten jeder Dienstag ein FDGO-Tag. Jeweils vier Stunden lang verhört er einen Bewerber - Jakob nennt das "Interview". Nachmittags diktiert er seine bis zu 15 Seiten langen Gutachten aufs Band. Die Aufregung über den Radikalen-Erlass kann er überhaupt nicht verstehen. Der hochgewachsene Brillenträger mit der kahlen Stirn und den Skeptikerfalten um Nase und Mund kümmert sich seit 1965 um Personaleinstellungen. Seit dem Radikalen-Erlass, meint er, sei alles rechtsstaatlicher geworden: "Früher bekamen die Bewerber ihre Ablehnung nur schriftlich mitgeteilt, heute werden sie noch einmal angehört." Jakob ist Chef der Zentralen Anhörkommission in Niedersachsen. Mit Hunderten von Radikalen hat er schon "die gesamte Palette verfassungsrechtlich relevanter Dinge" durchgenommen, "ganz persönlich und ganz individuell". Wenn Jakob von "persönlich" oder "individuell" spricht, meint er seine siebenköpfige Kommission, die dem Betroffenen gegenübersitzt und in der er nach seinem Routine-Raster fragt:

"Würden Sie bitte Ihr Verhältnis zur DKP erläutern? –

"Haben Sie einmal bei den Konventswahlen auf einer Liste Spartakus kandidiert?" –

"Sind Sie Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" –

"Waren Sie Mitglied der sozialistischen Falken?" - "Haben Sie 1969 an einer DKP-Weihnachtsfeier teilgenommen? Und wenn ja, warum ... ...?"

Die DKP ist eine rechtmäßige Partei, der Spartakus, ihre Studenten-Organisation. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist eine der 16 Einzelgewerkschaften im DGB mit 173.000 Mitgliedern. Die Falken sind eine SPD-nahe Jugendorganisation mit 150.000 Mitgliedern. Der Ministeriale Jakob und seine Kollegen stellen die gleichen Fragen wie ihre Vorgänger nach 1932 - sie fragen nach der grundgesetzlich genehmigten Mitgliedschaft in Parteien oder Verbänden , die links von der CDU stehen.

Beim Regierungspräsidenten in Köln, Dezernat 44, Zimmer 426, beantwortete die 32jährige Lehrerin Irmgard Cipa bei der Anhörung Fragen von Regierungsdirektor Werner mit einem Passus aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: "Das bloße Haben einer Überzeugung und die bloße Mitteilung, dass man sie habe, ist niemals eine Verletzung der Treuepflicht." Im Klartext: Sie lasse sich nicht über ihre einstigen Aktivitäten im Asta der Universität Bonn ausforschen. Regierungsdirektor Werner konterte: Er habe hier die "Gesinnung zu überprüfen" und nach "seinem pflichtgemäßen Ermessen alle hierzu erforderlichen Fragen zu stellen" - selbst nach Irmgard Cipas "erstem Geschlechtsverkehr, wenn ich dies für erforderlich halte".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik (er trat 1982 aus der SPD aus), der als Rechtsanwalt Frau Cipa begleitet hatte, beschwerte sich nach "dieser beschämenden Vernehmung" bei seinem Parteifreund, dem Düsseldorfer Kultusminister und Ostermarschierer Jürgen Girgensohn (*1924+2007). Der Minister in seiner Antwort: "Der Prüfungsbeamte ... ... erinnert sich nicht mehr an die hypothetische Frage nach dem ersten Geschlechtsverkehr." Dennoch: Frau Cipa habe die "Zweifel an ihrer Verfassungstreue" nicht ausräumen können. Sie ist arbeitslos.

In Augsburg erklärte 1976 der Pädagoge Ilja Hausladen aus Fürth, der sich um eine Stelle als Volksschullehrer bemühte, seinen Vernehmern, warum er Antifaschist sei. Aus dem Protokoll seines Anwalts: "Mein Großvater kämpfte gegen die Nazis. Er war elf Jahre im Konzentrationslager Dachau interniert und starb kurz nach der Befreiung. Meine Großmutter gehörte ebenfalls zur Widerstandsbewegung und saß deshalb über sechs Jahre im KZ Ravensbrück. Mein Vater konnte noch rechtzeitig emigrieren, wurde später von der Gestapo in Frankreich gefangen genommen und inhaftiert."

Oberregierungsrat Herzer als erster Vernehmer: "Das tut uns leid, was Ihrer Familie zugestoßen ist. Eine andere Frage ist, ob man Sie deswegen gleich Beamter werden lassen soll."

Regierungsdirektor Krüger als zweiter Vernehmer: "Sie sagen, dass Sie ein Antifaschist sind - bekämpfen Sie aus dieser Überzeugung heraus die Ostblock-Staaten?"

Hausladen"Ich kenne den Faschismus aus der deutschen Geschichte und aus Erzählungen meiner Familie. Einen Faschismus wie im Dritten Reich kenne ich in den Ostblockländern nicht. Ich bin jedenfalls für gute Beziehungen zu allen Staaten. Dazu gehört auch die Nichteinmischung, zu der sich alle UN-Mitglieder verpflichtet haben."

Regierungsdirektor Krüger "Wie finden Sie den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR?"

Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schmitt-Lermann antwortet für Hausladen : "Das gehört überhaupt nicht zum Gesprächsgegenstand. Sonst müssten wir jetzt den Begriff der Intervention klären. Wir müssten die Interventionsrechte der Westmächte nach dem Deutschlandvertrag genauer anschauen. Wir müssten von Vietnam und den vielen anderen amerikanischen Interventionen reden. Wollen Sie das?"

Oberregierungsrat Herzer: "Wenden wir uns einem anderen Thema zu. Wo sehen Sie die Kritikpunkte an der DDR?"

Hausladen: "Es gibt bestimmt in jedem Land und an jedem System Punkte, die zu kritisieren sind. Ich habe mich aber mit den Gesetzen der DDR nicht beschäftigt, und ich kann nur Dinge kritisieren, über die ich mich eindeutig informiert habe.

Regierungsdirektor Krüger. "Sie wissen ganz genau, worauf wir hinauswollen. Aber Sie wollen sich dumm stellen. Im ganzen Wahlkampf (Bundestagswahl 1976) war von der Bedrohung durch die kommunistische Gefahr die Rede. Aber da haben Sie offenbar immer weggehört."

Oberregierungsrat Herzer. "Was verstehen Sie unter 'Diktatur des Proletariats'?"

Hausladen:"Das ist für mich ein wissenschaftlicher Begriff, mit dem ich mich nicht beschäftigt habe."

Oberregierungsrat Herzer: "Sie müssen doch etwas darüber aussagen können - der Begriff gibt noch viel her. Sie wollen doch Lehrer werden und müssen dazu was wissen."

Hausladen:"Also dieser Begriff kommt vor allem bei Marx und Lenin vor, und zwar ... ".

Oberregierungsrat Herzer: " ... ... da kommen wir der Sache schon näher. Frau Teichmann, schreiben Sie auf: Ich bejahe die Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx und Lenin ..."

Hausladen: "... ... nein, das habe ich überhaupt nicht gesagt. Wenn ich den Begriff Diktatur nehme, bin ich natürlich gegen jede Art von Diktatur, ob in Ost oder West."

Oberregierungsrat Herzer: "Welche Gründe hatten Sie, mit Ihren Kindern in die DDR zu fahren?"

Hausladen:"Eines meiner Bildungsziele, die ich in dieser Schülergruppe verfolgt habe, war die Erziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft. Die Schüler dieser Gruppe kamen hauptsächlich aus kinderreichen und finanziell schwächeren Familien. Wenn man bedenkt, dass ein dreitägiger Aufenthalt in einer Jugendherberge ca. 50 Mark pro Kind kostet, nahmen wir natürlich einen dreiwöchigen Aufenthalt für 30 Mark (in der DDR) gerne an."

Oberregierungsrat Herzer: "Wenn das nichts weiter gekostet hat, können Sie sich dann nicht vorstellen, dass die dabei einen Hintergedanken, zum Beispiel der Beeinflussung der Kinder, gehabt haben?"

Hausladen:"Ich bin der Meinung, dass jeder Aufenthalt in einem anderen Land und jeder zwischenmenschliche Kontakt einen Einfluss auf Kinder und Erwachsene ausübt."

Oberregierungsrat Herzer: "Glauben Sie nicht, dass da bei den Kindern Propaganda betrieben wurde?"

*Hausladen:*Nein, davon habe ich nichts bemerkt. Da ich das Vertrauen der Eltern und damit die Verantwortung für die Kinder hatte, wäre ich bestimmt sofort abgereist, wenn dieser Aufenthalt für propagandistische Zwecke missbraucht worden wäre."

Zwei Monate nach seiner FDGO-Vernehmung bekam Hausladen vom FDGO-Vernehmer Herzer schriftlich den Negativ-Bescheid (Geschäftsnummer 110.600/1). Dem Pädagogen, der nicht Mitglied der DKP ist, wurde die Reise mit Schülern in die DDR angelastet. Ferner hätte Hausladen in der "Roten Kinderzeitung" der DKP Nürnberg vom Februar 1974 "als Kontaktperson für Interessenten von Wandertagen und für Musikinstrumente" gestanden. Die Schlussfolgerung: "Wenn die DKP in ihren Presseerzeugnissen Kontaktadressen angibt, so sucht sie sich hierfür mit Sicherheit nicht Personen aus, die ihren Zielen und ihrer Ideologie ablehnend gegenüberstehen." Radikalen-Erlass - Freiheit in Deutschland.

Das Entstehen der Neuen Linken der 60er Jahre, die der Studentenführer Rudi Dutschke (*1940+1979) "zum Marsch durch die Institutionen" aufgerufen hatte, und die Neuorganisation der orthodoxen Kommunisten in der DKP 1968 waren der Auslöser für den Radikalen-Erlass. Mit dieser strikten Abgrenzungspolitik gegenüber Kommunisten wollten SPD-Kanzler Willy Brandt (1969-1974) und sein Fraktionschef Herbert Wehner (1969-1983) innenpolitischen Spielraum für die Ostpolitik gewinnen und sich von den Anwürfen der CDU/CSU befreien, insgesamt Volksfrontpolitik zu betreiben.

FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher (1974-1985) plädierte für eine noch schärfere Gangart. Der liberale Genscher wollte entweder die DKP verbieten lassen oder den Radikalen-Erlass zum Grundgesetz-Artikel erheben. Der frühere Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau (*1911+1991) präzisierte: "Genscher wollte am liebsten das Härteste vom Harten gegen Radikale machen. Wenn er mit Fabrikanten gesprochen hatte, kam er immer daher und erzählte von den vielen Kommunisten in den Betrieben. Das war natürlich alles Quatsch und es dauerte lange, bis ich ihm das ausgeredet hatte." Nollau, der von Amts wegen den besten Überblick über die "linke Gefahr" hatte, sagt weiter: "Es gab auch keine Entwicklung, die ein systematisches Eindringen von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst anzeigte."

Von früh an wurde mit falschen Argumenten gearbeitet. Da hieß es zum einen, der Radikalen-Erlass sei eine rechtlich zwingende Notwendigkeit aufgrund der Verfassung. Dazu der Bonner Jura-Professor Gerald Grünwald: "Wenn es vom Grundgesetz geboten wäre, hätten wir bis 1972 in einem permanent verfassungs-widrigen Zustand gelebt: denn bis dahin gab es keine systematische Überprüfungen." Da wurde außerdem, von allen Spitzenpolitikern argumentiert, der Radikalen-Erlass sei auch für die Rechtsextremisten geschaffen worden. Indes: Als der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik erstarkte und die NPD ab 1966 mit Bundeswehr-Hauptleuten, Lehrern und Verwaltungsjuristen in die Landtage einzog, hatte in Bonn niemand nach einem Radikalen-Erlass gerufen.

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte mit einem Grundsatzurteil vom Mai 1975 die Rechtmäßigkeit des Radikalen-Erlasses. Der Versuch des Gerichts, einheitliche Beurteilungsmaßstäbe für Behörden und Verwaltungsgerichte aufzustellen, ging daneben: Verfassungsrichter Hirsch sieht den Richterspruch heute als ein Gummi-Bandurteil: "Jeder kann das rauslesen, was er meint." Im Spannungsfeld zwischen der Mitgliedschaft in einer verfassungsgemäßen, aber unerwünschten Partei und dem geforderten besondere, Treueverhältnis des Beamten zum Staat löste dieses Urteil die größte Rechtsverwirrung in der Nachkriegsgeschichte aus:

- Der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof lehnte die Einstellung des Tübinger Musiklehrers Harald Schwaderer ab, weil er Zweifel an dessen Verfassungstreue hatte. Der Pädagoge Schwaderer durfte den Eid auf die Verfassung nicht ablegen,

obwohl er als DKP-Gemeinderat den Amtseid auf die Verfassung bereits geschworen hatte.

- Dagegen ordnete der IV. Senat des Verwaltungsgerichts Mannheim die Einstellung des Lehrers Klaus Lipps, 36, aus Bühl an, weil die bloße Mitgliedschaft in der DKP keinen Grund für ein Berufsverbot darstelle.

- Ebenso erlebte es Klaus Pilshofer, 26, aus Suzbach-Rosenberg in der Oberpfalz, der auf einer Wahlliste der Studentenvertretung der Universität Nürnberg-Erlangen zusammen mit Kommunisten kandidiert hatte. Die Richter des Verwaltungsgerichts in Augsburg meinten, Pilshofer sei nicht verpflichtet gewesen, sich von solchen Organisationen pauschal zu distanzieren.

Der in die Öffentlichkeit drängende und durch viele Politik-Salons bekannte Hannoveraner Jura-Professor Hans-Peter Schneider hat in dieser Rechtsverwirrung den neuerlichen Trend erkannt, "dass die Oberinstanzen mehrheitlich zu einer konservativen Auslegung des Bundesverfassungsgerichtsurteils neigen, während die jüngeren Richter eher den Bewerbern recht geben". Das wiederholte er fortwährend bis hin zu den Kanzler-Sommerfesten im Palais Schaumburg zu Bonn - nur keiner wollte ihm so recht zuhören. Dabei ziehen sich die Verfahren um Berufsverbote oft Jahre hin. Die Betroffenen werden in ihrer Karriere, in ihrem Berufsziel oder auch in ihrem Berufswunsch um Jahre zurückgeworfen, selbst wenn sie schließlich vor Gericht obsiegen. Verlieren sie aber, droht ihnen nun sogar die Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenz. Der Realschullehrer Hans Schaefer, 35, aus Stuttgart war schon Beamter auf Probe, als er 1975 wegen seiner DKP-Mitgliedschaft und einer DDR-Reise suspendiert wurde. Schaefer klagte. Jetzt fordert das Land Baden-Württemberg das gezahlte Gehalt während des dreijährigen Rechtsstreits zurück: 50,198,4o Mark.

Der Ansbacher Verwaltungsrichter Siegfried Sporer, 49, kann sich zugute halten, mit dem 1964. Urteil seiner Richterlaufbahn in die Geschichte der Berufsverbote als der deutsche McCathy einzugehen. Wie der amerikanische Kommunistenjäger machte auch Sporer nicht mehr die Loyalität des Einzelnen, sondern das "Risiko" einer möglichen Beeinflussung durch Kommunisten zum Maßstab der Ablehnung. In der mittelfränkischen US-Garnisonstadt Ansbach verwehrte Sporer dem Lehrer Heinrich Häberlein den Zugang zum öffentlichen Dienst. Dem 29jährigen parteilosen Häberlein bestätigte Richter Sporer nach einer sechsstündigen Verhandlung ausdrücklich: "Häberlein ist als Christ kein Verfassungsfeind."

Warum darf Heinrich Häberlein, der in der evangelischen Jugendarbeit aufwuchs, den Wehrdienst aus christlich-pazifistischen Gründen verweigerte und dafür 18 Monate lang alte Menschen pflegte, sich im zweiten Bildungsweg vom Feinmechaniker zum Hochschul-Assistenten hochrackerte, warum also dieser kritische Christ kein Volksschullehrer werden darf? Achelszucken vielerorts. Dafür ist allein seine Mitgliedschaft in der "Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner" ausschlaggebend. In dem Dachverband aller westdeutschen Kriegsdienstverweigerer arbeiten - ob Häberlein will oder nicht - auch eine Handvoll Kommunisten mit. Richter Sporer verlangte von Häberlein ausdrücklich, eine "antikommunistische Einstellung". Nur so könne "der gefährliche Einfluss von Kommunisten auf die Tätigkeit im öffentlichen Dienst in Krisensituationen vermieden werden".

Der Nutzen des Radikalen-Erlasses, den sich seine Befürworter von Brandt bis Sporer von ihm erhofft haben, ist nicht messbar. Keiner kann beurteilen, ob die 4.000 abgelehnten Beamten-Bewerber, wären sie tatsächlich in die Schulen, Rathäuser und Gerichte gekommen, eines

Tages aus der westdeutschen Bundesrepublik die Volksrepublik Westdeutschland gemacht hätten. Keiner kann aber auch garantieren, dass jetzt der Staatsdienst immer gegen Extremisten ist.

Die Erfahrung lehrt, dass überall dort, wo eine parlamentarische Demokratie durch ein totalitäres System abgelöst wurde, 80 Prozent der Beamten übergelaufen sind. Ein Klassiker ist die Weimarer Republik (1918-1933). Der Staat vom Weimar ist nicht an zu vielen Radikalen im öffentlichen Dienst gescheitert. Als Adolf Hilter die Macht übernahm, gab es nur wenige Nazis unter den Beamten. Selbst unter den Offizieren der Reichswehr waren nur wenige NSDAP-Anhänger. Weimar scheiterte an Radikalen, die von keinem Erlass erfasst wurden. Den deutschen Beamten, die in Massen zu den Nazis überliefen, um ihre Karriere nicht zu gefährden; und an der Bereitschaft von Honoratioren, die Demokratie zu verleugnen.

Der Schaden der Überprüfungspraxis dagegen ist erkennbar, nicht zuletzt auch im Ausland. Der Name Silvia Gingold steht für eine jüdische Familie, die 1933 nach Frankreich emigrieren musste, in der französischen Résistance gegen die deutschen Besatzer kämpfte und nach dem Krieg in die Bundesrepublik zurückkam. Die inzwischen 32jährige Silvia engagierte sich auf der Seite, wo ihre Eltern Zeit ihres Lebens zu finden waren: bei den Kommunisten.

Vier Jahre galt ihre Arbeit an der Steinwald-Schule im hessischen Neukirchen als vorbildlich. Ein Versetzungsgesuch lehnte der Kasseler Regierungspräsident ab, weil Frau Gingold "mit ihren gewonnenen Erfahrungen der Modellschule auch weiterhin zur Verfügung stehen" sollte. Der Radikalen-Erlass machte die Versetzung dann doch möglich - auf die Straße. Hessische Verfassungsschützer hatten "Erkenntnisse in staatsabträglicher Hinsicht" gesammelt, die "Zweifel an Silvia Gingolds Verfassungstreue" aufwarfen: DKP-Mitglied, Teilnahme an einem Deutschland-Treffen in Ost-Berlin, Vietnam-Demonstration vor dem Frankfurter US-Konsulat und eine linke Rede als 16jährige in der Aula ihrer Schule.

Während für den französischen Sozialistenführer François Mitterrand (*1916+1996) der Fall Gingold den Ausschlag gab, in Paris ein "Komitee gegen die Berufsverbote in der BRD" zu gründen, stieg in Würzburg über Nacht ein Mann zum Fernsehstar in Ost und West auf, der die amerikanischen und englischen Sender CBS und BBC vorher nicht einmal vom Hörensagen gekannt hatte: der Lokführer Rudi Röder von der Deutschen Bundesbahn. Nun kamen die Reporter sogar zu ihm nach Hause, und Vater Valentin und Sohn Rudi gaben Interviews um Interviews. Vater Valentin wurde 1933 aus der Reichsbahn gefeuert, den Sohn Rudi will die Bundesbahn seit 1976 loswerden. Beider Vergehen: Beide sind Kommunisten. Verkehrsminister Kurt Gescheidle (*1924+2003) : "Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt raus. Das ist die Situation."

"Westdeutschland leidet an einem leichten Anfall von Autoritarismus", formulierte die erzkonservative "Financial Times" vornehm. Das Schwesternblatt "Times": "Eine der zuverlässigsten anti-extremistischen Wählerschaften der Welt hat Politiker hervorgebracht, die ihren Bürgern nicht zutrauen, einer möglichen Unterwanderung durch eine Handvoll radikaler Lokomotivführer oder Lehrer zu widerstehen." Beide Zeitungen präsentieren ihren Lesern im Originalton einen neuen deutschen Begriff im internationalen Sprachgebrauch: nach "Ostpolitik" jetzt "Berufsverbot". Sie reihen sich nahtlos hinter „Kindergarten“, „Sauerkraut“, und „Blitzkrieg“ ein.

Aber auch im Inland wächst die Kritik. Alt-Bundespräsident Gustav Heinemann (1969-1974) schrieb kurz vor seinem Tod im Jahr 1975: „Es muss Alarm geschlagen werden, wenn radikale Kritik an der Verfassungswirklichkeit mit verfassungsfeindlichen Extremismus in einen

Topf geworfen wird.“ Sein Nachfolger Walter Scheel (1974-1979) sieht inzwischen die Gefahr, " dass der Radikalen-Erlass zu rigoros gehandhabt wird".

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch (*1911+1991) fragte auf dem SPD-Bundesparteitag 1977 in Hamburg die Delegierten, was noch alles passieren müsse, damit „die Zukunft nicht der Angst gehört.“ Und der Berliner Theologie-Professor Helmut Gollwitzer (*1908+1993) glaubt gar, dass die Bundesrepublik „die Maulkorb-Insel Europas“ wird.

Auch zwei renommierte Richter sind auf Distanz zum Radikalen-Urteil gegangen. Für die vom Land Bayern abgelehnte Juristin Charlotte Niess übernahm Walter Seuffert (*1907+1989) die Verteidigung gegen den Freistaat. Seuffert war Vorsitzender jenes Senats des Bundesverfassungsgerichts, der 1975 die Berufsverbotspraxis absegnete. Verfassungsrichter Helmut Simon "schämt sich, dass die Leuchtkraft der bundesdeutschen Verfassungsordnung durch eine Gesinnungsschnüffelei verdunkelt wird". Eine Ausweitung der Radikalenhatz ist indes nicht ausschlossen.

Ungeachtet der Kritik aus dem In- und Ausland ist eine Ausweitung der Radikalenhatz nicht mehr ausgeschlossen. Unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung nennt der CDU-Bundestagspräsident Karl Carstens (*1914+1992) in einem Drei-Punkte-Interview mit der Bild-Zeitung („Wie man den Terror bekämpfen kann“) die schlimmen Gewaltverbrechen à la Baader-Meinhof mit dem <Einstellungsbestimmungen im öffentlichen Dienst> in einem Atemzug. CDU-Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (*1928+2001) erklärt im Saarländischen Rundfunk: „Durch das Aufkommen militanter terroristischer Organisation gibt es für den Extremisten-Beschluss heute noch triftigere Gründe als damals.“ Und Hessens Landeschef Alfred Dregger (*1920+2002) will aus dem “Radikalen-Erlass ein Radikalen-Gesetz“ machen, weil er „einen neuen Adolf Hitler verhindern will. Bayern Kultusminister Hans Mayer (1970-1986) erklärte sogar: „Unser Land hat nicht nur ein Recht auf treue Beamte, sondern auch auf treue Bürger.“

Im Jahre 112 nach Christi Geburt ging es im Vergleich zur deutschen Bundesrepublik des Jahres 1978 ausgesprochen liberal zu. Damals fragte Plinius der Jüngere, seines Zeichens Statthalter von Bithynien, seinen Kaiser Trajan, wie er sich bei der Verfolgung von Christen zu verhalten habe. Die Antwort des römischen Kaisers: „Man soll ihnen nicht nachspüren. Falls sie gemeldet und überführt werden, sind sie zu bestrafen. Anonym vorlegte Listen dürfen jedoch bei keiner Anklage Verwendung finden, denn dies ist von äußerst schlechtem Beispiel und unserer Zeit nicht würdig.“

SOWJETUNION - STAATSPRÄSIDENT IN PRAG IST GEISTESKRANK (TEIL 1)

Mitte der siebziger Jahre war Ludvik Svoboda (*1895+1979) Staatspräsident der CSSR. Für viele seiner Landsleute war Svoboda eine Vaterfigur, der letzte Repräsentant des Prager Frühlings aus dem Jahre 1968. Den Sowjets war er deshalb seit langem ein Dorn im Auge. Im Auftrag des Geheimdienstes KGB reiste der Moskauer Chefpsychiater Georgij Morosow nach Prag, um dort Ludvik Svoboda auf seinen "Geisteszustand" zu untersuchen. Aufgrund dieses "Gutachtens" wurde Svoboda drei Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit im Jahre 1975 zum Rücktritt gezwungen.

*stern, Hamburg 27. April 1978 **[9]*

Die Patienten fürchteten ihn, die jungen Ärzte erschreckte er mit seiner herrischen Art, und selbst die altgedienten Professoren wagten kaum, in seiner Gegenwart ihre Meinung zu sagen: Georgij Wassiljewitsch Morosow, 57, Direktor des "Serbskij-Instituts", ist ein machtsüchtiger Mensch. Seit 1957 leitet er diese höchste gerichts-psychiatrische Instanz in der Sowjetunion ganz im Sinne des Geheimdienstes KGB.

Professor Morosow hat keine Freunde im "Serbskij", die meisten Kollegen haben sein Chefzimmer nie betreten. Weshalb Morosow ausgerechnet mich, Dr. Juri Novikov, ins Vertrauen zog, ist mir nie ganz klar geworden. Er machte mich 1975 zu seinem jüngsten Abteilungsleiter und sorgte dafür, dass ich zum Sekretär des mächtigen sowjetischen Psychiaterverbandes avancierte.

An einem Januarmorgen 1977 ließ er mich zu sich rufen. Wie immer tat Morosow auch diesmal ganz geheimnisvoll: "Wir stehen vor einem der wichtigsten Kongresse der nächsten Jahre. Du musst mir helfen. Wir müssen den Kollegen in unseren sozialistischen Bruderländern erklären, wie sie sich gegenüber dem Westen zu verhalten haben. Bereite alles vor, morgen fahren wir nach Berlin."

Ich wusste sofort, wovon Morosow sprach. Westliche Ärzte und die Presse in den USA, England sowie in der Bundesrepublik hatten unsere psychiatrischen Methoden heftig angegriffen. Besonders beunruhigt war Morosow, als in England ein Buch über die sowjetische Psycho-Politik von Sidney Bloch und Peter Reddaway angekündigt wurde. ("Dissidenten oder geisteskrank? Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion". Piper-Verlag, München 1978).

Mein Chef befürchtete nicht zu Unrecht, dass die Sowjetunion auf dem Weltkongress für Psychiatrie im September 1977 in Honolulu wegen "Missbrauch der Psychiatrie für politische Zwecke" verurteilt werden würde. Außerdem schien uns nicht einmal sicher, ob wir uns in Honolulu auf die anderen Ostblock-Delegationen hundertprozentig verlassen könnten. Deshalb wollte Morosow, bevor es im Herbst in Honolulu losging, die Ostberliner Konferenz der führenden Ostblock-Psychiater dazu benutzen, seine Kollegen auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Zwar stand die Tagung offiziell unter dem Generalthema "Vorbeugungsmaßnahmen gegen Alkoholismus und Drogenabhängigkeit". Doch intern war sie eine Generalprobe für Honolulu.

[9] Mit Erich Follath

Meine Aufgabe war es, tagsüber im Tagungshotel "Newa" und abends im Hotel "Stadt Berlin" am Alexanderplatz die Meinungen und Standpunkte der Konferenzteilnehmer unauffällig zu erkunden. Jeden Abend, so gegen 21. 30 Uhr, musste ich Morosow Bericht erstatten. Mein Chef bestand darauf, dass ich zum Rapport nie in seinem Zimmer oder in einem anderen Raum des Ostberliner Diplomaten-Hotels erschien. "Hier sind überall Wanzen und Richtmikrofone installiert", sagte Morosow. "Unsere Genossen aus der DDR sind so perfekt, die hören jeden ab."

Also trafen wir uns abends nach den Sitzungen vor dem Hotel, schlenderten durch die Ostberliner Innenstadt und diskutierten die Neuigkeiten. Die Situation war alles andere als erfreulich. Die rumänischen Delegiertenwaren gar nicht erst nach Ostberlin gekommen, obwohl sie ihre Teilnahme zugesagt haben. Und die Kollegen aus Polen und Ungarn machten in Gesprächen unter vier Augen keinen Hehl aus ihrer Kritik an unserem System der Zwangseinweisung in die psychiatrischen Kliniken.

Professor Morosow war außer sich. "Das wird persönliche Konsequenzen haben", sagte er und machte eine wegwerfende Handbewegung, so als wisse er schon ganz genau, wie die sozialistischen Bruderstaaten auf Vordermann zu bringen seien. Und in der Tat hatte Morosow die Mittel dazu, denn als "Serbskij"Chef ist er einflussreicher als mancher ranghohe Politiker und Diplomat der UdSSR. Der Versuch in Ostberlin, untergeordnete Kollegen zu beeinflussen, gehörte zu den Ausnahmen. Gewöhnlich schwebt er nur in höheren Regionen. Eine Einladung, in der sowjetischen Botschaft in Ostberlin einen Vortrag zu halten, ließ er einfach unbeantwortet. "Für wen halten die mich eigentlich? Wenn ich über Psychiatrie berichte, fange ich unter dem Zentralkomitee gar nicht erst an."

Professor Morosow hat exzellente Verbindungen zu den mächtigsten Männern der Sowjetunion. Beim KGB-Chef Jurij Andropow geht er ein und aus. So wusste er schon Monate im voraus, dass sein Freund Konstantin Rusakow Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU werden würde. Auch hat Morosow ganz offenkundig das uneingeschränkte Vertrauen des Politbüros besessen. Denn er wird immer wieder für Auslandsaufträge mit der höchsten Geheimhaltungs-stufe herangezogen. In Ostberlin erzählte er mir, als wir wieder einmal abends unsere Runde machten, von einem besonders brisanten Auftrag.

Ende 1974 war Morosow auf Befehl des Politbüros nach Prag gefahren. Er sollte den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Ludvik Svoboda auf seinen Geisteszustand untersuchen. Svoboda, mit den höchsten sowjetischen Orden ausgezeichnet, war für die Prager Parteiführung und damit für Moskau zu einem Problemfall geworden. Der 79jährige Staatspräsident galt bei vielen Tschechen und Slowaken nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen 1968 in Prag als die letzte verbliebene Symbolfigur ihrer nationalen Souveränität und damit des Prager Frühlings.

Keine Frage, Morosows Gutachten fiel so aus, wie es die sowjetische Parteiführung erwartet hatte: "Stark fortschreitende Arteriosklerose mit Demenz-Erscheinungen" (Demenz = ausgeprägter Abbau von Intelligenz bei Greisen). Aufgrund dieses Gutachtens wurde Ludvik Svoboda gezwungen zurückzutreten, obwohl seine Amtszeit erst im Jahre 1978 abgelaufen wäre. Ich war betroffen, mit welchem Zynismus Morosow mir diese Geschichte erzählte.

Wenige Minuten später, so als sei nichts gewesen, plauderte mein Chef schon wieder wie ein Tourist über das ostdeutsche Wirtschaftswunder. Er war beeindruckt, wie viele Waren in den Schaufenstern auslagen. Zwei Mal zog ich mit ihm los, um zwanzig Zimmermannstifte für seinen Werkzeugkasten und fünf bunte Emaillentöpfe einzukaufen. "So gut und billig bekomme ich diese Sachen in Moskau nicht, deshalb nehme ich gleich Vorrat mit", sagte er. Und etwas nachdenklich

fügte er hinzu: "Den Krieg haben wir gewonnen, doch der Lebensstandard der Verlierer ist heute schon wieder viel höhe als bei uns. Na ja, wir Russen gewöhnen uns ja an alles."

Auf unseren Spaziergängen durch Ostberlin fiel mir auf, wie interessiert Morosow Westautos nachschaute. Ich fragte ihn, ob er sich nicht auch einmal einen schnellen, modernen Wagen anschaffen wolle. "Für unsere Straßen ist der robuste Wolga doch viel besser", antwortete er ein bisschen unwirsch. Meine Frage war ihm wohl zu direkt.

Skeptisch waren wir nach Ostberlin gekommen, unzufrieden verließen wir die DDR-Hauptstadt. Denn nur die Bulgaren und die DDR-Vertreter hatten sich uns gegenüber in gewohnter Weise devot verhalten, keinen Widerspruch gewagt. So lieferte uns der DDR-Professor Kurt Seidel eine Handvoll Adressen von Psychiatern in der Schweiz und in Österreich, von denen er glaubte, Professor Morosow könne das Abstimmungsverhalten dieser westlichen Kollegen in Honolulu noch positiv beeinflussen.

Morosow wartete nicht lange und machte sich auf den Weg zu den Kollegen in Österreich und der Schweiz. Als er nach zehn Tagen heimkehrte, glaubte er gute Arbeit geleistet zu haben. "Für Honolulu ist alles noch offen", sagte er mir zuversichtlich. Er machte sich selber etwas vor, wie sich ein halbes Jahr später in Honolulu herausstellen sollte.

Mich beauftragte Morosow dann, ihm für den Weltkongress eine Expertise über die Psychiatrie in den westlichen Ländern zu erarbeiten. Besonderen Wert legte er auf Informationen über die Bestimmungen für Zwangseinweisungen und über die gesetzlichen Voraussetzungen für die Begutachtung von vermeintlich geistesgestörten Patienten.

Er hoffte, mit diesem Material bei den Diskussionen in Honolulu den Westen in die Defensive drängen zu können.

Aus der westlichen Presse habe ich dann erfahren - ich hatte mich zwei Monate vor dem Beginn des Kongresses in Honolulu in den Westen abgesetzt -, wie die sowjetische Delegation meine Materialien ins Plenum einbrachte, um die berechtigten Attacken zu neutralisieren. Delegationssprecher Dr. Eduard Babajan beklagte in leidenschaftlichen Statements das mangelhafte Niveau der psychiatrischen Versorgung in der westlichen Welt.

Doch Babajans Rhetorik brachte der sowjetischen Delegation nicht den erwünschten Erfolg. Der Weltkongress votierte für die amerikanische Resolution, in der "die missbräuchliche Anwendung psychiatrischen Wissens zum Zwecke der Unterdrückung abweichender Meinung" abgelehnt wird. Peinlicher war es für die Sowjetunion, dass dieser Antrag durchkam. Denn mit 90 zu 88 Stimmen prangerte die Generalversammlung den Missbrauch der Psychiatrie in einem bestimmten Land an - in der UdSSR. Zum ersten Mal wurde damit Moskau vor der Weltöffentlichkeit verurteilt, die Psychiatrie gegen die Interessen der Menschen einzusetzen.

Diese Grundsatzentscheidung hat im Westen viel zu wenig Beachtung gefunden. Die sowjetische Regierung nahm das Honolulu-Ergebnis immerhin so ernst, dass ihre großen Massenblätter nicht darüber berichten durften: Lediglich einige medizinische Fachzeitschriften lobten, ohne auf die Ergebnisse einzugehen, die "sachliche Atmosphäre auf dem Weltkongress". Und sie machten ihren Lesern weis, die sowjetische Delegation hätte in Honolulu den Versuch einer Wiederbelebung des Kalten Krieges erfolgreich abgewehrt.

Natürlich werden die psychiatrischen Behandlungsmethoden und die sogenannten bunten Pillen (Psychopharmaka), wie sie in der Sowjetunion an der Tagesordnung sind, auch in den USA, der Bundesrepublik und allen anderen westlichen Ländern abgewandt und verabreicht. Nicht diese

psychiatrischen Behandlungsmethoden sind verwerflich, sondern dass sie gegen gesunde Menschen angewandt werden, die den politischen Machthabern unbequem sind.

Schlimmer noch als die Behandlungsart empfinden viele Regimekritiker in den Kliniken der Sowjetunion, dass sie über ihre Situation im Unklaren gelassen und damit systematisch verunsichert werden.

Mit widersprüchlichen Informationen, die der Psychiater seinem Patienten ständig vermittelt, wird allmählich jede psychische Widerstandskraft gebrochen. Außerdem wechseln besonders geschulte Psychiater im Serbskiij-Institut häufig ihre Taktik. Mal zeigen sie Verständnis für die Situation des Dissidenten und bieten ihm sogar freundlich eine Zigarette an, und im nächsten Moment drohen sie unvermittelt mit der Einweisung in eine psychiatrische Sonderklinik.

In der Wissenschaft gibt es für diese Interaktions-Technik einen Fachausdruck: Double-bind, die sogenannte Zweigleisigkeit. Diese "Double-bind" verhindert, dass der Patient Abwehrmechanismen entwickelt, die er braucht, um sich eine Überlebensstrategie aufzubauen. Er weiß einfach nicht mehr, wo er ist, wann er eingeliefert wurde, wann er Besuch bekommt und wie viel Mal er bereits dieselbe Frage beantwortet hat. Oft wissen die Patienten nicht einmal mehr, an welchen Tagen sie untersucht werden.

Diese subtile Psychofolter ist genau so schrecklich wie die körperliche Misshandlungen, zu denen es - wie häufig auch in westlichen Anstalten - immer wieder kommt.

All das geschieht unter Staatsaufsicht. Um in der UdSSR in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen zu werden, genügt es schon, wenn Arbeitskollegen oder Nachbarn das Verhalten eines Bekannten ungewöhnlich vorkommt. Unter dem Vorwand einer sozialen Gefährdung der Gesellschaft kann jeder zur Untersuchung bestellt werden, der sich nicht "normgerecht" verhält. Und "normgerecht" heißt, nicht aus der Reihe tanzen und keine andere Meinung zu haben als die Partei, obwohl die sowjetische Verfassung jedem Bürger formal Meinungs- und Religionsfreiheit garantiert.

Der zweite Weg, jemanden für seine Überzeugung in eine Nervenheilanstalt einzuliefern, führt direkt über das Gesetz. Wer Agitation und Propaganda gegen die Politik der KPdSU verbreitet, wird nach sowjetischem Recht (Artikel 70 bzw. 190/1) als Staatsfeind angeklagt und in vielen Fällen dann von Richtern oder Staatsanwälten zur Begutachtung seines Geisteszustandes den Psychiatern ausgeliefert.

Ähnliche Rechtspraktiken bestehen in allen Ländern des Ostblocks. So genügt beispielsweise in der DDR der bloße Verdacht auf geistige Erkrankung zur Zwangs-einweisung in eine Klinik. Lediglich in Ungarn und in Polen sind die Bürger rechtlich vor derartigen Übergriffen der Staatsorgane geschützt. Dort reicht die Denunziation von Nachbarn nicht aus, um unliebsame Bürger in einer Anstalt verschwinden zu lassen.

Der entscheidende Unterschied zwischen Ost und West bleibt, dass in der Sowjetunion jede oppositionelle Meinung ein Staatsverbrechen ist, und dass die Psychiatrie dazu missbraucht wird, den Widerstand politisch Andersdenkender zu brechen.

Ich halte es deshalb für besonders bedenklich, ja sogar für gefährlich, wenn sich in der Bundesrepublik die Meinung durchsetzen sollte, die Terroristen hierzulande seien "psychiatrische Fälle", und man sollte sie, wenn sie verhaftet werden, einfach in eine Nervenheilanstalt einweisen, anstatt ihnen ordnungsgemäß den Prozess zu machen. Käme es eines Tages dazu, würde sich die Bundesrepublik in ihrer rechts-staatlichen Praxis kaum noch von der Sowjetunion unterscheiden.

Doch ich kann mir im Ernst nicht vorstellen, dass sich meine deutschen Kollegen dafür hergeben würden. Die Probleme der Psychiatrie in der Bundesrepublik liegen auf einem ganz anderen Gebiet. Die medizinische Versorgung der etwa eine Million Menschen, die der psychiatrischen Behandlung bedürfen, hat viele Mängel. Für die ambulante Betreuung dieser Patienten stehen insgesamt nur elf psycho-therapeutische Polikliniken und nicht mehr als 3.000 Fachärzte für Psychiatrie zur Verfügung. Auch die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern ist dürftig. Auf 1.000 Einwohner kommen laut Statistik 1,6 Betten für psychisch Kranke (Schweden 3,5; Niederlande 2,9; Schweiz 2.7; Dänemark 2,3; Frankreich 2,3 Betten).

Das sind wenig ermutigende Zahlen in einem technisch und sozial hoch entwickelten Land wie der Bundesrepublik. Doch von wirklich guten und engagierten Medizinern können diese schwierigen Zustände auch als eine Herausforderung empfunden werden. Ich jedenfalls bin froh, nach meiner Flucht hier in der Bundesrepublik eine neue Aufgabe als Arzt gefunden zu haben.

SOWJETUNION - "ICH SCHÄME MICH, EIN PSYCHIATER ZU SEIN" (TEIL 2)

stern, Hamburg 20. April 1978[10]

Für viele mag es wie eine Übertreibung klingen: Wo immer ich als Gerichtspsychiater hinkam, wo immer ich Patienten begutachtete, der KGB war schon da und wartete auf mich. Selbst am Ende der Welt.

Die Provinzstadt Lesnoje liegt im Norden der Sowjetunion, fast zwei Tagesreisen mit dem Zug von Moskau entfernt. Im Dezember 1976 schickte mich das Moskauer "Serbskij-Institut" für Gerichtspsychiatrie in diese abgelegene Gegend. Ich hatte den Auftrag, die gerichtspsychiatrische Versorgung in diesem Landstrich zu überprüfen.

Schon am ersten Abend in Lesnoje bekam ich unerwarteten Besuch im Hotel. Gegen 22 Uhr - ich hatte mich gerade ins Bett gelegt -klopfte es an meine Tür. Vor mir stand ein etwa 45jähriger Mann. Er grüßte knapp und ging mit einer Selbstverständlichkeit in mein Zimmer, als seien wir verabredet. Ich hatte ihn nie gesehen. Aber mir war klar, warum er sich nicht auszuweisen brauchte: Schaftstiefel, weite graue Hose, drei Sterne am Revers, Tellermütze mit breitem blauen Band - er trug die Uniform eines KGB-Offiziers.

In der Mitte meines Hotelzimmers blieb er stehen, drehte sich abrupt zu mir um und sagte ohne Um-schweife: "Genosse Novikov, Sie kennen mich nicht, aber ich kenne Sie! Sie kommen vom "Serbskij-Institut", und Sie können uns helfen, ein Problem zu lösen."

Ich erwiderte nichts und wartete ab. Der KGB-Offizier holte ein versilbertes Etui aus seiner Jackentasche, bot mir eine Zigarette an, nahm sich auch eine, zog den Rauch tief ein und kam dann zur Sache: "Unser Problem heißt Woronin. Der Mann wurde vor zwei Monaten wegen seiner paranoiden Reformideen in die psychiatrische Klinik von Lesnoje eingewiesen. Vom ersten Tag an hat er sich über alles beschwert und Patienten aufgehetzt. Sogar an das Zentralkomitee in Moskau hat er schon geschrieben. So einen gefährlichen Irren können wir hier nicht gebrauchen. Der darf nicht in einer normalen psychiatrischen Anstalt bleiben. Der muss in eine Sonderklinik eingewiesen werden. Dafür brauchen wir Ihr Gutachten."

Der KGB-Mann sah mich prüfend an. Ich schwieg. Eine Spur ungeduldiger fügte er hinzu: "Sie verstehen doch, was ich meine?"

Ich nickte. Denn ich wusste, ich hatte keine andere Wahl. Der Rest war Routine. Der KGB-Offizier gab mir die Zimmernummer Woronins und nannte mir die Uhrzeit für die Exploration: Raum 308, Abteilung G, morgen zwölf Uhr.

Soviel ich auch überlegte, ich sah keine Möglichkeit, aus diesem Dilemma herauszukommen. Ich musste Igor Nikolaj Woronin untersuchen. Schon nach den ersten Minuten der Exploration war mir klar, dass dieser Mann kein Kranker war, sondern ein politischer Fall.

Der 36jährige Facharbeiter gehörte einer kleinen Bürgerrechtsbewegung an und hatte mit seinen Freunden Flugblätter gegen die "neue Ausbeuterklasse in der Sowjetunion" verteilt. Nach Artikel 190/1, der die "systematische Verbreitung antisowjetischer Hetzschriften" unter

[10] Aufgezeichnet mit Erich Follath

Androhung von Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verbietet, war er verhaftet worden. In der Gerichtsverhandlung gegen ihn verlangten die Richter dann ein psychiatrisches Gutachten und schickten ihn wegen des Verdachts auf Schizophrenie in die psychiatrische Klinik.

Ich konnte Woronin nicht gesundschreiben, weil ich wusste, was der KGB von mir erwartete. Ich sah nur eine Chance, mich persönlich aus der Sache herauszuhalten. Ich erklärte, der Fall sei medizinisch so schwerwiegend, dass der Patient auf jeden Fall im "Serbskij-Institut" in Moskau stationär behandelt werden müsse. Als ich von der Dienstreise heimgekehrt war, fertigte ich im Institut ein Zwischengutachten über Woronin an und überließ den Rest der Bürokratie. Ich sah Woronin nicht mehr wieder.

Ganz wohl war mir bei dieser Sache nicht zumute, und ich mache mir auch keine Illusionen darüber, was mit dem politischen Gefangenen Woronin geschehen sein wird. Einer meiner Kollegen vom "Serbskij-Institut" wird ihn nachexploriert haben, zum selben Ergebnis gekommen sein wie ich - und dann dennoch dem KGB die Einlieferung des Mannes in eine psychiatrische Sonderklinik ermöglicht haben. Ich hatte Woronin nicht geholfen, sondern die Verantwortung nur weitergeschoben.

Die Entscheidung von Lesnoje war nicht mein erster Gewissenskonflikt, Ausreden waren bald aus meinem Berufsleben nicht mehr wegzudenken. Oft schämte ich mich, ein Arzt zu sein. Denn meine Ohnmacht, auf den Inspektionsreisen selbst die banalsten Unzulänglichkeiten zu beheben, wurde mir von Tag zu Tag bewusster. Fast alle Krankenhäuser waren total überbelegt, Medikamente fehlten überall, frisches Gemüse oder Fleisch waren oft über Monate nicht zu bekommen. Als mich in Lesnoje bei einem Inspektionsgang ein Kranker um Medizin anbettelte, weil er offensichtlich wusste, dass ich aus Moskau kam, wimmelte ich ihn mit einer Lüge ab: "Ich kann nichts für Sie tun. Ich bin von der Baukommission."

Manchmal wünschte ich mir tatsächlich, ein einfacher Arbeiter in einer Brigade Mörtel zu mischen. Denn die Genossen Arbeiter können sich im Sowjetsystem weit-gehend aus der Politik heraushalten, und außerdem werden sie wirtschaftlich enorm bevorzugt. Für die westliche Welt ist es kaum vorstellbar, dass der Arzt in der UdSSR am untersten Ende der Lohnskala rangiert. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Mediziners beträgt 104,50 Rubel (313,50 Mark). Ein Bauarbeiter verdient dagegen 185 Rubel (555 Mark) und ein Seemann 226 Rubel (678 Mark).

Gesellschaftliches Ansehen hängt auch in der Sowjetunion vom Geld ab; dementsprechend niedrig ist das soziale Prestige des Mediziners. Ich habe es oft erlebt, wie Facharbeiter, die zu einer obligatorischen Routine-Untersuchung geschickt wurden, ihre Ärzte verhöhnten. Mit Händen in den Hosentaschen standen sie vorm Doktor. "Wratschischka (Doktörchen), was willst du denn von mir? Mach schnell, ich habe nicht viel Zeit."

Aus vielen Gesprächen mit Kollegen weiß ich, dass eine große Zahl von Ärzten über ihren gesellschaftlichen Status verbittert ist. Viele kommen auch mit ihrem Geld nicht aus. Die gekränkte Eitelkeit der Ärzte und ihre finanziellen Probleme sind die Hauptgründe dafür, dass es dem Innenministerium - und dem KGB - leicht gelingt, Psychiater für ihre Zwecke in den Sonderkliniken einzuspannen. In diesen zwölf Aufbewahrungsanstalten für psychisch Kranke werden hoffnungslose Fälle abgeschoben - auch die politischen.

Wer sich bereit erklärt, in diesen Kliniken, die dem Innenministerium unterstehen, zu arbeiten, verdient ein Drittel mehr als die anderen Kollegen, hat 60 Tage Urlaub im Jahr und darf kostenlos alle sowjetischen Verkehrsmittel benutzen. Außerdem müssen die "Sonder-Psychiater"

längst nicht so viel arbeiten wie die "normalen" Psychiater. Ihre Patienten sollen ja nicht mehr behandelt, sondern nur noch "ruhig-gestellt" werden.

Der Preis für diese privilegierte Psychiater-Klasse: Die Ärzte in den Sonderkliniken müssen die Uniform des Innenministeriums tragen, und sie haben überhaupt keinen Entscheidungsspielraum mehr. Was im Innenministerium und im Hauptquartier des KGB beschlossen wird, muss von ihnen sofort vollstreckt werden. Mit diesem Zwei-Klassen-System wird jegliche Solidarität unter den Ärzten verhindert. Diskussionen über die Reformen werden im Keim erstickt.

Obwohl mir in den letzten Jahren immer klarer wurde, dass auch ich als Arzt im "Serbskij-Institut" von Politikern missbraucht wurde, kam für mich eine Anstellung in einer Sonderklinik nicht in Frage. Diese Ärzte brechen meiner Meinung nach ihren Eid als Mediziner. Sie verraten ihren Beruf.

Ich habe mich oft gefragt, ob das nicht jeder Psychiater tut. Denn eines zeigt die Geschichte der Psychiatrie: Dieser Zweig der Medizin ließ sich immer besonders gut für die Zwecke der Machthaber einspannen. Und das gilt nicht nur für die Sowjetunion und nicht nur für Diktaturen. Bis vor wenigen Jahren wurden in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Homosexuelle für krank erklärt und psychiatrisch behandelt. Die Theorie, dass Homosexualität eine Krankheit sei, wurde von Kirche und Gesellschaft auch im Westen zur Unterdrückung jener Menschen eingesetzt, deren Sexualität der gesellschaftlichen Norm nicht entspricht. In der UdSSR, wo die Strafbarkeit der Homosexualität nach der Oktoberrevolution abgeschafft wurde, griff die Partei 1934 auf die bürgerlichen Vorurteile von Moral und Sitte zurück - mit den strafrechtlichen Konsequenzen.

Überall in der Welt steht der Psychiater in einer außergewöhnlichen Konfliktsituation: Einerseits will er dem Patienten, der sich ihm anvertraut hat, helfen, andererseits wird er von einer Institution bezahlt, die bestimmte Ergebnisse erwartet - beispielsweise von einer Gesundheitsbehörde, einer Gefängnisverwaltung oder einer Armee. So muss ein Militärpsychiater die Kampfkraft der Truppe im Auge behalten und dabei jene Soldaten aussortierten, die den militärischen Anforderungen nicht genügen. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie dabei banale Disziplinarvergehen zu "seelischen Störungen" uminterpretiert werden können.

Dieser Grundwiderspruch hat in der Sowjetunion eine besondere Variante: Die Psychiatrie wird zum System der politischen Unterdrückung - zur Strafmedizin. Viele Ärzte machen es sich einfach. Weil sie wissen, welche Ergebnisse die Partei bei "politischen Fällen" von ihnen erwartet, machen sie die psychiatrische Untersuchung zum Verhör. Bei ihren Fangfragen hat der Patient keine Chance.

So schildert der Biologe Jewgenij Nikolajew in seinem heimlich angefertigten Gedächtnisprotokoll, wie er von meinem Kollegen Dr. Wladimir Dmitriewskij in der psychiatrischen Abteilung des Moskauer Kaschtschenko-Krankenhauses "behandelt" wurde. Auszüge aus der Vernehmung:

Dmitriewskij: "Ich interessiere mich für Ihre Ansichten. Die Klinik, die Sie hier herschickte, hat mich von Ihren merkwürdigen Auffassungen über unsere Gesellschaft informiert."

Nikolajew: "Was immer ich für Ansichten haben mag - das kann doch kein Grund für eine psychiatrische Untersuchung sein."

Dmitriewskij: "Wenn das so wäre, wären Sie nicht hier."

Nikolajew: "Sagen Sie mir doch einmal, wer mich überhaupt angezeigt hat. Sagen Sie mir, wem mein Verhalten unangenehm aufgefallen ist."

Dmitriewskij: "Es hat keine Klagen über Ihr Benehmen gegeben. Nicht Ihr Verhalten ist sozial gefährlich, es sind Ihre Ansichten."

Nikolajew: "Das kann ich nicht glauben. Was immer ich über diese Gesellschaft denke, sie wird sich nicht ändern. Wenn ich sie verdamme, wird sie nicht schlechter. Wenn ich sie lobe, wird sie nicht besser. Deshalb können meine Ansichten für diesen Staat gar nicht gefährlich sein."

Dmitriewskij: "Und das ziehen Sie vor - die Gesellschaft zu loben oder sie zu verdammen?"

Nikolajew: "Ich möchte gern bei meinem Prinzip bleiben, dass mich das nichts angeht."

Dmitriewskij: "Diese Haltung gegenüber der Gesellschaft stellt eine soziale Gefahr dar. Sie waren doch schon drei Mal über längere Zeit in psychiatrischen Anstalten. Sie sollten unsere Staatsmaschinerie kennen. Wir alle sind bestimmten Organen unterstellt. Und wenn wir eine Direktive erhalten, so sind wir verpflichtet, sie zu befolgen. Alexander Solschenizyn (Der Archipel Gulag, 1974; *1918+2008)) wurde wegen seiner politischen Auffassungen ausgewiesen. Doch Sie sind nicht so bekannt wie er. Sie wird man in eine psychiatrische Klinik sperren."

So geschah es. Nikolajew, dessen Gedächtnisprotokoll Freunde 1974 in den Westen schmuggelten, wurde in eine Sonderklinik eingeliefert. Keiner weiß, ob er noch lebt.

Die Personen sind austauschbar, die Methode bleibt dieselbe - auch wenn es um die Verfolgung von Christen geht. Der Fall des Gennadij Schimanow ist für mich ein Paradebeispiel. Der Moskauer Lehrer wurde in eine psychiatrische Klinik eingeliefert, weil er seine Nachbarn von der Existenz Jesus überzeugen wollte und deshalb von einem Spitzel beim KGB angeschwärzt worden war.

Der Psychiater Dr. Schafran redete Schimanow bei der Exploration ins Gewissen: "Ein Mensch, der sich so fanatisch für seine Religion einsetzt wie Sie, muss krank sein. Vielleicht bleiben Sie dabei sogar innerhalb des gesetzlichen Rahmens, aber faktisch schaden Sie dem Staat, indem Sie verlorene Schafe in den Schoss der Kirche zurückführen wollen."

Als Schimanow sich auf die sowjetische Verfassung berief, die jedem Bürger ausdrücklich Religionsfreiheit zusichert, wurde der Psychiater noch deutlicher: "Begreifen Sie denn nicht, dass sich der KGB den Teufel um die Gesetze schert? Sie werden vernichtet, unweigerlich. Sie sind nicht der Einzige, aber das wird Ihnen nur ein geringer Trost sein. Es betrübt mich mit anzusehen, wie Sie sich eine Märtyrer-Krone flechten."

Schimanow kam glimpflich davon. Sein Fall wurde in allen Einzelheiten im Ausland bekannt, und nach einem dreiwöchigen Hungerstreik setzte man ihn aufgrund internationaler Proteste wieder auf freien Fuß.

Wie sehr sich im Westen die Öffentlichkeit über solche Praktiken der sowjetischen Psychiatrie auch erregen mag, für den, der in der UdSSR aufgewachsen ist, erscheint dies alles normal, geradezu alltäglich. Widerstand gegen die Staatsgewalt und Zweifel an der Staatsideologie ist in den Sowjetrepubliken so etwas Undenkbares, dass viele Bürger in der Tat glauben, einer müsse geistesgestört sein, der auf dem Roten Platz in Moskau Flugblätter verteilt oder in Leningrad für die Bürgerrechte demonstriert.

Zu tief sitzt obrigkeitsstaatliches Denken im Sowjetbürger. Es ist nicht nur die Angst vor dem Zugriff des KGB, der die Russen hindert, sich aufzulehnen, sondern viel häufiger ein durch ein durch Erziehung und durch Erfahrungen im Beruf geprägten Fatalismus, ja doch nichts ändern zu können.

Und dennoch gibt es immer Menschen, die sich über all diese "Vernunftgründe" hinwegsetzen. Auch unter den sowjetischen Psychiatern sind einige couragierte Kollegen, die sich ohne Rücksicht auf ihre Person auflehnten und für ihre Überzeugung hohe Gefängnisstrafen in Kauf nahmen. Einer von ihnen ist der Kiewer Psychiater Dr. Semjon Guzman, 32,

Seit über fünf Jahren sitzt Guzman im Straflager Nr. 35 nahe der Stadt Perm in den Bergen des Ural. Vor ihm liegen noch fast zwei Jahre Arbeitslager und weitere drei Jahre sibirische Verbannung. Ob er diese Jahre überstehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Von Hungerstreiks geschwächt und von verschärften Haftbedingungen zermürbt, erlitt Glusman schon mehrere Herzattacken.

Dabei hatte Glusman eine außergewöhnliche Karriere als Psychiater vor sich. Mit 23 Jahren promovierte der Sohn eines jüdischen Medizin-Professors in Kiew. Auf den begabten Jungpsychiater wurde die Partei bald aufmerksam. Sie bot ihm eine Vertrauensstellung als leitender Arzt in der Sonderklinik von Dnjepropetrowsk an. Doch Glusman lehnte ab. Er hatte gehört, dass gerade in dieser Klinik viele politische Fälle als "Geisteskranke" festgehalten werden. Die Partei reagierte repressiv: Glusman fand in der Ukraine keine Stellung als Psychiater mehr und jobbte schließlich als Notarzt in einer Unfallklinik in Kiew.

Im März 1972 durchsuchten KGB-Beamte sein Haus und stellten oppositionelle Schriften sicher, darunter ein vervielfältigtes Rohmanuskript von Solschenyzins "Krebsstation". Zwei Monate später wurde Glusman verhaftet. In einem Prozess, zu dem die Öffentlichkeit nicht zugelassen war, verurteilte ihn ein Gericht in Kiew zu sieben Jahren Arbeitslager und weiteren drei Jahren Verbannung - ein selbst für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich hartes Urteil.

Der wahre Grund für die hohe Strafe war die Rache des KGB an dem Psychiater. Denn Glusman hatte es nicht nur gewagt, eine von der Partei angebotene Stelle abzulehnen, er hatte es sogar gewagt, ein dem KGB höchst wichtiges Gutachten des "Serbskij-Instituts" zu widerlegen. Semjon Glusman und zwei Psychiater, deren Namen er nie verriet, analysierten die widersprüchlichen Expertisen über den Geisteszustand des Sowjet-Generals und Dissidenten Pjotr Grigorenko.

Ärzte in Taschkent hatten Grigorenko für gesund erklärt, der "Serbskij"-Psychiater von der 4. Abteilung hingegen beharrte darauf, dass der Bürgerrechtler geisteskrank sei. Glusman schrieb in seiner Kollegen-Kritik, die er im Untergrund verteilen ließ: "Wir betrachten unser Papier nicht nur als einen Versuch, die Wahrheit im Fall Grigorenko wiederherzustellen, sondern auch als professionellen Protest gegen das System. Psychiatrie ist ein Zweig der Medizin und nicht ein Zweig des Strafgesetzes. Die Praxis, politische Dissidenten unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verurteilen und sie in psychiatrische Kliniken zu stecken, darf nicht fortgesetzt werden. Die Ärzte, die wissentlich so unmenschlich handeln, sollten nach den Normen des internationalen und des sowjetischen Gesetzes verfolgt und bestraft werden."

Im Arbeitslager von Perm traf Semjon Glusman auf den Regimekritiker Wladimir Bukowski, der inzwischen in den Westen abgeschoben worden ist. Mich hat zutiefst beeindruckt, was Bukowski zusammen mit Glusman im Lager zustande brachte. Nachts, wenn die Wärter ihren letzten Rundgang beendet hatten, schrieben sie im Schein einer Gaslaterne auf Zeitungsschnipseln

einen der seltsamsten Führer der Weltgeschichte: das "Psychiatrische Handbuch für den Dissidenten". In dieser Schrift, die bald darauf in den Westen gelangte, gaben Glusman und Bukowski Verhaltenstipps an all diejenigen, die in die gleiche Lage kommen wie sie selbst - die vor Psychiaterkommissionen Rede und Antwort stehen müssen.

These 1: "Denken Sie daran, der Psychiater wird versuchen Sie einzukreisen, Sie einzuschüchtern, Aussagen von Ihnen zu erpressen und bei der Zusammenstellung Ihres Dossiers die Untersuchungsvorschriften gegen Sie auszuspielen. Besonders gefährlich ist dabei der Psychiater vom kleinbürgerlichen Typ. Seine Anpassungsfähigkeit ist extrem ausgeprägt. Wenn Sie über surrealistische Kunst sprechen, wird er Sie fragen: 'Können Pferde denn wirklich fliegen?' Bei der modernen Poesie wird er die Reime vermissen. Wir raten Ihnen, mit einem solchen Psychiater nicht über abstrakte Dinge wie Philosophie zu diskutieren. Versuchen Sie, sich seinem Niveau anzupassen. Bedenken Sie: Er hält Sie wirklich für geistesgestört, denn sein wichtigstes Argument ist: 'Sie hatten doch eine Wohnung, eine Familie, einen Beruf. Warum zum Teufel haben Sie das getan?' "

These 2: "Denken Sie daran, Sie sind niemals in der Lage, der Kommission zu beweisen, dass Sie Opfer von Tricks und Provokationen geworden sind. Wenn Sie darauf bestehen, werden die Psychiater ihrer Diagnose noch hinzufügen: 'Leidet an Verfolgungswahn!' Versuchen Sie nicht, entsprechend Ihrer persönlichen Erfahrung zu argumentieren, sondern berufen Sie sich auf anerkannte Autoritäten und literarische Quellen. So vermeiden Sie, dass in Ihrem Gutachten der Begriff 'Überschätzung der eigenen Ideen' auftaucht."

These 3: "Denken Sie daran, alles in Ihrem Leben war normal. Die Schwangerschaft Ihrer Mutter und Ihre Geburt sind planmäßig verlaufen. Sie haben rechtzeitig gelernt, sich aufzusetzen, zu gehen und Mama zu sagen. Sie haben niemals gern allein gespielt, waren nie Schlafwandler und sind so gern oder ungern zur Schule gegangen wie jeder andere. Sie haben sich für das andere Geschlecht in der Pubertät zu interessieren begonnen, und Ihre Sexualität hat auch später nicht den Rahmen des Anständigen gesprengt. Je normaler Ihr Leben und Ihre Herkunft erscheinen, desto schwieriger wird es Ihrem Psychiater fallen, Ihnen anormales Verhalten und frühzeitige Anzeichen von Geisteskrankheit zu unterstellen."

These 4: "Denken Sie daran, Sie müssen die wahren Motive für Ihr oppositionelles Verhalten verschweigen. Am besten ist, Sie sagen: 'Ich wollte einfach berühmt werden.' - 'Ich habe nicht an so schwerwiegende Folgen gedacht.' - 'Ich habe nicht mitgekriegt, dass ich zu weit gegangen bin.' Diese Argumentation mag Ihnen unwürdig vorkommen, und sie ist sicher unerfreulich. Tatsache ist: Sie wird Sie bei Ihrem Psychiater ins beste Licht rücken."

Ich habe noch nirgendwo eine so präzise und zutreffende Darstellung über die Denk- und Verhaltensweise der im Auftrage des KGB arbeitenden Psychiater gelesen wie in diesem "Handbuch". So nützlich diese Ratschläge auch sind. Bukowski und Grigorenko dämpften übertriebene Erwartungen: "Von dem Gewissen der Ärzte ist leider wenig zu erhoffen."

SOWJETUNION - DER LEIDENSWEG DES GENERALMAJORS PJOTR GRIGORENKO (TEIL 3)

stern, Hamburg 13. April 1978[11]

Dr. Jouri Novikov ist der führende Psychiater der Sowjetunion, dem die Flucht in den Westen gelang. Er erlebte jahrelang, wie seine Kollegen im Auftrage des KGB Bürgerrechtler in Irrenhäuser verbannten. Besonders infam behandelten KGB-Psychiater den früheren Generalmajor Pjotr Grigorenko.

Andere rissen sich darum, mir waren sie ein Gräuel: die Überlandfahrten in die Provinz. Aber diese Inspektions-reisen zur Kontrolle psychiatrischer Kliniken gehörten zu meinen Pflichten als Abteilungsleiter im "Serbskij"-Institut, der obersten Instanz für Gerichtspsychiatrie in der Sowjetunion. Meine Stippvisiten liefen fast immer nach demselben Schema ab. Begrüßung durch das örtliche Partei-Komitee am Bahnhof. Abendessen mit dem Anstaltsleiter im Hotel, meist floss der Wodka reichlich. Am nächsten Morgen Rundgang durch die Anstalt - altvertraute Bilder, immer dieselben Klagen: zu viele Patienten, zu wenig Betten, fehlende Medikamente. Für die Inspektion des "Kollegen aus Moskau", wie sie mich nannten, war nicht einmal der Flur geschrubbt, geschweige die Toilette gereinigt worden.

Ich schrieb seitenlange Berichte, prangerte die Missstände an, machte konkrete Vorschläge für das Gesundheitsministerium. Professor Georgij Wassiljewitsch Morosow, Direktor des "Serbskij"-Instituts, sprach mich einmal auf diese Berichte an: "Jouri, du kannst ruhig ein paar Seiten weglassen. Die Russen gewöhnen sich an alles. Die da draußen an ihren Notstand, die im Ministerium an die Beschwerden." Auch ich stumpfte ab. Ich musste es als unumstößliche Tatsache hinnehmen: Je weiter die Klinik von Moskau entfernt war, desto katastrophaler war die medizinische Versorgung. Daran änderten auch die Fünf-Jahres-Pläne des Ministerrats nichts, die der Medizin Vorrang einräumten und die Bettenzahl in allen psychiatrischen Krankenhäusern in den letzten fünfzehn Jahren von 220.000 auf das Doppelte erhöhen sollten.

Das Geld aus Moskau versickerte auf dem Weg in die Provinz. Für die örtlichen Parteikomitees gab es immer etwas, was noch dringender war. Auf der Strecke blieben die Krankenhaus-Neubauten. So zum Beispiel in der Provinzstadt Karkaralinsk in Kasachstan, wo in einer feierlichen Zeremonie 1975 zwar der Grundstein gelegt wurde, wo aber bis heute noch nicht einmal die Außenmauern hochgezogen worden sind. Bei psychiatrischen Sonderkliniken allerdings gibt es keine Neubauprobleme. Diese Aufbewahrungsanstalten, von denen es zwölf in der Sowjetunion gibt, sind fast ausnahmslos in alten Gefängnissen untergebracht. Hinter Stacheldraht und dicken Mauern sitzen Patienten, die auch nach westlichen Maßstäben geisteskrank sind und die man nicht mehr frei herumlaufen lassen kann. Es werden in diesen Sonderkliniken aber auch politische Dissidenten als "Geisteskranke" interniert, obwohl sie geistig gesund sind.

Die Psychiater des "Serbskij"-Instituts dürfen den Gerichten zwar die Einweisung von Patienten in die Sonderkliniken empfehlen, ihnen selbst ist der Zutritt zu den Anstalten jedoch verwehrt. Diese Psycho-Sonderkliniken sind die geheimnisvollsten Krankenhäuser der Sowjetunion. Sie sind auch die Einzigen, die nicht dem Gesundheitsministerium, sondern den

[11] Aufgezeichnet mit Erich Follath

mächtigen Bonzen vom Innenministerium unterstehen. Und die sind Spezialisten, wenn es darum geht, Leute aus dem Verkehr zu ziehen und von der Umwelt zu isolieren.

Ich kann mir bis heute nicht erklären, warum gerade mir die Gelegenheit gegeben wurde, die psychiatrische Sonderklinik in Minsk besuchen zu dürfen. Jedenfalls rief mich während einer Inspektionsreise durch Weißrussland eines Abends der Direktor der Minsker Sonderklinik an und lud mich für den nächsten Morgen ein.

Es war im November 1973. Morgens gegen 10 Uhr holte mich ein schwarzer Moskwitsch vom Hotel ab, ein Chauffeur brachte mich in die Stadtmitte zum Untersuchungsgefängnis, auf dessen Gelände sich die Sonderklinik befindet. Der Lagerkomplex war unüberschaubar. Eine vier Meter hohe Backsteinmauer, zwischen zwei Wachtürmen ein Tor. Über der Einfahrt, für jeden unübersehbar, stand in riesigen Lettern der Glaubenssatz der Klinik geschrieben: "Obratno na swobodu s tschistoi sowestju" -Zurück in die Freiheit nur mit reinem Gewissen.

Ausweiskontrolle am schweren Stahlschiebetor. Zwei Soldaten, Kalaschnikows auf dem Rücken. Scharfe Schäferhunde, die an ihrer Laufleine zerrten. Wagendurchsuchung, Leibesvisitation. Der Moskwitsch hielt auf einem lehmigen Vorhof. Am Haupteingang wartete schon ein Direktor, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere. Er war ein älterer Arzt, 60 Jahre etwa, mit einem rötlich runden Gesicht. Er leitete die Sonderklinik seit zwei Jahren - ohne vorher psychiatrische Erfahrung gesammelt zu haben. Er war Hautarzt, hatte sich frühzeitig um die Partei verdient gemacht und durfte sich hier am Ende seiner Laufbahn als Direktor noch seine Pension aufbessern.

Auf dem ersten Flur, den wir passieren, hing ein gerahmter Spruch an der grauen Kalkwand: "Trud - uniwersalnoje sredstwon narodnogo wospitanija" - Arbeit ist ein universelles Mittel zur Erziehung des Volkes. - Das erste Krankenzimmer, das ich zu sehen kriegte, war ein ziemlich verrottetes Loch. In dem 16 Quadratmeter kleinen Raum waren acht Betten zusammengepfercht, je zwei übereinander. Aber nicht jeder Kranke hatte seine eigene Liege. Einige kauerten auf den Ritzen zwischen den Bettkanten. Die meisten lagen völlig phlegmatisch da, vollgepumpt mit Psychopharmaka, die Gesichter leer und ausdrucklos. Ein Jugendlicher, dessen bekleckerter Anstaltspyjama keine Knöpfe mehr hatte, machte sich gleich an den Wärter ran. "Ich hab' noch Tabak", flüsterte er. "Du kannst ihn haben, wenn du mich aufs Klo lässt." Der Wärter schlug wortlos die Tür zu.

Vom Direktor erfuhr ich später, dass es in der psychiatrischen Sonderklinik Minsk ein Privileg ist, aufs Klo gehen zu dürfen. Denn nur zwei Mal am Tag, um 10 Uhr morgens und um 18 Uhr abends, sieht die Anstaltsordnung einen "Gang zur Verrichtung der Notdurft" vor. Ziffer 3 dieser Verordnung stellt es ins eigene Ermessen der Wärter, weitere Toilettengänge zu gestatten. Diese Vergünstigung lassen sie sich honorieren: mit Tabak, Süßigkeiten, Obst - Mitbringsel von Angehörigen, die einmal im Monat die Patienten besuchen dürfen. Der Gang zur Toilette ist ein Stück Freiheit, nach der jeder Kranke sich sehnt. Dieser Ort - ein kreisrundes Loch, mit zwei Wasserhähnen in der Wand - ist die einzige private Zuflucht in der Klinik. Drei Minuten erlauben die Wärter, die selbst gedrehte Zigarette oder die gestopfte Pfeife zu rauchen. Sonst, und das wird strikt eingehalten, darf nirgends im Hospital gepafft werden.

Nach dem Rundgang saß ich beim Chef im Zimmer und trank Tee. Dann erzählte er mir, wer die Wärter sind. Ihre Vergangenheit haben die meisten nicht auf den Sanitätsschulen, sondern als "Seki" (Kriminelle Häftlinge) gemeistert. Ihre Delikte waren Mord, Vergewaltigung, schwerer Raub. Als Internierte in den Arbeitslagern begannen sie eine neue Laufbahn, im Auftrag der

Verwaltung und des KGB bespitzelten und denunzierten sie andere Lagerinsassen, vor allem politische und religiöse Häftlinge. Dafür wurden sie belohnt. In Psycho-Kliniken, wie hier in Minsk, genießen sie als Krankenwärter im weißen Kittel nun ihren "gesellschaftlichen Aufstieg". Sie beuten die Kranken aus - auch sexuell.

Wer keinen Besuch bekommt und infolgedessen keine Zigaretten als Tauschobjekt anbieten kann, hat nur eine Chance, sich bei den Wärtern beliebt zu machen: Er muss sich prostituieren. Je nach Lust und Laune holen sich manche Krankenwärter vor allem jüngere Männer aus den Zimmern heraus und treiben es mit ihnen in ihren Diensträumen. Wie viele Menschen in der Sonderklinik von Minsk schon in die Intensivstation gekommen sind, wollte der Direktor mir nicht sagen. Er gab jedoch zu, die Verpflegung sei so schlecht, dass die Widerstandskräfte der Patienten sich im Laufe der Zeit auf ein Minimum reduzierten. Die Hauptmahlzeit besteht meist aus einem Teller Kohlsuppe. Morgens und abends gibt es einen Löffel Hafergrütze, ab und zu eine kleine Kartoffel mit Gemüse. Die einseitige und mangelhafte Ernährung erreicht niemals die vorgeschriebenen 1.300 Kalorien am Tag. Patienten, die sich beschweren wollen, bekommen weder Kugelschreiber noch Papier. Denn schon diese Dinge werden in den staatlichen Aufbewahrungsanstalten wie Minsk als Sicherheitsrisiko betrachtet.

Das Innenministerium hat für Psycho-Sonderkliniken eine doppelte Hierarchie, ein doppeltes Kontrollsystem aufgebaut. Da sind einmal der Chefarzt, die Abteilungsleiter, die behandelnden Psychiater - alles vom Innenministerium ausgesuchte Mediziner. Und da sind auf der anderen Seite die Funktionäre des Innenministeriums in Uniform: der Oberverwalter der Klinik, gleichberechtigt mit dem Chefarzt, der Hausverwalter, die Aufseher. Auf der untersten Stufe der Leiter steht der Wärter. Seine Vorgesetzten sind die Aufseher, die keinerlei medizinische Kenntnisse haben. Auf diese Weise wird das Misstrauen geschürt, einer bespitzelt den anderen.

Als ich mich vom Direktor der Sonderklinik in Minsk verabschiedet hatte, fragte ich mich, warum er mit trotz seines Missmutes so viel erzählte. Vielleicht, um meine Reaktion zu testen. Vielleicht hatten sie mich in Moskau schon für eine höhere Aufgabe in einer Sonderklinik vorgesehen. Vielleicht sollte ich sogar Nachfolger des Direktors in Minsk werden. Albträume plagten mich in dieser Nacht. Ich hatte noch nicht einmal den Mut gehabt, den Direktor nach "politischen Fällen" zu fragen. Nach meinen Erfahrungswerten kann man annehmen, dass jeder zehnte Patient in einer Sonderklinik wegen "paranoider Reformideen", wegen "mangelnder Anpassungsfähigkeit an seine soziale Umgebung", wegen "Überschätzung seiner Person" eingewiesen wird. Für Minsk heißt das: etwa 30 politische Gefangene, für die Sowjetunion insgesamt 350. Die Mehrzahl der politischen Häftlinge, wohl an die 10.000 sind in Arbeitslagern interniert.

Lange Zeit konnte ich mir nicht vorstellen, dass KP-Chef Leonid Breschnew (1964-1982) in der Außenpolitik für Entspannung sorgte und in der Innenpolitik die Repression verschärfte. Mein politischer Verstand wurde erst richtig geweckt, als ich 1973 selbst eine wichtige Rolle bei der bewussten Täuschung westlicher Psychiater und Journalisten spielen sollte. - Am 14. Oktober 1973 gegen zwei Uhr nachmittags rief mich mein Chef, Professor Morosow, zu sich ins Büro. Er war seltsam nervös. "Ich habe gerade einen Anruf aus dem Ministerium bekommen. Morgen müssen wir deutsche Journalisten im "Serbskij"-Institut herumführen, und wenn die danach fragen, müssen wir ihnen sogar einige Krankenakten zeigen. Ich brauche dich als Übersetzer."

Ich fragte mich, was dieser Sinneswandel im Ministerium zu bedeuten habe. Schon einen Tag vorher waren der englische Psychiater Dr. Denis Leigh und sein schwedischer Kollege Dr. Carlo Perres in unserem Institut und hatten anschließend die psychiatrische Klinik in Troizkoje

besichtigt. Das hatte es noch nicht gegeben, dass westliche Ärzte eine unserer Psycho-Kliniken besuchen durften. Diese neue KGB-Politik konnte nur einen Grund haben: der zunehmenden westlichen Kritik an der russischen Psychiatrie offensiv entgegen zu wirken. Und nun auch noch westdeutsche Journalisten! Am nächsten Morgen lernte ich die stern-Journalisten Robert Lebeck und Klaus Lempke kennen. Sie waren schon bei Morosow im Zimmer, als ich dazukam. Die Atmosphäre war gelockert, es gab Kaffee, Konfekt und Kekse. Das Chefzimmer, sonst chaotisch-unordentlich, war aufgeräumt wie selten. Morosow spielte souverän seine Rolle.

Ich übersetzte: "Kein Bürger der Sowjetunion darf verurteilt werden, wenn er geisteskrank ist ... Der Patient hat das Recht, einen Gutachter abzulehnen ... Berichte über Zwangseinweisungen angeblicher politischer Dissidenten muss ich schlicht als Verleumdung bezeichnen ...". - Doch die westdeutschen Journalisten begnügten sich nicht mit solchen Glaubensbekenntnissen. Sie wollten General Pjotr Grigorenko sehen, den das "Serbskij"-Institut mehrmals für unzurechnungsfähig erklärt hatte. Auf diese Bitte, das merkte ich Morosow an, hatte er schon gewartet. Er war keinesfalls verblüfft und sagte: "Wir werden Sie anrufen." - Am nächsten Morgen ließ er die Journalisten wieder ins "Serbskij"-Institut kommen und begrüßte sie mit der Bemerkung: "Ich habe mir überlegt, wenn ich Ihre Zweifel ausräumen will, muss ich Ihnen Handfestes bieten." Mit diesen Worten überreichte er den beiden bedeutungsvoll eine Handvoll vergilbter Blätter: die Krankengeschichte des ehemaligen damals siebzigjährigen Generalmajors Pjotr Grigorenko.

Mit war klar: Das kann nur eine Fälschung sein. Denn nicht einmal ich als Oberarzt, geschweige denn andere Professoren des Instituts, hatten bis dahin eine Krankheitsgeschichte aus der vierten Abteilung gesehen, in der Grigorenko untersucht worden war. Als der Fotograf die Blätter ablichtete, und ich den Text übersetzte, bestätigte sich meine Vermutung: Grigorenkos Krankengeschichte mit all ihren Symptomen war teilweise wörtlich aus dem "Handbuch der Psychiatrie" abgeschrieben und mit persönlichen Lebensdaten des Generals vermengt. Die Erklärung seiner Wahnvorstellung kennt jeder Student auswendig. Über diese Manipulation konnten auch die vergilbten Formulare nicht hinwegtäuschen, die nicht einmal aus dem "Serbskij"-Institut stammten. Die stern-Reporter, die als erste westliche Journalisten in unserem Institut waren, hatten nicht den Hauch einer Chance, die KGB-Fälschung zu durchschauen. Zumindest ist ihnen eines geglückt: Am nächsten Tag konnten Robert Lebeck für einen Augenblick Grigorenko in seiner Zelle in der psychiatrischen Klinik in Troikoje sehen, die 62 Kilometer von Moskau entfernt ist.

Ich habe selber Jahre gebraucht, ehe ich begriff, wie die sowjetische Psychiatrie zu politischen Zwecken missbraucht wird. Der Besuch der westdeutschen Journalisten war für mich ein Schlüsselerlebnis, aus dem ich die Konsequenzen zog: Seit Oktober 1973 stand mein Entschluss fest, bei der ersten Gelegenheit aus der Sowjetunion zu fliehen. Ich bemühte mich, so viel wie möglich über das Schicksal der Dissidenten zu erfahren, die in psychiatrischen Kliniken festgehalten wurden.

Am Schicksal des Generals Pjotr Grigorenko lässt sich am besten verdeutlichen, wie der KGB Gesetze bricht, wie Zeugen in Gerichtsverfahren zu Lügen gezwungen werden, und wie gesunde Menschen mit Hilfe von Medikamenten gequält werden. Meine Recherchen in der Sowjetunion und die Materialien, die ich im Westen vorfand, ergeben zusammen ein lückenloses Bild. Hier der Fall des Pjotr Grigorenko:

General Grigorenko war ein Held der Sowjetunion. Mit 32 Jahren wurde der Sohn armer ukrainischer Bauern Offizier. Er kämpfte an der Westfront gegen die Deutschen und wurde zwei Mal verwundet. Anschließend nahm er an dem Krieg gegen Japan teil. Grigorenko wurde zwei Mal

verwundet, erhielt den Lenin-Orden, die zwei Orden des Roten Banners und den Roten Stern. 1959 avancierte er zum General. Gleichzeitig übernahm Grigorenko einen Lehrstuhl an der Frunse-Militärakademie in Moskau. Er veröffentlichte 67 wissenschaftliche Arbeiten.

Grigorenkos Karriere endete abrupt, als er auf einer Parteikonferenz im September 1961 in Moskau den damaligen KP-Chef Chruschtschow scharf angriff. Er warf ihm vor, dass noch immer nicht, wie Chruschtschow es auf dem XX. Parteitag 1956 versprochen hatte, die stalinistischen Funktionäre ihrer Ämter enthoben worden waren, und er forderte außerdem, die hohen Gehälter der Parteisekretäre zu reduzieren und Schluss zu machen mit den Repressalien gegen reformfreudige Kommunisten. Grigorenko, selbst ein überzeugter Kommunist, glaubte, mit legalen Mitteln eine Demokratisierung der Partei und Gesellschaft erreichen zu können. Sein Auftreten auf der Parteikonferenz hatte schwerwiegende Folgen. Auf Betreiben Chruschtschows wurde der General aus dem Militärdienst entlassen und verlor seinen Lehrstuhl.

Vorerst blieb Pjotr Grigorenko noch ungebrochen. Im Herbst 1963 organisierte er einen Freundeskreis und gründete eine politische Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen "Kampfbund für die Wiederherstellung des Leninismus". Auf dem Vorplatz des Kasaner Bahnhofs in Moskau verteilte er Flugblätter mit der provozierenden Frage: "Warum gibt es bei uns nicht genügend Brot?" Damit war Grigorenkos Weg in die psychiatrische Klinik vorgezeichnet. Am 1. Februar 1964 verhaftete der KGB Grigorenko und seine Freunde. Grundlage war Artikel 70 des sowjetischen Strafgesetzbuches: "Wer Agitation oder Propaganda betreibt, um den sowjetischen Staat zu schwächen oder zu unterwandern oder, in besonderem, gefährliche Verbrechen gegen diesen Staat zu begehen, wer zu demselben Zweck gefälschte Nachrichten in Umlauf bringt, anfertigt oder für sich behält, oder Schriften dieses Inhalts besitzt, soll mit einer Freiheits-strafe zwischen sechs Monaten und sieben Jahren belegt werden."

Nur einige Wochen verbrachte Grigorenko im Moskauer Lubjanka-Gefängnis. Am 12. März 1964 verlegte ihn die Staatsanwaltschaft ins "Serbskij"-Institut, um ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Kommission unter Leistung des Klinikchefs Professor G.W. Morosow kam zu dem Ergebnis, der ehemalige General sei für seine Taten nicht verantwortlich und benötige eine Behandlung in einer psychiatrischen Sonderklinik. In dem "Serbskij"-Gutachten heißt es: "Grigorenkos psychologische Situation charakterisieren seine reformistischen Ideen, insbesondere seine Vorstellungen von der Neu-Organisation des Staatsapparates. Diese Ideen sind verbunden mit einer Überschätzung seiner Person, die messianische Ausmaße angenommen hat. Er berichtete von seinen Erfahrungen mit ausgeprägten Emotionen und war unerschütterlich von seinen Handlungen überzeugt." Das Gericht hielt sich an Morosows Maxime: "Warum sollen wir uns mit politischen Prozessen plagen, wo wir doch psychiatrische Sonderkliniken haben!" Und schickte Grigorenko in die Leningrader Sonderklinik für Geisteskranke.

Um Grigorenko zum Schweigen zu bringen, brachen Richter, Staatsanwälte und die Partei das sowjetische Recht. Kein Rechtsanwalt durfte den Generalmajor verteidigen, er selbst durfte am Prozess nicht teilnehmen, und nicht einmal das Urteil durfte er lesen. Zwei Wochen nach seiner Klinik-Einweisung warf ihn das Zentralkomitee der KPdSU aus der Partei, stufte ihn rechtswidrig vom General zum einfachen Soldaten zurück und strich ihm rechtswidrig seine Pension. Nach dem Gesetz stehen einem Militärangehörigen, der geisteskrank wird, die vollen Pensionsbezüge seines letzten Dienstgrades zu. Im März 1965 musste sich Grigorenko noch einmal untersuchen lassen. Die Ärzte in Leningrad bestätigten die "Serbskij"-Diagnose, hielten aber eine stationäre

Behandlung nicht mehr länger für nötig. Grigorenko kam unter der Auflage frei, sich in regelmäßigen Abständen in der psychiatrischen Klinik in Leningrad zu melden.

Grigorenko bewies bald, dass er alles anders als geisteskrank war. Unerschrocken wie eh und je engagierte er sich noch stärker und wurde einer der führenden Bürgerrechtler in der Sowjetunion. Am Grab des Schriftstellers Alexej Kosterin, der sich vor allem für die nationalen Minderheiten eingesetzt hatte, hielt Grigorenko eine leidenschaftliche Rede für die "wahre leninistische Demokratie und für die Entlarvung des Totalitarismus, der sich hinter der Maske der so genannten Sowjet-Demokratie verbirgt". Mit Flugblättern demonstrierte er gegen den Einmarsch der Sowjets in der CSSR. Als Grigorenko im Mai 1969 in Taschkent, wohin er von Moskau fuhr, vor Gericht für die unterdrückten Krimtataren starkmachen wollte, wurde er abermals verhaftet.

Der KGB beauftragte Professor Fjodor Detengow, den Chefpsychiater der Usbekischen Republik, ein Gutachten anzufertigen. Doch das fiel ganz anders aus, als es der Geheimdienst erwartet hatte: "Grigorenkos Handlungen basieren auf seinen persönlichen Überzeugungen und haben keine krankhaften und hysterischen Züge. Seine intellektuellen Fähigkeiten sind ausgeprägt, er hat sich in seiner Umgebung als Führer und Erzieher etabliert. Es gibt keinen Zweifel an Grigorenkos geistiger Normalität. Eine Behandlung in einer Klinik hätte schwerwiegende negative Folgen für den Patienten und würde seinen körperlichen Gesundheitszustand verschlechtern."

Mit dieser positiven Diagnose wollte sich der KGB nicht abfinden. Wieder musste das "Serbksij"-Institut ran. Zwei Wochen nach der Taschkenter Begutachtung flog der KGB den U-Häftling nach Moskau zurück. Die Gutachter-Kommission unter Leitung von Morosow und des Chefs der politischen Abteilung vier, Lunz, enttäuschten ihre Abtraggeber nicht. Sie formulierte, was von ihr erwartet wurde: "Die Reformideen Grigorenkos haben einen widerspenstigen Charakter angenommen und beherrschen sein Denken vollständig. Eine paranoide Entwicklung seiner Persönlichkeit hat stattgefunden. Deshalb kann sich die Kommission der Empfehlung des Taschkenter Gutachtens nicht anschließen und rät dringend, den Patienten in eine psychiatrische Sonderklinik einzuweisen." -Zwischen dem Gutachten der Psychiater von Taschkent und dem der Psychiater des "Serbskij"-Instituts lagen nur vier Wochen.

Natürlich setzte sich das "Serbskij"-Institut mit seinem Gutachten durch. Pjotr Grigorenko wurde im Februar 1970 in Taschkent von einem Gericht für unzurechnungsfähig erklärt und in die psychiatrische Sonderklinik Tschernjachowsk eingeliefert. Über drei Jahre blieb er dort. Grigorenko musste sich die Zelle mit einem Mörder teilen. In seinem Tagebuch schildert der die Methoden seiner Wärter: "Sie zwingen mir Essen auf, sie schlagen mich, sie würgen mich. Sie drehen mir den Arm um, prügeln absichtlich auf mein verletztes Bein ... Dann stecken sie mich in eine Zwangsjacke. Ich wehre mich, so lange die Kräfte reichen. Sehr oft breche ich unter furchtbaren Herzschmerzen zusammen. Die Wärter versprachen, mich nicht weiter zu quälen, wenn ich meine Reformideen widerriefe. Ich sagte ihnen: Überzeugungen sind nicht wie Handschuhe. Man kann sie nicht jeden Tag wechseln."

Man braucht nicht im "Serbskij"-Institut gearbeitet zu haben, man braucht nicht einmal Psychiater zu sein, um zu ermessen, dass Grigorenko trotz aller Standhaftigkeit nach drei Jahren Sonderklinik ein gebrochener Mann war. Erst als der KGB glaubte, der Ex-General sei für die Sowjetunion keine Gefahr mehr, und als der internationale Druck für seine Freilassung immer stärker wurde, verlegte man Grigorenko in eine normale psychiatrische Klinik - nach Troizkoje. Dort durften ihn 1973 dann auch die ersten westlichen Psychiater, der Engländer Leigh und der Schwede Perres, besuchen. Grigorenko sagte ihnen, es ginge ihm jetzt besser. Die Ärzte konnten

ihn jedoch nicht untersuchen, weil sie nur eine zehnminütige Ge-sprächserlaubnis hatten. Leigh und Perres weigerten sich deshalb, über Grigorenkos Gesundheitszustand ein Urteil abzugeben. Doch in Moskau wurde das Schweigen der westlichen Ärzte als Zustimmung gewertet. Die Nachrichtenagentur Tass schrieb: "Die Professoren bezeugen, dass der frühere General Grigorenko tatsächlich krank ist, und sie bestätigen damit die Diagnose ihrer sowjetischen Kollegen."

Am 24. Juni 1974 wurde Pjotr Gigorenko überraschend entlassen. Das geschah zwei Tage vor dem Staatsbesuch des US-Präsidenten Richard Nixon (1969-1974); ge-wissermaßen ein Gastgeschenk in Sachen Menschen-rechte. Anfang Dezember 1977 - ich lebte bereits ein halbes Jahr in der Bundesrepulblik, las ich erstaunt in der Zeitung, dass Grigorenko eine auf sechs Monate befristete Ausreisegenehmigung in die USA erhalten hat. Mit seiner Frau Sinaida flog er nach New York, um seinen Stiefsohn zu besuchen und sich einer Prostata-Operation zu unterziehen. Wie ich inzwischen hörte, hat er sie gut überstanden.

Als Grigorenkos Freunde den General und seine Frau im Dezember auf dem Moskauer Flughafen verabschiedeten, haben sie ihm ein kleines Päckchen Heimaterde in die Hand gedrückt. Sie befürchteten, dass Pjotr Grigorenko sowjetischen Boden nicht wieder betreten darf.

Nachtrag -Pjotr Grigorenko ist im Alter von 79 Jahren 1987 in seinem New Yorker Exil gestorben. Die sowjetische Staatsbürgerschaft ist dem früheren Generalmajor der Roten Armee und russischen Bürgerrechtler bereits im Jahre 1979 aberkannt worden. Die Urkaine - seine Heimat - hat er nicht mehr wieder gesehen.

1979

Einwanderung: „Wir wollen Deutsche werden“

Bundeswehr: Die Bierfahnen der Armee

Revolution des Règis Debray mit einer Amour foux

Psychiatrie : In den Alsterdorfer Anstalten zu Hamburg zerbrochen

Mörder unter uns – Aus deutschen Landen

EINWANDERUNG: WIR WOLLEN DEUTSCHE WERDEN - SCHICKSALE

Weltweit sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts 190 Millionen Menschen als Auswanderer unterwegs. Rund drei Millionen standen schon in den siebziger Jahren Schlange für einen deutschen Pass. Durch verschärftes Asyl- und Aufenthaltsrecht in Europa wird der Weg mühsam -demütigend.

ZEITmagazin, Hamburg vom 21. September 1979

Die 15jährige Jasmina kauert im Sessel und liest die Partitur von Rachmaninows zweiten Klavierkonzert. Derweil blättert ihre Mutter Anastasia in vergilbten Dokumenten. Beide sind ein wenig nervös. Eine Dame vom Jugendamt Berlin-Charlottenburg hat sich zum Hausbesuch angesagt. Für Mutter und Tochter geht es darum, dass die Behörden-Visite positiv ausfällt. Nur dann können sie erreichen, was für Bundesbürger selbstverständlich ist: deutscher Nationalität zu sein.

Obwohl die Dame vom Jugendamt die Akten der Samssulis kennt, lässt sie sich nochmals ausführlich die beiden Lebenswege erzählen. Schließlich komme es ja auch auf den "persönlichen Eindruck" an, bemerkt sie dezent.

Die 39jährige Anastasia Samssuli wurde in Griechenland geboren. Während der Bürgerkriegswirren im Jahre 1948 nahmen flüchtende Partisanen das damals neunjährige Mädchen mit über die Grenze nach Bulgarien. Anastasia wuchs mit Exilgriechen in Sofia auf und bestand dort ihr Abitur. In der DDR ließ sie sich 1964 zur medizinisch-technischen Assistentin ausbilden. Im selben Jahr wurde Jasmina in Potsdam geboren. Sie ist das Kind einer kurzfristigen, da offiziell unerwünschten Liaison zwischen ihrer Mutter und einem nigerianischen Studenten, der sich schon bald nach der Geburt nach Afrika abgesetzt hatte und seither nichts mehr von sich hören ließ. Als die Griechin Samssuli gedrängt wurde, DDR-Bürgerin zu werden, blieb sie nach einer Urlaubsreise im Westen.

Seit acht Jahren leben Anastasia und ihre Tochter Jasmina nunmehr in West-Berlin. Die Mutter arbeitet in einer Krebs-Klinik, Jasmina geht auf das humanistische Goethe-Gymnasium, spielt Klavier, paukt Mathematik und Latein. Die Samssulis sprechen akzentfreies Deutsch. Sie zählen Deutsche zu ihren Freunden, die Mutter könnte sich "gar keinen besseren Job wünschen", die Tochter will nach bestandenem Abitur Mathematik und Musik studieren.

Dennoch sind die Samssulis für die Behörden eine Rarität. Die Mutter ist eine Weiße, ihre Tochter eine Farbige, die Mutter eine Griechin ohne Papiere ihres Landes, die Tochter staatenlos. So ziemlich alle gängigen Vorurteile treffen auf die beiden zu. Heimatlos und aus dem Osten, unehelich und schwarz noch dazu. "Kommunistische Weltenbummler mit einem bundesdeutschen Fremdenpass", spottet Jasmina.

Sie möchte "dieses unerträgliche Stigma" endlich verlieren. Sie möchte wie jeder Bundesbürger ohne Visum durch Westeuropa reisen können, nicht an jeder Grenze durchsucht werden, nicht immer das Geraune einer wartenden Touristenschlange ertragen müssen - nicht selten mit dem Zusatz: Wann es denn endlich weiterginge oder ob die Schwarze immer noch nicht wüsste, was ein gültiger Ausweis sei. Dass Kinder ihr auf der Straße "Kaba, Kaba" nachrufen, daran

hat sie sich mittlerweile gewöhnt, ebenso an die stereotype Frage, ob sie überhaupt Deutsch spräche.

Doch die Fürsorgerin interessierte sich mehr für das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter. "Verstehen Sie sich eigentlich?" fragt sie prüfend. Immerhin sei das Zusammenleben ja nicht so einfach. "Ja, wenn Sie das meinen", antwortete Frau Samssuli, "wegen der unterschiedlichen Hautfarbe gibt es zwischen uns keine Probleme." Zwar habe sich Jasmina als Siebenjährige einmal gewünscht, so weiß wie ihre Spielgefährtinnen zu sein. "Da habe ich dem Kind gesagt", fährt die Mutter fort, "die Weißen sehen doch so krank und käsig aus. Braun ist viel gesünder und schöner. Nicht umsonst liegen so viele Leute am Strand." Seither existiert dieses Thema nicht mehr bei ihnen.

Die Sozialarbeiterin scheint nach der einstündigen Unterhaltung zufrieden, schaut flüchtig durch die Wohnung, bleibt kurz vor Jasminas Bücherregal stehen, lässt sich noch die eine oder andere Lektüre zeigen und verabschiedet sich behördengerecht: höflich, aber distanziert. Als sich die Haustür hinter der Besucherin geschlossen habe, so erzählt Anastasia Samssuli später, habe sie erst einmal durchgeatmet und gedacht: "Gott sei Dank, dass meine Tochter keine Micky-Mouse-Hefte liest."

Drei Wochen später lässt das Vormundschaftsgericht der Mutter die "Bestallungsurkunde" zustellen. Das bedeutet , dass sie auch als angehende Deutsche weiterhin für ihre Tochter das Sorgerecht wahrnehmen darf. Der erste Schritt zur Einbürgerung ist gemeistert. Der Zweite folgt prompt. Vom Ausländeramt meldet sich ein Herr zur Wohnungsinspektion an. Aber der hagere Mann um die vierzig will gar nichts vom Interieur wissen. Er notiert sich lieber die Namen der Nachbarn und fragt, ob sie alle Deutsche seien. Da dem so ist, drängt sich für ihn das Problem auf, ob mit den beiden nicht ab und zu das Temperament durchginge, ob sie im Haus nicht die Ruhe empfindlich stören würden. Unangenehm berührt, aber beherrscht genug, entgegnet Frau Samssuli, er könne sich ja bei den deutschen Anwohnern erkundigen. Das habe er ohnehin vor, sagt der Beamte trocken.

Wie die zu den Deutschen stünden, ist sein nächster Fragenkomplex. Und Frau Samssuli erklärt. "So ein Land wie die Bundesrepublik gibt es kein zweites Mal. Wer hier etwas leistet, der kommt auch voran." Dabei zeigt sie auf ihren kleinen Balkon, den sie mit Topfpflanzen und einem üppigen Gladiolenstrauß geschmückt hat. Einmal, so erzählt sie, sei Jasmina weinend von einer Ferienreise aus Brasilien heimgekehrt. Dort wären die Menschen weitaus offener und herzlicher als in Deutschland, habe ihre Tochter berichtet. Aber sie habe dem Mädchen damals gesagt, was sie jetzt vor dem Behördenvertreter wiederholt. "Jasmina, wenn du einen guten und zuverlässigen Freund brauchst, dann werden die Südländer nicht da sein. Die Deutschen fressen zwar viel in sich hinein, aber auf sie ist Verlass."

Eine Meinung, der sich der Herr vom Ausländeramt mit einem stummen Nicken anschließt. Jedenfalls ist für ihn damit die Frage "Hinwendung zum Deutschtum", wie er es formulierte, positiv beantwortet.

Einige Monate darauf bekamen Anastasia und Jasmina Samssuli von der Ausländer-Behörde ihre Einbürgerungszusicherung; Deutsche werden sie aller Voraussicht nach schon im nächsten Jahr.

Hausbesuche wie bei den Samssulis, dazu peinlich-penetrante Bürokraten-Fragen über Nachbarn und Nation, provozieren bei der Einbürgerungsprozedur nicht selten schwülstige Auslassungen über vermeintlich hervorragende deutsche Eigenschaften. Nur zu genau wissen

assimilierte Ausländer, dass sie mit einem antrainierten deutschen Über-Ich vor Behördenvertretern den Weg des geringsten Widerstands gehen und damit ihre Chancen erhöhen, Deutsche zu werden. Denn einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung in die Bundesrepublik haben nur ehemalige Volksdeutsche und in der Nazi-Zeit emigrierte jüdische Mitbürger. Ausländer hingegen - ob aus Übersee oder aus den EU-Staaten - sind letztendlich auf das Wohlwollen der Verwaltung angewiesen. In jedem Fall haben Inspektoren und Amtsmänner einen gesetzlich konzedierten "Ermessensspielraum". In jedem einzelnen Fall können sie ein mangelndes <öffentliches Interesse> des Staates an diesem oder jenem Bewerber geltend machen.

Wer dennoch Deutscher werden will, muss als Junggeselle mindestens zehn, als Verheirateter fünf Jahre im Lande leben, dazu müssen vorschriftsgemäß die "freiwillig Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse unserer staatlichen Ordnung und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung" verbürgt sein. Ferner muss der Aspirant die Sprache beherrschen, "wie dies von Personen seines Lebenskreises erwartet wird". Weitere Kriterien nach den Einbürgerungsrichtlinien sind wirtschaftlich geordnete Verhältnisse und ein "unbescholtener Lebenswandel". Danach sind Alkoholiker, Heroinsüchtige, Playboys mit unehelichen Kindern, aber auch Arbeitslose und Kommunisten von vornherein chancenlos.

Tatsächlich hat die Bundesrepublik wenig Interesse, immer mehr Ausländer mit dem für sie begehrten grünen Reisepass auszustatten. Ähnlich wie die meisten kontinental-europäischen Staaten betonte auch das Bonner Innenministerium in seinen Einbürgerungsrichtlinien vom 2. Februar 1978 zum wiederholten Male: "Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland; sie strebt an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbürgerung zu vermehren." Allenfalls dürfe von einem gesprochen werden, "die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluss in ihre Heimat zurückkehren".

Dennoch kam die sozial-liberale Regierung nicht umhin, im November 1981 eine Gesetzesvorlage ausarbeiten zu lassen. Danach sollen

- Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die älter als 16 Jahre sind, die Einreise grundsätzlich untersagt werden;
- die Nachzugerlaubnis für Familienangehörige vom Nachweis einer angemessenen Wohnung abhängig gemacht werden;
- Jungvermählte aus der Türkei nur noch dann einreisen dürfen, wenn der Ehepartner in der Bundesrepublik eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und einen Arbeitsplatz hat;
- der Familienachzug dann nicht erlaubt werden, wenn sich der Ausländer zu Aus- und Fortbildungszwecken in der Bundesrepublik aufhält.
- Lediglich Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren soll die lang ersehnte Einbürgerung erleichtert werden. Sie müssten allerdings schon acht Jahre in der Bundesrepublik leben und sich ohne Murren zur Bundeswehr einziehen lassen.

Trotz solcher Deklarationen und restriktiven Gesetzesvorlagen ist aus der Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden. Seit Kriegsende haben es über 200.000 Ausländer verstanden, Bundesbürger zu werden. Dabei tauchen politische Umsiedler, ehemalige

Volksdeutsche und DDR-Flüchtlinge in dieser Statistik gar nicht auf. Und neuerdings, von der Öffentlichkeit kaum registriert, strebt ein Heer von Gastarbeitern und politisch Verfolgten die Einbürgerung an. Anfang der achtziger Jahre, so vermuten Experten in den Ausländerbehörden, werde auf die Bundesrepublik eine neue Antragsflut zu schwappen.

Allein von den 4,6 Millionen Gastarbeitern wollen nach Schätzungen von Heinz Kühn (*1912+1992), ehemaligem Bundesbeauftragter für Ausländerfragen und früherem nordrhein-westfälischer Ministerpräsidenten, etwa drei Millionen in der Bundesrepublik bleiben.

Bereits heute leben mehr als sechzig Prozent der Ausländer länger als fünf Jahre in diesem Land; damit haben sie nach dem noch geltenden Recht einen Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Heinz Kühn: "Sicherlich sind wir kein Einwanderungsland im Sinne von Kanada, Australien oder Brasilien. Aber für die aus den Anwerbeländer sind wir ein Einwanderungsland, auf jeden Fall für die junge Generation."

So sieht es auch die FDP-Politikerin Liselotte Funke (Ausländer-Beauftragte 1981-1991), die nunmehr als Kühn-Nachfolgerin die Bundesregierung in Sachen Ausländer berät. Sie will entgegen den Vorstellungen der CDU/CSU und ebenfalls der Bundesregierung das Aufenthaltsrecht für Ausländer, damit den Betroffenen endlich eine Lebensplanung ermöglicht wird. Denn die allermeisten könnten nicht mehr in ihre Heimat zurück - sei es aus politischen Gründen oder einfach deshalb, weil es in ihren Ursprungsländern auch in Zukunft nicht genügend Arbeit gibt.

Auch die Anzahl der Asylanträge ist innerhalb von zwölf Monaten sprunghaft gestiegen. Im Jahre 1978 wurden 33.136 Asylbewerber notiert, 1977 waren es lediglich 16.419. Den einsamen Rekord hält bislang das Jahr 1980 - über 108.000 Ausländer suchten in der Bundesrepublik eine neue Bleibe. Kommen sie nun aus Pakistan, Chile, Argentinien oder Vietnam -heimatlos sind sie allemal, und für die meisten dürfte es nur eine Frage des Wartens sein, bis ihr Einbürgerungsbegehren erfüllt wird.

Für Manfred Sog, Regierungsdirektor im Hamburger Ausländeramt, geht es bei den Bewerbern "oft um eine endgültige Absicherung dessen, was sie hier schon erreicht haben". Viele seien mit deutschen Frauen verheiratet und hätten es beruflich zu etwas gebracht. Da reiche ihnen eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr, die von der Behörde jederzeit widerrufen werden könnte.

So wollten 1978 nach Schätzungen der Ämter über 100.000 Ausländer Bundesbürger werden. Zwei Jahre später waren es bereits 150.000. Zwei Drittel fielen wegen der restriktiven Einwanderungspolitik durch. Aber die Bevölkerung wuchs 1978 wieder um die Einwohnerzahl einer Kleinstadt -nämlich um 31.500 Neu-Deutsche. Die Wege zu der erwünschten Einbürgerung sind freilich lang, beschwerlich - allzu oft auch demütigend.

Der 47jährige Apotheker Chahedi zeigt nicht ohne Stolz die erst kürzlich ausgestellte Einbürgerungszusicherung der Behörde. Überhaupt ist er stolz darauf, was er in der Bundesrepublik bisher geleistet hat. Der Ausblick von seiner großräumigen Terrasse im vierten Stock eines Penthouse an der Ostseeküste von Scharbeutz hat die Qualität einer Ansichtskarte. Abends schauen der melancholische Chahedi und seine blonde Frau Eva oft aufs Meer, wo Motorjachten ankern. "Für mich", sagt Chahedi auf der Terrasse, "ist Deutschland mein Heimatland. Ich bin deutscher als es manche Deutsche je sein können". Unaufgefordert, als wolle er einen Ulk machen, zitiert er aus Goethes Osterspaziergang: "Zufrieden jauchzet groß und klein, hier bin ich Mensch, hier darf ich sein."

Dabei waren die 18 Jahre, die er in der Bundesrepublik lebt, alles andere als ein Spaziergang. Das belegen Leitz-Ordner in Sachen Einbürgerung, die sich in seinem Bücherregal neben Heinrich Bölls "Katharina Blum" und der John O'Haras "Träume auf der Terrasse" stapeln.

Als Iraz Chahedi 1962 auf dem Frankfurter Flughafen landete, hatte er gerade fünf Jahre als Forstingenieur im Wüstengebiet 2.000 Kilometer südwestlich von Teheran gearbeitet - eine Strafversetzung durch den iranischen Geheimdienst, weil Chahedi dem Schah-Regime als "Sicherheitsrisiko" galt. Der Apotheker heute: "Ich wollte in der Wüste nicht stumpfsinnig werden, ich wollte nicht wie viele meiner Freunde in Teheran am Opium verrecken. Ich wollte in ein Land mit Zukunft." In der Bundesrepublik glaubte er es, gefunden zu haben. Ein Sparkassen-Werbespruch aus den fünfziger Jahren wurde zu seinem Leitmotiv. "Haste was, biste was."

Chahedi wiederholte sein Abitur und beendete nach vier Jahren sein Pharmazie-Studium in Kiel. In seiner Freizeit sortierte er auf dem Fischmarkt Kisten, las in Häusern Gas ab oder half in Apotheken. Schon 1971, Schähend hatte sein Examen als approbierter Apotheker bestanden, wollten ihn die deutschen Behörden in den Iran abschieben. Denn nach dem Entwicklungshilfeabkommen zwischen beiden Ländern müssen die an den bundesdeutschen Universitäten ausgebildeten Iraner die erworbene Qualifikation in ihrem eigenen Land einbringen. Chahedi weigerte sich jedoch zurückzukehren. Er war der Meinung, "ein Land, das mir nichts gegeben hat, nicht einmal en Stipendium, ist für mich keine Heimat mehr".

Mit der tatkräftigen Unterstützung des Plöner CDU-Kreisvorsitzenden Wolf-Dieter Krause - auch er Apotheker - gelang es Chahedi, seine Aufenthaltsdauer zwei Mal um zwei Jahre zu verlängern. Doch sein Wunsch, in dieser Zeit als approbierter Apotheker selbstständig arbeiten zu können, blieb Illusion. Lediglich als "Helfer" bekam er eine Arbeitserlaubnis. Sie kam ihm einem "Berufsverbot" gleich. "Das ist doch genauso, als wenn ein Arzt im Krankenhaus zum Pfleger degradiert wird."

Dennoch verkaufte er beim Apotheker Krause fleißig Tropfen und Tinkturen. Um seine für 1975 angekündigte Ausweisung zu unterlaufen, hatte er bereits 1974 einen Asylantrag gestellt. Darin machte er geltend, ein politisch Verfolgter zu sein, der in der nationalen Jugendbewegung des früheren sozialistischen Ministerpräsidenten Mossadegh gekämpft habe.

Er sei ein Mann, der 1961 vom Geheimdienst verhaftet und drei Mal bewusstlos geschlagen worden sei, den die Teheraner Presse gar als flüchtig vermeldet habe. Ein Mitarbeiter des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes (BND), der ihn daraufhin im Schleswig-Holsteinischen besuchte, riet Chahedi dringend ab, auf seinem Antrag zu bestehen. Sein Gesuch hätte ohnehin wenig Chancen, zudem würde der persische Geheimdienst SAVAK kontinuierlich über Asylbegehren seiner Landsleute unterrichtet. Chahedi ließ sich nicht beirren, aber sein Antrag wurde abgelehnt, und die Behörden forderten ihn 1975 auf, unverzüglich die Bundesrepublik zu verlassen.

Doch Chahedi ("ich bin ein Löwe") wäre nicht Chahedi, hätte er nicht eine neue Variante parat gehabt. Kurzerhand ging er mit einer Helferin aus der Krause-Apotheke eine Ehe ein und präsentierte die Heiratsurkunde dem Plöner Kreisordnungsamt. Der Ordnungsbeamte zu Chahedi: "Was wollt ihr denn eigentlich hier, warum geht ihr nicht nach Hause. Ihr wollt doch nur unsere Mädchen kaputtmachen." Chahedi zum Ordnungsbeamten: "Das machen die Belgier und Franzosen wohl nicht. Nein, die machen eure Mädchen glücklich." Die neue Aufenthaltsgenehmigung jedenfalls war ihm sicher, die eingegangene Vernunftehe, "die größte psychische Belastung in meinem Leben".

Dessen ungeachtet schien Iraz Chahedis Aufstieg in der Provinz unaufhaltsam. Sein Chef Krause versprach ihm eine Beteiligung am Umsatz, Chahedi orderte einen Ford Mustang in den USA, seine Tweedanzüge ließ er sich an Hamburg maßschneidern - denn das Stangengeschäft war für ihn seither passé. Bei der Kölner Kreditbank bekam er sogar ein 100.000-Mark-Darlehen zu einer Verzinsung von 9,5 Prozent, die erste Eigentumswohnung war gekauft. Parallel beantragte er seine Eindeutschung, sein Chef trat mit einem Kameraden aus der schlagenden Verbindung in Plön als Bürge auf.

Doch die Weltläufigkeit nahm in der norddeutschen Provinz jäh ein Ende, als Apotheker Krause sich nicht mehr erklären konnte oder wollte, woher sein Mitarbeiter das ganze Geld nehme. Krause hegte den Verdacht, dass sein Kompagnon Scheine aus der Drogerie- und Apothekenkasse verschwinden lasse. Gefängnis und Abschiebung drohte er ihm an, und einen Einblick in Chahedis Konten forderte er. Schließlich habe er, der Plöner Vize-CDU-Kreisvorsitzende, für ihn gebürgt, damit er überhaupt Deutscher werden könne. Nach elfjähriger Zusammenarbeit trafen sich die Freunde von einst vor dem Arbeitsgericht wieder. Dazu Chahedi: "Die Sachlage war klar. Er sah in mir neuerdings einen Konkurrenten. Er wollte verhindern, dass ich deutscher Staatsbürger werde und mich selbstständig mache. Denn siebzig Prozent seiner Kunden wären zu mir gekommen. Krause kümmerte sich fast nur um seine Politik, in der Apotheke war er kaum zu sehen."

Wolf-Dieter Krause, der derartige Motive bestritt, zeigte Chahedi bei der Staatsanwaltschaft in Kiel wegen Unterschlagung an, zog die Bürgschaft zurück, seine Mitarbeiterin, die mit Chahedi die Ehe eingegangen war, löste flugs das Bündnis auf. Kurzum: Iraz Chahedi sah sich gezwungen, wieder dort anzufangen, wo er 1973 kurz vor seiner Ausweisung aufgehört hatte. Er besorgte sich zwei neue Bürgen - diesmal einen Oberstleutnant a. D. und einen Präsidenten der Oberpostdirektion a.D. - heiratete zum zweiten Mal ("Endlich meine Liebe") und wartete acht Monate auf das Ermittlungsergebnis, bis die Staatsanwaltschaft das Verfahren (Az:52Js65/78) ohne großes Aufheben einstellte. Weitere vier Monate vergingen, ehe sich das Kieler Innenministerium nun endgültig entschließen konnte, dem unbescholtenen Chahedi die Einbürgerungszusicherung auszuhändigen.

Oft genug kommen politische Motive ins Spiel, wenn Beamte mit einem Einbürgerungsfall ihre Vorstellung von "ehrbaren Deutschen" verknüpfen - natürlich paragrafentreu.

In Berlin lehnten sowohl der Innensenator als auch die XI. Kammer des Verwaltungsgerichts 1977 die Einbürgerung des Engländern Alan Posener, 30, ab. Der Pädagoge, Sohn des Architekturhistorikers Julius Posener, wurde 1949 in England geboren, wohin sein Vater 1933 wegen "rassischer Verfolgung" emigriert war. Als die Poseners 1962 nach Berlin umsiedelten, ließ sich der Vater wieder einbürgern. Der gleiche Antrag wurde freilich abgewiesen, als ihn der Sohn stellte. Da nützte es auch nichts, dass Posener Junior ein deutsches Domizil vorweisen konnte, mit einer Deutschen über fünf Jahre verheiratet ist und sein erstes Staatsexamen "mit Auszeichnung" an einer deutschen Universität bestanden hat.

Der Grund für den Negativ-Bescheid: Nach dem noch geltenden "Reichs-und Staatsangehörigkeitsgesetz", das im wesentlichen aus dem Jahre 1913 stammt, müssen Ausländer "einen unbescholtenen Lebenswandel" nachweisen können. Posener , nach eigenem Bekunden parteiloser Maoist, ist jedoch wegen KPD-naher Aktivitäten zu zwei Bagatellstrafen von jeweils 300 Mark verurteilt worden. So hatte er mit einer Spraydose an eine Berliner AEG-Mauer den Satz gesprüht: "Weg mit dem Staatsschutzgesetz gegen die KPD." Das Verwaltungsgericht meinte, derlei Graffiti-Malereien seien "Ausdruck einer gewissen Gesinnung, die zu Straftaten führt".

In Frankfurt am Main musste der von den Nationalsozialisten verfolgte Schallplattenhändler Peter Philipp Gingold mit seiner Familie sechs Jahre um seine Einbürgerung bangen. Gingold, jüdischer Kommunist, hatte in Frankfurt aktiv in der Widerstandsbewegung gegen die Nazis gekämpft. Nach langen Auseinandersetzungen bekam er schließlich 1974 von der VI. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichts sein Anrecht zugesprochen, Deutscher sein zu dürfen. Das Bundesinnenministerium hatte zuvor eine Einbürgerung mit dem Hinweis strikt abgelehnt, sie setze "ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung unserem Staate gegenüber" voraus. Im Falle Gingold lasse es "sich mindestens nicht ausschließen", dass dieses Engagement fehle. Ein "staatliches Interesse" an der Aufnahme Gingolds und seiner Familie "in den deutschen Staatsverband kann nicht bejaht werden", entschieden die Hausjuristen aus dem Bonner Ministerium.

Dagegen bejahte die bayerische Landesregierung in München außerordentlich lebhaft die Einbürgerung des Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers. Dass das Kabinett des Franz Josef Strauß (*1915+1988) mit der „Lex Habsburg“ gegen die gültige Rechtsverordnung verstieß, wonach die bayerische Landesregierung sowohl beim Bundesinnenministerium als auch beim Auswärtigen Amt hätte um Zustimmung nachsuchen müssen (Paragraf 3 der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934), war in diesem scheinbar hochrangigen Fall unerheblich.

Auch Habsburgs Einstellung zur "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" erschien den CSU-Ministern offenbar makellos. Dabei machte der Neu-Deutsche nicht nur von sich reden, als er den Friedensnobelpreis auch für den früheren ugandischen Massenmörder Idi Amin forderte, weil Willy Brandt und Henry Kissinger diese Auszeichnung erhalten hätten. Er empfahl der bundesdeutschen Bevölkerung gar eine "Diktatur auf Zeit". Im Falle einer terroristischen Erpressung mit einer "Atombombe aus der Waschküche", so von Habsburg, müsse "alle Macht ohne Verzug auf neun Monate an eine einzige Person übertragen" werden. Und weiter: "Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstands, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren ... Mit dem Staatsnotstand tritt automatisch er an die Stelle des Kanzlers." Nur so könne den Terroristen deutlich gemacht werden, dass im entscheidenden Moment "nur ein einziger Finger am Abzug sein wird". Im Münchner Landtag, lobte der frühere bayerische Innenminister Alfred Streibl die Notstandsphilosophie der "Kaiserlichen Hoheit". Seine Überlegungen hätten doch gerade zum Ziel, die Verfassungsordnung zu erhalten.

Einbürgerung auf Bayerisch ist ohnehin nicht mit dem Rest der Republik vergleichbar. Das zeigt sich, wenn bayerische Behörden bei Ausländern "Kenntnisse der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland" abfragen. Original-Ton aus dem Donau-Ries-Kreis nach einem Fragebogen:

- "Geben Sie wenigstens die erste Verszeile der bayerischen Nationalhymne an."
- "Wissen Sie, welche Tage der Freistaat Bayern als solche der Arbeitsruhe gesetzlich geschützt hat?"
- "Woran ist ein deutscher Volkszugehöriger zu erkennen?
- "Nennen Sie die deutschen Gebiete, die nach dem Zweiten Weltkrieg an Nachbarstaaten fielen."

Da wundert's eigentlich niemanden, wenn ein deutscher Schriftsteller beim Landratsamt in Hinterpfaffenhofen von einem Amtmann nach einem zweistündigen Gespräch gefragt wird:

"Sagen Sie mal, woher kommt es, dass Sie so gut Deutsch daherreden?" Gemeint ist Manfred Bieler (*1934 - +2002) -"Maria Morzek", "Der Mädchenkrieg", "Der Kanal"), der sich nach seiner Flucht aus Prag im August 1968 um die deutschen Staatsbürgerschaft bemühte. Er war ein Deutscher ohne deutschen Pass.

Der DDR-Bürger Bieler war 1967 nach Prag übergesiedelt, um seine Frau Marcella heiraten zu können. Zehn Monate konnte er in der CSSR ein Tschechoslowake sein, dann war er nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Deutschland - im bundesdeutschen Hinterpfaffenhofen. "Ja, da haben Sie halt Pech, wenn Sie mal Deutscher waren, jetzt sind Sie eben Tschechoslowake", murmelte der Amtmann vor sich hin.

Fünf Jahre sollte er auf die deutsche Staatsangehörigkeit warten, seine tschechische Frau zehn Jahre. Und für die Einbürgerung ist das Deutsch-Diktat zwingende Voraussetzung; auch für einen deutschen Schriftsteller. Um sich wenigstens dieser Peinlichkeit zu entziehen, brachte der Bestseller-Autor dem Herrn vom Amt einige seiner Werke mit. So diktierte eine Sekretärin lediglich Bielers Frau eine kurze Passage - aus einem Münchner Boulevard-Blatt.

Konzilianter gaben sich die Beamten erst, als Druck von oben kam. Im Jahre 1971 erhielt Manfred Bieler nämlich den bayerischen Förderungspreis für Literatur - eine Auszeichnung, die nur an Deutsche verliehen werden kann. Ähnlich wie die CSSR-Eishockey-Spieler, die nur mit einem deutschen Personalausweis in der deutschen Nationalmannschaft spielberechtigt sind, wurde Bieler im Hauruck-Verfahren zum Deutschen gemacht.

Allerdings blieben die bayerischen Beamten in Sachen Volksverseuchung penibel. Prag hin, Literatur her - erst als "ein Löffelchen der Bielerschen Exkremente" (Bieler) im Gesundheitsamt analysiert worden war, durfte der Familie die Einbürgerungsurkunde ausgehändigt werden. Damals hatte Manfred Bieler "einen gelinden Schock", heute erheitert ihn die Episode nur noch. Damals war die Bundesrepublik für ihn auch noch ein "fremdes Land", heute ist er wenigstens in München heimisch geworden.

Heimat, hat ihm einmal ein Freund gesagt, sei für ihn dort, wo er einen Stuhl finde. Für Bieler könnte die in San Franzisco, Paris, Venedig, Rom, oder auch wieder Prag sein.

Für die bundesdeutschen Gastarbeiterkinder steht dieser Stuhl auf den Hinterhöfen von Berlin-Kreuzberg, in den Getto-Verliesen des Ruhrgebietes und in Hamburg-Altona. Über 500.000 sind in Deutschland geboren sprechen die Sprache des Landes, aber kaum die ihrer Väter, über 900.000 gehen hier zur Schule und wollen, wenn möglich, einen Beruf erlernen, nur Deutsche können sie nach dem bisherigen Ausländerrecht schwerlich - noch immer nicht werden. Stillstand seit Jahrzehnten. Das Abstammungsprinzip, wonach in der Bundesrepublik Deutsche von Nicht-Deutschen unterschieden werden, steht ihnen im Wege: Wer keinen deutschen Vater und keine deutsche Mutter hat, ist Ausländer ohne sonderliche Rechte. – Blutstropfen.

Aber es regt sich Widerstand. Für den türkischen Lyriker Aras Ören ("Was will Niyazi in der Naunynstraße", "Deutschland, ein türkisches Märchen") sollen die Gastarbeiter "nicht ihre Haare blond färben, um hier bleiben zu können". Die Deutschen müssten sich vielmehr damit abfinden, dass, sozial und historisch betrachtet, keine Arbeitskraft an ihren geografischen Ausgangspunkt zurückkehrt. Ören, der in Berlin lebt und dort auch bleiben will, sieht bei der zweiten Gastarbeitergeneration kein Sprachproblem mehr, dafür aber tief greifende Identitätsschwierigkeiten.

Hier liegt ein sozialer Sprengsatz, den das Bundeskriminalamt (BKA) schon vorsorglich untersuchen lässt. Ein geheim gehaltenes Forschungsinstitut einer deutschen Universität soll die "Entstehungsbedingungen erfragen und analysieren. Dabei interessiert vor allem die Frage, warum manche Gastarbeiter-Jugendliche "sich zu kriminellen Banden zusammenschließen. Denn solche "Gangs, so die Vermutung der BKA-Kriminologen, könnten der Ausgangspunkt für eine Mafia in der Bundesrepublik sein.

Dass es zu solchen Entwicklungen kommt, möchte der einstige "Gastarbeiter-Beauftragte" Heinz Kühn durch eine Revision des Ausländergesetzes verhindern: Per Postkarte, so verlangt der SPD-Politiker, sollen in der Bundesrepublik geborene Ausländer ihre deutsche Staatsangehörigkeit abrufen können. Denn zur viel zitierten Integration gehöre zunächst einmal die rechtliche Gleichstellung mit deutschen Kindern und damit auch die Gewissheit, zu diesem Land zu gehören.

Wird also der Weg zu einem deutschen Ausweis wenigstens für die Kinder der Gastarbeiter kürzer? Bisherige Erfahrungen stimmen wenig optimistisch. Und wie sagte noch Bert Brecht (*1896+1956): "Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtinnigste Art. Ein Pass niemals."

SUFF BEIM BUND – DIE BIERFAHNEN DER ARMEE

Sonntagabend ist in manchen Schnellzügen der Teufel los. In Rudeln kehren junge Soldaten nach dem Wochenende in ihre Standorte zurück. Sie lassen sich in Abteilen und Gängen mit Bier volllaufen. Im Speisewagen des "Intercity 618" von Stuttgart nach Hamburg bot sich am 20. Mai dieses fatale, dem Zugpersonal jedoch gewohnte Bild. Randalierende Rekruten grölen: "Wir scheißen auf die Bundeswehr." Auch im Dienst macht sich, obwohl verboten, der Suff in den Streitkräften gefährlich breit. Die Pest dieser Jahrzehnte heißt "Alkoholismus", von dem 4,3 Millionen Menschen befallen - erkrankt sind. In den Kasernen der Armee tobt eine verschärfte "Flaschen-Schlacht".

ZEITmagazin, Hamburg vom 27. Juli 1979

Der Tag ist wie jeder andere im schleswig-holsteinischen Lütjenburg, aber er endet als ein schwarzer Freitag. Schon am frühen Nachmittag wirkt das Garnisonsstädtchen nahe der Ostsee wie ausgestorben; abends sind die beiden Diskotheken "68" und "Why not" wie leer gefegt. Zu Wochenendbeginn hält es keinen der über tausend Soldaten freiwillig in der abseits gelegenen Kleinstadt. Sie alle hasten, ob per PKW oder per Bahn nach Hause - meist ins über vierhundert Kilometer entfernte Ruhrgebiet. Ein gewöhnlicher Wochenend-Exodus, im Bundeswehr-Jargon kurz "Nato-Rallye" genannt.

Nur für das 8. Bataillon des Flugabwehrregiments 6 aus der Lütjenburger Schill-Kaserne ist Ausgangssperre verhängt worden. Feindbeobachtung und Nachtalarm stehen auf dem Programm. Das jedenfalls sagte Oberfeldwebel Soboll am Freitagmorgen um 8.30 Uhr in der Kaserne an. Keine zwölf Stunden später sagt er auf dem Übungsgelände Hohensasel den Nachtalarm wieder ab, Lagerfeuer müssen gelöscht, Zelte eilig zusammengepackt werden, die etwa dreißig Soldaten sollen sich im Galopp marschfertig machen. Für die 18- bis 20jährigen, die gerade erst vier Wochen beim Bund dienen, ist Unvorstellbares geschehen. Manche heulen laut vor sich hin, andere schreien fassungslos: "Das kann doch nicht wahr sein."

Auf dem Boden liegt reglos Wilfried Klauber aus Oberhausen. Sein Kopf ist knallrot unterlaufen, Todesangst steht in seinen Augen; niedergestreckt durch eine 9-Millimeter-Partone aus dem Lauf einer P-38-Pistole. - Der ärgste Feind der westdeutschen Armee hat an diesem Freitag das 8. Bataillon des Lütjenburger Flugab-wehrregiments 6 außer Gefecht gesetzt: der Alkohol, dem inzwischen 92 Prozent aller Gewalttätigkeiten bei der Bundeswehr zuzuschreiben sind.

Mit dem Suff hatte es schon in den frühen Morgenstunden begonnen. Statt Tee oder Kaffee füllten sich manche Rekruten ihre Feldflaschen mit Whisky oder Gin. Auf dem Übungsgelände in Hohensasel machten dann die Alkoholika als "stille Post" die Runde. Aber auch die Unteroffiziere nippten heimlich mit. Rekrut Hermann Steinert: "Das war zwischen uns eine unausgesprochene Abmachung. Entweder wir heben unseren Vorgesetzten etwas ab, oder die erstatten Meldung."

Gegen 18 Uhr tauchten die ersten Biere und eine Kornflasche auf. Ein Vorrat, den sich Unteroffiziere und ihr Oberfeldwebel vorsorglich mitgebracht hatten. Kaum waren die Flaschen geleert, wurde unter den Soldaten die "obligate Suffkollekte" veranstaltet. Drei Mann marschierten los, um aus dem Gasthof "Gut Rantzau" für Nachschub zu sorgen.

Locker und feucht-fröhlich hockten Hermann Steinert und seine Kameraden vorm Lagerfeuer sangen: "Wir lagen vor Madagaskar und hatten unser Bier an Bord;" und empfanden die

abendliche Atmosphäre "so ein bisschen wie früher im Schulland-heim". Jedenfalls bis zu jenem Augenblick, als Unteroffizier Jürgen Bethke, mit Bierpulle und P-38Pistole bewaffnet zu ihnen stieß. Großzügig bot der 24jährige Bethke "seinen Jungs", wie er sie oft unter starkem Alkoholeinfluss nannte, den Restaufschnitt vom Abendbrot an. Allerdings nur, wenn man sich bei ihm persönlich Salami und Schinken abholen würde. Dies wurde für den 20jährigen Betonmauer Wilfried Klauber zum Verhängnis. Als der arglose Klauber vor seinem angetrunkenen Unteroffizier stand, hatte dieser den Aufschnitt schon hastig heruntergewürgt. Statt dessen fischte er sich das Schiffchen des Rekruten und schmiss es ins Feuer. Nunmehr wollte sich Klauber das Schiffchen des Vorgesetzten angeln. Zunächst schwankte der Unteroffizier noch tänzelnd hin und her, zog dann aber blitzartig seine Pistole. Zeuge Steinert: "Erst hantierte Bethke mit dem Ding in der Gegend herum, nahm eine Patrone aus dem Magazin, zeigte sie uns stolz, steckte sie darauf wieder ein. Ich sah, wie Bethke aus zweieinhalb Metern Entfernung einen Schuss auf den hilflosen Klauber abfeuerte."

Auf dem morastigen Übungsplatz Hohensasel kam keiner auf die Idee, einen Rettungshubschrauber zu rufen. Bloß keine Feldjäger, Zeit gewinnen hieß die Devise. Minuten um Minuten verstrichen. Als der Krankenwagen, ein geländeuntüchtiger Ford Transit, der mehrere Male im Sumpf stecken blieb, endlich Hohensasel erreicht hatte, lag keine Bierflasche mehr herum. Selbst der inzwischen angekommene Kisten-Nachschub aus dem Gasthof "Gut Rantzau" war eiligst vergraben worden. "Alle waren wie genervt", erinnert sich Steinert. "Vor allem, also noch so ein paar Kopflose den schwerverletzten Klauber falsch herum in den Krankenwagen schoben."

Erst gegen 23 Uhr klingelt bei der Familie Klaubert in Oberhausen das Telefon. Am Apparat die Universitätsklinik Kiel: "Bitte kommen Sie sofort. Ihr Sohn ist angeschossen worden. Er wird den nächsten Tag wohl nicht mehr überleben."

Unterdessen hat Hauptmann Rommel, der in Zivil in die Kaserne geeilt war, das bereits zurückgekehrte 8. Bataillon im Unterrichtsraum versammelt. "Der Zustand ist nicht lebensgefährlich, sondern lediglich lebensbedrohlich", bemerkt der Hauptmann beschwichtigend. Gleichzeitig ermahnt Rommel seine Sprösslinge: "Machen Sie Ihren Dienst so wie bisher, und gehen Sie Ihren Pflichten weiterhin gewissenhaft nach." Das war die erste und auch die letzte Verlautbarung, die den Soldaten in Sachen ihres Kameraden Klaubers mitgeteilt wurde.

Fünf Tage rang Wilfried Klauber auf der Intensivstation der Kieler Universitätsklinik mit dem Tode. Als er ihm schließlich getrotzt hatte, wurde dem 20jährigen zur Gewissheit, dass er querschnittsgelähmt sein Leben lang an einen Rollstuhl gefesselt bleiben würde. Klauber ist kein Einzelfall.

- In Leck bei Flensburg versetzte der stellvertretende Kommodore vom Aufklärungsgeschwader 52, Gerhard Ladewig, nachts um 2.50 Uhr zweitausend Soldaten, Beamte und Arbeiter in den Nato-Ernstfall. Piloten liefen in ihre Staffelunterkünfte, Sicherungssoldaten bezogen Stellungen, Stahltüren der Betonschutzbunker wurden geöffnet und die schweren Phantom-Aufklärer ins Freie geschleppt. Über eine halbe Stunde saßen 18 Piloten und Kampfbeobachter angeschnallt in ihren Maschinen, Feuerwehren hatten sich postiert, Wetterfrösche registrierten Wind- und Sichtbedingungen, Radarspezialisten beobachteten ihre Schirme, die ersten Urlauber wurden zurückgerufen, Befehlstand war jedoch nicht die Kaserne, sondern die Dorfkneipe "Kupferkanne". Dort hatte Oberstleutnant Ladewig eine Nacht mit Freunden durchgezecht. Per Telefon gab er lallend das

entsprechende Kodewort zum Befehl der Ernstfall-Übung an die Bereitschaft durch - die "Aktion Kupferkanne" begann.

- In Zweibrücken wollte der Rekrut Friedrich Reinstadler nach einem Pinten-Rundgang den Zapfenstreich um 22 Uhr nicht einhalten und im Bereitschaftsraum der Niederauerbach-Kaserne weiter bechern. Der Unteroffizier vom Dienst befahl ihm drei Mal, auf die Stube zu "gehen". Doch Reinstadler verweigerte den Gehorsam. Die Folge: Arrest in der Zelle. Die Strafe löste bei Reinstadler eine verhängnisvolle Kurzschlussreaktion aus. Mit seinen Stiefelschnüren erhängte er sich am Fenster-kreuz. Er war gerade 20 Jahre alt geworden, als ihn die Wachpatrouille tot auffand.

- Soldaten der schleswig-holsteinischen Marinefliegergeschwader 1 und 2 glaubten besonders pfiffig zu sein. In Ersatzteilkisten und Raketenhülsen ihrer vier Transall-Maschinen hatten sie auf dem Rückflug von Sardinien insgesamt 50.000 Zigaretten, 1.000 Flaschen Sekt und 30 Flaschen Cognac deponiert. Erst als mehrere Flaschen zerbrochen waren und Cognac aus den olivgrünen Ersatzteilkisten durchsickerte, flog der Coup auf.

Drei Beispiele aus dem Alltag der Bundeswehr, die an Traditionen verflossener Soldatenzeiten erinnern. Denn Alkohol ist seit eh und je reichlich in den deutschen Garnisonen geflossen. Das Motto "nur ein kräftiger Schlucker ist auch ein guter Soldat" hat beide Weltkriege überlegt. Schon zu Kaisers Zeiten mussten die Fahnenjunker emsig trinken, um auch noch im Suff den älteren Offizieren ihre Contenance zu beweisen. Aber auch in Hitlers Wehrmacht blieben Maßhalteappelle der Kommandeure ohne die erhoffte Resonanz.

Die Alkoholwelle, die seit Jahren in die Bundeswehr schwappt, ist ernster zu nehmen, als es viele Militärs auf der Bonner Hardthöhe für möglich gehalten haben. Noch im Jahr 1973 präsentierte das Verteidigungsministerium den Medien eine soziologische Untersuchung, wonach Bundeswehr-Soldaten mehr an Sport und Sex, Flippern und Schach als am Bier interessiert seien. Fazit der Studie: Selbst in Kasernen werde nicht viel getrunken. Tatsächlich lagen dem Führungsstab schon zur damaligen Zeit - 1971 bis 1974 - alarmierende Zahlen unter "besondere Vorkommnisse" vor:

- 25 Tote und Schwerverletzte bei Kraftfahrzeugunfällen unter Alkoholeinfluss im Dienst;

- 161 Tote bei Unfällen mit Privatautos nach Trinkgelagen;

- 23 Selbstmorde und 402 Selbstmordversuche im Promillerausch 0 764 Soldaten verweigern aufgrund ihres Alkoholkonsums den Gehorsam und griffen ihre Vorgesetzten tätlich an.

Dies sind Fakten, die Aussagen des Psychiaters Brickenstein vom Bundeswehr-Krankenhaus Hamburg-Wandsbek stützen: "Sie ertränken ihren Kummer über die Trennung von ihrer Freundin, Braut, Ehefrau oder Lieblingsbeschäftigung." Aber auch der damalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, der Weltkrieg-II-Major Fritz-Rudolf Schultz (*1917+2002), warnte das Parlament eindringlich vor dem rapide steigenden Alkoholkonsum in der Armee.

Immerhin glaubt die Bundeswehr-Führung, durch strikte Befehle den Bierdurst einschränken zu können. Bereits damals war man sich jedoch auf der Bonner Hardthöhe klar, "dass alle getroffenen Maßnahmen und geltenden Vorschriften nicht ausreichen; nicht einmal die Zunahme des Alkoholmissbrauchs ist verhindert worden", heißt es in dem vertraulichen Vermerk (Fü S I5 Az.: 35-20-17-o2). Und in den "Richtlinien für das Verhalten gegenüber betrunkenen Soldaten" räumt das Ministerium ein: "Es hat sich gezeigt, dass bei der Behandlung betrunkener Soldaten schwere Fehler gemacht werden ... Soldaten bedürfen dringend des kameradschaftlichen, gegebenenfalls sogar ärztlichen Beistandes ... ".

Der inzwischen verstorbene Generalinspekteur, Admiral Armin Zimmermann (*1917+1976), ordnete daher ein absolutes Alkoholverbot während der Dienstzeit an. Zimmermann im Jahre 1974: "Der Alkoholmissbrauch hat ein Ausmaß erreicht, das ein energisches Eingreifen aller zuständigen Vorgesetzten erforderlich macht." Im selben Jahr segnete Georg Leber, Verteidigungsminister in den Jahren von 19721978, einen vertraulichen Vermerk für die Personalführung bei den Streitkräften ("Fü S I 4") ab. Darin heißt es: "Die steigende Zahl der Selbstmordfälle und -versuche besonders bei der Jugend verpflichtet auch die militärischen Vorgesetzten zu besonderer Aufmerksamkeit ... süchtige Bindungen an Alkohol, Arzneimittel oder Drogen ... gefährden den Soldaten. Eine straffe Führung, ein ausgewogener Dienst-plan ... und das Angebot an Freizeit können vorbeugend helfen. Herum gammeln führt nicht selten zu übermäßigen Alkoholgenuss."

Damals war Karl Wilhelm Berkhan (*1915+1994) noch parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium. Auf zahllosen Standortbesuchen bemühte er sich um engen Kontakt zu den Soldaten. Als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages reiste der umsichtige Berghan wiederum von Garnison zu Garnison. Seine alte Sorge war fortwährend die alte geblieben: Suff beim Bund - und kein Ende in Sicht. Eingebettet im gesellschaftlichen Sog - im Jahre 1950 waren es 200.000, mittlerweile leben in der Bundesrepublik über zwei Millionen Alkoholiker -stellte Berghan in seinem Jahresbericht für 1978 fest, "dass der Alkoholmissbrauch schwer-wiegende Beeinträchtigungen der militärischen Ordnung und Disziplin bewirkt."

Dass nun ausgerechnet ein intimer Kenner der Bundeswehr-Szene Bier-und Korn-sucht der Soldaten schonungslos in der Öffentlichkeit rügt, wurde wie eine Rufschädigung des Unternehmens Armee empfunden. In der Parlamentsdebatte zum Bericht des Wehrbeauftragten warnte der damalige Verteidigungsminister Hans Apel davor, die Armee als "eine Horde von Saufbolden und Schindern" abzustempeln. Nach seinen Angaben sind die Verstöße unter Alkoholeinwirkung von 1977 auf 1978 um 27 Prozent zurückgegangen. Auch der CDU-Wehrexperte Leo Ernesti bescheinigte der Truppe, "besser als ihr Ruf" zu sein. Und sein Kollege Erwin Horn erklärte: Die Bundeswehr sei nun mal keine "Heilsarmee".

Die aufschlussreicheren Zahlen über disziplinargerichtliche Verfahren (in der Debatte ging es um harmlose Dienstvergehen) ließ Minister Hans Apel aus gutem Grund im Ministerium: als "Verschlusssache" und "nur für den Dienstgebrauch". Unter der Rubrik "Alkoholmissbrauch, Trunkenheit am Steuer" stieg danach die Zahl der Verfahren von 1976 auf 1978 um 138,7 Prozent und damit auf 74 Anklagen. Unter der Rubrik "Sittlichkeitsdelikte, Ungehorsam, Mord, Totschlag, Drogen" etc. stiegen die disziplinarrechtlichen Verfahren von 1976 auf 178 um 179 Prozent und damit auf 53 Anklagen. Und unter der Rubrik "unerlaubtes Fernbleiben" stiegen die disziplinarrechtlichen Verfahren von 1976 auf 1978 um insgesamt 257 Prozent und damit auf 50 Verfahren.

Dabei hatte Karl Wilhelm Berkhan gar keine Debatte um Prozente entfachen wollen. Alkoholexzesse in den Reihen der Bundeswehr sah er vielmehr als ein Führungsproblem an. Dort, wo es drunter und drüber geht, "greifen die Vorgesetzten selbst zur Flasche". Berkhan runzelt die Stirn: "Ein geordnetes militärisches Gehirn wird einen Befehl nicht vom Barhocker geben, nicht einmal von einer Theke."

Ein Kompaniechef im Majorsrang, so der Berkhan-Bericht, sah das anders. Am Abend vor einer Übung betrank er sich derart, dass er am nächsten Morgen seine Kompanie nicht führen konnte. Am selben Abend ließ er sich - trotz Alkoholverbot - wiederum volllaufen und weigerte sich, die Gaststätte zu verlassen. Die Kompanie wurde daraufhin von einem Hauptfeldwebel auf den Übungsplatz geführt. Als der Major am dritten Abend vom Schirrmeister aus der Kneipe geholt wurde, war er wiederum betrunken.

Derselbe Major, alarmierte zwei Monate nach diesen Vorfällen gegen 0.45 Uhr die Kompanie, so dass ein Teil der Unteroffiziere - es war Spätherbst - bei Nebel und Reifglätte zur Unterkunft fahren musste. Als die Unteroffiziere im Kompaniegebäude auf die Befehle warteten, weigerte sich der Major das Offiziersheim zu verlassen. Er betrank sich bis morgens um 4 Uhr. Einem Zugführer, der sich höflich nach weiteren Befehlen erkundigte, bedeutete er zunächst "Mittagspause" und danach "Dienst in den Funktionen".

Nicht selten führt solches Fehlverhalten von Offizieren zu privaten Zerwürfnissen, die Berkhan so beschrieb: "Vier Leute am Tisch, jeder zwölf Schnäpse. Ich, Unteroffizier, bin doch ein richtiger Kerl, ich muss auch mittrinken. Und hinterher, wenn sie nach Hause gehen, gerät er mit seinem Oberstleutnant aneinander. Dann sagt der Oberstleutnant noch in seinem Suff, ich erteile Ihnen einen Befehl. Da sagt der Unteroffizier, du kannst mir gar nichts befehlen, und haut ihm eine in die Schnauze. Und dann stehen sie vorm Richter. Es ist ein unerträglicher Zustand."

Ein wichtiger Seismograf für die Bierfahnen in der deutschen Armee sind die Wochenendzüge zwischen Norddeutschland und Rhein/Ruhr. Genervt vom Wochen-Drill, vom gottverlassenen Nest in der Heide oder an der Ostsee, ohne sinn-volle Freizeitmöglichkeiten (der Bund gibt für die außerdienstliche Betreuung seiner Soldaten jährlich sieben Mark pro Mann aus), nur sich selbst oder der Kneipe überlassen, empfinden die Wehrpflichtigen jeden Freitag wie einen Befreiungstag, auch wenn sie die Hälfte des Wochenendes auf der Heimfahrt in der Eisenbahn verbringen.

Mit zwei Paletten Dosenbier, das Stück zu 45 Pfenning, und dem Kassettenrekorder mit dem Amanda-Lear-Band in der Reisetasche geht's in den Zug; neuerdings in den schnelleren Intercity, seitdem das Prunkstück der Bundesbahn auch die zweite Wagenklasse führt. Meist sind die Waggons brechend voll, die "BWs", wie sie sich nennen, sitzen dann auf dem Gang, liegen in der Gepäckablage oder kabbeln sich mit dem Schaffner, warum sie nicht erster Klasse fahren dürfen. "Ich bin BW, du bist BW, dann die Tassen hoch."

Anders dagegen sieht es auf der Rückfahrt am Sonntagabend aus. Da ist die Grundstimmung weitaus aggressiver. Da geht schon mal ein Speisewagen wie der des Intercity-Zuges "Kommodore" bei einer Massenschlägerei zu Bruch, da brennen Toiletten, da werden Scheiben zertrümmert da werden auch Fahrgäste am Aus-steigen gehindert - nach dem Motto "die nächste Station kommt bestimmt".

"Wir, von der ersten Kompanie, wir sind besoffen wie noch nie", grölten etwa Rekruten im Speisewagen des Intercity-Zuges "Heinrich Heine", den sie gern in "Landser-Express" umtaufen würden. Zwischen Bremen und Hamburg steigen sie auf den Tisch, schreien "Bundeswehr

scheiße", einer zieht die Hose runter, ein anderer schon seine Uniform ab, denn soeben hatte der Schaffner über Lautsprecher mit Gong signalisiert: "Meine Damen und Herren, in wenigen Minuten erreichen wir Hamburg-Hauptbahnhof."

Dazu Karl Wilhelm Berghan: "Wir müssen wirklich andere Wege gehen." Während Bundeswehr und Bundesbahn in vertraulich vereinbarten Gesprächen herumrätseln, wie Bierkonsum und Brutalität zumindest in der Öffentlichkeit eingedämmt werden können - etwa mit rollenden Feldjägerkommandos in der Bahn -, hatte Karl Wilhelm Berghan gezielte Vorstellungen, wie sich die sinnlose und ruinöse Sauferei reduzieren ließe. Er empfahl, die Wehrpflichtigen "heimatnäher" einzuziehen. Auch sollten die gerade erst Achtzehnjährigen nach dem Fünfuhr-Dienstschluss nicht Abend für Abend ihre Probleme mit sich allein ausmachen. Vielmehr sollten die Vorgesetzten mit ihren Rekruten auch in der Freizeit Arbeitsgemeinschaften für Schach, Fußball, Politik usw. aufziehen.

Dem Bonner Führungsstab empfahl Berkhan quasi als Vermächtnis seiner Zeit als Wehrbeauftragter: "Schleunigst einen Forschungsauftrag zu vergeben", der die Ursachen von Angst-, Alkohol- und Aggressionsschüben in den Streitkräften durchleuchtet. Geändert hat sich über all die Jahre - Jahrzehnte - nichts. Es wird weiter gesoffen. Einen solchen Schub durchlebten etwa zwei Gefreite, die angezecht und aggressionslustig einen 28 Tonnen schweren Schützenpanzer "Marder" entführten und zweihundert Kilometer über die Autobahn jagten. Polizei und Feldjäger hatten eine unruhige Nacht. ehe sich die beiden 19- und 2ojährigen Amokfahrer schließlich in der Nähe von Hannover festnehmen ließen - bierselig lächelnd.

REGIS DEBRAY: MIT EINER "AMOUR FOUX " VOR VIELEN, VIELEN JAHREN REVOLUTION GEMACHT

Der französische Intellektuelle Régis Debray, Sohn einflussreicher Eltern aus dem Großbürgertum, wurde 1967 Bolivien gemeinsam mit dem Revolutionär Che Guevara im Dschungel von Militärs gefasst. "Che" (*1928+1967) wurde einen Tag später - am 9. Oktober 1967 - ohne Gerichtsverfahren erschossen. Régis Debray hingegen blieb die Hinrichtung erspart, weil er Ausländer war. Ein Militärtribunal verurteilte Debray zu einer 30jährigen Haftstrafe. - Märtyrer-Zeiten. Nach vorzeitiger Entlassung zählte er zum Beraterkreis des 1973 umgekommenen chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende (*1908 +1973). Zurück in Paris vermarktete Debray u. a. persönliche Guerilla-Erlebnisse zu einem Schlüsselroman. - Ein Epos, in dem er seiner Geliebten, der deutschen Partisanin Monika Ertl, (*1937+1973) ein höchst zweifelhaftes literarisches Denkmal setzte. Romantiker-Jahre. Für dieses Werk "La neige brûle" (Der Schnee brennt) über Mord und Liebe im Guerilla-Milieu erhielt Régis Debray im Jahre 1977 den renommierten Prix Femina Literaturpreis in Frankreich. In den achtziger Jahren fungierte Debray als außenpolitischer Berater des da-maligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand (*1916+1996). - Legenden verflossener Epochen.

ZEITmagazin, Hamburg vom 24. Mai 1979

Nur ein schmaler, gewundener Dienstbotenaufgang führt auf den Dachboden eines verwinkelten Appartementhauses an der Pariser Place Dauphine. Hinter einer antiken Holztür ohne Namensschild liegt eine schmale Mansarde. Bücher stapeln sich kreuz und quer auf dem Boden, halb leere Rosé-Flaschen zieren verstaubte Regale, Bierdosen stehen mitten im Zimmer, Aschenbecher quellen über. Der winzige Balkon, der aus dem Gipfel ragt, eröffnet dem Hausherrn der Mansardenwohnung ein Weitwinkelpanorama über Alt-Paris, vornehmlich über die großbürgerlichen Häuser im Universitätsviertel Saint Michel, das auf der anderen Seite der Seine liegt.

Hausherr Régis Debray trägt einen grell-gelben Schal; zwei Mal um den Hals gewickelt, reicht er immer noch bis zu den Knien, darunter en königsblaues Hemd, darüber eine abgewetzte schwarze Samtjacke - und eine Hose aus grauem Flanell.

Er, der Aristokraten-Sohn mit Landsitz in der Normandie, der Elitestudent der Ecole Normale Supérieure, der Jungphilosoph aus dem Dunstkreis Jean-Paul Sartres, der Revolutionär, der mit Che Guevara im Dschungel kämpfte, Chiles Präsident Salvador Allende beriet und noch über Jahrzehnte mit Fidel Castro befreundet war. - Der Theoretiker und Praktiker des Guerillakrieges, der im Jahre 1965 auszog, Südamerika zu revolutionieren und 1973, zurück in Europa, zu den engsten Beratern des damaligen französischen Sozialistenchefs und späteren Staatspräsidenten François Mitterrand (*1916 + 1996) avancierte - er kauert bei unserem Gespräch hinter seinem Schreibtisch wie ein gelangweilter Internatsschüler.

Das Charisma des legendären Che Guevara-Dschungelgefährten ist längst vergilbt; eher unbeholfen und unsicher sitzt er mir gegenüber. Seine Gesichtshaut zwischen schulterlangem brünettem Haar und Schnäuzer ist blässlich. Seine wiesenflinken blauen Augen halten sich immer wieder an einem Detail seiner Wohnung fest, als ob ihm der an der Wand hängende Sombrero Sicherheit geben könnte.

"Interviews", erklärt Debray, "habe ich schon seit über drei Jahren nicht mehr gegeben. Schließlich hat in Lateinamerika die Konterrevolution gesiegt." Überhaupt will der mittlerweile 38jährige nicht mehr in seine "heldenhaft-revolutionäre Vergangenheit" zurückgeholt werden. In jene Zeit, da er "den Zeigefinger am Abzug hatte und verblüfft war, den Knall aus nächster Nähe zu hören", und wie er sah, "dass zwischen den Bäumen ein Fremder in meiner Visierlinie zusammensackte".

Zu viele Tote markieren seinen Weg, "wie kleine schwarze Steine" (Debray). Von seinen alten Companeros aus dem bolivianischen Urwald und den Stadtguerillakämpfern in der Hauptstadt La Paz überlebte keiner.

Régis Debray wurde nur deswegen nicht auf der Stelle von der Geheimpolizei exekutiert, weil er Ausländer war. Ein bolivianisches Militärgericht verurteilte ihn zu dreißig Jahren Gefängnis. 1970, nach dreijähriger Haft, erreichten Papst Paul VI. (*1897+1978) und Charles de Gaulle (*1890+1970) seine Freilassung.

So blieb ihm als einzigen aus dem Che Guevara-Kreis das Privileg, sich vom Revolutionär zum Reformer zu wandeln, die Maschinenpistole mit der Schreibmaschine zu vertauschen und aus den Untergrund-Erlebnissen von einst nun literarisches Kapital zu schlagen.

In seinem ersten Roman "Der Einzelgänger" (deutsch 1976) sann er weinerlich seinem Gringo-Dasein in der lateinamerikanischen Revolutionsbewegung nach. Noch sentimentaler, wenn auch spektakulärer geriet ihm sein Opus zwei, das der Classen-Verlag soeben mit einer Bestseller-Auflage von 20.000 Exemplaren auslieferte.

Sechs Jahre nach Debrays Rückkehr aus Lateinamerika und zu einem Zeitpunkt, da die Militärdiktaturen auf dem Kontinent schon lange - seit Mitte der sechziger bis weit hinein ins siebziger Jahrzehnt - für Friedhofsruhe gesorgt haben, gar die Massengräber im argentinischen Cordoba zubetoniert und die Konzentrationslager in Uruguay überfüllt sind, liest sich das Buch wie ein Schlüsselroman mit unverwechselbaren autobiografischen Zügen. "Ein Leben für ein Leben" ist Selbstbezichtigung und Offenbarungseid eines Genossen, der sich 1971 auf Kuba in eine Revolutionärin deutscher Herkunft verliebt und mit ihr gemeinsam einen politischen Mord in Hamburg vorbereitet. Ein Vergessener packt scheinbar Vergessenes aus.

Boris heißt der Mann im Roman, aber er hat zu viele Ähnlichkeiten mit Régis, als dass an der Austauschbarkeit der Namen Zweifel aufkommen könnten. Wie Régis war Boris in Bolivien inhaftiert, wie Régis reiste er nach seiner Freilassung erst nach Chile, dann aber unverzüglich nach Kuba und wie Régis lernte er dort, in Miramar, eine Frau kennen, die ihn aus der Fassung brachte.

Boris/Régis, der zaudernde Romantiker, dem seine starke Mutter stets Rationalität gepredigt hatte, war fasziniert von jenem "großen blonden Mädchen", das im Roman Imilla heißt und als Praktikerin "im offenen Visier, ohne Angst besiegt zu werden", charakterisiert wird.

Eifersüchtig beobachtete Boris, wie Imilla nur den damaligen Verteidigungsminister Raúl Castro grüßte, ihn aber links liegen ließ. Trotzdem betete er die Genossin an, weil er glaubte, in ihr das Original gefunden zu haben, "von dem ich nur eine Fälschung war: die leibhaftige Verkörperung all dessen, was mir fehlte: diese Fähigkeit, für sich selbst verantwortlich zu sein, sich dem Zufall auszusetzen und seine eigenen Schwierigkeiten nicht sonderlich ernst zu nehmen".

Eine Göttin der Résistance -ob beim Fälschen von Pässen oder bei Schießübungen. Debray schreibt: "Sie gewann bei den Maschinenpistolen auf fünfzig Meter Entfernung. Ich siegte bei den Pistolen auf 25 Meter, vor allem mit dem Colt 45, der ihr aus der Hand sprang."

Selbst Staatschef Fidel Castro gratulierte seinerzeit Imilla zu ihrer Präzision. Sie errötete vor Stolz. Anschließend wurde Dosenbier auf der Terrasse getrunken. Und Boris erlebte ein Hochgefühl, das er nur als Pennäler zum Beginn der großen Ferien empfunden hatte.

Doch trotz aller Geschäftigkeit, mit der sich Boris und Imilla auf den neuen Guerillakrieg vorbereiteten, trotz nächtelanger Diskussionen über ihre Vergangenheit, Che-Philosophie und Guerilla-Fakten - von Boris' untertäniger Liebe wollte Imilla nichts wissen. Denn: "Sie mochte keine unentschlossenen Leute, keine Lichter im Nebel, keine undurchschaubare Situation ..." - kurzum keinen Mann mit Minderwertigkeitskomplexen.

Statt dessen vergnügte sie sich in Kubas Nächten mit "der Macht der Männlichkeit". Je mehr Boris sich ihre flüchtigen Amouren bewusst machte, desto geringer wurde seine Selbstachtung. Sie war "die Hure", die er hasste; er fühlte sich als sexueller Versager, als "zweite Garnitur", ein Mann von "geringer Brauchbarkeit" und "strohdumm".

Als auch noch der Chef eines Kommandos, Carlos der Schakal, wieder auf Kuba auftauchte - er war einige Monate in Europa konspirativ unterwegs gewesen - und Imilla sogleich ein Kind machte, konnte Boris kein Spanisch mehr hören.

Nur einmal raffte er sich auf, spanisch zu sprechen - im Arbeitszimmer des damaligen Staatspräsidenten Salvador Allende (*1908+1973). Der Doktor, wie Allende immer respektvoll genannt wurde, saß leger in seiner grünen Joppe an einem rustikalen Schreibtisch. Gemeinsam mit Boris/Régis versuchte Allende , Imilla und Carlos davon zu überzeugen, dass es zweck-und sinnlos war, von Chile aus neuen Guerillakampf nach Bolivien zu tragen. "Sie verstehen uns nicht, Präsident", sagte Imilla zu Allende, "in den Kampf zu ziehen ist ein Eid, den wir halten müssen. Che hätte uns verstanden."

Allende antwortete: "Das sind Kinder. Sie spielen Husar, aber sie haben keine Rüstung."

Der Bruch zwischen Imilla und Boris war perfekt. Boris bekam Heimweh nach seiner alten Bude, seinem "verzauberten Schloss" in Paris. Die Seine-Metropole hatte ihn dann auch bald wieder.

Aber nur für kurze Zeit. Denn es meldete sich Imilla aus London. In einer kleinen Pension an der Tynemouth Road in London N 15 fand er sein "unwiderstehliches Ungeheuer" . Ihr linker Arm war - nach einem Guerilla-Kommando in Bolivien - zusammengeflickt worden, die linke Hand steif, Brandflecken übersäten den ganzen Körper, ihr Kind musste per Kaiserschnitt tot aus dem Unterleib geboren werden.

Systematisch hatten Geheimpolizei und Militärs in La Paz Block für Block durchkämmt, Waffenlager für Waffenlager ausgehoben, Frauen vergewaltigt, gefoltert, ihre Männer mit MP-Salven niedergestreckt. Alle waren tot - auch der allgegenwärtige Commandante Carlos, der Imilla ständig versichert hatte, dass seine Heimat dort sei, wo es Waffen gibt.

Nur durch Zufall und Geistesgegenwart hatte Imilla sich in eine katholische Kirche retten können. Nachts war sie dann heimlich in die italienische Botschaft gebracht und operiert worden. Kaum auf den Beinen, hatten Helfer sie außer Landes geschleust - mit falschen Papieren natürlich.

Zunächst blieben Imilla und Boris in London, gingen dann aber nach Paris. Für Schwärmer Boris, so schien es, sollte die gescheiterte Liebe aus dem lateinamerikanischen Untergrund doch noch Wirklichkeit werden. Imilla gestand ihm: "Ich habe nur noch dich, Boris." Und ein Kind wollte sie auch von ihm haben.

Boris, vom großzügigen Leben wieder fasziniert, entdeckte auch bei Imilla eine Vorliebe für die feinen Stoffe von Paris, für Mousselin, Batist, Crêpe de Chine. In der Küche - und für einen Großbürgersohn wie Boris ist dies wichtig - bewies sich die Genossin ebenfalls. Sie wusste zu unterscheiden, ob Entenpastete aus Amiens oder Gänseleberpastete aus den Cevennen, Hasenpastete aus der Bresse in Butter oder in Zwiebeln gebraten waren. - Glücksmomente in Rebellen-Jahren.

Boris genoss es, Imilla ganz ohne revolutionäre Reflexionen einfach sexy zu finden, Er ahnte nicht, dass die vielseitige Gefährtin längst wieder im Einsatz war.

Bereits in London hatte sie von Raúl Castro, dem kubanischen Verteidigungsminister, eine chiffrierte Information bekommen. Sie enthielt die Mitteilung, dass der Chef der politischen Polizei Boliviens, ein gewisser Anaya, an das Generalkonsulat nach Hamburg versetzt worden sei. Über ihn hatte Boris schon auf Kuba gesagt: "Wenn man Sadisten gegenübersteht, muss man sie wohl oder übel ausschalten." Und Imilla hatte geantwortet: "Es wäre an der Zeit, ihn zu erwischen."

Wenige Monate später sollte sie ihre Worte wahr machen. Sie überredete Boris, mit ihr nach Hamburg zu fahren. Während sie mit einem Leihwagen, Marke Opel, über Belgien und Holland reiste, Colt und Pistole im Handgepäck, startete er mit dem Jet in Paris-Orly,

Hamburg war für sie eine "männliche und exakte Stadt, die beinahe soviel Uhren wie Bäume hat". Man machte eine Hafenrundfahrt, flanierte über die Landungsbrücken, ging ins Övelgönner Fährhaus Aalsuppe essen, wollte sich gar in der Staatsoper Alban Bergs "Wozzeck" ansehen - ein französisches Pärchen in den Flitterwochen, ein-quartiert im Nobelhotel "Atlantik".

Zwischendurch zog Imilla sich in einer St. Pauli-Absteige um, verkleidete sich als Pastorenfrau oder rechtschaffene Dame eines Wohltätigkeitsvereins mal mit, mal ohne Perücke, stellte ihr Auto am Hauptbahnhof ab, fuhr mit der U-Bahn bis zum Klosterstern, eruierte Kreuzungen und Straßenzüge bis hin zur vornehmen Heilwigstraße 125, dem Sitz des bolivianischen Konsulats, stoppte mit ihrer Uhr die Sekunden, prägte sich den dreistöckigen Backsteinbau ein.

Alles lief nach Plan: Mit dem Leihwagen begab sich das konspirative Paar auf die Autobahn E 4 Richtung Hannover. Die Abzweigung Undeloh führte zu einem kleinen Kiefernwald im Wilseder Naturschutzgebiet. Auf der Hinfahrt nach Hamburg hatte Imilla hier die Waffen vergraben. Immer wieder schärften sich die beiden ein: "Alles berücksichtigen, nie vergessen, schon einem unbedeutenden Detail kann man ausgeliefert sein." Sie verschossen eine Kiste Munition im Übungsstil wie einst in Havanna. Nur mit dem Unterschied, dass in der Nordheide ein Tannenbaum ihre Zielscheibe war.

Am nächsten Tag stand Imilla im Sekretariat des Generalkonsuls Anaya. Sie gab sich als australische Ethnologin aus, die vom "Herr Konsul" eine Empfehlung für ein Institut in La Paz benötigte. Eine halbe Stunde musste Imilla warten. Dann, kurz nach zwölf, stand sie vor dem Diplomatenschreibtisch. Sie lächelte: "Guten Tag, Herr Oberst!"

Imilla fackelte nicht lange. Drei Revolverschüsse feuerte sie auf den Konsul ab. Zu den Füssen des blutüberströmten Opfers legte sie einen Zettel: "Victoria o Mauerte" - Sieg oder Tod.

Als Sekunden später die Frau des Generalkonsuls ins Büro stürzte, kam es zu einem Handgemenge. Imilla versetz Senora Anaya zwei Karateschläge und ließ in der Eile Perücke und Revolver am Tatort zurück.

Noch bevor die Hamburger Polizei am Tatort eintraf, saß das Flitterpaar Boris und Imilla schon wieder in seinem Mietwagen und erreichten gerade Ohlsdorf, den größten Friedhof Europas. Gemächlich umfuhren sie den Flughafen Fuhlsbüttel, steuerten um das Stadtzentrum herum und über die Kieler Autobahn Richtung Hannover.

Am nächsten Morgen erreichten sie Salzburg. Imilla wollte eine Freundin besuchen, Boris ein paar Besorgungen machen. Als er zum Wagen zurückkehrte, fand er auf dem Vordersitz eine kleine Notiz, geschrieben mit violettem Filzstift: "Danke für alles. Warte nicht auf mich. Es gibt kein nächstes Mal. Victoria o muerte - Ruth (meinen richtigen Namen behalte ich für mich)."

Hundertdreizehn Tage danach wird Imilla in Bolivien von Polizisten erschossen.

So endet der Roman von Régis Debray. Wer Imilla und der von ihr ermordete Generalkonsul in Wirklichkeit waren, bleibt verborgen.

Fest steht jedoch: Zu der Zeit, da der Roman spielt, war der einstige bolivianische Geheimdienstchef Roberto Quintanilla Generalkonsul in Hamburg. In seiner Heimat galt er als meistgefürchteter Guerilla-Jäger, der 1967 Che Guevara und zwei Jahre später dessen Stellvertreter Inti Peredo zur Strecke gebracht hatte. Die Regierung in La Paz hatte ihn aus dem Schussfeld gezogen, nachdem alle Guerillabasen im Lande ausgehoben und ihre Besatzungen ermordet worden waren. Hamburg, so dachte man, sei für den als besonders blutrünstig bekannten Geheimdienstchef ein ruhiger Platz. Das traf auch zu - bis zum 29. März 1971, als ihn eine junge Frau in seinem Büro erschoss.

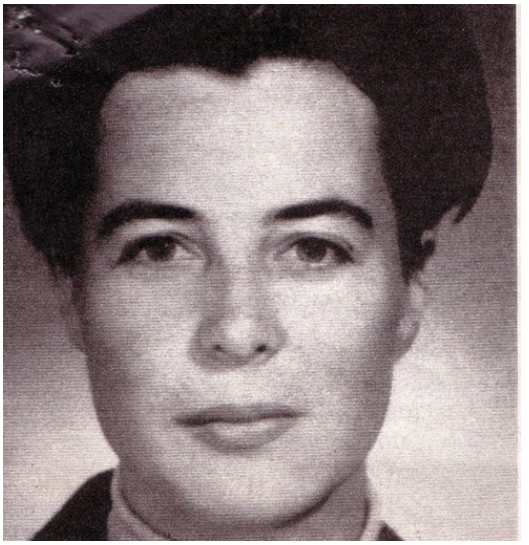
Im Laufe unseres Interviews in der kleinen Pariser Mansarde bejahte Règis Debray, dass er die Attentäterin - in seinem Buch Imilla - persönlich kannte. Ihren wahren Namen will er aber, obwohl er ein Verhältnis mir ihr hatte, erst nach ihrer Ermordung erfahren haben, als Fotos von ihr in der europäischen und der amerikanischen Presse veröffentlicht wurden: Sie hieß Monika Ertl, war 1937 in München geboren worden und mit ihrem Vater, dem bekannten Kameramann Hans Ertl, 1951 nach Bolivien ausgewandert. Nach gescheiterter Ehe mit einem Industriellen namens Hans Harjes hatte sich Monika Ertl der bolivianischen Guerillabewegung angeschlossen.

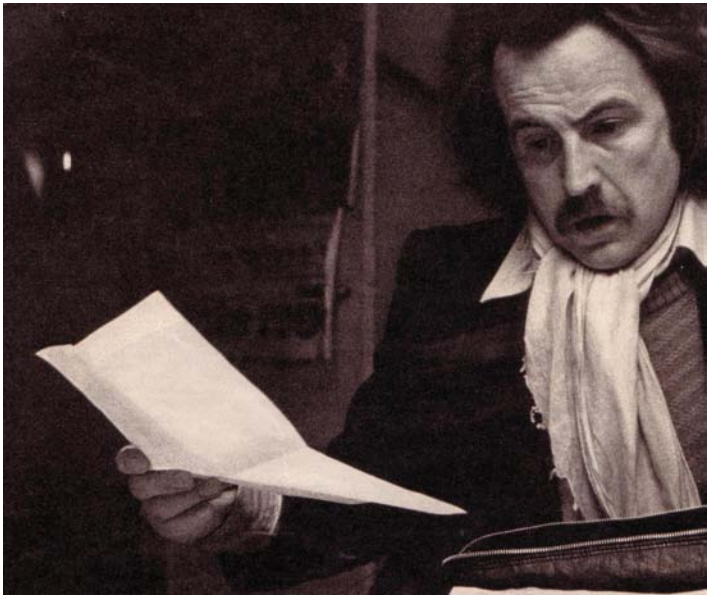
Régis Debray holt zwei ausgewaschene Senfgläser aus dem Regal und schenkt Cognac ein. Die Tat, die sein Roman beschreibt, verteidigt er noch heute als "politische Tat aus Liebe zum Menschen", wie er vor mehr als einem Jahrzehnt für Che Guevara formulierte. Unterstellt man, dass sich Debray in Boris selbst porträtiert hat, dann bezichtigt er sich mit seinem Buch indirekt der Beihilfe zum Mord - Mindeststrafe drei Jahre Freiheitsentzug. Dazu sagt er lakonisch: "Wer kann beweisen, dass ich Boris war?"

Schließlich wäre Debray der einzige Überlebende dieses Dramas. Denn neben Monika Ertl gab es in Europa nur noch einen Mitverschwörer, einen Mann, der in Guerillakreisen Tonio hieß und für die Polizei mit dem Mailänder Linksverleger Giangiacomo Feltrinelli identisch ist. Er hat am 18. Juli 1968 in Mailand einen amerikanischen Colt"Cobra 38 Special" gekauft, wie ihn das FBI benutzt. Durch eine Kugel aus der Waffe (Registriernummer 212.607) wurde der bolivianische Generalkonsul Quintanilla, den Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft zufolge, erschossen. Feltrinelli sprengte sich 1972 in die Luft.

Nach dem Tod des Verlegers gab es für Régis Debray keine Ursache mehr, irgendwelche an dem Hamburger Mord Beteiligten zu schützen; der Weg war für ihn frei, seine Untergrund-Geschichte Tantiemen bewusst zu vermarkten. Das Buch "Ein Leben für ein Leben" ist erst der Anfang. Den großen Durchbruch erhofft sich Régis Debray von der Verfilmung. Costa Gavras

("Z") soll Regie führen, und auch die ideale Darstellerin der Imilla haben sie schon im Auge: Romy Schneider.





IN DER PSYCHIATRIE ZERBROCHEN – DAS SCHICKSAL DES ALBERT HUTH IN DEN ALSTERDORFER ANSTALTEN ZU HAMBURG

Schlangengruben in Deutschland. Im Rahmen des national-sozialistischen Euthanasie Programms wurden mehr als 100.000 psychisch kranke Menschen getötet. Dies war nur mit Billigung zahlreicher Ärzte und Kliniken möglich. Verbrechen, die über Jahrzehnte nicht aufgearbeitet, verdrängt, vergessen wurden. Wie gleichsam der Fall des entmündigten Halbjuden Albert Huth. Er war unbequemer Zeuge zahlreicher verbrecherischer Nazi-Euthanasie Aktionen. Warum er bis heute in der Pflegeanstalt bleiben musste, mit Psychopharmaka "ruhig" gestellt wird -vermag niemand zu begründen. Ein Fall für die Justiz war die Lebensgeschichte des Albert Huth allemal.

Zeitmagazin, Hamburg 20. April 1979

Wenn in den Alsterdorfer Anstalten die Girlandenfeste steigen, ist Albert Huth stets dabei. Mit seiner Ziehharmonika schmettert er Shanties von hoher See, mit seiner Mundorgel bläst er "be-ba-ba-loovar, she is my baby". "Das ist swinging Alsterdorf", sagt Pfarrer Hans-Georg Schmidt frohgestimmt. "Und das ist unser Albert Huth", fügt er nicht ganz ohne Stolz hinzu. Der Pfarrer leitet die Anstalten im nördlichen Hamburg, eines der "größten Werke der Diakonie in der Bundesrepublik". Albert Huth macht nicht nur leidenschaftlich gern Hausmusik, für die 1.300 psychisch Kranken und geistig Behinderten von Alsterdorf, er schreibt auch Gedichte, die der Pfarrer in die Anstaltszeitung wir leben festgedruckt einrücken lässt; mal dichtet er über die Berliner Mauer, mal über die Verkehrstoten in der City.

Doch Albert Huth ist alles andere als ein Normaler. Er ist ein Alsterdorfer - und das schon im dritten Jahrzehnt. Ein "Schizophrener", bedauert Pfarrer Schmidt. "Ein Schwachsinniger, ein Psychopath", urteilt die Chefärztin Charlotte Preußner-Uhde, kurz vor der Pensionierung, im Anstaltsjargon kurz P.U. genannt. Die Psychiaterin glaubt zu wissen, wovon sie reden. Ein Kinder-Intelligenztest ergab bei dem 53jährigen lediglich einen Quotienten von 80. Und schließlich, bemerkt die Dame im weißen Kittel, sei Albert Huth auch "genetisch vorbelastet". Eigentlich heißt er gar nicht Huth, sondern Heimann. Er ist ein uneheliches Kind von hutzlig-kleiner Gestalt. Außerdem, erklärt die Chefpsychiaterin, hat die Schwester seiner Großmutter ihren Lebensabend hier verbracht - "von Kretin wegen".

Derlei Diagnosen und Biografien wiegen in Alsterdorf schwer. Aber noch erschwerender ist die Tatsache, dass Albert Huth als "Lügenbold" und "Querulant" eingestuft wird, der "zwischen Dichtung und Wahrheit nicht zu unterscheiden vermag" (Pfarrer Schmidt). Und Ärger gibt's fast täglich mit ihm. Huth ist einer, der nicht ohne weiteres in die melancholisch-depressive Alltagsschablone einer Heilanstalt passt. Selbst die "sozialtherapeutischen Maßnahmen zur Förderung der Persönlichkeit und Individualität" (Preußner-Uhde) lehnt er rundweg ab. Was soviel heißt wie: Huth hat keine Lust mehr, Tag für Tag Räume zu kehren und Klosetts zu schrubben - immerhin macht er das schon seit 20 Jahren. Ein chronischer "Sammler" ist er noch dazu. So werden die Behinderten bezeichnet, die ihre wenigen Habseligkeiten, ob Briefe, Talismann oder Transistorradio unter dem Kopfkissen oder Matratze verstecken. Ein Verhalten, das die Pfleger nicht dulden wollen. Denn Ordnung gilt in Alsterdorf als erste Stufe zur Sozialisation.

Statt dessen macht Albert Huth etwas "völlig Abnormes" (Preußner-Uhde): Meistens meldet er sich krank und verzichtet damit auf sein monatliches "Gehalt" von 40 Mark. Dafür sitzt er dann tagsüber im kargen Schrankraum und schreibt auf einem Fensterbrett vor sich hin. "Auf Seite 146 ist er schon", lächelt der Pfarrer dezent. Doch sein "Geschreibsel ist nicht zeugnisfähig", versichert Pastor Schmidt. In der Tat ist Albert Huth ja entmündigt. Da zählt es wenig, dass der debile Huth Pastor und Personal in jene Vergangenheit zurückreißt, die viele schon verdrängt haben - die Ausrottung "unwerten Lebens" im Dritten Reich: Ein Thema, das in Alsterdorfer Gesprächen unter'm Personal tabu ist. "Die Zeit dafür ist einfach noch nicht reif", formuliert Pfarrer Schmidt. Die Alsterdorfer Tradition besagt: Wir haben geholfen, wo wir helfen konnten, wir haben Menschen gerettet, wo nur irgend jemand zu retten war. In zwei Schüben wurden aus den Alsterdorfer Anstalten zwischen 1941 und 1943 genau 570 Menschen im Rahmen der "T-4-Aktion" abtransportiert - nach Theresienstadt beispielsweise.

Albert Huth war 14 Jahre alt, als er 1940 in die Alsterdorfer Anstalten kam. Körperlich ausgemergelt, "geistig zurückgeblieben", hatte der Junge schon Waisenhäuser und Kinderheime hinter sich gebracht. Für seine Mutter, erinnert sich Huth, war er drei Jahre lang ein lästiges Überbleibsel mit einem Juden namens Heimann. Für Stiefvater Huth galt er als Halbjude, den er nicht mit durchfüttern wollte. Die Behörden schickten Albert Huth 1940 in den "Wachsaal" Alsterdorf. Die Gründe seiner Einweisung finden sich nicht in seinen Alsterdorfer Akten - wo sie eigentlich sein müssten.

Im Wachsaal konnte damals geschehen, was auch wollte - nichts drang nach draußen. Schilldichte Mauern, vergitterte Fenster, Pfleger als Gefängniswärter. Vier Wochen blieb der Vierzehnjährige dort, "zur Eingewöhnung", wie es damals hieß. Heiß- und Kalt-Wasser-Bäder wechselten einander ab. Cistyl- und Truxal-Drogen gab's zur Besänftigung und die Paral-Spritze - ein Pflanzenschutzmittel - als Strafmedizin, so Huth in seinem Lebensbericht. Das Tagebuch des Albert Huth zeigt in erschreckender Art und Weise nachempfindend, hautnah auf, welches Milieu innerhalb der Anstalt im Nationalsozialismus herrschte. Es dokumentiert minutiös, wie genau Pfleger wussten, wohin die Transporte gingen.

Albert Huth schreibt: "Wenn ein Junge im Bett gepinkelt hatte, wo er nicht dafür konnte, der wurde mit dem Knüppel geschlagen und nicht gebadet. Die ganze Urinsäure fraß sich in den Körper ein und es war am Tisch sehr unangenehm, wenn andere Kameraden den Geruch einatmen mussten. Um Ekzeme herauf zu beschwören, bekam der Junge den eingenässten Spreusack um den Rücken gebunden und musste auf dem Hof herumlaufen, bis der Sack trocken war."

Nach seiner Konfirmation kam Albert Huth zur Alsterdorfer Station "Heinrichshöhe". Hatte ein Junge eine Erkältung", berichtet er, "dann bekam er ein Abführmittel anstatt Hustensaft." Magenkrämpfe und Durchfall waren die Folgen. Und "bei einem Zeugappell hatte ein Pfleger einen Jungen dermaßen mit dem Knüppel auf die Fußsohlen geschlagen, dass er vor lauter Schmerzen nicht mehr gehen konnte."

Albert Huth schreibt: "Otto A. war ein großer NS und hatte für die Kirche nichts über. Was Otto A. getrieben hat, war immer nur Hohn und Spott. Zu meinem Erstaunen kam ich nicht mehr in die Schule und blieb immer mehr im Rückstand. Otto A. hatte mit einem Knüppel, den er "Onkel Lehmann" nannte, auf die Kinder geschlagen, die ein Blasenleiden hatten. Auch da hatte man die Jugendlichen nicht gebadet. Freizeit hatte man dort sehr wenig. Am meisten mussten wir Jugendlichen auf dem Hof marschieren. Wenn zum Beispiel still gestanden ertönte und ein Epileptiker einen Anfall bekam, dann ließ er ihn fallen, ohne Hilfe zu leisten. Am Abend mussten die Jugendlichen auf dem Flur antreten. Dann wurde das Lied "Oh Jesu, meine Freude" gesungen.

Danach folgte ein Abendgebet: 'Lieber Gott mit starker Hand, schütze unser Vaterland, gib' dem Führer Weisheit, Stärke; segnet ihn bei seinem Werke, auf das Deutschland wieder werde groß und mächtig auf der Erde. Amen.'

Kannten die Jugendlichen nicht diesen Spruch, dann wurden sie dazu gezwungen. Hatte ein Junge nach dem gesprochen, der musste auf dem Flur Liegestütze und Kniebeuge machen. Waren die Jugendlichen krank und hatten eine Erkältung, dann bekamen sie Rizinusöl, um die Erkältung zu unterdrücken. Zu dieser Zeit hatte Oberarzt Dr. Kreyenberg zwei Häuser in Beschlag genommen. Pfleglinge wurden verschleppt, die die Anstalt nicht mehr wiedersahen."

"Wittenberg" hieß die nächste Alsterdorfer Abteilung. Inzwischen schrieb man 1941. "Wahllos", so Huth, "hatten die Ärzte kranke Pfleglinge sterben lassen. Sie hielten ihnen vor: 'Du markierst'." Huth erkrankte selbst an Ruhr und wurde nach "Hohenzollern" abgeschoben - zurück in einen berüchtigten Wartesaal. Die Alsterdorfer Stationen tragen noch heute ihren hehren Titel. Albert Huths Erinnerungen stimmen mit der historisch festliegenden "TR-4-Aktion" im großen und ganzen überein.

Das Alsterdorfer "Paul-Stritter-Haus" wurde für den Zögling Albert Huth zum Schlüsselerlebnis. Hier belauschte er ein Gespräch zwischen einem Anstaltspfarrer B., einen Dr. C., seinerzeit ein Beauftragter der Gesundheitsbehörde, und dem Alsterdorfer Arzt D. "Hier sind viele Juden und Geisteskranke. Wann gedenken Sie die Pfleglinge abzuholen?" fragte D. Huth: "Am 29. Juli 1943 war es dann soweit. Um vier Uhr morgens waren sechs Autobusse in der Anstalt erschienen. Sie nahmen 329 Mädchen, 89 Kinder und 28 Babys mit. Drei Autobusse hielten auf dem weiblichen, drei weitere auf dem männlich Gebiet. Herausssprangen aus dem Bus die Gestapo. 'Wie viel Vögel habt Ihr', wollte sie wissen. Antwort: 'Es befinden sich eine hier eine ganze Portion', sagt einer zu seinem Kollegen. Antwort: Dann her mit den Schweinen." Insgesamt waren es 478 Pflegeinsassen, darunter Geisteskranke, Schwachsinnige, Epileptiker, Krüppel, Frauen und Kinder.

Fast alle Pfleglinge trugen vorne vor der Brust ein Schild. Darauf stand geschrieben: 'Sklaven, gestorben am 3. August 1943, Heil Hitler. Wirklich, wie Schweine wurden die Pfleglinge in die Busse verladen, Schwestern hatten sie noch zurückhalten wollen, aber die Gestapo hatte mehr Macht ... Als ich um 12.1o Uhr im Lindenhof 2 und im Eichenhof sowie in den Knabenhort kam, waren alle Räume leer. Nicht einen Einzigen hatten sie hier behalten. Dafür blieben in der Anstalt einige Häuser frei bis nach dem Krieg 1945 ... ... Sie kamen mit der Begründung, wegen der pausenlosen Luftangriffe mussten die Pfleglinge in Sicherheit gebracht werden. Diese Sicherheit endete im Konzentrationslager."

Albert Huths Weg führte derweil zum Krankenhaus Barmbek, in die Abteilung CH 4. Er war gerade erst 17 Jahre alt, als er dort sterilisiert wurde - und zwar ohne Narkose. Huth: "Ich habe gelitten unter qualvollen Schmerzen. So waren mein Schicksal und meine Existenz besiegelt. Nicht einmal meine Angehörigen wussten etwas."

Zurück in Alsterdorf machte Huth die Bekanntschaft mit einem Pfleger namens Egon Gerner, einem ausgedienten Wehrmachts-Unteroffizier mit "Nahkampfspange in Gold und Silber". Er kam verwundet von der Front zurück und hatte, wie Huth meint, es von vornherein auf die "Juden-Mistkröte" Huth abgesehen. Weil er ein paar Äpfel geklaut hatte, schickte ihn Gerner abermals in den Wartesaal. "Ich bekam eine Glatze geschoren und blaugraues Zeug verpasst und Wasser für drei Tage. Als meine Mutter kam, erkannte sie mich nicht mehr wieder."

Für den evangelischen Pfarrer Schmidt - er wurde nicht ganz unfreiwillig 1982 in den Ruhestand verabschiedet - ist die sonderbare Huth-Erzählung die larmoyante Lebensgeschichte eines Debilen, "mit dem", so die Chefpsychiaterin Preußner-Uhde, "die Fantasie laufend durchgeht, der sich und seine Umwelt nicht einzuschätzen weiß, der selbstsüchtige Thesen über die Vergangenheit herbei konstruiert und so gar als Dr. med. Albert Huth tituliert". - "Nein", bedeutet der Anstaltsleiter, "was wir brauchen, das sind Pfleger von Format, die solche Patienten wie Albert Huth leiten und lenken können. Und die Chefpsychiaterin schiebt sogleich ihr Bekenntnis ungefragt hinterher: "Wir Alsterdorfer sind schon objektiv. Das können Sie mir ruhig glauben."

So wundert es in Alsterdorf heute eigentlich niemanden, dass Albert Huth auch nach dem Kriege dort blieb, wo er zuvor gewesen war: hinter Anstaltsgittern.

Denn was sollte sich bei dieser dezidierten Diagnose für Pflegling Huth auch ändern? Der Anstaltsarzt Kreyenberg, ein überzeugter Nationalsozialist und Rassist, hatte ihm schon 1940 "totalen Schwachsinn" attestiert, wie sich ein Kenner der Akte erinnert. Pfarrer Schmidt streitet das ab. Die späteren Ärzte sahen offensichtlich keine Veranlassung, sich näher mit der Huth-Diagnose zu befassen. Jedenfalls war Huths Entmündigung im Jahre 1947 - damals wurde er 21 Jahre alt - eine Routinesache. Er bekam, so geht es aus den Unterlagen hervor, auch weiterhin Prügel von Pflegern wie Gerner. Er hatte sich erdreistet, eine Entschädigung für seine Sterilisation zu fordern. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, soll er immer um sich geschlagen haben.

Albert Huths Schicksal ist in Alsterdorf zu Hamburg kein unrühmlicher Einzelfall. Der Pressesprecher der Anstalt: "Wir haben hier um die 80 solcher Leute." Sie kamen mit geringfügigen oder nur vermeintlichen Behinderungen in die Anstalt; aber statt zu heilen, verschärfte die neue Situation ihre Leiden erst wirklich. Doch während viele von Huths Leidensgenossen nur noch weltfern vor sich hindämmern, begann er schon bald nach dem Kriege als "Schwachsinniger" Brief um Brief zu schreiben: mal an den Alliierten Kontrollrat, mal an die BBC in London, mal an die Kripo in Hamburg, die schließlich im Jahre 1959 in Alsterdorf vorbeischaute. Ein Blick in Huths Akte und besänftigende Worte genügten, und der Fall schien erledigt.

Es dauerte immerhin ganze acht Jahre, bis der Hamburger Staatsanwalt Dr. Dietrich Kuhlbrodt - 1967 - unverhofft in der evangelischen Anstalt auftauchte und die beschauliche Ordnung des Alsterdorfer Verwaltungsapparates durcheinanderbrachte. Aufgestört durch einen der vielen Huth-Briefe wollte der Ankläger in Akten einblicken. Er ermittelte gegen den ehemaligen Anstaltspfarrer Lensch. Doch die Akten waren angeblich nicht mehr vorhanden. Kuhlbrodt: Drei Mal fragte ich nach den Unterlagen. Drei Mal wurde ich beschieden. 'Wir haben nichts mehr, alles ausgebombt.' Dann bin ich auf eigene Faust in den Keller gestiegen und habe die Materialien gefunden, die ich suchte."

Vorher hatte sich Kuhlbrodt vorsorglich bei Huths von den Behörden eingesetzten Vormund informiert, ob sein Mündel tatsächlich unzurechnungsfähig sei. Im Gegensatz zur Anstalt kam dieser zum Schluss, Huth habe ein normales Erinnerungsvermögen, seine Angaben seien präzise und wahrscheinlich unwiderlegbar. Kuhlbrodt sagt heute: "Ob schwachsinnig oder nicht, Huths Fakten waren nicht mehr vom Tisch zu kriegen."

Für den damals 34jährigen Staatsanwalt begann die größte Ermittlungsaktion, die er bislang geführt hatte. Nach siebenjähriger emsiger Kleinarbeit füllen in Sachen Alsterdorf 7.800 Blatt insgesamt 44 Aktenordner und die Anklageschrift (Az: 147/Js58/67) umfasste 870 Seiten. Für den Prozess sollten 238 Zeugen geladen werden. Im Zentrum der Ermittlungen stand der frühere Seemannspfarrer Friedrich Jentsch, der 1930 zum Direktor der Alsterdorfer Anstalten avanciert

war. Die Nazis waren kaum an der Macht, da hatte Jentsch bereits eine SA-Kampfgruppe Alsterdorf gegründet. Ob Pfleger oder Ärzte, in Uniform anzutreten, war Ehrensache.

Jentsch persönlich verwechselte allzu oft seinen Talar mit der Braun-Jacke eines SA-Oberführers. Die Partei bedankte sich für derlei kirchliches Entgegenkommen. Schon 1935 deklarieren die Nazis die evangelische Einrichtung Alsterdorf zum "NS-Musterbetrieb" und fünf Jahre später wurde Jentsch mit dem "Gaudiplom der deutschen Arbeitsfront geehrt.

Albert Huth hatte das alles gut im Gedächtnis behalten. Nur in einem hat er sich geirrt: Aus Alsterdorf verschwanden nicht nur 478 Pfleglinge. Im Rahmen der T-4-Aktion wurden dafür 579 Behinderte aus Alsterdorf abgeholt. Das bestätigt nunmehr auch Pfarrer Schmidt. Mehr als die Hälfte erlitt nachweislich im KZ Theresienstadt einen grausamen Tod. Der Staatsanwalt: "Als die ersten Busse im Jahre 1941 anrollten, brach unter einigen Mitfühlenden des Alsterdorfer Personals und unter den Patienten Panik aus. Vor allem den Pflegern war längst nicht mehr verborgen geblieben, wohin die Reise ging."

Hier ein Auszug aus Kuhlbrodts Anklageschrift aus dem Jahre 1974: "Der achtjährige Herbert Barkmann litt an den Folgen einer Gehirnhautentzündung. Etwa eine Woche vor Ostern erhielten die Eltern in Hamburg dann die Nachricht, dass ihr Sohn verstorben sei. Mit der Anfrage, ob eine Beerdigung in Tiegenhof oder eine Einäscherung in Frankfurt an der Oder stattfinden solle. Die Eltern entschlossen sich, ihren Sohn in Tiegendorf beerdigen zu lassen. Der Vater fuhr nach Tiegendorf, ging von der Bahn direkt in die Leichenhalle, um dort seinen Sohn zu sehen. Er hob einige Deckel ab, in einem Sarg lag die Leiche seines Sohnes. Er war bis zum Skelett abgemagert, an der linken Schläfe hatte er deutlich sichtbar einen großen blauen Fleck. Auf dem Weg zur Verwaltung traf der Zeuge Barkmann den leitenden Anstaltsarzt, der das goldene Parteiabzeichen trug. Auf die Frage, woran sein Sohn gestorben sei, sagte dieser wörtlich: 'Woran sie alle starben ...' "

Herbert Barkmann ist wie viele vor und nach ihm von Pastor Jentsch an der Eingangspforte der Anstalt verabschiedet worden. Die ahnungslosen Kinder hatten vor dem Bus einen Halbkreis gebildet und sangen meist: "Herr, hilf uns auf allen Wegen", manchmal auch "Harre meine Seele." "Diese Gesänge", so Jentsch nach dem Kriege, "haben mir den Mut gegeben, dass den Kindern nichts passiert." Seine scheinheilige Beteuerung reichte noch im Jahre 1974 dazu aus, eine gerichtliche Hauptverhandlung gegen den Anstaltspastor zu verhindern. Denn eine Hamburger Schwurgerichtskammer, so sagt der Staatsanwalt, unterstellte, dass Pastor Jentsch immer noch gehofft habe, den Kindern werde in den auswärtigen Anstalten nichts zustoßen.

Für Staatsanwalt Kuhlbrodt war jener Pfarrer-Spruch nichts anderes als eine "verlogene Sentimentalität". Immerhin quittierte im Jahre 1946 der gescholtene Pfarrer seinen Dienst als Direktor der Alsterdorfer Anstalten. Seine Begründung: "Ich bin für alle Beteiligten eine Belastung, die für die Anstalt nicht mehr tragbar ist", schrieb er seinem Vorstand. Doch bereits ein Jahr später diente er seiner Kirche wieder - als Gemeindepfarrer in Hamburg-Othmarschen. - Deutsche Karrieren.

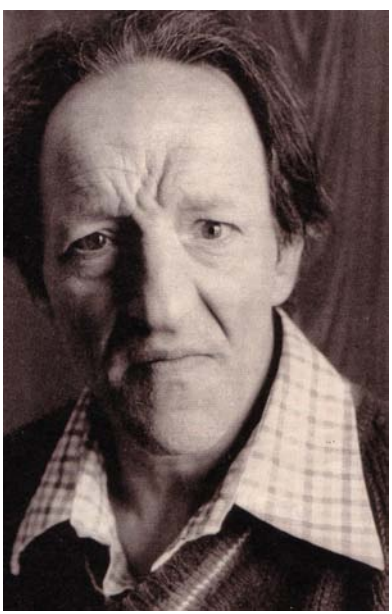
In jenen Jahren von Kuhlbrodts Nachforschungen änderte sich Albert Huths Leben nachhaltig. Häufiger als zuvor taucht in seiner Akte die Verordnung von Psychopharmaka (Megaphen) auf. Albert Huth sagt freimütig: "Oft schwebte ich über den Wolken. Das ist mir früher nicht passiert." Dabei benötigt Huth niemals Beruhigungspillen. Darüber besteht sogar unter den Ärzten Einvernehmen, wie die Chefpsychiaterin der Anstalt weiß. Vielmehr müsse er sozialpädagogisch betreut werden, heißt es lapidar. Frau Dr. Preußner-Uhde: "Allenfalls, wenn er

wieder einen Aggressionsschub bekommt." Warum sich nun ausgerechnet in den letzten Jahren die medikamentöse Behandlung auffällig häuft, ist für Preußner-Uhde leicht erklärbar: "Früher gab es schließlich keine Psychopharmaka."

Viel schwerer fällt der Chefärztin die Erklärung dafür, warum Albert Huth eigentlich in Alsterdorf verwahrt wird. Denn erst lebte er als Zehnjähriger in einem Heim für Milieugeschädigte. Damals war von Geisteskrankheit keine Rede. Im Gegenteil: Die Ärzte - so die Heimakte - sagten dem jungen Huth eine Aufenthaltsdauer von maximal zwei bis drei Jahren voraus, seine Lehrer bescheinigten ihm eine durchschnittliche Intelligenz und gute Schulleistungen. Warum Albert Huth in Alsterdorf landete und mit welcher Begründung er zum "Behinderten gemacht" , ein "Behinderer ist" und "ein Behinderter bleiben wird", das vermag niemand so recht zu erklären.

Auch Pastor Hans-Georg Schmidt, Direktor der Alsterdorfer Anstalten bis ins Jahr 1982, ist in Sachen Huth nachdenklich geworden. "Gegenüber klassisch geprägten Psychiatern, die so ein festes Formbild in sich tragen, bin ich skeptisch." Dazu hat er auch allen Grund. Preußner-Uhde: "Er ist jetzt einfacher zu führen. Deshalb können wir ihn mit seiner Geistesschwäche auch etwas milder einstufen."

Dass Albert Huth der Auslöser einer staatsanwaltschaftlichen Ermittlung war, dass er seinen früheren Direktor beinahe auf die Anlagebank gebracht hätte, dessen ist er sich gar nicht bewusst. Aber er weiß: Das frühere NSDAP-Mitglied Gerner, einst Träger der Nahkampfspange in Gold und Silber, ist nicht mehr Pfleger - sondern, Alsterdorfer Karrieren, Oberpfleger.



AUS DEUTSCHEN LANDEN: MÖRDER UNTER UNS

Es sah so aus, als würde der 17. Januar für die Gemeinde Allendorf im hessischen Ulmtal ein Tag wie jeder andere. Dann aber wurde ein alter, unauffälliger Mann verhaftet. Er soll ein Massenmörder sein, ein sadistischer SS-Scherge. Und niemand unter den Dächern kann es glauben ... ...

ZEITmagazin, Hamburg 1. März 1979

In der 1200-Seelen-Gemeinde Allendorf im hessischen Ulmtal gibt es neuerdings drei Altäre. Zwei, die seit eh und je in den beiden Kirchen des Ortes stehen, und einen, der zu Ehren des Schlagerstars Heino errichtet wurde - im Frühstücksraum der Pension Manhalter im Dammweg Nr. 3 . Vor einem Buntglasfenster steht dort ein weißer Schreibtisch, darauf zwei Nelken in langhalsiger Vase, links und rechts zwei ledergerahmte Bilder des Schlagerstars.

Der Haushalt bei der 52jährigen Hedwig Manhalter ist ein Treffpunkt der Allendorfer Heino-Fans. Und davon gibt es viele. Als beim ZDF die sechsteilige Sendung "Sing mit Heino" auf der Kippe stand, starteten Hedwig und ihr Mann Toni eine Unterschriften-Aktion im Dorf. Immerhin solidarisierten sich fast 800 Allendorfer mit Heino, zwei Drittel aller Einwohner. Per Einschreiben ließen sie es das ZDF wissen, Heino dankte "seinen Lieben" und sagte sich für den 24. März in Allendorf an; zum Konzert in der Ulmtalhalle, zur Übernachtung bei den Manhalters. Seither gibt es im Dorf kein Schaufenster ohne Heino-Plakat.

Gedämpft wurde diese Vorfreude, die den Ort beherrschte, am 17. Januar. Da beobachtete die Zeitungsbotin Kraus in den frühen Morgenstunden, wie zwei Polizisten vom Außenposten Ehringhausen in der Allendorfer Straße 11 den 65jährigen Ludwig Jantz in ihren Peterwagen bugsierten. Noch dazu in Handschellen und mit einem kleinen Köfferchen. Tags darauf dann beendete die Wetzlarer Neue Zeitung das vage Gemunkel der Dörfler mit einer alle erschreckenden Schlagzeile: Mutmaßlicher Massenmörder verhaftet.

Man muss sich vorstellen, was das für Allendorf bedeutet. "Bei uns", so Ortspfarrer Karlheinz Potthoff, "sind doch nur rechtschaffene Menschen. Brav und dankbar." Die meisten fahren morgens um fünf nach Wetzlar ins Industriegebiet und bringen monatlich zwischen 1.200 und 1.700 Mark brutto nach Hause. Nach Feierabend hat fast jeder noch eine Nebenarbeit. Zum Beispiel am Fachwerkhaus, dessen schwarze Balken nachgeteert werden müssen. Selbst im vereisten Winter behält die Dorf-Idylle ihre wohlerträumte Ordnung.

Der jetzt verhaftete Ludwig Jantz kam vor vier Jahren hierher. Er kam aus Düsseldorf, das, wie er immer wieder sagte, in Nordrhein-Westfalen liegt. Er betonte das einfach deshalb, weil die Allendorfer vor allem zu Kohlenpott-Leuten Zutrauen haben. Jährlich erholen sich über 25.000 "Zechengäste" im Ulmtal. Mit ihren "Quartiergroschen" konnten die Allendorfer schon so manches auf die Beine stellen, ihren Märchenwald etwa und ein Legoland.

Mit seiner erklärten Zuneigung zum Pott gelang es Ludwig Jantz leichter, heimisch zu werden, als etwa dem zugereisten Arzt Dr. Koch und dem Ortslehrer Jung, die den Allendorfer Argwohn noch nicht ganz abzubauen vermochten. Obschon über zwei Jahrzehnte hier ansässig, heißt es hinter vorgehaltener Hand noch immer: "aus der Ostzone".

Dass nun ausgerechnet "unser Herr Jantz" verhaftet wurde, war zunächst "eine Sensation, die schwer Staub aufgewirbelt hat", so sein Nachbar Emil Sattler. Dass Herr Jantz "eigentlich nicht

so heißt und sogar in wilder Ehe leben soll, kann hier keiner so recht glauben. Schließlich hat er doch gültige Papiere, und seine Frau ist auf freiem Fuß", so die Wirtin Elfriede Kunz. Dass Herr Jantz ein "SS-Massenmörder sein soll, der aus lauter Lust und Laune Kinder, Frauen und Greise erschoss und hier untertauchte, "kann und darf nicht wahr sein", so die Metzgersfrau Irmgard Bremond.

Frau Bremond lebt schon seit 46 Jahren im Ort. Morgens um sieben Uhr steht die Mutter von drei Kindern im Fleischerladen, abends zapft sie in der Wirtschaft Bier. "Nein", sagt sie nachdenklich, "wir haben schon viel erlebt - einen Makler, der sich als Gauner entpuppte, einen Zahnarzt, der mit 300.000 Mark Steuerschulden durchbrannte, und auch einen Rentnermord, doch die Täter saßen schon am nächsten Tag." Aber einen Massenmörder? Frau Bremond sagt, da helfe nur eines: "Abzugsfinger ab, Kopf ab."

Mit dieser Meinung steht die Metzgersfrau freilich ziemlich allein da. Zwar beherrscht die Verhaftung des Jantz das Dorfgespräch, aber an die Hintergründe, dass es sich um einen mutmaßlichen SS-Massenmörder handelt, will so recht keiner glauben. Ob im Edeka-Laden, bei Bäcker Erno Müller, bei Foto Grimm, im Elektrogeschäft Mandt, alle reagieren zunächst zaghaft-ängstlich, dann aber entschlossen offensiv, um die angenagte Reputation des Dorfes zu retten. Für Brigitte Müller, eine Endzwanzigerin im Verkehrsverein, "muss doch nun endlich mal Schluss sein". Und die Postbotin Schmidt, die Tag für Tag in Lastexhosen und Anorak ihre Runden zieht, wirkte Herr Jantz "ja geradezu liebenswürdig". Als die Beamtin zwei ältere Damen im Fenster bemerkt, ruft sie ihnen zu: "Stimmt doch, wir können über Herrn Jantz nichts Schlechtes sagen?"

Vom Gegenüber tönt es zurück: "Ja, er ist nett und bescheiden."

Zu Hause bei den Nachbarn des Verhafteten, bei Emil und Anita Sattler in der Hauptstraße 9, hängt in der guten Stube der gerahmte Spruch: "Dass mir der Hund der Liebste sei, sagst du oh Mensch sei Sünde, der Hund bleibt mir im Sturme treu, der Mensch nicht einmal im Winde."

Über ihre Haustiere haben sich die Sattlers und die zugezogenen Jantzens vor vier Jahren angefreundet. Denn seltsamerweise verstanden sich Sattlers Jagdhündin Anka und der Kater Peter Bunsemann von Jantz auf Anhieb prächtig. "Die Sympathie zwischen den beiden ging sogar so weit, dass meine Anka für den Bunsemann das Kitekat apportierte", erzählt Sattler.

Verständlich, dass auch die Nachbarschaftshilfe zwischen Haus Nr.11 und Nr. 9 gedieh. Sattler über Jantz: "Er ist ein Mann der hilft, wo er nur helfen kann." Schon früh morgens, wenn Hobbygärtner Sattler seine 75 Kilo schwere Fräsmaschine aus dem Stall holen wollte, kam Jantz im Pyjama und packte mit an. Er schmirgelte und strich den Nachbarn die Zäune, fuhr mit seinem Simca-Chrysler die Hausfrauen zum Supermarkt nach Wetzlar, und sein Telefon - das einzige im Straßenabschnitt - war mehr oder minder ein Gemeinschaftsanschluss.

Und nun auf einmal "soll unser Herr Jantz ein Mörder sein?" fragt Frau Sattler, "Nein", gibt ihr Mann die Antwort, "Rufmord ist das. Die Russen schießen hier einen nach dem anderen raus. Die wollen Europa kassieren wie eine faule Frucht. Die wollen, dass ihre Pferde einmal Wasser aus dem Atlantik saufen."

Die Limburger Oberstaatsanwälte Alfred Gerber, 53, und Norbert Winkler, 44, sehen das anders. Für sie ist der 65jährige Ludwig Jantz in Wirklichkeit der 61jährige SS-Unterscharführer Ludwig Klemm. Fünfzehn Jahre suchte die bundesdeutsche Strafverfolgung diesen Mann, sechs Jahre dauerten die Ermittlungen, und zwar zur Person und zur Sache. Wenn Ludwig Jantz im

Oktober vor der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Limburg stehen würde (Az.: Js 12541/78), sollten insgesamt 39 Zeugen aussagen.

Begonnen hatte alles damit, dass der SS-Unterscharführer (Unteroffizier) Ludwig Klemm Anfang 1941 vom ostpolnischen Zamosc in die Kleinstadt Izbica abkommandiert wurde. Gemeinsam mit SS-Unterscharfführer Kurt Engels - er nahm sich am 31. Dezember 1958 in der Hamburger Untersuchungshaft das Leben - richtete Klemm eine GESTAPO-Außenstelle ein. Die beiden hatten die Aufgabe, im Ort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Denn in Izbica, einer Durchgangsstation für die Konzentrationslager, sollte vor allem die unbeteiligte Zivilbevölkerung unter Kontrolle gehalten werden. "Engels und Klemm", so Oberstaatsanwalt Winkler, "waren fast zwei Jahre Herren über Leben und Tod." Dabei gehörten die beiden zu keinem Exekutionskommando; sie waren nicht einmal für den Abtransport der Juden verantwortlich.

Engels und Klemm sollen sadistisch gemordet haben - aus Fanatismus und Rassenwahn. Ein zehnjähriges Mädchen, das auf dem Marktplatz stand und nach seiner Mutter weinte, soll Klemm per Genickschuss getötet haben. Eine junge Frau mit drei Kindern habe er aus dem Haus geholt und die Mutter mit ansehen lassen, wie er ihre am Boden liegenden Kinder, die Gesichter im Dreck, erschoss. Anschließend soll Klemm die Brüste der Mutter als Zielscheibe benutzt haben. Ältere Juden seien in ein leerstehendes Haus gepfercht worden. Mit Handgranaten sollen Engels und Klemm Gemäuer und Menschen in Schutt und Asche bombardiert haben. Sie hätten ältere polnische Juden zu deren Friedhof gebracht - keiner von ihnen sei in die Stadt zurückgekehrt. Sie seien nachts in Wohnungen eingedrungen und hätten um sich geschossen. Wer von Engels und Klemm nicht den Hut zog, sei in Izbica ein toter Mann gewesen.

Wie viele Menschenleben Engels und Klemm damals auf ihr Gewissen lud, sei heute nicht mehr auszumachen. Für die Staatsanwaltschaft können es 500, es können auch 1.000 Opfer gewesen sein. Die Staatsanwälte Gerber und Winkler reduzierten ihre Anklage auf zwanzig Punkte, mit denen sie einen lückenlosen Nachweis zu führen glauben.

Doch in der Limburger Untersuchungshaft sitzt ein Mann, der bei all seinen Verhören nur stereotyp einen Satz von sich gibt: "Ich bin nicht Klemm, ich heiße Ludwig Jantz." Offensichtlich erinnert sich Ludwig Jantz alias Klemm nicht mehr an jene wirren Tage des Jahres 1945 in Thüringen, wo er seine erste Frau Hedwig Klemm wiedertraf. Bereits damals hatte er eine neue Identität. Aus Ludwig Klemm, geboren 1917 in Odessa, war Ludwig Jantz, geboren 1913 in Freistatt/Westpreußen, geworden. Nach ein paar Wochen verschwand Klemm plötzlich und spurlos. Fünf Jahre wartete die verängstigte und wegen des Namenswechsels verunsicherte Frau vergebens auf die Rückkehr ihres Ehemannes, dann stellte sie einen Suchantrag beim Deutschen Roten Kreuz - vorsorglich auf beide Namen.

Ludwig Jantz will heute auch nicht mehr wissen, welche Unterlagen er in seinem Schreibtisch hatte, als die Kripo 1973 seine Düsseldorfer Wohnung durchsuchte. Es waren Aufzeichnungen über seine Eltern, Brüder und Schwestern und deren Adressen kreuz und quer in der Bundesrepublik. Denn seine neue Identität hat ihn offensichtlich nicht davon abgehalten, die Klemmsche Familienchronologie für sein Gedächtnis festzuhalten. Das war für die ermittelnde Kripo ein weiteres Indiz, in der mörderischen Sache auf der rechten Spur zu sein. Und dann war da noch der unstimmige Lebenslauf.

Als Ludwig Jantz will der Beschuldigte am 9. August 1913 in Freistatt/ Westpreußen geboren worden sein. Das Einwohnermeldeamt in Freistatt: "An diesem Tag ist ein Ludwig Jantz nicht registriert." Seine Mutter, eine Wendlin Oestroem, soll in Zoppot geboren sein. Amtlicher

Vermerk: "Nicht registriert." Im Jahre 1911 sollen seine Eltern in Freistatt geheiratet haben. Amtlicher Vermerk: "Nicht registriert." Er will mit seinem Vater, einem Holzhändler, in Zoppot in der Seestraße 8 gewohnt haben. Amtlicher Vermerk: "Nicht registriert."

Für die Staatsanwälte wird eine Klemmsche Familienzusammenführung nach fast vierzig Jahren zu Prozessbeginn unvermeidlich sein. Nur eine Frau bleibt davon ausgeschlossen. Nämlich die, die der angebliche Ludwig Jantz in Allendorf als seine Ehefrau ausgab, die aber tatsächlich Erna Boehlke heißt. Sie hat sich in ihrem Haus verschanzt. Ihre Augen sind rot unterlaufen, ihr Gesicht von den vielen Beruhigungsmitteln aufgedunsen.

Die Verhaftung ihres Lebensgefährten traf sie plötzlich unerwartet. Nicht einmal andeutungsweise habe ihr Gefährte ihr von seiner undurchsichtigen Vergangenheit berichtet. "Dabei haben wir uns alles gesagt, bei uns war nichts tabu", beteuert sie. "Wenn er etwas auf dem Kerbholz gehabt hätte, hätte er sich doch irgendwann einmal aussprechen müssen."

Für die frühere Angestellte hat es keinen ersichtlichen Grund, an Jantz zu zweifeln. In Düsseldorf, wo sie zuletzt lebten, war er als zuverlässiger Buchhalter bekannt. Als die Kripo 1973 seine Wohnung durchsuchte, lebte Jantz noch mit seiner zweiten Frau zusammen, die noch im selben Jahr an Krebs starb. Erna Boehlke kannte er schon seit 1958. Als er kurz nach dem Tod seiner Frau arbeitslos wurde, schlug Jantz der Erna Boehlke vor, gemeinsam aufs Land zu ziehen. Mit Erspartem kauften sie sich beide in Allendorf ein heruntergekommenes Bauernhaus. Zwei Jahre dauerte die Renovierung, Eine Heirat kam nicht in Frage, wegen Ernas Rente. Also spielte man für die Allendorfer das traute Ehepaar und konnte sich - er erhielt Arbeitslosenunterstützung - im Sommer sogar Fahren an den Rhein, an den Bodensee und nach Liechtenstein leisten.

Am Dorfleben beteiligten sich die Zugereisten aus Düsseldorf nur soweit wie nötig. Beim Feuerwehrfest tauchten sie allenfalls als Zaungäste auf. Sie blieben lieber zu Hause, sahen Krimis oder hörten klassische Musik von Mozart, Bach, Chopin, aber auch die beliebten Opernchöre oder "Volkslieder aus dem Heimatland Ostpreußen". Gelegentlich las Jantz seiner Gefährtin auch etwas vor. Sein Lieblingsautor war Casanova.

"Ich kann das alles nicht fassen", sagt die Erna Boehlke und weint. Für sie war Jantz Luftwaffenpilot, "einer der ersten deutschen Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg". Und sie erinnerte sich noch genau, wie er über seine Kameraden sprach. Das letzte Mal über Oberst Rudel, der stand gerade in den Schlagzeilen. "Da hat Ludwig mir noch erklärt, dass der Rudel kein guter Flieger war. Dafür soll er aber besser geschossen haben als die anderen."

"Soll'n die mich doch gleich erschießen", hat er zu Erna Boehlke bei ihrem letzten Besuch in der Untersuchungshaft gesagt. Sie solle sich bloß nicht um ihn sorgen. "Er will nicht einmal, dass ich noch seine Wäsche wasche."

Frau Boehlke bringt mich bis vor die Tür des penibel renovierten Bauernhauses in Allendorf und blickt für einen kurzen Moment aufs Kopfsteinpflaster. "Da, erinnert sie sich, "lag im letzten Herbst ein Regenwurm. Den hat Ludwig aufgehoben und behutsam ins Gras gelegt. " - 42 Tage nach seiner Verhaftung erhängte sich Ludwig Jantz alias Klemm mit einem Bettlaken am Fensterkreuz seiner Zelle. Eine Nachricht ließ er nicht zurück.